

*Pittel+Brausewetter dankt
Herrn Univ.-Prof. Dr. Mosser
für die umfassende wissenschaftliche
Aufarbeitung unserer Firmengeschichte,
die nicht nur in diesem Buch dargelegt wird,
sondern auch die Grundlage für weitere
Publikationen zum 150-jährigen Bestand
unseres Unternehmens gebildet hat.*

Alois Mosser

Pittel+Brausewetter

150 Jahre Industriebau als Industriekultur
(1870–2020)

LIT

Herausgeber: Pittel+Brausewetter Holding GmbH

Copyright Coverbilder sowie alle Bilder im Buch:
Zentralarchiv der Firma P+B, Wien
Albertina Museum Wien, Architektursammlung



Gedruckt auf alterungsbeständigem Werkdruckpapier entsprechend
ANSI Z3948 DIN ISO 9706

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-643-51020-4 (gb.)

ISBN 978-3-643-66020-6 (PDF)

© LIT VERLAG GmbH & Co. KG

Wien 2020

Garnisongasse 1/19

A-1090 Wien

Tel. +43 (0) 1-409 56 61 Fax +43 (0) 1-409 56 97

E-Mail: wien@lit-verlag.at <https://www.lit-verlag.at>

Auslieferung:

Deutschland: LIT Verlag, Fresnostr. 2, D-48159 Münster

Tel. +49 (0) 2 51-620 32 22, E-Mail: vertrieb@lit-verlag.de

Inhaltsverzeichnis

Ein Wort zuvor	1
Teil I: Gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung 1870–1938.	5
A. Pittel & Brausewetter: Die gesellschaftliche Entwicklung	7
1 Einleitung	7
2 Die Anfänge	7
3 Adolf Baron Pittel und Victor Brausewetter als Eigentümer der OHG „Pittel & Brausewetter“: 1888 – 1897	13
4 Victor Brausewetter als Inhaber der Einzelfirma „Pittel & Brausewetter, Betonbauunternehmung“: 1898 – 1907	22
5 „Pittel & Brausewetter“ als offene Handelsgesellschaft wiedererrichtet: 1908 – 1918	27
5.1 Die gesellschaftliche Leitung unter Victor und Benno Brausewetter 1908 – 1912	27
5.2 Eintritt weiterer Gesellschafter in die OHG „Pittel & Brausewetter“ 1912 und deren Entwicklung bis 1918	32
6 Pittel & Brausewetter – ein internationaler Konzern der Baubranche 1919 – 1938	41
6.1 Die gesellschaftlichen Änderungen nach dem Ersten Weltkrieg.	41
6.2 Status, Rechts- und Eigentumsverhältnisse der Konzerngesellschaften bis zum Zweiten Weltkrieg	53
6.2.1 Die offene Handelsgesellschaft <i>Pittel & Brausewetter, Prag</i>	53
6.2.2 Die offene Handelsgesellschaft <i>Pittel & Brausewetter, Wien</i>	62
6.2.3 Die offene Handelsgesellschaft <i>Bauunternehmung E. Gaertner, Wien</i>	70
6.2.4 <i>Pittel & Brausewetter, Beton-Brücken- und Tiefbau-Aktiengesellschaft, Budapest</i>	74
6.2.5 <i>Tunner & Wagner, Aktiengesellschaft, Beograd</i>	91
6.2.6 <i>Obnova, Baugesellschaft m.b.H., Ljubljana</i>	96
6.2.7 Die Firma <i>Ing. Cuizza, Polzer & Co</i> , offene Handelsgesellschaft in Triest	98

INHALTSVERZEICHNIS

6.2.8 <i>Bauunternehmung Pittel – Brausewetter, Kommanditgesellschaft Petroff & Co, Sofia</i>	104
6.2.9 <i>Pittel & Brausewetter, Beton- und Eisenbetonbauunternehmung, Bielitz.</i>	116
B. Die wirtschaftliche Entwicklung 1888 – 1938.	122
1 Von den Anfängen bis 1898	122
2 Pittel & Brausewetter, Einzelfirma und offene Handelsgesellschaft: 1898 – 1918	138
3 <i>Pittel & Brausewetter</i> , ein internationaler Konzern 1919 – 1937.	152
Teil II: Pittel & Brausewetter. Ein Baukonzern im Zweiten Weltkrieg.	179
Teil III: Pittel & Brausewetter 1945 – 1955 <i>Neubeginn und Wiederaufbau</i>	205
Teil IV: Pittel & Brausewetter: 1955 – 1979.	227
Teil V: P+B: Kapitalgesellschaft und internationaler Konzern	267
A. Pittel+Brausewetter als Kapitalgesellschaft: 1979 – 2020	269
1 Gründung der GmbH 1979	269
2 Neubeginn 1993	273
3 2003: Wandel der Strukturen und Unternehmensziele im Konzern P+B	280
B. Pittel+Brausewetter. Der Konzern als Wirtschaftskörper 1979–2020	292
P+B – Ein Blick zurück	319
Ein Blick voraus von Geschäftsführer Mag. Wolfgang Fürhauser.	331
Tabellen	335
Anhang	337
Kurzbiographien wichtiger Persönlichkeiten der Firma	341
Verzeichnis der Filialen des Unternehmens	349
Register	355
Personennamen	357
Ortsnamen.	360

Ein Wort zuvor

Das Bewusstsein des unleugbaren Zusammenhangs von Bewältigung bestehender Anforderungen und dem Wissen um die traditionellen Lösungsversuche war den Gründern der Firma Pittel + Brausewetter von Beginn an gegeben. Es war die Suche nach neuen Lösungen in ihrer Tätigkeit, die diesen Zusammenhang immer deutlicher werden ließ.

Adolf Freiherr von Pittel und Victor Brausewetter wurde die Gründung von P+B nicht in die Wiege gelegt. Gesundheitlich erzwungene Berufseinschränkungen wie auch die Wahrnehmung und Erarbeitung unternehmerischen Könnens mussten bewältigt und konstruktiv umgesetzt werden. Baron Pittel ging den Weg vom Geniehursthauptmann der österreichischen Armee zum Unternehmer und Fabrikgründer, Victor Brausewetter vom Hochschulstudenten und Praktikanten der Staatseisenbahngesellschaft zu leitender Stellung im Brücken- und Bahnbau und zum Privatingenieur. Die zeitlebens zu beobachtende Verbindung ihres Lebenswerkes mit dem angestammten Ethos adeliger und öffentlich rechtlicher Provenienz mag überraschen. Sie ist ein nicht seltenes Beispiel im sozialen Umbruch der Industriegesellschaft, in der die traditionellen Führungskräfte eine bedeutende Rolle spielen sollten. Hier liegen die Wurzeln einer die sozialen Konflikte des wirtschaftlichen Aufbruchs von Anfang an begleitenden Versuche und Einrichtungen sozialer Fürsorge.

Das Neue verlangt Kenntnis der Vergangenheit. Victor Brausewetter gibt in seinen 1925 datierten Erinnerungen an das Aufkommen der Beton- und Eisenbetonbauweise seit 1867 ein treffendes Bild des Zusammenhangs von Praxis und Theorie. Die auch als Lebenserinnerungen seinem Sohn Benno weitergegebenen Erfahrungen können als Beginn und Grundlegung eines Familienunternehmens gelesen werden, das stets auf historische Erfahrung und technische Weiterentwicklung Wert legte und – wie die Erarbeitung von Kernkompetenzen zeigt – zu nutzen verstand.

Diese Einstellung war mit Blick auf die großen Unterschiede regionaler Anforderungen beim Bau industrieller Anlagen auch entscheidend für den wirtschaftlichen Erfolg. Die schwierige Aufgabe, eine weite Bandbreite baulicher Angebote bei nicht zuletzt trotz großen Kostenunterschieden zu halten, war oftmals eine Existenzfrage. Was in den Kronländern der Donaumonarchie eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Bautätigkeit war, wurde durch den Zusammenbruch der Monarchie nach dem Ersten Weltkrieg für das Unternehmen zu einer politisch brisanten Frage. Der Versuch, die erarbeiteten Geschäftspraktiken zu behalten, erforderte die Anpassung an die nun in den Nachfolgestaaten geltenden Bedingungen für wirtschaftliche Unternehmen. Man war gezwungen, in kurzer Zeit die abverlangten rechtlichen Vor-

schriften umzusetzen und sie den betrieblichen Anforderungen dienstbar zu machen. Aus Filialen wurden formal selbständige Unternehmen, deren Zusammenhalt unentwegt konzernpolitische Entscheidungen verlangte.

1938 führte zur Zerschlagung dieses in sieben Staaten aufgebauten Industriecusters. Es folgte die Förderung und Ausbeutung des als wehrwirtschaftlich wichtig eingestuften Unternehmens in nationalsozialistischer Zeit. Das Ende des Zweiten Weltkriegs machte ein Übermaß an Zerstörung sichtbar. Waren im Krieg an 2.000 Beschäftigte im Einsatz, zählte man im Juni 1945 nur noch 69. Das folgende Jahrzehnt brachte einen als Wirtschaftswunder bezeichneten Aufschwung, der nach 1955 nur phasenweise dieses Ausmaß wieder erreichen sollte.

Die ersten fünf Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts bieten somit ein Bild permanenten Strukturwandels und politisch verursachter Störungen und Abbrüche der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Eine in diesen Jahren den Bestand eines Unternehmens sichernde Geschäftsführung stand immer wieder vor der Aufgabe, traditionelle Ziele mit dem Suchen nach neuen zu verbinden. Diese gleichsam erzwungene Orientierung an historischen wie zukunftsweisenden Zielsetzungen oblag den verantwortlichen Führungsgremien. Hier zeigte sich die Bedeutung von Unternehmerpersönlichkeiten wie jenen der Familie Brausewetter, die über ein in vielen Bereichen der Bauwirtschaft erworbenes Wissen verfügten und es bei der Bewältigung neuer Aufgaben zu nutzen verstanden. Der Zahl nach waren es nur wenige: Fünf Vertreter aus vier Generationen vertraten die Interessen von P+B über rund 125 Jahre bis 1993. Leopold Heinlein, Emanuel Kohout und Hans Brünner begründeten als neue Gesellschafter im 20. Jahrhundert weitere Familientraditionen im Unternehmen, die sich bis heute fortsetzen. Von der Gründung der Firma 1887 (1870) als offene Handelsgesellschaft bis zur Umwandlung in eine GmbH 1979 waren aus 4 Familien 10 Personen als Gesellschafter tätig. Die Schlussfolgerung ist zwingend: Das historische Interesse der mit dem Geschick der Firma betrauten und in Familientraditionen lebenden Personen darf als hoch eingeschätzt werden.

Dies führte noch vor der letzten Jahrhundertwende zu Anstrengungen, der langen Geschichte des Hauses nachzuspüren und ihren Werdegang aufzuzeichnen. Der erste Versuch war eine Sammlung von Quellen und deren Interpretation. Hans Kraus legte 1996 in Wien ein Manuskript über „Pittel+Brausewetter, 125 Jahre Entwicklung des Bauwesens“ vor. Um die angesprochenen Zusammenhänge weiter zu erschließen, regte das Unternehmen Bemühungen um ein differenziertes Vorgehen an. Es fand sich eine Gruppe von Wissenschaftlern aus Österreich, Tschechien und der Slowakei, die unterschiedliche, jedoch eng verknüpfte Themenbereiche bearbeiteten. 2014 veröffentlichte Ľudovít Hallon (Universität Bratislava) eine Arbeit über die Tätigkeit des Unternehmens in der Slowakei und Ungarn „FIRMA PITTEL A BRAUSEWETTER V DEJINÁCH SLOVENSKA PRIEKOPNÍK BETÓNOVÉHO STAVITEĽSTVA Z BRATISLAVY“. Jana Geršlová (Palacký-Universität

Olomouc) publizierte 2017 ein Buch, das den tschechischen Anteil der Firma P+B in den Mittelpunkt stellte „Stavební podnikání napříč Evropou. Firma Pittel & Brausewetter v monarchii a mezi válkami“. Beide Werke gingen den vielen nationalen Eigenheiten in der Bauindustrie nach. In diesem Jahr fügte der Brandstätter-Verlag einen stark den gesamthistorischen Aspekt berücksichtigenden Band hinzu, den Barbara Sternthal unter dem Titel „P+B. Seit 1870. 150 Jahre Bauen im Zentrum Europas“ verfasste.

Der hier vorgestellte Band greift eine Thematik auf, deren Bearbeitung sich einer günstigen Quellenlage verdankt. Eine nahezu vollständige Überlieferung der gesellschaftlichen Verträge und wichtiger Geschäftsbriefe sowie eine als einzigartig zu bezeichnende vollständige Überlieferung der Bilanzen des Wiener Unternehmens von 1898 bis heute erlauben eine detailgetreue Analyse des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Erfolgs von P+B. In vielen Fragen können Vergleiche mit den bekannten wirtschaftlichen wie kulturgeschichtlichen Abläufen versucht werden.

Weitere Spezialgebiete sind in Angriff genommen worden. Die Stellung des Unternehmens in der Performance der gesamten Branche kann weiter ausgebaut werden. Der Zusammenhang von Bautechnik und Architektur ist in Bezug auf P+B ein lohnendes Thema und wurde dankenswerter Weise von Markus Kristan (Albertina, Wien) aufgegriffen. Auch die wertvolle Mitarbeit von Andreas Resch (Wirtschaftsuniversität Wien) und Peter Eigner (Universität Wien) ist hier anzuführen. Für die Bereitstellung der alle die genannten Beiträge ermöglichenden Infrastruktur in einer Atmosphäre des Vertrauens muss der Geschäftsführung von P+B mit Dank gedacht werden.

Aloix Mosser



Teil I:

Gesellschaftliche und wirtschaftliche
Entwicklung 1870–1938



A. Pittel & Brausewetter: Die gesellschaftliche Entwicklung

1 Einleitung

Der Hinweis auf das Jahr 1870 als das Gründungsdatum eines Unternehmens der Baubranche hat nichts Außergewöhnliches an sich. Die Zahl der in der so genannten „Ersten Gründerzeit“ (1866 – 1873)¹ neu entstandenen Firmen sollte in keiner vergleichbaren Periode der österreichischen Geschichte mehr erreicht werden. Die Tatsache allerdings, dass dieser Firmenname nach eineinhalb Jahrhunderten noch aktuell und einem florierenden Industriekonzern mittlerer Größe zu eigen ist, verdient Aufmerksamkeit. Wie bewältigte dieses Unternehmen die einschneidenden Veränderungen in den politischen, technischen und sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen, um heute gleichermaßen traditionsbewusst und „modern“, besser: zukunftsorientiert zu sein? Die an sich vielschichtigen Prozessabläufe einer Unternehmensentwicklung erhalten im Blickwinkel der *longue durée* eine zusätzliche Dimension. Jede wissenschaftliche Analyse muss diesen Struktureigenheiten ihres Gegenstandes entsprechen, um an den Informationswert der überlieferten historischen Gegebenheiten heranzukommen.

Folgende Themenfelder umspannen in sich zum Teil überlappenden Schwerpunktsetzungen die Geschichte von *Pittel & Brausewetter*. Dazu gehört nicht nur die „engere“ Unternehmensgeschichte (Rechtsgrundlagen und Führungsstil, Organisation und Management, Unternehmensstruktur, wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsverhältnisse), sondern auch deren Einbindung in branchentypische und volkswirtschaftliche Konjunkturfolgen, im gegenständlichen Fall aber auch der Zusammenhang von Bauindustrie und Architektur.

2 Die Anfänge

Das der „Gründerzeit“ zugerechnete Jahr 1870 ist allein kein ausreichender Zeuge jener Vorgänge, die für die Entstehung des Unternehmens *Pittel & Brausewetter* ausschlaggebend waren. Die biographischen Erhebungen sowie die landeskundlichen Nachforschungen und wirtschaftshistorischen Analysen förderten mitunter widersprüchliche Ergebnisse darüber zutage. So enthalten die in den einschlägigen Lexika veröffentlichten Lebensläufe der Gründerpersönlichkeiten Adolf Baron Pittel und

¹ Sie gilt als intensivste Phase der Industrialisierung Österreich-Ungarns im 19. Jahrhundert.

Victor Brausewetter unterschiedliche Angaben zur Firmengründung. Das *Österreichische Biographische Lexikon* nennt 1878 als das Gründungsjahr der „Betonbauunternehmung“ Pittel und Brausewetter.² Auch die *Altpreußische Biographie* erwähnt den aus altem ostpreußischen Landadel stammenden Victor Brausewetter, enthält sich jedoch des Hinweises auf ein konkretes Gründungsjahr, sondern spricht von der „freundschaftlichen Zusammenarbeit mit Pittel“ seit 1870.³ Dieser Eintragung ging ein Schriftverkehr des auch als Mitherausgeber der Biographie tätigen Autors Klaus Bürger mit Albrecht Brausewetter, einem Urenkel Victor Brausewetters, voraus. Bürger zitierte darin einen in der Zeitschrift *Beton und Eisen* 1925 erschienenen Beitrag, nach dem Victor Brausewetter 1878 ein „selbständiges Büro in Pressburg“ (Bratislava) errichtete und in „Geschäftsverbindung“ mit Adolf Pittel trat.⁴ Diese Darstellung in *Beton und Eisen* entspricht genau den Ausführungen über „Aus der Geschichte unserer Unternehmung“, wie sie bereits 1921 in Prag in den firmeneigenen *Mitteilungen* abgedruckt worden waren.⁵ Albrecht Brausewetter bestätigte die Richtigkeit dieser Angaben, gab aber zu bedenken, dass „alle Geschäftspapiere“ auf das Gründungsjahr 1870 hinweisen würden.⁶ Daraus erklärt sich zwar die vorsichtige Formulierung Bürgers in der *Altpreußischen Biographie*, in der Sache selbst war jedoch nichts entschieden.

Der Wortlaut der Eintragung im Handelsregister für Gesellschaftsfirmen in Wien legt eine andere Auslegung nahe: Der entscheidende amtliche Vermerk erfolgte am 10. Februar 1888 aufgrund der „Anmeldung“ vom 29. Dezember 1887 von Adolf Baron Pittel, „Cementwarenfabrikant in Weihsenbach a/d Thriesting“, und Victor Brausewetter, „Ingenieur in Pressburg“, eine „offene Handelsgesellschaft mit dem Sitz in Wien“ als gemeinschaftliche Firma mit dem Namen „Pittel & Brausewetter“ errichten zu wollen, die mit 1. Jänner 1888 den Betrieb aufnehmen soll.⁷ Die geschäftliche Grundlage bildete ein von beiden 1887 signierter Gesellschaftsvertrag „zum Zwecke der Ausführung von Beton und anderen Bauten für fremde Rechnung, der Erzeugung von Cementwaren, des Handels mit Kalk, Cement, Cementwaren und Baumaterialien“.⁸

Diese firmenrechtlichen Daten und Angaben beinhalten keine ausdrücklichen

² Brausewetter Viktor, in: Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950, I. Band, Graz-Köln 1957, S. 109; gleichlautende Eintragung unter: Pittel Adolf Frh. von, in: Ebenda, VIII. Band, Wien 1983, S. 106.

³ Altpreußische Biographie, Bd. IV, Marburg/Lahn 1995, S. 1187; Bd. V/3, Marburg/Lahn 2015, S. 2312.

⁴ P+B, Zentralarchiv Wien, Ordner: Firmengeschichte 1, Brief vom 1.9.1984.

⁵ Rolf Lamberg, Aus der Geschichte unserer Unternehmung, in: Mitteilungen, Prag 1921, Nr. 1–5.

⁶ P+B, Zentralarchiv Wien, Ordner: Firmengeschichte 1, Brief vom 15.10.1984, Beilage. Die ältesten Geschäftspapiere sind den späten achtziger Jahren zuzuordnen.

⁷ Handelsgericht Wien, Handelsregister für OHG, Eintragung vom 10.2.1888.

⁸ P+B, Zentralarchiv Wien, Gesellschaftsvertrag: 29. Dezember 1887, Punkt 1.



Adolf Freiherr von Pittel



Victor Brausewetter

Hinweise auf frühere Geschäftsverbindungen zwischen Pittel und Brausewetter. In der Literatur wird vor allem die Gründung einer offenen Handelsgesellschaft von Pittel im Jahre 1870 in Pottenstein/Triesting (Niederösterreich) als Beginn der Zusammenarbeit gewertet. Eine Bemerkung von Alfons Brammertz, dem wohl besten Kenner der wirtschaftlichen Entwicklung des Triestingtales und der vielen auf Initiativen von Adolf Pittel zurückgehenden Einrichtungen der Infrastruktur dieses Siedlungsraumes, mag hier Vorschub geleistet haben. Er beschrieb 1972 wie Adolf Pittel 1870 in Pottenstein eine Zementfabrik errichtete und mit zwei Gesellschaftern die genannte OHG unter dem Namen „Baron Pittel & Comp.“ gründete. „Gleichzeitig“, so fuhr er fort, „nahm er Verbindung mit Ing. Victor Brausewetter auf, der als Privatingenieur in Pressburg ein technisches Büro führte.“⁹ Nun war Victor Brausewetter erst 1878 in der Lage, sich als selbständiger „Privatingenieur“ niederzulassen, da er bis dahin als mit der Gesamtleitung betrauter Bauinspektor der Waagtalbahn im Dienst der den Bau ausführenden Gesellschaft stand.

⁹ Alfons Brammertz, Adolf Baron Pittel, Weißenbacher Betriebsgründung vor 100 Jahren, in: Heimatkundliche Nachrichten, Beiblatt zum Amtsblatt der Bezirkshauptmannschaft Baden 94(1972), Nr. 14, S. 27f.; siehe auch: Ders., Adolf Baron Pittel – ein Industrie-Pionier des Triestingtales, in: Unsere Heimat 53(1982), S. 194–201. Die Feststellung der „Gleichzeitigkeit“ mag für Brammertz auch durch ein „Verzeichnis“ der „grösseren Betonbauten (1870–1886)“ gerechtfertigt gewesen sein, das Adolf Pittel und Victor Brausewetter 1887 als Leistungsausweis der „Baunternehmung für Städte-Canalisation und Betonbau, Adolf Br. Pittel & Victor Brausewetter“ publik machten. Die Arbeiten der Jahre bis etwa 1878 sind jedoch allein den Pittelschen Unternehmen zuzuschreiben.

Gesellschaftsvertrag.

... dass er sich in diesem Sinne, als ein Mann, der seinen Namen
 durch seinen Namen Pittel, seinen Namen in Leipzig, sein
 Geschäft, seine Kraft und seinen Namen Brausewetter
 ... in Leipzig, seinen Namen, seinen Namen ...

Die Gesellschafter Pittel und Brausewetter
 ... ihren Namen, ihren Namen, ihren Namen
 ... ihren Namen, ihren Namen, ihren Namen
 ... ihren Namen, ihren Namen, ihren Namen
 ... ihren Namen, ihren Namen, ihren Namen
 ... ihren Namen, ihren Namen, ihren Namen

Die Gesellschaft beginnt am 1. Januar 1887, hat
 ... ihren Namen, ihren Namen, ihren Namen
 ... ihren Namen, ihren Namen, ihren Namen
 ... ihren Namen, ihren Namen, ihren Namen
 ... ihren Namen, ihren Namen, ihren Namen
 ... ihren Namen, ihren Namen, ihren Namen
 ... ihren Namen, ihren Namen, ihren Namen

Gesellschaftsvertrag 1887

Trotzdem spricht einiges dafür, dass die von Pittel in den siebziger Jahren voran-
 getriebene Erzeugung von neuen Zementsorten und Zementwaren, seine Produkte
 fanden in der Habsburgermonarchie bereits weite Verbreitung, Brausewetter nicht

Wien, den 29. Dezember 1887

Adolf H. Pittel unv.
Kaiser Brausewetter unv.

G. L. 21932

Ich, Dr. Carl Quamitz, K. K. Advokat in Wien 1. & 2. Stellen,
Prof. beinrückte hiermit, daß die mir persönlich
bekannten Parteien Josef Adolph Josefson son Pittel
fabrikant in Koponitsch a. D. Krainung, wohnhaft
in Wien II. Waggereggengasse Nr. 2 mit Josef Leo
Kaiser Brausewetter Ingenieur in Preßburg, jetz.
zeit in Wien II. Alteschaffe Nr. 4, beide Advokaten,
da vor mir eigenhändig unterzeichnet haben:
Wien am neunundzwanzigsten Dezember 1887
erstgen. haben

Dr. Carl Quamitz unv.
K. K. Advokat

(L. S.)
geb. 1/50.
geb. 1-50.
geb. 1-
Jr 48.

C. N. 9592



Ich beinrückte hiermit, daß diese Offerte
von mir zugewiesen wurde

Gesellschaftsvertrag 1887
Notarielle Beglaubigung

unbekannt blieb und ihm gemäß den eigenen Bestrebungen eine wie auch immer geartete Verbindung empfahl.¹⁰ Karl Brausewetter schrieb 1969, dass sich Adolf Pittel und Victor Brausewetter im Deutsch-Dänischen Krieg 1864 kennen gelernt haben. Er übernahm dabei offensichtlich die anlässlich des 80. Geburtstages von Victor (6. Oktober 1925) seitens des Festredners gefallene Bemerkung, Baron Pittel sei in dem genannten Feldzug sein engerer Freund geworden.¹¹ Dies ist nicht zu belegen und auch unwahrscheinlich, da zwar Pittel diesen Krieg als Hauptmann mitmachte, Brausewetter aber in den frühen sechziger Jahren als Praktikant in Kroatien bei einem Bahnbau arbeitete und anschließend 1865/1866 am Polytechnikum in Hannover studierte.¹² Der Autor des Manuskripts „125 Jahre Pittel & Brausewetter“ vermutet indes, dass sich die beiden in Leobersdorf oder auch in Wien kennengelernt hätten.¹³ Nach dem frühen Tod des Vaters 1857 war Victor Brausewetter in die Obhut seines gleichnamigen Onkels nach Wagram bei Leobersdorf gekommen, wo dieser seit 1843 als „technischer Leiter und Gesellschafter“ der Tonwarenfabrik des Ignaz Freiherrn von Doblhoff tätig war, die 1860 durch Kauf in seinen alleinigen Besitz übergang.¹⁴ Die Möglichkeit einer Begegnung hier ist nicht auszuschließen, doch auch nicht zwingend, da Adolf Pittel erst Ende der sechziger Jahre (1869) seine industriellen Vorhaben in Niederösterreich zu verwirklichen begann, als Victor Brau-

¹⁰ Die unübersichtliche Quellenlage führte auch zu irrigen Schlussfolgerungen, so etwa, wenn in einem „Lebensbild“ von Victor Brausewetter auf die zwischen Adolf Pittel und ihm bestandene innige Freundschaft verwiesen wird, die 1870 in der Gründung der Firma „Pittel und Brausewetter“ in Weißenbach gipfeln. P+B, Zentralarchiv Wien, Ordner: Firmengeschichte 1/50. Hier wird auf die Folgen 1–5 der Prager Mitteilungen des Jahres 1921 verwiesen, die jedoch keine Bestätigung dieser Aussage enthalten, im Gegenteil eine andere Interpretation nahelegen: In Nr. 1 berichtet Lamberg, wie sich Victor Brausewetter als Privatmann 1878 ein technisches Büro in Pressburg einrichtete und „sich mit der Projektierung und Bauausführung verschiedener Objekte“ beschäftigt habe. „bis ihn private Beziehungen mit Adolf Baron Pittel (...) zusammenbrachten“, der 1870 in Puttenstein an der Triesting eine Romanzementfabrik eröffnete. Auch in der „Kurzgefaßten Lebensgeschichte“ von Adolf Baron Pittel wird gesagt, dass dieser zusammen mit Victor Brausewetter ein „Bauunternehmen und eine Zementfabrik“ gründete, „die ab 1870 unter dem Namen ‚Pittel & Brausewetter‘ geführt wurde“. Hier wäre die Gründung noch vor 1870 erfolgt. Ebenda, Firmengeschichte 1/40.

¹¹ Karl Brausewetter, *Wie Pittel & Brausewetter entstand* (längere Fassung), Wien 1969, S. 1, P+B, Zentralarchiv Wien.

¹² Viktor Brausewetter d.J., *Der Seniorchef. Ein Lebensbild, nicht als Biographie, sondern als Erzählung, wie alles gekommen ist*, zweiseitige Kopie, s.l., s.a., P+B, Zentralarchiv Wien; Altpreußische Biographie, wie Anm. 3.

¹³ 125 Jahre Pittel & Brausewetter, s.l., s.a., P+B, Zentralarchiv Wien, Firmengeschichte 1.

¹⁴ Gerhard A. Stadler, *Das industrielle Erbe Niederösterreichs. Geschichte – Technik – Architektur*, Wien u.a. 2006, S. 408; Ormar Rychlik, *Zur Geschichte und Kunstgeschichte der Niederösterreichischen Terrakottenproduktion in Wagram bei Leobersdorf*, in: *Jahrbuch für Landeskunde von Niederösterreich*, NF 62(1996), S. 509; ders., *Industrie und Bildhauerei*, in: *Am der NÖ Landesregierung*, Hg., *Magie der Industrie. Leben und Arbeiten im Fabrikszeitalter*, Wien 1989, S. 52–59.

sewetter nach seinem technischen Studium in Hannover (1867) in die Dienste der Österreichischen Staatseisenbahngesellschaft eingetreten war.¹⁵

Alles in allem ist die Vermutung trotzdem zulässig, dass der Ausbildung gemeinsamer Geschäftsinteressen persönliche Bekanntschaft und private Beziehungen vorausgegangen waren. Diese dürften tatsächlich die sich intensivierende Zusammenarbeit nachhaltig gestützt haben. In diesem Zusammenhang wird dem Jahr 1878 besondere Bedeutung zugekommen sein. Für Victor Brausewetter war es der Beginn der Selbständigkeit, für Adolf Pittel ergab sich mit dem Ausscheiden des letzten Gesellschafters seiner OHG in diesem Jahr die Möglichkeit, das Unternehmen allein weiter zu führen.¹⁶

Victor Brausewetter nahm selbst in seinen 1925 erschienenen „Erinnerungen“ Bezug auf die Anfänge der Zusammenarbeit mit Adolf Pittel, zu dem die „Beziehungen und Beratungen immer intimer geworden“ seien, so dass sie sich „im Frühjahr 1882 entschlossen“ hätten, die „beiderseitigen, bisher unter getrennter Firma geführten Unternehmungen in die Firma Pittel & Brausewetter zusammenzulegen“.¹⁷ Zusammenarbeit und Geschäftsbeziehung hatten demnach bereits 1882 eine hohe Stufe erreicht, vielleicht trat eben gerade 1878, wie soeben und in der Literatur gerne betont, als Jahr der Intensivierung der Kontakte in Erscheinung, eine Entwicklung, die aber noch früher – wie es die ältesten erhaltenen Geschäftspapiere werbegerecht darstellen – ihren Anfang genommen haben dürfte.

3 Adolf Baron Pittel und Victor Brausewetter als Eigentümer der OHG „Pittel & Brausewetter“: 1888 – 1897

Die in den Gesellschaftsvertrag vom 29. Dezember 1887 aufgenommenen Bestimmungen sind indirekt ein Zeugnis für die bereits vorher bestandene enge Geschäftsbeziehung zwischen den Vertragspartnern. Sie belegen die gleichgerichteten unternehmerischen Ziele wie das eng damit verknüpfte gemeinsame Interesse an den technischen Neuerungen in Produktion und Verwendung von Baumaterialien. Sowohl Adolf Pittel als auch Victor Brausewetter zählten zu jenen Personen, die die Herstel-

¹⁵ Lamberg, *Aus der Geschichte*, 1921, Nr. 1.

¹⁶ Brammertz, *Adolf Baron Pittel*, 1982, S. 196.

¹⁷ Victor Brausewetter, *Erinnerungen an die Entstehung und Entwicklung der Beton- und Eisenbetonbauweise in der Zeit von 1867 bis 1925*, Sonderdruck aus: *Beton und Eisen* 24(1925), S. 3. Seine auf Seite 2 gemachte Bemerkung, dass er mit Pittel „ununterbrochen in geistigem Verkehre stand“ bezog er konkret auf dessen Auftrag, ein „Fort in Krakau und ein ähnliches in Przemysl“ zu errichten, den er irrtümlich mit der zweiten Hälfte der siebziger, anstatt der nachgewiesenen achtziger Jahre datierte. Siehe: *Betonbau-Unternehmung Adolf Baron Pittel Wien*, in: *Die Gross-Industrie Österreichs*, 2. Bd., Wien 1910, S. 106. Diese von Victor Brausewetter selbst gemachte Feststellung dürfte aber auch als Beweis für eine bereits die siebziger Jahre prägende geistige Zusammenarbeit gewertet werden sein. Die Aussage an sich ist eine weitere Bestätigung des langjährigen engen Kontaktes der beiden.

lung von Zement und Zementwaren praktisch wie theoretisch entscheidend vorantrieben und dem Betonbau viele Anwendungsgebiete erschlossen. Die einschlägige Literatur zeigt sich in diesen Fragen gut unterrichtet und bietet ein eindrucksvolles Bild der von beiden noch in den siebziger Jahren angestrebten Bemühungen.¹⁸ Die Ausgabe der *Gross-Industrie Österreichs* des Jahres 1910 gibt einen kurzen, aber prägnanten Einblick in die Tätigkeit Adolf Pittels, die zugleich als Steckbrief der technischen Errungenschaften in der Anfangsphase des Betonbaus gelesen werden kann: Unter Hinweis auf die 1873 von Pottenstein nach Weißenbach an der Triesting verlegte „Romanzementfabrik“ werden Pittels „große und vielseitige Vorstudien zur Verwertung der Zemente“ erwähnt, die er sich „durch Reisen nach Frankreich, Deutschland, Italien“ erworben habe, und die ihn in die Lage versetzten, „mit der Herstellung von Betonkanälen und der Ausführung von Kanalisierungen ganzer Ortschaften“ zu beginnen. Besonders hervorgehoben wird die „Herstellung ausgedehnter Fortifikationsarbeiten in Beton für die Festungen Krakau und Przemysl“ in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre.¹⁹

Auch der Privatingenieur Victor Brausewetter widmete sich neben der Ausführung verschiedener Aufträge – wie etwa dem Bau einer Schlepfbahn für die Tyrnauer Zuckerfabrik²⁰ – Testversuchen zur Erprobung der Festigkeit von Beton, wofür er bereits 1879 auf seinem Lagerplatz in Pressburg ein Versuchsgewölbe aus Stampfbeton errichtete.²¹ Als besonderer Erfolg darf die 1880 durchgeführte Kanalisierung des halben Stadtgebietes von Pressburg unter Einsatz der Betonbauweise²² gewertet werden. Das Ringen um den neuen Baustoff und eine entsprechende, praktisch wie theoretisch abgesicherte Richtlinie für Betonkonstruktionen, schmiedete die späteren Geschäftspartner früh zusammen. Ein Beleg hierfür ist es auch, dass Adolf Pittel und Victor Brausewetter 1887, noch vor Abschluss des Gesellschaftsvertrages, zusammen eine Anleitung zur „Projektirung und Bauausführung von Beton-Abzugsanälen“ veröffentlichten, die internationale Beachtung fand.²³ Als eindeutiger Beleg für die bereits vor 1887 umfangreiche Zusammenarbeit zwischen ihnen ist das am Buchende

¹⁸ Der vorliegende Leistungsausweis ist ein sprechender Beweis einer die beiden in allen Fragen des technischen Fortschritts und seiner Anwendung einigenden Arbeit.

¹⁹ Betonbau-Unternehmung Adolf Baron Pittel Wien, in: *Die Gross-Industrie Österreichs*, 2.Bd., Wien 1910, S. 106; vgl. auch die subtile Schilderung in: Lamberg, *Aus der Geschichte*, 1921, Nr. 2.

²⁰ Siehe Anm. 12.

²¹ Siehe Anm. 4.

²² Die Prager Mitteilungen werten dieses Projekt als „die erste Gesamtkanalisation aus Beton“ in der Habsburgermonarchie. Lamberg, *Aus der Geschichte*, 1921, Nr. 2.

²³ Adolf Baron Pittel u. Victor Brausewetter, *Projectirung und Bauausführung von Beton-Abzugsanälen*, Pressburg u. Leipzig 1887. Der ungekürzte Titel lautet: *Practische Anleitung zur Projectirung und Bauausführung von Beton-Abzugsanälen*. Bearbeiter von der Bauunternehmung für Städte-Canalisation und Betonbau, Adolf Baron Pittel & Viktor Brausewetter, Centralbureau für Oesterreich: Wien IV., Margaretenstraße Nr. 2, Centralbureau für Ungarn: Pressburg, Lorenzthorgasse Nr. 1, Pressburg und Leipzig 1887.

abgedruckte Verzeichnis der bis 1887 ausgeführten Bauten anzusehen: Es umfasst „Kanalbauten in dreißig verschiedenen Straßen Wiens“ im Auftrag der Gemeinde Wien, weitere Kanalbauten in Wien für das Kultusministerium, das Justizministerium, die Geniedirektion²⁴, Kanalbauten in Pressburg und in 15 verschiedenen österreichischen wie ungarischen Gemeinden, einen Kanalbau in Grajova (Rumänien), Kanalbauten für Industriefirmen, Fortifikations- und andere Wehrbauten, Bau von Betondecken, Betonreservoirs, Bade- und Gasbassins und andere Tiefbauarbeiten, die außerhalb der Monarchie in Belgrad, Bukarest, Grajova, Braila, Galatz und Ploesti erstellt wurden.²⁵

Der Gesellschaftsvertrag 1887 lässt somit einerseits das Ausmaß der bisherigen Zusammenarbeit vermuten, gibt aber andererseits auch Einblick in die Zielvorstellungen und Erwartungen der Geschäftspartner. Das mit „Ausführung von Beton und anderen Bauten für fremde Rechnung“, mit der Erzeugung von Zementwaren sowie mit dem Handel mit Kalk, Zement, Zementwaren und Baumaterialien umschriebene Tätigkeitsfeld (Punkt I) entspricht genau den bisherigen Bemühungen der beiden Gesellschafter. Dementsprechend wird vereinbart, die bisher betriebenen, „dem Handelszweige der Gesellschaft gleichartigen Handelsgewerbe zurück zu legen“, wie sie Brausewetter in Pressburg und Pittel in Wien unterhielten. Ausdrücklich ausgenommen von dieser Bestimmung wird jedoch die Zementfabrik in Weißenbach/Triesting, die weiterhin auf eigene Rechnung zu betreiben Pittel zugestanden wurde (Punkt IV), deren Produkte aber seitens der neuen Gesellschaft zu jährlich neu festzusetzenden Preisen erworben werden konnten.

Als Sitz der Gesellschaft wurden Pressburg und Wien genannt. Das Wiener Büro befand sich im 4. Bezirk in der Margarethenstraße 2, wo Pittel selbst „abwechselnd“ wohnte, aber auch der zum Prokuristen der Firma ernannte Ing. Franz Hickel domiziliert war.²⁶

Vertraglich festgelegt wurden auch die von beiden Gesellschaftern zu erbringenden Sach- und Barleistungen (Punkt III). Beide verpflichteten sich, Baumaterialien, Werkzeuge und Geräte im Gegenwerte von 4.000 Gulden und 1.000 Gulden in bar als Einlagen zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus erklärten sie sich bereit, zusätzliches Betriebskapital „nach Bedarf“ beizusteuern, das in das Eigentum der Gesellschaft übergehen soll.

Die Belegschaft der neuen Firma rekrutierte sich aus den „Beamten und Dienern“, die Adolf Pittel und Victor Brausewetter bisher in ihren Betrieben in Wien und Pressburg beschäftigt hatten, wobei auch die Dienst- und Gehaltsbestimmungen

²⁴ Geniedirektion: Oberste Behörde für Festungsbau und Kriegstechnik.

²⁵ Pittel u. Brausewetter, Projektierung und Bauausführung, 1887, S. 43–48.

²⁶ Franz Hickel war bereits in der Wiener Firma Pittels, die dem Gesellschaftsvertrag gemäß gelöscht wurde, als Prokurist tätig. Handelsgericht Wien, Handelsregister für OHG, Eintragung der Firma „Pittel & Brausewetter“: 10. Februar 1888.

Practische Anleitung
zur
Projectirung und Bauausführung
von
Beton-Abzugscanälen.

Bearbeitet
von der Bauunternehmung für Städte-Canalisation und
Betonbau

Adolf B. Pittel & Victor Brausewetter,

Centralbureau für Oesterreich:
Wien, IV. Margarethenstrasse Nr. 2.

Centralbureau für Ungarn:
Pressburg, Lorenzerthorgasse Nr. 1.

Mit 3 Tafeln.

PRESSBURG & LEIPZIG.
Verlag von G. Heckmann's Nachfolger Rudolf Drodleff.
1887.

Projectirung und Bauausführung

übernommen wurden (Punkt VI). Dem Prokuristen Hickel wurden fünf Prozent vom jährlichen Reingewinn zuerkannt. Besonders hervorzuheben sind die freiwilligen Sozialleistungen, die vertraglich festgeschrieben wurden und die auf früheren Zusagen Adolf Pittels beruhten. So übernahm die Gesellschaft die Zahlung eines „Erziehungsbeitrages“ für die drei Kinder der Witwe des 1874 verstorbenen Geschäftsführers bis zum Jahre 1894. Der bei einem Kanalbau in Mähren verunglückte Johann Fischer erhielt eine Unterstützung auf Lebenszeit. Weiters wurde die Einrichtung eines „Unterstützungsfonds für die Beamten und Diener“ beschlossen, den man mit fünf Prozent des jährlichen Reingewinns zu dotieren beabsichtigte. Die auszuzahlenden Beträge wollten die Gesellschafter jährlich einvernehmlich festlegen.

Punkt VII geht auf die Buchführung und die Erstellung der Jahresbilanz ein. Da-

bei galt als Richtlinie, die „Abschreibungen an den der Entwertung unterliegenden Vermögensgegenständen und an uneinbringlichen oder zweifelhaften Forderungen“ jährlich festzulegen. Der Darstellung des Gesellschaftsvermögens wurde großes Augenmerk geschenkt. Jeder Gesellschafter erhielt ein Konto zugewiesen, aus dem sein Anteil zu ersehen war. Das investierte Kapital sollte zu Lasten des Gewinnes mit sechs Prozent jährlich verzinst werden. Außerdem eröffnete jeder der Kontrahenten ein „separates Konto“, das alle Einzahlungen und Entnahmen in einer Geschäftsperiode verbuchte. Halbjährlich wurde der Bestand ermittelt und ebenfalls mit sechs Prozent verzinst. Am Schluss des Geschäftsjahres schrieb man den Saldo dem Anteilskonto des betreffenden Gesellschafters gut. Für die Geschäftsführung erhielten die Kontrahenten eine monatliche Vergütung von 300 Gulden zugesprochen. Auch diese Vergütung ging, gleich den Abschreibungen und den gesamten „Regiekosten“, als ein Aufwandsposten in die Gewinnermittlung ein.

Die mit der Kündigung seitens eines Gesellschafters verbundenen Fragen der Liquidation oder auch der Fortführung des Unternehmens durch den verbleibenden Gesellschafter werden im Punkt IX abgehandelt. Punkt X greift den Fall des Ablebens eines Gesellschafters auf. Auch hier war der Fortbestand der Gesellschaft mit den Erben möglich, wenn mit der für die Erben vorgesehenen Vertretung das Einverständnis erzielt werden konnte. Pittel und Brausewetter einigten sich auf den Prokuristen Franz Hickel als Vertreter ihrer allfälligen Erben. Wenn jedoch der Sohn Victor Brauseweters, Benno Brausewetter, „das 24. Lebensjahr erreicht, seine technischen Studien vollendet und seine praktische Befähigung zur Mitwirkung im Geschäft bestätigt hat“, dann sollte ihm die Funktion eines „Erbenvertreters“ zufallen.²⁷ Im Falle des Ausbleibens einer solchen Lösung konnte der überlebende Gesellschafter das Unternehmen als Alleineigentümer fortführen, andernfalls war die Liquidation einzuleiten. Für die Abfindung der Erben enthält der Gesellschaftsvertrag keine besonderen Klauseln.

Der Abschluss des Gesellschaftsvertrages mit Wirksamkeit ab 1. Jänner 1888 wie auch die zeitgleiche Gründung der offenen Handelsgesellschaft *Pittel & Brausewetter* stehen also für die Fortsetzung und den Ausbau der bereits bestehenden umfangreichen Zusammenarbeit der Kontrahenten. Die vertragliche wie öffentlich-rechtliche Absicherung war jedoch notwendig, um der weiteren Entwicklung eine verlässliche Basis zu geben.

Das gesellschaftsrechtliche Gründungsjahr 1888 fiel in eine Periode der rasanten Verbreitung der Betonbauweise, die immer neue Anwendungsgebiete eroberte. Adolf Pittel und Victor Brausewetter zählten zweifellos zu jenen Bauingenieuren, die in ihrer Vorgangsweise praktische Erprobung und rechnerische Bewältigung der bezüglich Statik und Materialeignung neuartigen Probleme verbanden. Eine solche Situation

²⁷ Benno Brausewetter stand zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses im 19. Lebensjahr.

ergab sich bereits 1884,²⁸ als Victor Brausewetter den von der Stadt Salzburg in Auftrag gegebenen Bau eines Wasserreservoirs auf dem Kapuzinerberg in Betonbauweise ausführte. Die hierfür angestellten Berechnungen waren ein Schritt, den Behälterbau (Wasserbau) zusätzlich zum Kanalbau in die Angebotsliste der Firma *Pittel & Brausewetter* aufzunehmen. So wurden etwa in Siebenbürgen bei Hermannstadt und bald darauf in Lend-Gastein (Salzburg) sowie bei Landeck in Tirol große Wasserkraftanlagen errichtet.²⁹ Bei den zuletzt genannten Bauten konnten bereits – und wären ohne diese nicht durchführbar gewesen – die neuen Techniken der Eisenbetonkonstruktion angewendet werden.

Die Anfangsjahre der jungen Gesellschaft fallen somit mit den ersten Versuchen der Verwendung von Eisen im Betonbau zusammen. Aufbauend auf die von Joseph Monier über Jahre hinweg entwickelten Ausführungen von Eiseneinlagen in Beton, denen es jedoch nach dem Urteil der Fachwelt an wissenschaftlicher Basis ermangelte, bemühte sich der gelernte Steinmetz und Zimmermeister François Hennebique um eine Kombination der noch dem Eisenbau zuzuordnenden Strukturelemente mit Anforderungen des Betonbaus im Sinne einer neuartigen statisch-konstruktiven Einheit.³⁰ Diese Entwicklung, die auch noch von anderen Technikern wie Gustav Adolf Wayss in Frankfurt/Main, Berlin und schließlich in Wien weiter vorangetrieben wurde,³¹ blieb Pittel und Brausewetter nicht verborgen. Die großen Erfolge, die der Betonbau in diesen Jahren zu verzeichnen hatte, ließen jedoch noch einige Zeit die Skepsis gegenüber der neuen Bauweise überwiegen. Vor allem waren es schließlich die auf Hennebique zurückzuführenden, patentrechtlich jedoch geschützten Neuerungen, die Victor Brausewetter 1894 veranlassten, seinen Sohn Benno zum Studium der Eisenbetonbauweise nach Paris zu schicken. Das Ergebnis legte eine abwartende Haltung gegenüber dieser noch in den Anfängen steckenden Baumethode nahe, wobei man sich auch in Übereinstimmung mit dem Gros der Fachleute befand.³²

Parallel dazu ließen die Firmeneigner aber gezielte Erprobungen der Verbundbauweise von Beton und Eisen durchführen, wofür man in den 1889 (Brünn) und 1892 (Prag) eingerichteten Filialen³³ die Voraussetzungen schuf. Auf dem firmeneigenen Versuchsgelände erhielt der an der Technischen Hochschule in Brünn als Professor für „Baustatik“ lehrende Josef Melan³⁴ die Gelegenheit, ein neues System des

²⁸ Pittel+Brausewetter Gesellschaft m.b.H., Hg., 125 Jahre Pittel+Brausewetter – Innovation aus Tradition, s.L., s.a., S. 15. Die Prager Mitteilungen nennen 1881 als das Jahr der Übernahme des Auftrags. Lamberg, Aus der Geschichte, 1921, Nr. 3.

²⁹ Lamberg, Aus der Geschichte, 1921, Nr. 4.

³⁰ Vgl. Alfred Pauser, Eisenbeton 1850–1950. Idee-Versuch-Bemessung-Realisierung. Unter Berücksichtigung des Hochbaus in Österreich, Wien 1994, S. 13 u. 16ff.

³¹ Ebenda, S. 177; siehe auch: P. Gödel, Vorwort, in: Zement und Beton 6(1907), Nr. 8.

³² Lamberg, Aus der Geschichte, 1921, Nr. 4.

³³ Verzeichnis der Filialen des Unternehmens im Anhang.

³⁴ Biographische Angaben über Josef Melan: Pauser, Eisenbeton, 1994, S. 171f.; Konrad Kluge, Me-



Joseph Melan

Gewölbebaus zu erproben. Die Zusammenarbeit trug bereits 1892 Früchte, als *Pittel & Brausewetter* das „Patent Melan“ erwarb, dessen besondere Bedeutung für die Konstruktion „schwer belastbarer Industriedecken, Schalen und Brücken“ sich rasch herausstellte.³⁵ Dem Unternehmen boten sich dadurch neue Möglichkeiten im Gewölbebau und im Brückenbau.³⁶ Besonders letzterer sollte sich in den folgenden Jahren als lukrativer Produktionszweig erweisen.³⁷

Die firmeneigene Darstellung der Entwicklung der Gesellschaft spricht 1921 davon, dass es Mitte der neunziger Jahre noch „eines günstigen Zufalles“ bedurfte, „um den Eisenbeton auch in unserer Unternehmung einzuführen“.³⁸ Diesen sah der Verfasser in der Begegnung Victor Brausewitters mit Ing. Matrai in Paris, der an einer Lizenzvergabe für sein Patent auf Eisenbetondecken interessiert war.³⁹ Nach kurzer,

lan – 80 Jahre, in: *Mitteilungen*, Prag 1934, Folge 1–3, S. 1–5; Franz Machaczek, Joseph Melan f., in: *Die Bautechnik* 12/13 (1941).

³⁵ Pauset, *Eisenbeton*, 1994, S. 46f.

³⁶ Besondere Aufmerksamkeit erlangte die 1898 aufgestellte „Schwimmschulbrücke“ in Steyr (Oberösterreich), die als weltweit „flachste Bogenbrücke“ Berühmtheit erlangte. Im VI. Band der „Groß-Industrie“ heißt es dazu: „Die Melanhögen der Firma Pittel & Brausewetter haben bei Strassenbauten des In- und Auslandes Anwendung gefunden. Ein diesbezüglich hochinteressantes Objekt wurde in Steyr erbaut.“ Friedrich Steiner, *Entwicklung und Aufgaben des Civil-Bauingenieurwesens in Österreich*, in: *Die Groß-Industrie Österreichs*, VI. Bd. Wien 1898, S. 67.

³⁷ Bis heute werden nach dem „System Melan“ Eisenbahnbrücken für große Spannweiten erbaut.

³⁸ Lamberg, *Aus der Geschichte*, 1921, Nr. 4.

³⁹ Ebenda.

aber eingehender Prüfung erwarb Victor Brausewetter 1896 das „System Matrai“, das im Industriebau besondere Vorteile versprach,⁴⁰ zugleich sicherte er sich die Ausführungsrechte für das schweizerische Patent Siegwart,⁴¹ das bei der Verlegung von Deckenbalken neue Wege erschloss. Durch Pittel & Brausewetter fanden die drei Deckensysteme Melan, Matrai und Siegwart weite Verbreitung in der österreichisch-ungarischen Monarchie. Sie verhalfen dem Unternehmen noch in den neunziger Jahren zu einer führenden Position in der Anwendung von Eisenbetonkonstruktionen im Brücken-, Gewölbe- und Industriebau.



*Kirche Weissenbach
Betonbau an der Triesting*



*Adolf Freiherr von Pittel
Büste*

Angesichts der technisch wie umfangsmäßig enormen Ausweitung des Tätigkeitsfeldes überrascht es, dass der Ende 1887 geschlossene Gesellschaftsvertrag nahezu zehn Jahre ohne Abänderung oder Ergänzung blieb. Auch der am 2. Jänner 1896 notariell beglaubigte „Nachhang“⁴² zum alten Vertrag fügte den Modalitäten der Zusammenarbeit nichts hinzu, gab jedoch für den Fall des „Austritts“ eines Gesellschafters (Punkt IX) präzisere Anweisungen für die Aufteilung des Vermögens. Deutet

⁴⁰ Die „Matrai-Decke“ zeichnete sich durch große Tragfähigkeit bei relativ geringem Eigengewicht aus. Pauser, *Betonbau*, 1994, S. 106f.

⁴¹ Victor Brausewetter, *Erinnerung*, 1925, S. 4; Pauser, *Eisenbeton*, 1994, S. 123.

⁴² Der „Nachhang“ schließt direkt an den Text des Gesellschaftsvertrags vom 29. Dezember 1887 an und ist wie dieser notariell beglaubigt; siehe Anm. 8.

schon dieser Teil der Bestimmungen auf die inzwischen eingetretene Diversifizierung der unternehmerischen Ziele hin, zeigt die erstmals aufgenommene Regelung betreffend die Abdeckung von Garantieverpflichtungen und die Bildung eines Reservefonds die gestiegene und auch mit erhöhten Risiken behaftete Auftragslage an. Der ausgedehnte Geschäftsumfang lässt sich auch aus der Ernennung eines zweiten Prokuristen, des „Oberingenieurs“ Attilio Rella, im Jahre 1893 erschließen.⁴¹ Über dessen Entlohnung oder Beteiligung sind keine näheren Bestimmungen überliefert, immerhin hält der „Nachhang“ 1896 fest, dass die Anteilsrechte der Gesellschafter am Reservefonds „unter Berücksichtigung der vertragsmäßigen Bestimmungen mit Herrn Oberingenieur Attilio Rella“ festzustellen sind.

Das Jahr 1897 erzwang weitreichende und die Existenz des Unternehmens direkt betreffende Entscheidungen. Nachdem im Mai Franz Hickel „aus gesundheitlichen Gründen“ um die Löschung seiner Prokura ersucht hatte,⁴² schied Adolf Baron Pittel angesichts seines schlechten Gesundheitszustandes mit Jahresende als öffentlicher Gesellschafter aus.⁴³ Victor Brausewetter entschloss sich, wie im Gesellschaftsvertrag (Punkt IX) optional vorgesehen, das Unternehmen alleine weiter zu führen. Damit standen nicht nur die Rechts- und Eigentumsverhältnisse zur Abklärung an, es mussten auch den produktions- und finanzwirtschaftlichen Zielen entsprechende Vorkehrungen getroffen werden.



*Adolf Freiherr Pittel:
Grab*

⁴¹ Attilio Rella war bereits seit 1883 Mitarbeiter auf den von Victor Brausewetter in Mähren unterhaltenen Baustellen, war entscheidend am Aufbau der Filialen in Brünn und Prag beteiligt und wirkte nach seiner Ernennung zum Prokuristen in der Zentrale der Gesellschaft in Wien. Lambert, *Aus der Geschichte*, 1921, Nr. 5.

⁴² Handelsgericht Wien, Handelsregister für OHG, Eintragung der Löschung am 21. Mai 1897 mit Anordnung der Bekanntgabe an die Handelsgerichte Prag und Brünn.

⁴³ Ebenda, Eintragung zum 31. Dezember 1897; siehe ergänzend: Brammertz, *Weißbacher Betriebsgründung*, 1972.

4 Victor Brausewetter als Inhaber der Einzelfirma „Pittel & Brausewetter, Betonbauunternehmung“: 1898 – 1907

Die handelsgerichtliche Eintragung vom Ausscheiden Adolf Baron Pittels als öffentlicher Gesellschafter enthält auch den Hinweis auf die nun von Victor Brausewetter allein geführte Einzelfirma, die unverändert den Namen *Pittel & Brausewetter* beibehielt und als „Betonbauunternehmung“ geführt wurde. Ebenso fand die weiter bestehende Prokura von Attilio Rella Erwähnung.⁴⁶



Victor Brausewetter



Benno Brausewetter

Wie schon früher verband Brausewetter auch nun die mit „Bauunternehmung“ bezeichnete Geschäftstätigkeit mit dem Handel von Zementwaren und Baumaterialien. Dies geht aus einer Bestätigung seiner geleisteten Erwerbssteuer hervor.⁴⁷ Die mit der Erschließung neuer Aufgabenbereiche vermehrten Anforderungen an die Geschäftsführung bewogen Victor Brausewetter, weitere Prokuristen aufzunehmen. Neben Josef Oesterreicher⁴⁸, einem Wiener „Baudirektor und Ingenieur“, überantwortete er 1899 auch seinem ältesten Sohn Benno (geb. 1869) die umfassende Handels-

⁴⁶ Handelsgericht Wien, Handelsregister: Löschung als OHG und Eintragung in das Register für Einzelfirmen: Eintragung vom 31. Dezember 1897.

⁴⁷ Handelsgericht Wien, Handelsregister für Einzelfirmen: Eintragung vom 20. Mai 1898.

⁴⁸ Oesterreicher trat noch Ende 1899 aus „Gesundheitsrücksichten“ von diesem Amt zurück, die „Löschung“ erfolgte am 5. Januar 1900 im Wiener Handelsregister.

vollmacht. Dieser hatte seit seinem sechzehnten Lebensjahr in den Ferien dem Vater bei der Ausführung verschiedenster Arbeiten geholfen und war nach Abschluss seiner Studien an der Technischen Hochschule Wien 1894 in die Firma eingetreten, wo er sich des Öfteren als Bauleiter betätigte.⁴⁹

Aus der im Februar 1899 erfolgten Eintragung im Wiener Handelsregister geht auch hervor, dass zu diesem Zeitpunkt neben Brünn und Prag bereits eine Zweigniederlassung in Czernowitz bestand.⁵⁰ Sie wurde jedoch 1903 wieder aufgelassen.⁵¹



Adolf Freiherr von Pittel mit Ehefrau Leopoldine de Collin-Tarsienne

Als Adolf Baron Pittel am 6. Jänner 1900 starb, setzte seine Frau Leopoldine Pittel die schon nach dem Ausscheiden ihres Gatten 1897 neu geregelte Zusammenarbeit mit Victor Brausewetter weiter fort.⁵² Ein mit 4. März 1900 datiertes „Übereinkommen“ gibt nicht nur einen guten Einblick in die vertragsmäßig ausgehandelten

⁴⁹ So beaufsichtigte er nach 1894 den Bau der Wasserkraftanlage für das städtische Elektrizitätswerk in Hermannstadt (Siebenbürgen) oder ähnliche Projekte in Österreich (Lend und Landeck), 125 Jahre, (Anm. 28), S. 10.

⁵⁰ Handelsgericht Wien, Register für Einzelfirmen, Eintragung vom 28. Februar 1899. Czernowitz war die Hauptstadt des ehemaligen Kronlandes Bukowina in der Habsburgermonarchie, heute zur Ukraine gehörig.

⁵¹ Das Handelsgericht Czernowitz gab am 14. September 1903 bekannt, dass die Zweigniederlassung der Firma Pittel und Brausewetter infolge „Aufhebung des Geschäftsbetriebes“ gelöscht wurde. Eintragung im Handelsgericht Wien (Register für Einzelfirmen): 17. September 1903.

⁵² Betonbau-Unternehmung Adolf Baron Pittel, Wien 1910, S. 106.

Konditionen der gemeinsamen Geschäftsführung, sondern lässt auch Rückschlüsse auf den Strukturwandel in der Baubranche der letztvergangenen Jahre zu.⁵³

Die Abmachung bezog die von Victor Brausewetter nun als Alleininhaber geführten Unternehmen der Firma *Pittel & Brausewetter* sowie die von Leopoldine Pittel nach dem Tode ihres Gatten weiter unterhaltenen Betriebe des Betonbaues, der Erzeugung von Zementwaren und des Handels mit Baumaterialien ein. Ausgenommen waren somit alle Firmen, die von beiden darüber hinaus in Eigenregie geführt wurden (Punkt 1). Dieser neuen Form der Zusammenarbeit wurde auch organisatorisch Rechnung getragen. Punkt 7 regelt die weitgehend aufeinander abgestimmte Geschäftsführung, die in benachbarten Büros und in der gemeinsamen Nutzung eines Warenlagers inklusive der dort beschäftigten Bürodienner und Magazinsbediensteten bei Kostenteilung ihren Ausdruck fand. Auch personell fand diese Regelung einen Niederschlag. Man vereinbarte, dass der bei *Pittel & Brausewetter* tätige Oscar Ritter von Negrelli sich „nach Gestaltung der Geschäfte mit gleicher Intensität“ auch den Unternehmen von Frau Leopoldine Pittel zu widmen habe (Punkt 8).

Dieses Übereinkommen hatte auch Auswirkungen auf die Verkaufsmodalitäten (Punkt 6). Leopoldine Pittel wurde der uneingeschränkte Verschleiß der in ihrem Weißenbacher Werk erzeugten Zementwaren zugesichert.⁵⁴ Außerdem war sie bei Zustimmung Victor Brausewetters berechtigt, Waren von seinem Lager anzukaufen und uneingeschränkt weiter zu veräußern.

Das „Übereinkommen“ erlaubt auch einen Blick in die Kosten der Geschäftsführung und deren Verrechnungsart (Punkt 2).⁵⁵ Die Verzinsung des investierten Kapitals zu sechs Prozent, die Dotierung der „Versorgungs-Conti“ und die jährlich zu vereinbarende Aufstockung des Reservekontos wurden ebenso gewinnmindernd verrechnet wie die Abschreibungen, die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Beamten oder auch die vorgesehenen „Chefgehälter“. Vom verbleibenden „Reinertrag“ wurden Tantiemen von je fünf Prozent an die Anteilseigner von *P&B*, nämlich Benno Brausewetter, Eugen Comel, Valerian Venier und Oscar Negrelli, ausbezahlt. Am restlichen „Reingewinn“ war der Prokurist Attilio Rella mit 25 Prozent beteiligt, die verbleibenden 75 Prozent standen als Unternehmernergewinn zur Aufteilung an. Die in

⁵³ Leopoldine Baronin Pittel, Übereinkommen, Manuskript, P+B, Zentralarchiv Wien, Ordnen: Urkunden; Mappe: Interessante Briefe.

⁵⁴ In Punkt 6 wird verwiesen auf eine frühere Abmachung zwischen Adolf Pittel und Victor Brausewetter, worin der „ausschließliche Verschleiß der in Weißenbach erzeugten Cementwaren in Wien und Umgehung“ vereinbart worden sei, eine Bestimmung, die nun mit 1. Jänner 1900 „einverständlich aufgehoben“ wurde. Im Gesellschaftsvertrag von 1887 ist jedoch keine derartige Einschränkung festgelegt. Vielleicht hat man sich später auf diese Klausel geeinigt, um den gestiegenen Bedarf an Zementwaren in Wien abdecken zu können.

⁵⁵ Zu Fragen der Konjunkturlage wie der Ertragsentwicklung siehe die Erläuterungen zur wirtschaftlichen Entwicklung (Teil I.B). Dort werden auch die Modalitäten der Bilanzerstellung erörtert.

Punkt 2 enthaltene Regelung spricht 62 Prozent Victor Brausewetter und 38 Prozent Leopoldine Pittel zu.

Die in der Gewinnquote zum Ausdruck kommende Aufteilung der Einflussnahme auf die Geschäftsführung fand auch in den Bestimmungen über den Unternehmerlohn³⁶ oder im Einspruchsrecht Victor Brausewetters in Fragen der Übernahme von Bauofferten Ausdruck³⁷.

Die Dauer des Übereinkommens wurde mit fünf Jahren, also bis Ende 1904 festgelegt, danach war, wenn davor keine Kündigung erfolgte, an eine Verlängerung von Jahr zu Jahr gedacht (Punkt 9). Den Abschluss (Punkt 10) bildet die Feststellung, dass die getroffene Vereinbarung auch zukünftig seitens der Erben oder sonstiger Rechtsnachfolger zu beachten sei.

Die vereinheitlichte Führung der im „Übereinkommen“ genannten Firmen, die gleichzeitig eine Abstimmung mit den außerhalb bleibenden branchenverwandten Unternehmen der beiden Partner erfuhr, war ohne Zweifel eine wichtige Voraussetzung, die Bautätigkeit steigern und weiter diversifizieren zu können. Zu den bereits im Angebot stehenden Kanal-, Brücken- und Wasserbauten erlaubten nun die systematisch erzielten Fortschritte im Eisenbetonbau die Ausführung großer Industriebauten. Nach Ablauf der Schutzfrist für das Patent Hennebique 1903 war Victor Brausewetter wie viele andere bemüht, dieses Konstruktionssystem durch praktische Anwendung zu erproben. Es brauchte Jahre, bis er bei tatkräftiger Unterstützung durch seinen Sohn Benno „den ersten großen Fabrikbau als vollkommen monolithische Eisenbetonkonstruktion“ ausführen konnte.³⁸ Dieser 1907 in Oberleutensdorf (Böhmen) erstellte Fabrikkomplex der Baumwollspinnerei E. G. Pick wird auch in der Literatur als erstes Großprojekt von *P&B* in der „Eisenbetonbauweise“ angeführt.³⁹

Victor Brausewetter hatte nach dem Ausscheiden Baron Pittels die erfolgreiche Strategie der Suche nach technischen Lösungen für immer komplexere Bauaufgaben fortgesetzt. Seine Entscheidungen und unternehmerischen Aktivitäten lassen dabei ein klares Konzept erkennen. Als 1899 der Eigentümer der „Bauunternehmung E. Gaertner“, Baurat Eduard Gaertner, verstarb, reichten Victor Brausewetter und drei weitere in Wien ansässige Ingenieure, Eduard Swoboda, Rudolf Faesch und Arthur Korsch, ein Gesuch um Umwandlung der Einzelfirma *Bauunternehmung E. Gaertner* in eine offene Handelsgesellschaft gleichen Namens zum Betriebe einer „Bauunter-

³⁶ Victor Brausewetter werden 12.000 Kronen zugestanden, Leopoldine als „Chefgehalt“ 4.800 Kronen, was ziemlich genau der Aufteilung des Reingewinnes von 62 zu 38 Prozent entspricht.

³⁷ Leopoldine Pittel musste die Zustimmung Brausewetters bei allen Bauten einholen, deren Bausumme 20.000 Kronen überstieg (Punkt 5).

³⁸ Victor Brausewetter, *Erinnerung*, 1925, S. 5.

³⁹ Siehe etwa: *Bauunternehmung Pittel & Brausewetter, E. Gärtner*, Wien IV., Guffhausstraße 16, in: *Das neue Wien*, Wien 1927, S. 289.

nehmung für Bau- und Eisenconstruction“ ein.⁶⁰ Am 7. Juli 1899 erfolgte die Eintragung in das Handelsregister für Gesellschaftsfirmen.⁶¹ Die Beteiligung an der *Bauunternehmung E. Gaertner* war für Victor Brausewetter von strategischer Bedeutung: Die Firma hatte sich auf die Ausführung von Bauten mit pneumatischer Fundierung spezialisiert, eine auch von Brausewetter angewandte Technik bei Wasserbauten. So ergab sich die Möglichkeit, Konkurrenz in Zusammenarbeit zu verwandeln.

Der zwischen Victor Brausewetter und seinen drei Mitgesellschaftern Eduard Swoboda, Arthur Kotschy und Rudolf Faesch abgeschlossene Gesellschaftsvertrag ist nicht überliefert, jedoch eine vermutlich zeitgleiche „Geschäftsordnung“.⁶² Diese lässt eindeutige Rückschlüsse auf die neuen Rechtsverhältnisse und die zwischen den Gesellschaftern vorgenommene Aufgabenteilung zu. Das Recht der Firmazeichnung wurde Brausewetter und Swoboda zuerkannt, wobei ersterer die Gesellschaft nach außen vertreten, letzterer die „interne und technische Geschäftsführung“ wahrnehmen sollte. Im Falle widersprüchlicher Ansichten war den Anordnungen Brausewetters Folge zu leisten (Punkt 1). Die beiden anderen Gesellschafter, Faesch und Kotschy, erhielten je eine „Generalvollmacht“ für den „rechtswirksamen“ Abschluss von Geschäften, wobei sie sich allerdings der Zustimmung seitens der beiden Erstgenannten zu versichern und deren Weisungen zu befolgen hatten (Punkt 3).

Das geschäftliche Vorhaben, das Victor Brausewetter bewog, als Mitinhaber in die Firma E. Gaertner einzutreten, konnte er, wie die weiteren Bestimmungen zeigen (Punkt 2), im Wesentlichen verwirklichen. Es wurde ihm alleine zugestanden zu entscheiden, welche der beiden weitgehend mit gleichen Arbeiten befassten Firmen „Pittel & Brausewetter“ oder „E. Gaertner“ einen aktuellen Bauauftrag übernehmen sollte. Allein bei der „Ausführung von Bauwerken mit pneumatischen Fundierungen“ wurde den anderen Gesellschaftern eine Mitbestimmung eingeräumt, da sie die Kernkompetenz des Unternehmens E. Gaertner betraf.

Die Gesellschafter hatten zusammen die „Inventargegenstände“ der Bauunternehmung den Erben des verstorbenen Eduard Gaertner zum Preis von 59.000 Gulden ö. W. abgekauft, der den Schätzwert der entsprechenden Aktiva übertraf. Der Differenzbetrag wurde als „Entgelt für die erworbene Berechtigung zur Fortführung der Firma“ deklariert. Victor Brausewetter war es gelungen, seine Tätigkeit auf eine breitere finanzielle Basis zu stellen und sie auch in einem ihm wichtig erscheinenden technischen Bereich zu festigen.

Diesem Ziel diente auch die 1906 erfolgte Konstituierung der *Pittel & Brausewetter, Beton-Brücken- und Tiefbau-Actiengesellschaft* in Budapest, die von der „Pester

⁶⁰ Die Behauptung, Brausewetter habe das Unternehmen gekauft, ist unrichtig. Hans Krawarik, *Pittel+Brausewetter. 125 Jahre Entwicklung des Bauwesens*, Manuskript, Wien 1996, S. 5 u. 7.

⁶¹ Handelsgericht Wien, Register für OHG, Band XLIX, pag. 164.

⁶² Geschäftsordnung für die „Bauunternehmung E. Gaertner“, P+B, Zentralarchiv Wien, Ordner: Urkunden; Mappe: Fa. E. Gaertner.

Ungarischen Commercialbank errichtet und mit einem Aktienkapital von 700.000 Kronen, verteilt auf 7.000 Aktien zu à 100 Kronen ausgestattet wurde.⁶³ Victor Brausewetter stand als Präsident der Direktion vor, in der auch sein Sohn Benno aufscheint. Diese Gesellschaft sollte dem Unternehmen *Pittel & Brausewetter* den ungarischen Markt erschließen und auch eine enge Kooperation mit der Firma E. Gaertner aufbauen. Damit wird deutlich, dass Victor Brausewetter bemüht war, wie in der österreichischen auch in der ungarischen Reichshälfte Marktanteile im Tiefbau zu erschließen. 1907 wurde die ungarische „Abwasser-Reinigungs-Aktiengesellschaft“ durch Fusion aufgenommen.⁶⁴

Weitere Nachrichten über die konsequent betriebene Markterschließung liegen vor. Victor Brausewetter war wie schon erwähnt Inhaber des Patentes Siegwart. Nach Ablauf der Schutzfrist wurde 1904 eine Verwertungsgesellschaft mit beschränkter Haftung in Wien gegründet, an der auch Brausewetter Anteile erwarb.⁶⁵ Insgesamt zeichnet sich ab, dass er flankierend zur ständigen Erweiterung des Produktionsprogramms, die ein Spiegelbild der fortschreitenden Kenntnisse auf dem Gebiet des Eisenbetonbaues war, mit Nachdruck das Ziel einer Stärkung der Marktposition in den entwickelten Kernkompetenzen verfolgte.

5 „Pittel & Brausewetter“ als offene Handelsgesellschaft wiedererrichtet: 1908 – 1918

5.1 Die gesellschaftliche Leitung unter Victor und Benno Brausewetter 1908 – 1912

Die Aufnahme Benno Brauseweters in das Familienunternehmen entsprach dem Wunsch des Firmengründers und hatte bereits 1887 im Vertrag mit Adolf Pittel Ausdruck gefunden, worin Benno als „Erbenvertreter“ vorgesehen war, wenn er das 24. Lebensjahr „erreicht, seine technischen Studien vollendet und seine praktische Befähigung zur Mitwirkung im Geschäfte bestätigt“ hätte.⁶⁶ Durch die tätige Mithilfe bei den verschiedensten Projekten und Bauausführungen seines Vaters, den Abschluss des Studiums 1894 an der Technischen Hochschule in Wien, hatte er inzwischen dieses Anforderungsprofil in überzeugender Manier erfüllt und war bereits 1899 als Prokurist im Unternehmen tätig.⁶⁷ Mit Jahresbeginn 1908, noch vor Ausfertigung eines

⁶³ Compass. Finanzielles Jahrbuch für Oesterreich-Ungarn, Wien 1910, II. Bd., S. 605.

⁶⁴ Ebenda.

⁶⁵ Dies geht aus einem Schreiben Benno Brauseweters an seinen Vater Victor vom 4. Juli 1908 hervor, in dem der Geschäftsanteil Victor's an der „Siegwartbalken-Gesellschaft“ als Teil seiner Geschäftseinlage bei dem zwischen beiden gleichentags abgeschlossenen Gesellschaftsvertrag eingestuft wird. Brief Benno Brauseweters an Victor Brausewetter und dessen Gegenzeichnung, 4. Juli 1908, P+B, Zentralarchiv Wien, Urkunden.

⁶⁶ Siehe Teil I.A. Kap. 3.

⁶⁷ Siehe: Mitteilungen, Prag 1929, Folge 9 (Festheft für Benno Brausewetter).

neuen Gesellschaftsvertrages, erfolgte Benno Brausewitters Eintritt als Firmenchef neben seinem Vater. Die vertragliche Vereinbarung wurde am 4. Juli 1908 zwischen Vater und Sohn abgeschlossen, wobei letzterer im Handelsregister als „autorisierter Bauingenieur“ in Wien IV., Theresianumgasse 6, Erwähnung fand.⁶⁸

Die geplante Beteiligung Benno Brausewitters an der nun wieder als offene Handelsgesellschaft zu führenden Bauunternehmung „Pittel & Brausewetter“ erforderte auch flankierende Maßnahmen in den leitenden Gremien. Bereits am 2. August 1907 war der in Prag tätige „Ingenieur“ Konrad Kluge mit der Einzelprokura ausgestattet worden,⁶⁹ gleichzeitig mit dem neuen Gesellschaftsvertrag wurde auch dem in Wien lebenden „Ingenieur“ Max Lob diese Funktion übertragen.⁷⁰ Beide zeichneten sich schon vor Übernahme der Handelsvollmacht durch jahrelange Mitarbeit in der Firma aus, Kluge seit 1903 und Lob seit 1897.⁷¹

Neben ihnen übte Attilio Rella weiterhin die Einzelprokura aus, die ihm bereits 1893 von Adolf Pittel und Victor Brausewetter zuerkannt worden war.⁷² Der als „Oberingenieur“ geführte Attilio Rella behielt auch nach 1908 die ihm im „Nachhang“ 1896 zum Gesellschaftsvertrag 1888 eingeräumten Anteilsrechte am Reservefonds, wie eine von ihm gegengezeichnete „Vereinbarung“ mit Victor und Benno Brausewetter belegt.⁷³

Der zwischen Victor und Benno Brausewetter 1908 errichtete Gesellschaftsvertrag prolongierte das bis dato geltende Unternehmensziel, nämlich „die Ausführung von Beton- und anderen Bauten für eigene und fremde Rechnung, die Erzeugung von Cementwaren, den Handel mit Kalk, Cement, Cementwaren und Baumaterialien“ (Punkt 1). Neben Wien als dem Hauptsitz der Unternehmung werden Prag, Brünn und Leoben als „Zweigniederlassungen“ angeführt (Punkt 2).⁷⁴

Vater und Sohn brachten in die neue Gesellschaft Einlagen ein und versicherten sich gegenseitig, „dem Geschäfte ihre volle und ausschließliche Tätigkeit zu widmen“

⁶⁸ P+B, Zentralarchiv Wien, Abschrift des Gesellschaftsvertrags vom 4. Juli 1908; Handelsgericht Wien, Handelsregister für OHG, Eintragung vom 10. Juli 1908.

⁶⁹ Handelsgericht Wien, Handelsregister für OHG, Eintragung vom 2. August 1907; noch im selben Jahr erfolgte die Aufnahme in die Handelsregister von Leoben und Brünn.

⁷⁰ Ebenda, Eintragung vom 31. Dezember 1907, die kurz darauf auch in den Handelsregistern Brünn und Leoben aufscheint.

⁷¹ Die Verleihung der Prokura kann als Zwischenstufe im Aufstieg zum Gesellschafter gewertet werden, der Kluge und Lob 1912 gelang.

⁷² Handelsgericht Wien, Handelsregister für OHG, Eintragung vom 30. Mai 1893; siehe auch Handelsregister Brünn, Eintragung vom 8. Juli 1893.

⁷³ Die „Vereinbarung“ wurde am 4. Juli 1908, am Tage der Unterzeichnung des Gesellschaftsvertrages geschlossen. P+B, Zentralarchiv Wien, Urkunden.

⁷⁴ Die in der Literatur häufig angesprochenen „Filialen“ oder „Niederlassungen“ erfuhren oft erst nach Jahren der Betriebsaufnahme eine förmliche Eintragung im zuständigen Handelsregister.

BETRIEB-UNTERRICHTSHEFT ANTEILUNG 6
 PITTEL & BRAUSEWETTER, WIEN IV. TIEFBAU
 PROJEKTARBEITEN
 BAU DER VIERSACHEN SENKRECHTEN UNTERLEITUNGSKREUZUNG DER ELEKTRISCHEN STRASSEN-
 BAHNLINIEN LOTHRINGERSTRASSE-KÄRNTNERSTRASSE
 AUSGEFÜHRT FÜR „BENNO WICH-STÄDTISCHE STRASSENBAHNEN“ 100



Elektrische Straßenbahn Lothringerstraße – Kärntnerstraße, Wien 1911

(Punkt 3 und 4).⁷⁵ Die Aufteilung von Gewinn oder Verlust folgte einem Schlüssel, der die Anteile am Gesellschaftsvermögen erkennen lässt (Punkt 6).

Die Einlage Victor Brauseweters betrug 444.779,50 Kronen, das war der Bilanzwert des Gesamtvermögens seines bisher als Alleineigentümer geführten Bauunternehmens „Pittel & Brausewetter“ zum Stichtag 1. Jänner 1908.⁷⁶ Benno Brausewetter verpflichtete sich zu einer Bareinlage von 100.000 Kronen. Man sah vor, Gewinne und Verluste „unter Zugrundelegung von vier Anteilen“ im ersten Jahr 1908 im Verhältnis 2,9 zu 1,1 aufzuteilen, wobei in den folgenden Jahren jeweils ein Zehntel Anteil von Victor zu Benno Brausewetter wandern sollte, sodass 1917, dem vorläufigen Ende der vertraglichen Übereinkunft, beide Kontrahenten über zwei Anteile verfügen würden.

⁷⁵ Die Tätigkeit Victor Brauseweters als Miteigentümer der Firma Gaertner wurde von dieser Bestimmung ausgenommen.

⁷⁶ Vgl. „Bilanz aufgenommen am 1. Jänner 1908“, P+B, Zentralarchiv Wien, Bilanzen 1898 bis 1920.

Bezüglich der Leitung der Geschäfte wurde in Punkt 4 Einvernehmlichkeit festgelegt, jedoch auch „ausdrücklich bestimmt, dass in Fällen, in denen eine Übereinstimmung in den Ansichten der beiden Gesellschafter nicht zu erreichen sein sollte, stets die Durchführung nach der Ansicht des Herrn Victor Brausewetter erfolgen muss“.⁷⁷ Im Allgemeinen sollten die Gepflogenheiten der bisherigen Geschäftsführung beibehalten werden. Dies betraf „sämtliche Organe“, die „unter denselben Modalitäten“ und unter Berücksichtigung der bisherigen Funktionen ihre Arbeit zu verrichten hätten (Punkt 5).

Wie schon in den früheren Gesellschaftsverträgen wurde der „ordnungsmäßigen Buchführung“ ein eigener Abschnitt gewidmet (Punkt 6). Es entsprach auch bisherigen Gepflogenheiten, die Höhe der Abschreibungen an Vermögenswerten jährlich zu bemessen, ohne eine bestimmte Quote in Anwendung zu bringen. Umfang und Aufteilung des Gesellschaftsvermögens sollten aus den Jahresbilanzen ersichtlich werden. Die Einlagen der Gesellschafter wurden mit sechs Prozent jährlich verzinst. Der Vertrag räumte in gewissem Ausmaß Barentnahmen wie auch Einzahlungen ein, die in einem „separaten Konto“ zu verbuchen waren und für dessen positiven Saldo halbjährlich eine sechsprozentige Verzinsung vorgesehen war. Die Ausgaben auf Geschäftsreisen konnten in ihrem jeweiligen Ausmaß abgerechnet werden und wurden nicht wie früher durch einen jährlichen Fixbetrag abgedeckt.

Der Eintritt Bennos in die väterliche Firma machte auch die Aufnahme klärender Bestimmungen bezüglich des Austretens (Punkt 8) oder des Ablebens (Punkt 9) eines der beiden Gesellschafter in den Vertrag notwendig. Man folgte hier durchaus den üblichen Usancen, eine besondere familiengerechte Regelung, wie sie etwa dem Vater – Sohn – Verhältnis entsprochen hätte, ist nicht zu erkennen. Wurde das Unternehmen vom verbleibenden Gesellschafter weitergeführt, konnte der austretende seinen Anteil am Gesellschaftsvermögen in der Weise beanspruchen, dass ihm im ersten Jahr nach der Kündigung 25 Prozent, im zweiten Jahr 35 und im dritten Jahr 40 Prozent auszubezahlen waren. Im Falle des Ablebens eines Gesellschafters hatten die Erben Anspruch auf dessen Vermögensanteil an der Gesellschaft, der um die vom letzten Bilanzabschluss bis zum Todestag aufgelaufenen Zinsen, veranschlagt mit sechs Prozent, vermehrt wurde. Weiters sollten diesem noch zwei Drittel des dem Verstorbenen zugekommenen Reinertragnisses vom letzten Geschäftsjahr „pro rata temporis“ (entsprechend der Lebensdauer des Verstorbenen in der noch nicht abgeschlossenen Geschäftsperiode) zugeschlagen werden. Den Erben wurde darüber

⁷⁷ Eine Reihe von Angelegenheiten blieb aber dem bindenden Einverständnis beider Partner vorbehalten, nämlich „die Aufnahme neuer Compagnone in die Firma, die Umwandlung der Firma in eine andere Gesellschaftsform, beispielsweise in eine Aktiengesellschaft, die Bestellung neuer Prokuristen, die Anstellung neuer Beamter oder die Änderung der Bezüge der Beamten“. Eine Erwähnung fand auch, dass die Tätigkeit Victor Brausewitters bei der Bauunternehmung E. Gaertner „selbstverständlich weitergeführt“ wird. (Punkt 4).

hinaus ein gewisser Anspruch auf das Erträgnis des laufenden Geschäftsjahres zugebilligt.⁷⁸

Am Tag der Unterzeichnung des Gesellschaftsvertrages (4. Juli 1908) gingen Victor und Benno Brausewetter zusätzliche Vereinbarungen ein, die sie mittels gegenzeichneter Schreiben als „rechtsverbindlich“ darstellten. Eines enthält die Zusammensetzung der Geschäftseinlage Victors, der auch die „Aktien und Genußscheine“ der Budapester Aktiengesellschaft sowie der Geschäftsanteil an der Siegwartbalken-Gesellschaft in Wien zuzurechnen sind. Auf die im Ansatz relativ niedrigen Bilanzwerte dieser Vermögensanteile wird im Kapitel über die wirtschaftliche Entwicklung nochmals zurückzukommen sein.⁷⁹ Das andere Schriftstück enthält genaue Abmachungen, die Reservebildung zu forcieren, um für allfällige Verluste infolge uneinbringlicher Debitoren, „Bauunglücke, Collaudierungs- und sonstige Mängel während der Bau- und Garantiezeit“, gerüstet zu sein. Der bisherige Reservefonds wurde geteilt und spezifischen Schadensfällen zugeordnet. Gleichzeitig stellte man die Eigentumsrechte an den Fonds klar, an denen nicht nur die beiden Gesellschafter, sondern auch der „Oberingenieur“ Attilio Rella Anteil hatten. Folgerichtig enthält das vorliegende Schriftstück auch genaue Hinweise auf die Regelung bei Austritt oder im Todesfall eines der Genannten.⁸⁰

Das Jahr 1910 begann mit einer menschlichen, aber auch die Geschicke der Firma berührenden Tragödie. Am 2. Jänner stürzte Attilio Rella während der Fahrt mit dem Zug von Prag nach Wien beim Übertritt in einen anderen Waggon auf die Geleise und wurde tödlich verletzt.⁸¹ Mit ihm verlor das Unternehmen seinen höchstgestellten Mitarbeiter, der in einigen Belangen, wie dies etwa bei der Verfügung über die Reservemittel gezeigt werden konnte, eine dem Gesellschafterstatus ähnliche Position einnahm. Dies zeigt sich auch bei der Aufteilung des Reinerträgnisses (Bilanzgewinn), das ihm zu einem Fünftel zufiel. Die beiden Gesellschafter Victor und Benno Brausewetter bezogen je zwei Fünftel. Als Maßnahme zur Bewältigung der neuen Situation darf die Vergabe der Einzelprokura an Anton Kleibel, einem „Oberinge-

⁷⁸ Am Reinertrag waren „Angestellte“ beteiligt, vom Rest standen zwei Drittel dem Firmeninhaber zu, das restliche Drittel sollte entsprechend dem Vermögensanteil zwischen diesem und den Erben aufgeteilt werden.

⁷⁹ P+B, Zentralarchiv Wien, Brief: Victor an Benno Brausewetter (Original) vom 4. Juli 1908.

⁸⁰ Obwohl das nur in handschriftlicher Kopie überlieferte Schreiben zumindest in einem Fall Konzeptscharakter hat, so wurde die quotenmäßige Aufteilung der Fondsbeträge offengelassen, besitzt der gesamte Text doch Vertragsqualität, die auch aus den rechnerischen Jahresabschlüssen hervorgeht. P+B, Zentralarchiv Wien, Brief: Victor an Benno Brausewetter (Abschrift) vom 4. Juli 1908.

⁸¹ Rella galt international durch seine praktischen wie wissenschaftlich ausgerichteten Arbeiten auf dem Gebiet der strukturellen Verbesserung der Lebensgrundlagen städtischer Siedlungen als führender Experte. 1899 veröffentlichte er im Eigenverlag eine Studie über „Die Assanierung der Städte in Österreich-Ungarn 1848-1898“. Vgl. die als Nachruf für ihn gedachte Würdigung in der Zeitschrift des Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereines 1910, Nr. 8.

*Pittel+Brausewetter dankt
Herrn Univ.-Prof. Dr. Mosser
für die umfassende wissenschaftliche
Aufarbeitung unserer Firmengeschichte,
die nicht nur in diesem Buch dargelegt wird,
sondern auch die Grundlage für weitere
Publikationen zum 150-jährigen Bestand
unseres Unternehmens gebildet hat.*

Alois Mosser

Pittel+Brausewetter

150 Jahre Industriebau als Industriekultur
(1870–2020)

LIT

Herausgeber: Pittel+Brausewetter Holding GmbH

Copyright Coverbilder sowie alle Bilder im Buch:
Zentralarchiv der Firma P+B, Wien
Albertina Museum Wien, Architektursammlung



Gedruckt auf alterungsbeständigem Werkdruckpapier entsprechend
ANSI Z3948 DIN ISO 9706

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-643-51020-4 (gb.)

ISBN 978-3-643-66020-6 (PDF)

© LIT VERLAG GmbH & Co. KG

Wien 2020

Garnisongasse 1/19

A-1090 Wien

Tel. +43 (0) 1-409 56 61 Fax +43 (0) 1-409 56 97

E-Mail: wien@lit-verlag.at <https://www.lit-verlag.at>

Auslieferung:

Deutschland: LIT Verlag, Fresenstr. 2, D-48159 Münster

Tel. +49 (0) 2 51-620 32 22, E-Mail: vertrieb@lit-verlag.de

Inhaltsverzeichnis

Ein Wort zuvor	1
Teil I: Gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung 1870–1938.	5
A. Pittel & Brausewetter: Die gesellschaftliche Entwicklung	7
1 Einleitung.	7
2 Die Anfänge.	7
3 Adolf Baron Pittel und Victor Brausewetter als Eigentümer der OHG „Pittel & Brausewetter“: 1888 – 1897	13
4 Victor Brausewetter als Inhaber der Einzelfirma „Pittel & Brausewetter, Betonbauunternehmung“: 1898 – 1907	22
5 „Pittel & Brausewetter“ als offene Handelsgesellschaft wiedererrichtet: 1908 – 1918	27
5.1 Die gesellschaftliche Leitung unter Victor und Benno Brausewetter 1908 – 1912	27
5.2 Eintritt weiterer Gesellschafter in die OHG „Pittel & Brausewetter“ 1912 und deren Entwicklung bis 1918	32
6 Pittel & Brausewetter – ein internationaler Konzern der Baubranche 1919 – 1938	41
6.1 Die gesellschaftlichen Änderungen nach dem Ersten Weltkrieg.	41
6.2 Status, Rechts- und Eigentumsverhältnisse der Konzerngesellschaften bis zum Zweiten Weltkrieg	53
6.2.1 Die offene Handelsgesellschaft <i>Pittel & Brausewetter, Prag</i>	53
6.2.2 Die offene Handelsgesellschaft <i>Pittel & Brausewetter, Wien</i>	62
6.2.3 Die offene Handelsgesellschaft <i>Bauunternehmung E. Gaertner, Wien</i>	70
6.2.4 <i>Pittel & Brausewetter, Beton-Brücken- und Tiefbau-Aktiengesellschaft, Budapest</i>	74
6.2.5 <i>Tunner & Wagner, Aktiengesellschaft, Beograd</i>	91
6.2.6 <i>Obnova, Baugesellschaft m.b.H., Ljubljana</i>	96
6.2.7 Die Firma <i>Ing. Cuizza, Polzer & Co</i> , offene Handelsgesellschaft in Triest	98

INHALTSVERZEICHNIS

6.2.8 <i>Bauunternehmung Pittel – Brausewetter, Kommanditgesellschaft Petroff & Co, Sofia</i>	104
6.2.9 <i>Pittel & Brausewetter, Beton- und Eisenbetonbauunternehmung, Bielitz.</i>	116
B. Die wirtschaftliche Entwicklung 1888 – 1938.	122
1 Von den Anfängen bis 1898	122
2 Pittel & Brausewetter, Einzelfirma und offene Handelsgesellschaft: 1898 – 1918	138
3 <i>Pittel & Brausewetter</i> , ein internationaler Konzern 1919 – 1937.	152
Teil II: Pittel & Brausewetter. Ein Baukonzern im Zweiten Weltkrieg.	179
Teil III: Pittel & Brausewetter 1945 – 1955 Neubeginn und Wiederaufbau.	205
Teil IV: Pittel & Brausewetter: 1955 – 1979.	227
Teil V: P+B: Kapitalgesellschaft und internationaler Konzern	267
A. Pittel+Brausewetter als Kapitalgesellschaft: 1979 – 2020.	269
1 Gründung der GmbH 1979	269
2 Neubeginn 1993	273
3 2003: Wandel der Strukturen und Unternehmensziele im Konzern P+B	280
B. Pittel+Brausewetter. Der Konzern als Wirtschaftskörper 1979 –2020	292
P+B – Ein Blick zurück	319
Ein Blick voraus von Geschäftsführer Mag. Wolfgang Fürhauser.	331
Tabellen	335
Anhang.	337
Kurzbiographien wichtiger Persönlichkeiten der Firma	341
Verzeichnis der Filialen des Unternehmens	349
Register.	355
Personennamen	357
Ortsnamen.	360

Ein Wort zuvor

Das Bewusstsein des unleugbaren Zusammenhangs von Bewältigung bestehender Anforderungen und dem Wissen um die traditionellen Lösungsversuche war den Gründern der Firma Pittel + Brausewetter von Beginn an gegeben. Es war die Suche nach neuen Lösungen in ihrer Tätigkeit, die diesen Zusammenhang immer deutlicher werden ließ.

Adolf Freiherr von Pittel und Victor Brausewetter wurde die Gründung von P+B nicht in die Wiege gelegt. Gesundheitlich erzwungene Berufseinschränkungen wie auch die Wahrnehmung und Erarbeitung unternehmerischen Könnens mussten bewältigt und konstruktiv umgesetzt werden. Baron Pittel ging den Weg vom Geniehauptmann der österreichischen Armee zum Unternehmer und Fabriksgründer, Victor Brausewetter vom Hochschulstudenten und Praktikanten der Staatseisenbahngesellschaft zu leitender Stellung im Brücken- und Bahnbau und zum Privatingenieur. Die zeitlebens zu beobachtende Verbindung ihres Lebenswerkes mit dem angestammten Ethos adeliger und öffentlich rechtlicher Provenienz mag überraschen. Sie ist ein nicht seltenes Beispiel im sozialen Umbruch der Industriegesellschaft, in der die traditionellen Führungskräfte eine bedeutende Rolle spielen sollten. Hier liegen die Wurzeln einer die sozialen Konflikte des wirtschaftlichen Aufbruchs von Anfang an begleitenden Versuche und Einrichtungen sozialer Fürsorge.

Das Neue verlangt Kenntnis der Vergangenheit. Victor Brausewetter gibt in seinen 1925 datierten Erinnerungen an das Aufkommen der Beton- und Eisenbetonbauweise seit 1867 ein treffendes Bild des Zusammenhangs von Praxis und Theorie. Die auch als Lebenserinnerungen seinem Sohn Benno weitergegebenen Erfahrungen können als Beginn und Grundlegung eines Familienunternehmens gelesen werden, das stets auf historische Erfahrung und technische Weiterentwicklung Wert legte und – wie die Erarbeitung von Kernkompetenzen zeigt – zu nutzen verstand.

Diese Einstellung war mit Blick auf die großen Unterschiede regionaler Anforderungen beim Bau industrieller Anlagen auch entscheidend für den wirtschaftlichen Erfolg. Die schwierige Aufgabe, eine weite Bandbreite baulicher Angebote bei nicht zuletzt trotz großen Kostenunterschieden zu halten, war oftmals eine Existenzfrage. Was in den Kronländern der Donaumonarchie eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Bautätigkeit war, wurde durch den Zusammenbruch der Monarchie nach dem Ersten Weltkrieg für das Unternehmen zu einer politisch brisanten Frage. Der Versuch, die erarbeiteten Geschäftspraktiken zu behalten, erforderte die Anpassung an die nun in den Nachfolgestaaten geltenden Bedingungen für wirtschaftliche Unternehmen. Man war gezwungen, in kurzer Zeit die abverlangten rechtlichen Vor-

schriften umzusetzen und sie den betrieblichen Anforderungen dienstbar zu machen. Aus Filialen wurden formal selbständige Unternehmen, deren Zusammenhalt unentwegt konzernpolitische Entscheidungen verlangte.

1938 führte zur Zerschlagung dieses in sieben Staaten aufgebauten Industrieclusters. Es folgte die Förderung und Ausbeutung des als wehrwirtschaftlich wichtig eingestuften Unternehmens in nationalsozialistischer Zeit. Das Ende des Zweiten Weltkriegs machte ein Übermaß an Zerstörung sichtbar. Waren im Krieg an 2.000 Beschäftigte im Einsatz, zählte man im Juni 1945 nur noch 69. Das folgende Jahrzehnt brachte einen als Wirtschaftswunder bezeichneten Aufschwung, der nach 1955 nur phasenweise dieses Ausmaß wieder erreichen sollte.

Die ersten fünf Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts bieten somit ein Bild permanenten Strukturwandels und politisch verursachter Störungen und Abbrüche der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Eine in diesen Jahren den Bestand eines Unternehmens sichernde Geschäftsführung stand immer wieder vor der Aufgabe, traditionelle Ziele mit dem Suchen nach neuen zu verbinden. Diese gleichsam erzwungene Orientierung an historischen wie zukunftsweisenden Zielsetzungen oblag den verantwortlichen Führungsgremien. Hier zeigte sich die Bedeutung von Unternehmerpersönlichkeiten wie jenen der Familie Brausewetter, die über ein in vielen Bereichen der Bauwirtschaft erworbenes Wissen verfügten und es bei der Bewältigung neuer Aufgaben zu nutzen verstanden. Der Zahl nach waren es nur wenige: Fünf Vertreter aus vier Generationen vertraten die Interessen von P+B über rund 125 Jahre bis 1993. Leopold Heinlein, Emanuel Kohout und Hans Brünner begründeten als neue Gesellschafter im 20. Jahrhundert weitere Familientraditionen im Unternehmen, die sich bis heute fortsetzen. Von der Gründung der Firma 1887 (1870) als offene Handelsgesellschaft bis zur Umwandlung in eine GmbH 1979 waren aus 4 Familien 10 Personen als Gesellschafter tätig. Die Schlussfolgerung ist zwingend: Das historische Interesse der mit dem Geschick der Firma betrauten und in Familientraditionen lebenden Personen darf als hoch eingeschätzt werden.

Dies führte noch vor der letzten Jahrhundertwende zu Anstrengungen, der langen Geschichte des Hauses nachzuspüren und ihren Werdegang aufzuzeichnen. Der erste Versuch war eine Sammlung von Quellen und deren Interpretation. Hans Kraus legte 1996 in Wien ein Manuskript über „Pittel+Brausewetter, 125 Jahre Entwicklung des Bauwesens“ vor. Um die angesprochenen Zusammenhänge weiter zu erschließen, regte das Unternehmen Bemühungen um ein differenziertes Vorgehen an. Es fand sich eine Gruppe von Wissenschaftlern aus Österreich, Tschechien und der Slowakei, die unterschiedliche, jedoch eng verknüpfte Themenbereiche bearbeiteten. 2014 veröffentlichte Ludovít Hallon (Universität Bratislava) eine Arbeit über die Tätigkeit des Unternehmens in der Slowakei und Ungarn „FIRMA PITTEL A BRAUSEWETTER V DEJINÁCH SLOVENSKA PRIEKOPNÍK BETÓNOVÉHO STAVITEĽSTVA Z BRATISLAVY“. Jana Geršlová (Palacký-Universität

Olomouc) publizierte 2017 ein Buch, das den tschechischen Anteil der Firma P+B in den Mittelpunkt stellte „Stavební podnikání napříč Evropou. Firma Pittel & Brausewetter v monarchii a mezi válkami“. Beide Werke gingen den vielen nationalen Eigenheiten in der Bauindustrie nach. In diesem Jahr fügte der Brandstätter-Verlag einen stark den gesamthistorischen Aspekt berücksichtigenden Band hinzu, den Barbara Sternthal unter dem Titel „P+B. Seit 1870. 150 Jahre Bauen im Zentrum Europas“ verfasste.

Der hier vorgestellte Band greift eine Thematik auf, deren Bearbeitung sich einer günstigen Quellenlage verdankt. Eine nahezu vollständige Überlieferung der gesellschaftlichen Verträge und wichtiger Geschäftsbriefe sowie eine als einzigartig zu bezeichnende vollständige Überlieferung der Bilanzen des Wiener Unternehmens von 1898 bis heute erlauben eine detailgetreue Analyse des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Erfolgs von P+B. In vielen Fragen können Vergleiche mit den bekannten wirtschaftlichen wie kulturgeschichtlichen Abläufen versucht werden.

Weitere Spezialgebiete sind in Angriff genommen worden. Die Stellung des Unternehmens in der Performance der gesamten Branche kann weiter ausgebaut werden. Der Zusammenhang von Bautechnik und Architektur ist in Bezug auf P+B ein lohnendes Thema und wurde dankenswerter Weise von Markus Kristan (Albertina, Wien) aufgegriffen. Auch die wertvolle Mitarbeit von Andreas Resch (Wirtschaftsuniversität Wien) und Peter Eigner (Universität Wien) ist hier anzuführen. Für die Bereitstellung der alle die genannten Beiträge ermöglichenden Infrastruktur in einer Atmosphäre des Vertrauens muss der Geschäftsführung von P+B mit Dank gedacht werden.

Alois Mosser

Teil I:

Gesellschaftliche und wirtschaftliche
Entwicklung 1870–1938

A. Pittel & Brausewetter: Die gesellschaftliche Entwicklung

1 Einleitung

Der Hinweis auf das Jahr 1870 als das Gründungsdatum eines Unternehmens der Baubranche hat nichts Außergewöhnliches an sich. Die Zahl der in der so genannten „Ersten Gründerzeit“ (1866 – 1873)¹ neu entstandenen Firmen sollte in keiner vergleichbaren Periode der österreichischen Geschichte mehr erreicht werden. Die Tatsache allerdings, dass dieser Firmenname nach eineinhalb Jahrhunderten noch aktuell und einem florierenden Industriekonzern mittlerer Größe zu eigen ist, verdient Aufmerksamkeit. Wie bewältigte dieses Unternehmen die einschneidenden Veränderungen in den politischen, technischen und sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen, um heute gleichermaßen traditionsbewusst und „modern“, besser: zukunftsorientiert zu sein? Die an sich vielschichtigen Prozessabläufe einer Unternehmensentwicklung erhalten im Blickwinkel der *longue durée* eine zusätzliche Dimension. Jede wissenschaftliche Analyse muss diesen Struktureigenheiten ihres Gegenstandes entsprechen, um an den Informationswert der überlieferten historischen Gegebenheiten heranzukommen.

Folgende Themenfelder umspannen in sich zum Teil überlappenden Schwerpunktsetzungen die Geschichte von *Pittel & Brausewetter*. Dazu gehört nicht nur die ‚engere‘ Unternehmensgeschichte (Rechtsgrundlagen und Führungsstil, Organisation und Management, Unternehmensstruktur, wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsverhältnisse), sondern auch deren Einbindung in branchentypische und volkswirtschaftliche Konjunkturfolgen, im gegenständlichen Fall aber auch der Zusammenhang von Bauindustrie und Architektur.

2 Die Anfänge

Das der „Gründerzeit“ zugerechnete Jahr 1870 ist allein kein ausreichender Zeuge jener Vorgänge, die für die Entstehung des Unternehmens *Pittel & Brausewetter* ausschlaggebend waren. Die biographischen Erhebungen sowie die landeskundlichen Nachforschungen und wirtschaftshistorischen Analysen förderten mitunter widersprüchliche Ergebnisse darüber zutage. So enthalten die in den einschlägigen Lexika veröffentlichten Lebensläufe der Gründerpersönlichkeiten Adolf Baron Pittel und

¹ Sie gilt als intensivste Phase der Industrialisierung Österreich-Ungarns im 19. Jahrhundert.

Victor Brausewetter unterschiedliche Angaben zur Firmengründung. Das *Österreichische Biographische Lexikon* nennt 1878 als das Gründungsjahr der „Betonbauunternehmung“ Pittel und Brausewetter.² Auch die *Altpreußische Biographie* erwähnt den aus altem ostpreußischen Landadel stammenden Victor Brausewetter, enthält sich jedoch des Hinweises auf ein konkretes Gründungsjahr, sondern spricht von der „freundschaftlichen Zusammenarbeit mit Pittel“ seit 1870.³ Dieser Eintragung ging ein Schrifverkehr des auch als Mitherausgeber der Biographie tätigen Autors Klaus Bürger mit Albrecht Brausewetter, einem Urenkel Victor Brausewetters, voraus. Bürger zitierte darin einen in der Zeitschrift *Beton und Eisen* 1925 erschienenen Beitrag, nach dem Victor Brausewetter 1878 ein „selbständiges Büro in Pressburg“ (Bratislava) errichtete und in „Geschäftsverbindung“ mit Adolf Pittel trat.⁴ Diese Darstellung in *Beton und Eisen* entspricht genau den Ausführungen über „Aus der Geschichte unserer Unternehmung“, wie sie bereits 1921 in Prag in den firmeneigenen *Mitteilungen* abgedruckt worden waren.⁵ Albrecht Brausewetter bestätigte die Richtigkeit dieser Angaben, gab aber zu bedenken, dass „alle Geschäftspapiere“ auf das Gründungsjahr 1870 hinweisen würden.⁶ Daraus erklärt sich zwar die vorsichtige Formulierung Bürgers in der *Altpreußischen Biographie*, in der Sache selbst war jedoch nichts entschieden.

Der Wortlaut der Eintragung im Handelsregister für Gesellschaftsfirmen in Wien legt eine andere Auslegung nahe: Der entscheidende amtliche Vermerk erfolgte am 10. Februar 1888 aufgrund der „Anmeldung“ vom 29. Dezember 1887 von Adolf Baron Pittel, „Cementwarenfabrikant in Weihsenbach a/d Thriesting“, und Victor Brausewetter, „Ingenieur in Pressburg“, eine „offene Handelsgesellschaft mit dem Sitz in Wien“ als gemeinschaftliche Firma mit dem Namen „Pittel & Brausewetter“ errichten zu wollen, die mit 1. Jänner 1888 den Betrieb aufnehmen soll.⁷ Die geschäftliche Grundlage bildete ein von beiden 1887 signierter Gesellschaftsvertrag „zum Zwecke der Ausführung von Beton und anderen Bauten für fremde Rechnung, der Erzeugung von Cementwaren, des Handels mit Kalk, Cement, Cementwaren und Baumaterialien“.⁸

Diese firmenrechtlichen Daten und Angaben beinhalten keine ausdrücklichen

² Brausewetter Viktor, in: Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950, I. Band, Graz-Köln 1957, S. 109; gleichlautende Eintragung unter: Pittel Adolf Frh. von, in: Ebenda, VIII. Band, Wien 1983, S. 106.

³ Altpreußische Biographie, Bd. IV, Marburg/Lahn 1995, S. 1187; Bd. V/3, Marburg/Lahn 2015, S. 2312.

⁴ P+B, Zentralarchiv Wien, Ordner: Firmengeschichte 1, Brief vom 1.9.1984.

⁵ Rolf Lamberg, Aus der Geschichte unserer Unternehmung, in: Mitteilungen, Prag 1921, Nr. 1–5.

⁶ P+B, Zentralarchiv Wien, Ordner: Firmengeschichte 1, Brief vom 15.10.1984, Beilage. Die ältesten Geschäftspapiere sind den späten achtziger Jahren zuzuordnen.

⁷ Handelsgericht Wien, Handelsregister für OHG, Eintragung vom 10.2.1888.

⁸ P+B, Zentralarchiv Wien, Gesellschaftsvertrag: 29. Dezember 1887, Punkt I.



Adolf Freiherr von Pittel



Victor Brausewetter

Hinweise auf frühere Geschäftsverbindungen zwischen Pittel und Brausewetter. In der Literatur wird vor allem die Gründung einer offenen Handelsgesellschaft von Pittel im Jahre 1870 in Pottenstein/Triesting (Niederösterreich) als Beginn der Zusammenarbeit gewertet. Eine Bemerkung von Alfons Brammertz, dem wohl besten Kenner der wirtschaftlichen Entwicklung des Triestingtales und der vielen auf Initiativen von Adolf Pittel zurückgehenden Einrichtungen der Infrastruktur dieses Siedlungsraumes, mag hier Vorschub geleistet haben. Er beschrieb 1972 wie Adolf Pittel 1870 in Pottenstein eine Zementfabrik errichtete und mit zwei Gesellschaftern die genannte OHG unter dem Namen „Baron Pittel & Comp.“ gründete. „Gleichzeitig“, so fuhr er fort, „nahm er Verbindung mit Ing. Victor Brausewetter auf, der als Privatingenieur in Pressburg ein technisches Büro führte.“⁹ Nun war Victor Brausewetter erst 1878 in der Lage, sich als selbständiger „Privatingenieur“ niederzulassen, da er bis dahin als mit der Gesamtleitung betrauter Bauinspektor der Waagtalbahn im Dienst der den Bau ausführenden Gesellschaft stand.

⁹ Alfons Brammertz, Adolf Baron Pittel, Weißenbacher Betriebsgründung vor 100 Jahren, in: Heimatkundliche Nachrichten, Beiblatt zum Amtsblatt der Bezirkshauptmannschaft Baden 94(1972), Nr. 14, S. 27f.; siehe auch: Ders., Adolf Baron Pittel – ein Industrie-Pionier des Triestingtales, in: Unsere Heimat 53(1982), S. 194–201. Die Feststellung der „Gleichzeitigkeit“ mag für Brammertz auch durch ein „Verzeichniss“ der „grösseren Betonbauten (1870–1886)“ gerechtfertigt gewesen sein, das Adolf Pittel und Victor Brausewetter 1887 als Leistungsausweis der „Bauunternehmung für Städte-Canalisation und Betonbau, Adolf Br. Pittel & Victor Brausewetter“ publik machten. Die Arbeiten der Jahre bis etwa 1878 sind jedoch allein den Pittelschen Unternehmen zuzuschreiben.

Gesellschaftsvertrag

...derer ein

Die

Das

Gesellschaftsvertrag 1887

Trotzdem spricht einiges dafür, dass die von Pittel in den siebziger Jahren vorangetriebene Erzeugung von neuen Zementsorten und Zementwaren, seine Produkte fanden in der Habsburgermonarchie bereits weite Verbreitung, Brausewetter nicht

Wien, den 29. Dezember 1887.

Adolf H. Pittel un-
ter Brausewetter un-

G. L. 21932

Ich, Dr. Carl Quasint, k. k. Advokat in Wien & Latten,
hier, beistehende ferner, lass die mir persönlich
bekanntem Pastoren Adolf Josef von Pittel
fabrikant in Leopoldsdorf a. D. Erziehung, wohnhaft
in Wien II. Margarethenstrasse N. 2. nicht von
von Brausewetter Ingenieur in Pilsberg, zur
zeit in Wien II. Margarethenstrasse N. 4, diese Aktien
die vor mir eigenhändig unterschrieben haben.
Wien am neunundzwanzigsten Dezember 1887
sitzend haben

Dr. Carl Quasint un-
ter k. k. Advokat

geb. 1850.
geb. 1. 50.
H. 1. -
F. 4. H.

C. N. 29592



Ich, beistehende ferner, lass diese Aktien
von mir eigenhändig unterschrieben

Gesellschaftsvertrag 1887
Notarielle Beglaubigung

unbekannt blieb und ihm gemäß den eigenen Bestrebungen eine wie auch immer geartete Verbindung empfahl.¹⁰ Karl Brausewetter schrieb 1969, dass sich Adolf Pittel und Victor Brausewetter im Deutsch-Dänischen Krieg 1864 kennen gelernt haben. Er übernahm dabei offensichtlich die anlässlich des 80. Geburtstages von Victor (6. Oktober 1925) seitens des Festredners gefallene Bemerkung, Baron Pittel sei in dem genannten Feldzug sein engerer Freund geworden.¹¹ Dies ist nicht zu belegen und auch unwahrscheinlich, da zwar Pittel diesen Krieg als Hauptmann mitmachte, Brausewetter aber in den frühen sechziger Jahren als Praktikant in Kroatien bei einem Bahnbau arbeitete und anschließend 1865/1866 am Polytechnikum in Hannover studierte.¹² Der Autor des Manuskripts „125 Jahre Pittel & Brausewetter“ vermutet indes, dass sich die beiden in Leobersdorf oder auch in Wien kennengelernt hätten.¹³ Nach dem frühen Tod des Vaters 1857 war Victor Brausewetter in die Obhut seines gleichnamigen Onkels nach Wagram bei Leobersdorf gekommen, wo dieser seit 1843 als „technischer Leiter und Gesellschafter“ der Tonwarenfabrik des Ignaz Freiherrn von Doblhoff tätig war, die 1860 durch Kauf in seinen alleinigen Besitz überging.¹⁴ Die Möglichkeit einer Begegnung hier ist nicht auszuschließen, doch auch nicht zwingend, da Adolf Pittel erst Ende der sechziger Jahre (1869) seine industriellen Vorhaben in Niederösterreich zu verwirklichen begann, als Victor Brau-

¹⁰ Die unübersichtliche Quellenlage führte auch zu irrigen Schlussfolgerungen, so etwa, wenn in einem „Lebensbild“ von Victor Brausewetter auf die zwischen Adolf Pittel und ihm bestandene innige Freundschaft verwiesen wird, die 1870 in der Gründung der Firma „Pittel und Brausewetter“ in Weissenbach gipfeln. P+B, Zentralarchiv Wien, Ordner: Firmengeschichte 1/50. Hier wird auf die Folgen 1–5 der Prager Mitteilungen des Jahres 1921 verwiesen, die jedoch keine Bestätigung dieser Aussage enthalten, im Gegenteil eine andere Interpretation nahelegen: In Nr. 1 berichtet Lamberg, wie sich Victor Brausewetter als Privatmann 1878 ein technisches Büro in Pressburg einrichtete und „sich mit der Projektierung und Bauausführung verschiedener Objekte“ beschäftigt habe, „bis ihn private Beziehungen mit Adolf Baron Pittel (...) zusammenbrachten“, der 1870 in Pottenstein an der Triesting eine Romanzementfabrik eröffnete. Auch in der „Kurzgefaßten Lebensgeschichte“ von Adolf Baron Pittel wird gesagt, dass dieser zusammen mit Victor Brausewetter ein „Bauunternehmen und eine Zementfabrik“ gründete, „die ab 1870 unter dem Namen ‚Pittel & Brausewetter‘ geführt wurde“. Hier wäre die Gründung noch vor 1870 erfolgt. Ebenda, Firmengeschichte 1/40.

¹¹ Karl Brausewetter, Wie Pittel & Brausewetter entstand (längere Fassung), Wien 1969, S. 1. P+B, Zentralarchiv Wien

¹² Viktor Brausewetter d.J., Der Seniorchef. Ein Lebensbild, nicht als Biographie, sondern als Erzählung, wie alles gekommen ist, zweiseitige Kopie, s.L., s.a., P+B, Zentralarchiv Wien; Altpreußische Biographie, wie Anm. 3.

¹³ 125 Jahre Pittel & Brausewetter, s.L., s.a., P+B, Zentralarchiv Wien, Firmengeschichte 1.

¹⁴ Gerhard A. Stadler, Das industrielle Erbe Niederösterreichs. Geschichte – Technik – Architektur, Wien u.a. 2006, S. 408; Otmar Rychlik, Zur Geschichte und Kunstgeschichte der Niederösterreichischen Terrakottenproduktion in Wagram bei Leobersdorf, in: Jahrbuch für Landeskunde von Niederösterreich, NF 62(1996), S. 509; ders., Industrie und Bildhauerei, in: Amt der NÖ Landesregierung, Hg., Magie der Industrie. Leben und Arbeiten im Fabrikszeitalter, Wien 1989, S. 52–59.

sewetter nach seinem technischen Studium in Hannover (1867) in die Dienste der Österreichischen Staatseisenbahngesellschaft eingetreten war.¹⁵

Alles in allem ist die Vermutung trotzdem zulässig, dass der Ausbildung gemeinsamer Geschäftsinteressen persönliche Bekanntschaft und private Beziehungen vorausgegangen waren. Diese dürften tatsächlich die sich intensivierende Zusammenarbeit nachhaltig gestützt haben. In diesem Zusammenhang wird dem Jahr 1878 besondere Bedeutung zugekommen sein. Für Victor Brausewetter war es der Beginn der Selbständigkeit, für Adolf Pittel ergab sich mit dem Ausscheiden des letzten Gesellschafters seiner OHG in diesem Jahr die Möglichkeit, das Unternehmen allein weiter zu führen.¹⁶

Victor Brausewetter nahm selbst in seinen 1925 erschienenen „Erinnerungen“ Bezug auf die Anfänge der Zusammenarbeit mit Adolf Pittel, zu dem die „Beziehungen und Beratungen immer intimer geworden“ seien, so dass sie sich „im Frühjahr 1882 entschlossen“ hätten, die „beiderseitigen, bisher unter getrennter Firma geführten Unternehmungen in die Firma Pittel & Brausewetter zusammenzulegen“.¹⁷ Zusammenarbeit und Geschäftsbeziehung hatten demnach bereits 1882 eine hohe Stufe erreicht, vielleicht trat eben gerade 1878, wie soeben und in der Literatur gerne betont, als Jahr der Intensivierung der Kontakte in Erscheinung, eine Entwicklung, die aber noch früher – wie es die ältesten erhaltenen Geschäftspapiere werbegerecht darstellen – ihren Anfang genommen haben dürfte.

3 Adolf Baron Pittel und Victor Brausewetter als Eigentümer der OHG „Pittel & Brausewetter“: 1888 – 1897

Die in den Gesellschaftsvertrag vom 29. Dezember 1887 aufgenommenen Bestimmungen sind indirekt ein Zeugnis für die bereits vorher bestandene enge Geschäftsbeziehung zwischen den Vertragspartnern. Sie belegen die gleichgerichteten unternehmerischen Ziele wie das eng damit verknüpfte gemeinsame Interesse an den technischen Neuerungen in Produktion und Verwendung von Baumaterialien. Sowohl Adolf Pittel als auch Victor Brausewetter zählten zu jenen Personen, die die Herstel-

¹⁵ Lamberg, Aus der Geschichte, 1921, Nr. 1.

¹⁶ Brammertz, Adolf Baron Pittel, 1982, S. 196.

¹⁷ Victor Brausewetter, Erinnerungen an die Entstehung und Entwicklung der Beton- und Eisenbetonbauweise in der Zeit von 1867 bis 1925, Sonderdruck aus: Beton und Eisen 24(1925), S. 3. Seine auf Seite 2 gemachte Bemerkung, dass er mit Pittel „ununterbrochen in geistigem Verkehre stand“ bezog er konkret auf dessen Auftrag, ein „Fort in Krakau und ein ähnliches in Przemysl“ zu errichten, den er irrtümlich mit der zweiten Hälfte der siebziger, anstatt der nachgewiesenen achtziger Jahre datierte. Siehe: Betonbau-Unternehmung Adolf Baron Pittel Wien, in: Die Gross-Industrie Österreichs, 2.Bd., Wien 1910, S. 106. Diese von Victor Brausewetter selbst gemachte Feststellung dürfte aber auch als Beweis für eine bereits die siebziger Jahre prägende geistige Zusammenarbeit gewertet werden sein. Die Aussage an sich ist eine weitere Bestätigung des langjährigen engen Kontaktes der beiden.

lung von Zement und Zementwaren praktisch wie theoretisch entscheidend vorantrieben und dem Betonbau viele Anwendungsgebiete erschlossen. Die einschlägige Literatur zeigt sich in diesen Fragen gut unterrichtet und bietet ein eindrucksvolles Bild der von beiden noch in den siebziger Jahren angestrebten Bemühungen.¹⁸ Die Ausgabe der *Gross-Industrie Österreichs* des Jahres 1910 gibt einen kurzen, aber prägnanten Einblick in die Tätigkeit Adolf Pittels, die zugleich als Steckbrief der technischen Errungenschaften in der Anfangsphase des Betonbaus gelesen werden kann: Unter Hinweis auf die 1873 von Pottenstein nach Weißenbach an der Triesting verlegte „Romanzementfabrik“ werden Pittels „große und vielseitige Vorstudien zur Verwertung der Zemente“ erwähnt, die er sich „durch Reisen nach Frankreich, Deutschland, Italien“ erworben habe, und die ihn in die Lage versetzten, „mit der Herstellung von Betonkanälen und der Ausführung von Kanalisierungen ganzer Ortschaften“ zu beginnen. Besonders hervorgehoben wird die „Herstellung ausgedehnter Fortifikationsarbeiten in Beton für die Festungen Krakau und Przemysl“ in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre.¹⁹

Auch der Privatingenieur Victor Brausewetter widmete sich neben der Ausführung verschiedener Aufträge – wie etwa dem Bau einer Schlepfbahn für die Tyrnauer Zuckerfabrik²⁰ – Testversuchen zur Erprobung der Festigkeit von Beton, wofür er bereits 1879 auf seinem Lagerplatz in Pressburg ein Versuchsgewölbe aus Stampfbeton errichtete.²¹ Als besonderer Erfolg darf die 1880 durchgeführte Kanalisierung des halben Stadtgebietes von Pressburg unter Einsatz der Betonbauweise²² gewertet werden. Das Ringen um den neuen Baustoff und eine entsprechende, praktisch wie theoretisch abgesicherte Richtlinie für Betonkonstruktionen, schiedete die späteren Geschäftspartner früh zusammen. Ein Beleg hierfür ist es auch, dass Adolf Pittel und Victor Brausewetter 1887, noch vor Abschluss des Gesellschaftsvertrages, zusammen eine Anleitung zur „Projektierung und Bauausführung von Beton-Abzugsanläufen“ veröffentlichten, die internationale Beachtung fand.²³ Als eindeutiger Beleg für die bereits vor 1887 umfangreiche Zusammenarbeit zwischen ihnen ist das am Buchende

¹⁸ Der vorliegende Leistungsausweis ist ein sprechender Beweis einer die beiden in allen Fragen des technischen Fortschritts und seiner Anwendung einigenden Arbeit.

¹⁹ Betonbau-Unternehmung Adolf Baron Pittel Wien, in: *Die Gross-Industrie Österreichs*, 2.Bd., Wien 1910, S. 106; vgl. auch die subtile Schilderung in: Lamberg, *Aus der Geschichte*, 1921, Nr. 2.

²⁰ Siehe Anm. 12.

²¹ Siehe Anm. 4.

²² Die Prager Mitteilungen werten dieses Projekt als „die erste Gesamtkanalisation aus Beton“ in der Habsburgermonarchie. Lamberg, *Aus der Geschichte*, 1921, Nr. 2.

²³ Adolf Baron Pittel u. Victor Brausewetter, *Projektierung und Bauausführung von Beton-Abzugsanläufen*, Pressburg u. Leipzig 1887. Der ungekürzte Titel lautet: *Practische Anleitung zur Projectierung und Bauausführung von Beton-Abzugsanläufen*, Bearbeitet von der Bauunternehmung für Städte-Canalisation und Betonbau, Adolf Baron Pittel & Viktor Brausewetter, Centralbureau für Oesterreich: Wien IV., Margaretenstraße Nr. 2, Centralbureau für Ungarn: Pressburg, Lorenzthorgasse Nr. 1, Pressburg und Leipzig 1887.

abgedruckte Verzeichnis der bis 1887 ausgeführten Bauten anzusehen: Es umfasst „Kanalbauten in dreißig verschiedenen Straßen Wiens“ im Auftrag der Gemeinde Wien, weitere Kanalbauten in Wien für das Kultusministerium, das Justizministerium, die Geniedirektion²⁴, Kanalbauten in Pressburg und in 15 verschiedenen österreichischen wie ungarischen Gemeinden, einen Kanalbau in Grajova (Rumänien), Kanalbauten für Industriefirmen, Fortifikations- und andere Wehrbauten, Bau von Betondecken, Betonreservoire, Bade- und Gasbassins und andere Tiefbauarbeiten, die außerhalb der Monarchie in Belgrad, Bukarest, Grajova, Braila, Galatz und Ploesti erstellt wurden.²⁵

Der Gesellschaftsvertrag 1887 lässt somit einerseits das Ausmaß der bisherigen Zusammenarbeit vermuten, gibt aber andererseits auch Einblick in die Zielvorstellungen und Erwartungen der Geschäftspartner. Das mit „Ausführung von Beton und anderen Bauten für fremde Rechnung“, mit der Erzeugung von Zementwaren sowie mit dem Handel mit Kalk, Zement, Zementwaren und Baumaterialien umschriebene Tätigkeitsfeld (Punkt I) entspricht genau den bisherigen Bemühungen der beiden Gesellschafter. Dementsprechend wird vereinbart, die bisher betriebenen, „dem Handelszweige der Gesellschaft gleichartigen Handelsgewerbe zurück zu legen“, wie sie Brausewetter in Pressburg und Pittel in Wien unterhielten. Ausdrücklich ausgenommen von dieser Bestimmung wird jedoch die Zementfabrik in Weißenbach/Triesting, die weiterhin auf eigene Rechnung zu betreiben Pittel zugestanden wurde (Punkt IV), deren Produkte aber seitens der neuen Gesellschaft zu jährlich neu festzusetzenden Preisen erworben werden konnten.

Als Sitz der Gesellschaft wurden Pressburg und Wien genannt. Das Wiener Büro befand sich im 4. Bezirk in der Margarethenstraße 2, wo Pittel selbst „abwechselnd“ wohnte, aber auch der zum Prokuristen der Firma ernannte Ing. Franz Hickel domiziliert war.²⁶

Vertraglich festgelegt wurden auch die von beiden Gesellschaftern zu erbringenden Sach- und Barleistungen (Punkt III). Beide verpflichteten sich, Baumaterialien, Werkzeuge und Geräte im Gegenwerte von 4.000 Gulden und 1.000 Gulden in bar als Einlagen zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus erklärten sie sich bereit, zusätzliches Betriebskapital „nach Bedarf“ beizusteuern, das in das Eigentum der Gesellschaft übergehen soll.

Die Belegschaft der neuen Firma rekrutierte sich aus den „Beamten und Dienern“, die Adolf Pittel und Victor Brausewetter bisher in ihren Betrieben in Wien und Pressburg beschäftigt hatten, wobei auch die Dienst- und Gehaltsbestimmungen

²⁴ Geniedirektion: Oberste Behörde für Festungsbau und Kriegstechnik.

²⁵ Pittel u. Brausewetter, Projektierung und Bauausführung, 1887, S. 43–48.

²⁶ Franz Hickel war bereits in der Wiener Firma Pittels, die dem Gesellschaftsvertrag gemäß gelöscht wurde, als Prokurist tätig. Handelsgericht Wien, Handelsregister für OHG, Eintragung der Firma „Pittel & Brausewetter“: 10. Februar 1888.

Practische Anleitung
zur
Projectirung und Bauausführung
von
Beton-Abzugsanälen.

Bearbeitet
von der Bauunternehmung für Städte-Canalisation und
Betonbau
Adolf Br. Pittel & Victor Brausewetter.

Centralbureau für Oesterreich:
Wien, IV. Margarethenstrasse Nr. 2.

Centralbureau für Ungarn:
Pressburg, Lorenzorthorgasse Nr. 1.

Mit 3 Tafeln.

PRESSBURG & LEIPZIG.
Verlag von G. Henckens's Nachfolger Rudolf Drodtschiff.
1887.

Projectirung und Bauausführung

übernommen wurden (Punkt VI). Dem Prokuristen Hickel wurden fünf Prozent vom jährlichen Reingewinn zuerkannt. Besonders hervorzuheben sind die freiwilligen Sozialleistungen, die vertraglich festgeschrieben wurden und die auf früheren Zusagen Adolf Pittels beruhten. So übernahm die Gesellschaft die Zahlung eines „Erziehungsbeitrages“ für die drei Kinder der Witwe des 1874 verstorbenen Geschäftsführers bis zum Jahre 1894. Der bei einem Kanalbau in Mähren verunglückte Johann Fischer erhielt eine Unterstützung auf Lebenszeit. Weiters wurde die Einrichtung eines „Unterstützungsfonds für die Beamten und Diener“ beschlossen, den man mit fünf Prozent des jährlichen Reingewinns zu dotieren beabsichtigte. Die auszahlenden Beträge wollten die Gesellschafter jährlich einvernehmlich festlegen.

Punkt VII geht auf die Buchführung und die Erstellung der Jahresbilanz ein. Da-

bei galt als Richtlinie, die „Abschreibungen an den der Entwertung unterliegenden Vermögensgegenständen und an uneinbringlichen oder zweifelhaften Forderungen“ jährlich festzulegen. Der Darstellung des Gesellschaftsvermögens wurde großes Augenmerk geschenkt. Jeder Gesellschafter erhielt ein Konto zugewiesen, aus dem sein Anteil zu ersehen war. Das investierte Kapital sollte zu Lasten des Gewinnes mit sechs Prozent jährlich verzinst werden. Außerdem eröffnete jeder der Kontrahenten ein „separates Konto“, das alle Einzahlungen und Entnahmen in einer Geschäftsperiode verbuchte. Halbjährlich wurde der Bestand ermittelt und ebenfalls mit sechs Prozent verzinst. Am Schluss des Geschäftsjahres schrieb man den Saldo dem Anteilskonto des betreffenden Gesellschafters gut. Für die Geschäftsführung erhielten die Kontrahenten eine monatliche Vergütung von 300 Gulden zugesprochen. Auch diese Vergütung ging, gleich den Abschreibungen und den gesamten „Regiekosten“, als ein Aufwandsposten in die Gewinnermittlung ein.

Die mit der Kündigung seitens eines Gesellschafters verbundenen Fragen der Liquidation oder auch der Fortführung des Unternehmens durch den verbleibenden Gesellschafter werden im Punkt IX abgehandelt. Punkt X greift den Fall des Ablebens eines Gesellschafters auf. Auch hier war der Fortbestand der Gesellschaft mit den Erben möglich, wenn mit der für die Erben vorgesehenen Vertretung das Einverständnis erzielt werden konnte. Pittel und Brausewetter einigten sich auf den Prokuristen Franz Hickel als Vertreter ihrer allfälligen Erben. Wenn jedoch der Sohn Victor Brausewetter, Benno Brausewetter, „das 24. Lebensjahr erreicht, seine technischen Studien vollendet und seine praktische Befähigung zur Mitwirkung im Geschäft bestätigt hat“, dann sollte ihm die Funktion eines „Erbenvertreters“ zufallen.²⁷ Im Falle des Ausbleibens einer solchen Lösung konnte der überlebende Gesellschafter das Unternehmen als Alleineigentümer fortführen, andernfalls war die Liquidation einzuleiten. Für die Abfindung der Erben enthält der Gesellschaftsvertrag keine besonderen Klauseln.

Der Abschluss des Gesellschaftsvertrages mit Wirksamkeit ab 1. Jänner 1888 wie auch die zeitgleiche Gründung der offenen Handelsgesellschaft *Pittel & Brausewetter* stehen also für die Fortsetzung und den Ausbau der bereits bestehenden umfangreichen Zusammenarbeit der Kontrahenten. Die vertragliche wie öffentlich-rechtliche Absicherung war jedoch notwendig, um der weiteren Entwicklung eine verlässliche Basis zu geben.

Das gesellschaftsrechtliche Gründungsjahr 1888 fiel in eine Periode der rasanten Verbreitung der Betonbauweise, die immer neue Anwendungsgebiete eroberte. Adolf Pittel und Victor Brausewetter zählten zweifellos zu jenen Bauingenieuren, die in ihrer Vorgangsweise praktische Erprobung und rechnerische Bewältigung der bezüglich Statik und Materialeignung neuartigen Probleme verbanden. Eine solche Situation

²⁷ Benno Brausewetter stand zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses im 19. Lebensjahr.

ergab sich bereits 1884,²⁸ als Victor Brausewetter den von der Stadt Salzburg in Auftrag gegebenen Bau eines Wasserreservoirs auf dem Kapuzinerberg in Betonbauweise ausführte. Die hierfür angestellten Berechnungen waren ein Schritt, den Behälterbau (Wasserbau) zusätzlich zum Kanalbau in die Angebotsliste der Firma *Pittel & Brausewetter* aufzunehmen. So wurden etwa in Siebenbrunn bei Hermannstadt und bald darauf in Lend-Gastein (Salzburg) sowie bei Landeck in Tirol große Wasserkraftanlagen errichtet.²⁹ Bei den zuletzt genannten Bauten konnten bereits – und wären ohne diese nicht durchführbar gewesen – die neuen Techniken der Eisenbetonkonstruktion angewendet werden.

Die Anfangsjahre der jungen Gesellschaft fallen somit mit den ersten Versuchen der Verwendung von Eisen im Betonbau zusammen. Aufbauend auf die von Joseph Monier über Jahre hinweg entwickelten Ausführungen von Eiseneinlagen in Beton, denen es jedoch nach dem Urteil der Fachwelt an wissenschaftlicher Basis ermangelte, bemühte sich der gelernte Steinmetz und Zimmermeister François Hennebique um eine Kombination der noch dem Eisenbau zuzuordnenden Strukturelemente mit Anforderungen des Betonbaus im Sinne einer neuartigen statisch-konstruktiven Einheit.³⁰ Diese Entwicklung, die auch noch von anderen Technikern wie Gustav Adolf Wayss in Frankfurt/Main, Berlin und schließlich in Wien weiter vorangetrieben wurde,³¹ blieb Pittel und Brausewetter nicht verborgen. Die großen Erfolge, die der Betonbau in diesen Jahren zu verzeichnen hatte, ließen jedoch noch einige Zeit die Skepsis gegenüber der neuen Bauweise überwiegen. Vor allem waren es schließlich die auf Hennebique zurückzuführenden, patentrechtlich jedoch geschützten Neuerungen, die Victor Brausewetter 1894 veranlassten, seinen Sohn Benno zum Studium der Eisenbetonbauweise nach Paris zu schicken. Das Ergebnis legte eine abwartende Haltung gegenüber dieser noch in den Anfängen steckenden Baumerhode nahe, wobei man sich auch in Übereinstimmung mit dem Gros der Fachleute befand.³²

Parallel dazu ließen die Firmeneigner aber gezielte Erprobungen der Verbundbauweise von Beton und Eisen durchführen, wofür man in den 1889 (Brünn) und 1892 (Prag) eingerichteten Filialen³³ die Voraussetzungen schuf. Auf dem firmeneigenen Versuchsgelände erhielt der an der Technischen Hochschule in Brünn als Professor für „Baustatik“ Lehrende Josef Melan³⁴ die Gelegenheit, ein neues System des

²⁸ Pittel+Brausewetter Gesellschaft m.b.H., Hg., 125 Jahre Pittel+Brausewetter – Innovation aus Tradition, s.L., s.a., S. 15. Die Prager Mitteilungen nennen 1881 als das Jahr der Übernahme des Auftrags. Lamberg, Aus der Geschichte, 1921, Nr. 3.

²⁹ Lamberg, Aus der Geschichte, 1921, Nr. 4.

³⁰ Vgl. Alfred Pausser, Eisenbeton 1850–1950. Idee-Versuch-Bemessung-Realisierung. Unter Berücksichtigung des Hochbaus in Österreich, Wien 1994, S. 13 u. 16ff.

³¹ Ebenda, S. 177; siehe auch: P. Güldel, Vorwort, in: Zement und Beton 6(1907), Nr. 8.

³² Lamberg, Aus der Geschichte, 1921, Nr. 4.

³³ Verzeichnis der Filialen des Unternehmens im Anhang.

³⁴ Biographische Angaben über Josef Melan: Pausser, Eisenbeton, 1994, S. 171f.; Konrad Kluge, Me-



Joseph Melan

Gewölbebaus zu erproben. Die Zusammenarbeit trug bereits 1892 Früchte, als *Pittel & Brausewetter* das „Patent Melan“ erwarb, dessen besondere Bedeutung für die Konstruktion „schwer belastbarer Industriedecken, Schalen und Brücken“ sich rasch herausstellte.⁵⁵ Dem Unternehmen boten sich dadurch neue Möglichkeiten im Gewölbebau und im Brückenbau.⁵⁶ Besonders letzterer sollte sich in den folgenden Jahren als lukrativer Produktionszweig erweisen.⁵⁷

Die firmeneigene Darstellung der Entwicklung der Gesellschaft spricht 1921 davon, dass es Mitte der neunziger Jahre noch „eines günstigen Zufalles“ bedurfte, „um den Eisenbeton auch in unserer Unternehmung einzuführen“.⁵⁸ Diesen sah der Verfasser in der Begegnung Victor Brausewitters mit Ing. Matrai in Paris, der an einer Lizenzvergabe für sein Patent auf Eisenbetondecken interessiert war.⁵⁹ Nach kurzer,

lan – 80 Jahre, in: Mitteilungen, Prag 1934, Folge 1–3, S. 1–5; Franz Machacek, Joseph Melan †, in: Die Bautechnik 12/13 (1941).

⁵⁵ Pausser, Eisenbeton, 1994, S. 46f.

⁵⁶ Besondere Aufmerksamkeit erlangte die 1898 aufgestellte „Schwimmschulbrücke“ in Steyr (Oberösterreich), die als weltweit „flachste Bogenbrücke“ Berühmtheit erlangte. Im VI. Band der „Groß-Industrie“ heißt es dazu: „Die Melanbögen der Firma Pittel & Brausewetter haben bei Strassenbauten des In- und Auslandes Anwendung gefunden. Ein diesbezüglich hochinteressantes Objekt wurde in Steyr erbaut.“ Friedrich Steiner, Entwicklung und Aufgaben des Civil-Bauingenieurwesens in Österreich, in: Die Groß-Industrie Österreichs, VI. Bd, Wien 1898, S. 67.

⁵⁷ Bis heute werden nach dem „System Melan“ Eisenbahnbrücken für große Spannweiten erbaut.

⁵⁸ Lamberg, Aus der Geschichte, 1921, Nr. 4.

⁵⁹ Ebenda.

aber eingehender Prüfung erwarb Victor Brausewetter 1896 das „System Matrai“, das im Industriebau besondere Vorteile versprach,⁴⁰ zugleich sicherte er sich die Ausführungsrechte für das schweizerische Patent Siegwart,⁴¹ das bei der Verlegung von Deckenbalken neue Wege erschloss. Durch Pittel & Brausewetter fanden die drei Deckensysteme Melan, Matrai und Siegwart weite Verbreitung in der österreichisch-ungarischen Monarchie. Sie verhalfen dem Unternehmen noch in den neunziger Jahren zu einer führenden Position in der Anwendung von Eisenbetonkonstruktionen im Brücken-, Gewölbe- und Industriebau.



*Kirche Weissenbach
Betonbau an der Trüesting*



*Adolf Freiherr von Pittel
Büste*

Angesichts der technisch wie umfangsmäßig enormen Ausweitung des Tätigkeitsfeldes überrascht es, dass der Ende 1887 geschlossene Gesellschaftsvertrag nahezu zehn Jahre ohne Abänderung oder Ergänzung blieb. Auch der am 2. Jänner 1896 notariell beglaubigte „Nachhang“⁴² zum alten Vertrag fügte den Modalitäten der Zusammenarbeit nichts hinzu, gab jedoch für den Fall des „Austritts“ eines Gesellschafters (Punkt IX) präzisere Anweisungen für die Aufteilung des Vermögens. Deutet

⁴⁰ Die „Matrai-Decke“ zeichnete sich durch große Tragfähigkeit bei relativ geringem Eigengewicht aus. Pauser, *Betonbau*, 1994, S. 106f.

⁴¹ Victor Brausewetter, *Erinnerung*, 1925, S. 4; Pauser, *Eisenbeton*, 1994, S. 123.

⁴² Der „Nachhang“ schließt direkt an den Text des Gesellschaftsvertrags vom 29. Dezember 1887 an und ist wie dieser notariell beglaubigt; siehe Anm. 8.

schon dieser Teil der Bestimmungen auf die inzwischen eingetretene Diversifizierung der unternehmerischen Ziele hin, zeigt die erstmals aufgenommene Regelung betreffend die Abdeckung von Garantieverpflichtungen und die Bildung eines Reservefonds die gestiegene und auch mit erhöhten Risiken behaftete Auftragslage an. Der ausgedehnte Geschäftsumfang lässt sich auch aus der Ernennung eines zweiten Prokuristen, des „Oberingenieurs“ Attilio Rella, im Jahre 1893 erschließen.⁴³ Über dessen Entlohnung oder Beteiligung sind keine näheren Bestimmungen überliefert, immerhin hält der „Nachhang“ 1896 fest, dass die Anteilsrechte der Gesellschafter am Reservefonds „unter Berücksichtigung der vertragmäßigen Bestimmungen mit Herrn Oberingenieur Attilio Rella“ festzustellen sind.

Das Jahr 1897 erzwang weitreichende und die Existenz des Unternehmens direkt betreffende Entscheidungen. Nachdem im Mai Franz Hickel „aus gesundheitlichen Gründen“ um die Löschung seiner Prokura ersucht hatte,⁴⁴ schied Adolf Baron Pittel angesichts seines schlechten Gesundheitszustandes mit Jahresende als öffentlicher Gesellschafter aus.⁴⁵ Victor Brausewetter entschloss sich, wie im Gesellschaftsvertrag (Punkt IX) optional vorgesehen, das Unternehmen alleine weiter zu führen. Damit standen nicht nur die Rechts- und Eigentumsverhältnisse zur Abklärung an, es mussten auch den produktions- und finanzwirtschaftlichen Zielen entsprechende Vorkehrungen getroffen werden.



*Adolf Freiherr Pittel
Grab*

⁴³ Attilio Rella war bereits seit 1883 Mitarbeiter auf den von Victor Brausewetter in Mähren unterhaltenen Baustellen, war entscheidend am Aufbau der Filialen in Brünn und Prag beteiligt und wirkte nach seiner Ernennung zum Prokuristen in der Zentrale der Gesellschaft in Wien. Lamberg, *Aus der Geschichte*, 1921, Nr. 5.

⁴⁴ Handelsgericht Wien, Handelsregister für OHG, Eintragung der Löschung am 21. Mai 1897 mit Anordnung der Bekanntgabe an die Handelsgerichte Prag und Brünn.

⁴⁵ Ebenda, Eintragung zum 31. Dezember 1897; siehe ergänzend: Brammertz, *Weißbacher Betriebsgründung*, 1972.

4 Victor Brausewetter als Inhaber der Einzelfirma „Pittel & Brausewetter, Betonbauunternehmung“: 1898 - 1907

Die handelsgerichtliche Eintragung vom Ausscheiden Adolf Baron Pittels als öffentlicher Gesellschafter enthält auch den Hinweis auf die nun von Victor Brausewetter allein geführte Einzelfirma, die unverändert den Namen *Pittel & Brausewetter* beibehielt und als „Betonbauunternehmung“ geführt wurde. Ebenso fand die weiter bestehende Prokura von Attilio Rella Erwähnung.⁶⁶



Victor Brausewetter



Benno Brausewetter

Wie schon früher verband Brausewetter auch nun die mit „Bauunternehmung“ bezeichnete Geschäftstätigkeit mit dem Handel von Zementwaren und Baumaterialien. Dies geht aus einer Bestätigung seiner geleisteten Erwerbssteuer hervor.⁶⁷ Die mit der Erschließung neuer Aufgabenbereiche vermehrten Anforderungen an die Geschäftsführung bewogen Victor Brausewetter, weitere Prokuristen aufzunehmen. Neben Josef Oesterreicher⁶⁸, einem Wiener „Baudirektor und Ingenieur“, überantwortete er 1899 auch seinem ältesten Sohn Benno (geb. 1869) die umfassende Handels-

⁶⁶ Handelsgericht Wien, Handelsregister: Löschung als OHG und Eintragung in das Register für Einzelfirmen: Eintragung vom 31. Dezember 1897.

⁶⁷ Handelsgericht Wien, Handelsregister für Einzelfirmen: Eintragung vom 20. Mai 1898.

⁶⁸ Oesterreicher trat noch Ende 1899 aus „Gesundheitsrücksichten“ von diesem Amt zurück, die „Löschung“ erfolgte am 5. Januar 1900 im Wiener Handelsregister.

vollmacht. Dieser hatte seit seinem sechzehnten Lebensjahr in den Ferien dem Vater bei der Ausführung verschiedenster Arbeiten geholfen und war nach Abschluss seiner Studien an der Technischen Hochschule Wien 1894 in die Firma eingetreten, wo er sich des Öfteren als Bauleiter betätigte.⁴⁹

Aus der im Februar 1899 erfolgten Eintragung im Wiener Handelsregister geht auch hervor, dass zu diesem Zeitpunkt neben Brünn und Prag bereits eine Zweigniederlassung in Czernowitz bestand.⁵⁰ Sie wurde jedoch 1903 wieder aufgelassen.⁵¹



Adolf Freiherr von Pittel mit Ehefrau Leopoldine de Collin-Tarsienne

Als Adolf Baron Pittel am 6. Jänner 1900 starb, setzte seine Frau Leopoldine Pittel die schon nach dem Ausscheiden ihres Gatten 1897 neu geregelte Zusammenarbeit mit Victor Brausewetter weiter fort.⁵² Ein mit 4. März 1900 datiertes „Übereinkommen“ gibt nicht nur einen guten Einblick in die vertragsmäßig ausgehandelten

⁴⁹ So beaufsichtigte er nach 1894 den Bau der Wasserkraftanlage für das städtische Elektrizitätswerk in Hermannstadt (Siebenbürgen) oder ähnliche Projekte in Österreich (Lend und Landeck), 125 Jahre, (Anm. 28), S. 10.

⁵⁰ Handelsgericht Wien, Register für Einzelfirmen, Eintragung vom 28. Februar 1899. Czernowitz war die Hauptstadt des ehemaligen Kronlandes Bukowina in der Habsburgermonarchie, heute zur Ukraine gehörig.

⁵¹ Das Handelsgericht Czernowitz gab am 14. September 1903 bekannt, dass die Zweigniederlassung der Firma Pittel und Brausewetter infolge „Aufhebung des Geschäftsbetriebes“ gelöscht wurde. Eintragung im Handelsgericht Wien (Register für Einzelfirmen): 17. September 1903.

⁵² Betonbau-Unternehmung Adolf Baron Pittel, Wien 1910, S. 106.

Konditionen der gemeinsamen Geschäftsführung, sondern lässt auch Rückschlüsse auf den Strukturwandel in der Baubranche der letztvergangenen Jahre zu.⁵³

Die Abmachung bezog die von Victor Brausewetter nun als Alleininhaber geführten Unternehmen der Firma *Pittel & Brausewetter* sowie die von Leopoldine Pittel nach dem Tode ihres Gatten weiter unterhaltenen Betriebe des Betonbaues, der Erzeugung von Zementwaren und des Handels mit Baumaterialien ein. Ausgenommen waren somit alle Firmen, die von beiden darüber hinaus in Eigenregie geführt wurden (Punkt 1). Dieser neuen Form der Zusammenarbeit wurde auch organisatorisch Rechnung getragen. Punkt 7 regelt die weitgehend aufeinander abgestimmte Geschäftsführung, die in benachbarten Büros und in der gemeinsamen Nutzung eines Warenlagers inklusive der dort beschäftigten Bürodienere und Magazinsbediensteten bei Kostenteilung ihren Ausdruck fand. Auch personell fand diese Regelung einen Niederschlag. Man vereinbarte, dass der bei *Pittel & Brausewetter* tätige Oscar Ritter von Negrelli sich „nach Gestaltung der Geschäfte mit gleicher Intensität“ auch den Unternehmen von Frau Leopoldine Pittel zu widmen habe (Punkt 8).

Dieses Übereinkommen hatte auch Auswirkungen auf die Verkaufsmodalitäten (Punkt 6). Leopoldine Pittel wurde der uneingeschränkte Verschleiß der in ihrem Weißenbacher Werk erzeugten Zementwaren zugesichert.⁵⁴ Außerdem war sie bei Zustimmung Victor Brausewetters berechtigt, Waren von seinem Lager anzukaufen und uneingeschränkt weiter zu veräußern.

Das „Übereinkommen“ erlaubt auch einen Blick in die Kosten der Geschäftsführung und deren Verrechnungsart (Punkt 2).⁵⁵ Die Verzinsung des investierten Kapitals zu sechs Prozent, die Dotierung der „Versorgungs-Conti“ und die jährlich zu vereinbarende Aufstockung des Reservekontos wurden ebenso gewinnmindernd verrechnet wie die Abschreibungen, die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Beamten oder auch die vorgesehenen „Chefgehälter“. Vom verbleibenden „Reinertrag“ wurden Tantiemen von je fünf Prozent an die Anteilseigner von *P&B*, nämlich Benno Brausewetter, Eugen Comel, Valerian Venier und Oscar Negrelli, ausbezahlt. Am restlichen „Reingewinn“ war der Prokurist Attilio Rella mit 25 Prozent beteiligt, die verbleibenden 75 Prozent standen als Unternehmerngewinn zur Aufteilung an. Die in

⁵³ Leopoldine Baronin Pittel, Übereinkommen, Manuskript, P+B, Zentralarchiv Wien, Ordner: Urkunden; Mappe: Interessante Briefe.

⁵⁴ In Punkt 6 wird verwiesen auf eine frühere Abmachung zwischen Adolf Pittel und Victor Brausewetter, worin der „ausschließliche Verschleiß der in Weißenbach erzeugten Cementwaren in Wien und Umgebung“ vereinbart worden sei, eine Bestimmung, die nun mit 1. Jänner 1900 „einverständlich aufgehoben“ wurde. Im Gesellschaftsvertrag von 1887 ist jedoch keine derartige Einschränkung festgelegt. Vielleicht hat man sich später auf diese Klausel geeinigt, um den gestiegenen Bedarf an Zementwaren in Wien abdecken zu können.

⁵⁵ Zu Fragen der Konjunkturlage wie der Ertragsentwicklung siehe die Erläuterungen zur wirtschaftlichen Entwicklung (Teil LB). Dort werden auch die Modalitäten der Bilanzstellung erörtert.

Punkt 2 enthaltene Regelung spricht 62 Prozent Victor Brausewetter und 38 Prozent Leopoldine Pittel zu.

Die in der Gewinnquote zum Ausdruck kommende Aufteilung der Einflussnahme auf die Geschäftsführung fand auch in den Bestimmungen über den Unternehmerlohn⁵⁶ oder im Einspruchsrecht Victor Brauseweters in Fragen der Übernahme von Bauofferten Ausdruck⁵⁷.

Die Dauer des Übereinkommens wurde mit fünf Jahren, also bis Ende 1904 festgelegt, danach war, wenn davor keine Kündigung erfolgte, an eine Verlängerung von Jahr zu Jahr gedacht (Punkt 9). Den Abschluss (Punkt 10) bildet die Feststellung, dass die getroffene Vereinbarung auch zukünftig seitens der Erben oder sonstiger Rechtsnachfolger zu beachten sei.

Die vereinheitlichte Führung der im „Übereinkommen“ genannten Firmen, die gleichzeitig eine Abstimmung mit den außerhalb bleibenden branchenverwandten Unternehmen der beiden Partner erfuhr, war ohne Zweifel eine wichtige Voraussetzung, die Bautätigkeit steigern und weiter diversifizieren zu können. Zu den bereits im Angebot stehenden Kanal-, Brücken- und Wasserbauten erlaubten nun die systematisch erzielten Fortschritte im Eisenbetonbau die Ausführung großer Industriebauten. Nach Ablauf der Schutzfrist für das Patent Hennebique 1903 war Victor Brausewetter wie viele andere bemüht, dieses Konstruktionssystem durch praktische Anwendung zu erproben. Es brauchte Jahre, bis er bei tatkräftiger Unterstützung durch seinen Sohn Benno „den ersten großen Fabrikbau als vollkommen monolithische Eisenbetonkonstruktion“ ausführen konnte.⁵⁸ Dieser 1907 in Oberleutensdorf (Böhmen) erstellte Fabrikkomplex der Baumwollspinnerei E. G. Pick wird auch in der Literatur als erstes Großprojekt von P&B in der „Eisenbetonbauweise“ angeführt.⁵⁹

Victor Brausewetter hatte nach dem Ausscheiden Baron Pittels die erfolgreiche Strategie der Suche nach technischen Lösungen für immer komplexere Bauaufgaben fortgesetzt. Seine Entscheidungen und unternehmerischen Aktivitäten lassen dabei ein klares Konzept erkennen. Als 1899 der Eigentümer der „Bauunternehmung E. Gaertner“, Baurat Eduard Gaertner, verstarb, reichten Victor Brausewetter und drei weitere in Wien ansässige Ingenieure, Eduard Swoboda, Rudolf Faesch und Arthur Kotschy, ein Gesuch um Umwandlung der Einzelfirma *Bauunternehmung E. Gaertner* in eine offene Handelsgesellschaft gleichen Namens zum Betriebe einer „Bauunter-

⁵⁶ Victor Brausewetter werden 12.000 Kronen zugestanden, Leopoldine als „Chefgehalt“ 4.800 Kronen, was ziemlich genau der Aufteilung des Reingewinnes von 62 zu 38 Prozent entspricht.

⁵⁷ Leopoldine Pittel musste die Zustimmung Brauseweters bei allen Bauten einholen, deren Bausumme 20.000 Kronen überstieg (Punkt 5).

⁵⁸ Victor Brausewetter, Erinnerung, 1925, S. 5.

⁵⁹ Siehe etwa: Bauunternehmung Pittel & Brausewetter, E. Gärtner, Wien IV., Gußhausstraße 16, in: Das neue Wien, Wien 1927, S. 289.

nehmung für Bau- und Eisenconstruction“ ein.⁶⁰ Am 7. Juli 1899 erfolgte die Eintragung in das Handelsregister für Gesellschaftsfirmen.⁶¹ Die Beteiligung an der *Bauunternehmung E. Gaertner* war für Victor Brausewetter von strategischer Bedeutung: Die Firma hatte sich auf die Ausführung von Bauten mit pneumatischer Fundierung spezialisiert, eine auch von Brausewetter angewandte Technik bei Wasserbauten. So ergab sich die Möglichkeit, Konkurrenz in Zusammenarbeit zu verwandeln.

Der zwischen Victor Brausewetter und seinen drei Mitgesellschaftern Eduard Swoboda, Arthur Kotschy und Rudolf Faesch abgeschlossene Gesellschaftsvertrag ist nicht überliefert, jedoch eine vermutlich zeitgleiche „Geschäftsordnung“.⁶² Diese lässt eindeutige Rückschlüsse auf die neuen Rechtsverhältnisse und die zwischen den Gesellschaftern vorgenommene Aufgabenteilung zu. Das Recht der Firmazeichnung wurde Brausewetter und Swoboda zuerkannt, wobei ersterer die Gesellschaft nach außen vertreten, letzterer die „interne und technische Geschäftsführung“ wahrnehmen sollte. Im Falle widersprüchlicher Ansichten war den Anordnungen Brausewetters Folge zu leisten (Punkt 1). Die beiden anderen Gesellschafter, Faesch und Kotschy, erhielten je eine „Generalvollmacht“ für den „rechtswirksamen“ Abschluss von Geschäften, wobei sie sich allerdings der Zustimmung seitens der beiden Erstgenannten zu versichern und deren Weisungen zu befolgen hatten (Punkt 3).

Das geschäftliche Vorhaben, das Victor Brausewetter bewog, als Mitinhaber in die Firma E. Gaertner einzutreten, konnte er, wie die weiteren Bestimmungen zeigen (Punkt 2), im Wesentlichen verwirklichen. Es wurde ihm alleine zugestanden zu entscheiden, welche der beiden weitgehend mit gleichen Arbeiten befassten Firmen „Pittel & Brausewetter“ oder „E. Gaertner“ einen aktuellen Bauauftrag übernehmen sollte. Allein bei der „Ausführung von Bauwerken mit pneumatischen Fundierungen“ wurde den anderen Gesellschaftern eine Mitbestimmung eingeräumt, da sie die Kernkompetenz des Unternehmens E. Gaertner betraf.

Die Gesellschafter hatten zusammen die „Inventargegenstände“ der Bauunternehmung den Erben des verstorbenen Eduard Gaertner zum Preis von 59.000 Gulden ö. W. abgekauft, der den Schätzwert der entsprechenden Aktiva übertraf. Der Differenzbetrag wurde als „Entgelt für die erworbene Berechtigung zur Fortführung der Firma“ deklariert. Victor Brausewetter war es gelungen, seine Tätigkeit auf eine breitere finanzielle Basis zu stellen und sie auch in einem ihm wichtig erscheinenden technischen Bereich zu festigen.

Diesem Ziel diente auch die 1906 erfolgte Konstituierung der *Pittel & Brausewetter, Beton-Brücken- und Tiefbau-Actiengesellschaft* in Budapest, die von der „Pester

⁶⁰ Die Behauptung, Brausewetter habe das Unternehmen gekauft, ist unrichtig. Hans Krawarik, *Pittel+Brausewetter. 125 Jahre Entwicklung des Bauwesens*, Manuskript, Wien 1996, S. 5 u. 7.

⁶¹ Handelsgericht Wien, Register für OHG, Band XLIX, pag. 164.

⁶² Geschäftsordnung für die „Bauunternehmung E. Gaertner“, P+B, Zentralarchiv Wien. Ordner: Urkunden; Mappel: Fa. E. Gaertner.

Ungarischen Commercialbank errichtet und mit einem Aktienkapital von 700.000 Kronen, verteilt auf 7.000 Aktien zu à 100 Kronen ausgestattet wurde.⁶³ Victor Brausewetter stand als Präsident der Direktion vor, in der auch sein Sohn Benno aufscheint. Diese Gesellschaft sollte dem Unternehmen *Pittel & Brausewetter* den ungarischen Markt erschließen und auch eine enge Kooperation mit der Firma E. Gaertner aufbauen. Damit wird deutlich, dass Victor Brausewetter bemüht war, wie in der österreichischen auch in der ungarischen Reichshälfte Marktanteile im Tiefbau zu erschließen. 1907 wurde die ungarische „Abwasser-Reinigungs-Aktiengesellschaft“ durch Fusion aufgenommen.⁶⁴

Weitere Nachrichten über die konsequent betriebene Markterschließung liegen vor. Victor Brausewetter war wie schon erwähnt Inhaber des Patentes Siegwart. Nach Ablauf der Schutzfrist wurde 1904 eine Verwertungsgesellschaft mit beschränkter Haftung in Wien gegründet, an der auch Brausewetter Anteile erwarb.⁶⁵ Insgesamt zeichnet sich ab, dass er flankierend zur ständigen Erweiterung des Produktionsprogramms, die ein Spiegelbild der fortschreitenden Kenntnisse auf dem Gebiet des Eisenbetonbaues war, mit Nachdruck das Ziel einer Stärkung der Marktposition in den entwickelten Kernkompetenzen verfolgte.

5 „Pittel & Brausewetter“ als offene Handelsgesellschaft wiedererrichtet: 1908 – 1918

5.1 Die gesellschaftliche Leitung unter Victor und Benno Brausewetter 1908 – 1912

Die Aufnahme Benno Brauseweters in das Familienunternehmen entsprach dem Wunsch des Firmengründers und hatte bereits 1887 im Vertrag mit Adolf Pittel Ausdruck gefunden, worin Benno als „Erbenvertreter“ vorgesehen war, wenn er das 24. Lebensjahr „erreicht, seine technischen Studien vollendet und seine praktische Befähigung zur Mitwirkung im Geschäfte bestätigt“ hätte.⁶⁶ Durch die tätige Mithilfe bei den verschiedensten Projekten und Bauausführungen seines Vaters, den Abschluss des Studiums 1894 an der Technischen Hochschule in Wien, hatte er inzwischen dieses Anforderungsprofil in überzeugender Manier erfüllt und war bereits 1899 als Prokurist im Unternehmen tätig.⁶⁷ Mit Jahresbeginn 1908, noch vor Ausfertigung eines

⁶³ Compass, Finanzielles Jahrbuch für Oesterreich-Ungarn, Wien 1910, II. Bd., S. 605.

⁶⁴ Ebenda.

⁶⁵ Dies geht aus einem Schreiben Benno Brauseweters an seinen Vater Victor vom 4. Juli 1908 hervor, in dem der Geschäftsanteil Vectors an der „Siegwartbalken-Gesellschaft“ als Teil seiner Geschäftseinlage bei dem zwischen beiden gleichentags abgeschlossenen Gesellschaftsvertrag eingestuft wird. Brief Benno Brauseweters an Victor Brausewetter und dessen Gegenzeichnung, 4. Juli 1908, P+B, Zentralarchiv Wien, Urkunden.

⁶⁶ Siehe Teil I.A, Kap. 3.

⁶⁷ Siehe: Mitteilungen, Prag 1929, Folge 9 (Festheft für Benno Brausewetter).

neuen Gesellschaftsvertrages, erfolgte Benno Brausewitters Eintritt als Firmenchef neben seinem Vater. Die vertragliche Vereinbarung wurde am 4. Juli 1908 zwischen Vater und Sohn abgeschlossen, wobei letzterer im Handelsregister als „autorisierter Bauingenieur“ in Wien IV., Theresianumgasse 6, Erwähnung fand.⁶⁸

Die geplante Beteiligung Benno Brausewitters an der nun wieder als offene Handelsgesellschaft zu führenden Bauunternehmung „Pittel & Brausewetter“ erforderte auch flankierende Maßnahmen in den leitenden Gremien. Bereits am 2. August 1907 war der in Prag tätige „Ingenieur“ Konrad Kluge mit der Einzelprokura ausgestattet worden,⁶⁹ gleichzeitig mit dem neuen Gesellschaftsvertrag wurde auch dem in Wien lebenden „Ingenieur“ Max Lob diese Funktion übertragen.⁷⁰ Beide zeichneten sich schon vor Übernahme der Handelsvollmacht durch jahrelange Mitarbeit in der Firma aus, Kluge seit 1903 und Lob seit 1897.⁷¹

Neben ihnen übte Attilio Rella weiterhin die Einzelprokura aus, die ihm bereits 1893 von Adolf Pittel und Victor Brausewetter zuerkannt worden war.⁷² Der als „Oberingenieur“ geführte Attilio Rella behielt auch nach 1908 die ihm im „Nachhang“ 1896 zum Gesellschaftsvertrag 1888 eingeräumten Anteilsrechte am Reservefonds, wie eine von ihm gegengezeichnete „Vereinbarung“ mit Victor und Benno Brausewetter belegt.⁷³

Der zwischen Victor und Benno Brausewetter 1908 errichtete Gesellschaftsvertrag prolongierte das bis dato geltende Unternehmensziel, nämlich „die Ausführung von Beton- und anderen Bauten für eigene und fremde Rechnung, die Erzeugung von Cementwaren, den Handel mit Kalk, Cement, Cementwaren und Baumaterialien“ (Punkt 1). Neben Wien als dem Hauptsitz der Unternehmung werden Prag, Brünn und Leoben als „Zweigniederlassungen“ angeführt (Punkt 2).⁷⁴

Vater und Sohn brachten in die neue Gesellschaft Einlagen ein und versicherten sich gegenseitig, „dem Geschäfte ihre volle und ausschließliche Tätigkeit zu widmen“

⁶⁸ P+B, Zentralarchiv Wien, Abschrift des Gesellschaftsvertrags vom 4. Juli 1908; Handelsgericht Wien, Handelsregister für OHG, Eintragung vom 10. Juli 1908.

⁶⁹ Handelsgericht Wien, Handelsregister für OHG, Eintragung vom 2. August 1907; noch im selben Jahr erfolgte die Aufnahme in die Handelsregister von Leoben und Brünn.

⁷⁰ Ebenda, Eintragung vom 31. Dezember 1907, die kurz darauf auch in den Handelsregistern Brünn und Leoben aufscheint.

⁷¹ Die Verleihung der Prokura kann als Zwischenstufe im Aufstieg zum Gesellschafter gewertet werden, der Kluge und Lob 1912 gelang.

⁷² Handelsgericht Wien, Handelsregister für OHG, Eintragung vom 30. Mai 1893; siehe auch Handelsregister Brünn, Eintragung vom 8. Juli 1893.

⁷³ Die „Vereinbarung“ wurde am 4. Juli 1908, am Tage der Unterzeichnung des Gesellschaftsvertrages geschlossen. P+B, Zentralarchiv Wien, Urkunden.

⁷⁴ Die in der Literatur häufig angesprochenen „Filialen“ oder „Niederlassungen“ erfuhren oft erst nach Jahren der Betriebsaufnahme eine förmliche Eintragung im zuständigen Handelsregister.

BETRIEBSGES. UNTERNEHMUNG
PITTEL & BRAUSEWETTER, WIEN IV.,
FRANZENBERGSGASSE 12
BAU DER VIERFACHEN SENKRECHTEN UNTERLEITUNGSKREUZUNG DER ELEKTRISCHEN STRASSEN-
BAHNLINIEN LÖTHRINGERSTRASSE-KÄRNTNERSTRASSE
AUSGEFÜHRT FÜR „GEMEINS. WIEN-STÄDTISCH. STRASSENBAHNEN“ 1908



Elektrische Straßenbahn Lohringerstraße – Kärntnerstraße, Wien 1911

(Punkt 3 und 4).⁷⁵ Die Aufteilung von Gewinn oder Verlust folgte einem Schlüssel, der die Anteile am Gesellschaftsvermögen erkennen lässt (Punkt 6).

Die Einlage Victor Brausewetters betrug 444.779,50 Kronen, das war der Bilanzwert des Gesamtvermögens seines bisher als Alleineigentümer geführten Bauunternehmens „Pittel & Brausewetter“ zum Stichtag 1. Jänner 1908.⁷⁶ Benno Brausewetter verpflichtete sich zu einer Bareinlage von 100.000 Kronen. Man sah vor, Gewinne und Verluste „unter Zugrundelegung von vier Anteilen“ im ersten Jahr 1908 im Verhältnis 2,9 zu 1,1 aufzuteilen, wobei in den folgenden Jahren jeweils ein Zehntel Anteil von Victor zu Benno Brausewetter wandern sollte, sodass 1917, dem vorläufigen Ende der vertraglichen Übereinkunft, beide Kontrahenten über zwei Anteile verfügen würden.

⁷⁵ Die Tätigkeit Victor Brausewetters als Miteigentümer der Firma Gaertner wurde von dieser Bestimmung ausgenommen.

⁷⁶ Vgl. „Bilanz aufgenommen am 1. Jänner 1908“, P+B, Zentralarchiv Wien, Bilanzen 1898 bis 1920.

Bezüglich der Leitung der Geschäfte wurde in Punkt 4 Einvernehmlichkeit festgelegt, jedoch auch „ausdrücklich bestimmt, dass in Fällen, in denen eine Übereinstimmung in den Ansichten der beiden Gesellschafter nicht zu erreichen sein sollte, stets die Durchführung nach der Ansicht des Herrn Victor Brausewetter erfolgen muss“.⁷⁷ Im Allgemeinen sollten die Gepflogenheiten der bisherigen Geschäftsführung beibehalten werden. Dies betraf „sämtliche Organe“, die „unter denselben Modalitäten“ und unter Berücksichtigung der bisherigen Funktionen ihre Arbeit zu verrichten hätten (Punkt 5).

Wie schon in den früheren Gesellschaftsverträgen wurde der „ordnungsmäßigen Buchführung“ ein eigener Abschnitt gewidmet (Punkt 6). Es entsprach auch bisherigen Gepflogenheiten, die Höhe der Abschreibungen an Vermögenswerten jährlich zu bemessen, ohne eine bestimmte Quote in Anwendung zu bringen. Umfang und Aufteilung des Gesellschaftsvermögens sollten aus den Jahresbilanzen ersichtlich werden. Die Einlagen der Gesellschafter wurden mit sechs Prozent jährlich verzinst. Der Vertrag räumte in gewissem Ausmaß Barentnahmen wie auch Einzahlungen ein, die in einem „separaten Konto“ zu verbuchen waren und für dessen positiven Saldo halbjährlich eine sechsprozentige Verzinsung vorgesehen war. Die Ausgaben auf Geschäftsreisen konnten in ihrem jeweiligen Ausmaß abgerechnet werden und wurden nicht wie früher durch einen jährlichen Fixbetrag abgedeckt.

Der Eintritt Bennos in die väterliche Firma machte auch die Aufnahme klärender Bestimmungen bezüglich des Austretens (Punkt 8) oder des Ablebens (Punkt 9) eines der beiden Gesellschafter in den Vertrag notwendig. Man folgte hier durchaus den üblichen Usancen, eine besondere familiengerechte Regelung, wie sie etwa dem Vater – Sohn – Verhältnis entsprochen hätte, ist nicht zu erkennen. Wurde das Unternehmen vom verbleibenden Gesellschafter weitergeführt, konnte der austretende seinen Anteil am Gesellschaftsvermögen in der Weise beanspruchen, dass ihm im ersten Jahr nach der Kündigung 25 Prozent, im zweiten Jahr 35 und im dritten Jahr 40 Prozent auszubezahlen waren. Im Falle des Ablebens eines Gesellschafters hatten die Erben Anspruch auf dessen Vermögensanteil an der Gesellschaft, der um die vom letzten Bilanzabschluss bis zum Todestag aufgelaufenen Zinsen, veranschlagt mit sechs Prozent, vermehrt wurde. Weiters sollten diesem noch zwei Drittel des dem Verstorbenen zugekommenen Reinertragnisses vom letzten Geschäftsjahr „pro rata temporis“ (entsprechend der Lebensdauer des Verstorbenen in der noch nicht abgeschlossenen Geschäftsperiode) zugeschlagen werden. Den Erben wurde darüber

⁷⁷ Eine Reihe von Angelegenheiten blieb aber dem bindenden Einverständnis beider Partner vorbehalten, nämlich „die Aufnahme neuer Compagnone in die Firma, die Umwandlung der Firma in eine andere Gesellschaftsform, beispielsweise in eine Aktiengesellschaft, die Bestellung neuer Prokuristen, die Anstellung neuer Beamter oder die Änderung der Bezüge der Beamten“. Eine Erwähnung fand auch, dass die Tätigkeit Victor Brausewitters bei der Bauunternehmung E. Gaertner „selbstverständlich weitergeführt“ wird. (Punkt 4).

hinaus ein gewisser Anspruch auf das Erträgnis des laufenden Geschäftsjahres zugebilligt.⁷⁸

Am Tag der Unterzeichnung des Gesellschaftsvertrages (4. Juli 1908) gingen Victor und Benno Brausewetter zusätzliche Vereinbarungen ein, die sie mittels gegengezeichneter Schreiben als „rechtsverbindlich“ darstellten. Eines enthält die Zusammensetzung der Geschäftseinlage Victors, der auch die „Aktien und Genußscheine“ der Budapester Aktiengesellschaft sowie der Geschäftsanteil an der Siegwartbalken-Gesellschaft in Wien zuzurechnen sind. Auf die im Ansatz relativ niedrigen Bilanzwerte dieser Vermögensanteile wird im Kapitel über die wirtschaftliche Entwicklung nochmals zurückzukommen sein.⁷⁹ Das andere Schriftstück enthält genaue Abmachungen, die Reservebildung zu forcieren, um für allfällige Verluste infolge uneinbringlicher Debitoren, „Bauunglücke, Collaudierungs- und sonstige Mängel während der Bau- und Garantiezeit“, gerüstet zu sein. Der bisherige Reservefonds wurde geteilt und spezifischen Schadensfällen zugeordnet. Gleichzeitig stellte man die Eigentumsrechte an den Fonds klar, an denen nicht nur die beiden Gesellschafter, sondern auch der „Oberingenieur“ Attilio Rella Anteil hatten. Folgerichtig enthält das vorliegende Schriftstück auch genaue Hinweise auf die Regelung bei Austritt oder im Todesfall eines der Genannten.⁸⁰

Das Jahr 1910 begann mit einer menschlichen, aber auch die Geschicke der Firma berührenden Tragödie. Am 2. Jänner stürzte Attilio Rella während der Fahrt mit dem Zug von Prag nach Wien beim Übertritt in einen anderen Waggon auf die Geleise und wurde tödlich verletzt.⁸¹ Mit ihm verlor das Unternehmen seinen höchstgestellten Mitarbeiter, der in einigen Belangen, wie dies etwa bei der Verfügung über die Reservemittel gezeigt werden konnte, eine dem Gesellschafterstatus ähnliche Position einnahm. Dies zeigt sich auch bei der Aufteilung des Reinerträgnisses (Bilanzgewinn), das ihm zu einem Fünftel zufiel. Die beiden Gesellschafter Victor und Benno Brausewetter bezogen je zwei Fünftel. Als Maßnahme zur Bewältigung der neuen Situation darf die Vergabe der Einzelprokura an Anton Kleibel, einem „Oberinge-

⁷⁸ Am Reinertrag waren „Angestellte“ beteiligt, vom Rest standen zwei Drittel dem Firmeninhaber zu, das restliche Drittel sollte entsprechend dem Vermögensanteil zwischen diesem und den Erben aufgeteilt werden.

⁷⁹ P+B, Zentralarchiv Wien, Brief: Victor an Benno Brausewetter (Original) vom 4. Juli 1908.

⁸⁰ Obwohl das nur in handschriftlicher Kopie überlieferte Schreiben zumindest in einem Fall Konzeptscharakter hat, so wurde die quotenmäßige Aufteilung der Fondsbeträge offengelassen, besitzt der gesamte Text doch Vertragsqualität, die auch aus den rechnerischen Jahresabschlüssen hervorgeht. P+B, Zentralarchiv Wien, Brief: Victor an Benno Brausewetter (Abschrift) vom 4. Juli 1908.

⁸¹ Rella galt international durch seine praktischen wie wissenschaftlich ausgerichteten Arbeiten auf dem Gebiet der strukturellen Verbesserung der Lebensgrundlagen städtischer Siedlungen als führender Experte. 1899 veröffentlichte er im Eigenverlag eine Studie über „Die Assanierung der Städte in Österreich-Ungarn 1848-1898“. Vgl. die als Nachruf für ihn gedachte Würdigung in der Zeitschrift des Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereines 1910, Nr. 8.

nieur“ in Wien, angesehen werden.⁸² Auch Kleibel zählte bereits zum Kreis der leitenden Beamten und hatte seit 1908 das Recht auf „Anteile“ am „Bruttogewinn“.⁸³ Seine Anteilsquote stieg von 1908 bis 1911 von zwei auf viereinhalb Prozent, die der Gesamtanteile der leitenden Manager von etwa 15 auf 30 Prozent. Ab 1912, dem Jahr des Abschlusses eines neuen Gesellschaftsvertrages, erfolgte die Verrechnung der Honorare nicht mehr über die Erträgnisverteilung, sondern figurierte als Aufwandsposten, der allerdings alle Honorare und Spesen summarisch ausweist.

Die Jahre bis einschließlich 1911 können als Wachstumsperiode mit guter Gewinnentwicklung zusammengefasst werden. Bezogen auf 1907 zeigen die Vermögenswerte des Unternehmens 1911 eine Vermehrung von 50 Prozent an, die Kapitalrentabilität erhöhte sich von 2,8 auf 4,9 Prozent und weist für 1910 einen Spitzensatz von sieben Prozent aus.⁸⁴ Die Bilanzwerte spiegeln eine beachtliche Zunahme des Geschäftsvolumens, die indirekt auch durch die verstärkte Reservenbildung und deren Zuordnung zu bestimmten Schadenskategorien, wie dies aus dem Gesellschaftsvertrag zu entnehmen ist, bestätigt wird.

5.2 Eintritt weiterer Gesellschafter in die OHG „Pittel & Brausewetter“ 1912 und deren Entwicklung bis 1918

Erfolgte die 1908 vorgenommene Neuorganisation des Unternehmens sichtlich unter dem Druck wachsender Anforderungen an die gesamte Betriebsführung bei Betonung des technischen operativen Bedarfs, so stand 1912 die Aufnahme weiterer öffentlicher Gesellschafter verstärkt im Zusammenhang mit der entsprechenden Verbreiterung der finanziellen Basis. Der Wunsch hierfür wurde wahrscheinlich auch durch die jüngste Ertragsentwicklung gefördert. Diese ging 1911 trotz vermehrtem Kapitaleinsatz um 30 Prozent zurück.

Am 26. Oktober 1912 wurden die bisherigen Prokuristen Konrad Kluge und Max Lob mittels eines auf zehn Jahre befristeten Vertrages als Mitgesellschafter der Firma *Pittel & Brausewetter* aufgenommen. Kluge leistete als „Ingenieur“ (Prag) und Lob als „beh. aut. Bauingenieur“ (Wien) die Vertragsunterzeichnung.⁸⁵ Wie Victor und Benno Brausewetter waren nun auch die neuen Geschäftspartner „zur Vertretung der Gesellschaft und Zeichnung der Firma für sich allein befugt“ (Punkt 3).

⁸² Die Eintragung in die Handelsregister (für OHG) von Wien, Prag und Brünn erfolgte in den Monaten April bis August 1910.

⁸³ Die Anteilermittlung erfolgte als Prozentsatz am um die Dotation der Reservefonds verminderten Bruttogewinn. Als Nettogewinn (Bilanzgewinn) erscheint in den Jahresabrechnungen jene Ertragsgröße, die sich aus dem Bruttogewinn nach Abzug der für Reserven und Anteile vorgesehenen Beträge ergibt und die allein den Gesellschaftern zustand.

⁸⁴ P+B, Zentralarchiv Wien, Bilanzen der Jahre 1907 bis 1911.

⁸⁵ Ebenda, Gesellschaftsvertrag (gefertigt von Vertragszeugen): 26. Oktober 1912.



Konrad Kluge

Kluge sowie Lob verpflichteten sich, als Einlage einen „baren Betrag“ von je 250.000 Kronen in die Gesellschaft einzubringen (Punkt 4). Ihr Kapital erfuhr dieselbe Verzinsung wie das der bisherigen Gesellschafter, auch die buchhalterische Verwaltung der „Konto-Korrenteinlagen“ folgte den bestehenden Gewohnheiten (Punkt 5). Das Bemühen, die Kapitalbasis des Unternehmens zu erhöhen, kommt auch darin zum Ausdruck, dass die Gewinnanteile der Gesellschafter⁸⁶ zur Hälfte auf die entsprechenden Kapitalkonten zu buchen waren. Doch auch von den auf den Privatkonten liegenden Beträgen durfte jährlich nicht mehr als die Hälfte entnommen werden (Punkt 8).

Die Gesellschafter hatten Anspruch auf ein monatliches Gehalt, Victor Brausewetter auf 1.000 Kronen, sein Sohn Benno, Konrad Kluge und Max Lob je auf 600 Kronen. Zusätzlich wurde die Verrechnung der auf Geschäftsreisen angefallenen Kosten zu „Lasten des Regie-Kontos“ vertraglich festgelegt (Punkt 7).

Die Leitung des Unternehmens sollte „einverständlich“ erfolgen, bei sich widersprechenden Ansichten stand jedoch dem Seniorchef Victor Brausewetter die Entscheidung zu, im Falle seines „Ausscheidens“ seinem Sohn Benno. Wesentliche firmenrechtliche Entscheidungen⁸⁷ blieben aber wie schon bisher an die Zustimmung aller Kompagnons gebunden, Belegschafts- und lohnrechtliche Angelegenheiten be-

⁸⁶ Victor Brausewetter wurde eine Sonderregelung zugestanden, die u.a. die Behebung von bis zu zehn Prozent seiner Gesellschaftseinlage konzedierte.

⁸⁷ Dazu zählten die Aufnahme weiterer Gesellschafter, die Änderung der Gesellschaftsform und die Bestellung von Prokuristen.

durften der Billigung seitens der „beiden Herren Brausewetter“ und eines anderen Gesellschafters (Punkt 9).



Schlossbrunn-Kolonnade, Karlsbad 1911/1912

Die in der Entscheidungsbefugnis Ausdruck findende hervorgehobene Position von Vater und Sohn Brausewetter hatte ihre Entsprechung in der Gewinnverteilung. Am Ertragnis des ersten Jahres nach Vertragsschluss (1913) waren Kluge und Lob mit je elf Prozent beteiligt,⁸⁸ diese Quote sollte jährlich um je 0,63 Prozent angehoben werden, sodass bei Vertragsende nach zehn Jahren beide zusammen etwa auf ein Drittel des Reinertragnisses ein Anrecht haben würden. Für den Fall einer Vertragsverlängerung war keine Erhöhung der Gewinnbeteiligung mehr vorgesehen. Die Aufteilung des restlichen Gewinnes erfolgte allein zwischen Victor und Benno Brausewetter, wobei man nach den im Gesellschaftsvertrag 1908 festgesetzten Regeln vorzugehen beabsichtigte (Punkt 6).

Die Bestimmungen über die „ordnungsmäßige Buchführung“, die Anfertigung eines Inventars und einer Bilanz am Ende jedes Geschäftsjahres und auch über die Ermittlung der vorzunehmenden Abschreibungen an Vermögenswerten und an un-

⁸⁸ Als das Geschäftsjahr 1913 mit einem Verlust abgeschlossen wurde, verzichteten Victor und Benno Brausewetter, wie aus einem Originalvermerk auf dem Bilanzbogen ersichtlich wird, auf eine Beteiligung an der Verlustabdeckung seitens der neuen Gesellschafter. Das negative Ergebnis der Folgejahre (bis 1915) hatten diese aber satzungsgemäß mitzutragen.

einbringlichen oder zweifelhaften Forderungen gleichen jenen im Vertragstext des Jahres 1908 (Punkt 9).

Die Punkte 10 bis 12 regeln die Vorgangsweise bei Vertragsverlängerung und im Falle des Ausscheidens eines oder mehrerer Gesellschafter infolge Kündigung, Ausschließung oder Tod. Der auf zehn Jahre befristete Vertrag sollte jeweils auf fünf weitere erstreckt werden, sofern nicht ein Jahr vor Vertragsende eine Kündigung erfolgte. Doch auch dann hatten die verbleibenden Firmeninhaber die Möglichkeit, die Gesellschaft weiter zu führen. Der austretende Kompagnon besaß ein Anrecht auf seinen „Gesellschaftsanteil“, der in fünf gleichen Jahresraten bei Verzinsung von sechs Prozent auszuzahlen war (Punkt 10).

Die „Ausschließung“ eines Gesellschafters war vorgesehen bei „körperlichen oder geistigen Gebrechen“, die den Betreffenden hindern würden, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Auch diesem stand gleich dem kündigenden Gesellschafter die Auszahlung seines Geschäftsanteiles zu.

Im Falle eines wie auch immer begründeten Ausscheidens von Victor oder Benno Brausewetter galten zwischen ihnen insofern besondere Regeln, als der jeweils verbleibende Gesellschafter berechtigt war, den „Gesellschaftsanteil des austretenden mit allen Rechten und Pflichten zu übernehmen“ (Punkt 11).

Grundsätzlich sollten im Ablebensfalle eines oder mehrerer Gesellschafter die Bestimmungen sinngemäß in Anwendung kommen, die bei Kündigung oder Ausschluss vorgesehen waren (Punkt 12).

Zuletzt wurde im Vertrag auf die Eigentums- und Nutzungsrechte der Gesellschafter an der ungarischen *Pittel & Brausewetter, Beton-, Brücken- und Tiefbau-Aktiengesellschaft* in Budapest hingewiesen. Victor Brausewetter scheint als Eigentümer der gesamten Aktien per 700.000 Kronen Nominale sowie der Genussscheine per 300.000 Kronen Nominale auf. Die neuen Gesellschafter Kluge und Lob wurden vertraglich an den Erträgen der Aktien (Dividenden, Kursgewinne bei Verkauf) beteiligt. Vater und Sohn Brausewetter behielten sich jedoch die uneingeschränkte Geschäftsführung der AG vor, konzedierte den Herren Kluge und Lob aber „volles Einsichtsrecht in die Geschäftsgebarung“. Besondere Erwähnung fand auch die Möglichkeit, Aktien des Budapester Unternehmens anzukaufen, wofür ein „gemeinsamer Beschluss der Gesellschafter“ Voraussetzung wäre (Punkt 14)⁹⁹. In einem gleichentags unterzeichneten „Nachtrag“ wurde die „gemeinsame Beschlussfassung“ auch auf einen etwaigen Verkauf von Aktien des Budapester Unternehmens ausgedehnt.¹⁰⁰

Mit der Aufnahme von Konrad Kluge und Max Lob als Mitgesellschafter stand

⁹⁹ Diese Bestimmung bezog sich auf noch nicht in das Gesellschaftsvermögen integrierte Wertpapiere. Wie aus dem Gesellschaftsvertrag 1908 ersichtlich, hatte Victor Brausewetter seinen damaligen Aktienanteil (es handelte sich um 3.402 von 7.000 Stück) in die mit seinem Sohn Benno begründete OHG eingebracht.

¹⁰⁰ P+B, Zentralarchiv Wien, Nachtrag zum Gesellschaftsvertrag vom 26. Oktober 1912.

die Löschung der von beiden bis dato ausgeübten Funktion der Prokura an. Die entsprechenden Eintragungen in die zuständigen Firmenregister der betroffenen Handelsgerichte wurden 1913 abgewickelt.⁹¹ Im selben Jahr findet sich im Handelsregister Wien auch die Löschung der Handelsvollmacht von Anton Kleibel, die ihm 1910 übertragen worden war.

Die handelsgerichtlichen Vermerke lassen einen Blick auf das Filialnetz des Unternehmens zu. Neben Brünn und Prag registrierten Leoben, Teschen (Zweigniederlassungen in Teschen und Bielitz), Eger (Zweigniederlassung in Karlsbad) und Linz die Änderungen in den Eigentums- und Verwaltungsrechten der Firma.⁹² Keine Eintragung findet sich im Handelsregister Czernowitz, da die dort 1899 gegründete Filiale bereits 1903 den Geschäftsbetrieb wieder aufgab.⁹³

Der von Victor und Benno Brausewetter verstärkt fortgeführte Ausbau der Filialeinrichtungen (Bielitz und Teschen 1910, Karlsbad 1911) fand nach der Aufnahme der neuen Gesellschafter Kluge und Lob seine Fortsetzung (Linz und Salzburg 1913). Eine Filiale in Mährisch Schönberg wird erstmals in einer der Bilanz des Jahres 1916 angeschlossenen Aufgliederung des Umsatzes genannt. Der von dieser erwirtschaftete Erlös liegt mit 175.493 Kronen um gut 2,2 Prozent über jenem der Filiale Brünn, was doch auf die regionale Bedeutung dieser relativ jungen Niederlassung ein bezeichnendes Licht wirft.⁹⁴

Im Jahr 1913 kam es auch zu einer Straffung der Kernkompetenzen der Firma, die von nun an nur mehr als „Bauunternehmung“ figurierte und den „Handel mit Zementwaren und Bautensilien“ einstellte.⁹⁵ Ungeachtet dessen schlossen in den Folgejahren bis einschließlich 1915 die Bilanzen mit einem Verlust ab, der 1914 seinen Höhepunkt erreichte. Ohne an dieser Stelle auf die ertragswirtschaftlichen Probleme einzugehen, sei zur groben Orientierung auf zwei entscheidende Faktoren aufmerksam gemacht.

Die Erlöse aus der Bautätigkeit erreichten vor dem Ersten Weltkrieg mit rund 850.000 Kronen 1911 und mit gerundet 710.000 Kronen 1913 ihr größtes Ausmaß. In den ersten beiden Kriegsjahren brachen die Gewinne um mehr als 70 Prozent ein. Gleichzeitig überstiegen die für Warenlieferungen und Leistungen (Kreditoren) geschuldeten Beträge die der Debitoren, 1915 betrug die Differenz 43 Prozent. Der dadurch bedingte steigende Kreditbedarf erhöhte die Zinsenlast, die 1915 bereits die Erträge aus der gesamten Bautätigkeit überstieg. In den beiden letzten Kriegsjahren gelang gleichsam eine buchhalterische Normalisierung, die Bautätigkeit erbrachte

⁹¹ Die Löschung der Prokura erfolgte in der Regel gleichzeitig mit der Eintragung als Mitgesellschafter

⁹² Vgl. Mitteilungen, Prag 1931, Heft 7–8, S. 57f.

⁹³ Handelsgericht Wien, Einzelfirmen, Eintragung vom 17.9.1903.

⁹⁴ P+B, Zentralarchiv Wien, Bilanz vom 31. Dezember 1916. Das Gründungsdatum dieser Zweigniederlassung ist unbekannt.

⁹⁵ Handelsgericht Wien, Handelsregister für OHG, Eintragung vom 8. April 1913.

1917 ein die Vorkriegsverhältnisse erreichendes Ergebnis, auch die Relation zwischen Kreditoren und Debitoren verschob sich zu einem leichten Überhang der letzteren.⁹⁶

In diese unternehmens- und finanzpolitisch schwer einzuschende und zu bewertende Periode während der Schlussphase des Ersten Weltkrieges fällt auch das doch überraschende Ausscheiden Max Lobs als Gesellschafter. Die diesbezüglichen handelsgerichtlichen Vermerke datieren vom August bis Oktober 1917.⁹⁷ In einem am 18. Dezember 1918 aufgenommenen Protokoll über eine Vereinbarung der Gesellschafter Victor und Benno Brausewetter sowie Konrad Kluge wird der 1. Jänner 1917 als Austrittsdatum Lobs angeführt.⁹⁸ Noch 1917, so wird weiter berichtet, wurde in vollem Einverständnis aller Beteiligten „die Abrechnung mit ihm auf Grundlage des Protokolles vom 26. Oktober 1912“ abgewickelt.⁹⁹ Der bisher auf Lob entfallende „Gewinn- und Verlustanteil“, der 1916 bei 12,89 Prozent lag, wurde zu gleichen Teilen Victor und Benno Brausewetter zugesprochen. Die Wertschätzung, die man Max Lob entgegenbrachte, zeigt sich in der bislang nicht üblichen „Abfindung“, die mit 55.874,27 Kronen knapp 20 Prozent des Nettogewinnes 1917 ausmachte.¹⁰⁰

Am 18. Dezember 1918 trafen die drei verbliebenen Gesellschafter der Bauunternehmung „Pittel & Brausewetter“, Victor und Benno Brausewetter und Konrad Kluge, weitere Entscheidungen, die ihre Einschätzung der Nachkriegssituation wie der Geschäftslage des Unternehmens zeigen. Sie hielten in einem „Protokoll“ ihre Überzeugung fest, dass der Bilanzwert der Firma nicht das gesamte Vermögen abbildet, sondern „mit Rücksicht auf den jahrelangen Bestand, den ausgebreiteten Kundenkreis und den angesehenen im ganzen früheren Oesterreich-Ungarn eingeführten Namen der Firma *Pittel & Brausewetter* noch einen idealen, in der Bilanz ziffernmäßig nicht erfassbaren Geschäftswert besitzt“, der nun einvernehmlich mit 500.000 Kronen beziffert wurde. Dieser ideale Geschäftswert sollte „im Falle des Todes eines Gesellschafters“ von den die Firma weiterführenden Gesellschaftern an die Erben des verstorbenen zusätzlich zu dessen Anteil am Gesellschaftsvermögen ausbezahlt werden, wobei die gleiche Quote anzulegen sei.¹⁰¹

Eine weitere Abmachung diente der Konsolidierung des Baugeschäftes. Wie oben berichtet erwarben Victor Brausewetter, Eduard Swoboda, Rudolf Faesch und Arthur Kotschy 1899 Gesellschaftsrechte an der *Bauunternehmung E. Gaertner*.¹⁰² Arthur Kotschy verstarb 1910, und 1913 wurde mit Carl Brenner, einem „beh. aut. Bauin-

⁹⁶ P+B, Zentralarchiv Wien, Inventur und Bilanz der Geschäftsjahre 1911 bis 1917.

⁹⁷ Handelsgericht Wien, Handelsregister für OHG, Eintragungen vom 3. August 1917–13. Oktober 1917.

⁹⁸ P+B, Zentralarchiv Wien, Protokoll vom 18. Dezember 1918.

⁹⁹ Ebenda. Das auf Max Lob lautende „Kapitalkonto“ wurde aber noch bis einschließlich 1921 in den Geschäftsabschlüssen geführt. P+B, Hauptzentrale Wien, Bilanzen 1917 bis 1921.

¹⁰⁰ P+B, Zentralarchiv Wien, Eintragung in die Bilanz 1917.

¹⁰¹ Ebenda, Protokoll vom 18. Dezember 1918 über Feststellung des idealen Geschäftswertes.

¹⁰² Siehe S. 16.

genieur in Wien“, ein neuer Gesellschafter ohne Vertretungsrecht aufgenommen.¹⁰³ Das Jahr 1918 erzwang weitere persönliche Veränderungen in der Leitung der Firma. Im April d. J. verstarben die Mitgesellschafter Eduard Swoboda und Rudolf Faesch, die Bauunternehmung E. Gaertner ging in den Alleinbesitz von Victor Brausewetter über.¹⁰⁴ Unmittelbar danach (17. April 1918) traten Benno Brausewetter und Konrad Kluge in die Firma E. Gaertner als Mitgesellschafter ein, die so wieder als offene Handelsgesellschaft figurierte.¹⁰⁵ Der Gewerbebehörde wurde Konrad Kluge als „verantwortlicher Geschäftsführer“ vorgestellt. Gleichzeitig verlegte man den Sitz der Firma, die bisher im VI. Bezirk, Linke Wienzeile 40, registriert war, in die Gusshausstraße 16 (IV. Bezirk), so dass die Bauunternehmungen Pittel & Brausewetter und E. Gaertner nicht nur dieselben Inhaber aufwiesen, sondern sich auch ihre Geschäftszentralen unter einem Dach befanden.¹⁰⁶

Die neuen Verhältnisse fanden in einem am 18. Dezember 1918 abgeschlossenen Gesellschaftsvertrag ihren Niederschlag.¹⁰⁷ Gleich zu Beginn stellen die drei Inhaber Victor und Benno Brausewetter und Konrad Kluge fest, dass die Firma „wie bisher die Ausführung von Brücken und Eisenbahnbauten mit dem Spezialbetriebe von Gründungen mittels Druckluft zum Zwecke“ hat (Punkt 1). Die Vertragsdauer wurde mit fünf Jahren befristet, sie sollte jedoch, solange keine Kündigung erfolgte, auf jeweils weitere fünf Jahre verlängert werden (Punkte 2 und 10).

Obwohl die rechtswirksame Vertretung des Unternehmens allen drei Gesellschaftern gleichermaßen zukam, sie sich außerdem verpflichteten, „dem Geschäfte der Firma E. Gaertner und gleichzeitig dem Geschäfte der Firma *Pittel & Brausewetter* ihre volle und ausschließliche Tätigkeit zu widmen“ und die Leitung „einverständlich“ vorzunehmen, war im Streitfalle die Entscheidungskompetenz eindeutig geregelt. Sollte „eine Übereinstimmung in den Ansichten der Gesellschafter nicht zu erreichen sein“, stand die Entscheidung Victor Brausewetter und nach ihm seinem Sohn Benno zu. Allerdings blieben wie schon in den Verträgen der Firma *Pittel & Brausewetter* bestimmte Maßnahmen der Zustimmung aller drei Gesellschafter vorbehalten. Dazu zählten die Aufnahme neuer Kompagnons, die Umwandlung der Firma in eine andere Gesellschaftsform sowie die Bestellung neuer Prokuristen. Die „Anstellung neuer Oberbeamter“ oder die „Änderung von Tantième-Bezügen“ konnte nur erfolgen, wenn Victor Brausewetter und einer der beiden anderen Gesellschafter ihre Zustimmung gaben (Punkte 3 und 9).

¹⁰³ Handelsgericht Wien, Handelsregister für Gesellschaftsfirmer, Band XLIX, pag. 164.

¹⁰⁴ Handelsgericht Wien, Handelsregister Rg. A, Band 36, Pag. 218. Über den Verbleib von Carl Brenner findet sich keine Eintragung.

¹⁰⁵ Ebenda.

¹⁰⁶ P+B, Zentralarchiv Wien, Briefe des Magistratischen Bezirksamts für den IV. Bezirk, Ordner: Mappe Fa, E. Gaertner.

¹⁰⁷ P+B, Zentralarchiv Wien, Gesellschaftsvertrag E. Gaertner vom 18. Dezember 1918.



Inserat Pittel & Brausewetter und A. Gaertner

Das Vermögen der neuen Personengesellschaft setzte sich zusammen aus dem der Vorgängerfirma, worüber Victor Brausewetter als Alleininhaber verfügte,¹⁰⁸ und einer von Konrad Kluge zu leistenden Bareinlage von 80.000 Kronen. Benno Brausewetter wurde vertraglich von einer Kapitaleinlage befreit (Punkt 4). Die in Punkt 6 aufgenommene Regelung der Aufteilung zukünftiger Gewinne (Verluste) sah für Kluge für 1918 einen Anteil von 14,15 Prozent vor, der sich bis 1922, dem vorläufigen Ende der Vertragsdauer, jährlich um 0,63 Prozent erhöhen sollte. Eine weitere Aufstockung des Gewinnanteiles für Kluge war auch bei einer Verlängerung des Gesellschaftsvertrages nicht vorgesehen. Über 80 Prozent des Bilanzgewinnes oder auch des -verlustes entfielen demnach auf Vater und Sohn Brausewetter, deren Anteile gleich groß sein sollten.

Die Bestimmungen über Kapitalbildung und deren Inanspruchnahme durch die Gesellschafter glichen vollkommen jenen, wie sie im Gesellschaftsvertrag der Firma *Pittel & Brausewetter* standen. So war vorgesehen, die Gewinnanteile der Gesellschafter bei einer Verzinsung von sechs Prozent je zur Hälfte auf deren Kapital- bzw. Privatkonten zu übertragen. Von letzteren waren Entnahmen möglich, sie durften jährlich aber nicht mehr als die Hälfte des gesamten Kontostandes betragen. Über die Zinserträge konnte frei verfügt werden. Auch für die „persönliche Tätigkeit“ war ein monatliches Entgelt vorgesehen, Victor Brausewetter standen 1.000 Kronen, seinem

¹⁰⁸ Bezüglich der aktuellen Höhe des Vermögens wurde auf die Schlussbilanz des Jahres 1917 verwiesen, die jedoch nicht erhalten ist.

Sohn Benno 600 Kronen, ebensoviel auch Konrad Kluge zu. Die anfallenden Kosten bei Geschäftsreisen waren als „Regiekosten“ zu verbuchen (Punkte 7 und 8).

Auch die für „Kündigung“, „Ausscheiden wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen“ und für den „Fall des Todes eines oder mehrerer Gesellschafter“ vorgesehene Maßnahmen stimmten mit jenen überein, wie sie in die Verträge der Firma *Pittel & Brausewetter* aufgenommen wurden (Punkte 10 bis 12).¹⁰⁹

Die beiden unmittelbar zu Kriegsende getroffenen Entscheidungen, einen „idealen Geschäftswert“ festzulegen und die Geschäftstätigkeit der Bauunternehmen E. Gaertner und Pittel & Brausewetter unter einheitliche Leitung zu stellen, zeigen auf, welche Entwicklungsmöglichkeiten man trotz dem Staatszerfall und dem wirtschaftlichen Zusammenbruch am Ende des Ersten Weltkrieges für das Unternehmen sah. Dieser Optimismus wurde sicherlich auch genährt durch die bis einschließlich 1918 positiven Bilanzabschlüsse. Nach Jahren des Verlustes von 1912 bis 1915 wurde 1916 eine Gesamtkapitalrentabilität von 1,87 Prozent erzielt, die sich 1917 auf 6,18 und 1918 auf 6,91 Prozent steigern ließ. Diese Ertragssteigerung ist ausschließlich auf das operative Ergebnis zurückzuführen. Die Umsätze stiegen in den beiden letzten Kriegsjahren um rund 14 und 13 Prozent. Der Ertrag aus der Bautätigkeit lag 1917 um 26 Prozent höher als im Vorjahr und konnte auch 1918 auf diesem Niveau gehalten werden.¹¹⁰

Eine weitere ebenso noch Ende 1918 gesetzte Maßnahme war der Ankauf des gesamten Aktienpaketes und der Genussscheine der *Beton-Brücken- und Tiefbau-Aktiengesellschaft* in Budapest im Werte von einer Million Kronen, die so aus dem Eigentum Victor Brausewetters in das der Gesellschaft Pittel & Brausewetter übergingen.¹¹¹ Doch dies war erst der Anfang einer Reihe von durch den Zerfall der Donaumonarchie erzwungenen Umstrukturierungen der unternehmerischen Tätigkeit, die um rechtliche Anerkennung in den verschiedenen Nachfolgestaaten bemüht sein musste.¹¹² Die böhmisch-mährisch-schlesischen Niederlassungen, aber auch die slowakischen Filialen lagen nun auf dem Staatsgebiet der Tschechoslowakei, die Standorte in Teschen und Bielitz waren umkämpftes Gebiet zwischen dem Deutschen Reich, Polen und der Tschechoslowakei,¹¹³ die Werke in Slowenien und Kroatien gehörten zum jugoslawischen Staatsverband, Triest war italienisch und Budapest die Hauptstadt Ungarns, eines auf ein Drittel seines Vorkriegsgebietes geschrumpften Landes, das bis 1920 innenpolitisch instabil blieb. Die folgenden Jahre verlangten

¹⁰⁹ Siehe S. 23.

¹¹⁰ P+B, Zentralarchiv Wien, Bilanzen 1916 – 1918.

¹¹¹ Ebenda, Protokoll vom 18. Dezember 1918.

¹¹² Zur Nachkriegssituation siehe Alice Teichova, *Kleinstaat im Spannungsfeld der Großmächte. Wirtschaft und Politik in Mittel- und Südosteuropa in der Zwischenkriegszeit*, Wien 1988, S. 15–25, 57–70.

¹¹³ Bielitz wurde 1921 endgültig zu Polen geschlagen, Teschen geteilt zwischen Polen und der ČSR, auf deren Gebiet auch die Filiale des Unternehmens zu liegen kam.

von der Unternehmensführung ebensoviel staatsbürgerliches Geschick wie betriebspolitisches Einschätzungsvermögen.

6 Pittel & Brausewetter – ein internationaler Konzern der Baubranche 1919 – 1938

6.1 Die gesellschaftlichen Änderungen nach dem Ersten Weltkrieg



*Blau Kirche
St. Elisabeth-Kirche in Pörfalva*

Die Friedensverträge mit Österreich (Saint-Germain-en-Laye 1919) und Ungarn (Trianon 1920) legten der neuen Staatenordnung das Prinzip der nationalen Einheit zugrunde, das weder einlösbar war noch den politischen Gegebenheiten und Machtfaktoren standhielt.¹¹⁴ Die „Nachfolgestaaten“ der österreichisch-ungarischen Monarchie standen vor der schwierigen Aufgabe, die erreichte politische Unabhängigkeit in ein alle Lebensbereiche umfassendes und funktionstüchtiges Staatswesen überzuführen, dem es jedoch anfänglich an allem fehlte. Die durch Kriegseinwirkungen, Produktionsausfälle, Kapitalmangel und Inflation geschwächten Wirtschaften suchten daher nach Wegen, Hilfe von außen und Konsolidierung im Inneren zu erlangen. Ein Mittel, sich der vorhandenen heimischen Ressourcen zu versichern und sie nutzbringend zu erschließen, war die Maßnahme der Nostrifizierung.¹¹⁵

¹¹⁴ Zur Rolle des Nationalstaatsgedankens bei den Friedensbemühungen nach dem Ersten Weltkrieg siehe Theodor Schieder, *Die Neuordnung Europas auf der Pariser Friedenskonferenz*, in: Ders., *Handbuch der europäischen Geschichte*, Bd. 7, Stuttgart 1979, S. 113–138, im Besonderen S. 127f.

¹¹⁵ Die Nostrifizierungsgesetze erzwangen die Übertragung der bisher im Ausland angesiedelten Ge-



Philharmonie Pilsburg



Armeekommando Pilsburg

schäftszentralen, die jedoch inländische Betriebe und Niederlassungen beschäftigten. Zusätzlich wurde häufig festgelegt, dass bei gesellschaftlichen Unternehmen zumindest die Hälfte der leitenden Personen die Staatsbürgerschaft des Landes, in dem die Firma situiert war, besitzen musste.



Sammelkanal der Stadt Wien, 1897

Die im Oktober 1918 besiegelte Niederlage der Mittelmächte ließ diese oder ähnliche Einschnitte in die bisherigen Rechtsgrundlagen wirtschaftlicher Tätigkeit erahnen. Noch bevor die tschechoslowakische Regierung am 11. Dezember 1919 ein Nostrifizierungsgesetz verabschiedete, bemühte sich Victor Brausewetter, die Filiale in Prag in eine selbständige Hauptniederlassung zu verwandeln, der die auf dem Gebiet der tschechoslowakischen Republik in Prag, Brünn und Karlsbad bestehenden Betriebsstätten zugeordnet werden konnten. So wandte sich der die Firma *Pittel & Brausewetter* in Prag vertretende Rechtsanwalt Franz Wien am 27. November 1919 an das zuständige Handelsgericht, um das Verfahren der entsprechenden Protokollierung zu beschleunigen.¹¹⁶ Nach Erledigung der Anzeigepflicht bei der Gewerbebehörde und der Steueradministration erfolgte am 9. Jänner 1920 die Eintragung mit dem Wortlaut: „Die in Wien IV Gusshausstraße No. 16 bestehende Niederlassung hat bezüglich der im Gebiete der tschechoslowakischen Republik und zwar in Prag, Brünn und Karlsbad bestehenden Niederlassungen aufgehört, Hauptniederlassung zu sein. Die in Prag bisher als Zweigniederlassung der in Wien IV Gusshausstraße 16 bestandene Hauptniederlassung geführte Unternehmung ist nunmehr selbständige

Zur Problematik der Nostrifizierung und deren Durchsetzung siehe Alice Teichova, *Kleinstaaten im Spannungsfeld der Großmächte. Wirtschaft und Politik in Mittel- und Südosteuropa in der Zwischenkriegszeit*, Wien, 1988, S. 58ff.

¹¹⁶ Praha, CR-Státní oblastní archiv, Firm. 13218/ Rg. A II, 143/54. In diesem Schreiben wird Bezug genommen auf ein von der Behörde angefordertes Gutachten der zuständigen Handelskammer, das bereits vorliegen soll. Das entsprechende Schriftstück ist nicht mehr auffindbar.

BETRIEBS-UNTERNEHMUNG KATELUNG 2
 PITTEL & BRAUSEWETTER, WIEN IV. BRÜCKENBAU
 FRANZBERGSGASSE 12
 SCHWIMMSCHULBRÜCKE
 AUSGEFÜHRT FÜR DIE STADTBESONDE STEYR BETONBAU SYSTEM MELUN SPRINGELITE 12 STÜCKE
 HÖHENDE 2,85 METER, BREITE 6 METER 1898



Schwimmerschulbrücke Steyr, 1898

Niederlassung und zugleich Hauptniederlassung für die im Gebiete der tschechoslowakischen Republik in Prag, Brünn und Karlsbad bestehenden Betriebsstätten.¹¹⁷

Damit war der erste Schritt zur Neuorganisation des nunmehr international tätigen Unternehmens getan, dessen Konzernstruktur nicht nur den verschiedenen rechtlichen Bedingungen der Betriebsführung in den einzelnen Staaten anzupassen war, sondern auch den neu zu fassenden Unternehmenszielen dienlich sein sollte. Die Wandlung der Prager Filiale zur Hauptzentrale einer die „Zweigniederlassungen in Böhmen, Mähren und Schlesien“ zusammenfassenden Unternehmenseinheit der Firma *Pittel & Brausewetter, Prag* fand in einem am 16. September 1922 abgeschlossenen Gesellschaftsvertrag Ausdruck.¹¹⁸ In diesem wird gleich zu Beginn (Punkt 1) betont, dass die „bisherigen Gesellschafter“ Victor und Benno Brausewetter sowie

¹¹⁷ Ebenda, Firm. 418/ Rej. A II, 143/56.

¹¹⁸ P+B, Zentralarchiv Wien, Gesellschaftsvertrag: Prag, 16. September 1922.

Konrad Kluge „zur Zeit der staatlichen Trennung, das ist am 1. Jänner 1919,“ die Prager Firma als offene Handelsgesellschaft gegründet haben. In diese wurden nun die bereits als Prokuristen in Prag tätigen Ingenieure Wilhelm Fehre und Franz Machaczek als „öffentliche Gesellschafter“ aufgenommen.¹¹⁹ Wie aus dem soeben zitierten Text hervorgeht, blieben die in der Slowakei gelegenen Betriebsniederlassungen ausgeklammert und wurden „wirtschaftlich getrennt geführt“. Neben rein praktischen Überlegungen wie die größere Nähe zu Wien als zu Prag, mögen auch die anhaltenden politischen Spannungen zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei diese Entscheidung als Vorsichtsmaßnahme nahegelegt haben.

Die gesellschaftsrechtliche Ausgliederung des tschechischen Geschäftes erforderte auch eine Restrukturierung der Wiener Zentrale, die nun Sitz der Firma *Pittel & Brausewetter, Wien* wurde, aber auch gewisse Vorrechte im Sinne einer Konzernleitung auf sich vereinte. Als Konzern sind allerdings alle den Namen *Pittel & Brausewetter* führenden Firmen nur bedingt anzusprechen, da die einzelnen selbständig operierenden Unternehmen zwar vielfältig kooperierten, aber nicht einer einheitlichen Leitung unterstanden. Am ehesten mag die Bezeichnung Beteiligungskonzern zutreffen, der durch Kapitaleinlagen einzelner Gesellschafter aber auch durch Beteiligungen gesellschaftlicher Art gegeben war. Trotz beträchtlicher Diversifikation in der Bautätigkeit könnte man auch von einem Horizontalkonzern sprechen, der seine Erfolge durch – allen zugehörigen Firmen zugängliche – produktionstechnische Standards zu erzielen vermochte.

Der Versuch, den unternehmenstypischen Charakter des von *Pittel & Brausewetter* aufgebauten Firmenkomplexes zu erfassen, führt an den bereits die Anfänge prägenden Grundgedanken heran, die im Betonbau liegenden Möglichkeiten, der Bauwirtschaft neue Aufgabengebiete zu erschließen, zu nützen. Diese in Theorie und Praxis unentwegt verfolgte Absicht brachte *Pittel & Brausewetter* in den Ruf eines Pionierunternehmens, dessen Tätigkeit in der gesamten Donaumonarchie nachgefragt war. Die Neuordnung Europas nach dem Ersten Weltkrieg zwang das Unternehmen, seine nun in verschiedenen Staaten situierten Niederlassungen und Betriebsstätten den politischen Änderungen entsprechend anzupassen, sie aber gleichzeitig wie bisher einer administrativen wie technisch-operativen Unternehmensstrategie zu verpflichten. Hiefür bürgten die Mitglieder der Familie Brausewetter wie die zu Ge-

¹¹⁹ Die Aufnahme der beinahe gleichaltrigen neuen Gesellschafter Fehre (geb. 1883) und Machaczek (geb. 1884) gab dem Prager Unternehmen bei klarer Konzernbindung eine administrativ wie technisch kompetente Führung. Beide waren Absolventen der Technischen Hochschule in Prag, Fehre arbeitete seit 1908 in der Prager Filiale, deren Leitung er 1914 übernahm; Machaczek begann hier 1911 als Konstrukteur seine Arbeit bei *Pittel & Brausewetter*. Die 1920 beiden zuerkannte Einzelprokura darf als Vorstufe ihres Aufstiegs zu Mitgesellschaftern interpretiert werden. Mitteilungen, Prag 1943, 3. Folge, S. 79 u. 81; ebenda 1944, 1. Folge, S. 1.

sellschaftern ernannten langjährigen Mitarbeiter des Wiener und Prager Zweiges des Unternehmens.

Wien und Prag entwickelten sich als die *headquarters* für die im Eigentum oder unter Beteiligung der leitenden Gesellschafter von *Pittel & Brausewetter* stehenden Unternehmen. Die Zusammenarbeit der beiden Zentralen war durch deren Gesellschafter gewährleistet, die zum Teil in beiden Firmen die Leitung innehatten. Victor und Benno Brausewetter und Konrad Kluge repräsentierten nicht nur das Wiener Unternehmen, sondern zeichneten auch, wie schon erwähnt, neben Wilhelm Fehre und Franz Machaczek für die Prager Firma als verantwortlich. Hingegen standen den beiden zuletzt Genannten aber keine „Besitz- oder Verfügungsrechte“ an den slowakischen Niederlassungen zu, über die allein das Wiener Unternehmen verfügen sollte. Vater und Sohn Brausewetter wie Konrad Kluge behielten sich das Recht vor, „die Filialen der Slowakei von der Prager Firma vollkommen abzutrennen und in jeder ihnen zweckmäßig erscheinenden Gesellschaftsform weiterzuführen“. Im „internen Verkehr“ zwischen Prag und Wien sollten sie jedoch als „freundliche Schwesterunternehmen“ betrachtet werden.¹²⁰

Die *Bauunternehmung E. Gaertner*, die 1918 von den Wiener Gesellschaftern als offene Handelsgesellschaft gegründet worden war und sich zur Gänze in deren Eigentum befand, verblieb de facto auf Grund dieser Personalunion der Wiener Zentrale zugeordnet.

Ähnlich verteilten sich die Eigentums- und Verfügungsrechte an der Budapester Aktiengesellschaft. Der 1912 in den Händen von Victor Brausewetter liegende gesamte Aktienbesitz der 1906 gegründeten Firma ging per Ankauf 1918 in das Vermögen der Gesellschaft *Pittel & Brausewetter* über. Gemäß einem am 11. November 1921 signierten Syndikats-Übereinkommen teilten die Gesellschafter Victor und Benno Brausewetter und Konrad Kluge die aus 7.000 Aktien und 3.000 Genussscheinen bestehenden Wertpapiere unter sich auf, wobei auf Vater und Sohn Brausewetter je 42,3 Prozent und auf Kluge 15,4 Prozent entfielen.¹²¹ Durch diesen Vertrag wurde die einheitliche Vorgehensweise in allen die Aktiengesellschaft betreffenden Angelegenheiten abgesichert, die so nach wie vor der obligatorischen Beurteilung durch die Wiener Zentrale unterstanden.

Weniger vorgezeichnet war die Weiterführung der von der Filiale in Triest¹²² abgewickelten Geschäftstätigkeit. Für *Pittel & Brausewetter* in Wien stellte sich auf Grund der geänderten politischen Verhältnisse, Triest gehörte nun zu Italien, die Frage, ob der Filialbetrieb einzustellen sei oder eine wirtschaftliche Basis für dessen Fortsetzung gefunden werden könne. Am 18. Mai 1920 beriet Konrad Kluge, der

¹²⁰ P+B, Zentralarchiv Wien, Gesellschaftsvertrag: Prag, 16. September 1922, Punkt 5.

¹²¹ Ebenda, Syndikats-Übereinkommen: Wien, 11. November 1921, Punkt 1.

¹²² Über ihren Gründungsvorgang sowie die in der Region Triest durchgeführten Bauten liegen keine näheren Hinweise vor.

auch die Interessen seiner Mitgesellschafter der Wiener Firma, der Herren Victor und Benno Brausewetter vertrat, mit den bisherigen Leitern der Triester Niederlassung, Ing. Emilio Cuizza und Baumeister Albino Polzer, die Situation.¹²³ Diese erklärten übereinstimmend ihren Willen, die Tätigkeit in Triest fortsetzen zu wollen und bekundeten ihr Interesse, darin von Pittel & Brausewetter unterstützt zu werden. So wurde beschlossen, die Filiale in Triest handelsgerichtlich zu löschen und an ihrer Stelle eine neue Unternehmung mit dem Namen *Bauunternehmung Ing. Cuizza, Polzer & Co.* als offene Handelsgesellschaft zu gründen. Konrad Kluge, Emilio Cuizza und Albino Polzer traten als öffentliche, Victor und Benno Brausewetter als stille Gesellschafter bei, denen die Möglichkeit offenstand, im Falle des Ausscheidens von Kluge die Rechte von öffentlichen Gesellschaftern für eine Weiterführung des Betriebes wahrzunehmen.¹²⁴ Das Vermögen der neuen Gesellschaft setzte sich zusammen aus den Gesamtaktiven der früheren Filiale in Triest und Bareinlagen der Mitgesellschafter Cuizza und Polzer, deren Höhe in dem überlieferten, von Kluge überarbeiteten Vertragstext für Cuizza offengelassen, für Polzer auf 30.000 Lire festgesetzt wurde.¹²⁵

Betreffend das Verhältnis zur Wiener Zentrale ist weiters von Interesse, dass Kluge als deren Repräsentant „die reichen Erfahrungen der Firma Pittel & Brausewetter und Bauunternehmung E. Gaertner in Wien auf allen Baugebieten und deren Archive, soweit solche durch konsultative Beratung in Wien oder durch nicht zu umfangreiche Korrespondenz ausgewertet werden können, unentgeltlich zur Verfügung“ stellte. Darüber hinaus machte er das Angebot, „über Wunsch einzelne Projekte und Kalkulationsarbeiten mit seinem Prager resp. Wiener Personale gegen Vergütung der Selbstkosten“ zu bewerkstelligen.¹²⁶ Die Nutzung synergetischer Potentiale war ein wichtiger Bestandteil der operativen Planung. Die Triester Firma sollte „insbesondere Beton- und Eisenbetonbauten in Tief- und Hochbau, sowie Brücken, auch solche mit dem Spezialbetriebe von Gründungen mittelst Druckluft“ in ihr Produktionsprogramm aufnehmen.¹²⁷

Die vielfältige Anbindung der *Bauunternehmung Ing. Cuizza, Polzer & Co.* nicht nur an die Wiener, sondern auch an die Prager Geschäftsführung von Pittel & Brausewetter tritt so deutlich zutage. Sie betraf sowohl die Ebene der Firmenleitung als auch die des technischen Know-hows, das dieselben Schwerpunkte aufwies, wie sie die AG in Budapest, die OHG E. Gaertner, Wien oder eben die Gesellschaften in Prag und Wien auszeichneten.

Die Absicht, die in der Donaumonarchie aufgebaute Firmenstruktur auch nach

¹²³ P+B, Zentralarchiv Wien, Auflösung der Filiale – Weiterführung: Triest, 18. Mai 1920.

¹²⁴ Ebenda, Punkt 12.

¹²⁵ Ebenda, Punkt 5.

¹²⁶ Ebenda, Punkt 9.

¹²⁷ Ebenda, Punkt 3.



Viktor Brausewetter jun. mit Gattin Elsa

1918 unter den neuen politischen Rahmenbedingungen zu erhalten, wird von weiteren unternehmerischen Entscheidungen unter Beweis gestellt. Die Möglichkeit, die Arbeit in der 1910 handelsgerichtlich eingetragenen ober-schlesischen Filiale Bielitz¹²⁸ aufrecht zu erhalten, war lange infolge der ungeklärten politischen Lage äußerst eingeschränkt. Als die Alliierten 1921 Bielitz mit dem östlichen Teil Oberschlesiens Polen zuerkannten, ergab sich auch für das Bauunternehmen Pittel & Brausewetter eine neue Sachlage. Den Filialbetrieb fortzuführen, war gemäß polnischem Recht unmöglich. So schritt die Wiener Zentrale auch hier zur Gründung einer offenen Handelsgesellschaft, in die laut Gesellschaftsvertrag vom 1. Jänner 1924¹²⁹ der bisherige Filialleiter Vinzenz Czermak als Mitgesellschafter eintrat. Der ihr gegebene Firmenname *Pittel & Brausewetter, Beton- und Eisenbetonbauunternehmung* bezeugt das bisher bei allen Neugründungen erkennbare Bestreben, die Kernkompetenzen des Unternehmens auch im nun internationalen Wettbewerb zu erhalten und auszubauen. In die Wiener Konzernleitung war mit 1. Jänner 1923 ein weiteres Mitglied der Familie Brausewetter eingetreten, Viktor Brausewetter,¹³⁰ gleichnamiger Sohn des

¹²⁸ Die Eintragung durch das zuständige Kreisgericht Teschen erfolgte am 28. April 1910.

¹²⁹ P+B, Zentralarchiv Wien, Gesellschaftsvertrag: Entwurf vom 1. Januar 1924. Die Firma mit Sitz in Bielitz führte den Namen „Pittel & Brausewetter, Beton- und Eisenbetonbauunternehmung“.

¹³⁰ Anders als sein Vater und sein Bruder ergriff der 1881 geborene Viktor die militärische Laufbahn, sein Eintritt in die Firma diente der Absicherung der Familienposition; Vater Victor stand bereits im Alter von 78 Jahren.

Firmengründers und Bruder Bennos. Viktor Brausewetter jun. wurde als Mitgesellschafter nun auch in alle der Wiener Zentrale zugeordneten Firmen aufgenommen. Da er technisch nicht einschlägig vorgebildet war, kam ihm vorrangig die Rolle eines den Familieneinfluss stärkenden Gesellschafters zu.

Mit 1. Jänner 1924 nahm eine weitere Tochtergesellschaft, die *Bauunternehmung Pittel-Brausewetter, Kommanditgesellschaft Petroff, Anastassoff & Co.* in Sofia den Betrieb auf.¹³¹ Diese gleicherweise von der Wiener wie der Prager Zentrale getragene Gründung sollte Pittel und Brausewetter den Eintritt in das bulgarische Geschäft ermöglichen. Als Ing. Janko Anastassoff zwei Jahre danach mit 1. Jänner 1926 ausschied, schlossen die Wien und Prag repräsentierenden Gesellschafter Victor Brausewetter sen., Benno Brausewetter, Viktor Brausewetter jun., Konrad Kluge, Franz Machaczek und Wilhelm Fehre einen Vertrag mit Krum Petroff zwecks Weiterführung des Unternehmens. Dieser beteiligte sich als persönlich haftender Gesellschafter (Komplementär), während Fehre als Kommanditist zeichnete. In dieser Rolle übernahm er zusätzlich die Aufgabe, die Interessen der vorgenannten Teilhaber an der Kommanditgesellschaft zu vertreten, worin er durch einen von ihm nach Sofia zu entsendenden Vertrauensmann unterstützt werden sollte. Während Petroff sich verpflichtete, „seine volle und ausschließliche Arbeitskraft“ dem Unternehmen zu widmen, behielt sich Fehre die Leitung der Prager Firma weiter vor, stellte jedoch jederzeit „Rat oder intervenierende Hilfe“ in Aussicht. Dieses Angebot wurde im Vertrag mit zum Teil identischen Formulierungen erläutert, wie sie sechs Jahre zuvor (1920) in die Abmachung mit Cuizza und Polzer in Triest Eingang gefunden hatten. Wiederum verwies man auf den erreichten hohen technischen Stand in den Unternehmungen von Pittel und Brausewetter, der nur gegen Verrechnung allfälliger Selbstkosten bei Projekt- oder Kalkulationsarbeiten durch die Prager oder Wiener Zentrale frei zur Verfügung gestellt wurde. Auch eine „käuflich oder leihweise“ durchgeführte Überlassung „freien Inventars“ fand gesonderte Erwähnung.¹³²

Die Bedeutung dieser vertraglich zugesicherten Zusammenarbeit für das neue Unternehmen wird deutlich, wenn man die als „Zweck der Gesellschaft“ betitelten operativen Ziele betrachtet. Es sind die bekannten, alle von Pittel und Brausewetter errichteten Firmen auszeichnenden Kernkompetenzen, die hier aufgezählt werden: „Projektierungen und Bauausführungen auf dem Gebiete des Hoch-, Brücken-, Wasser und Tiefbaues jeder Art und jeden Umfanges“, versehen mit dem Zusatz, „das Gebiet des Beton- und Eisenbetonbaues besonders zu pflegen“. Die weiteren Ziele widerspiegeln sichtlich die schwierige Situation in den Bereichen Finanzierung und Materialbeschaffung, wie sie in der Nachkriegszeit auch in Bulgarien gegeben war. So wurde die „Finanzierung von Baugeschäften“ gesondert hervorgehoben, und

¹³¹ P+B, Zentralarchiv Wien, Gesellschaftsvertrag; Wien, 17. Februar 1926, Punkt 1 (Gesellschafter).

¹³² Ebenda, Punkt 7 (Inneres Verhältnis).

auch der An- und Verkauf sowie allgemein der „Handel mit Baumaterialien und alle in das Baufach einschlägigen Artikel“ wurden als wichtiges Anliegen der projektierten Geschäftstätigkeit angesehen. Diesen Eindruck verstärkt auch die Feststellung, dass das Unternehmen „den Betrieb aller Neben- und Hilfsgeschäfte zu pflegen“ habe.¹³³

Das Gesellschaftsvermögen setzte sich aus den Kapitaleinlagen der früheren Gesellschafter gemäß der Bilanz 1925 und zusätzlicher als „kündbare Kredite“ bezeichneter Beträge zusammen, die Krum und Fehre zur Verfügung stellten. Diese erreichten mit 1,6 Millionen Lewa gut das Dreifache der Kapitaleinlagen. Der Vertrag vermerkt wörtlich, dass „die geschäftliche Entwicklung dies hat notwendig erscheinen lassen“.¹³⁴ Zur finanziellen Lage wird später noch Stellung zu nehmen sein.

Stärker als alle anderen Gründungen von Pittel und Brausewetter stellt sich die Kommanditgesellschaft in Sofia als gemeinsame Initiative der Prager und Wiener Zentrale dar. Sie baute auf die dem Gesamtkonzern zur Verfügung stehenden Möglichkeiten der Bereitstellung einer finanziellen wie technischen Grundausstattung auf. Umso deutlicher zeigt sich auch die Konzernstrategie, einen weiteren Zugang zum als Zukunftschance gesehenen Südosteuropa-Geschäft aufzubauen.

Diese Absicht führte zu weiteren unternehmensstrategischen Entscheidungen. Im Belgrader Handelsregister der zwanziger Jahre findet sich die Eintragung einer Personengesellschaft *Tunner und Wagner, Beton- und Eisenbeton-Unternehmung*. Alexander Wagner trat 1926 de facto aus der Firma aus, behielt jedoch formal die Funktion eines öffentlichen Gesellschafters neben dem nun alleine geschäftsführenden Lui Tunner bei. Diese Lösung diente als Sicherstellung bei der von Lui Tunner und den Wiener Gesellschaftern Benno und Viktor Brausewetter (jun.) sowie Konrad Kluge geplanten Weiterführung der Firma. Nur Personen mit jugoslawischer Staatsbürgerschaft waren hierzu berechtigt, die jedoch von den Genannten nur Wagner besaß. Wagner stimmte zu, dass der Name der Firma unverändert übernommen werde und er als offizieller Direktor die Geschäftsführung beibehalte. In einer von ihm Ende 1927 oder zu Beginn 1928 formulierten Erklärung gab er sein Einverständnis.¹³⁵

Nur kurze Zeit später, am 16. Mai 1928, gingen die Wiener Gesellschafter (Benno und Viktor Brausewetter, Konrad Kluge) in ihrer Eigenschaft als Eigentümer der Pittel und Brausewetter Aktiengesellschaft in Budapest mit Lui Tunner, dem nunmehrigen Alleininhaber der Belgrader Unternehmung, eine „Vereinbarung“ ein, die den gemeinsamen Willen zum Ausdruck brachte, beide Firmen unter einheitlicher Leitung weiterzuführen.¹³⁶ Diese wurde in die Hände von Lui Tunner gelegt, der sowohl die Rolle eines „geschäftsführenden öffentlichen Gesellschafters“ der Belgrader

¹³³ Ebenda, Punkt 3 (Zweck der Gesellschaft).

¹³⁴ Ebenda, Punkt 5 (Gesellschaftsvermögen und Einlagen).

¹³⁵ P+B, Zentralarchiv Wien, unsignierte und undatierte Erklärung der „Herren Tunner und Wagner Beograd“.

¹³⁶ Ebenda, Vereinbarung: Wien, 16. Mai 1928, Punkt 1.

Firma als auch eines „geschäftsführenden Direktionsrates“ der AG in Budapest zugeteilt bekam. Tunner verpflichtete sich zudem, die Führungsarbeit bei beiden Unternehmen „in ständigem Einvernehmen“ mit den Wiener Vertretern zu gestalten. Diese selbst fungierten nun als „stille Gesellschafter“ der Belgrader Firma, verblieben aber auch im Direktionsrat der AG in Budapest.¹³⁷

Die abgeänderten firmenrechtlichen Verhältnisse kamen auch in den Besitzverhältnissen der beiden Unternehmen zum Ausdruck. Lui Tunner übernahm mit seinem Eintritt in den Direktionsrat der AG „30 Prozent der Aktiva und Passiva“ des Budapester Unternehmens, während die Wiener Gruppe 70 Prozent Vermögensanteil an der Belgrader Firma beanspruchte. In beiden Gesellschaften ergab sich somit zwischen Tunner und der Wiener Gruppe ein Besitzverhältnis von 3 zu 7.¹³⁸ Zu den Auswirkungen der eigentumsrechtlichen Festlegungen auf Kosten- und Ertragsermittlung wie die Gewinnverteilung wird weiter unten noch Bezug genommen.

Die in der „Vereinbarung“ aufscheinenden Abmachungen betreffend die Belgrader Gesellschaft wurden am 2. August 1928 zusätzlich in einem Gesellschaftsvertrag dargelegt und weiter spezifiziert.¹³⁹ Wieder wurde betont, dass Alexander Wagner auch in Zukunft die „formale Inhaberschaft“ besäße, aber „auf alle Rechte und Pflichten eines Inhabers“ verzichte, womit bei einem eventuellen Ausscheiden Tunners der Bestand der Firma entsprechend dem jugoslawischen Recht gesichert wäre. Der Eintritt der Wiener Vertreter als stille Gesellschafter war ebenfalls staatsrechtlich bedingt, da in Jugoslawien Ausländer nicht als öffentliche Gesellschafter registriert werden konnten.¹⁴⁰ Auch die „unmittelbare Geschäftsführung“ durch Lui Tunner wurde bestätigt, gleichzeitig aber betont, dass den stillen Gesellschaftern (Benno und Viktor Brausewetter und Konrad Kluge) gemäß einer Generalvollmacht die „rechtsgiltige Vertretung und Zeichnung“ zustehe.¹⁴¹

Insgesamt widerspiegelt der Vertrag das angestrebte Bemühen, durch eine kontrollierte und effiziente Geschäftsführung zeitgerecht auf Änderungen in der Auftragslage oder in den Finanzierungskosten reagieren zu können.¹⁴² Viermal im Jahr sollten Gesellschafterversammlungen stattfinden, an denen jeweils Tunner und „mindestens zwei Gesellschafter“ (der Wiener Gruppe) teilnehmen mussten. Die danach aufgezählten Modalitäten der Beschlussfassung zeigen einmal mehr den dominierenden Einfluss der Wiener Zentrale und der Familie Brausewetter. Bei Meinungsverschiedenheiten entschied die Stimme Benno Brauseweters, des „dienstältesten“ und nach ihm die Konrad Kluges, des „nächstältesten“ Gesellschafters. Außerdem notier-

¹³⁷ Ebenda, Punkt 2, siehe ergänzend auch Punkt 12.

¹³⁸ Ebenda, Punkt 5.

¹³⁹ Ebenda, Gesellschaftsvertrag: Beograd, 2. August 1928.

¹⁴⁰ Ebenda, Art. 1.

¹⁴¹ Ebenda, Art. 5.

¹⁴² Siehe weiterhin die Bestimmungen in Art. 5.

te der Vertrag, dass der „Eintritt des Herrn Ing. Karl Brausewetter als Gesellschafter ohne besondere Beschlussfassung – über Antrag seines Vaters – ab 1. Januar 1929 erfolgen“ könne.¹⁴³ Im Falle des Todes des Vaters sollte sein Eintritt „automatisch“ erfolgen.

Der einhelligen Zustimmung aller Gesellschafter war jedoch vorbehalten, „neue Kompagnons“ aufzunehmen, dem Unternehmen eine andere Gesellschaftsform zu geben oder auch „neue Prokuristen“ anzustellen.

Der Belgrader Gesellschaftsvertrag des Jahres 1928 enthält in Artikel 5 den Hinweis auf ein „Verhältnis zwischen der Firma Pittel & Brausewetter Wien zur ‚Obnova‘ Baugesellschaft G.m.b.H., Ljubljana“, eine geschäftliche Abmachung, die Lui Tunner bekannt wäre und die seine Zustimmung finde.¹⁴⁴ Dieser Passus wird durch eine gleichentags (2. August 1928) vorgenommene „Ergänzung“ zum Belgrader Vertrag¹⁴⁵ verständlich. Darin betonten eingangs (Art. 1) Lui Tunner und die Wiener Kompagnons, dass sie durch „Erwerbung sämtlicher Anteile an der ‚OBNOVA‘ Baugesellschaft m.b.H. in Ljubljana“ die „alleinigen Besitzer dieser Firma geworden“ wären. Weiters brachten sie zum Ausdruck, dass sie die „bei der ‚OBNOVA‘ neu erworbenen Rechte und Pflichten vollkommen denjenigen anzugleichen“ gedenken, „die in dem schon bestehenden Gesellschafterverhältnis für Beograd enthalten sind“.¹⁴⁶ Dieser sollte, anders gesagt, sinngemäß auch für die Obnova gelten. Trotzdem wurde mit Rücksicht auf das obligatorische Unternehmensrecht, das eine Majorität von Firmenanteilen jugoslawischen Staatsbürgern vorenthielt, Lui Tunner *de jure* mit 70 Prozent beteiligt, *de facto* jedoch – wie im Belgrader Vertrag – seine Quote mit 30 und die der Wiener Gesellschafter (Benno und Viktor Brausewetter, Konrad Kluge) mit 70 Prozent festgelegt.¹⁴⁷

Die um die Mitte der zwanziger Jahre eingeleitete Reorganisation der bereits früher oder neu in das Eigentum von Pittel und Brausewetter übergegangenen Firmen lässt deutlich die übergeordneten Konzernziele erkennen. Sie sollten durch aufeinander abgestimmte und häufig identische Verfügungen beinhaltende Verträge sowie durch eine einheitliche Geschäftsführung erreicht werden. In Zusammenarbeit untereinander, aber vor allem durch ständige Kontakte mit den in Prag und Wien tätigen Zentralen, wurden zunehmend Marktvorteile im Rahmen der Produktgestaltung erarbeitet. Dies zeigte sich einerseits in einer gewissen Standardisierung (Vereinheitlichung von Qualitätsanforderungen), andererseits in der Entwicklung von Produkt-

¹⁴³ Siehe S. 96ff.

¹⁴⁴ Dieser Passus findet sich in Art. 5 nach der Feststellung, dass die Gesellschafter „dem Unternehmen ihre volle Tätigkeit widmen, soweit es ihre Verpflichtungen in den übrigen Firmen Pittel & Brausewetter zulassen“.

¹⁴⁵ P+B, Zentralarchiv Wien, Ergänzung zum Belgrader Gesellschaftsvertrag vom 2. August 1928; Wien, 2. August 1928.

¹⁴⁶ Ebenda, Art. 2.

¹⁴⁷ Ebenda, Art. 3.

variationen (Anpassung an Kundenerwartungen).¹⁴⁸ Auf allen Gebieten der von Pittel und Brausewetter angebotenen Arbeiten im Hoch- und Tiefbau, im Industrie-, Brücken- und Wasserbau, in der Zwischenkriegszeit immer stärker auch im Betonstraßenbau, stellten sich diese Probleme den Konstrukteuren. Im konzerninternen Austausch der Erfahrungen darf sicher eine wichtige Voraussetzung für die Erfolge der einzelnen Unternehmen gesehen werden. Im Rahmen der wirtschaftlichen Analyse der Geschäftstätigkeit wird darauf noch eingehender zurückzukommen sein.

6.2 Status, Rechts- und Eigentumsverhältnisse der Konzerngesellschaften bis zum Zweiten Weltkrieg

6.2.1 Die offene Handelsgesellschaft *Pittel & Brausewetter, Prag*

Die weitreichenden geopolitischen Folgen des Ersten Weltkrieges und die so erzwungene Neuordnung der bisher im binnenstaatlichen Rahmen tätigen Bauunternehmung Pittel und Brausewetter müssen als große Anforderung an die Firmenleitung gesehen werden. Waren schon die im Krieg erzielten wirtschaftlichen Ergebnisse, worauf bereits hingewiesen werden konnte, wenig erfreulich gewesen, so legten die Zukunftsaussichten auf dem Boden eines sich auflösenden Staates kaum eine angemessene Strategie nahe. Und doch gibt es in den überlieferten Quellen keinen Hinweis darauf, dass die Frage der Lebensfähigkeit des Unternehmens ein breiter diskutiertes Thema gewesen wäre. Im Gegenteil: Die noch 1918 von Pittel und Brausewetter in die Wege geleitete Gründung der OHG Gaertner, und auch die zum 18. Dezember 1918 erfolgte Feststellung eines den Bilanzwert übersteigenden idealen Geschäftswertes der bestehenden Firma, bezeugen die optimistische Haltung der Verantwortlichen. Von Vorteil war der schon bisher das Unternehmen auszeichnende geschäftsoffene Umgang mit nationalen Eigenheiten in den böhmischen oder den ungarischen Ländern. Victor Brausewetter und auch Konrad Kluge besaßen außerdem die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft, was die Absicht, in Prag eine das zukünftige Geschäft in diesem Lande führende Zentrale zu errichten, nahelegte. Trotzdem bedeutete die Auffassung der Konzernzentrale Wien und die Einrichtung verschiedener, die Leitungsfunktion wahrnehmender Hauptbüros, einen bedeutenden Bruch mit der bisherigen Unternehmensorganisation. Die ‚alten‘ Gesellschafter verstanden es jedoch, mit Hilfe einer klugen Personal- und Beteiligungspolitik sowohl regionale Führungsstrukturen aufzubauen als auch deren Zusammenhalt ideell und operativ zu gewährleisten.

Die von Victor und Benno Brausewetter und Konrad Kluge betriebene Gründung einer offenen Handelsgesellschaft mit Sitz in Prag fand am 9. Jänner 1920 die

¹⁴⁸ Die Durchführung jedes Auftrages erforderte letztlich im Sinne einer technisch ausgereiften wie auch ökonomisch befriedigenden Lösung die Feinabstimmung zwischen der Anwendung bewährter und der Erarbeitung neuer Verfahren.

Zustimmung der tschechoslowakischen Behörden. Der Aufbau einer zentralen Organisation, der die Leitungsfunktion der in Böhmen, Mähren und Schlesien situierten Zweigniederlassungen zukam, konnte 1922 abgeschlossen werden. Die bisherigen Prokuristen von Pittel und Brausewetter, die Ingenieure Wilhelm Fehre und Franz Machaczek, wurden vertraglich als neue Gesellschafter in das Prager Unternehmen aufgenommen. In einem am 16. September 1922 signierten Übereinkommen legte das nun fünf Personen umfassende Führungsteam die neu geltenden Besitz- und Eigentumsverhältnisse sowie die Grundprinzipien der Geschäftsführung fest.¹⁴⁹ Auffallend daran ist die Sonderstellung, die den in der Slowakei befindlichen Betriebsstätten und Filialen zuerkannt wurde. An diesen standen nämlich den neu aufgenommenen Gesellschaftern Fehre und Machaczek keine „Besitz- oder Verfügungsrechte“ zu, wodurch sie auch am Ertrag nicht beteiligt waren. Die Geschäftsführung lag so in den Händen der bisherigen Gesellschafter Victor und Benno Brausewetter sowie Konrad Kluge. Obwohl administrativ der Prager Zentrale zugeordnet, hatte diese kein Entscheidungsrecht in deren Wirtschaftsangelegenheiten. Den Wiener Mitgesellschaftern blieb darüber hinaus vertraglich vorbehalten, die Filialen der Slowakei von der Prager Firma „vollkommen abzutrennen und in jeder ihnen zweckmäßig erscheinenden Gesellschaftsform weiterzuführen“.¹⁵⁰ Wie weiter oben schon angedeutet, mögen für diese Regelung verschiedene Gründe, etwa die Nähe zu Wien oder die anfänglich gespannte politische Lage zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei, mit maßgeblich gewesen sein. Auch in den Folgejahren blieb die Abmachung des Jahres 1922 aufrecht, zur „Abtrennung“ kam es jedoch nicht.

Der Vertrag sah eine Mindestdauer der Gesellschaft von fünf Jahren vor, deren Bestand somit bis 31. Dezember 1926 gesichert war. Das Gesellschaftsvermögen setzte sich aus den Anteilen der bisherigen und den Bareinlagen der neuen Gesellschafter zusammen¹⁵¹. Die dem Unternehmen zur Verfügung gestellten Beträge wurden auf ein „Kapitalkonto“ gelegt und jährlich mit sechs Prozent verzinst. Die Zinsen waren als „Regiepost“ zu verrechnen, wodurch sie gewinnmindernd wirkten. Die Zinserträge selbst schrieb man einem „Privatkonto“ gut, das auch als „Kontokorrentkonto“ alle sonstigen nicht anteilmäßigen Einlagen aufnehmen sollte. Auch dieses Konto stattete man mit einer sechsprozentigen jährlichen Verzinsung aus.

Wie die bisherigen Gesellschafter wurden auch die neuen dazu angehalten, „die Hälfte ihrer Gewinnanteile als Kapitaleinlage im Unternehmen zu belassen“, wodurch deren Beteiligungsquote anstieg. Insgesamt zeigte sich demnach der Vermögensanteil der einzelnen Gesellschafter bei Jahresabschluss an den im Kapital- und

¹⁴⁹ Siehe Anm. 118.

¹⁵⁰ P+B, Zentralarchiv Wien, Gesellschaftsvertrag; Prag, 16. September 1922, Punkte 1, 5 und 7.

¹⁵¹ Die Anteile bemaßen sich nach den in der Jahresschlussbilanz 1921 ausgewiesenen Beträgen, die Bareinlagen sollten für Fehre und Machaczek je 25.000 tschechische Kronen ausmachen. Punkt 3 des Vertrages von 1922 (siehe Anm. 150).



Wilhelm Fehre



Franz Machaczek

im Privatkonto aufscheinenden Beträgen, denen der quotenmäßige Anteil am Gewinn oder Verlust hinzuzurechnen bzw. abzuziehen war.¹⁵²

Die Gewinnbeteiligung sah für Fehre im Jahr 1922 einen Anteil von 15, für Machaczek von 10 Prozent vor. Man kam überein, Fehres Quote jährlich um 0,75 Prozent anzuheben, Machaczek wurden 1,25 Prozent zugestanden, so dass 1926 Fehre mit 18 und Machaczek mit 15 Prozent am Reinertrag teilhaben würden.¹⁵³

In der Frage der Unternehmensleitung verwies der Vertrag auf eine einvernehmliche Vorgangsweise, die jeden Gesellschafter zur Geschäftsführung berechnigte. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten sollte der Dienstälteste das Entscheidungsrecht haben. Wie schon in früheren Verträgen von Pittel und Brausewetter zu beobachten war, blieben auch hier einige Sachfragen dem Votum aller (fünf) Gesellschafter vorbehalten (Aufnahme neuer Kompagnons, Änderung der Gesellschaftsform und die Bestellung neuer Prokuristen). Eine Ausnahme war für den Fall vorgesehen, dass „ein Sohn oder Enkelsohn eines der Gesellschafter als öffentlicher Gesellschafter“ aufgenommen werden sollte, wozu nur ein Mehrheitsbeschluss, in dem allerdings eine der Stimmen von Kluge, Fehre oder Machaczek inbegriffen sein musste, notwendig

¹⁵² Gesellschaftsvertrag: Prag 1922 (wie Anm. 150), Punkte 2 bis 5 und 10.

¹⁵³ Ebenda, Punkt 8.

war.¹⁵⁴ Diese Bestimmung nahm deutlich Bezug auf die Anrechte weiterer Mitglieder der Gründerfamilie Brausewetter.¹⁵⁵

Die Festsetzung monatlicher Gehaltszuweisungen gibt einen Hinweis auf das erwartete Arbeitspensum der einzelnen Gesellschafter. Während die Wiener Vertreter je 2.000 tschechische Kronen für ihre „persönliche Tätigkeit“ erhielten, betrug die Vergütung für Franz Machaczek 5.000 und für Wilhelm Fehre 6.000.¹⁵⁶ Die allgemeine Geschäftsführung lag demnach vor allem in den Händen der neuen Gesellschafter. Die Wiener Gruppe war hingegen darauf bedacht, ihren hohen Vermögensanteil am Unternehmen auch für die Zukunft sicherzustellen. So wurde vertraglich vereinbart, dass die Beteiligungsquote eines ausscheidenden neuen Gesellschafters „an die drei alten Gesellschafter zurückfällt“.¹⁵⁷

Mit großer Umsicht wurden die bei einem Austritt, Ausschluss oder Todesfall eines Gesellschafters anfallenden Maßnahmen, insbesondere die Auszahlung der Vermögensanteile und die Möglichkeit der Weiterführung des Unternehmens, geregelt.¹⁵⁸ Die einschlägigen Bestimmungen weisen auch in diesen Fragen große Ähnlichkeit mit früheren von Pittel und Brausewetter abgeschlossenen Gesellschaftsverträgen auf.

In zwei gesonderten „Ergänzungen“ zum Gesellschaftsvertrag,¹⁵⁹ die jedoch zum selben Zeitpunkt wie dieser von allen fünf Gesellschaftern signiert wurden, nahm man Bezug auf den „inneren Wert“ des Prager Unternehmens. Dieser ideale Geschäftswert wäre, wie aus der Ergänzung zu Punkt 5 des Vertrages hervorgeht, zum Zeitpunkt der Gründung (1. Jänner 1919) mit 250.000 tschechischen Kronen angesetzt worden. Die neuen Gesellschafter überwiesen nun ihren Anteil daran gemäß dem in der Gewinnverteilung des Vertrages von 1922 genannten Quotenschlüssel von 15 (Fehre) und 10 Prozent (Machaczek) an die bisherigen Gesellschafter. Für Fehre bedeutete dies eine Zahlung von 37.500, für Machaczek von 25.000 Kronen. Die zweite Ergänzung betraf Punkt 13 und stellte fest, dass der innere Wert der Prager Firma 1922 „einvernehmlich“ mit einem Betrage von 1.750.000 Kronen eingeschätzt wurde, so dass dieser Wert im Falle des Todes eines Gesellschafters bei Berechnung des den Erben zukommenden Vermögensanteiles zugrunde gelegt werden müsste. Die Erhöhung des Immateriellen Wertes 1922 auf das Siebenfache von 1919 darf zwar nicht ‚wörtlich‘ genommen werden, zeigt jedoch eine beachtliche Geschäftsausweitung an, da doch die Tschechoslowakei von einer die übrigen Nachfolgestaaten

¹⁵⁴ Ebenda, Punkt 7.

¹⁵⁵ Hier ist vor allem an Viktor zu denken, dem gleichnamigen Sohn des Firmengründers, aber auch an Karl, einem Sohn Benno Brauseweters.

¹⁵⁶ Gesellschaftsvertrag: Prag 1922 (wie Anm. 150), Punkt 9.

¹⁵⁷ Ebenda, Punkt 11.

¹⁵⁸ Ebenda, Punkt 11 bis 13.

¹⁵⁹ Ebenda, Ergänzungen zu Punkt 5 und 13.

der Donaumonarchie heimsuchenden Inflation verschont blieb. Gingen die Gesellschafter nach dem Krieg von einer Restgröße des verbliebenen Firmenwertes aus, so widerspiegelt die Ziffer für 1922 doch eindrucksvoll die bereits geleistete Aufbauarbeit.

Die optimistische Beurteilung der Geschäftslage spricht auch aus dem Gesellschaftsvertrag des Jahres 1926,¹⁶⁰ der nach Auslaufen des alten fällig wurde. Wird bereits einleitend auf die „einvernehmliche Weiterführung der bisherigen Gesellschaft“ verwiesen, so zeigt die nun auf zehn Jahre ausgedehnte Vertragsdauer (1. Jänner 1926 bis 31. Dezember 1935) stabile Verhältnisse an.¹⁶¹ Dementsprechend enthält das Abkommen keine die bisherigen Bestimmungen aufhebende, aber doch in einigen wichtigen Punkten ergänzende Bemerkungen.

So wurde festgehalten, dass die zuletzt erstellte Bilanz (1925) den Rahmen für das Gesellschaftsvermögen und seine Verteilung weiterhin abgeben soll. Zusätzlich wurde der einstimmig gefasste Beschluss aufgenommen, die „Kapitalkonti der einzelnen Gesellschafter in das gleiche Verhältnis zu bringen, das durch Art. VIII für die Verteilung des Geschäftsergebnisses“ bestimmend war. Diese Verfügung bezog sich auf die 1922 neu eingetretenen Gesellschafter, deren Kapitaleinlagen noch nicht die erforderliche Höhe erreicht hatten. Ihnen wurde aufgetragen, die auf sie entfallenden Gewinnanteile und die jährlich auflaufenden Zinsen so lange auf ihr Kapitalkonto zu übertragen, bis das „angestrebte Verhältnis erreicht“ worden sei. Jene Gesellschafter, „deren Kapitalkonto jetzt höher als dem Gewinnverteilungsverhältnis entsprechend dotiert sind, werden nach Maßgabe der Einzahlungen der erstgenannten Gesellschafter ihre Kapitalkonti proportional kürzen“.¹⁶²

Eine gewisse Spezifizierung in der Geschäftsführung ergibt sich aus Art. VI., der festhält, dass Fehre und Machaczek dem Betrieb „ihre volle und ausschließliche Tätigkeit widmen“, während Victor und Benno Brausewetter sowie Kluge dies nur soweit zu leisten hätten, als „es ihre übrigen Geschäfte in den Firmen Pittel & Brausewetter für die anderen Sukzessionsstaaten zulassen“.¹⁶³

Kleinere Justierungen gab es infolge der gestiegenen Zahl der Gesellschafter auch in den Bestimmungen über die Gültigkeit von Beschlussfassungen, von grundsätzlicherer Art ist jedoch die Erklärung, dass die „Aufnahme des Herrn Viktor Brausewetter jun. und des Herrn Ing. Karl Brausewetter als öffentliche Gesellschafter in die Firma“ bei Ausscheiden eines der jetzigen fünf Gesellschafter „automatisch“ (Viktor Brausewetter jun.) oder „ohne besondere Beschlussfassung“ (Karl Brausewetter) im

¹⁶⁰ P+B, Zentralarchiv Wien, Neuer Gesellschaftsvertrag: Prag, 13. Februar 1926

¹⁶¹ Ebenda, Art. I und II.

¹⁶² Ebenda, Art. III.

¹⁶³ Ebenda, Art. VI.

Falle des Ablebens von Victor Brausewetter sen., spätestens aber mit 1. Jänner 1929 erfolgen soll.¹⁶⁴

Der neue Vertrag änderte nichts an den bestehenden Bestimmungen hinsichtlich der Geschäftsführung der in der Slowakei liegenden Filialen und Betriebsstätten. Gleichzeitig wird deren Lage in der ČSR und ihre Zugehörigkeit zum Tätigkeitsfeld der Firma *Pittel & Brausewetter, Prag* betont. Die dadurch notwendigen, „nach außen erforderlichen Vertretungen und Interventionen der Prager Gesellschafter Ing. Fehre und Ing. Machaczek für slowakische Geschäfte“ wurden vertraglich „als Teil ihrer Funktionen“ aufgefasst.¹⁶⁵

Die in der gesamten Firmenleitung der Prager Gesellschaft vor allem an die Herren Fehre und Machaczek übertragene Zuständigkeit erforderte eine besondere finanzielle Abgeltung und eine Anpassung ihrer gesellschaftlichen Stellung an die der Herren Victor und Benno Brausewetter und Konrad Kluge. So wird ihnen erstens ein „monatliches Funktionsgeld von je 8.333,33 tschechischen Kronen“ zugestanden, zweitens sieht der Vertrag eine Änderung der Anteilsquoten am Gewinn dergestalt vor, dass sich der Aufteilungsschlüssel des Jahres 1926 mit 18 Prozent für Fehre und 15 Prozent für Machaczek bis 1929 in eine Gleichverteilung von 20 Prozent bei allen fünf Gesellschaftern verwandeln sollte. In dieser Zeitspanne wurden die 1926 bei 23,10 Prozent (Victor und Benno Brausewetter) und 20,80 Prozent (Konrad Kluge) gelegenen Anteile entsprechend reduziert.¹⁶⁶

Die für Kündigung, Ausschluss oder Tod eines Gesellschafters geltenden Bestimmungen wurden aus dem Gründungsvertrag von 1922 mit zum Teil identischem Wortlaut übernommen.

Der letzte Artikel des Vertrages von 1926 nimmt nach Art. VII nochmals Bezug auf die zum Zeitpunkt der Übereinkunft bestandene Situation in den Beteiligungsrechten der Familie Brausewetter. Man hält fest, dass derzeit die „öffentlichen Gesellschafter Brausewetter“ über 40 Prozent Anteile an der Firma halten, woran auch „beim Ausscheiden eines dieser Herren nichts geändert werden soll“. Beim Eintritt Karl Brausewitters sollten sein Großvater (Victor), sein Vater (Benno) oder auch sein Onkel (Viktor jun.) ihm „nach freiem Ermessen“ Anteile zuweisen. Viktor jun. selbst ist die Stelle des von allen fünf Gesellschaftern zuerst ausscheidenden Kompagnons vorbehalten, ihm sollte die Hälfte des freigewordenen Anteiles zufallen.

Die Vorzugsstellung der Familienmitglieder Brausewetter wird in den zwei folgenden Subbestimmungen noch deutlicher. Beim Ausscheiden eines „andersnamigen Gesellschafters“ fiel dessen eine Anteilshälfte an die Herren Brausewetter zurück, die andere ging in das Eigentum der beiden andersnamigen Gesellschafter über. Sollten

¹⁶⁴ Ebenda, Art. VII.

¹⁶⁵ Für die Führung der Buchhaltung der slowakischen Zweigstellen wurde extra ein jährlicher Betrag von 24.000 tschechischen Kronen vereinbart. Ebenda, Art. VIII.

¹⁶⁶ Ebenda, Art. IX und X.

deren zwei austreten, so wurde verfügt, habe die „Teilung des nach dem zweiten ausscheidenden Gesellschafter freigewordenen Anteiles“ zwischen dem letzten verbleibenden andersnamigen Gesellschafter und den Miteigentümern der Familie Brausewetter im Verhältnis 1 zu 2 zu erfolgen.¹⁶⁷

Wie schon 1922 wurde auch dem Gesellschaftsvertrag des Jahres 1926 eine Ergänzung bezüglich der Festsetzung des „inneren Geschäftswertes“ einschließlich der entsprechenden Auszahlungsmodi angefügt.¹⁶⁸ Auf die Frage der Entwicklung des Immateriellen Wertes und seiner Bedeutung für die Firmenpolitik wird weiter unten näher eingegangen werden.¹⁶⁹

Als Victor Brausewetter am 12. März 1926 im 81. Lebensjahr verstarb, folgte ihm sein gleichnamiger Sohn als Gesellschafter nach, wie es im einen Monat zuvor vereinbarten Vertrag von Prag festgelegt worden war. Von der Abfassung eines neuen Übereinkommens nahm man Abstand, da weder eine strittige Frage zu klären noch eine offene Faktenlage zu behandeln war.

Karl Brausewetter hätte dem Prager Übereinkommen nach „ohne besondere Beschlussfassung am 1. Jänner 1929 in seinem 30. Lebensjahr“ als Gesellschafter aufgenommen werden sollen.¹⁷⁰ Dazu ist es offensichtlich nicht gekommen. Die Gründe hierfür sind jedoch zweifelsohne allein situationsbedingt. Karl war 1924 in die Prager Zentrale eingetreten und war dort bis 1930 als Konstrukteur, Bauleiter, Versuchsleiter bei Baustoffüberprüfungen und in anderen Beschäftigungen tätig.¹⁷¹ Mit 1. Jänner 1931 übernahm er die „unmittelbare Geschäftsführung“ der seit 1924 handelsgerichtlich eingetragenen Bauunternehmung *Pittel-Brausewetter Commanditgesellschaft Sofia*. Karl folgte damit dem bisherigen Gesellschafter Krum Petroff als persönlich haftender Gesellschafter (Komplementär) nach. Dieser personelle Wandel in der Leitung führte auch zu einer Änderung des Firmennamens, der nun *Pittel-Brausewetter Komm.G. Dr. Ing. K. Brausewetter & Co* lautete.¹⁷² Die Funktion eines Kommanditisten lag bei Wilhelm Fehre, der gleichzeitig die anderen Gesellschafter der Prager

¹⁶⁷ Ebenda, Art. XV.

¹⁶⁸ Ebenda, Ergänzung; Prag, 13. Februar 1926.

¹⁶⁹ Der als „wahrer“ oder „ideeller“ Geschäftswert bezeichnete Immaterielle Wert spielte nicht nur eine große ökonomische Rolle, sondern stellt als Spiegel der Erfolgsentwicklung der Unternehmen der Familie Brausewetter eine wertvolle Quelle dar, wurde sein Ausmaß doch jährlich ermittelt. Seine Festlegung wie auch der Aufteilungsschlüssel gehen jeweils aus gesonderten Ergänzungen der Gesellschaftsverträge hervor.

¹⁷⁰ Die im Prager Übereinkommen offengelassene zweite Möglichkeit seines Eintritts, nämlich die nach dem Ableben seines Vaters, ergab sich für ihn nicht, da als erster der Firmeneigentümer 1926 sein Großvater verstarb, wodurch vertragsgemäß dessen Position an Karls Onkel Viktor fiel.

¹⁷¹ P+B, Zentralarchiv Wien, Zeugnis (Bestätigung der Beschäftigung von Karl Brausewetter bei der Bauunternehmung Pittel & Brausewetter), Wien, 6. September 1947, S. 2–5.

¹⁷² P+B, Zentralarchiv Wien, Gedächtnisschrift: Wien, 14. November 1931.

Firma, die an einer Vermögenseinlage beteiligt waren, vertrat.¹⁷³ Hierin darf wohl die Erklärung gesucht werden, dass Karl Brausewetter als persönlich haftender Gesellschafter im bulgarischen Unternehmen keine Anteilsrechte an der Prager Firma erwarb, wie es ihm zugestanden wäre.

Der Eintritt Karl Brausewetters in das Sofioter Unternehmen bezog dieses noch stärker als bisher in die Konzernstrategie von *Pittel & Brausewetter* ein. In ausführlichen „Protokollen“ wurden am 14. November 1931 die „Gesellschaftsverhältnisse“ der Firmen in Prag und Sofia dargelegt,¹⁷⁴ die noch am selben Tag eine für beide geltende Ergänzung erfuhren.¹⁷⁵ Aus diesen Dokumenten kann nicht nur die bereits bekannte Strategie des produktionswirtschaftlichen Zusammenhalts aller von *Pittel & Brausewetter* geführten Unternehmen, sondern auch eine den Anteilsrechtern am Konzern entsprechende Erfolgsgarantie für die einzelnen Gesellschafter abgelesen werden.

Diese Tatsache ergibt sich einmal aus der personellen Zusammensetzung der Firmen in Wien, Prag und Sofia, denen jeweils dasselbe Konsortium vorstand. Auch die Bestimmungen über die „unmittelbare Geschäftsführung“, die Karl Brausewetter zuerkannt wurde, mahnen das „stete Einvernehmen mit Pittel & Brausewetter in Prag und Wien“ ein.¹⁷⁶ Darüber hinaus wird Fehre in seiner Funktion als Kommanditist auch verpflichtet, „dauernd auf die Geschäftsführung Einfluß zu nehmen“, vor allem die „geschäftlich wichtigen Beschlüsse der Kommanditgesellschaft entscheidend zu beeinflussen“, wiederum ist jedoch das „Einvernehmen mit den anderen Konsortiumsmitgliedern“ gefragt.¹⁷⁷ Generell sollte das Prozedere der Beschlussfassungen den Bestimmungen in den Gesellschaftsverträgen für Prag und Wien folgen.¹⁷⁸ Gleiches wird von der „Führung und Verzinsung der Kapital- und Privat-Konti“ verlangt.¹⁷⁹ Auch die bereits im Vertrag 1926 unter „Zweck der Gesellschaft“ aufgelisteten Geschäftsbereiche verraten die enge Abstimmung der Produktionsprogramme, worauf später noch eingegangen werden soll.¹⁸⁰

Die gesellschaftsrechtlich gegebenen Haftungsbedingungen fanden jedoch in der tatsächlichen Vermögensaufteilung kein entsprechendes Gegenstück. Der Vertrag von 1931 vermerkt für Karl Brausewetter (Komplementär) eine Vermögenseinlage

¹⁷³ Die im „Zeugnis“ (siehe Anm. 171, S. 5) aufscheinende Bemerkung, dass Karl Brausewetter als Kommanditist die Leitung der Firma innehatte, ist unrichtig.

¹⁷⁴ Das Dokument für die Prager Firma ist nicht überliefert, sein Inhalt kann jedoch aus den für Sofia geltenden Bestimmungen (siehe Anm. 172) weitgehend erschlossen werden.

¹⁷⁵ P+B, Zentralarchiv Wien, Protokoll (Prag, Sofia): Wien, 14. November 1931.

¹⁷⁶ Gedächtnisschrift (siehe Anm. 172), Art. V.

¹⁷⁷ Im Falle der Verhinderung von Fehre mussten die Mitgesellschafter aus ihrer Mitte für einen Ersatzmann sorgen. Ebenda.

¹⁷⁸ Ebenda, Art. VI.

¹⁷⁹ Ebenda, Art. IV.

¹⁸⁰ P+B, Hauptzentrale Wien, Gesellschaftsvertrag Sofia: Wien, 17. Februar 1926.

von 1,2 Millionen Lewa, der eine von 3,8 Millionen seitens der Gruppe um Wilhelm Fehre (Kommanditist) gegenüberstand.¹⁸¹ Die reale Vermögenseinlage Karls betrug aber, wie aus einem „Zusatz“ zum Gedächtnisprotokoll hervorgeht, nur 50.000 Lewa, also ein Prozent am Gesamtvermögen.¹⁸² Die übrigen Gesellschafter versicherten nun Karl ihrer Solidarität, dass sie ihm, der „persönlich und unbeschränkt“ mit seinem Vermögen haftete, alle Verluste, die aus dem Geschäftsbetrieb resultieren sollten, soweit ersetzen, als sie seine Gewinnbeteiligung überschreiten würden.¹⁸³



Martin Brausewetter

Die Beteiligungsverhältnisse im Prager Unternehmen, wie sie durch den Eintritt Viktor Brausewitters nach dem Tod des Vaters 1926 gegeben waren und vertraglich geregelt wurden, blieben bis Vertragsende 1935 aufrecht. Zu diesem Zeitpunkt dürfte Viktor Brausewetter als Mitgesellschafter ausgeschieden sein, entsprechende Vereinbarungen sind nicht überliefert.¹⁸⁴ Neben Benno Brausewetter, Wilhelm Fehre und Franz Machaczek gehörte weiterhin auch Konrad Kluge der Geschäftsführung an, obwohl er mit 31. Jänner 1936 aus der Wiener Unternehmung ausschied.¹⁸⁵ In

¹⁸¹ Gedächtnisschrift (siehe Anm. 172), Art. III.

¹⁸² Mit einem Prozent war Karl 1931 auch am Ertrag (Gewinn oder Verlust) beteiligt. Ebenda, Art VIII.

¹⁸³ Ebenda, Art. IX.

¹⁸⁴ Im Compass (Tschechoslowakei) 1937 wird Viktor Brausewetter nicht mehr als Inhaber der Firma Pittel & Brausewetter Prag (S. 423) genannt.

¹⁸⁵ Handelsgericht Wien, Abt. A (Gesellschaftsfirmen), Firma: Pittel & Brausewetter, Eintragung: 31. Jänner 1936.

Prag übte er die Rechte eines Gesellschafters bis Ende 1941 aus.¹⁸⁶ Auf ihn folgte Martin Brausewetter, nach Karl der zweitälteste Sohn Bennos (geb. 1907), der bereits 1939 als „Betriebsführer“ der in diesem Jahr erstmals als „Firma“ bezeichneten Filiale Reichenberg vorgestanden war.¹⁸⁷ Er fiel am 25. Oktober 1944 an der Ostfront. Bei Kriegsende lag die Leitung der Prager Firma in den Händen von Benno Brausewetter, Wilhelm Fehre und Franz Machaczek.¹⁸⁸

6.2.2 Die offene Handelsgesellschaft *Pittel & Brausewetter, Wien*

Die den politischen Veränderungen Rechnung tragende Umstrukturierung des bis 1918 unter einheitlicher Führung gestandenen Konzerns Pittel & Brausewetter verlangten der Firmenleitung rasche Entscheidungen ab, die jedoch insgesamt von einer beachtlichen Risikoeinschätzung Zeugnis geben. Alle den firmenrechtlichen Anforderungen verschiedener Staaten entsprechenden Unternehmensgründungen blieben einer übergeordneten Geschäftsstrategie unterstellt, die auf Kernkompetenzen aufbaute, welche in jahrzehntelanger Arbeit entwickelt worden waren. Wenn die Firma in Wien nunmehr auch nur eine OHG neben anderen war, verkörperte sie doch weiterhin die zentrale, die Geschäftsstrategie des gesamten Konzerns lenkende Führungsstelle. Dies war möglich, da die Führungspositionen unverändert in den Händen der Familie Brausewetter lagen, die es verstand, geeignete Mitgesellschafter und Techniker heranzuziehen. Auf dieses Zeichen einer erfolgreichen Unternehmenspolitik wird weiter unten noch gesondert eingegangen werden.

Zwei Monate nach Unterzeichnung eines Übereinkommens zwischen den Gründern von *Pittel & Brausewetter Prag*, Victor und Benno Brausewetter, Konrad Kluge, Wilhelm Fehre und Franz Machaczek, wurde mit der Signierung eines Gesellschaftsvertrages am 15. November 1922 auch die gleichnamige Firma in Wien ins Leben gerufen. Mit Victor und Benno Brausewetter und Konrad Kluge trugen sich drei der Prager Gründer auch in das Wiener Handelsregister ein.¹⁸⁹

Einleitend werden unter Punkt 1 die 1912 getroffenen „mündlichen Vereinbarungen“ sowie deren Ergänzungen aus dem Jahre 1918 außer Kraft gesetzt, Punkt 2 bezeichnet sodann die genannten Eigentümer als die „wie bisher öffentliche[n] Gesellschafter der unter der Firma Pittel & Brausewetter in Wien mit ihren Zweigniederlassungen betriebenen offenen Handelsgesellschaft“. Die in der Bilanz 1921 ausgewiesenen Anteile der drei Gesellschafter werden als die „Grundlage des Gesellschaftsvermögens“ bezeichnet.¹⁹⁰ Victor Brausewetter verfügte zum genannten Zeit-

¹⁸⁶ Benno Brausewetter u. Franz Machaczek, Unser Dank an Dr. Kluge: Mitteilungen, Prag 1942, 1. Heft, S. 1.

¹⁸⁷ Compass (Tschecoslowakei) 1943/1944, S. 232; Mitteilungen, Prag 1939, 1. Heft, S. 28.

¹⁸⁸ Für die Zeit nach 1935 liegen keine weiteren vertraglichen Vereinbarungen seitens der Gesellschafter vor.

¹⁸⁹ P+B, Zentralarchiv Wien, Gesellschaftsvertrag; Wien, 15. November 1922.

¹⁹⁰ Ebenda, Punkt 5.

punkt über 82 Prozent des firmeneigenen Kapitals.¹⁹¹ In der Gewinnverteilung sah man Änderungen vor. 1921 entfielen auf Victor und Benno Brausewetter je 41,98 Prozent, auf Kluge demnach 16,04 Prozent des Reinertrages. Diese Quoten blieben auch 1922 bei minimalen Verschiebungen im Zehntelbereich eines Prozentes aufrecht. Für das Jahr 1923 sah der Vertrag eine Aufteilung von je 40 Prozent für Vater und Sohn Brausewetter und 20 Prozent für Kluge vor. Dieser Schlüssel sollte sich nun bis 1927, dem Auslaufen des auf fünf Jahre festgelegten Gesellschaftsvertrages, in eine Gleichverteilung von einem Drittel für jeden Gesellschafter ändern. Weitere Verschiebungen schloss der Vertrag auch für den Fall einer Verlängerung der Gesellschaftsdauer aus.¹⁹²

Die weiteren Bestimmungen¹⁹³ des Wiener Vertrages von 1922 stehen in der Tradition früherer Vereinbarungen. Dies betrifft die Führung von Kapital- und Privatkonten wie auch die Verzinsung ihrer Bestände mit sechs Prozent oder die Modalitäten von Entnahmen aus dem Guthabensaldo. Auch die Verrechnung der Gewinn- oder Verlustanteile wird unverändert beibehalten. Sie werden je zur Hälfte auf die Kapital- und Privatkonten gebucht. In Fragen der Unternehmensführung wird zwar die einvernehmliche Leitung ausdrücklich hervorgehoben, im Falle unvereinbarer Ansichten jedoch das Entscheidungsrecht von Vater und Sohn Brausewetter betont. Besondere Regelungen werden für die Fälle von Kündigung, Ausschließung und Tod eines Gesellschaftsmitgliedes getroffen, aber auch sie finden sich bereits in früheren Verträgen. Punkt 13 verweist schließlich auf die Bestimmungen des zwischen Victor und Benno abgeschlossenen Gesellschaftsvertrages von 1908, die insoweit in Geltung blieben, als sie nicht durch den gegenständlichen Vertrag aufgehoben oder abgeändert wurden.

Das Jahr 1923 brachte abermals eine Veränderung in der personellen Zusammensetzung der Wiener Gesellschaft. Mit Viktor Brausewetter jun., Oberstleutnant i.P., trat ein weiterer Sohn des Firmengründers in die OHG ein, wodurch die bestehenden gesellschaftlichen Bestimmungen „teilweise abgeändert“ werden mussten.¹⁹⁴ Die Aufnahme Viktors war trotz seiner militärischen Laufbahn nicht überraschend, war ihm doch 1922 die Einzelprokura erteilt worden. Bereits 1921 war sein Engagement mit einer Beteiligung von zwei Prozent am Bruttoertrag abgegolten worden.¹⁹⁵ Die Aufgabe, die Position der Familie Brausewetter zu festigen, sollte noch öfter eine nicht unbedeutende Rolle spielen.

¹⁹¹ P+B, Zentralarchiv Wien, Bilanz: 31. Dezember 1921.

¹⁹² Ebenda, Gesellschaftsvertrag: Wien, 15. November 1922, Punkt 6.

¹⁹³ Siehe die Punkte 7 bis 12.

¹⁹⁴ Der Eintritt Viktors wurde mit 1. Jänner datiert, das Protokoll des angepassten Gesellschaftsvertrages am 11. Dezember verfasst und signiert. P+B, Zentralarchiv Wien, Gesellschaftsvertrag: Wien, 11. Dezember 1923.

¹⁹⁵ P+B, Zentralarchiv Wien, Bilanz vom 31. Dezember 1921, Ertragnis-Ermittlung: Beteiligungen.

Mittels der Errichtung eines Kapital- und eines Privatkontos, auf welche zu gleichen Teilen die Gewinn- oder Verlustanteile zur Verrechnung kommen sollten, die Zuerkennung von sechs Prozent Zinsen auf alle Guthaben einschließlich der Bestimmungen bei Entnahmen, wurden die vermögensrechtlichen Bedingungen auch auf Viktor Brausewetter jun. übertragen. Als Mitgesellschafter stand ihm auch das Recht auf „Vertretung der Gesellschaft und Zeichnung der Firma“ zu. Wiederum wird auch die Einvernehmlichkeit der Unternehmensleitung betont. Bei Meinungsverschiedenheiten verweist der Vertrag nun auf das Entscheidungsrecht des „Dienstältesten“, im Jahr zuvor wurden namentlich Victor sen. und Benno Brausewetter genannt. Nicht alle Entscheidungen konnten jedoch familienintern getroffen werden. Wie schon bisher war die „Aufnahme neuer Kompagnons in die Firma, die Umwandlung in eine andere Gesellschaftsform, beispielsweise in eine Aktiengesellschaft, die Bestellung neuer Prokuristen, die Anstellung neuer Oberbeamten oder die Änderungen von Tantiemebezügen der Beamten“ der Zustimmung aller Gesellschafter vorbehalten.¹⁹⁶

Die von drei auf vier Personen angewachsene Gesellschaftsführung erforderte eine Neufestsetzung der Quoten an der Ertragsverteilung. Gegenüber der Regelung vom Vorjahr wurden 1923 Victor sen. und Benno Brausewetter je mit einem um zwei Prozent verminderten Anteil von 38 Prozent bedacht, Konrad Kluge mit 19 Prozent (minus ein Prozent), so dass sich für Viktor Brausewetter jun. eine Gewinnbeteiligung von fünf Prozent ergab. Die bis 1927 vorgesehenen Änderungen sollten die Anteile der drei Erstgenannten auf $30\frac{1}{3}$ gleichstellen, Viktors Anteil somit auf neun Prozent anheben. Im Vertrag 1923 waren für eine weitere Periode von fünf Jahren zusätzliche Verschiebungen eingeplant, nämlich eine Reduzierung der Anteile von $30\frac{1}{3}$ auf $28\frac{2}{3}$, bzw. eine Erhöhung für Viktor jun. von neun auf vierzehn Prozent.¹⁹⁷

Die einzuhaltenden Regeln bei Kündigung, Ausschließung oder Tod eines Gesellschafters fanden auch 1923 eine ausführliche Behandlung. Neu waren einzelne Bestimmungen, welche die Herausgabe des den Erben zustehenden Nachlasses betrafen. Dessen Auszahlung war in „fünf gleichen Jahresraten“ vorgesehen, wobei die erste „am Ende des dem Ausscheiden folgenden Jahres“ fällig gestellt wurde.

Für den Fall des Ablebens des Firmengründers Victor oder seines Sohnes Benno wurden besondere Verfügungen getroffen.¹⁹⁸ Als Überlebendem stand jedem von ihnen das Recht auf ungekürzte Übernahme aller Vermögensansprüche des Verstorbenen zu, damit verbunden aber auch die Pflicht, dessen Erben den ihnen zukommenden Nachlass auszubezahlen. Hiefür wurden aber zehn Jahresraten eingeräumt. Als potentielle Hilfestellung bei Fortführung der Gesellschaft kann die folgende Ergän-

¹⁹⁶ Ebenda, Gesellschaftsvertrag: Wien, 11. Dezember 1923, siehe Punkte 2 bis 9.

¹⁹⁷ Ebenda, Punkt 6.

¹⁹⁸ Ebenda, Punkt 12.

zung gesehen werden: Sollten die Erben bei gegebener Zustimmung der Firmeninhaber ihr Nachlassvermögen im Unternehmen belassen, hatten sie außer auf Zinsen auch einen Anspruch auf ein Drittel jenes Gewinnes, der dem Verstorbenen zugekommen wäre.¹⁹⁹ Verluste waren aber von den Gesellschaftern alleine zu tragen. Aus dieser Art von Beteiligung entstehe aber, so der Wortlaut im Vertrag, „keinerlei Eigentumsrecht an der Firma“, das allein den Firmeninhabern vorbehalten blieb.

Nach dem Tode des Firmengründers Victor Brausewetter am 12. März 1926 führten Benno und Viktor Brausewetter (jun.) und Konrad Kluge als verbleibende Gesellschafter das Unternehmen weiter. Die vertragliche Grundlage von 1923 blieb bis 1931 aufrecht. Am 5. März dieses Jahres wurde die Aufnahme Karl Brauseweters, des ältesten Sohnes von Benno Brausewetter, als „öffentlicher Gesellschafter“ der Wiener Firma vertraglich geregelt.²⁰⁰ Karl hatte schon 1923 den Titel eines Diplom-Ingenieurs an der Technischen Hochschule in München erworben und 1930 ein Doktoratsstudium an der Deutschen Technischen Hochschule in Prag abgeschlossen.²⁰¹ Seine Aufnahme als Gesellschafter im Wiener Unternehmen erfolgte nur zwei Monate nach dem Eintritt in die Kommanditgesellschaft Pittel & Brausewetter in Sofia, der er als Geschäftsführer und Komplementär vorstand.²⁰² Ihn auch als Gesellschafter der Wiener Firma zu wissen lag sicherlich im Interesse der Familie. Darüber hinaus hatte sich Karl als Konstrukteur und vielseitiger Bauleiter während seiner langjährigen Tätigkeit im Prager Unternehmen einen Namen gemacht. Trotzdem überrascht seine Aufnahme in die Wiener Firma, da dieser Schritt angesichts seiner Funktion im Sofioter Unternehmen als persönlich und mit vollem Vermögen haftender Komplementär ein hohes Risiko in sich barg.

Die mit Karls Eintritt neu vereinbarte Dauer der Gesellschaft wurde auf zehn Jahre angesetzt, die somit den 31. Dezember 1940 als vorläufiges Ende vorsah. Konrad Kluge wurde jedoch ausdrücklich das Recht eingeräumt, „am 1. Jänner 1935 für den 31. Dezember 1935 zu kündigen und von da ab jedes weitere Jahr mit jeweils einjähriger Kündigungsfrist“ aus der Gesellschaft auszutreten. Dieser Schritt könne aber nur dann rechtens sein, wenn die Kündigung „gleichzeitig in allen Konzernunternehmungen erfolgt“.²⁰³ Konrad Kluge muss zum Zeitpunkt der vertraglichen Fixierung dieses Passus größte Bedeutung für den konzerninternen Zusammenhalt zuerkannt werden. Das frühe Ansprechen seines möglichen Ausscheidens wird so verständlich. Außerdem sind Hinweise auf seinen angegriffenen Gesundheitszustand überliefert.

¹⁹⁹ Von diesem Recht wurde auch häufig Gebrauch gemacht, wie die „Erbchaftskonti“ in den Bilanzen beweisen.

²⁰⁰ P+B, Zentralarchiv Wien, Gedächtnisschrift: Wien, 5. März 1931.

²⁰¹ Hans Krawarik, Pittel+Brausewetter. 125 Jahre Entwicklung des Bauwesens, Manuskript, Wien 1996, S. 20f. (Der Autor gibt keine Belegstellen an).

²⁰² Siehe Abschnitt 6.2.1.

²⁰³ P+B, Zentralarchiv Wien, Gedächtnisschrift: Wien, 5. März 1931, Punkt 2.

Wie schon erwähnt, findet sich im Wiener Handelsregister zum 31. Jänner 1936 die Eintragung von Kluges Austritt aus der Wiener Gesellschaft. Allerdings verblieb er im Gegensatz zu der im Vertrag von 1931 vorgesehenen Bedingung bis 1941 weiterhin Gesellschafter im Prager Unternehmen.²⁰⁴

Karls Eintritt in die Wiener Firma war an eine Kapitaleinlage von 10.000 Schilling gebunden, die ihm noch für das Jahr 1931 einen Gewinnanteil von einem Prozent sicherte. Benno Brausewetter standen zu diesem Zeitpunkt 53,43, Konrad Kluge 33,33 und Viktor Brausewetter 12,24 Prozentpunkte zu. Bis 1940 sollten weitere Anpassungen an die geänderten Verhältnisse folgen. Für Benno bedeutete dies einen Rückgang des Gewinnanteiles auf 43,53 Prozent (minus 9,90), für Viktor eine Erhöhung auf 13,14 Prozent (plus 0,9) und für Karl einen Anstieg seines Anteils von einem auf zehn Prozent. Kluges Quote blieb unverändert bei 33,33 Prozent.²⁰⁵

Die im Vertrag die Rechte und Pflichten abhandelnden Absätze bedienten sich früherer Formulierungen und lassen die bekannten unternehmensspezifischen Positionen in Führung und Administration erkennen. Zusätzliche Erläuterungen betrafen die bei Kündigung, Ausschließung oder Tod anstehenden Auszahlungen von Geschäftsanteilen, um die Interessen aller zu wahren. In einem eigenen Punkt²⁰⁶ wurde festgehalten, dass allein öffentliche Gesellschafter Eigentumsrechte am Gesellschaftsvermögen erwerben können, und dass diese Erwerbung an die Einbringung des zur Auszahlung gelangten Kapitalanteiles des ausscheidenden Gesellschafters geknüpft ist. Schlüssel für die erforderliche Höhe des Kapitalanteiles war die vertraglich festgelegte Gewinnverteilungsquote. Allein die auf dem Privatkonto liegenden und zur Auszahlung kommenden Guthaben waren nicht zu ersetzen. In einem gesonderten Absatz dieses Punktes wurde zudem festgehalten, dass der den drei öffentlichen Gesellschaftern Brausewetter vertraglich zugesicherte Ertragsanteil – das waren bei sich ändernder Verteilung insgesamt stets 66,67 Prozent, der Rest stand immer Kluge zu – „ihnen auch dann erhalten“ bleiben müsse, „wenn auch nur mehr einer von ihnen Gesellschafter sein sollte“.²⁰⁷

In Punkt 6 findet sich nach den generellen Hinweisen auf die Geschäftsführung und die schon erwähnte Vorgangsweise bei bestehenden Meinungsverschiedenheiten ein Passus zur Regelung der Aufnahme künftiger Mitgesellschafter. Diese erfordere prinzipiell die Zustimmung aller Gesellschafter; im Falle der Aufnahme eines Sohnes oder Enkels eines der Gesellschafter solle jedoch die Mehrheit der Gesellschafter einen gültigen Beschluss fassen können, vorausgesetzt, dass sich die Stimme Kluges darunter befinde. Der Eintritt eines weiteren Mitgliedes der Familie Brausewetter war jedoch „ohne besondere Beschlussfassung“ vorgesehen: Martin Brausewetter, der

²⁰⁴ Kluges Position und Rolle in der Konzernpolitik wird weiter unten nochmals angesprochen werden.

²⁰⁵ Gedächtnisschrift (wie Anm. 203), Punkte 3 und 7.

²⁰⁶ Ebenda, Punkt 13.

²⁰⁷ Ebenda, Punkt 13, Absatz h).

nach Karl zweitälteste Sohn Bennos (geb. 1907), könne allein „über Antrag, frühestens jedoch am 1. Jänner 1936 oder bei vorherigem Ausscheiden seines Vaters oder des Herrn Dr. Karl Brausewetter“ in die Wiener Firma aufgenommen werden. Ihm müssten in diesem Falle „Gesellschafteranteile aus den Anteilen der Herren Brausewetter zugewiesen“ werden.²⁰⁸ Unter Berücksichtigung aller der Konrad Kluge zustehenden Rechte wurde in diesen Bestimmungen die nach dessen allfälligem Ausscheiden bestehende Situation einer allein in den Händen der Familie Brausewetter weiter bestehenden Wiener Unternehmung angesprochen.

In einer „Ergänzung“²⁰⁹ zur Gedächtnisschrift vom 5. März 1931 nehmen die vier öffentlichen Gesellschafter der Wiener Firma (Benno, Viktor und Karl Brausewetter sowie Konrad Kluge) Bezug auf ihre Position in anderen Konzernunternehmen. Sie betonen die Gültigkeit der Bestimmungen über die „Führung“ des Wiener Unternehmens auch für ihre Position als „öffentliche Gesellschafter“ der *Bauunternehmung E. Gaertner, Wien*, weiter der Firmen *Turner & Wagner in Beograd*, *„Obnova“ Bau-gesellschaft m.b.H., Ljubljana* und *Ing. Cuizza, Polzer & Co, Triest*. Auf die Gesellschaftsverhältnisse in diesen Unternehmen wird später noch eingegangen.

Bereits ein Jahr später traten Veränderungen in der gesellschaftlichen Führung der Wiener Firma ein, die nicht aus dem Vertrag von 1931 abgeleitet werden können. 1932 wurden zwei im Bauingenieurwesen an der Technischen Hochschule in Wien ausgebildete und schon seit 1913 bzw. 1919 bei Pittel & Brausewetter beschäftigte Bautechniker als Gesellschafter aufgenommen. Emanuel Kohout und Leopold Heinlein besaßen eine ähnliche Firmenkariere, beide waren nach jahrelanger Tätigkeit als Oberingenieure zu Direktoren des Unternehmens aufgestiegen.²¹⁰ In ihrer fachlichen Spezialisierung unterschieden sich jedoch die beiden Diplomingenieure. Emanuel Kohout widmete sich der Ausführung komplexer Hoch- und Tiefbauten, Leopold Heinlein wandte sich früh – noch in den zwanziger Jahren – dem Betonstraßenbau zu.²¹¹

Die Aufnahme der beiden im Unternehmen ‚groß‘ gewordenen Bautechniker Emanuel Kohout und Leopold Heinlein ist unschwer aus ihrer Bedeutung heraus zu erklären, die sie als Fachkundige bei der Entwicklung neuer Arbeitsschwerpunkte für das Unternehmen besaßen. Ihre Rolle als Gesellschafter verdeutlicht oder erklärt auch die Tatsache, dass Karl Brausewetter nicht den im Vertrag von 1931 vorgesehenen Eintritt in die Firma vollzog, wahrscheinlich doch eine Reaktion auf die persönliche Lage, die sich aus seiner Funktion als persönlich haftender Geschäftsführer in So-

²⁰⁸ Ebenda, Punkt 6, Absatz d).

²⁰⁹ P+B, Zentralarchiv Wien, Ergänzung zur Gedächtnisschrift: Wien, 5. März 1931.

²¹⁰ Siehe die Kurzbiographien im Anhang.

²¹¹ Rudolf Wrana, 80 Jahre Betonstraßenbau in Österreich, Wien 1986, der seine Publikation zu etwa zwei Dritteln mit Bildern von P+B-Baustellen versah (ein Bildnachweis fehlt) und Leopold Heinlein als „Vorkämpfer des Betonstraßenbaues“ bezeichnete (S. 16).

*Emanuel Kohout**Leopold Heinlein*

fia ergab. Die Übernahme von Gesellschaftsrechten in Wien stand auch in späteren Jahren nicht mehr zur Diskussion.

Der offensichtlich keinem längerfristigen Plan folgende Umbau der Führungsstrukturen im Jahre 1932 wird in neuen Gesellschaftsverträgen seinen Niederschlag gefunden haben, die jedoch nicht erhalten sind. In der Jahresschlussbilanz des Jahres 1937 findet sich im Rahmen der „Gewinn-Verteilung“ der Hinweis auf eine „Gedächtnisschrift samt Zusatzabkommen vom 24.3.1937“.²¹² Es wird darin von den „alten Gesellschaftern“ gesprochen, die den neuen Abmachungen gemäß Teile der Regiekosten allein zu tragen hätten.²¹³ Den alten Gesellschaftern Benno und Viktor Brausewetter – Konrad Kluge schied 1936 aus – standen nun die neuen, nämlich Emanuel Kohout und Leopold Heinlein, gegenüber. Die Passivseite der Bilanz 1937 schlüsselt auch das neue Verhältnis in den Kapitalanteilen auf. Wie Benno Brausewetter verfügten nun auch Kohout und Heinlein über 30 Prozent des Firmenkapitals, der Anteil Viktors ist mit 10 Prozent taxiert.²¹⁴ Diese Werte sind aber das Ergebnis einer teils abmachungsbedingten, teils finanzwirtschaftlich erzwungenen Umschichtung. Beim Eintritt Kohouts und Heinleins 1932 verfügte Benno Brausewetter über einen

²¹² P+B, Zentralarchiv Wien, Bilanz vom 31. Dezember 1937, S. 8.

²¹³ Darunter fielen die Zinsen sowie die Telefon- und Postgebühren, die nur zu einem Drittel allgemein verrechnet wurden.

²¹⁴ Bilanz 1917 (wie Anm. 212), S. 2.

Kapitalanteil von 30 Prozent, Kluge über 20 und Viktor Brausewetter über 10 Prozent. Kohout und Heinlein standen je 20 Prozent zu. Auch 1933 wurden dieselben Quoten ausgewiesen. Im folgenden Geschäftsjahr 1934 wurden die Anteile von Kohout und Heinlein von einem Fünftel auf ein Drittel angehoben, das restliche Drittel teilten sich Benno (17,6 Prozent), Kluge (11,1 Prozent) und Viktor (4,6 Prozent). Die Bilanz des Jahres 1935 bietet das gleiche Bild.

Im Jahre 1936 fand man zu jener Kapitalverteilung, die schließlich in der zitierten Gedächtnisschrift 1937 schriftlich fixiert und in den folgenden Jahren beibehalten wurde: Benno Brausewetter, Kohout und Heinlein je 30 und Viktor Brausewetter 10 Prozent. Die gegenüber 1934 und 1935 eingetretene Besserstellung der Herren Brausewetter mag ihr Gegenstück in der Zusage der „alten“ Gesellschafter gefunden haben, Teile der Regiekosten alleine zu tragen.²¹⁵ Insgesamt ist jedoch auf die auch in der Kapitalverteilung zum Ausdruck gekommene Bedeutung der neuen Gesellschafter hinzuweisen, die dem Unternehmen in den rezessiven bis stagnierenden dreißiger Jahren neue Arbeitsgebiete erschlossen.

Der 1938 politisch erzwungene und militärisch abgewickelte Anschluss der Republik Österreich an das Deutsche Reich führte unmittelbar zu keinen Änderungen in der Unternehmensleitung von *Pittel & Brausewetter, Wien*. Es gibt auch keinerlei Hinweise auf neu gefasste Gesellschaftsverträge. Die auf Reichsmarkbasis²¹⁶ erstellte Bilanz des Jahres 1938 verzeichnet dieselbe Kapitalverteilung. Neben Benno und Viktor Brausewetter standen Emanuel Kohout und Leopold Heinlein an der Spitze des Unternehmens. Der Vertrag von 1931 hatte den Eintritt von Karl Brausewetter in die Wiener Firma besiegelt und auch für dessen Bruder Martin diese Option eröffnet. Wie schon betont, besaß Karl nie Anteile an der Wiener OHG und auch Martin trat nie als Gesellschafter des Wiener Unternehmens in Erscheinung. Karl beendete seine Tätigkeit als Geschäftsführer der Kommanditgesellschaft in Sofia im Oktober 1936 und trat ein halbes Jahr später als „Magistratsoberbaurat“ in die Dienste der Stadt Berlin ein.²¹⁷ Martin erwarb während des Krieges, vermutlich 1942, Anteile am Prager Unternehmen.²¹⁸ Als er im Oktober 1944 im Kriegseinsatz fiel, übernahm Karl seine Position als öffentlicher Gesellschafter in Prag.²¹⁹ Das Kriegsende bedeutete auch das Ende seiner Tätigkeit bei *Pittel & Brausewetter, Prag*.

²¹⁵ Dieser Regelung zufolge stellte sich 1937 bei einem Bilanzgewinn von 19.903,21 Schilling für Viktor B. ein Verlust von 1.758,78 und für Benno B. ein Verlust von 2.276,35 Schilling ein, während Kohout und Heinlein je einen Ertrag von 13.469,17 Schilling verbuchen konnten. P+B, Zentralarchiv Wien, Bilanz 1937, S. 9.

²¹⁶ Der Umrechnungskurs von Schilling in Mark betrug 1 zu 1,5.

²¹⁷ Karl Brausewetter, Zeugnis 1947 (siehe Anm. 171), S. 6.

²¹⁸ Compass, Tschechoslowakei 1943/1944, S. 232.

²¹⁹ Karl Brausewetter, wie Anm. 217.

6.2.3 Die offene Handelsgesellschaft *Bauunternehmung E. Gaertner, Wien*

Als Victor Brausewetter nach dem Ausscheiden Adolf Baron Pittels Ende 1897 sich entschloss, das bis dahin gemeinsam geführte Unternehmen *Pittel & Brausewetter* als Alleininhaber weiter zu betreiben, suchte er seine Branchensituation durch vertraglich geregelte Zusammenarbeit abzusichern und zu stärken.²²⁰ Das mit der Witwe des 1900 verstorbenen Barons abgeschlossene „Übereinkommen“ enthielt Bestimmungen über eine weitgehend aufeinander abgestimmte Geschäftsführung, die in Sachen des Betonbaues, der Erzeugung von Zementwaren, aber auch des Handels mit Baumaterialien günstige Bedingungen gewährleisten sollte. Im Besonderen galt Victor's Suche neuen Kooperationsmöglichkeiten, um die in Entwicklung befindlichen Produktionstechniken voranzutreiben. Als 1899 Baurat Ernst Gaertner, Gründer und Alleininhaber der seinen Namen tragenden Bauunternehmung in Wien starb, gelang es Victor Brausewetter und drei weiteren Interessenten, die Firma als offene Handelsgesellschaft unter gleichem Namen weiterzuführen. Gaertner hatte sich auf die pneumatische Fundierung bei Wasserbauten spezialisiert, eine auch von Brausewetter angewandte Technik. Diesem stand nun neben der Vertretung der Firma Gaertner nach außen auch die Letztentscheidung in strittigen Fragen der Unternehmensführung zu. So lag es auch an ihm, die einlangenden Bauaufträge zwischen Pittel & Brausewetter und E. Gaertner aufzuteilen. Allein bei Bauwerken, die eine pneumatische Fundierung vorsahen, waren die Beschlüsse an die Mitbestimmung aller gebunden.

Das Jahr 1918 brachte mit dem Ausscheiden der Mitgesellschafter die Notwendigkeit, eine neue Führungsmannschaft zusammenzustellen. Es gelang Victor, seine Mitgesellschafter bei Pittel & Brausewetter, Sohn Benno Brausewetter und Konrad Kluge, auch als öffentliche Gesellschafter der OHG E. Gaertner zu gewinnen. In einem mit 18. Dezember 1918 datierten Gesellschaftsvertrag legten die neuen Eigentümer die Grundsätze der Geschäftsführung nieder.²²¹ Schon in Punkt 1 wird festgestellt, dass die Firma „wie bisher die Ausführung von Brücken und Eisenbahnbauten mit dem Spezialbetriebe von Gründungen mittels Druckluft zum Zwecke“ und ihren Sitz weiter in Wien hat.²²²

Die weiteren Bestimmungen entsprechen den bis dato für Pittel & Brausewetter geltenden Grundsätzen einer Geschäftsführung, die in besonderer Weise auf Klarheit in der Kompetenzverteilung sowie eine funktionsgerechte wie attraktive Ertragsbeteiligung abgestellt war. Benno hatte gegenüber Kluge allein den Vorteil, als Sohn des Firmengründers an dessen Vermögenseinlage²²³ zu partizipieren, während letzterer über eine Bareinlage seinen Gesellschaftsanteil erwerben musste. Daraus wurde auch die zukünftige Gewinn- und Verlustverteilung abgeleitet. Entsprechend einer

²²⁰ Siehe Kap. 4.

²²¹ P+B, Zentralarchiv Wien, Gesellschaftsvertrag: Wien, 18. Dezember 1918.

²²² Ebenda, Punkt 1.

²²³ Victor's Anteil war der in der Bilanz des Jahres 1917 ausgewiesene, die jedoch nicht überliefert ist.

auf fünf Jahre bemessenen Gesellschaftsdauer sollte sich Kluges Anteil von 14,15 Prozent noch im Jahre 1918 jährlich um 0,63 Prozentpunkte erhöhen, so dass ihm 1922 mit 16,67 Prozent ein Sechstel des Reinertrages zustehen würde. Der restliche Gewinn wurde zu gleichen Teilen Victor und Benno Brausewetter zugesprochen.²²⁴

Die Regeln für Kapitaleinlagen und deren Verzinsung oder auch die Modalitäten bei Kapitalentnahmen waren für alle Gesellschafter gleich.²²⁵ In Fragen der Geschäftsführung verpflichteten sie sich vertraglich, „ihre volle und ausschließliche Tätigkeit“ sowohl der Firma E. Gaertner als auch der Firma Pittel & Brausewetter zu widmen. Wieder steht die „einverständliche“ Leitung im Vordergrund, jedoch wird „ausdrücklich bestimmt“, dass bei strittigen Stellungnahmen der Gesellschafter „stets die Durchführung nach Ansicht des Herrn Ing. Viktor Brausewetter und im Falle seines Ausscheidens oder seines allfälligen Ablebens nach Ansicht des Herrn Ing. Benno Brausewetter erfolgen muss“. Ausnahmen bildeten die Aufnahme neuer Kompagnons, die Änderung der Gesellschaftsform oder die Bestellung neuer Prokuristen, in diesen Belangen war die Zustimmung aller erforderlich.²²⁶

Die Hinweise auf eine „ordnungsmäßige Buchführung“, die „vorzunehmenden Abschreibungen an der Entwertung unterliegenden Vermögensgegenständen, an einbringlichen oder zweifelhaften Forderungen“ und auf die Erstellung von „Inventur und Bilanz“ sind sinngemäß auch in den Verträgen von *Pittel & Brausewetter, Wien* zu finden.²²⁷ Sie können insgesamt als Beleg einer *Pittel & Brausewetter* von Anfang an und auch späterhin prägenden Einstellung gesehen werden, dass wirtschaftlicher Erfolg in der Buchhaltung und in der Teamarbeit der Gesellschafter seinen Anfang nimmt.

Nicht überraschend wurde vertraglich auch die Problematik abgehandelt, die bei Kündigung, Ausscheiden oder Tod eines Gesellschafters entsteht. Voran wird betont, dass diese Fälle nicht automatisch das Ende der Firma bedeuten müssen, solange die verbleibenden Gesellschafter das Unternehmen fortzuführen wünschen. Für die vertraglich zugesicherte Auszahlung des Kapitalanteiles an den ausscheidenden Gesellschafter oder im Falle des Todes an dessen Erben werden genaue Anweisungen gegeben.²²⁸

Das Abkommen aus dem Jahre 1918 bemaß das Ende der Vertragsdauer mit 31. Dezember 1922. Als Victor Brausewetter sen., sein Sohn Benno und Konrad Kluge am 15. November 1922 die Wiener Firma als offene Handelsgesellschaft begründeten, verfügten sie in einer Zusatzklärung gleichen Datums, dass die gefassten Beschlüsse „gleichlautende Anwendung für ihr Gesellschaftsverhältnis als öffentliche

²²⁴ P+B, Zentralarchiv Wien, Gesellschaftsvertrag: Wien, 18. Dezember 1918, Punkte 4 und 6.

²²⁵ Ebenda, Punkte 5 und 8.

²²⁶ Ebenda, Punkt 9.

²²⁷ Ebenda.

²²⁸ Ebenda, Punkte 10 bis 12.

Gesellschafter der Bauunternehmung E. Gaertner in Wien“ haben sollten.²²⁹ Wie im Wiener Vertrag vorgesehen, erstreckte sich dadurch auch bei E. Gaertner die Gesellschaftsdauer bis Ende 1927, was konkret einer Verlängerung um eine Fünfjahresperiode gleichkam.

Mit der Erstreckung der Firmendauer auf weitere fünf Jahre blieben auch die 1918 gefassten Vertragsbestimmungen für E. Gaertner weiterhin in Kraft. Dies war allerdings nur soweit der Fall, als sie mit den übernommenen Klauseln des Wiener Vertrages übereinstimmten. Wie ein Vergleich zeigt, entsprechen einander alle wichtigen Punkte bezüglich Eigentumsregelung, Firmenleitung oder der Rechnungslegung (Erstellung der Jahresschlussbilanzen sowie des Inventars) mit oft gleichem Wortlaut. Allein in der Ermittlung eines „Entgelts“ für die „persönliche Tätigkeit“ der Gesellschafter ergaben sich neue Ansätze: 1918 standen Victor Brausewetter 1.000 Kronen, Benno Brausewetter und Konrad Kluge je 600 Kronen monatlich zu.²³⁰ Der Wiener Vertrag sah für alle Gesellschafter den gleichen Monatsbezug „zu Lasten des Gewinnes“ vor, dessen Höhe dergestalt zu bestimmen war, dass „zu dem nach Wiener Kollektiv-Vertrag errechneten höchsten von der Firma bezahlten Beamtenmonatsbezug zwanzig Prozent desselben zugeschlagen wird“.²³¹ Im „Zusatzprotokoll“ betonte man auch die Gleichbemessung der Bezüge, die jedoch mit 1.000 Kronen wieder als konkrete Größe gesehen wurden.²³²

Die vollkommene Übereinstimmung in den Führungsgremien und in den Grundsätzen der Geschäftsführung ließ die Firmen *Pittel & Brausewetter, Wien* und *E. Gaertner, Wien* als organisatorische Einheit erscheinen. Bei der jährlichen, als „Ergänzung“ zu den Gesellschaftsverträgen verstandenen Festsetzung des „idealen Geschäftswertes“ wurde bereits 1922 nur ein beide Unternehmen einbeziehender Wertansatz unterstellt.²³³ Der Eintritt Viktor Brauseweters jun. 1923 als vierter Gesellschafter in das Wiener Unternehmen führte konsequenter Weise auch zu seiner Aufnahme in die OHG E. Gaertner. Victor Brausewetter sen., seine beiden Söhne Benno und Viktor sowie Konrad Kluge waren somit die Eigentümer in beiden Unternehmen. Die entsprechenden Bestimmungen betreffend ihr Verhältnis als öffentliche Gesellschafter wurden in einer separaten „Vereinbarung“, wiederum gültig für beide Firmen, festgelegt.²³⁴

Der „ideale Geschäftswert“ als Kennziffer des immateriellen Firmenwertes wird

²²⁹ P+B, Zentralarchiv Wien, Gesellschaftsvertrag (Zusatzprotokoll): Wien, 15. November 1922.

²³⁰ Ebenda, Gesellschaftsvertrag: Wien, 18. Dezember 1918, Punkt 7.

²³¹ Ebenda, Gesellschaftsvertrag: Wien, 15. November 1922, Punkt 7.

²³² Ebenda, Gesellschaftsvertrag (Zusatzprotokoll): Wien, 15. November 1922, Punkt 3. Bei dieser Wertangabe muss es sich um Goldkronen (Friedenskronen) gehandelt haben, da 1922 am Höhepunkt der Inflation in Österreich der angegebene Betrag nur eine Kaufkraft von etwa 0,7 Kronen besessen hätte.

²³³ P+B, Zentralarchiv Wien, Gesellschaftsvertrag (Ergänzung): Wien, 5. August 1922.

²³⁴ Ebenda, Vereinbarung: Wien, 11. Dezember 1923, Punkt 1.

im Rahmen der Erfolgs- und Vermögensentwicklung näher zu betrachten sein. An dieser Stelle sei nur vermerkt, dass solche Werte im Falle von Kündigung, Ausscheiden oder Tod eines Gesellschafters teilweise zur Auszahlung kamen. Ein kündigender Gesellschafter erhielt von einem Drittel des zuletzt festgesetzten Geschäftswertes so viele Prozente, wie seine vertraglich geregelte Anteilsquote am Gewinn vorsah. Auch die Auszahlung an die Erben ausgeschlossener oder verstorbener Gesellschafter richtete sich nach deren bisheriger Gewinnbeteiligung.²³⁵

Wie schon das Abkommen aus dem Jahre 1923 sah auch der Gesellschaftsvertrag 1931 vor, die für Wien getroffenen Bestimmungen bezüglich der Position der öffentlichen Gesellschafter auch auf die Firma E. Gaertner zu übertragen. Da Karl Brausewetter entgegen den damals gefassten Beschlüssen nicht in die Wiener Gesellschaft eintrat,²³⁶ erwarb er auch bei E. Gaertner keine Kapitalanteile. Die Aufnahme Emanuel Kohouts und Leopold Heinleins bei *Pittel & Brausewetter, Wien* hatte dagegen auch deren Gesellschafterstatus bei E. Gaertner zur Folge.

An dieser Übereinstimmung der Gesellschaftsverhältnisse änderte sich auch späterhin nichts. Trotz der bis 1918 zurückgehenden gemeinsamen Geschäftsführung wurden Buchhaltung und Bilanz stets getrennt geführt. Von der OHG E. Gaertner sind jedoch keine Jahresschlussrechnungen erhalten geblieben. Allein in den Konzernbilanzen von *Pittel & Brausewetter*, die zwischen 1929 und 1932 vorliegen, lässt sich der Anteil der Firma E. Gaertner an den Aktiven und Passiven wie am Reinvermögen des Gesamtunternehmens ablesen.²³⁷ Der auf E. Gaertner entfallende Anteil am Überhang des aktivseitigen Vermögens über die passivierten Verbindlichkeiten betrug 1929 2,4 Prozent, verringerte sich aber bis 1932 auf 0,4 Prozentpunkte. Aus dieser offensichtlich geringen wirtschaftlichen Bedeutung für den Konzern darf jedoch nicht auf einen ebenso geringen Anteil an der Erfolgsgeschichte insgesamt geschlossen werden. Vor allem in technischen Belangen wie der Erstellung großer Wasserbauten mittels Druckluft bedeutete die Übernahme dieser Firma für *Pittel & Brausewetter* eine nicht unbedeutende Stärkung eigener Anstrengungen. Wie schon erwähnt, war gerade diese Tatsache für Victor Brausewetter das Kriterium für eine Zusammenarbeit. Derselbe Gedanke war auch Anlass für den Firmengründer, eine Aktiengesellschaft für Brücken- und Tiefbau in Budapest ins Leben zu rufen, um das Geschäft in den ungarischen Landesteilen besser organisieren und betreuen zu können.

²³⁵ Ebenda, Gesellschaftsvertrag (Ergänzung): Wien, 11. Dezember 1923.

²³⁶ Siehe Kapitel 6.2.2.

²³⁷ P+B, Zentralarchiv Wien, Konzern *Pittel & Brausewetter*, Generalbilanzen 1929–1932.

6.2.4 Pittel & Brausewetter, Beton-Brücken- und Tiefbau-Aktiengesellschaft, Budapest

Am 14. August 1906 fand in Budapest die konstituierende Sitzung der unter der Ägide der „Pester Ungarischen Commercialbank“ errichteten Gesellschaft statt.²³⁸ Victor Brausewetter stand als Präsident der Direktion vor, der auch sein Sohn Benno angehörte. Als Zweck der Aktiengesellschaft wurde „die ungarische Organisation der Firma Pittel & Brausewetter“ angegeben, wodurch „ein ständiges Verhältnis zur Spezialfirma für Brückenbau und pneumatische Fundierungen E. Gärtner, Budapest“ hergestellt wurde.²³⁹ Dasselbe strategische Kalkül lag wohl der 1907 durchgeführten Übernahme der „Abwasser-Reinigungs-Aktiengesellschaft“ zugrunde, die offensichtlich die Kernkompetenzen des Unternehmens weiter stärkte.²⁴⁰



Oper Budapest, 1885

Im Gesellschaftsvertrag des Jahres 1908, der den Eintritt Bennos in die Firma begründete, findet sich kein Hinweis auf die Rolle von Vater und Sohn Brausewetter in der ungarischen AG. In Punkt 3 des Übereinkommens wird lediglich festgestellt, dass

²³⁸ *Compass* 1910, Bd. II, S. 605.

²³⁹ Diese Formulierung zeigt an, dass die Firma E. Gaertner bereits 1906 in Budapest eine Schwesterfirma besaß.

²⁴⁰ Außer dem Hinweis auf diese Fusion im *Compass* (1910, Bd. II, S. 605) besitzen wir keine weiterführenden Informationen.

Victor Brausewetter alle Aktiven und Passiven der „bisher von ihm allein unter der Firma Pittel & Brausewetter betriebene[n] Betonbauunternehmung“ entsprechend einer am 1. Jänner 1908 erstellten Bilanz „im reinen Bilanzwerte von 444.779,50 K 50 h“ in die neue Firma einbringen werde. Von Benno wird eine Bareinlage von 100.000 Kronen erwartet.²⁴¹ Die zitierte, der Feststellung des Firmenvermögens dienende Bilanz, weist ein Aktienkonto im Werte von 220.200 Kronen aus. Dieses Konto mit ebendiesem Wert wurde in der Jahresschlussbilanz 1907 (Inventur) als Aktivposten mit der Beschreibung „3402 Stück der Beton, Brücken u. Tiefbau A.G. Budapest“ geführt.²⁴² In einem am Tag der Vertragsunterzeichnung (4. Juli 1908) abgewickelten Briefwechsel stellten Victor und Benno Brausewetter übereinstimmend fest, dass in der Gesellschaftseinlage Victors „auch die Aktien und Genussscheine der Firma: Pittel & Brausewetter, Beton- und Brücken- und Tiefbau-Aktien-Gesellschaft in Budapest im letzten Bilanzwerte von 220.200 K.“ inbegriffen seien. Das gleiche gelte für den „Geschäftsanteil an der Siegwartbalken-Gesellschaft m.b.H. in Wien, den Victor laut „Gesellschaftsvertrag vom 17. Juli 1907“²⁴³ erworben hatte. Beide Kapitalanteile werden nun ausdrücklich als „Bestandteil des Gesellschaftsvermögens“ der 1908 gegründeten offenen Handelsgesellschaft *Pittel & Brausewetter* bezeichnet.²⁴⁴

Die der Budapester Aktiengesellschaft zugeordneten Vermögenswerte bestanden im Wesentlichen aus dem „Kapitalkonto“ der Pressburger Filiale. Das Aktienkapital betrug 700.000 Kronen.²⁴⁵ Der oben genannte Betrag von 220.200 Kronen bildete noch 1909 das „faktisch eingezahlte Aktienkapital“, während die „Pester ungarische Kommerzialbank“ weitere Aktien im Werte von 359.800 Kronen erwarb. Zusammen mit der für 1907 „angenommenen Kurssteigerung“ von 20.000 Kronen ergab sich für 1909 ein Grundkapital von 580.000 Kronen. Die Generalversammlung beschloss für dieses Jahr eine sechsprozentige Verzinsung des Aktienkapitals von 700.000 Kronen. Zur Ausschüttung kamen jedoch nicht nur die entsprechenden 42.000 Kronen, sondern auch eine durch Abschreibungen am „Betriebseinlösungskonto“ erreichte Wertsteigerung von 80.000 Kronen, somit insgesamt 122.000 Kronen.²⁴⁶

Die Auszahlung der Anteile am Bruttogewinn²⁴⁷ folgte in der Budapester Ak-

²⁴¹ P+B, Zentralarchiv Wien, Gesellschaftsvertrag: Wien, 4. Juli 1908, Punkt 3.

²⁴² Ebenda, Inventur: 31. Dezember 1907.

²⁴³ Der Vertragstext ist nicht überliefert. Victor war Lizenzinhaber der „Siegwart Balkendecke“ und somit führender Anbieter in Österreich-Ungarn. Siehe Kap. 3.

²⁴⁴ P+B, Zentralarchiv Wien, Brief und konformer Gegenbrief von Benno und Victor Brausewetter: 4. Juli 1908. Bezüglich der Beteiligung an der Siegwartbalken GmbH liegen keine weiteren Informationen vor.

²⁴⁵ Compass 1910, Bd. II, S. 605.

²⁴⁶ P+B, Zentralarchiv Wien, Inventur: 31. Dezember 1909, Anhang.

²⁴⁷ Der „Bruttogewinn“ entspricht dem Saldo der Gewinn- und Verlustrechnung. Er enthält die nach bestimmten Prozentquoten berechneten „Anteile“, die einer Reihe von Personen (Prokuristen, Filialleitern und Beamten) zustanden. Nach Abzug dieser Posten ergibt sich das „Netto-Erträgnis“

tiengesellschaft genau den für die offene Handelsgesellschaft *Pittel & Brausewetter* in Wien geltenden Richtlinien. So erhielten die Prokuristen und leitenden Beamten Max Lob, Konrad Kluge, Anton Kleibl, Felix von Perko, Mario Cambon und Wilhelm Faehndrich zusammen ein Fünftel der Ertragssumme. Vom verbleibenden Teil wurde ein weiteres Fünftel Attilio Rella zuerkannt. Den Rest („Netto-Erträgnis“) teilten sich Victor und Benno Brausewetter mit einem Anteil von 70 bzw. 30 Prozent.²⁴⁸

Die Dividenden bemaßen sich am Aktienkapital von 700.000 Kronen, eine Ausschüttung von mehr als sechs Prozent galt als Superdividende. Eine solche stand auch den Inhabern von „Genußscheinen“ zu, die im Werte von 300.000 Kronen zirkulierten.²⁴⁹ Seit ihrer Ausgabe befanden sich Aktien wie Genußscheine allein im Eigentum von Victor Brausewetter. Über die Verteilung der Dividenden entschied jedoch nicht, wie es den Anschein hat, allein die Eigentumsfrage. Bei Auszahlung einer Superdividende kam jener Personenkreis, der schon am Bruttogewinn beteiligt wurde, abermals und zu den gleichen Bedingungen (Prozentanteilen) zum Zuge.²⁵⁰

Im Gesellschaftsvertrag des Jahres 1912, der die Aufnahme der bisherigen Prokuristen Konrad Kluge und Max Lob als öffentliche Gesellschafter der Wiener Unternehmung zum Gegenstand hatte, wurde den Beziehungen zur Budapester AG ein eigener Punkt gewidmet.²⁵¹ Demzufolge wurden beide „sowohl an den Erträgnissen, welche diese Aktien abwarfen, als an dem etwaigen Kursgewinne, welcher bei einem Verkauf derselben erzielt werden sollte“, beteiligt. Die Höhe der Beteiligung war gleich dem Anteil am Gewinn (Verlust) der Gesellschaft. Einen guten Hinweis auf die trotz Gewinnbeteiligung faktisch unveränderten Führungsansprüche gibt der zuletzt angeführte Absatz: „Sämtliche Dispositionen“ und Entscheidungen bei dem Budapester Unternehmen verblieben „wie bisher in Händen des Herrn Victor Brausewetter und Herrn Benno Brausewetter“. Den neuen Gesellschaftern Kluge und Lob wurde aber ein „volles Einsichtsrecht in die Geschäftsgebarung auch dieser Aktiengesellschaft“ zuerkannt. Eine weitere Option enthält dieser Punkt in dem Hinweis auf den möglichen Ankauf der Aktien, der „Sache eines gemeinsamen Beschlusses der Gesellschafter“ war.

(Reinerträgnis), das dem Bilanzgewinn entspricht. Die Anteile wurden demnach gewinnmindernd ermittelt, ebenso die Dotationen der Reservefonds.

Inwieweit die Anteilbeträge von den Berechtigten behoben oder im Unternehmen belassen wurden, ist mangels an überlieferten Daten etwa einer detaillierten Darstellung des auf der Passivseite der Bilanz aufscheinenden „Personen-Kontos“ oder anderer Hinweise nicht zu klären. Vieles spricht dafür, dass sie in der Regel behoben wurden. Die damit auch zusammenhängende Frage einer ertragsabhängigen Entlohnung der Spitzenbeamten wird später nochmals aufzugreifen sein.

²⁴⁸ P+B, Zentralarchiv Wien, Inventur: 31. Dezember 1909, Anhang.

²⁴⁹ Compass 1919, Bd. II u. III., S. 660.

²⁵⁰ P+B, Hauptzentrale Wien, Bilanzen der OHG Pittel & Brausewetter Wien, 1909–1912 (Gewinnverteilung Ungarn).

²⁵¹ Ebenda, Gesellschaftsvertrag: Wien, 26. Oktober 1912, Punkt 14.

Diesen Ankauf bestätigte ein „Protokoll“ vom 18. Dezember 1918.²⁵² Laut gemeinsamem Beschluss wurden alle im Eigentum von Victor Brausewetter befindlichen Aktien und Genussscheine an der Budapester AG „käuflich erworben“, wodurch sie in das „Eigentum der Firma Pittel & Brausewetter in Wien“ übergingen.

Da Max Lob mit 1. Jänner 1917 aus der Firma Pittel & Brausewetter Wien auschied, fiel „laut einverständlichem Beschluss der drei Gesellschafter“ (Victor und Benno Brausewetter, Kluge) der frei gewordene Anteil am Gewinn (Verlust) „zu gleichen Teilen“ Victor und Benno Brausewetter zu; der Anteil Kluges erfuhr dadurch keine Änderung.²⁵³

In einem am 11. November 1921 in Wien unterzeichneten „Syndikats-Übereinkommen“ beschlossen die drei Kapitaleigner ein „einheitliches Vorgehen in allen die Aktiengesellschaft betreffenden Angelegenheiten“, wodurch die Interessen aller Beteiligten im Falle eines An- oder Verkaufs von Aktien (oder Genussscheinen) gewahrt werden sollten.²⁵⁴ Dieses Übereinkommen galt vorerst bis Ende Jänner 1922, dem Ablaufdatum des damals gültigen Vertrages zwischen den Gesellschaftern Victor und Benno Brausewetter sowie Konrad Kluge. Auch in Zukunft wollte man die Geltungsdauer beider Verträge gleich halten.²⁵⁵

Punkt 2 gibt Auskunft über die Verteilung der Aktien und Genussscheine. Victor und Benno Brausewetter hielten je 2.961 Aktien und 1.269 Genussscheine, Konrad Kluge besaß 1.078 Aktien und 462 Genussscheine. In Prozenten ausgedrückt waren dies 42,3 von Hundert für Victor und Benno, zusammen 84,6, während Kluges Anteil 15,4 Prozentpunkte ausmachte. In einem ein Jahr später formulierten „Zusatz“ zum Abkommen erfuhr die Zuteilung der Genussscheine eine geringfügige Korrektur: Vater und Sohn Brausewetter wurden je 1.265 Stück, das sind um vier weniger, zugesprochen, Kluges Anteil erhöhte sich auf 470 (vorher 462).²⁵⁶ Damit umfasste Kluges Kontingent 16,67 Prozent oder genau ein Sechstel des Bestandes an Genussscheinen. Dies entsprach auch genau der Anteilsgröße, die Kluge vertraglich bei der Gewinnaufteilung der Firma *Pittel & Brausewetter, Wien* zustand. Die im Syndikatsvertrag vorgenommene Aufteilung der Aktien wurde nicht korrigiert.

Im Übereinkommen verpflichteten sich die drei Gesellschafter, ihren Besitz an Aktien wie Genussscheinen nicht „ohne Einwilligung der beiden anderen Mitglieder“ zu veräußern. Da die Wertpapiere „vorläufig“ nur in Form von Scrips²⁵⁷ existierten, versicherten sich die Vertragspartner gegenseitig, ihren Anteil daran nur mit

²⁵² Ebenda, Protokoll: Wien, 18. Dezember 1918, Punkt 2.

²⁵³ Ebenda, Punkt 1.

²⁵⁴ Ebenda, Syndikats-Übereinkommen: Wien, 11. November 1921.

²⁵⁵ Ebenda, Punkt 4.

²⁵⁶ Ebenda, Zusatz (zum Syndikats-Übereinkommen): Wien, 16. Februar 1922.

²⁵⁷ Die als Interimscheine zu wertenden Scrips lagen im gegenständlichen Fall teilweise bei der Bank- und Wechselstuben A.G. „Mercur“ in Wien, teilweise in der Kassa der AG in Budapest auf.

Zustimmung zu beheben. Scheidet ein Syndikatsmitglied aus, „werden sämtliche Aktien und Genussscheine in ein Bankdepot unter Sperre gelegt“. Eine Ausfolgung hing von der Zustimmung aller drei Mitglieder ab.²⁵⁸ Auch wenn ein Mitglied des Syndikats in seiner Eigenschaft als Mitgesellschafter aus dem Unternehmen *Pittel & Brausewetter, Wien* ausscheiden sollte und seinen Besitz an Aktien und Genussscheinen zu veräußern wünschte, war er verpflichtet, seine Wertpapiere „in erster Linie den verbleibenden Mitgliedern des Syndikats zum Kaufe anzubieten“.²⁵⁹

Im Falle des Todes eines Mitgliedes war vorgesehen, die dem Verstorbenen gehörigen Aktien und Genussscheine „in das Eigentum der verbleibenden Syndikatsmitglieder“ übergehen zu lassen. An die Erben musste ein dem Kaufpreis der Papiere entsprechendes Entgelt zuzüglich sechs Prozent Zinsen, geteilt in fünf Jahresraten, ausbezahlt werden.²⁶⁰

Vier Tage nach Jahresfrist erneuerten die drei Mitglieder die gefassten Syndikatsbeschlüsse.²⁶¹ Am 15. November 1922 wurde eine Neuaufteilung der Anteilsscheine beschlossen. Diese sah nun eine Drittelung des Gesamtpakets von 7.000 Aktien und 3.000 Genussscheinen vor. Als Gegenleistung wurde von Kluge eine Barzahlung von 110.710 ungarischen Kronen zugunsten Victor's wie auch Benno's gefordert, die in fünf Jahresraten abzuleisten war. Der jeweils noch ausstehende Betrag unterlag einer sechsprozentigen Verzinsung. Die im Jahr zuvor aufgestellten Richtlinien bezüglich des An- und Verkaufs von Wertpapieren sowie der Maßnahmen im Falle des Todes eines Syndikatsmitgliedes wurden wortgenau in den neuen Vertragstext übernommen.

Der 15. November 1922 war auch der Tag, an dem der Gesellschaftsvertrag der Eigentümer von *Pittel & Brausewetter, Wien* auf weitere fünf Jahre verlängert wurde.²⁶² Im Wesentlichen wurden die 1912 eingegangenen Bestimmungen weiter fortgeschrieben. Eine Neuregelung erfuhr die Gewinn- (Verlust)zuteilung, die bisher zu 40 Prozent an Victor wie auch an Benno Brausewetter und nur zu einem Fünftel (20 Prozent) an Konrad Kluge gegangen war. Bis zum Jahre 1927 sollten die Kapital- wie auch die Gewinnanteile der drei Gesellschafter mit je einem Drittel gleich bemessen sein. Konrad Kluge stieg in den zwanziger Jahren, wie seine Rolle im Wiener Unternehmen und in der Budapester Aktiengesellschaft zeigt, zu einem gleichberechtigten Partner in den Firmen der Familie Brausewetter auf. Dafür können, wie in den nächsten Abschnitten über weitere Gesellschaftsgründungen in Südosteuropa zu zeigen sein wird, zusätzliche Belege gefunden werden.

Der Eintritt Viktor Brausewetter's jun. 1923 in die Firma *Pittel & Brausewetter, Wien* bedeutete auch seine Aufnahme als Mitglied des Budapester Syndikats, wo-

²⁵⁸ Ebenda, Punkte 2 und 3.

²⁵⁹ Ebenda, Punkt 5.

²⁶⁰ Ebenda, Punkt 6.

²⁶¹ P+B, Zentralarchiv Wien, Syndikats-Übereinkommen: Wien, 15. November 1922.

²⁶² Siehe Abschnitt 6.2.2.

durch sich die Frage der Anteilsquoten neu stellte. In einem am 5. November 1923 durchgeführten Briefwechsel²⁶³ einigten sich die vier Mitglieder auf eine Anteilszuweisung an Viktor jun. im Ausmaß von 14 Prozent. Dadurch verringerte sich die Quote der anderen von einem Drittel auf je $28\frac{2}{3}$ Prozent. Die Gleichverteilung zwischen Kluge und den bisherigen Vertretern der Familie Brausewetter blieb bestehen und wurde auch späterhin nie geändert.

Viktor jun. wurde bei seinem Eintritt in die Wiener Firma 1923 ein Anteil von fünf Prozent am Gesellschaftsvermögen und am Gewinn zugestanden, der sich bis 1932 auf vierzehn Prozent erhöhen sollte.²⁶⁴ Diese Regelung fand auch bei der Ausschüttung einer Superdividende der Budapester AG Anwendung. Bis zu einem Zinssatz von sechs Prozent folgte die Berechnung dem jeweiligen Aktienanteil, also für Viktor jun. dem von vierzehn Prozent, ein höherer als Superdividende bezeichneter Prozentsatz nahm sich die Gewinnverteilung des Wiener Unternehmens zum Vorbild, demnach für Viktor fünf Prozent 1923 und alljährlich um ein Prozent steigend bis vierzehn Prozent im Jahre 1932.

Die unterschiedliche Vorgangsweise bei der Dividendenausschüttung bis sechs Prozent und jener über dieser Quote wurde in einer „Vereinbarung“ festgeschrieben.²⁶⁵ In dieser vermerkte man auch die von Viktor jun. zu erbringende Gegenleistung. Er schuldete seinem gleichnamigen Vater einen Betrag von 882.000 ung. Kronen. Dieser überließ jedoch seinem Sohn bis zur Abstattung des ausgewiesenen Betrages alle „aus dem Aktienbesitz oder aus sonstigen Rechtstiteln von der Pittel & Brausewetter Aktiengesellschaft ihm zufließenden Einkünfte“. Der jeweils noch ausstehende Betrag unterlag einer Verzinsung von sechs Prozent.²⁶⁶

Die Syndikatsregelung 1923 sah auch eine Angleichung der Geltungsdauer an den zuletzt bis 31. Dezember 1927 verlängerten Gesellschaftsvertrag des Wiener Unternehmens vor.²⁶⁷ In dieser Perspektive ergab sich zudem die Notwendigkeit, den Kaufpreis der Aktien für die einzelnen Jahre festzulegen. Er war im Falle des Ausscheidens oder Ablebens eines Syndikatsmitgliedes dem Austretenden, bzw. den Erben des Verstorbenen zu entrichten.²⁶⁸ Neu waren auch die Maßnahmen, die man zur Beseiti-

²⁶³ P+B, Zentralarchiv Wien, Syndikats-Briefwechsel: Wien, 5. November 1923. Im Dezember 1922 war das Aktienkapital auf 6.000.000 ung. Kronen á 100 Kronen erhöht worden, die Zahl der Genussscheine blieb unverändert.

²⁶⁴ Siehe Abschnitt 6.2.2.

²⁶⁵ P+B, Zentralarchiv, Vereinbarung: Wien, 5. Februar 1923.

²⁶⁶ Ebenda, Punkt 2.

²⁶⁷ P+B, Zentralarchiv Wien, Syndikats-Briefwechsel: Wien 5. November 1923, Punkt 4.

²⁶⁸ Ebenda, Punkt 5. Die Ermittlung des Kaufpreises folgte zweierlei Methoden, je nach dem die Aktien an der Budapester Börse notiert waren oder nicht. Zum einen galten die „Durchschnittskurse des letzten Jahres des Bestandes des Syndikats ohne Zinsenvergütung“ als Richtlinie, zum anderen ein Vielfaches des Dividendensatzes, dem noch ein aliquoter Anteil an den Reserven zugeschlagen wurde.

gung der Risiken bei Währungsschwankungen vorsah. Dem diente die Umrechnung des Kaufpreises in Schweizer Franken, die Auszahlung hatte jedoch in ungarischer Währung zu erfolgen.²⁶⁹

Noch im November 1923 wurde das Aktienkapital als Reaktion auf die horrende Geldentwertung auf 42.000.000 Kronen (420.000 Aktien à 100 Kronen) angehoben.²⁷⁰ Die Zuschreibung der emittierten Papiere auf die Konten der Syndikatsmitglieder brachte Verschiebungen im Verhältnis der Anteile. Victor und Benno Brausewetter sowie Konrad Kluge besaßen weiterhin ein gleich großes Aktienpaket. Mit je 126.400 Stück befanden sich jedoch insgesamt 90,3 Prozent der Aktien in ihren Händen, Viktor Brausewetter verblieben so nur 9,7 Prozent (40.800 Stück).²⁷¹ Die schon bisher zu beachtenden Regeln bei Behebung und Weitergabe von Anteilsscheinen wiederholte man, neu aufgenommen wurde eine Klausel bezüglich „Kündigung“ und des dem Kündigenden zu erstattenden Kaufpreises seiner Aktien. Die wenig Anreiz besitzende Verfügung besagte, dass der Kündigende nur von einem Drittel des Kaufpreises ein Entgelt beanspruchen könne, dessen Höhe sich letztlich an seinem Dividendenanteil bemaß.²⁷² Während das Prozedere bei Ausschließung eines Syndikatsmitgliedes unverändert beibehalten wurde, ergänzte man die Bestimmung über die Rechtsnachfolge der Erben, indem diesen die Entscheidung freigestellt wurde, mit den ihnen zugefallenen Aktien dem Syndikat beizutreten oder diese den Mitgliedern zum Kauf anzubieten.²⁷³ Weiter wurde verfügt, den Kaufpreis alljährlich neu festzulegen. Für 1924 wurde er mit 6.000 Kronen pro Aktie bei einem Nominale von 100 Kronen angegeben.²⁷⁴

Die Bilanzen der Jahre 1925 und 1926 weisen ein Aktienkapital von 1.250.000.000 Kronen aus, der Nominalwert einer Aktie lag weiterhin bei 100 Kronen.²⁷⁵ Über die näheren Umstände der Aktienaussgabe und der allfälligen Auswirkungen auf die Syndikatsbestimmungen liegen keine Informationen vor. Im April 1926 wurde das Grundkapital im Vollzug der ungarischen Goldbilanzenvorschriften mit 100.000 Pengö festgesetzt und in 10.000 Aktien à 10 Pengö zerlegt.²⁷⁶ Wie aus Briefen von Viktor Brausewetter (jun.) und von Konrad Kluge an Benno Brause-

²⁶⁹ Ebenda, Punkt 6.

²⁷⁰ Compass, Jugoslawien, Ungarn 1925, III. Bd., S. 1259.

²⁷¹ P+B, Zentralarchiv Wien, Syndikats-Briefwechsel: Wien, 17. Dezember 1924, Punkt 1.

²⁷² Ebenda, Punkt 5a).

²⁷³ Ebenda, Punkt 5c).

²⁷⁴ Ebenda, Punkt 6.

²⁷⁵ Compass, Ungarn 1927, S. 611f; 1928, S. 571.

²⁷⁶ Die ungarische Krone, die 1920 eingeführt worden war, verlor rasch an Wert und erreichte 1924 ihren Tiefstand. Die Umwandlung in Pengös 1927 war Ausdruck einer greifenden Währungsstabilisierung. Siehe Teichova, Kleinstaaten, 1988, S. 114f.

wetter hervorgeht, legten die Mitglieder des Syndikats den Kaufpreis einer Aktie im Nominalwert von 10 Pengö für das Jahr 1926 mit 20 Pengö fest.²⁷⁷



Victor Brausewetter mit Ehefrau Elisabeth und Enkelkindern

In diese Umbruchszeit fiel der Tod des Firmengründers Victor Brausewetter. Das Syndikat der Budapester AG umfasste nur mehr drei Personen: Benno und Viktor Brausewetter und Konrad Kluge. Am 12. Juli 1927 unterzeichneten diese drei Herren in ihrer Eigenschaft als Aktionäre der AG ein sogenanntes „Grundprotokoll“, das sie mit Lui Tunner, dem Alleininhaber der offenen Handelsgesellschaft Tunner und Wagner, Belgrad, ausgehandelt hatten.²⁷⁸

Das Protokoll gibt Auskunft über eine weitere Stufe der von *Pittel & Brausewetter* angestrebten Geschäftsausdehnung, bei der traditionelle Beziehungen mit neuen Kooperationen verbunden wurden. So wurde beschlossen, dass Ing. Lui Tunner ab 1. Jänner 1928 „Aktionär der AG Pittel & Brausewetter Budapest werden und dann als geschäftsführender Verwaltungsrat die oberste Leitung der Geschäfte der AG übernehmen“ soll. Gleichsam im Gegenzug traten Benno und Viktor Brausewetter sowie Konrad Kluge als Gesellschafter in die OHG Tunner & Wagner in Belgrad ein. Tunner behielt aber weiterhin die oberste Geschäftsleitung auch dieser Firma. Da der „Schwerpunkt seiner Tätigkeit“ in Budapest liegen werde, müsse ihm für Belgrad eine

²⁷⁷ P+B, Zentralarchiv Wien, Briefe: 19. Juli 1927.

²⁷⁸ Ebenda, Grundprotokoll: Wien, 12. Juli 1927.

„entsprechende Kraft“ zur Verfügung gestellt werden. Man einigte sich auf einen Ing. Fuchs, der gegenwärtig im Prager Unternehmen von *Pittel & Brausewetter* angestellt war. Tunner selbst habe, so das Protokoll weiter, einen „Entwurf“ mit Einzelheiten über noch zu treffende Maßnahmen vorgelegt, der allgemein als „Grundlage“ gewertet wurde. Zusätzliche Klärung benötigte das rechtliche wie operative Verhältnis der beiden – nun gleichen Eigentümern gehörenden – Firmen. Die Gebrüder Brausewetter wie auch Kluge strichen die weiterhin formale Selbständigkeit der Unternehmen in Budapest und Belgrad hervor, was eine getrennte Umsetzung aller Beschlüsse erfordere, eine Anschauung, der „Ing. Tunner dann auch zugestimmt hat“.²⁷⁹

Als binnen Jahresfrist die neuen Eigentumsverhältnisse wie auch die entsprechenden Richtlinien der Geschäftsführung in beiden Firmen im Rahmen einer „Vereinbarung“²⁸⁰ beschlossen wurden, stellte man gleich zu Beginn (Punkt 1) klar, dass beide Unternehmen zwar unter „einheitlicher Leitung“ stehen, jedoch „jede Firma unabhängig von der anderen Weiterarbeiten und unter ihrem bisherigen Namen fortbestehen“ solle. Die Begründung für diesen formalrechtlichen Schritt findet sich in Punkt 11. Es ging um „die gesetzliche Kontinuität der bisherigen Firma Tunner & Wagner in Beograd“, die im Falle eines Ausscheidens von Tunner zumindest gefährdet gewesen wäre. Um sie abzusichern, sollte die „formale Inhaberschaft des Herrn Wagner bei Verzicht auf alle Rechte und Pflichten eines Inhabers“ weiterhin gewährleistet sein.²⁸¹

Am 16. Mai 1928, als die Vermögensverhältnisse der Budapester AG und der Belgrader Firma Tunner & Wagner sowie die einheitliche Leitung beider Unternehmen in einer „Vereinbarung“ vertraglich festgelegt wurden, kam es auch zum Abschluss eines weiteren „Syndikatsübereinkommens“.²⁸² In diesem scheint neben den bisherigen Mitgliedern Benno und Viktor Brausewetter, sowie Kluge und Lui Tunner als neuem „geschäftsführenden Direktionsrat“, auch ein Dr. Oskar Brausewetter auf. Der Wiener Arzt und Röntgenologe Oskar war der jüngste der vier Söhne des Firmengründers Victor. Der Syndikatsvertrag führt ihn unter den Aktionären der AG Budapest. Allerdings fehlt sein Name in der Liste der Unterzeichner.²⁸³ Seine Beteiligung war offensichtlich familienpolitisch begründet, außerdem war er von Victor gleich seinen Geschwistern als Erbe eingesetzt worden.²⁸⁴

Insgesamt ist dieses Syndikatsübereinkommen Ausdruck der durch die eigentumsmäßige Verschmelzung wie der operativen Abstimmung der beiden Gesellschaften entstandenen Sachlage. Daher wurden die grundsätzlichen Richtlinien zu Fragen

²⁷⁹ Ebenda. Der oben erwähnte „Entwurf“ ist nicht erhalten.

²⁸⁰ P+B, Zentralarchiv Wien, Vereinbarung: Wien, 16. Mai 1928.

²⁸¹ Ebenda, Punkt 11.

²⁸² P+B, Zentralarchiv Wien, Syndikatsübereinkommen: Wien, 16. Mai 1928.

²⁸³ Das Abkommen ist nur in einer Abschrift überliefert, die nicht signiert wurde.

²⁸⁴ Wiener Stadt- und Landesarchiv, Verlassenschaftsakt „Viktor Brausewetter“ (Bestand Handelsgericht, A 11, A 76/1926).

wie der Verteilung der Aktien, der Geltungsdauer des Übereinkommens, aber auch der Kündigung oder der Änderungen im Aktienbesitz nach einem Todesfall in Bezug auf beide formal selbständigen Unternehmen abgehandelt. Die in der zitierten „Vereinbarung“ beschlossenen Neuerungen wurden in das Syndikatsübereinkommen übertragen.

Am 2. August 1928 wurde angesichts der neuen Anteilsrechte an der Belgrader Firma ein neuer Gesellschaftsvertrag abgeschlossen. Gleich zu Beginn bediente man sich einer aus der „Vereinbarung“ vom 16. Mai d.J. entnommenen Formulierung über die Gründe der Beibehaltung der formalen Selbständigkeit des Belgrader Unternehmens.²⁹⁵ Hier wurde auch wiederholt, dass die neuen Eigentümer Benno und Viktor Brausewetter und Konrad Kluge nur als „stille Gesellschafter“ eintreten, da „Ausländer nach serbischem Gesetz nicht als öffentliche Gesellschafter registriert werden können“.²⁹⁶

Das Interesse an einer dauerhaften Lösung zeigt sich in der Bestimmung, das Gesellschaftsverhältnis für fünf Jahre als unkündbar zu erklären. Auch bei Verlängerung sollte die Fünfjahresfrist gelten.²⁹⁷

Die Zusammensetzung des Gesellschaftsvermögens stellte sich entsprechend einer für den 1. Januar 1928 aufgestellten „Eröffnungsbilanz“ wie folgt dar: Das „Stammkapital“ von 1.939.547,57 Dinare war zu 70 Prozent im Eigentum der Gruppe Brausewetter – Kluge („Wiener Gruppe“), Tunnners Anteil umfasste somit 30 Prozent. Lui Tunner brachte jedoch zusätzlich einen Betrag von 1.312.465 Dinare als „Einlage“ in das Unternehmen ein. Das Einlagenkonto stand für Tunner frei zur Disposition und wurde zu Lasten der Mitgesellschafter zu einem höheren Zinssatz, als für das Stammkapital vorgesehen war, verzinst.²⁹⁸ Diese Zusage sollte gelten, solange die Wiener Gruppe nicht auch ihrerseits eine Einlage bereitstellte.²⁹⁹

Auch an der Gewinnverteilung zeigt sich die Position Tunnners. Für seine „persönliche Tätigkeit“ standen ihm 20 Prozent des ermittelten Reinertrages zu, „erst der restliche Gewinn wird bilanzmäßig ausgewiesen“.³⁰⁰ An diesem selbst war er während der Gesamtdauer des Vertrages (bis 1932) mit 30 Prozent beteiligt. Eine fixe Quote gebührte auch Konrad Kluge, sie lag bei 21 Prozent. Benno Brauseweters Anteil sollte sich hingegen zwischen 1928 und 1932 von 42 auf 29,20 Prozent zugunsten seines Bruders Viktor verkleinern, dessen Kontingent dadurch von 7 auf 9,8 Prozent anwuchs. Der angelegte Schlüssel galt auch für die Aufteilung etwaiger Verluste.

²⁹⁵ P+B, Zentralarchiv Wien, Gesellschaftsvertrag (Protokoll): Wien, 2. August 1928, Art. I.

²⁹⁶ Ebenda.

²⁹⁷ Ebenda, Art. II.

²⁹⁸ Für das Jahr 1928 wurde der Zinssatz für die Einlage von Tunner mit zwölf Prozent fixiert, das Stammkapital wie schon bisher mit sechs Prozent.

²⁹⁹ Ebenda, Art. III.

³⁰⁰ Ebenda, Art. IV.

Die trotz firmenrechtlicher Selbständigkeit konzernmäßige Verschmelzung der Budapester AG mit der Belgrader OHG ist auch aus jenen Vertragsartikeln abzulesen, die sich mit der operativen Geschäftsführung auseinandersetzen. Sie gleichen in Fragen der Firmenleitung, der Verwaltung der Kapitalkonten, der Kündigung, des Ausschlusses oder des Ablebens eines oder mehrerer Gesellschafter, mit zum Teil wortgleichen Formulierungen anderen von *Pittel & Brausewetter* geführten Firmen.²⁹¹

Überall dort, wo Gesellschaftsrechte berührt wurden, mussten jedoch besondere Verfügungen getroffen werden, welche die konkreten Firmenverhältnisse ins Licht rücken. So stellte sich beim Ausscheiden eines Gesellschafters, ob durch Kündigung, Ausschließung oder durch Tod, die Frage der „gleichmäßigen Wahrung der Interessen aller [verbleibenden] Gesellschafter“. Im gegenständlichen Vertrag wurden diesbezügliche Anordnungen im Art. X zusammengestellt.²⁹²

Von allgemeiner Natur ist noch die Feststellung, dass Eigentumsrechte am Gesellschaftsvermögen wie auch Anspruchsrechte auf Gewinn und Verlust „nur ein Gesellschafter erwerben“ könne. Dieser verpflichtete sich, die durch das Ausscheiden eines Gesellschafters zur Auszahlung kommenden Beträge zu refundieren.

Die weiteren Absätze sind dem Anteilsverhältnis am Firmenvermögen seitens der Wiener Gruppe (Benno und Viktor Brausewetter und Konrad Kluge) und dem Geschäftsführer Lui Tunner gewidmet. Dieses auf 70 zu 30 lautende Verhältnis sollte weiter Bestand haben, auch wenn jemand von den Wiener Vertretern ausschied. Im Falle von Tunnners Ausscheiden stünde dessen Anteil von 30 Prozent Kluge zu, während Benno und Viktor Brausewetter zusammen über 70 Prozent verfügen würden. Beim Austritt eines der Herren Brausewetter sollten die freiwerdenden Anteile auf Wunsch den anderen an der Firma beteiligten Vertretern der Familie Brausewetter zufallen. Wenn jedoch weitere Familienmitglieder in die Firma einträten, so sind die bisherigen angehalten, jene mit Anteilen auszustatten.

Auch in den grundsätzlichen Aussagen über die Geschäftsführung finden sich einige die besondere Form der neuen Kooperation widerspiegelnde Verfügungen.²⁹³ So wurden die Gesellschafter zwar verpflichtet, „dem Unternehmen ihre volle Tätigkeit [zu] widmen“, dies jedoch mit der Einschränkung: „soweit es ihre Verpflichtungen in den übrigen Firmen Pittel & Brausewetter zulassen“. Mit dem anschließenden Hinweis, dass Herr Tunner „das Verhältnis [zwischen] der Firma Pittel & Brausewetter Wien zur ‚Obnova‘ Baugesellschaft G.m.b.H., Ljubljana“ bekannt sei und seine Zustimmung finde, wird eine weitere Konzernverbindung angesprochen, auf die weiter unten noch einzugehen sein wird.

Noch vor Ablauf der in den 1928 abgeschlossenen Verträgen sowohl für das Budapester Syndikat wie auch für die Belgrader Firma festgesetzten übereinstimmenden

²⁹¹ Ebenda, vgl. die Art. V bis IX.

²⁹² Ebenda, Art. X, Absätze a) bis f).

²⁹³ Ebenda, Art. V.

Geltungsdauer²⁹⁴ kam es 1931 zu einer Neufassung der Verträge. Außer in einigen Punkten notwendigen oder opportunen Spezifizierungen lag der Grund vor allem in einem weiteren Zugang bei den Mitgliedern des Syndikates. Dipl.Ing. Dr. Karl Brausewetter, der Kommanditist der Sofioter Gesellschaft, ist im Syndikatsvertrag vom 5. März d.J. als Aktieninhaber verzeichnet.²⁹⁵ Am selben Tag wurde in einer als „Zusatz“ titulierten Ergänzung zum Gesellschaftsvertrag der Firma Tunner & Wagner vom 2. August 1928 der Eintritt Karl Brausewetters als „stiller Gesellschafter“ in dieses Unternehmen kundgetan.²⁹⁶

Der auf die Wiener Gruppe, zu der nun auch Karl Brausewetter zählte, entfallende Anteil an den Aktien umfasste weiterhin 7.000 Stück oder 70 Prozent, Lui Tunner verblieben wie vertraglich festgelegt 30 Prozent. Die auch als Gruppe Brausewetter – Kluge bezeichneten Syndikatsmitglieder teilten sich in den Besitz wie folgt.

Name	Stückzahl	Prozentanteil
Benno Brausewetter	2.987	42,7
Konrad Kluge	2.133	30,5
Viktor Brausewetter	640	9,1
Oskar Brausewetter	600	8,6
Karl Brausewetter	640	9,1
Zusammen	7.000	100,0

Quelle: P+B, Zentralarchiv Wien, Syndikatsvertrag: Wien, 5. März 1931, Punkt 1

Aus der Verteilung des Anspruches am „idealen Wert“ der Firma Tunner & Wagner im Jahre 1930 geht hervor, dass zu jenem Zeitpunkt Benno Brausewetter 59 Prozent, Konrad Kluge 30 und Viktor Brausewetter 11 Prozent Kapitalanteile besessen hatten.²⁹⁷ Die Oskar und Karl Brausewetter 1931 zugesprochenen Aktien stammten demnach vor allem von Bennos Anteil, geringfügig aber auch von Viktor.

Nach Erneuerung der Bestimmungen über Aktienbesitz und -veräußerung konstatiert der Vertrag von 1931, dass alle nach wie vor nur in Form von Scrips vorhandenen Aktien „derzeit in der Kassa der Aktiengesellschaft in Budapest“ aufliegen.²⁹⁸ Auch die Geltungsdauer des neuen Syndikatsvertrages wurde differenziert gesehen: Während diese für Tunner vorerst nur bis 31. Dezember 1932, dem Ablaufdatum des 1928 abgeschlossenen Gesellschaftsvertrages, galt und danach – im Falle der Verlän-

²⁹⁴ Die auf fünf Jahre abgeschlossenen Verträge wären bis 31. Dezember 1932 gültig gewesen.

²⁹⁵ P+B, Zentralarchiv Wien, Syndikatsvertrag: Wien, 5. März 1931.

²⁹⁶ P+B, Zentralarchiv Wien, Tunner-Wagner (Zusatz): Wien, 5. März 1931.

²⁹⁷ P+B, Zentralarchiv Wien, Belgrad, innerer Wert (Ergänzung): Wien, 14. Juni 1930.

²⁹⁸ P+B, Zentralarchiv Wien, Syndikatsvertrag: Wien, 5. März 1931, Punkte 2 und 3.

gerung – gleich diesem auch befristet sein sollte, wurde den Mitgliedern der Wiener Gruppe eingeräumt, sich in Terminfragen nach den für die Firma *Pittel & Brausewetter*, Wien bestehenden Abmachungen zu richten.²⁹⁹

Hinsichtlich des Aktienbesitzes nach Kündigung, Ausschluss oder Tod eines Mitgliedes traf der Syndikatsvertrag des Jahres 1931 detailliertere Verfügungen als jener aus dem Jahre 1928. Im Falle einer Kündigung wurde übereinstimmend betont, dass die Aktien des Austretenden in den Besitz der verbleibenden Syndikatsmitglieder übergehen sollen. Auch bei Ausschluss eines Teilhabers votierte man 1931 in diesem Sinne, 1928 fehlte eine Entscheidung in diesem Punkt. Unterschiedlich wurde in beiden Verträgen die Vorgangsweise bei einem Todesfall beurkundet. Konnten 1928 die Erben oder Rechtsnachfolger eines verstorbenen Mitgliedes frei über den ihnen zufallenden Aktienanteil verfügen, so war auch ein Beitritt zum Syndikatsvertrag möglich, sah man 1931 allein den Übergang der Aktien an die verbleibenden Mitglieder vor. Diese waren verpflichtet, den Wert der Aktien in bar zu erstatten.³⁰⁰ Der Festlegung des Kaufpreises ist ein separater Verhandlungspunkt gewidmet. Er wurde von den Syndikatsmitgliedern pro Jahr festgelegt und war, da die Aktien an keiner Börse gehandelt wurden, ein „Kaufwert“, der sich aus dem Nominalwert zuzüglich eines Anteils an den Reserven und den „größeren Abschreibungen“ zusammensetzte. Der Kaufwert stellt sich als der „ideale Wert der Aktien“ dar.³⁰¹

Die nach dem Tode des Firmengründers Victor 1926 eingeleitete Reorganisation des Konzerns der unter dem Namen *Pittel & Brausewetter* in Österreich und den Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie geführten Betriebe und Firmen erreichte 1932 ihren vorläufigen Abschluss. Dabei waren nicht nur familienpolitische Entscheidungen zu treffen, die ungleich größeren Probleme resultierten aus den wirtschaftlichen Turbulenzen der Nachkriegszeit und den Folgen einer gerade die Bauwirtschaft treffenden Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre. Man versuchte bei strikter Einhaltung der unterschiedlichen nationalen Vorschriften, ein aufeinander abgestimmtes und durch enge Kooperation kostengünstiges Arbeitsprogramm zu entwickeln. Wie bereits am Beispiel der Budapester Aktiengesellschaft gezeigt werden konnte, sah man in der Vereinheitlichung von Organisation und Geschäftsführung das Mittel, dieses Ziel zu erreichen. In gewisser Weise bewirkte dieser Prozess eine Trennung oder besser Neugewichtung der Funktionen seitens der Kapitaleigner und des operativen Managements. Die Ernennung Lui Tunnens zum allein bestimmenden Geschäftsführer des Budapester und des Belgrader Unternehmens 1928 ist Ausdruck dieser Entwicklung, die sich weiter fortsetzte.

1932 wurde eine weitere Bauunternehmung, die „Obnova“, eine GmbH mit Sitz in Ljubljana, in die „einheitliche Leitung“ der Budapester und der Belgrader Fir-

²⁹⁹ Ebenda, Punkt 4.

³⁰⁰ Ebenda, Punkt 5.

³⁰¹ Ebenda, Punkt 6.

ma einbezogen.³⁰² Die am 10. August d.J. unterfertigte „Gedächtnisschrift“³⁰³ sprach nicht nur Lui Tunner die leitende Funktion eines Geschäftsführers aller drei Unternehmen zu, sondern sie führte erstmals das Prinzip der „gemeinsamen Rechnung“ ein.³⁰⁴ Die Abmachung gibt Auskunft über das Ausmaß und die Struktur des in den drei Firmen investierten Kapitals sowie die geltenden Richtlinien der Erfolgsermittlung. Im Folgenden sei vor allem auf die Budapester Aktiengesellschaft eingegangen, die entsprechenden Ausführungen hinsichtlich des Belgrader und des Laibacher Unternehmens finden sich in deren Darstellungen.

Im Vorstand (Direktion) der Budapester AG hatten Viktor Brausewetter, der als „Präsident“ titulierte wurde, Benno Brausewetter, Konrad Kluge und Lui Tunner als „geschäftsführendes Mitglied“ Sitz und Stimme. Tunner wurde verpflichtet, die Geschäfte „im steten Einvernehmen“ mit den als „Wiener Gruppe“ bezeichneten übrigen Vorstandsmitgliedern zu führen. Diese verpflichteten sich ihrerseits, „ihn zu unterstützen und Interventionen vorzunehmen“. Die so umschriebene Kooperation sah eine Teilung zur Hälfte der bei Kreditaufnahmen einzugehenden Garantie- und Haftungsverpflichtungen vor.³⁰⁵

Zur Herstellung eines von allen getragenen Tätigkeitsprofils wurde den Gesellschaftsversammlungen große Bedeutung zugemessen. Sie sollten viermal im Jahr stattfinden und alle Fragen der Geschäftsführung behandeln. Um den unterschiedlichen nationalen Anforderungen bei Projektierungen und Bauausführungen besser zu entsprechen, wurden Kluge als Sachverständiger für das jugoslawische und „einer der Herren Brausewetter“ für das ungarische Geschäft namhaft gemacht und neben Lui Tunner zur Teilnahme an den einschlägigen Beratungen verpflichtet. Die bezüglich einer einheitlichen Leitung besonders wichtige Frage war die Bewältigung von Meinungsverschiedenheiten. Hier sollte die „Intervention des dienstältesten Gesellschafters in Anspruch“ genommen werden. Kam keine Einigung zustande, konnte Tunner „nach eigenem Gutdünken“ entscheiden, hatte jedoch auch alle daraus resultierenden Folgen zu tragen.³⁰⁶

In Fragen der Rechtsform wie der Organisation hielt man im Wesentlichen an den bisher in Einzelverträgen der drei Firmen vereinbarten Bestimmungen fest. Für Änderungen in der Gesellschaftsform oder die Aufnahme neuer Gesellschafter sahen diese grundsätzlich die „Zustimmung aller Gesellschafter“ vor, auch Entscheidungen in Sachen Kapitalausstattung, der Ernennung von Prokuristen, ja selbst „der Kauf

³⁰² Dies war möglich, da 1928 Benno und Viktor Brausewetter, Konrad Kluge und Lui Tunner sämtliche Anteile an der Gesellschaft käuflich erworben hatten. Näheres zur Geschichte der Obnova im Rahmen der Konzernentwicklung von Pittel & Brausewetter im Abschnitt 6.2.6.

³⁰³ P+B, Zentralarchiv Wien, Gedächtnisschrift: Wien, 10. August 1932

³⁰⁴ Ebenda, Art. II.

³⁰⁵ Ebenda.

³⁰⁶ Ebenda.

oder Verkauf von Grundstücken oder Realitäten“ waren an die ungeteilte Befürwortung aller gebunden. Eine Ausnahmeregelung erfuhr der etwaige Eintritt von Martin Brausewetter, dem nach Karl zweitältesten Sohn von Benno, und von Lui Tunner jun., die beide auf Antrag ihrer Väter „ohne weitere Beschlussfassung“ als Gesellschafter aufzunehmen wären. Im Falle des Ablebens von Benno sollte Martin „mit dem Todesjahr des Vaters“ dessen Stelle einnehmen.³⁰⁷

Die konzernpolitische Bedeutung der in der „Gedächtnisschrift“ als „Pubag“ bezeichneten Budapester Aktiengesellschaft kann anhand ihres Anteils am Gesellschaftskapital der drei in Leitung und Rechnungslegung zusammengeschlossenen Firmen näher eingeschätzt werden.³⁰⁸ Insgesamt betrug das aufsummierte Kapital 425.000 Goldpengö, woran die Pubag mit einem Grundkapital von 100.000, also knapp mit einem Viertel beteiligt war. Gleich groß war der Kapitalanteil des Belgrader Unternehmens, auch „Tuwag“ bezeichnet, während das Laibacher Unternehmen Obnova über ein Grundkapital von 125.000 Goldpengö verfügte. Durch eine „Einlage“ von weiteren 100.000 erreichte das gesellschaftseigene Kapital die Höhe von 425.000 Goldpengös. Gemessen allein am Grundkapital (Puwag, Tuwag) und am Stammkapital (Obnova) befanden sich die drei Firmen in einer annähernd gleichen Ausgangsposition. Auf die Frage nach dem wirtschaftlichen Erfolg, der sich trotz einheitlicher Geschäftsführung infolge äußerst unterschiedlicher Produktionsbedingungen oft auch gegensätzlich entwickelte, wird im Kapitel 3 (Teil I, B) näher eingegangen.

Das Gedächtnisprotokoll konstatierte weiter die Gleichverteilung des Gesellschaftsvermögens zwischen der Wiener Gruppe und Lui Tunner (auch Gruppe Tunner genannt). Bezüglich des Aktienbesitzes am Budapester Unternehmen bedeutete dies eine Abänderung der im Syndikatsvertrag 1931 vorgenommenen Aufteilung. In diesem standen der Wiener Gruppe noch 70 Prozent des Nominalkapitals (7.000 Aktien) zu, Tunner verfügte über 30 Prozent (3.000 Aktien). Doch nicht nur das Verhältnis zwischen den Anteilen der Wiener Gruppe und jenen Tunnners hatte sich verändert, auch innerhalb der Wiener Gesellschafter kam es zu Umverteilungen.

Die Verteilung der Aktien der Puwag 1931 und 1932
(10.000 Aktien à 10 Goldpengö)

	1931		1932	
	Zahl der Aktien	Prozentanteil	Zahl der Aktien	Prozentanteil
Benno Br.	2.987	29,87	2.350	23,50
Konrad Kluge	2.133	21,33	1.467	14,67
Viktor Br.	640	6,40	539	5,39
Karl Br.	640	6,40	44	0,44
Oskar Br.	600	6,00	600	6,00

³⁰⁷ Ebenda.

³⁰⁸ Ebenda, Art. IV.

<i>Teilsomme</i>	7.000	70,00	5.000	50,00
Lui Tunner	3.000	30,00	5.000	50,00
Gesamtsumme	10.000	100,00	10.000	100,00

Noch deutlicher treten die Verschiebungen in den Kapitalanteilen der Wiener Gesellschafter hervor, wenn deren Gesamtanteil als Ausgangsgröße genommen wird.

Verteilung des Aktienbesitzes der Wiener Gruppe an der Puwag 1931 und 1932

	1931		1932	
	Zahl der Aktien	Prozentanteil	Zahl der Aktien	Prozentanteil
Benno Br.	2.987	42,7	2.350	47,0
Konrad Kluge	2.133	30,5	1.467	29,3
Viktor Br.	640	9,1	539	10,8
Karl Br.	640	9,1	44	0,9
Oskar Br.	600	8,6	600	12,0
Gesamtsumme	7.000	100,0	5.000	100,0

Quelle: P+B, Zentralarchiv Wien, Syndikatsvertrag: 5. März 1931; Gedächtnisschrift: 10. August 1932.

Bezüglich des gesamten Grundkapitals verringerten sich die Anteile von Benno und Karl Brausewetter sowie von Kluge im Ausmaß zwischen sechs und sieben Prozent, während Viktor und Oskar Brausewetter ihren Aktienbesitz prozentuell in etwa halten konnten. Innerhalb der Wiener Gruppe führte die Reduzierung des Aktienbesitzes jedoch zu einer Anteilsveränderung zugunsten Bennos, aber auch Oskar Brausewitters, während Karl de facto seine Anteile bis auf eine Restgröße zurücklegte. Karls Engagement im Sofioter Unternehmen lässt diese seine Entscheidung als naheliegend verstehen. Zum Zeitpunkt der Abfassung der Gedächtnisschrift waren die entsprechenden buchhalterischen Maßnahmen bereits vollzogen.

Die Richtlinien für die Ermittlung des „Gesamterfolges der drei Unternehmen“ sowie die Grundsätze der Gewinnverteilung wurden in einem eigenen Artikel zusammengefasst.³⁰⁹ Die Ertragsgröße sollte ein Ergebnis der Saldierung aller „bücherlichen und außerbücherlichen“ Gewinne und Verluste sein. Lag ein Gewinn vor, konnte dieser „vorerst“ für eine „maximale“ sechsprozentige Verzinsung des Kapitals herangezogen werden. Den Rest teilten sich Lui Tunner und die Wiener Gesellschafter im Verhältnis eins zu vier. Einen Verlust trugen die beiden Gruppen gemäß ihrem

³⁰⁹ Ebenda, Art. V.

Kapitalbesitz je zur Hälfte. Die von den Gesellschaftern in Ausübung ihrer Funktionen getätigten Ausgaben wie etwa bei Geschäftsreisen wurden zu Lasten des „Regiekontos“³¹⁰ gewinnmindernd eingerechnet. Die Bedeutung der Wiener Geschäftsstelle wird deutlich in der Verfügung, dass für die hier ausgearbeiteten Projekte und entworfenen Kostenvoranschläge die betreffenden Firmen an *Pittel & Brausewetter, Wien* die „Selbstkosten plus 15 Prozent“ zu erstatten hatten. Eine gesonderte Erwähnung fanden auch „Beteiligungen an Spezialarbeiten“, die den leitenden Ingenieuren Ertragsanteile einbrachten. So wurden für Emanuel Kohout und Leopold Heinlein 6,66 Prozent Gewinnbeteiligung bei „Betonstraßenbauten in Ungarn und Jugoslawien“ vereinbart. Ebenso hoch war die einem Ing. Keutter für seine Tätigkeit bei „Wasserbauten in Ungarn und Jugoslawien“ zustehende Vergütung.

Die bereits in die früheren Syndikatsverträge aufgenommenen Bestimmungen bezüglich Erwerb, Besitz und Veräußerung von Aktien fanden weiter Verwendung, im Prinzip auch die bei Kündigung, Ausschluss und Tod vorgesehenen Maßnahmen.³¹¹ Im Besonderen wurde dabei der Besitz an Aktien oder an Geschäftsanteilen zwischen den beiden Gruppen (Wien und Tunner) geregelt. Bei Kündigung des Gesellschaftsübereinkommens durch eine Gruppe standen die ihr gehörigen Aktien der anderen zu. Kündigungen innerhalb einer Gruppe waren durch eine Neuaufteilung unter den verbleibenden Gesellschaftern zu bereinigen. Dabei galt für die Wiener Gruppe die Regel, dass die „Herren Brausewetter“ über zwei Drittel und Kluge über ein Drittel des Aktienbesitzes verfügen sollten. Eine Änderung gegenüber früheren Bestimmungen bedeutete die in Artikel IX ausgesprochene Verfügung, dass den Erben verstorbener Gesellschafter keine Aktien oder Geschäftsanteile zugewiesen, sondern für sie Akzente, die dem Verkehrswert der Aktien entsprechen sollten, bei einem Treuhänder hinterlegt werden.

Diese die gesamtwirtschaftliche Lage der Unternehmen abbildenden Verkehrswerte sind für die allein auf den Bilanzdaten fußende Ergebnisanalyse eine wertvolle Ergänzung. So senkte man 1932 bei einem geringen rechnerischen Verlust von 9.499 Pengö den Verkehrswert der Aktien von zehn auf null ab. 1934 ergab die Schlussbilanz ein negatives Ergebnis von 24.701 Pengö, der Verkehrswert der Aktien sank mit minus 135.000 Pengö unter den Nominalwert von 100.000.³¹²

Es liegen keine weiteren vertraglichen Abmachungen über die Kapitalverteilung und die finanzwirtschaftlichen Grundsätze der Unternehmensführung vor. Im Jahr 1939 ist es jedoch zu tiefgreifenden Änderungen in der Zusammensetzung des Vor-

³¹⁰ Eine Analyse der „Regiekosten“ bietet eine wertvolle Ergänzung des aus den überlieferten Bilanzen nur bedingt ableitbaren Kosten – Ertragsverhältnisses und seiner Veränderungen.

³¹¹ Ebenda, Art. VII – X.

³¹² Der auch als Verkaufswert bezeichnete Verkehrswert sollte nach der Gedächtnisschrift die genaue Lage des Unternehmens, wie sie nur den Gesellschaftern bekannt sein konnte, widerspiegeln. P+B, Zentralarchiv Wien, Verkehrswert 1932; Verkehrswert 1934.

standes der Budapester AG gekommen. Viktor Brausewetter behielt als Präsident weiter den Vorsitz. Benno Brausewetter, Konrad Kluge, aber auch Lui Tunner schieden nach den Angaben im Compass aus diesem Gremium aus.³¹³ Ing. Eugen (Jenő) Moser, der zwischen 1928 und 1933 die Stelle eines Prokuristen eingenommen hatte, wechselte 1934 in den Vorstand und erwarb, wie aus Angaben zum Verkehrswert dieses Jahres hervorgeht, ein Fünftel der Aktien im Nominalwert von 20.000 Pengő.³¹⁴ Zum Bilanzschluss des Jahres 1939 bemühte man sich erneut um die Feststellung des Inneren Wertes, dessen Berechnung die Verteilung des Aktienbesitzes angeschlossen wurde. Die hier ausgewiesenen Besitzstände entsprechen den 1934 eingetretenen Veränderungen: Die Anteile Tunners und der Wiener Gruppe hatten sich auf je 40 Prozent verringert, Moser besaß die restlichen 20 Prozent.³¹⁵

Der Wiener Gruppe gehörten nicht mehr Karl und Oskar Brausewetter an, ihre geringen Anteile wurden auf Benno übertragen. Zusammen verfügten Benno und Viktor Brausewetter über $66\frac{2}{3}$ Prozent der der Wiener Gruppe zustehenden Aktien, $33\frac{1}{3}$ Anteile entfielen auf Konrad Kluge, womit die seit 1931 vertraglich festgelegte Relation weiter beibehalten wurde.³¹⁶

Die 1939 eingetretenen personellen Änderungen im Vorstand der Gesellschaft fanden somit nur zum Teil eine Entsprechung in der Verteilung des Aktienbesitzes. Lui Tunner, Benno Brausewetter und Konrad Kluge, die zusammen über drei Viertel des Aktienkapitales verfügten, waren nicht mehr im Vorstand vertreten. Jenő Moser mit 20 Prozent und Viktor Brausewetter mit 13 Prozent repräsentierten nun als Vorstandsmitglieder die Kapitaleigner.

6.2.5 Tunner & Wagner, Aktiengesellschaft, Beograd

Unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkrieges gründeten Lui Tunner und Alexander Wagner eine offene Handelsgesellschaft, die ihren Sitz in Beograd hatte und als „Beton- und Eisenbetonbauunternehmen“ signierte. Neben der Erstellung von „Hoch- und Tiefbauten“ betrieb die Firma einen Handel mit „Baumaterialien und Zementwaren“.³¹⁷ Der Geschäftsverkehr wurde in serbokroatischer, deutscher, ungarischer und französischer Sprache abgewickelt, woraus auf die Intentionen der Firmengründer geschlossen werden darf. Über den Geschäftserfolg liegen keine Informationen vor. Zwischen Tunner und Wagner kam es vermutlich vor Ende 1927 zu einer „Vereinbarung“, in der Alexander Wagner seinen Austritt aus der bisher gemeinschaftlich mit Tunner geführten Unternehmung bekanntgab und die Ausföhlung sei-

³¹³ Compass, Ungarn 1941, S. 444.

³¹⁴ Compass, Ungarn 1930, S. 557; 1931, S. 550; 1932, S. 517; 1933, S. 428; 1934, S. 408; 1935, S. 414; 1936, S. 408; P+B, Zentralarchiv Wien, Verkehrswert: AG Budapest 1934 (Wien, 27. August 1935).

³¹⁵ P+B, Zentralarchiv Wien, Verkehrswert: AG Budapest 1939 (Wien, 1. Juni 1940).

³¹⁶ Ebenda, Vereinbarung: Wien, 17. Dezember 1940.

³¹⁷ Compass, Jugoslawien 1930, S. 147.

ner Kapitaleinlage bestätigte.³¹⁸ Wagner erteilte darin auch seine Zustimmung für die Beibehaltung des Namens bei Weiterführung der Firma. Unter Bezugnahme auf Tunnners Wunsch erklärte er sich einverstanden, in der Firma die Stellung eines Direktors zu bekleiden, was seine Anwesenheit in Belgrad zumindest für vier Monate im Jahr erfordere. Es folgte der letztlich entscheidende Satz, dass er „im Falle des Austritts des Herrn Tunner aus dem Geschäfte den einheimischen Charakter der Firma zu wahren“ habe.³¹⁹

Dahinter stand, wie bereits im vorigen Abschnitt gezeigt werden konnte, die zwischen Tunner und den Aktionären der Budapester AG, Benno und Viktor Brausewetter wie Konrad Kluge, ausgehandelte Kooperation der beiden Firmen, die bei gegenseitiger Beteiligung der Eigentümer unter einheitlicher Leitung weitergeführt werden sollten. Ein etwaiges Ausscheiden Tunnners hätte nach jugoslawischem Recht, das die Führung heimischer Firmen durch ausländische Unternehmer infolge Majorität der Kapitalanteile ausschloss, die Existenz der Firma gefährdet. Wagner blieb so formalrechtlich weiterhin Mitgesellschafter der OHG, als Direktor trat er jedoch de facto in ein Beamtenverhältnis ein. Diese Lösung entband ihn jeglicher Verantwortung für aus dem Geschäftsbetrieb sich ergebende Verluste.

Damit waren die Voraussetzungen geschaffen, beiden Unternehmen ein gemeinsames Tätigkeitsprofil zu geben. Ein solches darf in wesentlichen Ansätzen bereits vorher als grundgelegt angesehen werden, waren doch beide Firmen mit der Ausführung von Beton- und Eisenbetonkonstruktionen im Hoch- und Tiefbau beschäftigt. Der durch eine gegenseitige Kapitalbeteiligung und eine vereinheitlichte Führung erhoffte ökonomische Gewinn ist nicht als ein Zeichen der Schwäche auszulegen. Vielmehr deutet manches, auch aus der allgemeinen Wirtschaftslage der späten zwanziger Jahre, auf die Erwartung weiterer Umsatz- und Ertragssteigerungen hin. Das Beharren der Wiener Gruppe um Benno und Viktor Brausewetter und Konrad Kluge auf einer strikten formalen Trennung beider Unternehmen war offensichtlich allein firmenrechtlich bedingt. Dass Tunner eine weitergehende Verschmelzung der beiden Firmen bevorzugt hätte, wie aus seiner „dann auch“ gegebenen Zustimmung ersichtlich wird, überrascht nicht, hätte eine solche doch seine Arbeit als geschäftsführender Direktor erleichtert.³²⁰ Die Vereinbarung zwischen Tunner und Wagner sah eine Laufzeit von fünf Jahren vor (bis Ende 1932), doch auch ein Hinweis auf die optimistische Einschätzung der durch die betriebliche Kooperation erwarteten Entwicklungsanreize.

Nach Abklärung der zukünftigen Position und Rolle des ehemaligen Mitgesellschafters Alexander Wagner trafen sich Lui Tunner als nunmehriger Alleininhaber der Belgrader Firma und die Aktionäre der Budapester AG, um die eigentumsrechtli-

³¹⁸ P+B, Zentralarchiv Wien, Vereinbarung: Kopie ohne Datumsangabe.

³¹⁹ Ebenda, Punkt IV.

³²⁰ P+B, Zentralarchiv Wien, Grundprotokoll: Wien, 12. Juli 1927.

chen Voraussetzungen der künftigen Kooperation zu besprechen.³²¹ Die in Wien im Mai 1928 „festgelegten Bestimmungen“ fanden Eingang in einem am 2. August d.J. abgeschlossenen Gesellschaftsvertrag.

Im Sinne der konzernpolitischen Bedeutung des zugrundeliegenden Kooperationskonzeptes sei im Folgenden mitunter auch auf bereits Bekanntes kurz verwiesen. Ziel war eine wechselseitige Kapitalbeteiligung und die Installierung einer einheitlichen Leitung beider Firmen. Erstere wurde einerseits durch den Eintritt Lui Tunners in die Budapester AG und die Übernahme von 30 Prozent der Vermögenswerte, andererseits durch Eintritt der Gruppe Pittel & Brausewetter in die Belgrader Firma und die Erwerbung von 70 Prozent des Gesellschaftskapitals realisiert. Zum Zweiten wurde die „unmittelbare Geschäftsleitung“ beider Unternehmen Lui Tunner übertragen. Der hierfür maßgebliche Artikel V des Vertrages betont jedoch einleitend das Prinzip der Einvernehmlichkeit. In der vorausgegangenen Vereinbarung sprach man von dem „ständigen Einvernehmen“, das Tunner bei der Geschäftsführung anzustreben hätte. Bei Meinungsverschiedenheiten sollte die Stimme des „Dienstältesten“ oder „Nächstältesten“ der Gesellschafter entscheiden. Diese Voraussetzung erfüllten Benno Brausewetter und Konrad Kluge. Allen drei Vertretern der Gruppe Pittel & Brausewetter stand überdies eine Generalvollmacht zu, die sie zur „rechtsgültigen Vertretung und Zeichnung“ der Firma berechtigte. *Pittel & Brausewetter* behielt trotz Abgabe der „unmittelbaren“ Geschäftsführung an Tunner eine das operative Geschäft weitgehend unter Kontrolle haltende Entscheidungshoheit bei.³²²

Aus wirtschaftlicher Sicht versprach die funktionelle Kooperation beiden Teilen gewisse Vorteile. Die Vermögensverhältnisse im Jahr 1927, die in einer „Eröffnungsbilanz“ zum 1. Jänner 1928³²³ dargestellt wurden und die Ausgangslage kenntlich machen, zeigen folgendes Bild: Das „Stammkapital“ der Belgrader Firma betrug insgesamt 1.939.547,57 Dinare, an dem vertragsgemäß Tunner mit 30 Prozent (589.547,57 Din.) und die Gruppe P & B (Benno und Viktor Brausewetter, Konrad Kluge) mit 70 Prozent (1.350.000 Din.) beteiligt waren. Darüber hinaus belief sich Tunner ein Einlagenkonto mit dem Betrag von 1.312.465 Din. im gemeinschaftlichen Unternehmen. Während das Stammkapital jährlich zu Lasten des Erträgnisses mit sechs Prozent verzinst wurde, sprach der Vertrag der Einlage Tunners eine höhere Verzinsung zu, für 1928 wurden zwölf Prozent vereinbart. Diese Regelung sollte solange Bestand haben, als die Gruppe P & B nicht auch ihrerseits eine adäquate Einlage geltend machte. Bis dahin konnte Tunner über das Einlagenkonto frei verfügen.

Eine Einschätzung der wirtschaftlichen Lage der beiden Unternehmen im zeitli-

³²¹ Vgl. Abschnitt 6.2.4.

³²² P+B, Zentralarchiv Wien, Vereinbarung: Wien, 16. Mai 1928; Gesellschaftsvertrag: Wien, 2. August 1928.

³²³ Gemäß dem Wortlaut der Vereinbarung sollte diese Bilanz dem Gesellschaftsvertrag „angeheftet“ werden; sie ist jedoch nicht erhalten.

chen Umfeld der Vertragsunterzeichnung ist schwierig. Die Budapester AG war seit Einführung der Goldbilanzvorschriften 1926 nicht in der Lage, eine Dividende auszuschütten. 1928 konnte bedingt durch einen Überschuss aus dem Baugeschäft eine solche von neun Prozent zur Verteilung kommen, ebenso 1929.³²⁴ Das Belgrader Unternehmen warf 1927 für Tunner den ansehnlichen Gewinn von 1,6 Millionen Dinare ab, den er laut Vereinbarung (16. Mai 1928) als „Privateinlage“ in der Firma belassen wollte, und der auch im Vertrag in seinem „Einlagekonto“ aufscheint. In der 1929 aufgestellten Konzernbilanz³²⁵ wird für „Beograd“ ein Gewinn von 602.817,40 Dinare ausgewiesen, als Unternehmen repräsentierte es an die zehn Prozent des Konzernvermögens. Inwieweit also die Zusammenarbeit die Ertragskraft beider Firmen positiv beeinflusste, kann mangels einschlägiger Daten nicht weiter präzisiert, eine negative Wirkung aber nicht angenommen werden. Die im Baugeschäft günstige Entwicklung in den späten zwanziger Jahren beruhte auch auf der allgemeinen Konsolidierung der nationalen Wirtschaften, die trotz währungspolitischer Unsicherheiten zu einer Belebung der Investitionstätigkeit führte.

Die bereits angesprochene konzernmäßige Bedeutung auch der formalrechtlich selbständigen Unternehmen kann bereits aus einigen Formulierungen in den Verträgen erkannt werden. So endeten die sachspezifischen Abmachungen über die geplante Kooperation mit dem Hinweis, dass der abzuschließende Gesellschaftsvertrag mit der Firma Tunner & Wagner „ein den übrigen Gesellschaftsverträgen der Firma P&B angepasster“ sein müsse.³²⁶ Auch die im Vertrag dezidiert geforderte Einvernehmlichkeit in Sachen Geschäftsführung und die Verpflichtung der Gesellschafter, dem Unternehmen ihre „volle Tätigkeit“ zu widmen, wurde ergänzt mit dem Zusatz, „soweit es ihre Verpflichtungen in den übrigen Firmen Pittel & Brausewetter zulassen“. Ebenso zeigt der gleichsam erklärende Nachsatz, dass „das Verhältnis zwischen der Firma Pittel & Brausewetter, Wien zur ‚Obnova‘ Baugesellschaft G.m.b.H., Ljubljana“ Herrn Tunner bekannt sei und seine Zustimmung finde, den konzernpolitischen Aspekt auf.³²⁷ Auf Rolle und Bedeutung der „Obnova“ im Rahmen der von Pittel & Brausewetter geführten Firmen wird im nachfolgenden Abschnitt gesondert eingegangen.

Eine weitere Stufe in der funktionellen Verschmelzung der in Ungarn und Jugoslawien geführten Konzernbetriebe bedeutete die 1932 vorgenommene Reorganisation. Die Obnova GmbH in Laibach, die, wie noch zu zeigen sein wird, 1928 erworben worden war, sollte der Geschäftsführung Tunner unterstellt werden. Die diesbezügliche Vereinbarung legte aber nicht nur die Richtlinien einer „einheitlichen

³²⁴ Compass, Ungarn 1930, S. 557; 1931, S. 551.

³²⁵ P+B, Zentralarchiv Wien, Konzernbilanz 1929, S. 2 (Aktiva), S. 6 (Zergliederung des Reinvermögens).

³²⁶ Ebenda, Vereinbarung: Wien, 16. Mai 1928, Punkt 13.

³²⁷ Ebenda, Gesellschaftsvertrag: Wien, 2. August 1928, Art. V.

Leitung“ fest, sondern sah auch eine „gemeinsame Rechnung“ vor.³²⁸ Die offene Handelsgesellschaft Tunner & Wagner wurde im selben Jahr als Aktiengesellschaft gleichen Namens neu gegründet, das Aktienkapital von einer Million Dinare verblieb im Eigentum der bisherigen Gesellschafter, war aber nur zur Hälfte eingezahlt. Während Tunner gemäß seiner Rolle als Geschäftsführer die Position eines „Präsidenten“ einnahm, fungierte Wagner offiziell neben zwei weiteren heimischen Vertretern als „Mitglied“ des Direktionsrates.³²⁹ Inoffiziell vertrat Kluge wie schon bisher in der OHG die Interessen der Gruppe *Pittel & Brausewetter, Wien*.³³⁰

Beide Maßnahmen, die Einführung einer umfassenden Rechnungslegung wie auch die Umwandlung der OHG in eine AG sind vor dem Hintergrund eines 1931 erfolgten Ertragsseinbruches zu sehen. Noch 1930 signalisierten die Konzernbetriebe zusammen einen gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnenden Anstieg des Reinvermögens von 24 Prozent. Ein Jahr später büßte *Pittel & Brausewetter* ein Drittel des Firmenvermögens ein.³³¹ Wiederum ist es aber schwierig, den Erfolg dieser Eingriffe abzuschätzen. Zudem entwickelte sich das Geschäft in Ungarn und Jugoslawien sehr unterschiedlich. Das Budapester Unternehmen war zuletzt 1930 und vor dem Krieg nicht mehr in der Lage, eine Dividende zu verteilen, der Verkehrswert wurde von den Gesellschaftern auf Null gesetzt.³³² Tunner & Wagner verkörperte 1929 wie schon erwähnt knapp zehn Prozent des Konzernvermögens. 1930 lag die Quote bei 6,3 Prozent; nach Umwandlung in eine AG wurde das Unternehmen konzernintern nicht mehr gesondert dargestellt. Der nach Bilanzschluss 1932 festgelegte Verkehrswert entsprach dem Nominalwert der Aktien (1.000 Dinare pro Aktie).³³³ Die Ertragskraft des Belgrader Unternehmens dürfte eine zumindest günstigere Entwicklung als die der Budapester AG genommen haben. Der Vollständigkeit halber sei ergänzt, dass die 1928 erworbene und 1932 in die gemeinsame Geschäftsführung und Rechnungslegung einbezogene *Obnova GmbH* einen Verkehrswert des Gesellschaftskapitals von 630.000 Dinare aufwies. Nach zwei Verlustjahren wurde 1934 ein auf 550.000 Dinare gesunkener Vermögenswert ermittelt. Die folgenden Jahre dürften keine Konsolidierung der Tätigkeit gebracht haben, da 1939 die Gesellschaft vor der Liquidation stand.³³⁴

Die sich im Geschäftsverlauf der drei in „gemeinsamer Rechnung“ geführten Firmen abzeichnenden Schwierigkeiten, die Folgen der Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre zu bewältigen, können auch als Leistungsindikatoren der übrigen Konzernbe-

³²⁸ Ebenda, Gedächtnisschrift: Wien, 10. August 1932, Art. II.

³²⁹ *Compass, Jugoslawien 1939*, S. 296.

³³⁰ P+B, Zentralarchiv Wien, Gedächtnisschrift: Wien, 10. August 1932, Art. II.

³³¹ Ebenda, Konzernbilanzen 1929–1932.

³³² *Compass, Ungarn 1933*, S. 428; 1940, S. 433; P+B, Zentralarchiv Wien, Verkehrswert: 1932.

³³³ P+B, Zentralarchiv Wien, Konzernbilanzen 1929–1932; Verkehrswert: 1932.

³³⁴ Ebenda, Verkehrswert: 1932; Verkehrswert: 1934; Innerer Wert: 1939.

triebe erkannt werden. Dies soll im nächsten Kapitel am Beispiel der wirtschaftlichen Entwicklung der offenen Handelsgesellschaft *Pittel & Brausewetter, Wien*, worüber eine kontinuierlich gute Datenlage Auskunft gibt, näher untersucht werden.

6.2.6 *Obnova, Baugesellschaft m.b.H, Ljubljana*

Über Entstehung und Geschichte der „Obnova“, einer Baugesellschaft in Laibach, geben nur wenige Quellen Auskunft. Ihre Gründung erfolgte 1921 als GmbH unter der Patronanz der Laibacher Kreditbank.³³⁵ Kontakte zur Gesellschaft *Pittel & Brausewetter, Wien* sind erstmals 1928 bezeugt, als in den vertraglichen Abmachungen mit Lui Tunner vermerkt wurde, dass ihm das „Verhältnis“ zwischen *Pittel & Brausewetter Wien* und der „Obnova“ Baugesellschaft bekannt sei.³³⁶ Dieses Verhältnis erfuhr in einer am selben Tag unterzeichneten „Ergänzung“ zum Gesellschaftsvertrag eine Konkretisierung.³³⁷ Hier wurde bereits kundgetan, dass die Herren Benno und Viktor Brausewetter, Konrad Kluge und Lui Tunner „durch die Erwerbung sämtlicher Anteile an der ‚Obnova‘ Baugesellschaft“ zu „alleinigen Besitzern“ dieses Unternehmens geworden sind (Art. 1). Die Einbeziehung der Firma in den Konzern *Pittel & Brausewetter* wird durch Art. 2 verdeutlicht, der besagt, dass sich die Genannten von der Absicht leiten ließen, die „bei der ‚Obnova‘ neu erworbenen Rechte und Pflichten vollkommen denjenigen anzugleichen, die in dem schon bestehenden Gesellschaftsverhältnis für Beograd enthalten sind“. Drittens kam auch hier die im jugoslawischen Recht geltende Bestimmung zur Sprache, die keine Majorität der Besitzanteile einer Firma in den Händen eines Ausländers zuließ. So sollte offiziell Tunner 70 Prozent der Kapitalanteile halten, die Wiener Gruppe nur 30 Prozent, ein Verhältnis, das in Wirklichkeit umgekehrt lautete.

Der bereits 1928 als vollzogen bezeichnete Ankauf der Obnova fand jedoch erst 1930 im Rahmen einer Generalversammlung der Gesellschafter seinen eigentumsrechtlichen Abschluss.³³⁸ Das überlieferte Protokoll der Beratungen legt den Wechsel im Besitz der Geschäftsanteile dar und berichtet von der Einstimmigkeit der Beschlussfassung. Demnach waren bisher 13 Gesellschafter an der Obnova beteiligt, die alle mit einer Ausnahme³³⁹ bei der Versammlung vertreten waren. Sie verfügten zusammen über 99 Prozent des auf 1,250.000 Dinare lautenden Stammkapitals.

Aus dem Bericht des Direktors Prokop Graselli geht hervor, dass in den Geschäftsjahren 1928 und 1929 bis einschließlich 28. Februar 1930 ein Verlustergebnis

³³⁵ Die Eintragung im Handelsregister lautet „*Obnova*“ *gradbeno društvo* z o z; vgl. Compass, Jugoslawien 1930, S. 150.

³³⁶ Siehe Abschnitt 6.2.5

³³⁷ P+B, Zentralarchiv Wien, Gesellschaftsvertrag: Ergänzung, Wien, 2. August 1928.

³³⁸ Ebenda, Obnova (Protokoll der Generalversammlung): Ljubljana, 15. April 1930.

³³⁹ Es handelte sich um die „Oesterreichische Stephansdachgesellschaft m.b.H.“, über die ein Konkursverfahren eingeleitet worden war. Sie hielt einen Kapitalanteil von 12.500 Dinare oder einem Prozent des Firmenkapitals.

von 572.242 Dinare erzielt wurde. Der Fehlbetrag konnte teils durch eine Zession (Forderungsabtretung) und teils durch Übertragung auf neue Rechnung bilanzmäßig bereinigt werden. Die Hintergründe der schlechten Ertragslage gehen aus dem Protokoll nicht hervor, der nicht geringe Verlust entsprach nahezu der Hälfte des Stammkapitals.

Kernanliegen der Generalversammlung war die Neuverteilung und Übertragung der Geschäftsanteile sowie die dadurch bedingten Änderungen im Gesellschaftsvertrag. Wie die Behandlung dieses Punktes der Tagesordnung bereits vorher im Detail besprochen wurde, zeigt das protokollierte Prozedere. Bis auf *Pittel & Brausewetter, Wien* hatten alle bisherigen Gesellschafter bereits die Bereitschaft erklärt, ihre Kapitalanteile abzutreten. Die Übertragung sollte zugunsten von *Pittel & Brausewetter, Wien* oder von *Tunner & Wagner, Beograd* erfolgen. Die hierfür notwendigen statutarischen Änderungen im Gesellschaftsvertrag waren von Konrad Kluge vorbereitet worden, der die Wiener Gesellschaft vertrat.

Kluges Vorschläge betrafen die Dauer des Gesellschaftsvertrages sowie die Vorgehensweise bei Kündigungen, die Höhe der Geschäftsanteile, deren kleinster von 25.000 Dinaren auch eine Stimme sicherte, die Zusammensetzung des Vorstandes (zwei oder mehrere Geschäftsführer), die Vertretung der Firma nach außen und die Festlegung des Ortes der Generalversammlungen. Viele Paragraphen des „alten“ Gesellschaftsvertrages, der nicht überliefert ist, wurden außer Kraft gesetzt. Die Statuten des „neuen“ entsprechen weitgehend den konzernüblichen Bestimmungen bei *Pittel & Brausewetter*. Die Übertragung der Geschäftsanteile fand einhellige Zustimmung, wobei den neuen Gesellschaftern überlassen blieb, die Zuteilungsquote unter sich festzulegen.³¹⁰ Der letzte Verhandlungspunkt galt der „Wahl der Geschäftsführer“, die mit Blick auf die geänderten Eigentumsverhältnisse auf Konrad Kluge und Lui Tunner fiel.³¹¹

Die erforderlichen Abänderungen bei der handelsgerichtlichen Eintragung in Ljubljana wurden am 26. Mai 1930 beantragt.³¹² Unter Berufung auf die im Vormonat erfolgten gesellschaftsinternen Beschlüsse wurden als Geschäftsführer Konrad Kluge (Wien) und Lui Tunner (Ljubljana) namhaft gemacht. Weiters gab man die nunmehrige Aufteilung der Geschäftsanteile bekannt, wie sie inzwischen von Kluge und Tunner auftragsgemäß vereinbart worden war. Demnach hielten die Firmen *Pittel & Brausewetter* und *Tunner & Wagner* Geschäftsanteile von 337.500 bzw. 737.500 Dinare. Diese Relation entsprach mit 31,4 und 68,6 Prozent ziemlich genau der schon im Belgrader Unternehmen angepeilten Kapitalsverteilung von 70 zu 30

³¹⁰ P+B, Zentralarchiv Wien, Obnova (Protokoll der Generalversammlung): Ljubljana, 15. April 1930, Punkt 3 der Tagesordnung.

³¹¹ Ebenda, Tagesordnung: Punkt 4.

³¹² Ebenda, Obnova (Änderung der Firmeneintragung): Ljubljana, 26. Mai 1930.

Prozent zugunsten Lui Tunners. Wie dort galt in Wirklichkeit jedoch auch bei der Obnova diese Verhältniszahl mit umgekehrten Vorzeichen.

Eine gewisse Schwierigkeit bedeutet der Gedanke, welche konzernpolitischen Überlegungen *Pittel & Brausewetter* letztlich veranlasst hatten, die Obnova trotz stark schwankenden Erträgen – siehe die Verluste in den Jahren 1928 und 1929 – zu übernehmen. 1930 sah man sich auch gezwungen, den inneren Wert (Verkehrswert) des Unternehmens auf Null zu setzen.³⁴³ Dessen ungeachtet vollzog sich die angestrebte Integration der neu erworbenen jugoslawischen Firmen. In einer Ergänzung zum 1931 abgeschlossenen Gesellschaftsvertrag von *Pittel & Brausewetter, Wien* wurde ausdrücklich angeordnet, dass die daselbst getroffenen Bestimmungen auch für die Firmen in Beograd und Ljubljana zu gelten haben.³⁴⁴ 1932 setzte man mit der Einbeziehung der Obnova in die unter gemeinsame Rechnung und einheitliche Führung gestellten Firmen in Ungarn und Jugoslawien den nächsten Schritt.³⁴⁵ Unter Bezugnahme auf die zum Bilanzschluss dieses Jahres ersichtlichen Firmendaten wurde ein Verkehrswert von 630.000 Dinare für angemessen gehalten, immerhin die Hälfte des ausgewiesenen Gesellschaftskapitals. Infolge anhaltender Verluste musste für 1934 der Vermögenswert auf 550.000 Dinare weiter abgesenkt werden.³⁴⁶ Schließlich findet sich für 1939 die Bemerkung, dass die Liquidation der Obnova handelsrechtlich noch nicht abgeschlossen sei.³⁴⁷ Über die ausschlaggebenden und die Liquidation erzwingenden Gründe liegen keine Informationen vor.

6.2.7 Die Firma *Ing. Cuizza, Polzer & Co*, offene Handelsgesellschaft in Triest

Wie aus dem Gründungsvertrag³⁴⁸ der offenen Handelsgesellschaft *Ing. Cuizza, Polzer & Co* hervorgeht, hatte *Pittel & Brausewetter* in Triest eine Filiale unterhalten. Zu deren Alter kann mangels einschlägiger Quellen keine Angabe gemacht werden. In den seit 1898 überlieferten Jahresschlussrechnungen der Wiener Zentrale finden sich jedoch ab 1910 Forderungen an Firmen in Triest, aber auch in Pola und Grado eingetragen, die eine über die Niederlassung in Triest abgewickelte Geschäftstätigkeit anzeigen.³⁴⁹ Wenn nicht 1910 oder noch früher, so erfolgte die Einrichtung einer Filiale jedenfalls vor dem Ersten Weltkrieg.

Als Triest 1919 im Friedensvertrag mit Österreich Italien zugesprochen wurde, stellte sich für *Pittel & Brausewetter* abermals das Problem, inwieweit die Arbeit in der Filiale unter den neuen politischen Verhältnissen fortgesetzt werden könne. Bis

³⁴³ Ebenda, Beograd und Obnova (Innerer Wert): Wien, 14. Juni 1930.

³⁴⁴ Ebenda, Ergänzung zum Gesellschaftsvertrag: Wien, 5. März 1931.

³⁴⁵ Ebenda, Gedächtnisschrift: Wien, 10. August 1931.

³⁴⁶ Ebenda, Verkehrswert (Obnova und AG Budapest): Wien, 27. August 1935.

³⁴⁷ Ebenda, Verkehrswert (AG Budapest und Obnova): Wien, 1. Juni 1940.

³⁴⁸ P+B, Zentralarchiv Wien, Vertrag Cuizza, Polzer, Kluge: Triest, 18. Mai 1920, Einleitung.

³⁴⁹ Ebenda, Inventur, 1910ff., Rimesenkonto.

Mai 1920 klärte man in Verhandlungen mit den beiden bisherigen Leitern der Filiale, Ingenieur Emilio Cuizza und Baumeister Albin Polzer, unter welchen Bedingungen an eine Weiterführung der Geschäftstätigkeit zu denken wäre. Da beide ihre Bereitschaft erklärten, die Arbeit im Falle einer Unterstützung durch Pittel & Brausewetter fortzusetzen, entschloss man sich, eine gemeinschaftliche Bauunternehmung als OHG zu gründen. Als öffentliche Gesellschafter traten Cuizza und Polzer sowie Konrad Kluge in die Firma ein. Victor und sein Sohn Benno Brausewetter zeichneten als stille Gesellschafter, wurden jedoch in ihren Interessen von Konrad Kluge vertreten, worüber interne Abmachungen existieren (Punkte 1 und 2 des Vertrages).³⁵⁰

Die Bautätigkeit der neuen Firma setzte jene der bisherigen Filiale in Triest fort und betraf eine Kernkompetenz von Pittel & Brausewetter. Sie umfasste die „Ausführung jeglicher Art von Bauten, insbesondere Beton- und Eisenbetonbauten in Tief- und Hochbau, sowie Brücken, auch solche mit dem Spezialbetriebe von Gründungen mittels Druckluft“, eine Formulierung, die auch die Tätigkeit der konzerneigenen Firmen E. Gaertner und der Beton-Brücken- und Tiefbau-AG in Budapest anzeigte.³⁵¹

Das Gesellschaftsvermögen setzte sich aus den „Gesamtaktiven“ der früheren Filiale zusammen. Diese wurden auf 87.000 Lire geschätzt,³⁵² die zu zwei Dritteln auf das Kapitalkonto Kluges, und zu einem Drittel auf das Polzers gebucht wurden. Darüber hinaus sollte Polzer einen Barbetrag von 30.000 Lire erlegen, für den von Cuizza zu leistenden Beitrag lässt der vorliegende Vertrag³⁵³ die Summe offen. Der zum Zeitpunkt der Geschäftsaufnahme wegen anhaltender politischer Unruhen und unsicherer Währungsverhältnisse schwer einzuschätzende Geldbedarf wird wohl zur Aufnahme jener Klausel geführt haben, in der sich Konrad Kluge verpflichtete, im Falle unzureichender Kapitalausstattung für einen Bankkredit in Höhe von 100.000 Lire Sorge zu tragen.³⁵⁴

Auch in der Frage der Effektivverzinsung des eingebrachten Kapitals griff man auf die in anderen Firmen des Konzerns üblichen Konditionen zurück. Diese sahen jährlich eine zu Lasten des Regiekontos gehende Rendite von sechs Prozent vor. Am

³⁵⁰ Diese Gesellschaftsform entsprach den handelsgerichtlichen Verordnungen, die auch in Italien die Majorität der Gesellschaftsanteile in heimischen Händen verlangten.

³⁵¹ P+B, Zentralarchiv Wien, Vertrag Cuizza, Polzer, Kluge: Triest, 18. Mai 1920, Punkt 3.

³⁵² Der Betrag errechnet sich aus einem auf 100.000 Lire geschätzten Gesamtwert aller „vorhandenen Inventarien“, dem der Betrag für die Transportkosten der außerhalb Triests gelagerten Materialien im Ausmaß von 15.000 Lire abgezogen wurde. Zuzüglich eines mit 2.000 Lire taxierten Saldos aus Debitoren und Kreditoren ergab sich der zitierte Gesamtwert. P+B, Zentralarchiv Wien, Besondere Vereinbarung: Triest, 18. Mai 1920.

³⁵³ P+B, Zentralarchiv Wien, Vertrag Cuizza, Polzer, Kluge: Triest, 18. Mai 1920. Der in Maschinschrift überlieferte Vertragstext enthält Korrekturen, die Kluge mit rotem Stift anbrachte oder, wie im Falle der Einzahlung von Cuizza, als noch ausstehende Angabe offenließ.

³⁵⁴ Ebenda, Punkt 5.

Bilanzgewinn selbst waren die drei öffentlichen Gesellschafter zu je einem Drittel beteiligt, auch bei Verlusten sollte diese Aufteilungsquote Anwendung finden. Die Gewinnanteile wurden je zur Hälfte auf die Privat- und Kapitalkonten der Gesellschafter überwiesen und ebenfalls mit sechs Prozent verzinst. Auf die Privatkonten buchte man auch die Erträgnisse aus den Kapitaleinlagen. Diese und die Hälfte der auf dem Privatkonto liegenden Gewinnzuschreibungen standen jedem Gesellschafter frei zur Disposition.³⁵⁵

Die seitens des Konzerns vorgesehene Hilfestellung umfasste „die reichen Erfahrungen der Firma Pittel und Brausewetter und Bauunternehmung E. Gaertner in Wien“, die von Konrad Kluge „unentgeltlich zur Verfügung“ gestellt wurden, soweit dies „durch konsultative Beratung in Wien oder durch nicht zu umfangreiche Korrespondenz“ geschehen könne. Auch verpflichtete er sich, „über Wunsch einzelne Projekte und Kalkulationsarbeiten mit seinem Prager resp. Wiener Personale gegen Vergütung der Selbstkosten samt einem Regiezuschlag von 10 % zu leisten“. Nach Möglichkeit war auch beabsichtigt, „erforderliches technisches und administratives Personal gegen Vergütung der hieraus erwachsenden Selbstkosten zur Verfügung [zu] stellen“. Nicht unwichtig war auch die Zusage, dem Triester Unternehmen „freies“ Inventar käuflich oder leihweise zu überlassen. Schlussendlich sagte Kluge zu, „die reichen Verbindungen der zwei vorbenannten Unternehmungen [*Pittel & Brausewetter, Wien* und *E. Gaertner, Wien*] zur Verfügung zu stellen“.³⁵⁶ In allem zeigt sich das Bemühen der Konzernleitung, die Triester Firma in einer als Hoffnungsgebiet eingestuft und aus früherer Geschäftstätigkeit bereits bekannten Region als ein konkurrenzfähiges Unternehmen zu etablieren. In positiver Einschätzung der Zukunftsaussichten erklärte man einerseits das Königreich Italien zum „Tätigkeitsgebiet“ der neuen Gesellschaft, knüpfte andererseits „Entrierung und Abschluß von Geschäften in allen Gebieten der früheren oest. ungar. Monarchie, die nicht zu Italien gehören oder nicht in internationaler Verwaltung stehen“ an die Zustimmung Konrad Kluges.³⁵⁷

Die Leitung des Unternehmens übertrug man den drei Gesellschaftern, eine ursprünglich geplante Geschäftsordnung wurde nicht aufgestellt. Als Richtlinie galt allein der Grundsatz, „daß mit Rücksicht auf die jetzigen Verhältnisse nur Geschäfte mit besonders günstigen Zahlungsbedingungen angestrebt und zum Abschluß gebracht werden dürfen“. In strittigen Fällen kam der Wiener Zentrale in der Person Kluges eine entscheidende Rolle zu, gegen seinen Widerstand konnte kein Geschäftsabschluss erfolgen. Der Vertrag stellte auch klar, dass Cuizza und Polzer „ihre ganze Arbeitskraft ausschließlich diesem Unternehmen zu widmen haben“, während Klu-

³⁵⁵ Ebenda, Punkt 8.

³⁵⁶ Ebenda, Punkt 9.

³⁵⁷ Ebenda, Punkt 11.

ge „nach wie vor seine vollen Agenden bei den Firmen Pittel und Brausewetter und Bauunternehmung E. Gaertner bearbeiten wird“.³⁵⁸

Auch in Fragen der Betriebsorganisation, im Besonderen des betrieblichen Rechnungswesens (Buchführung und Jahresschlussbilanz) dienten die in anderen Konzernbetrieben gültigen Richtlinien als Vorbild. Außer der Bilanz musste zum 31. Dezember auch eine Inventur angelegt werden, ein gerade für ein Bauunternehmen wichtiges Mittel der Vermögenskontrolle. Erwähnung fanden auch die Abschreibungen, die sowohl am Sachvermögen als auch an „uncinbringlichen oder zweifelhaften Forderungen“ vorzunehmen waren. In diesen Fragen waren Majoritätsentscheidungen zulässig.

In ebenso gewohnter Ausführlichkeit behandelt der Vertrag die bei „Kündigung“, beim Ausschluss eines Gesellschafters „wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen“ und im „Todesfalle“ zu beachtenden Richtlinien, die die Auszahlung der Kapital- und Gewinnanteile, aber auch das Prozedere bei Fortführung der Firma regelten. Wenn Kluge aus einem der angeführten Gründe ausscheiden sollte, waren Victor und Benno Brausewetter berechtigt, die Weiterführung der Unternehmung wie öffentliche Gesellschafter zu beanspruchen.³⁵⁹

Der Charakter eines Konzernbetriebes blieb auch in den weiteren Jahren gewahrt. Das jeweils vertragsmäßig festgelegte Gesellschaftsverhältnis der Eigentümer von *Pittel & Brausewetter, Wien* fand „gleichlautende Anwendung“ auf alle Unternehmen, an denen sie beteiligt waren. Als Victor und Benno Brausewetter sowie Konrad Kluge am 15. November 1922 einen neuen Gesellschaftsvertrag unterzeichneten, betonten sie in einem zusätzlichen Protokoll, dass damit auch ihre Ansprüche als öffentliche Gesellschafter der Firma E. Gaertner in Wien und die ihnen gemeinsam zustehenden Anteilsrechte am Triester Unternehmen neu geregelt wurden.³⁶⁰ Ein Jahr später machte der Eintritt Viktor Brauseweters jun. eine Neufassung des Vertrages notwendig. Wiederum findet sich ein ergänzendes Protokoll, das die neuen Gesellschaftsverhältnisse sinngemäß auf die Firmen E. Gaertner und Cuizza & Polzer überträgt.³⁶¹

Bei *Pittel & Brausewetter, Wien* nahm man den Eintritt Viktors auch zum Anlass, die Bestimmungen bezüglich des „idealen Geschäftswertes“ zu erneuern. Dieser über-

³⁵⁸ Ebenda.

³⁵⁹ Ebenda, Punkte 12–14.

³⁶⁰ P+B, Zentralarchiv Wien, Gesellschaftsvertrag (Ergänzung): Wien, 15. November 1922. Der Text sieht für die Triester Firma eine Änderung bzw. Spezifizierung der Gewinnverteilung vor: Von dem den Wiener Gesellschaftern zustehenden Gewinnanteil sollte vorweg an Kluge ein monatlicher Betrag von 1.000 Lire zur Auszahlung kommen. Danach wären die „vertragsgemäßen Beteiligungen der Mitarbeiter“ zu berechnen und abzuziehen, der Rest stünde der Verteilung an die Gesellschafter zur Verfügung.

³⁶¹ Ebenda, Gesellschaftsvertrag (Vereinbarung): Wien, 11. Dezember 1923. Die Kluge zugesicherte Aufwandsentschädigung wurde auf 500 Lire halbiert und zukünftig jedes Jahr um 100 Lire verringert, sodass 1927 der Betrag (100 Lire) ein letztes Mal zur Auszahlung kommen sollte.

steige die in den Bilanzen ausgewiesenen Vermögenswerte, da das Unternehmen zum einen auf seinen „jahrelangen Bestand, den ausgebreiteten Kundenkreis und angesehenen, in der ganzen vormaligen Monarchie eingeführten Namen“, zum anderen auf die Tatsache verweisen könne, dass der Realwert des Gesellschaftsvermögens höher als „die in Inventur und Bilanz eingesetzten Buchwerte“ sei, ein direkter Hinweis auf stille Reserven.

Der nach jedem Jahresabschluss neu festgelegte „innere Geschäftswert“ diene als Ausgangsgröße, wenn bei Kündigung, Ausschluss oder Tod eines Gesellschafters Anteile daran ausgezahlt werden mussten. Dabei suchte man auch den Risiken von Währungsschwankungen zu begegnen, indem die Wertberechnung in Schweizer Francs, die Auszahlung jedoch in österreichischer Währung erfolgen sollte.³⁶²

Der in früheren Jahren in der Landeswährung angegebene Geschäftswert lag 1921 bei 25.000 Lire und wurde 1922 auf 20.000 abgesenkt. 1923 traten keine Veränderungen ein, die entscheidende Beschlussfassung wurde erst am 17. Dezember 1924 vorgenommen.³⁶³ Zehn Tage danach teilte Cuizza seinen Mitgesellschaftern Kluge und Polzer mit, den 1920 geschlossenen Vertrag für Ende 1925 kündigen zu wollen. Kluge vermutet in seiner postwendenden Antwort, dass der Entschluss zur Kündigung mit dem „Inhalt der mündlichen Besprechung“ zusammenhänge, die sie zusammen im Oktober dieses Jahres in Triest hatten. Welche Lösung auch zustande käme, es müsse in beiderseitigem Interesse eine „möglichst wenig verlustbringende“ sein.³⁶⁴

Was nun folgte kann mangels Quellen nicht nachgezeichnet werden. In Cuizzas Überlegungen dürften auch Schwierigkeiten im operativen Geschäft der Firma eine Rolle gespielt haben. Diese Vermutung liegt nahe, immerhin wurde der ideale Geschäftswert 1924 und ebenso 1925 auf Null gesetzt, während für die anderen Konzernbetriebe die Wertangaben unverändert blieben.³⁶⁵

Ein überliefertes Manuskript, vermutlich von der Hand Kluges, berichtet von einer Besprechung der drei Gesellschafter Cuizza, Polzer und Kluge am 10. und 11. Juli 1927 in Triest.³⁶⁶ In diesem wird von dem „einvernehmlichen“ Beschluss berichtet, die am 18. Mai 1920 errichtete OHG fortzusetzen. Der neue, in manchen Punkten abgeänderte und auch ergänzte Vertragstext sollte ab 1. Jänner 1927 verbindlich sein. Während die Beschlüsse bezüglich Gesellschaftsform, Vertretungs- und Zeichnungsrecht, Unternehmenszweck, Vermögensausstattung und Kapitalbeteiligung sowie alle

³⁶² Ebenda, Gesellschaftsvertrag (Ergänzung – idealer Wert): Wien, 11. Dezember 1923.

³⁶³ Ebenda, Gesellschaftsvertrag (Ergänzung – idealer Wert): Wien, 5. August 1922; Gesellschaftsvertrag (Ergänzung – idealer Wert): Wien, 14. Juli 1923; Gesellschaftsvertrag (Ergänzung – idealer Wert): Wien, 17. Dezember 1924.

³⁶⁴ P+B, Zentralarchiv Wien, Briefwechsel Cuizza – Kluge: 27. und 31. Dezember 1924.

³⁶⁵ Ebenda, Gesellschaftsvertrag (Ergänzung – idealer Wert): Wien, 26. Juni 1925 und Wien, 24. Dezember 1926.

³⁶⁶ Ebenda, Besprechung: Triest, 10. und 11. Juli 1927.

die Fragen von Kündigung, Ausschließung und Tod betreffenden Regelungen unverändert weiter übernommen wurden, kam es bei den Verteilungsquoten (Kapital- und Gewinnanteile) und beim Entgelt für Arbeitskosten zu einigen Abänderungen.

Der Vertrag von 1920 sah eine Kapitalbeteiligung von je 30 Prozent für Cuizza und Polzer vor, Kluge nahm mit 40 Prozent auch die Interessen der stillen Gesellschafter Victor und Benno Brausewetter wahr. Nun ging man von einer Gleichverteilung des Vermögens aus, jeder öffentliche Gesellschafter sollte mit einem Drittel beteiligt sein. Bezüglich der Einbringung, Verrechnung und Verzinsung der investierten Beträge galten die ursprünglichen Bestimmungen weiter. Jener Vertragspunkt, in dem Kluge die Hilfe seitens des Konzerns zusagte, wurde geändert. War 1920 von Projektarbeiten gegen Vergütung der Selbstkosten samt einem 15prozentigen Regiezuschlag die Rede, umschrieb man nun die Gegenleistung mit „fallweise vorher einvernehmlich festzusetzenden Pauschalbeträgen“.

Auch das Gehalt, eine monatliche Aufwandsentschädigung neben den separat zu verrechnenden Reisekosten, wurde für Cuizza und Polzer von 1.500 auf 4.000 Lire hinaufgesetzt, für Kluge war kein Entgelt mehr vorgesehen. Baumeister Polzer erhielt außerdem eine „Bauzulage“ von monatlich 1.200 Lire zugesprochen, „solange die Bautätigkeit insbesondere außerhalb Triests eine entsprechende ist“. Die Neuverteilung des Vermögens wie die Anhebung des für die Geschäftsführung vorgesehenen Entgeltes brachten Cuizza, aber auch Polzer eine Besserstellung als Gesellschafter und eine finanzielle Erleichterung bei der Durchführung ihrer Bauvorhaben. Es ist anzunehmen, dass hiermit auch die Beweggründe genannt sind, die Cuizza veranlassten, seine Kündigung zurückzunehmen.

Die Änderungen der Anteilsgrößen am Gesellschaftsvermögen erforderten entsprechende Kontobewegungen.³⁶⁷ Die von Cuizza und Polzer zu leistenden Zuzahlungen auf ihr Kapitalkonto wurden von deren Privatkonto abgebucht, Kluge wiederum übertrug den nun über seiner Anteilsquote liegenden Betrag auf sein Privatkonto.³⁶⁸

Das Protokoll der „Besprechung“ aus dem Jahre 1927 verrät auch den Gesamtumfang des Firmenvermögens. 1920 waren die in die Gesellschaft übernommenen Gesamtkтива der aufgelösten Filiale Triest mit 100.000 Lire bewertet worden, die darüber hinaus geforderten Zuzahlungen hatte man zum Teil offengelassen. 1927 wurde eine Kapitalausstattung von 320.000 Lire vorgeschlagen, an der mit je einem Drittel die öffentlichen Gesellschafter Cuizza, Polzer und Kluge Anteil haben sollten.

³⁶⁷ Die Ermittlung der infolge der „Kapitalregulierung“ anstehenden Geldüberweisungen ist dem Vertrag angehängt (siehe Anm. 366).

³⁶⁸ Zur Erinnerung sei erwähnt, dass die Gesellschafter sowohl ein „Kapitalkonto“ als auch ein „Privatkonto“ bei der Firma unterhielten. Da das eine gebundenes Gesellschaftskapital enthielt, das andere für Entnahmen zur Verfügung stand, bedeuteten die oben geschilderten Kontobewegungen für Cuizza und Polzer ein Minus, für Kluge ein Plus an mobilem Kapital.

Die bei der Besprechung im Juli erarbeiteten Bestimmungen gingen schließlich in den Vertragstext ein, der vor Ende des Jahres zur Unterzeichnung vorlag. In einem einzigen Punkt wich das neue Abkommen vom ursprünglichen Wortlaut ab, da auf Vorschlag Kluges zwecks „runder Zahlen“ für die Dreiteilung das Gesellschaftsvermögen von 320.000 auf 315.000 Lire herabgesetzt wurde.³⁶⁹

Mit diesen einen Neubeginn der Triester Bauunternehmung anzeigenden Schriftstücken finden die Firmennachrichten ein Ende. Aus einer Ergänzung des von *Pittel & Brausewetter, Wien* 1931 abgeschlossenen Gesellschaftsvertrages geht allerdings hervor, dass die genannten vier Gesellschafter, neben Benno Brausewetter, Konrad Kluge, Viktor Brausewetter nun auch Karl Brausewetter, an dem Triester Unternehmen gemeinsam beteiligt waren.³⁷⁰ In den zwischen 1929 und 1932 überlieferten Konzernbilanzen scheinen auch Angaben über die Beteiligung der von Kluge vertretenen Wiener Gesellschafter auf. Auf deren Kapital- und Privatkonten lagen 1929 243.049 Lire oder 90.074 Schilling. Bis zum Jahre 1932 sank dieser auch als Reinvermögen bezeichnete Betrag auf 32.527 Schilling ab, wobei allerdings eine abgeänderte Art der Berechnung sich negativ auswirkte.³⁷¹

Auch aus den Bilanzen von *Pittel & Brausewetter, Wien* kann die Beteiligung am Triester Unternehmen abgelesen werden. Danach wurden bis 1938 in den „Buchforderungen“ unter dem Titel „Konzernkonti“ die Anteile an *Cuizza Polzer & Co., Triest* ausgewiesen. Ab 1939 ordnete man sie ungegliedert den „sonstigen Forderungen“ zu, die in der Bilanz angekündigte „Aufstellung“ ist nicht überliefert.³⁷²

6.2.8 *Bauunternehmung Pittel – Brausewetter, Kommanditgesellschaft Petroff & Co, Sofia*

Unter Federführung der Prager Zentrale errichtete Pittel & Brausewetter mit 1. Jänner 1924 in Sofia eine Kommanditgesellschaft, der auch die bulgarischen Ingenieure Janko Anastassoff und Krum Petroff als Gesellschafter angehörten. Das mit 1. Jänner 1926 erfolgte Ausscheiden Anastassoffs erzwang anteilsrechtliche wie organisatorische Anpassungen. Krum Petroff übernahm als Komplementär die Rolle des persönlich haftenden Gesellschafters und hiermit auch die Führung der Geschäfte in Sofia. Ing. Wilhelm Fehre trat als Kommanditist der Gesellschaft bei. Er hatte im Besonderen die Interessen der Prager Gesellschafter (Victor Brausewetter sen., Benno Brausewetter, Konrad Kluge, Franz Machaczek und Viktor Brausewetter jun.) zu vertreten, die als stille Gesellschafter ein Konsortium bildeten. Über diese Schritte

³⁶⁹ Dies geht aus einem Schreiben Kluges an seine Kompagnons hervor, der Vertrag selbst ist nicht überliefert. P+B, Zentralarchiv Wien, Schreiben: Kluge an Cuizza und Polzer vom 14. Dezember 1927.

³⁷⁰ Ebenda, Ergänzung (Gesellschaftsvertrag 1931); Wien, 5. März 1931.

³⁷¹ Ebenda, Konzernbilanzen 1929–1932.

³⁷² Ebenda, Bilanz Pittel & Brausewetter Wien: 1938 und 1939.

wurde am 17. Februar 1926 ein Gesellschaftsvertrag³⁷³ geschlossen, dessen Inhalt bereits Erwähnung fand.³⁷⁴

Der Firmenname wurde geändert in *Bauunternehmung Pittel – Brausewetter, Kommanditgesellschaft Petroff & Co*, Firmensitz blieb weiterhin Sofia.

Die der neugegründeten Firma zugedachten Aufgabengebiete waren weitläufig, entsprachen aber insgesamt den von *Pittel & Brausewetter* bereits erfolgreich ausgeführten Bauvarianten und -techniken. So wurden an erster Stelle „Projektierungen und Bauausführungen auf dem Gebiete des Hoch-, Brücken-, Wasser- und Tiefbaues jeder Art und jeden Umfanges“ genannt, zugleich aber die Kernkompetenz des „Beton- und Eisenbetonbaues“ besonders hervorgehoben. Außerdem sah man die „Finanzierung von Baugeschäften“, soweit sie in „Zusammenhang mit den Baudurchführungen“ stünden, als zukünftige Aufgabe an. An die Anfangszeit des Konzerns vor dem Ersten Weltkrieg erinnert der im dritten Punkt klargestellte „Zweck der Gesellschaft“: Er umfasst „Ankauf und Verkauf sowie den Handel mit Baumaterialien und alle in das Baufach einschlägigen Artikel, sowie den Betrieb aller Neben- und Hilfgeschäfte“.³⁷⁵

Diese umfassende Zweckbestimmung, die nicht nur das Produktionsprogramm umriss, sondern auch Angebote in Finanzierung, Handel und Erstellung nebenbetrieblicher Leistungen zu den Aufgaben der Gesellschaft zählte, darf als wohlgedachte Antwort auf die besondere Marktsituation in Bulgarien Mitte der zwanziger Jahre gewertet werden. Obwohl die Industrieförderung an der Spitze der wirtschaftspolitischen Agenda des Landes stand, fehlte es vor allem der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrie an Kapital und leistungsfähigen Zulieferbetrieben.³⁷⁶ Zum wachsenden Bedarf an Industriebauten kam eine in den Städten noch rascher steigende Nachfrage nach Wohnungen. Es lag daher für Pittel & Brausewetter nahe, alle entscheidenden produktions- und finanzwirtschaftlichen Voraussetzungen nach Möglichkeit selbst bereitzustellen.

Die 1926 in den Vertrag aufgenommenen Bestimmungen über Höhe und Zusammensetzung des Gesellschaftsvermögens lassen diese Absicht erkennen. Außer den von Petroff und Fehre beizusteuern den Kapitaleinlagen von zusammen 500.000 Leva verpflichteten sich die Gesellschafter, 1,6 Millionen Leva „als kündbare Kredite“ zur Verfügung zu stellen.³⁷⁷ Während die Einlagen eine Verzinsung von sechs Prozent erfahren sollten, legte man für die Kredite eine Quote von 15 Prozent fest,

³⁷³ P+B; Zentralarchiv Wien, Gesellschaftsvertrag Sofia; Wien, 17. Februar 1926.

³⁷⁴ Siehe Kapitel 6.1.

³⁷⁵ Siehe Anm. 373, Punkt III.

³⁷⁶ Zur wirtschaftlichen Lage Bulgariens siehe: John, R. Lampe, *The Bulgarian economy in the twentieth century*, London 1986.

³⁷⁷ Dazu entschloss man sich, so der Vertrag, „nachdem die geschäftliche Entwicklung dies hat notwendig erscheinen lassen“. Gesellschaftsvertrag Sofia (siehe Anm. 373), Punkt V.

allerdings mit der Einschränkung, dass dies nur für das erste Geschäftsjahr gelte und der Zinssatz jedes Jahr neu festzulegen sei.

In ausführlicher Weise geht der Vertrag auf das „innere Verhältnis“ der das Unternehmen repräsentierenden Gesellschafter ein.³⁷⁸ Der mit der Geschäftsführung betraute Krum Petroff verpflichtete sich, nicht nur „stets im vollsten Einvernehmen“ mit Wilhelm Fehre zu handeln, sondern auch seine Arbeitskraft ausschließlich der Kommanditgesellschaft zu widmen; anders Wilhelm Fehre, der „auch weiterhin die von ihm geleiteten Geschäfte der Bauunternehmung *Pittel & Brausewetter, Prag* besorgen wird“. Damit lag eine Situation vor, die mit dem Engagement des Konzerns beim Triester Unternehmen verglichen werden kann. Dort fungierte Kluge als konzernverantwortlicher Gesellschafter. Und wie dort bestand die von *Pittel & Brausewetter* angebotene Hilfestellung im Zugang zu den operativen Geschäftsstellen und deren Archiven, wodurch Projektarbeiten gegen Vergütung der Selbstkosten in Auftrag gegeben werden konnten. Auch die befristete Übernahme von Personal im technischen wie administrativen Bereich wurde in Aussicht gestellt, wobei wiederum nur die Selbstkosten zu erstatten sein würden.

Die enge Anbindung des Sofioter Unternehmens an den Konzern fand besonderen Ausdruck in einem „Vertrauensmann“, der von *Pittel & Brausewetter* „zur dauernden Mithilfe bei der Geschäftsführung“ nach Sofia entsendet werden sollte. Als Angestelltem der Kommanditgesellschaft oblag ihm die Vertretung der Interessen der durch Fehre repräsentierten Mitgesellschafter des Konzerns. Sinngemäß lag die Entscheidungsbefugnis weitgehend bei Fehre, der bei Meinungsverschiedenheiten in Fragen der Geschäftsführung letztlich zu bestimmen hatte. Der „Vollversammlung“ der Gesellschafter war überdies vorbehalten, in grundlegenden firmenrechtlichen Fragen Beschlüsse herbeizuführen, die jedoch der Einstimmigkeit bedurften.

Konzernnähe verrät auch der für die Vollversammlungen vorgesehene Ort, der entweder Prag oder Wien sein sollte. In den Fragen der Buchhaltung und der Bilanzerstellung gleichen die Vorschriften in wörtlicher Übereinstimmung den der anderen Konzernfirmen. Etwas ausführlicher als sonst fielen die Erklärungen bezüglich der „Festsetzung des Reingewinnes“ aus, die „unter Berücksichtigung der finanziellen Kraft des Unternehmens, der laufenden und voraussichtlich einzugehenden Engagements und der gesamten wirtschaftlichen Lage“ zu erfolgen habe. Um eine „Konsolidierung“ der Finanzkraft zu erreichen, legte man besonderen Wert auf eine jährlich angepasste ausreichende Bindung gesellschaftlicher Mittel.³⁷⁹ Das im Rahmen eines Gesellschaftsvertrages doch als detailliert zu wertende Eingehen auf finanzwirtschaftliche Vorgänge deutet an, dass sich die Unternehmensführung von einer sorgfältigen Einschätzung der Risiken und Chancen im zukünftigen Geschäftsbetrieb leiten ließ.

³⁷⁸ Ebenda, Punkt VII.

³⁷⁹ Ebenda, Punkt VIII.

Für den persönlichen Arbeitseinsatz wurden Fehre 4.000 Leva, Petroff jedoch 10.000 Leva als monatliches Entgelt zugesprochen, womit der unterschiedlichen Belastung Rechnung getragen wurde. Die Ausgaben bei Geschäftsreisen wurden gesondert verrechnet und fanden in der Position „Regiekosten“ ihre Darstellung.³⁰⁰

Das durch „Kündigung, Tod oder Vertretungsunfähigkeit“ erfolgte Ausscheiden eines Gesellschafters erfuhr im Vertrag eine wie bei anderen Konzernfirmen von Pittel & Brausewetter gehandhabte Regelung. Wie immer blieb auch hier die Absicht vorangestellt, die Fortführung des Betriebes zu gewährleisten.³⁰¹

Schon die in Jahresfrist in Wien abgehaltene Gesellschafter-Versammlung, bei der Krum Petroff den „Rohbilanz-Entwurf“ für das Jahr 1926 vorlegte, führte die schwierige finanzielle Lage der Firma vor Augen, die weitere Stützungsmaßnahmen notwendig machte.³⁰² Ohne Abschreibungen oder die anfallenden Zinsen für die Kapitaleinlagen in Rechnung zu stellen, musste nach Petroff ein Verlust von 175.000 Leva angenommen werden. Eine ungünstige Nachfragestruktur (Fehlen von Großprojekten) und die „Kosten und Schwierigkeiten der Kreditbeschaffung“ wurden als Ursache benannt. Als wichtigstes Ziel in dieser Lage sah Petroff die Erhaltung der Kreditwürdigkeit des Unternehmens an. Ein erster Schritt wäre ein positiver Abschluss der vorangegangenen Rechnungsperiode, da die Bilanz der Nationalbank in Sofia vorgelegt werden müsse. Durch die Eskomptierung eines für 1927 zu erwartenden Gewinnes könne die Bilanz für 1926 mit einem kleinen Gewinn abgeschlossen werden. Die entscheidende Maßnahme wäre jedoch die Erhöhung des derzeit mit 500.000 Leva bemessenen Einlagekapitals der Gesellschaft auf zwei Millionen. Für die Gruppe Fehre bedeutete dies im Wesentlichen eine Umwandlung der kündbaren Beträge auf dem „Kreditkonto“ in unkündbares Einlagekapital, für Petroff folgte daraus eine effektive Zuzahlung von 75.000 Leva. Damit verschob sich das Verhältnis der Kapitaleinlagen von Fehre (einschließlich Konsortium) und Petroff. Jene hielt nun bei vier zu eins, während der vertraglich festgesetzte Gewinnanteil, nämlich 65 Prozent für Fehre und 35 Prozent für Petroff, in etwa dem Verhältnis von zwei zu eins entsprach. Auf Vorschlag Benno Brausewitters wurde vereinbart, die Aufteilungsquote des Gewinnes auch der Kapitalbeteiligung zugrunde zu legen. Die so notwendige Anhebung des Kapitaleinsatzes von Petroff von 500.000 auf eine Million Leva wäre längerfristig zu erreichen, indem alljährlich die Hälfte des Petroff zufließenden Gewinnes auf dessen Kapitalkonto übertragen wird.

Die bereits angedeutete schwierige Finanzlage des Unternehmens darf als getreues Spiegelbild der prekären Situation Bulgariens gesehen werden, die nationale Wirtschaft mit ausreichenden Geldmitteln zu versorgen. So vergaben bulgarische Banken

³⁰⁰ Ebenda, Punkt IX.

³⁰¹ Ebenda, Punkte XI und XII.

³⁰² P+B, Zentralarchiv Wien, Protokoll der Bilanzsitzung der KG Petroff & Co: Wien, 21. und 22. Februar 1927.

unabhängig von bonifizierenden Überlegungen sowohl Bar- als auch Haftungskredite nur gegen vollumfängliche Deckung durch Bürgschaften. Diese in für die Tätigkeit der Gesellschaft ausreichendem Maße zu besorgen, hielt Petroff in Bulgarien für unmöglich. Man einigte sich, die entsprechende Kreditabsicherung bei Prager oder Wiener Banken zu erreichen, wofür sich Fehre bemühen wolle. Das Gesamtvolumen der Rückhaftungen sollte gleich dem Schlüssel der Gewinnverteilung zwischen Fehre (Konsortium) und Petroff, also im Verhältnis zwei zu eins erfolgen. Insgesamt betrug der als wünschenswert bezeichnete Kreditrahmen fünf Millionen Leva, davon wurden für die Geschäftsführung des laufenden Jahres (1927) zwei Millionen veranschlagt.³⁸³ Die Zahlen sprechen für einen respektablen Geschäftsumfang,³⁸⁴ wie er auch von Petroff wiederholt betont und als Rechtfertigung des Maßnahmenkatalogs angesehen wurde. Der hohe Auftragsstand bewog die Gesellschafter auch, den 1926 als Vertrauensmann nach Sofia entsandten Ing. Heinrich Biela, der an der Prager Zentrale als Bauleiter und Konstrukteur wirkte,³⁸⁵ ein weiteres Jahr mit dieser Aufgabe zu betrauen.

Einen Tag nach der Versammlung (Bilanzsitzung) in Wien klärten die am Konsortium um Wilhelm Fehre in Sofia beteiligten Gesellschafter in Prag ihre internen Rechtsansprüche ab.³⁸⁶ Hierbei ging es einerseits um Haftungsbedingungen Wilhelm Fehres gegenüber den Mitgliedern des Konsortiums und vice versa, andererseits um den Einfluss auf die Geschäftsführung in Sofia. Diesem hatte Fehre in „allen geschäftlich wichtigen Entschlüssen der Kommanditgesellschaft“ nachzukommen. Alle Beschlüsse sollten „im Sinne der Geschäftsführung und der ihm bekannten Prinzipien bei den Unternehmungen der Konsortial-Mitglieder in Wien und Prag“ getroffen werden.³⁸⁷ Auch sonst, etwa im Falle des Ausscheidens eines Mitgliedes oder der Erwerbung von Gesellschaftsrechten, galten für Sofia die im Gesellschaftsvertrag der Prager Firma enthaltenen Bestimmungen.

Das Konsortium verfügte über 65 Prozent der Gesellschaftsanteile an der Kommanditgesellschaft, ein Schlüssel, der auch der Aufteilung von Gewinn oder Verlust zugrunde lag. Der Vertragstext unterscheidet eine „Gruppe der Herren Brausewetter“ und eine „Gruppe der Herren Dr. Kluge, Ing. Fehre und Ing. Machaczek“, die beide je 30 Prozent beanspruchen konnten. Die verbleibenden 5 Prozent sollten dem

³⁸³ Ebenda, Punkt 4.

³⁸⁴ Eine gute Übersicht findet sich in dem die Folgen 10 bis 12 des Jahres 1933 zusammenfassenden „Bulgarienheft“ der Prager Mitteilungen, die Karl Brausewetter verfasste (S. 95–97). Athanas Donkoff beschrieb „Die kooperative Bauertätigkeit in Bulgarien“, durch die dem Bauunternehmer finanzielle Vorteile erwachsen (S. 97–99).

³⁸⁵ Siehe den „Personalstand der Firma Pittel & Brausewetter in Prag“, wie er alljährlich in der ersten Nummer der Prager Mitteilungen veröffentlicht wurde.

³⁸⁶ P+B, Zentralarchiv Wien, Ergänzung des Gesellschaftsvertrages KG Petroff & Co Sofia: Prag, 23. Februar 1927.

³⁸⁷ Ebenda, Punkt 3.

jeweiligen Vertreter des Konsortiums, im gegenständlichen Falle Wilhelm Fehre, zuerkannt werden. Innerhalb der beiden Gruppierungen verteilten sich die Anrechte mit 20 Prozent (Benno) und 10 Prozent (Viktor) auf die Gruppe Brausewetter, und mit 10 Prozent (Kluge), 10 Prozent (Machaczek) sowie 15 Prozent plus 5 Prozent (Fehre) auf die Gruppe um den Vertreter (Fehre) des Konsortiums.³⁰⁸

Die 1927 zwecks Weiterführung des Sofioter Bauunternehmens beschlossenen organisatorischen und finanzwirtschaftlichen Maßnahmen genügten nur bis 1929 den geschäftlichen Anforderungen. Der Bilanzentwurf dieses Jahres offenbarte bei beachtlichem Umsatz von etwa 33 Millionen ein Defizit von 608.000 Leva.³⁰⁹ Die in der Ertragslage sich offenbarenden Probleme waren vielfältiger Natur. Sie reichten von Abstimmungsschwierigkeiten bei Materialbevorratung und baubedingtem Bedarf bis hin zu fristgerechtem Abschluss statischer Berechnungen und Bauplanvorlagen. Letztlich gefährdeten diese Disproportionalitäten die Zahlungsbereitschaft des Unternehmens. Als Hauptursache bezeichnete das Protokoll der Gesellschaftsversammlung 1930 die Unausgewogenheiten in der Vorbereitung des Großprojektes des Justizpalastbaues in Sofia. Diese hätten bereits 1929 zu hohem Materialaufwand geführt, es wurde von 160 Waggons Eisen berichtet, der erst 1930 gemäß dem Baufortschritt zu Einnahmen führen würde. Obwohl die Konzernzentralen Prag und Wien frühzeitig bemüht waren, die organisatorischen und technischen Voraussetzungen zu schaffen, so wurde Karl Brausewetter bereits im Mai 1929 dem Sofioter Unternehmen zugeteilt, um Baustoffüberprüfungen und statische Berechnungen vorzunehmen sowie Konstruktionsentwürfe zu erstellen, blieb die heikle Finanzlage zunächst unbekannt. Diesen Kritikpunkt richteten die Gesellschafter an den Geschäftsführer Petroff. In der zweiten Jahreshälfte 1929 sah sich das Unternehmen bereits mit akutem Geldmangel konfrontiert.

Die Teilnehmer der Versammlung 1930 richteten daher notgedrungen ihr Augenmerk auf die Frage einer ausreichenden Geldversorgung im laufenden Geschäftsjahr. Dazu war ein unverstellter Blick auf das Ausmaß des Verlustes und seiner Quellen notwendig. Es schien auch zweckmäßig, dem Erfolgsnachweis nach steuerrechtlichen Vorgaben eine den internen Bewertungen entsprechende „Gesellschafterbilanz“ gegenüber zu stellen. Nach kleineren Korrekturen der von Petroff vorgelegten Rohbilanz (Steuerbilanz) errechnete sich für 1929 ein Verlust von 656.928 Leva, der aus den Privatkonten der Gesellschafter abgedeckt werden sollte. Die interne Einschätzung ergab aber für 1929 einen negativen Erfolgssaldo von nahezu drei Millionen Leva. Da außerdem die Ursachen dieser Entwicklung zum Jahresschluss noch nicht behoben schienen, befürchtete man für 1930 eine Prolongierung des negativen Trends.

³⁰⁸ Ebenda, Punkte 5 und 9.

³⁰⁹ P+B, Zentralarchiv Wien, Gesellschafterversammlung der KG Petroff & Co Sofia: Wien, 23. Jänner 1930.

Unter diesen Vorzeichen standen die Überlegungen zur Abdeckung des Geldbedarfs für 1930, wobei die zu erwartenden Fortschritte beim Bau des Justizpalastes als entscheidend eingestuft wurden. Die ersten Zahlungen würden erst sechs bis acht Wochen nach Baubeginn eingehen, was einer vorerst unbezahlten Leistung von etwa fünf Millionen Leva entspreche.

Außerdem wies die Jahresbilanz 1929 Wechselverbindlichkeiten im Betrage von 5.732.000 Leva aus. Bereits in der am Tag vor der Gesellschafterversammlung 1930 verfassten Gedenkschrift³⁹⁰ war festgehalten worden, dass je nach Fälligkeit die notwendigen Mittel für deren Einlösung vorhanden sein müssen. Letztendlich wurde eine Mindestausstattung mit liquiden Mitteln bei Weiterführung des Unternehmens gefordert, die sich je nach Eingang der Debitoren zwischen 4,9 und 6,5 Millionen Leva bewegen sollte. Die Bedienung der Wechselverbindlichkeiten wie die Bereitstellung des Geschäftskapitals wurde seitens der Gesellschafter gewährleistet.

Das Protokoll der Versammlung 1930 erwähnt als letzten Verhandlungspunkt die von Krum Petroff zeitgerecht eingegangene Kündigung des Gesellschaftsvertrages mit 31. Dezember 1931. Petroff zielte jedoch auf eine direkte Prolongierung des Vertrages ab, der aber in drei Punkten eine Änderung erfahren sollte. Er plädierte einmal für die Umwandlung der Kommanditgesellschaft in eine solche auf Aktienbasis, zweitens auf eine Neufestsetzung des Beteiligungsverhältnisses zwischen den Gruppen Petroff und Fehre von derzeit 35 zu 65 auf 45 zu 55. Drittens machte er seinen Anspruch auf „Erhöhung des Chefgehältes von monatlich 10.000 auf 25.000 Leva geltend.“³⁹¹

Die „Gruppe Fehre“ hatte sich hierzu bereits eine Meinung gebildet.³⁹² Einer Änderung der Gesellschaftsform könne erst zugestimmt werden, wenn man sich Klarheit über die nationalen unternehmensrechtlichen Bestimmungen verschafft hätte. Der Vorschlag einer Anhebung des Gesellschaftsanteils von 35 auf 45 Prozent wurde unter der Bedingung gutgeheißen, dass Petroff auch „45 Prozent des gesamten finanziellen Obligos (Geschäftseinlagen, Barkredite und Wahlkredithaftungen) effektiv eindeckt“. Betreffend die Anhebung der Monatsbezüge sah man „keine Schwierigkeiten“.³⁹³

Das Protokoll der Gesellschafterversammlung schließt mit der von Wilhelm Fehre vertretenen Einschätzung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens. Er sah zwei bis drei Jahre harter Arbeit vor sich, um den Misserfolg des Jahres 1929 wettzumachen. Die zweijährige Bauzeit des Justizpalastes werde 1930 die Bankschuld weiter in die Höhe treiben. Sie betrug 1929 bereits zehn Millionen Leva.³⁹⁴ „Wir müssen

³⁹⁰ P+B, Zentralarchiv Wien, Gedenkschrift der KG Petroff & Co Sofia: Wien, 20. Jänner 1930.

³⁹¹ Ebenda.

³⁹² P+B, Zentralarchiv Wien, Gedächtnisschrift der KG Petroff & Co Sofia: Wien, 21. Jänner 1930.

³⁹³ Ebenda, Punkte 1–3.

³⁹⁴ P+B, Zentralarchiv Wien, Gesellschafterversammlung der KG Petroff & Co Sofia: Wien, 23. Jänner 1930.

uns dort einzig und allein auf den Bau des Justizpalastes konzentrieren und auf die Ordnung der finanziellen Verhältnisse mit eiserner Zähigkeit und äußerster Sparsamkeit hinarbeiten. (...) Das Ergebnis ist nun das, daß wir nach zwei bis drei Jahren mit stark reduziertem Gesellschaftskapital erst an den Wiederaufbau unserer so hoffnungsvoll begonnenen bulgarischen Unternehmung werden schreiten können.³⁰⁵

Wie erwähnt, war bereits im Mai 1929 Karl Brausewetter nach Sofia entsandt worden, um die Planungen des Justizpalastes voranzutreiben. Auch 1930 war er vornehmlich mit diesen Aufgaben betraut und übernahm die im Gesellschaftsvertrag von 1926 vorgesehene Rolle eines Vertrauensmannes, in der er Heinrich Biela ablöste.³⁰⁶ Man sah sich aber zu einer weiteren, einer „außerordentlichen Maßnahme“ veranlasst. Ab Anfang März 1930 fungierte einer der Direktoren aus der Prager Zentrale, Ing. Heinrich Keutter (Oberbauleiter) als „bevollmächtigter Repräsentant“ in Sofia. Karl Brausewetter wurde die Rolle eines Stellvertreters zugewiesen. Konrad Kluge versprach, ein „Regulativ über die wichtigsten Einzelheiten der Geschäftsführung“ beizustellen, damit die Zusammenarbeit „des außerordentlichen und des ordentlichen Vertreters der Gruppe Fehre mit Herrn Ing. Petroff“ geregelt werde.³⁰⁷

Petroff anerkannte die „Richtigkeit und die Notwendigkeit“ der gefassten Beschlüsse und verpflichtete sich, die „Repräsentanten“ der Gruppe Fehre vorbehaltslos über alles zu informieren „und zu allen Maßnahmen deren Zustimmung vorher einzuholen“.³⁰⁸

Wie aus dem Protokoll einer Gesellschafterbesprechung vom 8. November 1930³⁰⁹ „über Bulgarien“ zu entnehmen ist, zeitigten die zur Stabilisierung der Firma ergriffenen Maßnahmen gewisse Erfolge. Die Gesellschafter vermieden es jedoch, das erreichte Maß an Restrukturierung einzuschätzen. Das Gespräch zwischen Benno und Viktor Brausewetter, Wilhelm Fehre und Konrad Kluge, dem „später“ auch Heinrich Keutter beigezogen wurde, – Krum Petroff war nicht anwesend –, drehte sich außer um Fragen der Geschäftsführung auch um eine bevorstehende Reise Kluges nach Sofia. Diese sollte der „Gewinnung von Unterlagen für Beschlußfassungen“ dienen. Kluge hielt dem entgegen, dass die Kontaktnahme mit der Geschäftsleitung in Sofia nicht nur schriftlich, sondern „durch regelmäßige Besuche lebendig“ gestaltet werden müsse. Dies übersteige jedoch seine Möglichkeiten, wie auch Fehre, dem „statutenmäßig die Leitung“ zukomme, derzeit in Prag „unabkömmlich festgehalten“ werde. Sein Vorschlag war, Viktor Brausewetter mit dieser Mission zu betrauen. Ohne diese Funktion abzulehnen, wies Viktor darauf hin, dass er die „gegenwärtige

³⁰⁵ Ebenda.

³⁰⁶ P+B, Zentralarchiv Wien, Gedenkschrift der KG Petroff & Co Sofia: Wien, 20. Jänner 1930.

³⁰⁷ Das Regulativ ist nicht überliefert.

³⁰⁸ Siehe Anm. 396.

³⁰⁹ P+B, Zentralarchiv Wien, Protokoll der Gesellschafterbesprechung über Bulgarien: Wien, 8. November 1930.

Besetzung der Leitung in Sofia“ für die derzeit bestmögliche halte, da „Karl Brausewetter seine Arbeitskraft für lange Jahre diesem abgelegenen Posten zur Verfügung stelle und Direktor Keutter die Bauleitung des Justizpalastes in zufriedenstellender Weise führe“. Neben Keutter könne auch Heinrich Biela „in irgend einer Form zur Mitarbeit herangezogen werden. Obwohl Benno Brausewetter zu bedenken gab, dass Viktor in technischen Fragen nicht wie ein Ingenieur Entscheidungen werde treffen können, kündigte er seine Zustimmung an, wenn auch der an der Besprechung nicht teilnehmende Franz Machaczek sein Einverständnis geben werde.



Karl Brausewetter

Die Behandlung des „Falles“ Sofia im November 1930 braucht nicht zu verwundern, doch zeigt der Gesprächsverlauf, dass man sowohl mit dem Informationsfluss als auch mit der personellen Besetzung der Geschäftsführung nicht uneingeschränkt zufrieden war. Das Fehlen Krum Petroffs deutet bereits an, dass es nicht zu einer Prolongierung des Gesellschaftsvertrages entsprechend dessen Vorschlägen gekommen war. Das ein Jahr später, am 14. November 1931 abgeschlossene „mündliche Gesellschaftsübereinkommen“ notierte in Artikel I, dass Ing. Krum Petroff mit 31. Dezember 1930 aus der KG Petroff & Co „ausgeschieden“, und an seine Stelle Dr. Karl Brausewetter getreten ist. Der Name der „neuen“ Firma lautete nun *Bauunternehmung „Pittel-Brausewetter“ Kom.G. Dr. Ing. K. Brausewetter & Co.*⁴⁰⁰

Karl ist als Komplementär an die Stelle Petroffs gerückt, Fehre blieb in seiner Rolle als Kommanditist und Vertreter des Prager Konsortiums erhalten, das sich auch in der vorigen Zusammensetzung präsentierte. Das aus der Bilanz zum Jahreschluss

⁴⁰⁰ P+B, Zentralarchiv Wien, Gesellschaftsübereinkommen KG K. Brausewetter & Co; Wien, 14. November 1931.

1930 ermittelte Gesellschaftsvermögen belief sich auf fünf Millionen Leva, woran Karl Brausewetter mit 1,2 Millionen (24 Prozent) und Wilhelm Fehre einschließlich Konsortium mit 3,8 Millionen (76 Prozent) Anteil besaßen.⁴⁰¹ Wie aus einem gleichentags signierten „Zusatz“ zur Gedächtnisschrift hervorgeht, verfügte Karl Brausewetter realiter nur über einen Kapitalanteil von 50.000 Leva, also von einem Prozent.⁴⁰² Generell ergab sich aus diesen Zahlen für Karl Brausewetter, der ja persönlich haftender Gesellschafter war, ein hohes Risiko. Die Gruppe Fehre verpflichtete sich daher, alle Verluste, die ihm aus der Geschäftsführung der Kommanditgesellschaft erwachsen sollten, soweit zu ersetzen, wie sie „seinen vertraglichen Anteil am Gewinn oder Verlust übersteigen“.⁴⁰³ Für 1931 wurde dieser Anteil abermals mit einem Prozent festgelegt. In jedem folgenden Vertragsjahr sollte sich jedoch der Anteil Karls um ein weiteres Prozent erhöhen, das von der Quote Bennos, der 1931 bei 29,80 Prozent hielt, abzuziehen wäre.⁴⁰⁴

Die Leitung der Geschäfte in Sofia, man sprach von „unmittelbarer Geschäftsführung“, besorgte Karl Brausewetter „im steten Einvernehmen mit Pittel & Brausewetter in Prag und Wien“. Fehres Aufgabe bestand weiterhin darin, „alle geschäftlich wichtigen Beschlüsse der Kommanditgesellschaft entscheidend zu beeinflussen“ und dabei nach den „ihm bekannten Prinzipien der Unternehmungen in Wien und Prag“ vorzugehen.⁴⁰⁵

Der Wortlaut dieser Verfügungen ähnelt oder gleicht den entsprechenden Bestimmungen im vorausgegangenen Vertrag mit Petroff oder auch mit jenen für die Triester Firma. Viele Fragen der Geschäftsordnung werden nicht näher ausgeführt, sondern nur mit einem Hinweis auf die in der Firma *Pittel & Brausewetter, Prag* geltenden Verfahrensregeln versehen. Dies traf zu bezüglich der Gesellschaftsdauer, der Buchführung und Rechnungslegung, der Verzinsung der Kapital- und Privatkonten, der Vorgangsweise bei Beschlussfassungen oder beim Ausscheiden eines Gesellschafters.⁴⁰⁶ Auch in der Frage der Erwerbung von Gesellschaftsrechten hielt man sich prinzipiell an die bei den Konzernfirmen üblichen Bestimmungen. Allein die konkrete Aufteilung des Gesellschaftsvermögens erfuhr einen gesonderten Ausweis. Sowohl die Gruppe Brausewetter (Karl, Benno und Viktor) als auch die Gruppe der Herren Fehre, Kluge und Machaczek verfügten über 46,20 Prozent Kapitalanteile. Wilhelm Fehre oder dem jeweiligen Vertreter des Konsortiums standen weitere 7,60 Prozent Anteile zu. Der Artikel schließt mit der Feststellung: „Beim Ausscheiden ei-

⁴⁰¹ Ebenda, Art. III.

⁴⁰² P+B, Zentralarchiv Wien, Zusatz zum Gesellschaftsübereinkommen KG K. Brausewetter & Co; Wien, 14. November 1931.

⁴⁰³ Ebenda, Art. IX.

⁴⁰⁴ Ebenda, Art. VIII.

⁴⁰⁵ Ebenda, Art. V.

⁴⁰⁶ Ebenda, Art. II, IV, VI, VII, XI.

nes oder zweier Herren fallen die so frei werdenden Anteilsprozente den oder dem Verbleibenden dieser Gruppe zu.⁴⁰⁷



Seebad Varna



Seebad Varna

Der mit dem Namen Karl Brausewetter verbundene Neubeginn des Sofioter Unternehmens vermittelte der Prager Konzernführung das Bewusstsein, die richtigen Schritte zur Sanierung gesetzt zu haben. Noch am Tage des neuen Gesellschaftsüberkommens (14. November 1931) beriet man über die zukünftige Bemessung des „Inneren Wertes“ der Firma und die im Falle von Kündigung oder Ausscheiden eines Gesellschafters davon vorzunehmenden Auszahlungen.⁴⁰⁸ Dieser innere oder ideale, „in der Bilanz ziffernmäßig nicht erfassbare Geschäftswert“, konnte daher auch

⁴⁰⁷ Ebenda, Art. XII.

⁴⁰⁸ P+B, Zentralarchiv Wien, Ergänzung der mündlichen Abmachungen des Gesellschaftsverhältnisses der Firmen Pittel & Brausewetter Prag und Pittel-Brausewetter Commanditgesellschaft Sofia: Wien, 14. November 1931.

als Verlustwert festgesetzt werden. Wie schon in anderem Zusammenhang vermerkt, gestatten die von den Kapitaleignern angestellten Berechnungen der Vermögensentwicklung der Firma einen realitätsnäheren Blick auf die Ertragskraft, als ihn der bilanzierte Gewinn oder Verlust zulassen. Lag der Idealwert der KG Petroff & Co 1928 noch bei 600.000 Leva, wurde er 1929 auf Null gesetzt.⁴⁰⁹

Die mit Karl Brausewetter eingeleitete Entwicklung ist mangels Bilanzen oder anderweitiger Erfolgskennzahlen schwer einzuschätzen. Im Oktober 1933 veröffentlichten die Prager Mitteilungen ein „Bulgarienheft“, in dem Karl Brausewetter selbst die Geschichte der Firma in Sofia kurz darstellte. Sein Bericht zeugt von einer beachtlichen Vielfalt der Bautätigkeit. Sie umfasste Brücken, Lagerbauten, Silos, Bahnhöfe, öffentliche Auftragsarbeiten und Industriebauten für unterschiedlichste Verwendungen, aber auch Kanäle und Bewässerungsanlagen. Besondere Erwähnung verdienen das Strandbad in Varna (1928) und der Justizpalast in Sofia (1932). Für diesen Bau entwickelte die Firma eine erdbebensichere Konstruktion, die der Lage Sofias in einer gefährdeten Zone entsprechen sollte. Das Gebäude wurde „fast zur Gänze auf einer durchgehenden Eisenbetonplatte fundiert“ und „bei der Berechnung und Bewehrung des Eisenbetongerippes“ achtete man „auf möglichstste Steifigkeit“.⁴¹⁰

Ein schwerwiegendes Problem stellte in Bulgarien die Wohnungsnot dar, insbesondere in der Hauptstadt Sofia. Aus Geldmangel setzten anfänglich viele Firmen auf „billigere“ Bauweisen, die kostengünstige Ersatzmaterialien zum Einsatz brachten. Nach schlechten Erfahrungen suchte man nach geeigneteren Finanzierungsformen. Als solche erwies sich die „kooperative Bautätigkeit“.⁴¹¹ Durch sie verringerte sich das Risiko des bauführenden Unternehmens, was allerdings auch Firmen ohne ausreichende technische Erfahrungen und mit unzureichenden liquiden Mitteln auf den Plan rief. *Pittel & Brausewetter* wurde durch dieses mit Staatsgarantien gestützte Wohnbauprogramm in die Lage versetzt, zahlreiche „Gemeinschaftsbauten“ zu errichten (Kliniken und Sanatorien, Kinotheater und Villen).

Karl Brausewetter schloss seine Darstellung mit den Worten, dass *Pittel & Brausewetter* „sich auch in Bulgarien in wenigen Jahren von kleinen Anfängen zu einer der

⁴⁰⁹ P+B, Zentralarchiv Wien, Innerer Wert der KG Petroff & Co, 1928: Wien, 15. Dezember 1929; 1929: Wien, 11. April 1930.

⁴¹⁰ Der Materialaufwand umfasste 30.000 m³ Beton für die Herstellung des Eisenbetongerippes, wofür 300 Waggon Eisen und 800 Waggon Zement benötigt wurden. Karl Brausewetter, Die Geschichte der „Pittel-Brausewetter“. Comp.G. Dr. Ing. K. Brausewetter & Co., Sofia, in: Mitteilungen, Prag 1933, Folge 10–12, S. 95–97.

⁴¹¹ Die an Wohnungen auf einem bestimmten und zur Bebauung freigegebenen Platz interessierten Personen gründeten eine „Kooperation“, gaben Anzahlungen und nahmen bei der hierfür errichteten und staatlich gestützten Hypothekbank einen Kredit von 30 Prozent der Baukosten auf. Die Baufirma konnte mit diesen Mitteln den Baubeginn finanzieren. Mit den sukzessive das Fortschreiten des Baues begleitenden Zahlungseingängen seitens der Kooperatoren wurden schlussendlich die Baukosten insgesamt abgedeckt. Athanas Donkoff, Die kooperative Bautätigkeit in Bulgarien, in: Mitteilungen, Prag 1933, Folge 10–12, S. 97–99.

führenden und geachteten Bauunternehmungen des Landes emporgerungen hat“.⁴¹² Der Leistungsausweis der Jahre 1930 bis 1933 stellt diese Einschätzung durchaus unter Beweis. Diese Entwicklung war möglich, da mit Karls Eintritt in die Firma auch eine Aufstockung des technischen und administrativen Personals in Sofia vorgenommen wurde, und die Zentrale Prag die Qualität der Zusammenarbeit durch kontinuierliche Kontakte in allen geschäftlichen Belangen konsequent steigerte. Wie lange hielt dieser Aufschwung an? Die Quellen lassen bereits für 1934 keinerlei Aussagen zu. Die Prager Mitteilungen brachten ab diesem Jahr keine Informationen mehr über den Personalstand oder die Bautätigkeit des Sofioter Unternehmens. In einem 1947 von der Wiener Zentrale für Karl Brausewetter ausgestellten „Zeugnis“ heißt es, dass er „nach Fertigstellung der größeren Bauten im Oktober 1936 und nachdem der Bau einer großen Talsperre (...) nicht erstanden wurde, seine Tätigkeit in Sofia beendete“.⁴¹³ Nicht beendet dürfte allerdings das Engagement Prags in Sofia worden sein. Im IV. Vierteljahrsheft 1938 der Mitteilungen schließt Franz Machaczek seine kurze Replik auf die „gewaltigen Umwälzungen“ im Jahre 1938 mit einer Erinnerung an die „bewährten Grundsätze“ des Gründers Victor Brausewetter, den „Gemeinschaftsgedanken weiterzupflegen, gleichgiltig, ob diese Stätte [des] Wirkens Wien oder Prag, Reichenberg oder Pressburg, Karlsbad oder Sofia sein möge“.⁴¹⁴ Sofia als „Standort“ einer zum Konzern *Pittel & Brausewetter* gehörenden Unternehmung existierte demnach weiterhin, Näheres kann dazu aber nicht gesagt werden.

6.2.9 *Pittel & Brausewetter, Beton- und Eisenbetonbauunternehmung, Bielitz*

Auch die Gründung einer offenen Handelsgesellschaft in Bielitz zählte aus der Sicht des Unternehmens *Pittel & Brausewetter* zu den von den politischen Ereignissen nach dem Ersten Weltkrieg erzwungenen Maßnahmen. Nur so war es möglich, die erfolgreiche Geschäftstätigkeit in dem nun polnischen Gebiet aufrecht zu erhalten. Nach dem Ende 1922 zwischen den Republiken Österreich und Polen geschlossenen Übereinkommen bot sich der Firma die Möglichkeit, ihre bis dahin bestandene Zweigniederlassung in eine Personengesellschaft mit Hauptsitz in und für ganz Polen zuständig umzuwandeln.⁴¹⁵ Sie war verpflichtet, Tätigkeit und Verwaltung dem polnischen Recht gemäß zu führen. Die verlangte Eintragung in das zuständige Register des Kreis- und Handelsgerichtes in Teschen wurde am 27. Februar 1924 vorgenommen. Schon kurz davor entwarfen die Gesellschafter von *Pittel & Brausewetter, Wien*, Victor Brausewetter sen., Benno Brausewetter, Konrad Kluge und Viktor Brausewet-

⁴¹² Karl Brausewetter, Geschichte, siehe Anm. 410, S. 97.

⁴¹³ P+B, Zentralarchiv Wien, Zeugnis für Karl Brausewetter, Wien, 6. September 1947.

⁴¹⁴ Franz Machaczek, Einleitung (ohne Titel), in: Mitteilungen, Prag 1938, IV. Vierteljahrsheft, S. 65f.

⁴¹⁵ Die hierfür notwendige Voraussetzung einer vor dem 1. November 1918 in Polen nachweisbar gegebenen Geschäftstätigkeit traf auf *Pittel & Brausewetter* zu, ebenso der in Österreich gelegene Hauptsitz der Firma.

ter jun., einen Vertrag⁴¹⁶, der als Gesellschafter Viktor Brausewetter jun. und Vinzenz Czermak, den Leiter der bisherigen Zweigniederlassung in Bielitz, vorsah und mit 1. Jänner 1924 Gültigkeit hatte.

Diese Entwicklung war einerseits der lange Abschluss einer dem Krieg folgenden nationalen Auseinandersetzung, die erst im Juli 1920 durch einen Schiedsspruch seitens der Siegermächte entschieden wurde, zeigt aber andererseits schon die positiven Erwartungen der Geschäftsführung des Unternehmens. Welche Voraussetzungen berechtigten zu einer solchen Annahme?

Noch der Bielitzer Filiale unter der Leitung von Vinzenz Czermak war es gelungen, die Herstellung einer großen Wasserkraftanlage zu erstehen, die in Zusammenhang damit weitere Aufträge erwarten ließ. Die Prager Mitteilungen stufen diese Tatsache als den „Grundstein“ der weiteren Entwicklung „unseres polnischen Hauses“ ein.⁴¹⁷ Die Tätigkeit der Firma kann anhand der einschlägigen Akten im Staatsarchiv Kattowitz an die dreißig Jahre weiter zurück nachgewiesen werden.⁴¹⁸ 1910 reichten Victor und Benno Brausewetter das Gesuch um Eintragung einer Zweigniederlassung der Firma in Bielitz im zuständigen Handelsregister ein. Die Bewilligung nennt als Betriebsgegenstand das „Bauunternehmertum“ sowie den „Handel mit Cementwaren und Bauutensilien“.⁴¹⁹

Die Quellen belegen jedoch die Tätigkeit der Firma bereits ab dem Jahr 1892. Der Gemeinderat Bielitz überantwortete am 28. April 1892 verschiedene Bauarbeiten beim Krankenhaus der Stadt der Firma *Pittel & Brausewetter*. Es handelte sich um „die Ausführung der Betoncanäle, des Granit- und des Cementbetonpflasters“.⁴²⁰ In Zusammenhang mit diesen Arbeiten wird 1898 in einem Bericht des Gemeinderates eine Bielitzer Filiale genannt. Große Bedeutung für die Stadt wie für das Ansehen von *Pittel & Brausewetter* hatte die Erstellung eines Kanalnetzes in den Jahren 1901 bis 1914.⁴²¹ Das sich anfänglich als besonders umfangreich darstellende Arbeitsausmaß veranlasste Victor Brausewetter, seinem Sohn Benno 1901 die Leitung der Filiale in Bielitz zu übertragen. Infolge des aber nur langsam anlaufenden Kanalprojektes beendete Benno seine Arbeit bereits 1902, 1903 übernahm Alfred Karasek diese Aufgabe. Seine Bemühungen führten langfristig zu einer Festigung der Auftragslage der Zweig-

⁴¹⁶ Bielitz: Gesellschaftsvertrag mit Ing. V. Czermak; P+B, Zentralarchiv Wien.

⁴¹⁷ Es handelte sich um eine Anlage „am San bei Myckowce“. Mitteilungen, Prag 1923, 5. Heft, S. 6.

⁴¹⁸ Dankenswerter Hinweis von Mag. Piotr Kenig (Muzeum w Bielsku-Białej).

⁴¹⁹ Eintragung einer Gesellschaftsfiliale, 25. April 1910, (K.k. Kreisgericht Teschen), P+B, Zentralarchiv Wien.

⁴²⁰ Karl Schneider, Bericht über die Thätigkeit des Gemeinderathes der Stadt Bielitz, Bielitz 1898, I. Bd. 1868 – 1898, S. 58. Piotr Kenig, dem ich das Zitat verdanke, stuft diese Arbeiten als die vermutlich ersten der Firma in Bielitz ein.

⁴²¹ Zu den Kanalisationsbauten siehe: Piotr Kenig, in deutscher Übersetzung: Wasserleitungen und Kanalisation in Bielitz-Biała. Zum 110. Jahrestag der Inbetriebnahme der Wasserleitung in Bielitz (1895 – 2005), Bielsko-Biala 2005, S. 71–80.

stelle, die im Bereich Industriebau zunehmend Beschäftigung fand. Aus dem Jahr 1904 existiert ein Inserat der „Baukanzlei Bielitz“, die Arbeiten im Assanierungsbau, Wasserbau, Brückenbau, Tiefbau, Hochbau und die Erzeugung von Zementwaren und Baumaterialien anbot.⁴²²

Nach Mitteilung von Piotr Kenig belegen zahlreiche Quellen im Staatsarchiv Katowitz weitere Arbeiten der Firma, etwa die 1902 in Eisenbetonkonstruktion errichtete Alboribrücke, oder die Überdeckung eines 160 Meter langen Abschnittes des Aubaches mit Betonplatten in Bielitz, die 1916 ausgeführt wurde.⁴²³

Die früh aufgebaute und rasche Entwicklung der Unternehmertätigkeit von *Pittel & Brausewetter* in Bielitz steht den Anfängen in Brünn und Prag kaum nach, übertrifft sie teilweise sowohl dem Umfang als auch den in Anwendung gebrachten Techniken nach. Die Vielzahl der Ursachen kann im politischen Umfeld, im Besonderen jedoch in der regionalen Ausstattung mit Ressourcen gesehen werden.

Politisch war die Firma in der bis 1918 zu Österreich-Ungarn gehörenden Region Österreichisch-Schlesien tätig, die zu den wirtschaftlich fortschrittlichsten Kronländern zählte. Landwirtschaft und Gewerbe, Industrie und Bergbau hatten ein dicht besiedeltes Land geschaffen, das einem Bauunternehmen vielfältige Beschäftigung bot. Durch sein breites Angebot war *Pittel & Brausewetter* in der Lage, unterschiedliche Arbeiten auszuführen. Darunter befanden sich, wie schon erwähnt werden konnte, Kanalisierungsarbeiten, Brückenbauten, Wasserkraft- und Schachtanlagen sowie Konstruktionen im Hochbau, die unter Verwendung der „modernsten Bausysteme“ erstellt wurden.⁴²⁴

In einem 1941 in den Prager Mitteilungen erschienenen Bericht zählt Franz Machaczek, einer der damaligen Gesellschafter der OHG *Pittel & Brausewetter, Prag*, einige der bedeutendsten Arbeiten der Zweigstelle Bielitz vor dem Ersten Weltkrieg auf. Er nennt die Zuckerfabrik Chybi, die Zementfabriken Golleschau und Szczakowa, die Petroleumraffinerie Dzieditz, die Erzherzog Friedrich'sche Gutsverwaltung und die Papierindustrie Saybusch als Auftraggeber. Auch die Bielitzer Tuchindustrie wie die Maschinenfabrik Josephy's Erben, werden hervorgehoben. In der Stadt Bielitz wurde 1902 nach dem System Melan eine Brücke über den Biellkafluss errichtet, die eine Verbindung der beiden Städte Bielitz – Biąła schuf und noch im Zweiten Weltkrieg allen Belastungen standhielt.⁴²⁵

In den Geschäftsbereich der Zweigstelle Bielitz fiel auch das nahe gelegene Gebiet

⁴²² Kopie des Inserats im Adressbuch 1904. Original im Staatsarchiv Bielsko-Biala.

⁴²³ Hinweis von Piotr Kenig auf den „Bielitz-Bialaer Anzeiger vom 30. Mai 1914, in dem die Annahme des auf 40.000 Kronen lautenden Offerts der Firma genannt wird.

⁴²⁴ Die Firmenwerbung verwies ausdrücklich auf die Systeme Melan, Monier, Mattrai u. a., deren Patente man besaß oder an den Verwertungsrechten beteiligt war. Siehe Anm. 422.

⁴²⁵ Franz Machaczek, *Unsere Bautradition im Oder- und Olsagebiet und im anschließenden polnischen Osten*, in: *Mitteilungen, Prag 1941, III. Vierteljahrsheft*, S. 58.

um die Kreisstadt Teschen. Die ursprünglich dort als „Expositur“ geführte Baukanzlei wurde in den Kriegsjahren zu einer stark frequentierten Filiale ausgebaut. Die von ihr betreuten Bauvorhaben kamen durch die Gebietstrennung nach dem Krieg in zwei Staaten zu liegen. Die Zweigstelle Teschen wurde 1920 von Vinzenz Czermak, der die Leitung der Filiale Bielitz übernommen hatte, liquidiert.⁴²⁶

Hatten die ungeklärten politischen Verhältnisse in den Jahren 1918 bis 1920 jede Planung größerer Bauvorhaben verunmöglicht, erschwerte eine 1919 einsetzende Geldentwertung zunehmend die Erstellung eines adäquaten Finanzrahmens. Die rasant fortschreitende Inflation fand 1924 durch den Umtausch von 1.8 Millionen der zirkulierenden polnischen Mark in einen Zloty ein Ende. Die Niederlassung in Bielitz überstand die Jahre des Zusammenbruchs der polnischen Währung „ohne namhaften materiellen Verlust“.⁴²⁷ Kein Ende fanden die chaotischen Verhältnisse, die einen soliden Neubeginn, Planung wie Durchführung industrieller Arbeit, weiterhin erschwerten.

Wieder stellt sich die Frage, worauf *Pittel & Brausewetter* die Erwartung setzte, dass Bielitz als Standort eines das polnische Geschäft weiterführenden Unternehmens erfolgreich sein werde. Hier lassen sich doch einige Hinweise finden.

Besondere Bedeutung hatte ohne Zweifel die schon erwähnte, 1923 erreichte Überantwortung des Baus einer Wasserkraftanlage am San bei Myczkowce, da diese Arbeit auf weitere Aufträge hoffen ließ. Ein nicht geringerer Grund lag in der Person des Ingenieurs Vinzenz Czermak, der seit 1920 die Filiale Bielitz leitete. Seine Aufnahme als Gesellschafter der neu gegründeten OHG 1924 entsprach nicht nur den politisch vorgegebenen Bedingungen, sondern lag durch seine ausgewiesene Tätigkeit als Leiter großer industrieller Anlagen nahe. Er war in der Wertschätzung des Unternehmens die Garantie für eine positive Weiterentwicklung der in der Vergangenheit über Jahrzehnte erfolgreichen Arbeit.

Die Gründung einer offenen Handelsgesellschaft in Bielitz war die Voraussetzung, die Arbeiten der ehemaligen Filiale von *Pittel & Brausewetter* fortsetzen zu können. Das Unternehmen firmierte als *Pittel & Brausewetter, Beton- und Eisenbetonbauunternehmung* und erlangte das Recht, in ganz Polen seiner Arbeit nachzugehen. Das seitens der Gesellschafter der Wiener Firma unter Einbeziehung des Zivilingenieurs Vinzenz Czermak getroffene und mit 1. Jänner 1924 geltende Übereinkommen schuf die Grundlage der beabsichtigten Betriebsaufnahme.

Die im Gesellschaftsvertrag niedergelegten Konditionen lassen in allen Punkten die im gesamten Konzern befolgten Richtlinien von Organisation und Führung erkennen. Sie lassen darauf schließen, dass man die Verhältnisse im polnischen Gebiet

⁴²⁶ Ebenda, S. 59f. Czermak leitete vor dem Krieg den Bau des Textilwerkes von Hielle & Dittrich in Żyrardów bei Warschau, über den er in der Festgabe zum 50. Geburtstag von Konrad Kluge referierte, Mitteilungen, Prag 1928, Sonderdoppelfolge 11/12, S. 267–272.

⁴²⁷ Machauzek, Unsere Bauradition, S. 61f.

mit Hilfe derselben Kriterien erfolgreich gestalten werden können, wie sie bereits im gesamten Unternehmenskonzern angewendet wurden.

So wird anfangs (Artikel II) die „Dauer der Gesellschaft“ mit „fünf aufeinanderfolgenden Jahren“ festgelegt, die im selben Ausmaß fortzuführen wäre, wenn nicht ein Jahr vor „Ablauf der Gesellschaftsdauer eine Kündigung“ seitens eines der Gesellschafter erfolgt (Artikel XI). Das Gesellschaftsvermögen sollte gemäß der für 1. Jänner 1924 aufgestellten Bilanz der bisherigen Filiale Bielitz festgelegt werden (Artikel III). Die von beiden neuen Gesellschaftern, Viktor Brausewetter jun. und Vinzenz Czermak, zu leistenden „Bareinlagen“ ließ das Übereinkommen offen. Ursprünglich war ein Gründungskapital von insgesamt 6.116.750,19 polnischer Mark vorgesehen. Dieser Betrag widerspiegelt den zu Beginn des Jahres 1924 erreichten Höhepunkt der Inflation und wurde seitens der für eine Registrierung zuständigen Stelle im Kreisgericht Teschen als zu „geringfügig“ bezeichnet.⁴²⁸ Die nach Sanierung der Währung (Jänner 1924) erfolgte Neufestsetzung des Gesellschaftsvermögens kann aus den Quellen nicht nachvollzogen werden.

Die Kapitaleinlagen der Gesellschafter werden wie generell im Konzern mit sechs Prozent verzinst, dem jeweiligen Vermögensanteil wird der quotenmäßige Anteil am Gewinn oder Verlust der Bilanzjahre zugeschlagen (Artikel IV und V).

Jeder Gesellschafter ist befugt, die Firma zu vertreten und in ihrem Namen zu zeichnen. Auch die Geschäftsführung steht jedem zu, bei unterschiedlicher Meinung hat der Dienstälteste das Sagen. Änderungen der Gesellschaftsform wie die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft oder „die Bestellung neuer Prokuristen“ sind der Zustimmung aller Gesellschafter vorbehalten. Besteht die Absicht, „einen Sohn oder Enkelsohn eines der Gesellschafter als öffentlichen Gesellschafter in die Firma aufzunehmen, so genügt die Mehrheit der Gesellschafter“ (Artikel VI und VII).

Die Verteilung von Gewinn und Verlust wird dahingehend geregelt, dass zwanzig Prozent an Czermak und der Rest an die bisherigen Gesellschafter entfallen sollen. Auch für die Tätigkeit der Gesellschafter wird ein Schlüssel vereinbart. Für Czermak wird jener Betrag vorgesehen, den er entsprechend des „Beamten-Kollektivvertrages“ bisher als Leiter der Filiale Bielitz bezogen hatte. Die gleiche Höhe sollten die Entgelte der übrigen Gesellschafter zusammen ausmachen, aufgeteilt zu je 25 Prozent für Victor und Benno Brausewetter, Konrad Kluge sowie Viktor Brausewetter jun. (Artikel IX).

Artikel XI legt die Vorgangsweise bei Kündigung eines oder mehrerer Gesellschafter fest, darunter die Modalitäten der Auszahlung ihrer Gesellschaftsanteile, aber auch das Recht der verbleibenden Gesellschafter, die Bilanzkonten der Aktiva und Passiva zu übernehmen und das Unternehmen weiterzuführen.

⁴²⁸ Schreiben des Kreisgerichts Teschen vom 26. Jänner 1924 an Oberingenieur Czermak, Mappe Bielitz, P+B, Zentralarchiv Wien.

Die ausführlichen Bestimmungen der Artikel XII und XIII behandeln die Fälle der Ausschließung eines Gesellschafters aufgrund „körperlicher oder geistiger Gebrechen“ oder beim Vorliegen eines „gesetzlichen Ausschließungsgrundes“, und abschließend die wirtschaftlichen und unternehmensrechtlichen Folgen beim Ableben eines der Gesellschafter. Dazu zählen die Feststellung und Auszahlung des Nachlasses des Verstorbenen. Wieder wird auf das im Artikel XI bereits betonte Recht der übrigen Gesellschafter verwiesen, die Gesellschaft weiterzuführen.

Der tatsächliche Geschäftsablauf nahm eine vom Übereinkommen nicht intendierte Richtung. Die Währungssanierung verursachte zunehmend eine Verteuerung des Kapitaleinsatzes, ein „solid kalkulierendes Geschäft“ war nach dem Bericht von Franz Machaczek nicht mehr möglich.⁴²⁹ Zu den Schwierigkeiten der Finanzierung kam die nur zögernd erfolgte Zuteilung von Aufträgen der öffentlichen Hand, wie etwa die Arbeiten an der Wasserkraftanlage am San. Viele Firmen der Baubranche mussten schließen, groß war die Zahl von Neugründungen, die meist nach kurzer Zeit den Betrieb wieder einstellen mussten. Machaczek fasst die Entwicklung der Gesellschaft von *Pittel & Brausewetter* in Bielitz mit den Worten zusammen: „Unsere Arbeitsstätte und Firma in Polen fand nach dem vollkommenen Zusammenbruch der polnischen Währung glücklicherweise immer noch ohne namhaften materiellen Verlust ihr Ende durch Liquidation und Übergang Ing. Czermaks in den Stand unserer slowakischen Unternehmung als Zweigstellenleiter in Sillein.“⁴³⁰

Die Einschätzung von Franz Machaczek erweist sich anhand der wenigen erhaltenen Quellen als durchaus richtig. 1927 wird die Firma noch in einem polnischen Adressbuch mit dem Hauptsitz in Bielitz, Bleichstraße 64, erwähnt. Bei der am 16. Februar 1925 für das Jahr 1924 erfolgten Festlegung des „idealen Wertes“ der von Wien geleiteten Betriebe wurde für die OHG in Bielitz erstmalig ein „innerer Wert“ von 2.000 polnischen Zloty bestimmt. Ende 1926 wurde dieser Wert auf Null gesetzt.⁴³¹

Aus einem „Beschluss“ des Bezirksgerichtes Cieszyn des Jahres 1937 geht hervor, dass die Firma *Pittel & Brausewetter* in Bielitz vor etwa zehn Jahren liquidiert wurde. Die Löschung der offenen Handelsgesellschaft unterblieb jedoch. Sie wurde 1937 „von amtswegen“ durchgeführt.⁴³²

⁴²⁹ Machaczek, *Unsere Bautradition*, S. 61.

⁴³⁰ Ebenda, S. 61f.

⁴³¹ Ergänzung zu Gesellschaftsvertrag Wien (und Bielitz) vom 27. März 1925; Ergänzung vom 26. Juni 1925; Ergänzung vom 24. Dezember 1926, P+B, Zentralarchiv Wien.

⁴³² Beschluss des Bezirksgerichtes Cieszyn vom 10. April 1937 (Übersetzung aus dem Polnischen), Original „Postanowienie“ erhalten. P+B, Zentralarchiv Wien.

B. Die wirtschaftliche Entwicklung 1888 – 1938

1 Von den Anfängen bis 1898

Die wirtschaftliche Entwicklung der erstmals 1888 handelsgerichtlich vermerkten Bauunternehmung „Pittel & Brausewetter“ kann in ihren Anfängen nicht an Hand überlieferter Daten nachvollzogen werden. Sowohl das Jahrzehnt vor der Firmengründung, in dem die geschäftliche Zusammenarbeit zwischen Baron Pittel und Victor Brausewetter zunehmend konkrete Gestalt annahm, als auch das Dezennium danach entziehen sich einer genaueren Einschätzung des Unternehmenserfolgs.⁴³³ Vielfältig sind jedoch die Hinweise auf die unternehmerische Tätigkeit der Genannten, die spätestens seit 1878 beide als Geschäftspartner zeigen. Auch die aus den Curricula zu entnehmenden beruflichen Lebensdaten stützen solche Annahmen.

Adolf Baron Pittel, der aus gesundheitlichen Rücksichten seine militärische Laufbahn als k.k. Geniehauptmann quittiert hatte, erwarb 1869 in Taßhof an der Triesting (Niederösterreich) ein Werk zur Erzeugung von Romanzement. Er ließ sich im nahegelegenen Pottenstein nieder, wohin er auch den Firmensitz seiner 1870 gegründeten offenen Handelsgesellschaft *Adolf Baron Pittel & Comp.* legte.⁴³⁴ 1872 kaufte er ein weiteres Werk an der Triesting, das er zur Verarbeitung (Vermahlung) des in Taßhof erzeugten Rohmaterials (Zement) ausbaute. Im Jahre 1880 nahm er in diesem Werk auch die Erzeugung von Zementwaren (Kunststeinen) auf. Bereits 1878 hatte Baron Pittel seinen Wohnsitz von Pottenstein nach Weißenbach verlegt, wo er sich, inzwischen zum Alleininhaber der Firma geworden, um die Vergrößerung seiner Zementwarenerzeugung bemühte. Auf dem Areal einer Mühle errichtete er eine weitere Betriebsstätte. Neben Romanzement wurde bereits Portlandzement verarbeitet.⁴³⁵

Nahezu zeitgleich mit Baron Pittel begann Victor Brausewetter seine Tätigkeit als Bauingenieur. Nach Beendigung seiner Studien an der „Polytechnischen Schule“ (Technische Universität) in Hannover trat er 1868 in die Dienste der österreichischen Staatseisenbahngesellschaft und wurde als „Bauführer-Stellvertreter“ mit der Errichtung einer Eisenbahnbrücke über die Donau bei Stadlau betraut. Es folgten die Leitung von Planungs- und Bauarbeiten im Auftrage der Baudirektion der Mährisch-Schlesischen Zentralbahn und die Tätigkeit als „bauleitender Oberingenieur“ bei der

⁴³³ Seit dem Jahre 1898, ab dem nach dem Rücktritt Baron Pittels die Firma von Victor Brausewetter als Alleineigentümer geführt wurde, liegen jährlich zum Jahresende angefertigte „Inventuren“ vor.

⁴³⁴ Alfons Brammertz, *Adolf Baron Pittel – ein Industrie-Pionier des Triestingtales*, in: *Unsere Heimat* 53(1982), S. 194f.

⁴³⁵ Ebenda, S. 195ff.

von ungarischer Seite geplanten Waagtalbahn. Trotz der durch den Börsenkrach des Jahres 1873 erschwerten Bedingungen gelang Brausewetter bis 1878 die Fertigstellung der Bau- und Sanierungsarbeiten, so dass die Strecke Preßburg – Trentschin samt einzelnen Flügelbahnen dem Verkehr übergeben werden konnte. Noch 1878 ging die Waagtalbahn in den Besitz des ungarischen Staates über, der Brausewetter eine Dienstübernahme oder eine Abfertigung anbot. Victor Brausewetter entschied sich, seinen „Kenntnissen und den gewonnenen Erfahrungen vertrauend“, für letztere und den Beruf eines „Privatingenieurs“. Es war seine erklärte Absicht, sich „nicht nur mit Projektierungsarbeiten, sondern gleichzeitig auch mit Bauausführungen zu beschäftigen; schon nach kurzer Zeit“, so fügte er in seinen „Erinnerungen“ hinzu, hatte er „die Freude, kleinere Aufträge zu erhalten“.⁴³⁶



Mittelungen Pittel & Brausewetter, Prag 1921



Pavillon Jubiläumsausstellung 1898

Über die Anfänge der geschäftlichen Zusammenarbeit von Baron Pittel und Victor Brausewetter haben wir kein gesichertes Wissen. Rolf Lamberg betont in seiner Darstellung der Firmengeschichte, die 1921 in den Prager "Mittelungen" erschien, dass sich Victor Brausewetter „mit der Projektierung und Bauausführung verschiedener Objekte“ beschäftigte, „bis ihn private Beziehungen mit Adolf Baron Pittel

⁴³⁶ Daten und Fakten wurden übernommen aus: Victor Brausewetter, *Erinnerungen an die Entstehung und Entwicklung der Beton- und Eisenbetonbauweise in der Zeit von 1867 bis 1925*, in: *Beton und Eisen* 24(1925), Sonderdruck, S. 1.

(...) zusammenbrachten“.⁴³⁷ Welcher Art diese Beziehungen waren und wie sie zustande kamen wird in der Literatur sehr unterschiedlich gesehen. Im Katalog der „Jubiläums-Ausstellung Wien 1898“ ist zu lesen, dass sich Victor Brausewetter mit Baron Pittel „im Jahre 1870 alliiert“ habe.⁴³⁸ Alfons Brammertz setzt den Zeitpunkt, zu dem „Pittel mit seinem Freund Ing. Viktor Brausewetter in Verbindung“ trat, mit der 1870 erfolgten Gründung einer offenen Handelsgesellschaft in Pottenstein an.⁴³⁹ Karl Brausewetter, ein Enkel Victor Brauseweters, schrieb 1969, dass die beiden 1864 im deutsch-dänischen Krieg „enge Freunde geworden“ wären.⁴⁴⁰

Die nähere Überprüfung der überlieferten Aussagen zeigt jedoch, wie dies bereits im Kapitel über die gesellschaftliche Entwicklung angemerkt wurde, dass ungeachtet vielleicht früherer Bekanntschaft die unternehmerische Zusammenarbeit erst mit 1878, als Victor Brausewetter sich als Privatingenieur niederließ, anzunehmen ist. Diese Schlussfolgerung stimmt auch stärker mit Victors eigenen Aussagen oder mit Rolf Lamberts Schilderung der Firmenanfänge überein.

Genauer über die Anfänge der geschäftlichen Zusammenarbeit der späteren Firmengründer kann nicht ausgesagt werden. Alle überlieferten und als einschlägig zu wertenden Bemerkungen lassen jedoch erkennen, dass am Beginn die Durchführung gemeinsamer Vorhaben stand, die aus dem unmittelbaren Tagesgeschäft resultierten und nicht auf langfristige Planung zurückgingen oder bedeutenden Kapitaleinsatz erforderten. In einer vermutlich ersten Fassung der bereits zitierten, von Rolf Lambert veröffentlichten Darstellung der Firmengeschichte schreibt der Verfasser: „Zunächst gestaltete sich das Zusammenwirken so, daß Viktor Brausewetter bei einzelnen Arbeiten von Baron Pittel und dieser wieder bei einzelnen Arbeiten von Viktor Brausewetter mitbeteiligt war.“⁴⁴¹

In seinen „Erinnerungen“ erwähnt Victor Brausewetter die Beziehung zu Baron Pittel im Zusammenhang mit dessen Bauausführungen zum Festungsbau in Krakau

⁴³⁷ Rolf Lambert, *Aus der Geschichte unserer Unternehmung*, in: *Mitteilungen*, Prag 1921, Nummer 1. Der Autor war zum Zeitpunkt der Gründung der Prager Firma (1920) als „Konstruktionsingenieur“ tätig und nahm bis 1938 die Position eines Filialleiters der Zweigstelle Reichenberg (Böhmen) ein. Personalstand, in: *Mitteilungen*, Prag 1920, Nummer 1; Prag 1938, 1. Vierteljahrsheft, S. 14.

⁴³⁸ Das Unternehmen präsentierte in einem eigenen „Pavillon“ Pläne und Zeichnungen von ausgeführten oder in Bau stehenden Objekten wie auch eine Darstellung der Entwicklung und der Anwendungsmöglichkeiten des Betonbaues. Pittel & Brausewetter, in: *Die Jubiläums-Ausstellung Wien 1898*, s.L., s.a., S. 189.

⁴³⁹ Brammertz, Adolf Baron Pittel, (wie Anm. 434), S. 194f.

⁴⁴⁰ P+B, Zentralarchiv Wien, Karl Brausewetter, *Wie Pittel & Brausewetter entstand* (längere Fassung), Wien 1969, S. 1; vgl. Teil I.A, Anm. 11.

⁴⁴¹ Das Zitat ist einem Typoskript entnommen, das weder den Namen des Autors noch einen Titel ausweist, inhaltlich jedoch weitgehend übereinstimmt mit: Rolf Lambert, *Aus der Geschichte unserer Unternehmung*, in: *Mitteilungen*, Prag 1921, Nr. 1–5. Die hier wiedergegebene Textstelle ist aber in der veröffentlichten Arbeit von Lambert nicht enthalten.

und Przemysl, die er in die „zweite Hälfte der siebziger Jahre“ verlegt. Und da er, wie er wörtlich ausführt, „mit Baron Pittel ununterbrochen in geistigem Verkehre stand“, erhielt er „genaue Kenntnis der hierbei gemachten Erfahrungen“. Zusammen hätten sie gelernt, „die hervorragenden Eigenschaften des Portlandzementes voll zu werten“.⁴⁴² Wenn auch die von Victor Brausewetter zitierten Fortifikationsarbeiten erst in die zweite Hälfte der achtziger Jahre fielen, wie aus dem Artikel über die „Betonbau-Unternehmung Adolf Baron Pittel Wien“ in der 1910 erschienenen „Gross-Industrie Österreichs“ zu entnehmen ist,⁴⁴³ bleibt die Kernaussage der gemeinsam erarbeiteten Erfahrungen bestehen. Allerdings bekommt dadurch der später angesetzte Termin einer intensivierten Zusammenarbeit zusätzliches Gewicht.

Auch die Notwendigkeit, durch Versuche und den Bau von Probeobjekten das Wissen aus Theorie und Praxis zu vermehren, vereinte beide in ihren Bestrebungen. Dürfte die Zusammenarbeit bei der Durchführung konkreter Bauaufträge je nach Ertragsaussichten beschlossen worden sein, einte die Bewältigung der bautechnisch gegebenen Problematik bei Betonkonstruktionen sie von Anfang an in ihren Bemühungen.

Wie hoch waren die Finanzmittel, die bei der Verwirklichung dieses komplexen Programmes zum Einsatz kamen? Ihr gesamtes Ausmaß ist unbekannt, es liegen nur einzelne Hinweise auf konkrete Investitionsmaßnahmen vor. So erneuerte Baron Pittel in dem 1869 erworbenen Werk in Taßhof die maschinelle Ausstattung und erweiterte die Produktionsanlagen. Die 1872 erworbene Liegenschaft in Weißenbach hatte einen Kaufpreis von 7.000 Gulden. Die Kosten für die notwendigen Umbauten deckte er mit einem „größeren Kredit“ aus den Händen seiner Schwägerin Louise de Collins-Tarsienne ab. Darüber hinaus sah sich Baron Pittel nach Brammertz „des öfteren“ gezwungen, kurzfristig Geld aufzunehmen.⁴⁴⁴

Besonders schwer sind die Kosten der Versuchsprogramme einzuschätzen, die mangels öffentlichen Interesses allein aus Eigenmitteln zu bestreiten waren. In seinen „Erinnerungen“ spricht Victor Brausewetter von den „damals recht beschränkten Mitteln“, mit denen die als „grundlegend erscheinenden Versuche“ durchgeführt wurden.⁴⁴⁵ So wie er 1879 in Pressburg auf seinem Werkplatz ein Versuchsgewölbe aus Stampfbeton zwecks Belastungsproben errichtete, so führte Baron Pittel auf seinem Weißenbacher Besitz verschiedene Experimente durch. Bereits 1875 hatte er für die Stadt Linz einen kurzen Probekanal in Betonbauweise errichtet.⁴⁴⁶

⁴⁴² Victor Brausewetter, *Erinnerungen* (wie Anm. 436), S. 2.

⁴⁴³ *Betonbau-Unternehmung Adolf Baron Pittel Wien*, in: *Die Gross-Industrie Österreichs*, 2. Bd., Wien 1908, S. 106.

⁴⁴⁴ Brammertz, *Adolf Baron Pittel* (wie Anm. 434), S. 195.

⁴⁴⁵ Victor Brausewetter, *Erinnerungen* (wie Anm. 436), S. 2.

⁴⁴⁶ *Historischer Rückblick*, Typoskript, ohne Verfasser und ohne Datumsangabe. P+B, Zentralarchiv Wien, S. 1f.



Belastungsprobe Stambetonbogen Bratislava, 1879

Victor Brausewetter kennzeichnete in seinen „Erinnerungen“ die von Baron Pittel und ihm angestellten Bemühungen als „schrittweises Erkennen“ der Verwendungsmöglichkeiten des Portlandzementbetons. Anfangs beschränkte man sich auf die Herstellung von „Betonplatten und Betonrohren“.⁴⁴⁷ Der Schreiber des 1927 in das „Städtewerk: Das neue Wien“ aufgenommenen Beitrages über „Pittel & Brausewetter“ schildert diese Situation mit den Worten: „Die damals noch vollkommen unbekanntem Eigenschaften des englischen Portlandzementes wurden von ihnen erstmalig erforscht und schrittweise der Praxis zugeführt. Die von ihnen vorgenommenen Versuche waren Erstlingsarbeiten und erstreckten sich auf jene Gebiete, in denen später Beton und Eisenbeton Alleinherrscher wurden.“⁴⁴⁸

Auch ohne Einblick in die tatsächliche Höhe dürften die Investitionsaufwendungen das Budget der beiden Unternehmer, wie oben angeführte Bemerkungen nahelegen, stark in Anspruch genommen haben. Baron Pittel standen die Erträge aus der Pottensteiner Gesellschaft zur Verfügung, der Privatingenieur Victor Brausewetter musste jedoch mit den Einnahmen aus den ersten Bauaufträgen das Auslangen finden. Die Zusammenarbeit der beiden Freunde gewann gerade aus wirtschaftlicher

⁴⁴⁷ Victor Brausewetter, *Erinnerungen* (wie Anm. 436), S. 2.

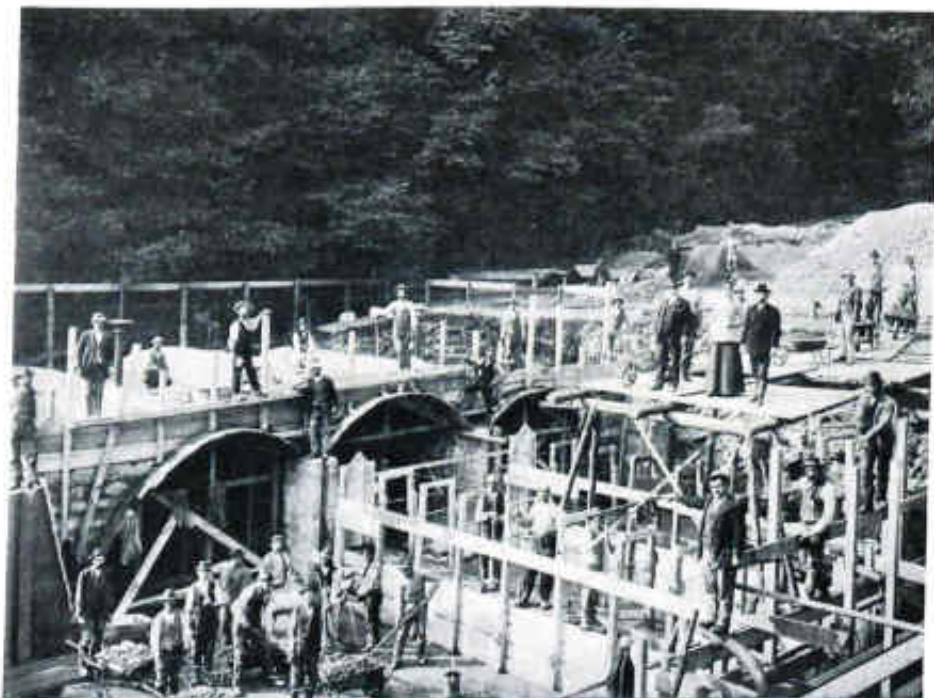
⁴⁴⁸ *Städtewerk: Das neue Wien*, hg. unter offizieller Mitwirkung der Gemeinde Wien, Band III, Wien 1927, S. 288.

Sicht besondere Bedeutung. Sie schuf die Möglichkeit, Arbeitsteilung als eine kostenminimierende Organisationsform bei der Bewältigung unterschiedlichster Bauaufträge einzusetzen.

RECHNUNG-UNTERNEHMEN
 PITTEL & BRAUSEWETTER, WIEN IV.,
 FRAPORTENSTRASSE 12

..... ABTEILUNG A
 STADTBAUABTEILUNG
 ANSCHAU

BAU EINES WASSER-RESERVOIRS IN EISENBERG
 AUSGEFÜHRT FÜR SEINE DURCHLAUFIT HERRN FERDINAND EDOARD FÜRST VON LÖHNSWITZ 1903



Wasserreservoir Eisenberg, 1903

Das Jahr 1880 markierte sowohl in bautechnischer als auch in unternehmerischer Hinsicht einen wichtigen Fortschritt. Die Stadt Preßburg schrieb 1878 den Plan der „systematischen Kanalisierung“ etwa des halben Stadtgebietes zur Offertlegung aus. Es gelang Victor Brausewetter, das Interesse des Stadtbauamtes für eine Ausführung in Portlandzementbeton anstelle des bis dahin üblichen Ziegelmauerwerks zu gewinnen. Nach der Vorlage von Plänen, dem Bau eines Kanals zu Versuchszwecken und eingehenden Berechnungen wie auch von Ergebnisberichten erhielt er den Zuschlag. Er selbst bezeichnete die Kanalisierung Preßburgs als „die erste Ausführung einer solchen in Portlandzementbeton in Oesterreich-Ungarn“.⁴⁴⁹

⁴⁴⁹ Victor Brausewetter, Erinnerungen (wie Anm. 436), S. 2.

Der nun auch von den öffentlichen Auftraggebern bekundete Erfolg sollte den Schwerpunkt der Bautätigkeit Victors über Jahre hinaus prägen. Das „Entwerfen und Ausführen von Stadtkanalisationen in Stampfbeton“ wurden, so Rolf Lamberg im Rückblick, die „Hauptbeschäftigung unserer Unternehmung“.⁴³⁰ Darüber gibt eine als einzigartig zu bezeichnende Veröffentlichung aus der Feder Victor Brausewitters und Adolf Baron Pittels Bescheid. In der bereits im vorigen Kapitel erwähnten „Practischen Anleitung zur Projectierung und Bauausführung von Beton-Abzugsanlagen“ aus dem Jahre 1887 stellen sie ihre „auf diesem Gebiete gesammelten Erfahrungen“ zur Verfügung und fügten abschließend eine Zusammenstellung der „seit dem Jahre 1870 ausgeführten (...) grösseren Canalisations- und Beton-Arbeiten“ an.⁴³¹ In der nur als Typoskript erhaltenen Vorlage von Lambergs Darstellung der Firmengeschichte wird Victor Brausewetter als Autor genannt, der „mit seinem Ingenieur Klenhart“ die Bearbeitung der „Practischen Anleitung“ vorgenommen habe.⁴³²

Angesichts dieses Leistungsausweises, es werden Kanalbauten für die öffentliche Hand und Industrieunternehmen, militärische Befestigungsanlagen, Wasserbauten und Betonreservoirs sowie Pflasterungen unterschiedlichster Größe genannt, stellt sich die Finanzierungsfrage vollkommen neu. Berücksichtigt man weiter, dass diese Arbeiten nicht nur im engeren Umfeld von Wien, Preßburg und Graz, sondern auch in Oberösterreich, Salzburg und mit besonderem Schwerpunkt in Böhmen, Mähren, Schlesien und dem zu Österreich-Ungarn gehörenden polnischen Gebiet um Krakau, aber vereinzelt auch in Serbien und Rumänien ausgeführt wurden, dann muss von einem angemessen hohen Betriebskapital ausgegangen werden. Außerdem dürften die Regiekosten (Planungs- und Reisekosten) entsprechend den zunehmend weit voneinander liegenden Bauobjekten überdurchschnittlich angewachsen sein.

Über all das teilt uns das überlieferte Archivmaterial nichts mit. Allerdings kann aus dem Schweigen der Quellen, die andererseits ein Aufblühen der von Pittel und Brausewetter geführten Unternehmen belegen, auf ein solides und krisenresistentes Wachstum geschlossen werden. Unter namentlicher Nennung der Kanalisierungsarbeiten in Preßburg und eines 1884 in Salzburg auf dem Mönchsberg errichteten Wasserreservoirs sah Lamberg in seinem historischen Rückblick den „Ruf unserer Unternehmung so gefestigt, dass in der nächstfolgenden Zeit unsere Firma und mit ihr die Betonbauweise einen glänzenden Aufschwung nehmen konnte“.⁴³³

Diese Auslegung wird durchaus auch von der die achtziger Jahre auszeichnenden, nur in der Mitte des Jahrzehnts vorübergehend nachlassenden konjunkturellen Dynamik der Gesamtwirtschaft gestützt, an der die Baubranche besonderen Anteil

⁴³⁰ Lamberg, *Aus der Geschichte* (wie Anm. 441), S. 8.

⁴³¹ Siehe das vollständige Zitat im Kapitel über die gesellschaftliche Entwicklung (LA): Anm. 23.

⁴³² Siehe Anm. 441.

⁴³³ Lamberg, *Aus der Geschichte* (wie Anm. 441), S. 10; vgl. auch Victor Brausewetter, *Erinnerungen* (wie Anm. 436), S. 3.

hatte. Die Jahre bis einschließlich 1891 zeigen aus dem Blickwinkel der Industrieaktiengesellschaften eine anhaltende Stärkung der Finanzierungskraft.⁴⁵⁴

Vor diesem positiven Wirtschaftsszenarium erscheint der 1882 gefasste und 1887 verwirklichte Beschluss einer Zusammenführung der wirtschaftlichen Aktivitäten in eine offene Handelsgesellschaft auch unternehmenspolitisch als wohlüberlegte Maßnahme. Baron Pittel und Victor Brausewetter reagierten damit auf die quantitativ wie qualitativ enorm gewandelte Bautätigkeit mit entsprechenden Anpassungen in der Betriebsorganisation.

Diese beschränkten sich jedoch auf die Klarstellung des nunmehr gemeinsamen Unternehmensziels, die Ausschaltung interner Konkurrenz und die Festlegung eines Betriebskapitals. Ersteres nennt die „Ausführung von Beton und anderen Bauten“ sowie die Erzeugung von Zementwaren, schließt aber auch den Handel mit „Kalk, Cement, Cementwaren und Baumaterialien“ mit ein. Der zweite Punkt verlangt von beiden Gesellschaftern die Einstellung der „dem Handelszweige der Gesellschaft gleichartigen Handelsgewerbe“. Ausdrücklich wird von Baron Pittel die Löschung seiner Wiener Firma gefordert, ihm aber zugestanden, „seine auf Erzeugung von Kalk und Cementwaren bestimmte Fabrik in Weihsenbach a/d Triesting“ weiter auf eigene Rechnung zu betreiben. Das erforderliche Betriebskapital sollte aus dem Gegenwert der „Baumaterialien, Werkzeuge und Geräthe“ bestehen, wie sie Baron Pittel „in Wien“ und Victor Brausewetter „in Wien und Preßburg“ auf Lager hatten. Der mit je 4.000 Gulden geschätzte Wert wurde beiderseits durch einen Barbetrag von 1.000 Gulden aufgestockt, so dass insgesamt ein Betriebskapital von 10.000 Gulden zur Verfügung stand.⁴⁵⁵

Der Vertrag enthält keine Hinweise auf das Gesamtvermögen und die Kapitalstruktur der neuen OHG. Die „Inventare“ und „Bilanzen“, wie sie das Abkommen einmahnt, sind nicht erhalten. So kann auch über die Höhe der Abschreibungen nichts ausgesagt werden, die gemäß dem Vertragstext an den „der Entwertung unterliegenden Vermögensgegenständen“ sowie „an uneinbringlichen oder zweifelhaften Forderungen“ vorzunehmen waren.⁴⁵⁶

Die Entwicklung der von Baron Pittel und Victor Brausewetter nun gemeinschaftlich geführten Firma, die am 1. Jänner 1888 unter dem Namen *Pittel & Brausewetter* ihre Geschäftstätigkeit aufnahm, war geprägt durch eine gezielte Fortsetzung der von beiden schon bisher verfolgten Unternehmensstrategie: Diese beruhte ganz wesentlich auf der steten Beobachtung und der aktiven Beteiligung an der Weiterentwicklung bautechnischer Fortschritte. Damit verband sich aber die Notwendigkeit,

⁴⁵⁴ Alois Mosser, *Die Industrieaktiengesellschaft in Österreich 1880–1913. Versuch einer historischen Bilanz- und Betriebsanalyse*, Wien 1976, S. 130ff. und 175f.

⁴⁵⁵ Siehe die Punkte I, III und IV des zwischen Adolf Baron Pittel und Victor Brausewetter abgeschlossenen Gesellschaftsvertrags vom 29. Dezember 1887. P+B, Zentralarchiv Wien.

⁴⁵⁶ Ebenda, Punkt VII.

die finanzielle wie organisatorische Grundausrüstung des Unternehmens neu zu dimensionieren. Victor Brausewetter zeigte in seinen „Erinnerungen“ auf, wie immer dringlicher es wurde, die eigenen Bestrebungen sowohl fachlich als auch kostenmäßig abzusichern. Dazu hielt er steten Kontakt mit führenden Experten und bemühte sich, Fachkreise für die Durchführung von Versuchsreihen zu gewinnen. Im Jahre 1889 hielt er vor der Vollversammlung des „Oesterreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereins“ einen Vortrag über seine Erfahrungen mit der Betonbauweise. Dabei hob er hervor, dass „bezüglich der statischen Auffassungen noch recht nennenswerte Unklarheiten bestehen“ und regte an, eingehende Versuche auf dem Gebiet des Gewölbebaus durchzuführen. Der Verein entsprach seinem Antrag und übertrug diese Aufgabe einem 1890 eingerichteten „Gewölbeausschuß“. Um die „nicht unbedeutenden Kosten“ zu bewältigen, wandte man sich an „Ministerien, Behörden, Stadtvertretungen und an die Industrie“, die zusammen die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellten.⁴³⁷

Das von fachspezifischen Vereinen erarbeitete und entsprechend publik gemachte Wissen wurde seitens der im Bauwesen tätigen Firmen zunehmend rezipiert und weiter entwickelt. *Pittel & Brausewetter* nahm in diesem Prozess eine vergleichsweise führende Stellung ein. Ob auf dem Gebiete des Gewölbebaus, der Decken- und Behälterkonstruktion oder der Herstellung hochwertiger Zemente, man widmete sich weiterhin mit eigenen Versuchsprogrammen den noch ungelösten Fragen.

Besonders deutlich kann dies im Zusammenhang mit der Entwicklung der Stahlbetonbauweise gesehen werden. Wie schon im Kapitel über die gesellschaftliche Entwicklung dargestellt, verfolgte man aufmerksam die ersten Nachrichten einer Verwendung von Eiseneinlagen in Beton durch Joseph Monier, die jedoch von den Fachleuten mehrheitlich skeptisch beurteilt wurde. Auch die von François Hennebique anfangs der neunziger Jahre verbesserte Konstruktionsweise brachte noch keine allgemeine Anerkennung. 1892 erwarb Josef Melan, Professor für Baustatik an der Technischen Hochschule in Brünn (Mähren), ein Patent für eine spezifische Eisenbetonbauweise. Er hatte auf dem Versuchsgelände der 1889 von *Pittel & Brausewetter* eingerichteten Filiale in Brünn gezielt die Erprobung der Verbundbauweise durchgeführt und dem Gewölbebau neue Grundlagen erschlossen. Die Ausführungsrechte seines Patenten übertrug er *Pittel & Brausewetter*. Nur kurz danach gelang es Victor Brausewetter, auch die Patente Matrai und Siegwart zu erwerben, so dass das Unternehmen über die Nutzungsrechte dreier Erfindungen auf dem Gebiete der Gewölbe- und Deckenkonstruktion verfügte. Alle drei Systeme, so urteilte Victor Brausewetter in seinen 1925 publizierten „Erinnerungen“, sind „auch heute noch technisch richtig und mit wirtschaftlichem Vorteil verwendbar“.⁴³⁸

⁴³⁷ Victor Brausewetter, *Erinnerungen* (wie Anm. 436), S. 3.

⁴³⁸ Ebenda, S. 4.

BRÜNNEN-ENTWÜRFER
PITTEL & BRAUSEWETTER WIEN IV.
 PLAN-UND-BAU-ENTWÜRFER
 HAUPT-BAU-LEITER
 VEREINIGUNG FÜR DIE ÖSTERREICHISCHE ARCHITECTUR
 VEREINIGUNG FÜR DIE ÖSTERREICHISCHE ARCHITECTUR



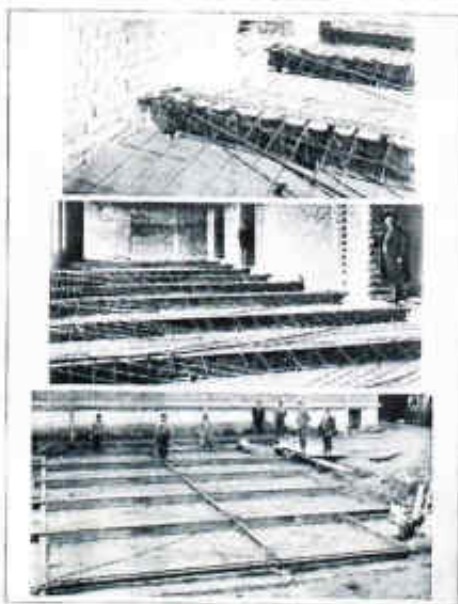
An der feierlichen Eröffnung der von Pittel & Brausewetter neuerbauten Drachenbrücke in Laibach und ihrer Freigabe für den Verkehr 1901 nahmen Josef Melan und Victor Brausewetter im Ehrenkomitee teil.

Schon diese knappe Zusammenstellung genügt, um anzudeuten, dass mit der Zunahme der Bautätigkeit, wie sie allein durch die Gründung von Filialbetrieben angezeigt wird, und mit dem anhaltend intensiven firmeninternen Versuchsprogramm ein hoher und ebenso wachsender Kapitalbedarf verbunden war.

Über den Aufbau eines den regionalen Nachfrageschwerpunkten entsprechenden Filialnetzes bestehen viele Unklarheiten. Vor allem ist es die zeitliche Abfolge der ins Leben gerufenen Zweigstellen, die unterschiedlich gesehen wird. Weitgehend einhellig wird Brünn als die erste Niederlassung bezeichnet, wobei allerdings die behaupteten Zeitpunkte der Geschäftsaufnahme zwischen 1886 und 1890 schwankten.⁴⁹⁹ In diesem Zusammenhang ist von Interesse, dass eine Gründung vor Beginn des Jahres 1888 auch vor der Registrierung des Unternehmens *Pittel & Brausewetter* erfolgt wäre, eine aber aus handelsrechtlichen Gründen unwahrscheinliche Konstellation.

⁴⁹⁹ Das Landesgericht in Brünn veranlasste am 25. August 1889 die Eintragung einer Zweigniederlassung der Firma *Pittel & Brausewetter* in das zuständige Handelsregister; die Aufnahme in das Wiener Handelsregister erfolgte am 3. September 1889. Wenzel Genau, Direktor und Leiter der Filiale Brünn, stellte 1943 fest, dass die Gründung der Filiale bereits in das Jahr 1887 falle. Dagegen nennt Rolf Lamberg 1890 als Gründungsjahr. Wenzel Genau, 56 Jahre Brünnener Zweigstelle, in: *Mitteilungen*, Prag 1943, S. 90; Rolf Lamberg, *Aus der Geschichte unserer Unternehmung*, in: *Mitteilungen*, Prag 1921, Nr. 5.

PITTEL & BRAUSEWETTER, WIEN 19.
NEUENTWICKELTES SYSTEM MATRIZI IN BRÜNN.
 Die Abbildung zeigt die Anwendung des Systems Matrizi für den Bau von Abzugskanälen. Die Matrizen sind in Form von rechteckigen Rahmen aus Holz oder Eisen angeordnet, die auf einer ebenen Unterlage liegen. Die Kanäle werden durch das Gießen von Beton in diese Matrizen hergestellt. Die Abbildung zeigt die verschiedenen Stadien der Arbeit, von der Vorbereitung der Matrizen bis zum Gießen des Betons und dem Abheben der fertigen Kanäle.



Betonabzugsdecken System Matrizi

Doch auch die Einrichtung 1888 oder unmittelbar danach bezeugt den bereits zum Zeitpunkt der Firmengründung gegebenen Arbeitsschwerpunkt in Mähren. Die von Baron Pittel und Victor Brausewetter 1887 publizierte „Practische Anleitung“ listet einen Kanalbau in der „Stadtgemeinde Brünn“ auf, der sich „im Bau“ befindet.⁴⁰⁰

Der oft zu lesende Hinweis auf die gleichzeitige Errichtung einer Filiale in Prag mit der von Brünn findet in den überlieferten Quellen keine Bestätigung. Im Juli 1893 richteten Adolf Baron Pittel und Victor Brausewetter ein Schreiben an das Prager Handelsgericht, in dem sie die Errichtung einer Filiale in Prag anzeigten und um deren Registrierung ersuchten. Daraufhin bat Prag das Wiener Handelsgericht um Auskunft über die Firmenprotokollierung von *Pittel & Brausewetter*. Der von Wien zur Verfügung gestellte „Ex offo-Auszug“ beinhaltet das Gründungsdatum der Firma (1. Jänner 1888) und den Tag der Zweigniederlassung in Brünn (3. September 1889), auch die Prokuristen Franz Hickel und Attilio Rella werden in ihrer Funktion benannt.

⁴⁰⁰ Adolf Baron Pittel & Victor Brausewetter, *Practische Anleitung zur Projectirung und Bauausführung von Beton-Abzugscanälen*, Preßburg u. Leipzig 1887, S. 45.

So deuten die Quellen an, dass Prag als Filiale von *Pittel & Brausewetter* die Arbeit frühestens 1892 aufnahm und 1893 die Eintragung in das Gesellschaftsregister erwirkte. Es bestand demnach keine Gleichzeitigkeit mit der Geschäftsaufnahme in Brünn.⁴⁶¹

Die in der Literatur vermerkten Gründungsdaten der weiteren Zweigniederlassungen differieren mit den handelsgerichtlichen Eintragungen noch stärker. Darauf soll im Folgenden dann eingegangen werden, wenn dies auch aus dem Blickwinkel der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Firma von Bedeutung ist. Hier sei nur so viel zum Verständnis angeführt, dass die damals bestehende Gesetzeslage die Ausübung eines Handelsgewerbes ohne gerichtliche Zulassung untersagte. Inwieweit geschäftliche Kontakte bestanden haben, die ohne Registrierung bewerkstelligt werden konnten, die aber im Rückblick das Vorhandensein eines Filialbetriebes nahegelegt haben, wird später noch zu bedenken sein.

Im dem hier interessierenden Zeitabschnitt ist von Interesse, dass auch die Filiale Karlsbad mit dem Gründungsdatum der Firma (1888) in Zusammenhang gebracht wird.⁴⁶² Das zuständige Kreisgericht Eger beurkundet die Protokollierung der Zweigniederlassung Karlsbad aber mit dem 27. Februar 1911.⁴⁶³ Die Feststellung von Hans Krawarik, dass „sich 1894 die Zahl der Zweigstellen mit Karlsbad, Brüx, Teschen, Aussig, Laun, Postelberg, Osseg und Czernowitz sprunghaft erhöhte“, kann mangels eindeutiger Belege nicht bestätigt werden.⁴⁶⁴

Es ist davon auszugehen, dass die seit Jahresbeginn 1888 bestehende Firma *Pittel & Brausewetter* anfänglich mit Brünn nur eine Filiale von Bedeutung besaß. Die 1892 erfolgte Gründung der Prager Niederlassung kann als Hinweis auf die Zunahme des böhmischen Geschäftes angesehen werden.

Der Aufbau eines Filialnetzes verlangt flankierende Maßnahmen in der Unternehmensorganisation. Mit der Bestellung der Filialleiter und der diesen zugeordneten

⁴⁶¹ Magistrat Královského Hlavního Mesta Prahy, Nota, 26. červa 1893; Handelsgericht Wien, Handelsregister für Gesellschaftsfirmer, Ex officio-Auszug: Bd. 33, pag. 197, Wien, 11. Juli 1893. Die Prager Mitteilungen des Jahres 1931 setzen auch die Geschäftsaufnahme der Prager und der Brüner Filiale mit dem Jahr 1887 als gleichzeitig an; die handelsgerichtliche Eintragung sei in Brünn 1898, in Prag jedoch erst 1908 erfolgt. Mitteilungen, Prag 1931, Doppelfolge 7–8, S. 57. Die erwähnte Protokollierung im Jahre 1908 war jedoch keine Ersteintragung, sie wurde aber notwendig durch den in diesem Jahr erfolgten Eintritt Benno Brauseweters in das väterliche Unternehmen.

⁴⁶² Wenzel Genau schreibt, dass Karlsbad wie auch Prag ein Jahr nach Brünn, nämlich 1888, als Zweigstellen geführt wurden, einen Beleg führt er nicht an. Wenzel Genau, 56 Jahre Brüner Zweigstelle, in: Mitteilungen, Prag 1943, S. 90. In einer Zusammenstellung der „Gründungsjahre unserer tschechoslowakischen Niederlassungen“ wurde 1931 der Bestand der Karlsbader Filiale auf das Jahr 1894 zurückgeführt, die Protokollierung aber korrekt mit 1911 angegeben. Mitteilungen, Prag 1931, Doppelfolge 7–8, S. 57.

⁴⁶³ Handelsregister des Kreisgerichtes Eger, Eintragung vom 27. 2. 1911.

⁴⁶⁴ Hans Krawarik, *Pittel+Brausewetter. 125 Jahre Entwicklung des Bauwesens* (Manuskript), Wien 1996, S. 7.

Mitarbeiter erweitert sich der mit der Umsetzung des Unternehmenszieles beauftragte Kreis der Personen. Adolf Baron Pittel und Victor Brausewetter betrauten 1888 Franz Hickel mit der Einzelprokura, die dieser bis zu seinem aus gesundheitlichen Rücksichten erfolgten Ausscheiden 1897 ausübte. Seine erfolgreiche und „umsichtige Tätigkeit“ in der Wiener Zentrale verschaffte den Firmeninhabern die Möglichkeit, sich uneingeschränkt der Lösung technischer Probleme wie auch der Kundenakquisition zu widmen. Die frühen Jahre des Unternehmens sind auch mit dem Namen Attilio Rella verknüpft. Ihm wird tatkräftige Unterstützung des Aufbaus der Filialen Brünn und Prag bescheinigt. Im Jahr 1893, in dem die registrierte Geschäftsaufnahme in Prag erfolgt sein dürfte, wurde er in die Zentrale nach Wien berufen und auch ihm die Einzelprokura übertragen.⁴⁶⁵ Hickel wie auch Rella waren Bauingenieure, die in ihrem Beruf eine vielseitige Tätigkeit entwickelten. Friedrich Steiner, der 1898 eine Studie über das „Civil-Bauingenieurwesen“ in Österreich verfasste, weist auf eine „vorzügliche Schrift über die Assanierung der Städte in Österreich-Ungarn“ von Attilio Rella hin, der für 203 städtische Siedlungen die Daten über die bestehenden Systeme der Wasserversorgung erhoben habe.⁴⁶⁶ Neben der Leitung des Geschäftsverkehrs waren die Bautechniker Hickel und Rella stets auch mit den Problemen befasst, die eine sich rasch wandelnde Baupraxis begleiteten. So verwundert es nicht, dass ihnen in den firmeneigenen Rückblicken eine hohe Wertschätzung entgegengebracht wird.

Victor Brausewetter kennzeichnet in seinen „Erinnerungen“ die Entwicklung der unternehmerischen Aktivitäten als schrittweise „Erweiterungen der Anwendung der Betonbauweise“, die ihn von der Durchführung systematischer Stadtkanalisationen zur Ausführung von Wehrbauten und Wasserreservoirien, zur Anlage großer Maschinenfundamente und zu neuen technischen Lösungen im Decken- und Gewölbebau führten.⁴⁶⁷ Arbeiten der genannten Art finden sich im Gesamtbereich der Habsburgermonarchie, aber auch im benachbarten Ausland wie in Italien, Rumänien und Serbien. Angesichts der Tatsache, dass die aufgezeigten Produktionsschwerpunkte die Entwicklung nur eines Jahrzehnts widerspiegeln, muss von einer beachtlichen betrieblichen Expansion und einem entsprechend rasch gestiegenen Kapitaleinsatz ausgegangen werden. Als sich Victor Brausewetter 1898 nach dem Ausscheiden Baron Pittels entschloss, das Unternehmen als Alleininhaber weiterzuführen, erfreute

⁴⁶⁵ Rolf Lamberg verlegt das Ausscheiden Hickels in das Jahr 1896, das zeitgleich zur Übernahme der Prokura durch Rella geführt habe. Dem stehen die Angaben in den Handelsregistern entgegen, aus denen die oben angeführten Daten entnommen sind. Rolf Lamberg, *Aus der Geschichte unserer Unternehmung*, in: *Mitteilungen*, Prag 1921, Nr. 5; Handelsgericht Wien, Abt. A, Gesellschaftsfirmitäten, Firma: Pittel & Brausewetter: Franz Hickel (Löschung der Prokura), Eintragung vom 21. 5. 1897; ebenda, Attilio Rella (Verleihung der Prokura), Eintragung vom 30. 5. 1893.

⁴⁶⁶ Friedrich Steiner, *Civil-Bauingenieurwesen*, in: *Die Gross-Industrie Oesterreichs*, 6. Bd., Wien 1898, S. 57.

⁴⁶⁷ Victor Brausewetter, *Erinnerungen*, 1925, S. 3.

sich die Baubranche einer guten Konjunkturlage. Diese hatte sich nach Überwindung stagnierender Tendenzen zwischen 1890 und 1895, die sich gesamtindustriell bemerkbar machten, rasch gebessert. Das erste erhaltene „Inventar“ der Firma *Pittel & Brausewetter* datiert wie schon hervorgehoben aus dem Jahre 1898 und lässt somit einen Blick auf die Vermögens- und Kapitalverhältnisse wie auch auf die Geschäftslage zu, wie sie sich nach dem Übergang der OHG in eine von Victor Brausewetter allein geleitete Einzelfirma darstellten.⁴⁶⁸

Pittel & Brausewetter

Vermögens- und Kapitalstruktur: 31. Dezember 1898

Anlagevermögen:	Gulden	Prozent
<i>Beteiligungen</i>	62.348,00	5,81
<i>Wertpapiere (Anlagen)</i>	179.564,72	16,75
Finanzanlagen:	241.912,72	22,56
<i>Bebaute Grundstücke</i>	2.429,69	0,23
<i>Betriebsausstattung</i>	30.467,19	2,84
Sachanlagen:	32.896,88	3,07
Summe (Anlagevermögen)	274.809,60	25,63
Umlaufvermögen:		
<i>in Zentrale</i>	14.181,83	1,32
<i>auf Bauten</i>	11.978,84	1,12
<i>in Filialen</i>	20.109,28	1,88
Vorräte:	46.269,95	4,31
Debitoren:	731.362,57	68,20
<i>Kassa</i>	4.741,33	0,44
<i>Kupons / Zinscheine</i>	3.033,14	0,28
<i>Verrechnungsbeträge</i>	5.644,77	0,53
<i>Metdgeschäfte</i>	5.808,08	0,54
<i>Vorauszahlungen</i>	668,19	0,06
Sonstiges Umlaufvermögen	19.895,51	1,86
Summe (Umlaufvermögen)	797.528,03	74,37
Vermögen (insgesamt)	1.072.337,63	100,00

⁴⁶⁸ P+B, Zentralarchiv Wien, Inventar vom 31. Dezember 1898.

GESELLSCHAFTLICHE UND WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG 1870-1938

Kapital:

	<i>Konto: Victor Brausewetter</i>	209.777,04	23,10
	<i>Reserven</i>	130.638,90	14,39
Eigenkapital:		340.415,94	37,49
	<i>Konto: Baron Pittel</i>	181.611,10	20,00
	<i>Anteile: Attilio Rella</i>	57.512,82	6,33
	<i>Tratten</i>	3.730,30	0,41
	<i>Kreditoren</i>	323.663,58	35,64
	<i>Offene Bauschulden</i>	1.140,98	0,13
Fremdkapital		567.658,78	62,51
Kapital (insgesamt)		908.074,72	100,00

Gewinn und Gewinnverteilung

Vermögen	1.072.337,63
Kapital	908.074,72
Reinvermögen (31.12.1898)	164.262,91
<i>Reinvermögen (1.1.1898)</i>	9.974,20
Reingewinn (Jahresgewinn)	154.288,71

Reingewinnverteilung:

Zusammensetzung des Reingewinns:

<i>Reinertragnis Preßburg</i>	11.295,01
<i>Teilertragnis Lager Brünn</i>	8.011,25
<i>Teilertragnis Lager Teschen</i>	1.193,12
<i>Bauertragnis</i>	133.300,62
<i>Rest</i>	488,71
Summe	154.288,71
ad Kapitalkonto:	
Victor Brausewetter	153.800,00
Rest: Übertrag	488,71

Zum Jahresende 1898 lag das in Gulden österreichischer Währung gemessene Firmenvermögen vermutlich erstmals über der Millionengrenze. Es setzte sich zusammen aus Finanzanlagen (22,56 Prozent) und Sachanlagen (3,07 Prozent), so dass das Anlagevermögen ziemlich genau ein Viertel aller Aktiven ausmachte. Das kurzfristig verfügbare Betriebsvermögen (Umlaufvermögen) verkörperte somit drei Viertel aller Vermögenswerte.

Den Finanzanlagen kann das „Reinvermögen“ der „Filiale“ Preßburg zugeordnet werden, das den bilanztechnischen Charakter einer „Beteiligung“ besaß, da es dem Geschäftsbetrieb von *Pittel & Brausewetter* auf Dauer verbunden bleiben sollte. Auch den „Effecten“ (Wertpapieren) kam in der Regel Anlagencharakter zu, sie verblieben über viele Jahre im Portefeuille und sind daher nicht dem zirkulierenden Vermögen zuzurechnen. Sie dienten offenkundig der Vermögenssicherung und -anlage, worin in gewisser Weise eine unternehmenspolitische Absicht von *Pittel & Brausewetter* bestanden haben dürfte. Die als sicher einzustufenden Anteilsscheine der öffentlichen Hand oder führender Wirtschaftsunternehmen (Banken, Sparkassen) sollten stabilisierend auf die Vermögensverhältnisse des ständigen Schwankungen der Umsätze und Erträge ausgesetzten Unternehmens wirken, ihm gleichsam als Finanzdecke dienen.

Diese finanzwirtschaftliche Funktion der Wertpapiere erscheint noch glaubhafter, wenn man den niedrigen, nur drei Prozent der Aktiven betragenden Wertansatz der Sachanlagen berücksichtigt. Ihnen konnte keine, allfällige Verluste mittragende Rolle zukommen, ihr geringer Wert trug vielmehr dazu bei, die Abschreibungen zu minimieren und dadurch die Ertragsquote über Gebühr hoch zu halten.

Daraus kann jedoch für 1898 keine besondere Gefahr finanzieller Schwierigkeiten abgelesen werden. Erstens standen dem Unternehmen Eigenmittel im Ausmaß von nahezu zwei Fünfteln des Gesamtkapitals zur Verfügung, zweitens sicherte das Umlaufvermögen, das drei Viertel des Gesellschaftsvermögens abdeckte, selbst bei außerordentlichen Anforderungen die Zahlungsbereitschaft. Im Besonderen ist der Überhang der Debitoren über die Kreditoren hervorzuheben, der 1898 121 Prozent betrug.

Das Geschäftsjahr schloss mit einem als „Reingewinn“ bezeichneten Jahresgewinn⁴⁰⁹ von 154.289 Gulden ab, das entsprach einer Gesamtkapitalrentabilität von 17 und einer Eigenkapitalrentabilität von 45 Prozent. Der gesamte Betrag wurde auf das Kapitalkonto Victor Brausewetters übertragen, der ja ab dem 1. Jänner 1898 als Alleininhaber der Firma zeichnete.

Das gegenständliche Inventar trägt auch zur Abklärung der Filialstruktur des Unternehmens bei. Es weist ausschließlich Brünn und Prag als „Lager“ mit Filialcharakter aus, denen Bauten in Lettowitz, Mährisch Schönberg, Teschen, Nestersitz und

⁴⁰⁹ Der einschließlich des Gewinn- oder Verlustvortrages erzielte Gewinn (Verlust) ging als „Reinvermögen“ zum Jahresschluss in die Darstellung des „Inventars“ ein.

Bilin zugeordnet erscheinen. In einer separaten Position namens „Activen auf Bauten“ wird „Material etc.“ in Wien, Iglau, Lodz, Reichenau, Czernowitz und Karlsbad wertmäßig aufgelistet.⁴⁷⁰ So können in gewisser Weise die Angaben aus dem Inventar als Bestätigung der handelsgerichtlichen Eintragungen gewertet werden, die damals allein Brünn und Prag als Zweigniederlassungen auswiesen, die allerdings in den genannten Orten Bauten unterschiedlichster Art ausführten und Materiallager unterhielten.

Das erste Jahrzehnt des Bestehens der Firma *Pittel & Brausewetter* bietet das Bild einer im ausgehenden 19. Jahrhundert gerade in der Baubranche nicht untypischen, aber im Ausmaß doch einzigartigen betrieblichen Wertentwicklung. Standen dem Unternehmen zum Zeitpunkt der Gründung 10.000 Gulden Betriebskapital zur Verfügung, verfügte es zehn Jahre danach über ein Vermögen in Millionenhöhe. Der Entschluss Victor Brauseweters, die Firma nach dem Ausscheiden seines Mitgesellschafters Baron Pittel als Alleininhaber weiterzuführen, ist geradezu als logisch zu bezeichnen. Allerdings erforderte die Zunahme der Bauaufträge wie die Aufnahme neuer Geschäftszweige rasche Strukturpassungen.

2 Pittel & Brausewetter. Einzelfirma und offene Handelsgesellschaft: 1898 – 1918

Organisation wie die gesamte operative Planung bedurften einer Neuabstimmung mit den tradierten Unternehmenszielen. Victor Brausewetter stattete zuallererst die Geschäftsführung mit dem notwendigen Personal aus. Zu Jahresbeginn 1899 erteilte er seinem Sohn Benno und auch dem Wiener Ingenieur Josef Oesterreicher die umfassende Handelsvollmacht als Einzelprokuristen.⁴⁷¹ Attilio Rella, der bereits seit 1893 diese Funktion ausübte, verblieb weiterhin in dieser Position.⁴⁷²

Etwa zeitgleich dürfte eine Filiale in Czernowitz (Bukowina) ihren Betrieb aufgenommen haben, sie fand im Februar 1899 im Wiener Handelsregister Erwähnung. Diese nach Brünn und Prag dritte Zweigniederlassung von *Pittel & Brausewetter* hatte jedoch nur bis 1903 Bestand.⁴⁷³ Gründung und Bestandsdauer der Filiale hingen eng mit dem Projekt einer Stadtkanalisation von Czernowitz zusammen, das Victor Brausewetter ausführte.⁴⁷⁴ Nach Beendigung schien, so ist anzunehmen, die Auf-

⁴⁷⁰ Inventar vom 31. Dezember 1898: Activa, Positionen 15–17.

⁴⁷¹ Gesundheitliche Probleme zwangen Josef Oesterreicher noch 1899, die Prokura zurückzulegen; die Löschung erfolgte im Januar 1900.

⁴⁷² Siehe die gesellschaftliche Entwicklung (I. A), S. 12f.

⁴⁷³ Mit 17. September 1903 verzeichnete das Handelsgericht in Wien die „Aufhebung des Geschäftsbetriebes“ in Czernowitz und die Durchführung der Löschung. Handelsgericht Wien, Register für Einzelfirmen.

⁴⁷⁴ Das bis in die Literatur Eingang gefundene Foto eines die Umschrift „Pittel und Brausewetter“ tragenden Kanaldeckels, der auch nach 110 Jahren noch seinen Dienst verricht, ist ein sprechendes



Pittel & Brausewetter Kanaldeckel in Czernowitz

rechterhaltung eines Filialbetriebes nicht mehr von Vorteil gewesen zu sein. Insgesamt kam aber dem Ausbau eines Filialnetzes in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg eine große strategische Rolle zu. 1905 richtete das Unternehmen eine Zweigniederlassung in Leoben (Steiermark), 1910 in Teschen und in Bielitz (Schlesien), 1911 in Karlsbad (Böhmen), 1913 in Linz (Oberösterreich) und im selben Jahr auch eine in Salzburg (Salzburg) ein.⁴⁷⁵

Weitere entscheidende Impulse der wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens in dieser Periode waren der Entschluss Victor Brausewitters, sich 1899 an der Neugründung der *Bauunternehmung E. Gaertner* zu beteiligen, die sich besonders der Ausführung von Bauten mit pneumatischer Fundierung zugewandt hatte, sowie die Errichtung der *Pittel & Brausewetter, Beton-Brücken- und Tiefbau-Actiengesellschaft* in Budapest im Jahre 1906. Er besaß als Inhaber des Patentes „Siegwart“ auch Geschäftsanteile an der „Siegwartbalken-Gesellschaft“, die nach Ablauf der Schutzfrist 1904 dessen weitere Verwertung betreiben sollte. 1907/1908 wurden die Weichen für die nächste Wachstumsstufe gestellt. 1907 vergab Victor Brausewetter die Prokura an die in Prag und Wien lebenden Ingenieure Konrad Kluge und Max Lob, 1908 nahm er Benno als Mitgesellschafter in das Unternehmen auf, das so wieder als offene Handelsgesellschaft registriert wurde. Der die neuen Eigentumsverhältnisse regelnde Gesellschaftsvertrag erfuhr bereits 1912 eine weitere Spezifizierung, da die bisherigen Prokuristen Kluge und Lob als Mitgesellschafter in das Unternehmen eintraten. Diese Entwicklung war sicherlich nicht nur Ausdruck einer stark ansteigenden Baukonjunktur, sondern war intern auch bedingt durch den Tod Attilio Rellas 1910, der als Prokurist und stiller Gesellschafter neben Vater und Sohn Brausewetter eine füh-

⁴⁷⁵ Beispiel für die Bautätigkeit der Firma in dieser Stadt.

⁴⁷⁵ Die entsprechenden Eintragungen wurden von den zuständigen Kreisgerichten und vom Handelsgericht Wien vorgenommen.



Loos-Haus 1913



Loos-Haus Zeichnung 1910

rende Stellung in der Geschäftsführung eingenommen hatte.⁴⁷⁶ Die im Vertrag von 1912 festgeschriebenen Gesellschaftsverhältnisse blieben im Wesentlichen bis zum Kriegsende 1918 bestehen, allein für 1917 vermerkte das Handelsgericht in Wien die Löschung Max Lobs als Gesellschafter von *Pittel & Brausewetter*.⁴⁷⁷

Inwieweit, so stellt sich die Frage, bestimmten die in geraffter Form wiederholten handelsrechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen die finanz- und produktionswirtschaftlichen Abläufe der Gesellschaft? Über die Hälfte des hier zu überschauenden Zeitraumes, nämlich die Periode von 1898 bis 1908, wurde *Pittel & Brausewetter* als Einzelfirma geführt. Das anschließende Dezennium zeigt die wieder als OHG auftretende Firma auf dem Weg der Konzernbildung, die mit 1918 vor einen Neuanfang gestellt war. Was reflektieren die firmeneigenen Aufzeichnungen (Inventare, Bilanzen) von den Vermögens- und Kapitalverhältnissen oder von der Ertragskraft des Unternehmens, und lassen sie Rückschlüsse auf die Hintergründe zu?

Das bilanzierte Gesamtvermögen von *Pittel & Brausewetter* wuchs zwischen 1898 und 1918 um 119 Prozent von 2,14 auf 4,69 Millionen Kronen an (Tabelle 1.1). Die Entwicklung verlief aber nicht gleichmäßig, die Jahre 1909 und 1916 können

⁴⁷⁶ Nach dem Ausscheiden Relas wurde dem in Wien ansässigen „Oberingenieur“ Anton Kriebel die Prokura übertragen. Handelsgericht Wien, Handelsregister für OHG, Eintragung vom 29. April 1910.

⁴⁷⁷ Siehe Kap. 4 und 5 der gesellschaftlichen Entwicklung von *Pittel & Brausewetter* (I. A).

als Wendejahre ausgemacht werden.⁴⁷⁸ Kam es bis 1909 zu einer Wertsteigerung von 61 Prozent, zeigen die folgenden Jahre bis vor dem Krieg eine Wachstumsbeschleunigung an. Von 1909 bis 1913 verdoppelte sich in etwa das Firmenvermögen. In den Jahren 1910, 1911 und 1912 sind Zuwächse von 18, 24 und 28 Prozent zu verzeichnen. Der Aufwärtstrend hielt, wenn auch abgeschwächt, bis 1916 an. In der Schlussphase des Ersten Weltkrieges (1917/1918) verringerte sich das Firmenvermögen gegenüber 1916 um 42 Prozent.

Diese Wachstumskurve des Firmenvermögens mit Trendbeschleunigung ab 1909 und jähem Abbruch im Krieg ist ohne Zweifel als Konjunkturindikator zu werten. Ein Blick auf die Vermögensstruktur und die Entwicklung der einzelnen Vermögenseile legt jedoch ein differenzierteres Urteil nahe.

Aus den Tabellen 1.2 und 1.3 können die für das Gesamtergebnis verantwortlichen, mitunter gegenläufigen Entwicklungen der einzelnen Vermögensbestandteile abgelesen werden. Besonders ausgeprägt zeigen sich die Unterschiede in der stärksten Wachstumsperiode des Unternehmens von 1909 bis 1912, innerhalb der das Gesamtvermögen um nahezu 90 Prozent anwuchs, während die den Anlagewerten zuzurechnenden Vermögenseile in summa summarum gleichblieben. Die Finanzanlagen verringerten sich um rund 35 Prozent, die Sachanlagen verzeichneten hingegen einen Wertzuwachs von 110.961 auf 240.057 Kronen oder um 116,3 Prozent. Der nominell starke Anstieg des Gesamtvermögens ging jedoch vor allem auf das Konto des umlaufenden Vermögens, das sich in dieser Periode von gerundet drei auf sechs Millionen Kronen verdoppelte. Dies lässt zweifellos auf eine rasante Zunahme der Geschäftstätigkeit schließen, die sich jedoch auf die Vermögensbilanz infolge der schrumpfenden Finanzanlagen nur abgeschwächt auswirkte.

Die Finanzanlagen (Tabelle 1.4) widerspiegeln einerseits die Änderungen im firmenrechtlichen Status der Gesellschaft, andererseits aber auch bestimmte Eingriffe in die Bilanzierungsgewohnheiten. Als Inhaber der Einzelfirma aktivierte Victor Brausewetter bis 1905 das „Reinvermögen“ seines Werkes in Preßburg in der Jahresbilanz des Wiener Unternehmens. In den folgenden Jahren fanden diese Werte Aufnahme in der Bilanz der 1906 gegründeten Budapester Aktiengesellschaft, an der Victor nun beteiligt war. Sein mit 220.200 Kronen bewerteter Anteil findet sich von 1906 bis 1908 als Aktivposten in der Wiener Bilanz, der danach bis 1912 als Teil der Einlage Victor's in der neu gegründeten OHG passiviert wurde.⁴⁷⁹ Erst 1913 wird das gesamte

⁴⁷⁸ Der im Geschäftsjahr 1902 ausgewiesene Vermögensschwund von gut zwei Fünfteln ist auf die (nur) in dieser Periode vorgenommene Saldierung von Debitoren und Kreditoren zurückzuführen. Die nicht exakt eruierten Realwerte dürften zwischen den 1901 und 1903 bilanzierten Wertansätzen gelegen haben.

⁴⁷⁹ Siehe den gegengezeichneten Brief Benno Brausewitters an seinen Vater vom 4. Juli 1908. P+B, Zentralarchiv Wien.

Aktienpaket, nun mit einem den Nennwert um fünfzig, ab 1914 um siebenzig Prozent übersteigenden Kurs in die Wiener Vermögensbilanz eingestellt.⁴⁰⁰

Die Änderungen im Vermögensausweis der Jahresabschlüsse sind somit als Auswirkungen gesellschaftsrechtlicher Anpassungen zu sehen. Mit seinem Eintritt in das Unternehmen erwarb Benno Brausewetter auch Anteilsrechte am ungarischen Betriebsergebnis. Der ab 1913 erfolgte Ausweis des gesamten ungarischen Aktienpaketes in den Aktiva von *Pittel & Brausewetter* in Wien findet in den 1912 und 1918 geschlossenen Gesellschaftsverträgen eine zureichende Erklärung. Im ersten wird die Möglichkeit des weiteren Erwerbs von Aktien der Budapester Gesellschaft durch das Wiener Unternehmen in Aussicht genommen, was 1918 als vollzogene Maßnahme vermerkt wird. Der Ankauf dürfte bereits 1913 erfolgt sein, wie aus der Vermögensdarstellung dieses Jahres hervorgeht.⁴⁰¹

Eine wechselnde Rolle in der Unternehmenspolitik spielten auch die den Finanzanlagen zuzuordnenden Wertpapiere (Tabelle 1.4). Ihre Funktion als Vermögensanlage und -sicherung wurde bereits hervorgehoben. Im ersten Jahr der nach dem Ausscheiden Baron Pittels von Victor Brausewetter geführten Einzelfirma (1898) stellten sie drei Viertel der Finanzanlagen, eine Bedeutung, die bis zum Jahre 1908 auf gut drei Fünftel zurückging. In den Jahren 1909 bis 1912 repräsentierten sie mangels aktivierter ungarischer Vermögenswerte den Gesamtbestand an Finanzanlagen. Mit der 1913 erfolgten Übernahme des gesamten Aktienbesitzes des Budapester Unternehmens in die Bilanz von *Pittel & Brausewetter* in Wien sank der Anteil der Effekten am Finanzvermögen auf ein Sechstel (16,62 Prozent). Ihre Bedeutung als ertragssichernde Finanzdecke ging ab 1914 weiter zurück, da die Bilanzwerte aller Papiere, auch die der obligatorischen Kriegsanleihen, immer weiter hinter die Nennbeträge zurückfielen.

Auf den generell niedrigen, zwischen 1,97 (1907) und 4,15 (1917) Prozent des Gesamtvermögens sich bewegenden Anteil der Sachanlagen, wurde schon hingewiesen. Auch die mit der gesteigerten Bautätigkeit in den Jahren 1909 bis 1912 einhergegangene Investitionszunahme erhöhte deren Anteil nur um gut einen Prozentpunkt. Deutlicher zeichnet sich diese Entwicklung im Verhältnis der Sachanlagen zu den gesamten Anlagen ab. Bis 1908 erreichten die Sachanlagen nie die 15 Prozentmarke, von 1909 bis 1912 stieg diese jedoch auf 50,45. Die anschließenden Jahre glichen strukturell dem Jahrzehnt vor 1908.

Die aus den jährlichen „Inventuren“ und „Bilanzen“ ersichtlichen Daten lassen eine weitere Beobachtung zu. Die Sachanlagen setzten sich bis auf wenige Jahre (1905 bis 1908) zu über neunzig Prozent aus Werten der Betriebsausstattung zusammen (Tabelle 1.5), zu der in den Jahresabschlüssen „Maschinen“, sowie „Werkzeuge

⁴⁰⁰ Siehe die entsprechenden Jahresabschlüsse (Inventuren und Bilanzen) der Wiener Gesellschaft. P+B, Zentralarchiv Wien.

⁴⁰¹ Vgl. I. A, Abschnitt 5.

und Mobilien“ gezählt wurden. In den als Wachstumsperiode angesprochenen Jahren 1909 bis 1912 erhöhte sich ihr Anteil von knapp neunzig auf knapp hundert Prozent. Die verbleibende Restquote ging auf das Konto der „Immobilien“ (Bebaute Grundstücke).

Die ab 1902 aufliegenden Bilanzen erlauben auch eine Einschätzung der Investitionen in die Betriebsausstattung (Tabelle 1.6).⁴⁸² Sie lassen am deutlichsten den realen Kapitalfluss erkennen, der eben auch dem Geschäftsaufschwung vor dem Ersten Weltkrieg zugrunde lag. Die von 1902 bis einschließlich 1907 aufgewendeten Mittel galten offensichtlich der nur begrenzten Erneuerung oder Wiederbeschaffung kurzlebiger Sachanlagen (Werkzeuge und Mobilien), da die gesamte Betriebsausstattung in diesen Jahren nahezu ihren halben Bilanzwert einbüßte. Von 1908 bis 1912 liegen jedoch Nettoinvestitionsquoten von 19 bis 34 Prozent vor, die den Wertansatz der gesamten Betriebsausstattung auf das Dreifache anhoben. Diese Zahlen widerspiegeln die enorme Ausweitung der Geschäftstätigkeit, die hinsichtlich zunehmender Führungsaufgaben in der Verbreiterung der Unternehmenshierarchie auf vier Mitgesellschafter ihren Ausdruck fand, und die hinsichtlich der Finanzierungsfrage noch aufzugreifen sein wird.

Einen entsprechenden Hinweis darauf gibt bereits die Zusammensetzung des Umlaufvermögens, im Besonderen der Lagerhaltung (Tabellen 1.7 und 1.8). In den ersten zehn Jahren der 1898 neu gegründeten OHG wuchs das Umlaufvermögen um 72 Prozent an.⁴⁸³ Daran waren die Debitoren mit einer ähnlichen Wachstumsrate beteiligt, während die in der Wiener Zentrale, den Filialen und auf den aktuellen Bauten liegenden Vorräte eine Verdoppelung verzeichneten. Die folgenden vier Jahre des konjunkturellen Aufschwungs bis 1912 weisen einen Wertanstieg des Umlaufvermögens um 118 Prozent aus, ebenso hoch lag die Quote für die Debitoren, nur geringfügig niedriger, nämlich bei 102 Prozent, die der gesamten Vorratshaltung. Auch der infolge seiner inhomogenen Zusammensetzung sehr unterschiedliche Bestand am „Sonstigen Umlaufvermögen“ (Tabelle 1.9) erzielte in dieser Periode nahezu eine Verdoppelung.⁴⁸⁴

⁴⁸² Sowohl in der Beständebilanz als auch in der Gewinn- und Verlustrechnung scheint ein „Werkzeug & Mobilien – Konto“ auf, woraus der bilanzierte Vermögenswert und die im Berichtsjahr getätigten Aufwendungen ersichtlich werden. Die Errechnung der Investitionsquote ermittelt einmal die Wertdifferenz der Bilanzjahre zu dem jeweils vorangegangenen und addiert diese mit den einschlägigen Ausgaben der entsprechenden Berichtsjahre. Das Ergebnis zeigt an, ob eine Brutto(des)investition vorliegt. Das Ausmaß einer allfälligen Netto(des)investition lässt sich aus dem bilanzierten Vermögenswert eines Berichtsjahres durch Abzug des im vorangegangenen verzeichneten ermitteln.

⁴⁸³ Der niedrige Wertansatz des Jahres 1902 ist, wie oben schon betont, auf die im Rechnungsabschluss vorgenommene Saldierung der Lieferantenguthaben und -schulden (Debitoren und Kreditoren) zurückzuführen.

⁴⁸⁴ Als „Sonstiges Umlaufvermögen“ wurden die unter den Positionen Kassa, Kupons (Zinnscheine),

Das Jahr 1913 wie auch die folgende Kriegszeit bieten ein widersprüchliches Bild. Bei Kriegsende erreichte das Umlaufvermögen die Hälfte des Wertes von 1912. Die kurzfristig 1915 und 1916 erzielten Zuwächse gingen auf Geschäfte mit Grundstücken und Gebäuden zurück, die 1918 nur mehr mit einem Restbetrag (14.454,44 Kronen) zu Buche schlugen. Die Debitoren lassen in all diesen Jahren eine rückläufige Tendenz erkennen, sie lagen 1918 bei 46 Prozent des 1912 ermittelten Wertes. Die Vorratshaltung war vor allem im Krieg größeren Schwankungen ausgesetzt, besaß jedoch noch 1918 einen gegenüber 1912 nur um acht Prozent niedrigeren Bilanzwert.

Die Daten der Vermögensstruktur belegen ein stetiges Wachstum der von Victor Brausewetter 1898 bis 1908 geführten Unternehmung, wobei das Anlagevermögen um knapp ein Viertel zunahm, die umlaufenden Sachmittel jedoch eine Wertsteigerung von an die drei Viertel verzeichneten. Der konstatierte Aufschwung der folgenden Jahre bis 1912 schlug sich in einer Verdoppelung des Firmenvermögens nieder, die auf hohen Nettoinvestitionen in die Betriebsausstattung und eine dem wachsenden Geschäftsumfang entsprechende Lagerhaltung beruhte. Diese Entwicklung nahm *Pittel & Brausewetter* als neu errichtete OHG, der 1912 vier Gesellschafter angehörten. Das bis 1916 weiterhin anwachsende Gesellschaftsvermögen um etwa ein Viertel widerspiegelt die Entwicklung der Finanzanlagen und ist nur bedingt produktionswirtschaftlich begründet. Die zunehmend schwieriger gewordenen Arbeitsbedingungen schlugen sich in einer Anhäufung von Vorräten auf Bauten nieder, die 1917 den höchsten Wertansatz erzielten. Die insgesamt erlahmende Geschäftstätigkeit zeigte sich auch im Rückgang der Debitoren und Kreditoren, die 1918 nur noch 46 bzw. 37 Prozent des Standes von 1912 erreichten.

Das trotz Schwankungen langfristige Wachstum des Firmenvermögens, das erst in den letzten beiden Kriegsjahren jäh abbrach, basierte auf einer beachtlichen, in jener Zeit allerdings nicht untypischen Gewinnentwicklung, die einen hohen Grad an Selbstfinanzierung ermöglichte. Die am Gesamtkapital gemessene Gewinnquote (Tabelle 1.10) lag von 1898 bis 1902 jeweils über zehn Prozent, danach mit Ausnahme 1910 (11,89 Prozent) unterhalb dieser Marke. Dem in den Verlustjahren 1912 bis 1915 um mehr als die Hälfte (57 Prozent) angewachsenen Gesamtvermögen stand ein um gut 70 Prozent steigender Kapitaleinsatz gegenüber, an dem die Eigenmittel trotz der schwierigen Geschäftslage zu etwa einem Drittel beteiligt waren. Der bei Kriegsende erneut positive Geschäftsabschluss beruhte auf einem stark reduzierten Fremdkapitaleinsatz bei leicht angehobener Eigenkapitalquote. Dem insgesamt reduzierten Betriebskapital stand eine geringere Abnahme der Vermögenswerte gegenüber. Der Selbstfinanzierungsgrad lag 1918 wieder bei knapp sieben Prozent.

Verrechnungsbeträge, Metageschäfte und Vorauszahlungen aufgelisteten Geldbeträge zusammengefasst.

Die Zahlungsbereitschaft und finanzielle Mobilität der Firma (Tabelle 1.11) war den Jahresausweisen gemäß nicht nur jederzeit gegeben, die Kennziffern offenbaren geradezu ein das Unternehmen auszeichnendes Prinzip in der Geschäftsführung. Dies kommt allein im Verhältnis der Debitoren und Kreditoren, also in der Verrechnung von Warenlieferungen und Leistungen im Geschäftsverkehr mit den Kunden, zum Ausdruck. Die Forderungen des Unternehmens an die Warenschuldner übertrafen bis auf die Kriegsjahre 1915 und 1916 durchwegs die Gläubigerkredite. Der Überhang erreichte vor allem in den Jahren der von Victor Brausewetter geführten Einzelfirma, aber auch in der Investitionsperiode 1909 bis 1912 hohe Werte. Und selbst 1915 und 1916 überstieg das liquide Umlaufvermögen zu 12 und 17 Prozent die Lieferantenkredite. *Pittel & Brausewetter* war, so darf begründet angenommen werden, jederzeit in der Lage, den Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Diese Einschätzung stützt sich auch auf die systematische, den zunehmenden Geschäftsumfang begleitende, Aufstockung des Risikokapitals (Tabelle 1.12). Selbst ohne die nach dem Ausscheiden Baron Pittels 1898 und entsprechend dem Geschäftsübereinkommen mit dessen Frau Leopoldine im Unternehmen bis 1903 verbleibenden und somit als Fremdkapital zu wertenden Mittel bewegte sich die Eigenkapitalquote bis 1907 zwischen 34 (1898) und 50 (1906) Prozent. Mit dem Eintritt Benno Brauseweters in das Unternehmen 1908 und der Neuerrichtung der OHG wurden Kapitalumschichtungen vorgenommen, die sich dem externen Beobachter als Minderung der Eigenmittel darstellen.

Gemäß dem am 4. Juli 1908 vereinbarten Gesellschaftsvertrag belief sich die Einlage Victors auf 444.779,50 Kronen, die Bennos auf einen Barbetrag von 100.000 Kronen. Victors Anteil stellte den am 1. Jänner 1908 ermittelten Bilanzwert seiner bis dato ihm gehörigen Betonbauunternehmung *Pittel & Brausewetter* dar, der auch, wie aus einer am selben Tag getroffenen brieflichen Vereinbarung hervorgeht, Victors Aktienbesitz an der Budapest AG im Wert von 220.200 Kronen als auch den Geschäftsanteil an der Siegartbalken GmbH. im „letzten Bilanzwerte von 21.515,51 Kronen“ beinhaltete. Diese Neustrukturierung entsprach letztlich einer Reduzierung des Gesellschaftsanteils Victors von 1,1 Millionen Kronen (1907) auf weniger als die Hälfte. Offensichtlich wollte Victor sein finanzielles Risiko im neuen Unternehmen verringern. Über die Verwendung der dem Kapitalkonto entzogenen Mittel kann nichts Genaueres gesagt werden. Allerdings fällt auf, dass in der Schlussbilanz des Jahres 1908 ein überdurchschnittlich hohes Anwachsen der Kreditoren um etwa ein Drittel ausgewiesen wird. Es läge nahe, dass Victor einen maßgeblichen Teil seines bis dato firmengebundenen Kapitals der neuen OHG als Kredit zur Verfügung stellte.

Zu ähnlichen Vorgängen könnte es 1912 gekommen sein, als mit Konrad Kluge und Max Lob zwei weitere Gesellschafter in das Unternehmen *Pittel & Brausewetter* eintraten. Allerdings stand einem abermaligen Anstieg der Kreditoren um gut dreißig Prozent ein Anwachsen der Eigenmittel um mehr als die Hälfte gegenüber. Die unter

der Bezeichnung „Personen-Konto“ aufgelisteten Kreditoren umfassten offensichtlich mehr als die Schulden von Lieferanten. Auch die nicht eigens ausgewiesenen, den Gesellschaftern zugestandenen und über ein „Privatkonto“ verrechneten Gewinnanteile, die vertragsgemäß im Jahr nur bis zur Hälfte des aufsummierten Betrages behoben werden durften, wurden als „Forderungen wider die Firma Pittel & Brausewetter“ deklariert. Auch sie tragen Kreditcharakter, wurden jedoch in der Bilanz den Kreditoren ohne Kennzeichnung zugeschlagen.

Der Anteil der Eigenmittel am Gesamtkapital darf somit höher eingeschätzt werden, als es die Gliederung der Passiva verrät. Wo lag jedoch die Ursache und was waren die Folgen der zwischen 1912 und 1915 negativen Geschäftsabschlüsse?

Entsprechend den Bilanzen waren die erwirtschafteten Verluste hauptsächlich das Ergebnis einer Verschlechterung der Ertrags- und Aufwandsrelation (Tabelle 1.13).⁴⁶⁵ Bis 1911 überstiegen die Einnahmen erheblich die Kosten, 1910 lag das Verhältnis exakt bei 2 zu 1. In den Verlustjahren lauteten die Vergleichszahlen 0,84 (1912 und 1913), 0,26 (1914) und 0,52 (1915) zu 1. Noch in der Schlussphase des Krieges gelang es, die Erträge auf das Eineinhalbfache der Ausgaben zu steigern. In diese Zahlen ist das Ergebnis der Bautätigkeit eingegangen, das erstmals 1918 nach Gewinn- und Verlustgeschäften⁴⁶⁶, wenn auch noch ohne Ausweis der entstandenen Baukosten oder der erzielten Zahlungseingänge, aufgeschlüsselt wurde. In diesem Jahr beliefen sich die uneinbringlichen Forderungen auf 25 Prozent der Einnahmen aus dem Baugeschäft. Noch deutlicher zeigt sich dieses Missverhältnis im Vergleich der Spesen- und Regiekosten⁴⁶⁷ zu den Bauerträgen, deren Daten zurück bis 1902 vorliegen (Tabelle 1.14). Die als Regie verrechneten Ausgaben beliefen sich 1911 auf 52,9 Prozent der aus der Bautätigkeit resultierenden Gewinne. Von 1912 bis 1915 überstiegen sie jedoch die Bauerträge, im ersten Kriegsjahr 1914 deckten diese kaum ein Viertel der aufgelaufenen, als Regie zu wertenden Betriebskosten. Allein die Spesen lagen in diesem Jahr fast doppelt so hoch als die bei Bauten erzielten Gewinne. Dieses Missverhältnis in der Kosten- und Ertragsrelation ergab sich trotz Verringerung der Spesen

⁴⁶⁵ Die überlieferten Daten gestatten jedoch keinen Einblick in die Gesamtertrags- und Aufwandsgröße. Das auf der Einnahmenseite stehende „Bau-Konto“ verbucht lediglich das Nettoergebnis (Reingewinn oder -verlust), dem auf der Ausgabenseite nur ein Regieposten entspricht. Die Gewinn- und Verlustrechnung enthält keine Hinweise auf Arbeits- und Materialkosten bzw. deren Entsprechung auf der Ertragsseite.

⁴⁶⁶ Bilanz 1918 (maschinschriftliche Kopie), P+B, Zentralarchiv Wien.

⁴⁶⁷ Die nicht bilanzmäßig als einheitlichen Posten verzeichneten, sondern nur gelegentlich als Zusatzgröße ausgewiesenen Regiekosten umfassen einen Großteil bis zur Gänze die in der Aufwandsrechnung aufgelisteten Ausgaben. Ihnen werden die Positionen „Steuern u. Gebühren-Konto“, „Zinsen-Konto“, „Werkzeug- u. Mobilien-Konto“, „Pensionsversicherungs-Konto“ sowie das größtmäßig in der Regel umfangreichste „Honorar- u. Spesenkonto“ zugeordnet. Letzteres verbucht die den Gesellschaftern „für die persönliche Tätigkeit“ zustehenden Monatsentgelte und die bei Geschäftsreisen getätigten „effektiven Ausgaben“. Siehe Punkt 7 des Gesellschaftsvertrages vom 26. Oktober 1912.

um 37 Prozent sowie des gesamten Regieaufwandes um 25 Prozent aus den um 80 Prozent gesunkenen Bauerlösen, was ein bezeichnendes Licht auf die zu Kriegsbeginn herrschenden Beeinträchtigungen des gesamten Wirtschaftslebens wirft.

Eine besondere Rolle bei der Ermittlung der Regiekosten kommt dem „Zinsen-Konto“ zu, dessen Zusammensetzung nicht vollends zu erkennen ist. Gemäß der unklaren Summenposition der Kreditoren, die wie oben ausgeführt auch Eigenkapitalteile und vermutlich unterschiedlich befristete Zahlungsverpflichtungen enthielten, sind die als Zinsen verrechneten Ausgaben schwer zuzuordnen. Als ihr weitaus größter Anteil ist zweifellos das in allen Gesellschaftsverträgen dieser Periode vereinbarte sechsprozentige Entgelt für das in die Firma investierte Eigenkapital einzustufen. Dem auch in wirtschaftlich schwierigen Jahren verhältnismäßig geringen Fremdkapitaleinsatz kann keine größere Zinsenbelastung zugeschrieben werden. Das 1916 erreichte Verhältnis der Gewinne auf Bauten zu den Spesen- und Regiekosten nähert sich wieder den in der Vorkriegszeit bis 1911 bestandenen Relationen an. Spesen und Zinsen entsprachen zu je einem Drittel der Baugewinne, die Regie belief sich insgesamt auf siebenzig Prozent.

Eine tiefer gehende Einschätzung der Ertragslage wie der Kostenstruktur ist auf Bruttoausweise der Einnahmen und Ausgaben angewiesen. Solche liegen im hier behandelten Zeitraum nicht vor. Immerhin notierte man in den Jahren 1902 bis 1905 und von 1916 bis 1918 die erzielten Umsätze und schlüsselte sie in den Kriegsjahren nach „Zweigstellen“ und „Baugebieten“ auf, die von namentlich genannten Ingenieuren geleitet wurden.⁴⁰⁸ Die Daten ermöglichen die Berechnung einiger Umsatzkennziffern, die Einblick in die Umschlagsdauer von Vermögens- und Kapitalanteilen oder in die Wirtschaftlichkeit und Rentabilität des Unternehmens zulassen oder darauf zumindest einen Hinweis geben (Tabellen 1.15, 1.16 und 1.17).

Die Umsätze der Jahre 1902 bis 1905 belegen Schwankungen bis zu gut 20 Prozent (Rückgang 1903) im Leistungsprofil des Unternehmens. Die Erlöse aus dem Baugeschäft bewegten sich zwischen 10,27 (1905) und 12,68 Prozent (1902) der Umsatzgröße. Erwartungsgemäß stiegen die Umsätze im Krieg an. 1916 wurde mit knapp vier Millionen Kronen ein etwa gleich großes Ergebnis erzielt wie 1902, in den Jahren 1917 und 1918 gelangen Zuwächse von 14 und 13 Prozent. Die Bauerträge konnten in den Kriegsjahren bis auf über 18 Prozent des Gesamterlöses gesteigert werden.

Die Umschlagshäufigkeit des bilanzierten Firmenvermögens wie der einzelnen Vermögensteile hilft zusätzlich, firmen-, branchen- oder auch zeittypische Verhältnisse und Trends zu erkennen. So zeigen sich hinsichtlich des Vermögensumschlages markante Unterschiede zwischen den Perioden 1902 bis 1905 und den Kriegsjahren 1916 und 1917. In ersterer belegen die Daten einen Vermögensumschlag von jeweils

⁴⁰⁸ Die entsprechenden Angaben sind den Bilanzen der genannten Jahre angefügt.

weniger als einem Jahr,⁴⁸⁸ 1916 betrug dieser zwei Jahre. Bereits 1917 gelang eine Verkürzung auf etwa 14 Monate, und 1918 wurde mit einem Jahr jener Zustand erreicht, der in etwa 1905 gegeben war. Noch bemerkenswerter, zudem branchentypisch ist das Verhältnis der Umsätze zum bilanzierten Wert der Sachanlagen: 1902 bis 1905 wurden diese jährlich zwischen 32 (1905) und 44 mal (1904) umgesetzt, die Vergleichszahlen für 1916 bis 1918 lauten 15, 20 und 28. Grob gesagt, hier liegt ein Hinweis auf den noch niedrigen Mechanisierungsgrad der Bauindustrie vor. Der nur geringe Einsatz von Kapitalgütern ist bezeichnend für ein Baugeschäft, das sich überwiegend aus Kleinprojekten zusammensetzte, die mit traditionellen Techniken zu bewältigen waren. Und selbst bei größeren Bauaufträgen (Bergwerksstollen, Stau-becken, Brücken, industriellen Produktions- und Lagerstätten) kamen weniger moderne Baubehelfe, sondern bewährte Verfahren zum Einsatz, die ein Großaufgebot an verfügbaren Produktionsmitteln erforderten. Der relative Mangel an Kapitalgütern machte die Planungsarbeiten für größere Bauvorhaben zu einer vor allem organisatorischen Aufgabe, während die Finanzierung dem vorgegebenen Rahmen der Eigenmittel sowie den zu erwartenden Erträgen folgte.

Die geringe Kapitalintensität erlaubte es, mit geringen Finanzmitteln zu arbeiten. Die Wahrung der Zahlungsbereitschaft verlangte jedoch hohe Umschlagshäufigkeiten von bestimmten Vermögensteilen. *Pittel & Bräusewetter* gelang es 1902 bis 1905, die Dauer der in der Zentrale, in den Filialen und auf Bauten liegenden Vorräte entsprechend den produktionsbedingten Anforderungen kurz zu halten. Der Warenumschlag belief sich auf 31 bis 34-mal im Jahr, was einer durchschnittlichen Lagerung von zehn bis elf Tagen entspricht. Im Krieg ging die Umschlagshäufigkeit auf acht zurück, 1918 betrug sie bereits wieder 14,61. Die Debitoren wurden in der Regel zweimal im Jahr umgesetzt, allein in der ersten Kriegshälfte lag der Wert darunter, etwa 1916 bei 1,26. Den Zahlungsverpflichtungen kam das Unternehmen rascher nach, die Umschlagshäufigkeit der Kreditoren bewegte sich zwischen zwei und drei, nur 1916 wurde die Jahresfrist knapp (0,95) überschritten.

Die Umsatzzahlen ermöglichen auch eine weiterführende Einschätzung der Gewinnentwicklung, auf die oben schon hingewiesen wurde.⁴⁸⁹ Sie war die Grundlage für ein hohes Maß an Selbstfinanzierung. Gemessen am verfügbaren Gesamtkapital lag der Gewinn zwischen 1898 und 1902 z. T. erheblich über zehn Prozent, später nochmals 1910 bei knapp zwölf Prozent. Die Eigenkapitalrentabilität zeigt noch eindrucksvoller den wirtschaftlichen Unternehmenserfolg: Die Ertragsquote der Jahre

⁴⁸⁸ Der für 1902 ausgewiesene Vermögensumschlag von 2,53 ist eine Folge der in diesem Jahr bilanzmäßig vorgenommenen Saldierung der Debitoren und Kreditoren, was de facto eine Reduzierung des Vermögenswertes im Ausmaß der Kreditoren bedeutet. Unterstellt man ein ähnliches Verhältnis der beiden Haben- und Sollpositionen wie 1901 und 1903, ergibt sich für 1902 ein Vermögensumschlag von ca. 1,5.

⁴⁸⁹ Siehe Tabelle 1.10.

1898 bis 1911 betrug mit Ausnahme des Jahres 1906 immer mehr als 10, dreimal mehr als 30 Prozent.⁴⁹¹ Die zwischen 1912 und 1915 eingetretenen Verluste erreichten 1914 ihr höchstes Ausmaß mit nahezu 15 Prozent der gesamten Eigenmittel. Die Umsatzrentabilität bewegte sich 1902 bis 1905 zwischen 4,76 und 6,55, Werte, die auch für die beiden letzten Kriegsjahre zutrafen und dem Unternehmen eine beachtliche Krisenfestigkeit bzw. eine erfolgreiche Finanzpolitik bescheinigen.

Wie hervorgehoben geben die Bilanzen erstmals 1916 bis 1918 Auskunft über die regionale Verteilung der erzielten Umsätze. Daraus ist zu ersehen, dass der Schwerpunkt der Bautätigkeit im Krieg im österreichischen Teil Schlesiens lag, wo die Filialbetriebe Teschen und Bielitz beinahe ein Drittel der Umsatzerlöse erwirtschafteten. Es ist anzunehmen, dass diese Zweigstellen auch für das Geschäft in Galizien verantwortlich zeichneten, wo etwa noch 1918 in Drohobycz ein Auftrag ausgeführt wurde. Zusammen mit den Filialen in Böhmen (Prag, Karlsbad) und Mähren (Brünn, Schönberg) repräsentierten sie ziemlich genau die Hälfte der baulichen Aktivitäten des Unternehmens. Die von der Zentrale in Wien einschließlich der Zweigstelle in Leoben erzielten Umsatzanteile bewegten sich zwischen 41,79 (1916) und 35,42 (1918) Prozent.⁴⁹² Die unter der Leitung Emilio Cuizzas stehende Filiale in Triest trug 1916 6,75, 1917 5,51 und 1918 9,64 Prozent zum Umsatz bei.

In der die hier behandelte Periode abschließenden „Bilanz: 31. Dezember 1918“ wies man erstmals Gewinn- und Verlustgeschäfte getrennt aus. Letztere entsprachen mit 267.794 Kronen gut einem halben Prozent (0,52), die Erträge bei 1.090.155 Kronen über zwei Prozent (2,1) des insgesamt erzielten Umsatzes. Gewinne und Verluste standen demnach im Verhältnis vier zu eins. Die regionale Verteilung des Verlustgeschäftes widerspiegelt die kriegsbedingten Einflüsse auf das Baugeschäft bzw. die besonderen politischen Verhältnisse. So entfielen auf die böhmisch-mährischen Zweigstellen, die 1918 nur 11,84 Prozent Umsatzanteile besaßen, mehr als ein Viertel aller Verluste. Noch deutlicher zeigt sich dieser Zusammenhang im Gebiet von Triest und Istrien. Bei 9,64 Prozent, also knapp einem Zehntel Anteil am Umsatz belief sich der hier entstandene Fehlbetrag auf über 27 Prozent der gesamten Firmenverluste im Baugeschäft. Bemerkenswert ist, dass die Arbeiten in Schlesien, die in Galizien nicht eingerechnet, zu günstigeren Abschlüssen geführt werden konnten, hier übertraf der prozentuelle Anteil am Umsatz jenen am Verlust.

Unter dem Gesichtspunkt der Gewinnverteilung (Tabelle 1.18) können zusätzliche Hinweise auf die Ertragskraft der Firma *Pittel & Brausewetter* gewonnen wer-

⁴⁹¹ Der 1898 den realen Eigenkapitaleinsatz übersteigende Gewinn war das Ergebnis der Umstrukturierung der Eigentumsverhältnisse, aber auch zum Teil Resultat einer besonderen Konjunkturlage.

⁴⁹² Die unter den Namen Hauser, Kremser (beide Baumeister) und Gruber (Bauführer) ausgewiesenen Baugebiete sind mit großer Wahrscheinlichkeit der Wiener Zentrale zuzuordnen. In der Schlussbilanz des Jahres 1920 scheinen bei der Aufschlüsselung der durchgeführten Bauten die Bezeichnungen „Wien Kremser“ und „Wien Hauser“ auf.

den. Hier liegen die Ursachen einer überaus erfolgreichen Unternehmensführung, die Wachstum mit Kapitalbildung zu vereinen wusste. Die hohe Ertragsquote, die Eigenkapitalrentabilität lag 1898 bis 1911 mit nur einer Ausnahme (1906) im zweistelligen Bereich (siehe Tabelle 1.10), erlaubte nicht nur eine angemessene Verzinsung des Gesellschaftskapitals und Ausschüttungen von Tantiemen, sondern ermöglichte auch den kontinuierlichen Ausbau des Unternehmens, ohne größere Fremdmittel heranzuziehen. In der angesprochenen Periode bis 1911 wuchsen zwar das Fremd- wie das Eigenkapital auf das Dreifache an, was jedoch auch deren Verhältnis von zwei zu eins prolongierte. Mit einem Anteil von mehr als 30 Prozent bildeten die Eigenmittel eine solide Grundausstattung, welche die Verluste der nachfolgenden Jahre 1912 bis 1915 ohne schwerwiegende Folgen überwinden ließ. Entsprechend den Vereinbarungen im Gesellschaftsvertrag teilten sich Victor und Benno Brausewetter 1912 und 1913 die Abdeckung der Verluste im Verhältnis 62,5 zu 37,5 Prozent (1912) bzw. 60 zu 40 Prozent (1913). 1914 und 1915 wurden auch die Kapitalkonten der 1912 aufgenommenen Mitgesellschafter Max Lob und Konrad Kluge mit je 11,63 Prozent (1914) und 12,26 Prozent (1915) belastet, der Rest des Fehlbetrages ging zu Lasten der Kapitalanteile von Victor Brausewetter (57,5 bzw. 55 Prozent) und von Benno Brausewetter (42,5 bzw. 45 Prozent). Gemäß der Jahresschlussbilanz 1918 verfügte Victor über 84,88 Prozent der Eigenmittel, Benno Brausewetter über 0,23, Lob über 5,30 und Kluge über 8,56 Prozent, der Rest wurde als „Reserve“⁴⁹³ deklariert.

Wie bereits erwähnt, räumte *Pittel & Brausewetter* mit Führungsaufgaben betrauten Mitarbeitern (Prokuristen, Technikern und Filialleitern) oft über Jahre eine unter „Anteile“ ausgewiesene Gewinnbeteiligung ein, die als Tantieme zusätzlich zum Gehalt ausbezahlt wurde (Tabelle 1.19). Im Gründungsjahr der Firma 1898 standen allein dem Prokuristen und neben Victor Brausewetter führenden Unternehmensleiter Attilio Rella Anteile am Gewinn zu. In den weiteren Jahren stiegen die als Tantiemen ausbezahlten Beträge kontinuierlich an, 1906 entfielen auf sie 57,46 Prozent des erzielten Reinertrages. In den bis einschließlich 1911 mit Gewinn abgeschlossenen Jahren lag ihr Anteil nie unter einem Viertel. Die Zahl der Bezugsberechtigten stieg bereits 1899 auf vier an, darunter auch auf den zum Prokuristen ernannten Benno Brausewetter, dem Sohn des Firmengründers. Das Jahr 1900 brachte eine Neuordnung der Zusammenarbeit Victor Brausewetters mit Leopoldine Pittel, mit der die Berechnung der Tantiemen neu geregelt wurde. Mit 53,19 Prozent behielt Rella den größten Anteil an der Gewinnbeteiligung, der Rest wurde vier weiteren Personen zu etwa gleichen Teilen zugesprochen. Der nach Abzug der Tantiemen verbleibende Gewinn stand betreffend das Übereinkommen zu 62 Prozent Victor Brausewetter und

⁴⁹³ Bis zum Jahre 1910 wurden Reserven im Ausmaß von einem Fünftel bis zu einem Drittel des Eigenkapitals gehalten. Nach deren Auflösung lag die gesamte Risiko- und Verlustabdeckung bei den Inhabern der Kapitalkonten, die insgesamt über ausreichende Mittel verfügten, wie sich bereits 1912ff. zeigen sollte.

zu 38 Prozent Leopoldine Pittel zu. In den folgenden Jahren erweiterte sich der Kreis der Bezieher von Gewinnanteilen, zu dem vor allem Personen zählten, die für den Ausbau des Filialnetzes sowie die Leitung großer Bauvorhaben verantwortlich zeichneten. So wurden ab 1916 an den Ingenieur Emilio Cuizza, der seit 1910 mit dem Aufbau der Zweigstelle in Triest betraut gewesen war und nun bereits knapp sechs Prozent des Gesamtumsatzes der Firma erwirtschaftete, Tantiemen überwiesen.

Auch Änderungen im Firmenstatus oder die Aufnahme neuer Mitgesellschafter hatten Auswirkungen auf die Gewinnbeteiligung. Als 1908 Benno Brausewetter als Gesellschafter in das väterliche Unternehmen eintrat, waren seine Ansprüche nicht mehr auf Tantiemen sondern auf einen Teil des Unternehmergewinns gerichtet. 1906 und 1907 stand ihm eine Gewinnbeteiligung in gleicher Höhe wie Attilio Rella zu, beide zusammen verfügten über vier Fünftel der zur Auszahlung gekommenen Beträge. Als Mitgesellschafter teilte er sich 1908 mit seinem Vater den Gewinn im Verhältnis 1,1 zu 2,9.⁴⁹⁴ Waren es 1907 Tantiemen im Werte von 31.125,80 Kronen, betrug sein Unternehmergewinn 1908 33.561,95 Kronen. Mit Max Lob und Konrad Kluge wurden 1912 zwei bewährte und erfolgreiche Mitarbeiter als Gesellschafter aufgenommen. Der Wiener Ingenieur Lob war seit 1897 in der Firma tätig, und 1908 wurde ihm die Einzelprokura übertragen. Kluge gehörte dem Prager Ingenieurstab seit 1903 an, die Prokura erhielt er 1907 zugesprochen. Gemäß ihrer Funktion im Unternehmen bezogen sie Tantiemen, Lob seit 1903 und Kluge seit 1908. 1911 standen ihnen je 21,38 Prozent der insgesamt ausgeschütteten Gewinnanteile zu, das waren 19.723,43 Kronen für jeden. Als Miteigentümer brachte jeder 1912 eine Einlage von 250.000 Kronen in die Firma ein, die zur Verlustabdeckung in diesem wie auch im nächsten Jahr nicht herangezogen wurde. Die 1914 und 1915 vertraglich festgelegten Verlustanteile (11,63 und 12,26 Prozent) beliefen sich je auf 50.652,56 bzw. auf 24.530,98 Kronen.

Die Suche nach den entscheidenden Faktoren des offenkundig großen und trotz Krisen anhaltenden unternehmerischen Erfolgs von *Pittel & Brausewetter* in den zwei Dezennien von 1898 bis 1918 fördert verschiedene, in sich verschränkte Ursachen zutage. Sie lassen sich zu fünf Haupteinflüssen gruppieren.

1. Die Unternehmenspolitik lag *de facto* jederzeit in der Hand eines Mannes, des Gründers Victor Brausewetter, der anfangs als Alleininhaber der Firma über 80 Prozent des Eigenkapitals verfügte, und der 1918 als Mitgesellschafter einer OHG einen Anteil von 86 Prozent beanspruchen konnte. Das gesamte Eigenkapital wuchs bis 1913 auf das Sechsfache an. Die Kriegsjahre brachten eine Verringerung um zehn Prozent.
2. Der Unternehmer Brausewetter verwertete das an der Technischen Hochschule

⁴⁹⁴ Im Gesellschaftsvertrag des Jahres 1908 wurde festgehalten, dass jährlich 0,1 Anteil von Victor zu Benno übergehen soll, so dass 1917 die Gewinnansprüche gleich hoch bemessen sein würden.

in Hannover erworbene Wissen sowie die anschließend als leitender Ingenieur im Bahn- und Brückenbau gemachten praktischen Erfahrungen. Als Techniker im Hoch- und Tiefbau suchte er, der modernen Beton- und Stahlbetonbauweise durch verfahrenstechnische Verbesserungen und bedürfnisgerechte Konstruktionen neue Absatzgebiete zu erschließen. Seine Erfolge beruhten auf der Anwendung fortschrittlicher Techniken, in denen wissenschaftliche Neuerungen und praktische Erfahrungen zum Tragen kamen. Alle Führungspositionen wurden mit Personen besetzt, die gleichfalls über einschlägige Kenntnisse verfügten. 1918 besaßen viele der in den Zweigstellen tätigen Techniker und Konstrukteure über eine im Unternehmen erworbene Ausbildung.

3. Die von Anfang an auf mehrere österreichische Kronländer wie auch auf ungarische Komitate ausgedehnte Bautätigkeit war letztlich trotz der in dieser Periode zunehmenden nationalen Spannungen und Konflikte von wirtschaftlichem Vorteil. Durch ein authentisches Wissen um die regionalen Eigenheiten, das Victor Brausewetter wie auch die von ihm herangezogenen Mitarbeiter auszeichnete, konnten viele Schwierigkeiten vermieden werden.
4. Victor Brausewetter gelang es, die produktions- und finanzwirtschaftlichen Erfordernisse seiner expansiven Unternehmenspolitik durch Wachstum bereit zu stellen. Ein ausreichendes Risikokapital verkräftete auch bei Kriegsende die hohen Verluste bei Bauten in den umkämpften Gebieten.
5. Victor Brausewetter begründete eine Familientradition, die Sohn Benno in kongenialer Weise fortführte und weiter entwickelte.

3 *Pittel & Brausewetter*, ein internationaler Konzern 1919 – 1937

Der Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie, der sich nach der Niederlage im Krieg Ende 1918 ankündigte, stellte die Firma *Pittel & Brausewetter*, die ihre Tätigkeit als Baufirma im gesamten Staatsgebiet entfaltet hatte, vor viele die Weiterexistenz betreffende Fragen. Die Bemühungen der sogenannten Nachfolgestaaten um politische und wirtschaftliche Eigenständigkeit führten zu einer langen Reihe von Abschließungsmaßnahmen, die frühere Formen der Zusammenarbeit wie auch jede Rechtssicherheit in Frage stellten. Mit den Nostrifizierungsgesetzen suchten die neuen Regierungen, sich Einfluss und Kontrolle zu verschaffen. Alle Geschäftszentralen, die infolge der Ereignisse in das ‚Ausland‘ zu liegen kamen, jedoch über Betriebe und Niederlassungen im ‚Inland‘ zu bestimmen hatten, wurden genötigt, ihre Staatszugehörigkeit zu wechseln und ‚heimisches Personal‘ in die leitenden Funktionen zu berufen.

Eine Fortführung der unternehmerischen Tätigkeit erforderte rasche Entscheidungen und eine sofortige Anstrengung, zielführende Maßnahmen zu ergreifen. Im Einzelnen bedeutete das für *Pittel & Brausewetter*, die Niederlassungen in Böhmen,

Mähren und der Slowakei gemäß den Bedingungen tschechoslowakischen Rechts zu organisieren und zu führen, die im ehemals österreichischen Schlesien liegenden den polnischen, die Werke in Slowenien und Kroatien den jugoslawischen, den Betrieb in Triest den italienischen und die Aktiengesellschaft in Budapest den ungarischen gesetzlichen Bestimmungen anzupassen.⁴⁹⁵

Die von Victor Brausewetter in Abstimmung mit Sohn Benno und Konrad Kluge in die Wege geleiteten Maßnahmen lassen keinen Zweifel am gemeinsamen Willen aufkommen, das Unternehmen in all seinen betrieblichen Struktureinheiten zu erhalten und entsprechend den bereits über Jahrzehnte erworbenen Kernkompetenzen weiter zu führen. In diesem Sinne wurden auch firmeninterne und besitzrechtliche Änderungen neu bewertet. Als im April 1918 Victors Miteigentümer an der Baufirma E. Gaertner verstarben, nahm er Benno und Konrad Kluge als Mitgesellschafter auf, wodurch die Firma weiter als OHG geführt werden konnte. Gleichzeitig wurde der Firmensitz in die Gusshausstraße 16 verlegt, sodass er sich nun mit der Geschäftszentrale von *Pittel & Brausewetter* unter einem Dach befand. Diese Maßnahmen dienten dazu, die Bautätigkeit beider Unternehmen, speziell die Ausführung von Brückenbauten mittels pneumatischen Fundierungen, zu bündeln. Derselbe Gedanke mag neben eigentumsrechtlichen Überlegungen auch den Ankauf des gesamten Aktienpakets einschließlich der Genussscheine der Budapester Aktiengesellschaft durch Wien nahegelegt haben, da diese als Spezialfirma für Brückenbau dieselbe Technik in Anwendung brachte.⁴⁹⁶ Deutlich zeigt sich hier das Bestreben, die Marktstellung im nun internationalen Wettbewerb zu halten und womöglich auszubauen.

Im Sinne der Erhaltung der in den ehemaligen Kronländern verstreut liegenden Firmenanteile bot sich allein deren Verselbständigung als zielführende Vorgangsweise an. Noch vor Inkrafttreten des Nostrifizierungsgesetzes in der Tschechoslowakei betrieb Victor Brausewetter die Umwandlung der Prager Zweigstelle in eine selbständige Niederlassung, der alle Betriebsstätten auf dem Boden der ČSR untergeordnet sein sollten. Die amtliche Bewilligung lag bereits zu Beginn des Jahres 1920 vor. Die Firma *Pittel & Brausewetter, Prag* setzte ohne Unterbrechung die bisherige Arbeit fort, die früheren Eigentümer Victor und Benno Brausewetter sowie Konrad Kluge behielten den Status von Gesellschaftern, den nun auch die bisherigen Prokuristen Wilhelm Fehre und Franz Machaczek zugesprochen bekamen. Damit wurde den Vorschriften über die mehrheitliche Staatszugehörigkeit der Firmeneigentümer Genüge getan.

Die Ausgliederung der Gesellschaftsanteile, die entsprechend den politischen Grenzziehungen der Friedensverträge nun im Ausland situiert waren, führte wie in

⁴⁹⁵ Siehe I. A (Die gesellschaftliche Entwicklung), S. 27f.

⁴⁹⁶ Im „Compass, Industrielles Jahrbuch Ungarn“ werden die Mitteilungen über „Pittel & Brausewetter, Beton-Brücken- und Tiefbau-Aktiengesellschaft“ in Budapest stets mit dem Hinweis ergänzt, dass das Unternehmen „ein ständiges Verhältnis zur Spezialfirma für Brückenbau und pneumatische Fundierungen E. Gärtner“ unterhält.

der ČSR zu Neugründungen in Polen, Jugoslawien und Italien. Die Wiener Zentrale wurde zum Sitz der österreichischen Baufirma *Pittel & Brausewetter, Wien*, der die bisherigen Gesellschafter Victor und Benno Brausewetter sowie Konrad Kluge weiter vorstanden. Alle Unternehmen waren durch vielfältige Kontakte verknüpft, behielten jedoch – nicht zuletzt auf Grund der jeweils geltenden besitz- und gewerberechtigten Vorschriften – die Selbständigkeit als Firma bei. Ihr Zusammenhang bestand jedoch in einer gemeinsamen Unternehmensstrategie, die von Wien und Prag vorgegeben wurde.

Noch bevor das ganze Ausmaß der mit Kriegsende sich abzeichnenden Erfordernisse eines strukturellen Wandels erkannt werden konnte, gaben Victor und Benno Brausewetter und Konrad Kluge als Eigentümer von *Pittel & Brausewetter* ihre Meinung zu Protokoll, dass der reale Geschäftswert des Unternehmens nicht dem Bilanzwert des Vermögens entspreche, sondern höher liege. Diese Einschätzung begründeten sie mit dem langjährigen Bestand, dem ausgebreiteten Kundenkreis und dem „angesehenen Namen der Firma *Pittel & Brausewetter*“. Der bilanzmäßig nicht erfassbare „ideale Geschäftswert“ wurde mit 500.000 Kronen angesetzt, die im Falle des Todes eines Gesellschafters an dessen Erben anteilmäßig zur Auszahlung kommen sollten. Der übereinstimmend gefasste Beschluss wurde am 18. Dezember 1918 protokolliert, ein dokumentarisches Zeichen der optimistischen Grundeinstellung der Firmeninhaber.⁴⁹⁷

Trotz der soeben hervorgehobenen gemeinsamen Unternehmensstrategie, die zu vielfältigen Formen der Zusammenarbeit zwischen den in rechtlicher Selbständigkeit operierenden Unternehmen führte, unterstanden die konzernierten Firmen nicht einer einheitlichen Leitung. Wie schon im Kapitel über die gesellschaftliche Entwicklung festgehalten, hatte das Firmenkonglomerat durch Personalunion in den Vorständen Züge eines Beteiligungskonzerns, aber auch eines Horizontalkonzerns, da die produktionstechnische Zusammenarbeit einen großen Stellenwert einnahm.⁴⁹⁸

Die in der Zwischenkriegszeit typische Gemengelage des Konzerns führte zu unterschiedlichen, länderspezifischen Formen der Rechnungslegung sowie der Inventuraufnahme. Bedauerlicherweise sind bis auf die Geschäftsberichte des Wiener Unternehmens alle Aufzeichnungen aus Buchhaltung und Jahresabschlussrechnung verloren gegangen. In den lückenlos erhaltenen Bilanzen der Wiener Firma gibt es Hinweise auf die finanzielle, indirekt auch auf die organisatorische Verflechtung mit den übrigen Konzernbetrieben. So bieten die ab 1931 in der Auflistung der „Buchforderungen“ und „Buchschulden“ aufscheinenden „Konzernkonti“ eine Aufgliederung der gegenseitigen Zahlungsverpflichtungen. Besonderen Wert für die Beurteilung der Nachkriegslage im Baugeschäft besitzt die Darstellung des „Bau-Kontos“

⁴⁹⁷ Siehe I. A. (Die gesellschaftliche Entwicklung), Kap. 6.1, S. 29.

⁴⁹⁸ Ebenda, S. 29f.

für das Jahr 1919, da hier die Angaben zu „Baukosten“, „Faktorensomme“ sowie zu Gewinn/Verlust noch den Geschäftsumfang des bisherigen Unternehmens aufzeigen, gleichzeitig aber auch eine regionale Zuordnung entsprechend den neuen Staatsgrenzen geben. Ab 1920 sind für das Wiener Unternehmen die Angaben über Baukosten und Umsätze, getrennt nach Gewinn- und Verlustgeschäften, lückenlos überliefert.

Als ein Glücksfall muss das Vorliegen der „Generalbilanzen“ (Konzernbilanzen) von 1929 bis 1932 bezeichnet werden, da sie zusätzliche Einblicke in die Produktionsbedingungen während der als Weltwirtschaftskrise bekannten Jahre erlauben. Aktiva und Passiva lassen einen Blick auf die Entwicklung des Reinvermögens des Gesamtkonzerns zu. Hervorgehoben sei noch, dass die überlieferten Jahresschlussrechnungen vollumfänglich dem Prinzip der Bilanzkontinuität entsprechen, wodurch Wachstums- und Zeitvergleiche an Aussagekraft gewinnen. Abschließend ist außerdem auf eine erstrangige Quelle hinzuweisen, die trotz vorrangigen Bezugs auf *Pittel & Brausewetter, Prag* als ein Spiegelbild des Gesamtkonzerns gesehen werden kann. Die seit 1920 herausgegebenen „Mitteilungen der Firma Pittel & Brausewetter“ veröffentlichten Fachbeiträge aus der Feder führender Ingenieure und Bauleiter, Bauberichte, Personalnachrichten wie auch „Festhefte“ anlässlich der Ehrung verdienter Mitarbeiter, die insgesamt die Konzernentwicklung abbilden bzw. deren Besonderheit veranschaulichen.⁴⁹⁹

Die knapp zwei Jahrzehnte währende wechselvolle Entwicklung zwischen zwei Weltkriegen würde ohne Berücksichtigung der vorausgegangenen Periode keine ausreichende Erklärung finden. So umfassend und definitiv sich 1918 auch die Einschnitte im gesamten Geschäftsverlauf darstellten, sie durchtrennten nicht die gewachsenen Beziehungen zwischen den Betrieben, die unter geänderten politischen wie sozio-ökonomischen Bedingungen neu belebt werden konnten. Sie schufen die Basis des nun in sieben Staaten operierenden Konzerns.

Die Betrachtung der wirtschaftlichen Entwicklung der OHG *Pittel & Brausewetter, Wien* wird des Öfteren Gelegenheit geben, auf den Gesamtkonzern zu verweisen, eine tiefer gehende produktions- und finanzwirtschaftliche Analyse ist jedoch mangels einschlägiger Quellen nicht möglich, sie kann nur – wie schon betont – für das Wiener Unternehmen versucht werden.

Die gesamte ökonomische Entwicklung muss vor dem Hintergrund der gesellschaftsrechtlichen, das Wiener Unternehmen wie alle Konzernbetriebe betreffenden

⁴⁹⁹ Im Dezember 1929 wurde Benno Brausewetter anlässlich seines 60. Geburtstages ein „Festheft“ überreicht, das einen Beitrag „Zehn Jahre Mitteilungen“ enthält. Dies geht aus einem Bericht über „Die Feier des 60. Geburtstages Baurat Ing. Benno Brausewitters bei der Prager Firma“ hervor, die Festgabe konnte bisher nicht gefunden werden. Mitteilungen, Prag 1930, Folge 1, S. 14f. Die erste festlich gestaltete und erhaltene Nummer der Mitteilungen war dem Gründer Victor Brausewetter gewidmet worden: „mitteilungen von pittel u. brausewetter prag oktober-november 1925 fest doppel Folge 10/11 zum 80ten geburtstag unseres gründers und altmeisters“ (P+B, Zentralarchiv Wien).



*Festgabe für Konrad Kluge
Prager Mitteilungen 1928*

Verhältnisse, gesehen und beurteilt werden. Im Jahre 1923 wurde mit Viktor Brausewetter, Oberstleutnant i. P., der drittälteste der vier Söhne Victors als Gesellschafter in die Wiener OHG aufgenommen. Nach dem Tode des Firmengründers Victor am 12. März 1926 führten die verbleibenden Gesellschafter Benno und Viktor Brausewetter sowie Konrad Kluge das Unternehmen weiter. 1931 legten sie vertraglich fest, dass Karl Brausewetter, der älteste Sohn Bennos, als Mitgesellschafter aufgenommen werde, der diesen Schritt jedoch nicht vollzog. Ein Jahr später wurden die bei *Pittel & Brausewetter, Wien* bereits viele Jahre beschäftigten Bauingenieure Emanuel Kohout und Leopold Heinlein als Gesellschafter in die Firmenleitung geholt. Da Konrad Kluge 1936 aus dem Unternehmen ausschied, lagen die Geschicke von *Pittel & Brausewetter, Wien* am Vorabend des Zweiten Weltkrieges in den Händen von Benno und Viktor Brausewetter sowie von Emanuel Kohout und Leopold Heinlein.⁵⁰⁰

Eine Beurteilung der Unternehmenspolitik der Wiener Gesellschafter muss deren eigentumsrechtliche Position in den übrigen Konzernbetrieben mit berücksichtigen. Ebenso stellt sich das wirtschaftliche Ergebnis als vom Erfolg oder Misserfolg des Konzerns wesentlich beeinflusst dar. Dennoch lassen die Jahresschlussrechnungen, die durchgehend Angaben über die im operativen Geschäft erzielten Umsätze geben, einen Blick auf die spezifische Vermögens- und Ertragslage der Wiener Firma zu.

Auf dem Boden der Republik Österreich existierte in der Zwischenkriegszeit nur

⁵⁰⁰ Zur gesellschaftlichen Entwicklung siehe I. A, Kapitel 6.2.2, S. 45-53.

ein Filialbetrieb, nämlich in Leoben, der bereits 1905 eingerichtet worden war.⁵⁰¹ Die 1913 in Linz und Salzburg aufgebauten Niederlassungen wurden 1920 wieder aufgegeben.⁵⁰²

Der wirtschaftliche und organisatorische Übergang von einem zentral geführten Konzern zu einem in verschiedenen Staaten selbständigen, gleichwohl aber in eigentumsrechtlichen wie technischen Angelegenheiten konzernierten Unternehmen, nahm mehrere Jahre in Anspruch.⁵⁰³ Der erste noch 1919 gesetzte Schritt war die Errichtung einer Firma in Prag, der die Filialen auf dem Boden der ČSR zugeordnet wurden. Infolge der bis 1922 unklaren politischen Verhältnisse verblieben die in Teschen und Bielitz situierten Zweigniederlassungen vorerst der Wiener Zentrale unterstellt. Die vom Völkerbund 1921 beschlossenen Gebietsabtretungen an Polen bezogen auch Bielitz und die dortige Filiale mit ein. Die erforderliche Nationalisierung des Unternehmens konnte entsprechend einem zwischen Österreich und Polen 1922 geschlossenen Übereinkommen dadurch erreicht werden, dass die ehemalige Zweigniederlassung Bielitz in eine für ganz Polen zuständige Geschäftszentrale einer als OHG geführten Unternehmung umgewandelt wurde. Die handelsgerichtlichen Eintragungen erfolgten 1924. Hingegen wurde der auf tschechoslowakisches Gebiet zu liegen gekommene Filialbetrieb in Teschen dem Prager Unternehmen angegliedert.

Auch bezüglich der Filiale in Triest stellte sich 1918 die Frage der Weiterführung. Und auch hier wurde die Gründung einer OHG als beste Lösung empfunden, die den früheren Filialleiter Emilio Cuizza als öffentlichen Gesellschafter vorsah. Ein entsprechender Gesellschaftsvertrag mit Wien wurde 1920 unterzeichnet. Inwieweit und seit wann die geschäftsstrategischen Ziele auch auf den 1918 entstandenen jugoslawischen Markt gerichtet waren, ist nicht eindeutig zu erkennen. In der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre entwickelten sich zu Firmen in Slowenien und Serbien Beziehungen, die über das Budapester Unternehmen liefen und schließlich zu Übernahmen durch *Pittel & Brausewetter, Wien* führten. Die als „Tunner & Wagner“, Aktiengesellschaft in Beograd, und „Obnova“, Baugesellschaft mbH. in Ljubljana, firmierten Unternehmen besaßen besondere Bedeutung in der von Wien und Prag aus verfolgten Konzernpolitik. Die Vertreter der Familie Brausewetter und die als Gesellschafter herangezogenen Bauingenieure erarbeiteten trotz weitgehender firmenrechtlicher Selbständigkeit der Betriebe ein gemeinsames und klar definiertes Tätigkeitsprofil und Geschäftsprogramm. Im Folgenden soll versucht werden, die Konzernziele im Auge zu behalten, wenngleich die Darstellung quellenbedingt vor al-

⁵⁰¹ Die Registrierung im Wiener Handelsgericht erfolgte am 14. Juli 1905.

⁵⁰² Für die Filiale Linz erfolgten die handelsgerichtlichen Eintragungen am 17. April 1913 und April 1920; für Salzburg am 30. Juni 1913 und 3. April 1920.

⁵⁰³ Siehe die entsprechenden Ausführungen in I. A, Kapitel 6 über die Entwicklung von *Pittel & Brausewetter* als einem internationalen Konzern der Baubranche 1919 bis 1937.

lem auf die Entwicklung der offenen Handelsgesellschaft *Pittel & Brausewetter, Wien* eingehen wird.

Der Ende 1922 zwischen Victor und Benno Brausewetter sowie Konrad Kluge geschlossene Gesellschaftsvertrag sah für den 1. Jänner 1923 die Aufnahme des Geschäftsbetriebes der OHG *Pittel & Brausewetter, Wien* vor. Der dem Unternehmen in Wien verbleibende Anteil am bisherigen Gesamtvermögen ist den vorliegenden Bilanzen nur bedingt zu entnehmen. Die inflationär je nach Investitionsaufwand und Umschlagshäufigkeit unterschiedlich aufgeblähten Realwerte machen eine Vermögensrechnung problematisch (Tabellen 1.20 und 1.21). Das Gesamtvermögen der Wiener Firma wurde in ihrer ersten Bilanz 1923 mit 4,4 Milliarden Kronen angegeben, das entspricht einem Viertel des 1922 für den Gesamtkonzern ermittelten Wertes. Das Anlagevermögen allein stieg hingegen 1923 auf das Zehnfache seines Wertes vom Vorjahr. Diese substantiellen Änderungen können nicht allein mit der fortschreitenden Inflation erklärt werden, die 1923 nur mehr 20 Prozent betrug. Selbst bei Berücksichtigung des Preisniveaus muss das 1923 auf die Wiener Gesellschaft entfallende Viertel des Gesamtvermögens weitgehend als reale Anteilsgröße eingestuft werden, die im selben Berichtsjahr verzeichnete Verzehnfachung der Anlagenwerte lässt dagegen auf wesentlich gestiegene Investitionsausgaben schließen. Darauf weist auch die von 0,19 (1922) auf 7,74 (1923) gestiegene Anteilsquote der Anlagen an den Aktiven hin. Umgekehrt kann der von 1919 bis 1922 im Gesamtunternehmen vor der Teilung von 27,51 auf 0,19 Prozent gesunkene Anteil als Folge einerseits der Geldentwertung, andererseits aber auch der in den unmittelbaren Nachkriegsjahren ausgesetzten Investitionstätigkeit gesehen werden. Die Bewertung des Umlaufvermögens lässt deutlich die Auswirkungen der Inflation erkennen. An deren Höhepunkt 1922 repräsentierte es 99,81 Prozent des Firmenvermögens. Allerdings trug zu dieser Entwicklung auch die Warenverknappung in diesen Jahren bei, die die Preise an sich in die Höhe trieb.

Die Bilanzwerte der Finanzanlagen und deren Zusammensetzung bieten in den Jahren 1919 bis 1924 ein auf den ersten Blick unerklärliches Bild (Tabellen 1.22 und 1.23). 1919 und 1920 entfielen auf Beteiligungen und Wertpapiere rund 90 Prozent der Finanzanlagen, deren Anteil am Gesamtvermögen sich danach zwischen 1,72 (1924) und 18,57 (1922) bewegte. In den ersten zwei Nachkriegsjahren beruhten die hohen Werte vor allem auf dem in vollem Umfang in die Bilanzen eingestellten Aktienpaket der Budapester AG, aber auch auf den ordnungsgemäß gezeichneten Kriegsanleihen. Beide Positionen fehlten 1921, die erste fand im Rahmen eines Syndikatsübereinkommens eine gesonderte Regelung, die zweite wurde mit dem uneinbringlichen Restwert abgeschrieben. Die 1922 im Rahmen der Inflationsbekämpfung ausgegebene Zwangsanleihe der Republik Österreich erhöhte die Finanzanlagen im Portefeuille des ‚alten‘ Unternehmens, sie wurde 1923 zur Gänze in die Vermögensaufstellung des ‚neuen‘ übernommen. Sie verblieb auch 1924 in der

Vermögensaufstellung von *Pittel & Brausewetter, Wien* und verkörperte knapp zwei Drittel der Finanzanlagen.

Der von knapp zwanzig (1922) auf unter zwei Prozent (1924) gesunkene Anteil der Finanzanlagen am Anlagevermögen trat trotz einer Erhöhung der nominellen Bilanzwerte um über 60 Prozent ein. Diese Entwicklung ging auf das Konto der Sachanlagen, die in diesen Jahren von 27,9 auf 578,5 Millionen Kronen anwuchsen und zuletzt 98,28 Prozent der Gesamtanlagen repräsentierten.

Die vom Kriegsende 1918 und von der Einführung der Schillingwährung in Österreich 1925 eingegrenzte Periode bedeutete für die Baugesellschaft *Pittel & Brausewetter*, deren Eigentümer an der bisher erfolgreich vertretenen Firmenpolitik festhielten, Jahre der Neuorganisation und des Übergangs. Die Tatsache, dass auf das neu gegründete Wiener Unternehmen nur etwa ein Viertel der Vermögenssubstanz der 1919 liquidierten Firma entfiel, darf nicht als Ausdruck seiner relativ geringen Bedeutung im sich neu formierenden, international agierenden Konzern gesehen werden. Die unternehmenspolitischen Ziele wurden durch Wien und Prag klar vorgezeichnet. Und hier wie dort hatten dieselben Gesellschafter, denen bis 1926 Victor Brausewetter, danach sein Sohn Benno vorstand, das Sagen. Die weiteren Versuche, die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens nachzuzichnen, werden diese Zusammenhänge berücksichtigen müssen.

Die 1925 erfolgte Währungsumstellung bedeutete für die zur Rechnungslegung verpflichteten Unternehmen, das Geschäftsjahr mit einer Jahresschlussbilanz in Schilling abzuschließen. Die umlaufenden Papierkronen wurden 10.000 zu 1 abgewertet. Die in den Bilanzen aufscheinenden Geldwerte mussten diesem Umrechnungskurs entsprechen, die Sachwerte sollten den aktuellen Zustand realiter zum Ausdruck bringen. Im Vergleich der in den Jahren 1924 und 1925 den einzelnen Bilanzpositionen zuerkannten Werte zeigt sich demnach der inflationsbedingte Einfluss auf das Anlagevermögen, da das Ausmaß der vorgenommenen Abwertung auf die vorangegangene Investitionstätigkeit schließen lässt.⁵⁰⁴

Das Gesamtvermögen von *Pittel & Brausewetter, Wien* erfuhr eine rechnerische Reduktion im Verhältnis von etwas unter 9.000 zu 1, die Sachanlagen wie die Anlagenwerte eine solche von rund 3.000 zu 1. Die Schillingwerte des Umlaufvermögens entsprachen 1925 genau dem zehntausendsten Teil der 1924 bilanzierten. Die geringere Abwertung der Anlagen deutet auf eine gewisse Investitionstätigkeit während der Inflation hin. Ob die getätigten Ausgaben das für Erhaltung und Erneuerung notwendige Ausmaß überschritten, also Modernisierung und Wachstum bezweckten, kann daraus jedoch nicht abgelesen werden.

⁵⁰⁴ Der rechnerisch zu ermittelnde Umrechnungskurs ist jedoch nur ein annähernder Hinweis, da die Bilanz 1925 keine Schillingöffnungsbilanz ist und nur die Jahresschlusswerte wiedergibt, in die das rechnerische Ergebnis der im Jahr erfolgten Investitionen und Desinvestitionen eingegangen ist.

Die mit der Währungsumstellung 1925 eingeleitete Periode fand mit dem politischen Ende der Republik Österreich 1938 ein abruptes Ende. Obwohl in ihr Jahre der wirtschaftlichen Erholung und des Wachstums festzustellen sind, trägt der gesamte Zeitabschnitt den Charakter der Stagnation. Dieses Urteil trifft vor allem auf die gewerbliche Industrie zu, deren Anteil am Bruttonationalprodukt 1937 nur 77 Prozent der für 1913 errechneten Quote betrug. Die gesamte Bauwirtschaft war den schwierigen Produktionsbedingungen im besonderen Maße ausgesetzt, ihr Konjunkturverlauf war jenem des industriellen Sektors bei phasenweise noch niedrigerem Niveau ähnlich.⁵⁰⁵

Vieles deutet darauf hin, dass auch *Pittel & Brausewetter*, Wien dem gleichsam vorgegebenen Trend folgen musste. Das 1925 neu angesetzte Vermögen erreichte nach unterschiedlichen Wachstumsschüben 1929 und 1930, also unmittelbar vor der Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre, einen um gut die Hälfte höheren Bilanzwert. Es folgten Jahre eines sukzessiven Substanzschwundes. 1936 lagen die Gesamtaktiven der Gesellschaft fünf Prozent unter jenen der ersten Schillingbilanz (siehe Tabelle 1.24).

Ein Blick auf die langfristigen Anlagenwerte verdeutlicht diese Entwicklung. Dabei zeigt sich, dass der 1925 ermittelte Sachwert bis einschließlich 1937 nicht mehr erreicht wurde. Sein niedrigster Stand 1936 lag bei 42 Prozent des 1925 bilanzierten. Nimmt man die an sich unbedeutenden Finanzanlagen – ihr Anteil am Anlagevermögen betrug nur einige Prozentpunkte – aus der Rechnung, zeichnet sich der fortgesetzte Vermögensabbau noch schärfer ab. Die unter „Maschinen, Werkzeuge, Geräte“ (Betriebsausstattung) sowie als „Bebaute Grundstücke“ ausgewiesenen Sachanlagen (Tabelle 1.25), die 1925 mit 191.538 Schilling bewertet wurden, besaßen 1937 mit 91.016 Schilling einen um 52,5 Prozent niedrigeren Bilanzwert. Da die Position der Immobilien nur rund ein Zehntel der Sachanlagen verkörperte, kann deren Wertabnahme als Anzeichen geringer Investitionstätigkeit gesehen werden. Wie die Tabelle 1.26 zeigt, sind die Ausgaben für Sachanlagen (Betriebsausstattung) nur in den Jahren 1929 und 1937 als Nettoinvestitionen einzustufen. 1930 und 1932 bis 1934 deuten die Vermögensabgänge auf eine Bruttodesinvestition hin, der Aufwand für die Betriebsausstattung erreichte somit nicht den Wert der Abschreibungen. In den übrigen Jahren, 1926 bis 1928, 1931 und auch 1935/1936 bewegten sich die Investitionen im Bereich der Instandhaltung und ansatzweisen Erneuerung der Produktionsmittel.

Der Eindruck einer phasenweise positiven Geschäftsentwicklung, wie er bei Betrachtung des gesamten Firmenvermögens etwa für die Jahre 1926/1927, aber auch

⁵⁰⁵ Anton Kausel, Nandor Németh und Hans Seidel, Österreichs Volkseinkommen 1913 bis 1963, Wien 1965, S. 9; siehe dazu: Alois Mosser, Industrielle Entwicklung und konjunkturelle Dynamik in Österreich 1920 – 1937, in: Rainer Stepan, Hg., Österreichs Industriegeschichte im 20. Jahrhundert, Schriften des Karl v. Vogelsang-Institutes 3(1985), S. 307 – 322.

1929/1930 sowie 1937 gewonnen werden kann, geht auf Wertsteigerungen des Umlaufvermögens zurück (Tabelle 1.27). Diese Geschäftsbelebung kommt im Anstieg der Debitoren (Buchforderungen) und auch der Kreditoren (Buchschulden) zum Ausdruck (Tabelle 1.31). In den allgemein als Beginn eines wirtschaftlichen Aufschwungs gewerteten Jahren 1926 und 1927 verdoppelten sich die Zahlungsausstände für Schuldner und Gläubiger. Auch 1929/1930 stiegen Debitoren und Kreditoren um 40, bzw. 24 Prozent an, für 1937 zeigen die Vergleichswerte übereinstimmend eine Erhöhung von 30 Prozent an.

Der Wertanstieg des Umlaufvermögens lässt sich weniger an absoluten Zahlen, als vielmehr an seiner relativen, auf das Gesamtvermögen bezogenen Bedeutung ablesen. Nach beträchtlichen Schwankungen in einzelnen Jahren wurde 1937 ein um 40 Prozent höherer Wert als 1925 bilanziert, alle Aktiven zusammen wuchsen um 22 Prozent. Dies steigerte den Anteil der Umlaufmittel am Gesamtvermögen von 81,11 (1925) auf 93,18 (1937) Prozent. Der insgesamt als liquidierbar einzuschätzende Vermögensteil deckte bis auf das Jahr 1932 das gesamte Fremdkapital wertmäßig ab, ein doch deutlicher Hinweis auf die nie gefährdete Zahlungsbereitschaft, worauf im Zusammenhang mit der Gewinnentwicklung nochmals einzugehen sein wird. Selbst 1932 erreichte das Umlaufvermögen 95 Prozent des für das Fremdkapital angesetzten Wertes.

Der größte Anteil am Umlaufvermögen entfiel in allen Berichtsjahren auf die Debitoren. 1925 lag dieser bei 82,11, für 1937 können 96,41 Prozent ermittelt werden (vgl. Tabelle 1.27). Auf die unklare Zusammensetzung der unter Debitoren summierten „Buchforderungen“ wurde schon hingewiesen. Ab 1931 sind jedoch in einer Beilage der Bilanzaufstellungen die für eine Aufschlüsselung notwendigen Angaben überliefert (Tabelle 1.40). Demnach bezogen sich diese Forderungen zu 19,85 (1937) bis 56,78 (1932) Prozent auf Konzerngesellschaften und zu 6,96 (1937) bis 20,72 (1935) Prozent auf die bilanzgeführten Privatkonten der Gesellschafter. Zusammen verkörperten sie zwischen 26,81 (1937) und 70,71 (1932) Prozentanteile an den Debitoren. Die ‚reinen‘, auf Lieferungen und Sachleistungen basierenden Debitoren repräsentierten nur bis zu drei Viertel die gesamten Buchforderungen. Ihr niedrigster Wert lag 1933 bei 26,63 Prozent. Stellt man daneben die ‚reinen‘ Kreditoren, dann erhält man einen weiteren Nachweis der hohen Liquidität der Firma (Tabelle 1.41). Die Buchforderungen überstiegen zwischen 1931 und 1937 die Buchschulden jeweils um ein Mehrfaches. Das Verhältnis dieser Buchwerte bewegte sich zwischen dem Dreifachen (1934) und dem Zwölffachen (1936).

Die für eine Beurteilung des Geschäftsverlaufs und der Arbeitsorganisation aussagekräftige Lagerhaltung und deren wertmäßiger Anteil am Umlaufvermögen geht aus Tabelle 1.8 und 1.28 hervor. In der ersten Schillingbilanz (1925) entfallen auf die Vorräte insgesamt 12,46 Prozent. Mit Ausnahme der Jahre 1928 und 1936 ging dieser Anteil kontinuierlich zurück und lag 1937 bei 1,79 Prozent. Dabei fällt auf,

dass die zentral gelagerten Vorräte langfristig ihren Anteil erhöhten, während die Vorratslagerung auf Bauten prozentuell Anteile verlor (Tabelle 1.28). Der Bilanzwert des zentralen Vorratslagers stieg von rund 14 Prozent 1925 auf über 42 Prozent 1936, vice versa sank jener der auf Bauten deponierten Vorräte im Vergleichszeitraum von rund 86 auf unter 58 Prozent. Das Jahr 1937 deutet einen gewissen Trendabbruch an. Dieser zeigt sich in einer wenn auch geringen Zunahme der gesamten Lagerhaltung, die trotz einer Abnahme der zentralen Lagerbestände auf einer beträchtlichen Erhöhung der bei Bauten aufliegenden Vorräte basierte. Der Gesamttrend war jedoch eindeutig der einer sukzessiven Verringerung der Vorratsbestände. Der 1937 ermittelte Wert aller Vorräte kam einem Fünftel des 1925 bilanzierten gleich. Von dieser Entwicklung war in besonderem Maße die Lagerhaltung auf Bauten betroffen, deren Warenwert 1937 gegenüber 1925 weniger als ein Sechstel betrug. Die gleichsam logische Schlussfolgerung auf Einbußen im Geschäftsaufkommen bedarf jedoch der Ergänzung. Es ist auch der in diesen Jahren zunehmende Preisverfall vieler Rohstoffe und auch mancher Produktionsgüter wie die sich wandelnde regionale Verteilung des Baugeschäftes, nicht zuletzt sind aber auch Fortschritte in der Logistik der Warenzulieferung zu berücksichtigen. Bei der Analyse der Umsatzentwicklung, der Rentabilität wie auch der Wirtschaftlichkeit wird auf diese Frage wieder zurückzukommen sein.

Der Gesamteindruck eines in der Periode von 1925 bis 1937 voranschreitenden Vermögensabbaus, wie er besonders im Rückgang der Anlagenwerte auf weniger als die Hälfte zum Ausdruck kommt, wird nur geringfügig und auf einzelne Jahre begrenzt durch ansteigende Umlaufmittel wie etwa der Debitoren korrigiert. Demgegenüber steht die hohe und jederzeit durch liquidierbare Vermögensteile ausreichend gesicherte Zahlungsbereitschaft. Inwieweit finden, so erhebt sich die Frage, diese widersprüchlichen Verhältnisse in der Gewinnentwicklung eine Erklärung.

Von den dreizehn Geschäftsjahren der Periode 1925 bis 1937 konnten nur acht mit Gewinn abgeschlossen werden (Tabelle 1.30). Bei vieren sank die Gesamtkapitalrentabilität auf unter ein Prozent. Nur 1927 und 1929 lag sie mit 3,45 und 6,30, 1930 und 1937 mit 2,48 und 1,47 höher. Die Verluste brachten höhere negative Werte. 1925 betrug der Vermögensabgang an die zehn Prozent des gesamten Kapitaleinsatzes. Starke Verluste ergaben sich gemessen am Gesamtkapital 1932 und 1933 mit 7,81 und 4,70 Prozent. Es ist sicherlich nicht unrichtig, die Zahlen mit der Sanierungskrise im Umfeld der Währungsumstellung 1925 und mit den Auswirkungen der Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre in Verbindung zu bringen. Die Bilanzgewinne reichten allerdings bei weitem nicht aus, die Ertragsstärke des Unternehmens zu heben oder die Finanzlage zu bessern. Alles deutet darauf hin, dass es der Gesellschaft *Pittel & Brausewetter, Wien* in diesen schwierigen Jahren gelang, dem sinkenden Geschäftsvolumen mit einer adäquaten Finanzpolitik zu begegnen. Eine gewisse stabilisierende Wirkung darf dem Gesamtkonzern zuerkannt werden, dessen

Firmen von denselben Personen wie das Wiener Unternehmen geleitet wurden. Über die Konzernkonten konnten rechtzeitig Maßnahmen zur Vermögensumschichtung eingeleitet werden. Allerdings setzte deren bereits erwähnte Wertverringerung, wie sie 1931 bis 1937 aus den Bilanzen hervorgeht, solchen Möglichkeiten immer engere Grenzen.

Inwieweit, so stellt sich in einer Periode mit zahlreichen negativen Jahresabschlüssen die Frage, verfügte das Unternehmen über ein den Fortbestand sicherndes Risikokapital. Die Kapitalstruktur lässt zwischen 1925 und 1937 einen signifikanten Wandel erkennen (Tabelle 1.30). Die gesellschaftseigenen Mittel entsprachen in der ersten in Schilling ausgeführten Jahresschlussrechnung 1925 zwei Fünfteln (40,86 Prozent) des Gesamtkapitals. Dieser Anteil verringerte sich bis 1937 bei nur 1928 und 1931 bis 1933 leicht gegenläufigem Trend bis auf 7,38 Prozentpunkte. Das Eigenkapital bestand zur Gänze aus den Kapitaleinlagen, spezielle Reservekonten fehlten. Gemäß der bei offenen Handelsgesellschaften bestehenden unbegrenzten Haftung der Gesellschafter bestand daher ein großes und mit den Jahren weiter zunehmendes Risiko. 1937 erreichten die bilanzierten Schulden die Größenordnung von 92,62 Prozent des Gesamtkapitals. Dieses hohe Risiko erlangte infolge der als ausreichend einzustufenden Liquidität keine unmittelbar bedrohliche Aktualisierung, bestand jedoch grundsätzlich. Außerdem ist für eine Risikoeinstufung des Kreditkapitals dessen Fälligkeit von Bedeutung. In den überlieferten Jahresschlussbilanzen wurden bis auf geringfügige Beträge, die als Rückstellungen für Steuer- und Versicherungsleistungen einzustufen sind, die Fremdmittel summarisch unter Kreditoren ausgewiesen. Ihre Zusammensetzung und somit ihre unterschiedliche Fristigkeit ist unbekannt.

Wie schon erwähnt, ging man 1931 dazu über, die Kreditoren in speziellen Beilagen aufzuschlüsseln (Tabelle 1.41). In diesem Jahr sind 40,64 Prozent des Fremdkapitals als Bankkredite gekennzeichnet, die langfristig zur Verfügung standen. Ein Drittel der Kreditoren bestand aus Einlagen der Gesellschafter oder von am Gewinn beteiligten Personen, aber auch aus Erbschaftsanteilen und aus Forderungen anderer Konzernfirmen. Diese zum Teil Eigenkapitalcharakter tragenden Kredite dürfen insgesamt als von mittelfristiger Laufzeit eingestuft werden. Die „sonstigen“, nicht weiter benennbaren Schulden sind wie die „Buchschulden“, insgesamt etwa ein Viertel der Kreditoren, als kurzfristig fällige Zahlungen anzusehen. Diese im Jahr 1931 vorgelegene Schuldenlage wandelte sich in struktureller Hinsicht bis 1937. Die langfristigen Kredite gingen auf 32,17 Prozent zurück, die als mittelfristig einzustufenden Schulden stellten 19,25 Prozent, wo hingegen die fälligen Kredite nahezu die Hälfte (48,58 Prozent) der Kreditoren verkörperten.

Die Konzernbilanzen helfen, diese Betrachtung um ein Jahr weiter zurück verfolgen zu können. Den dortigen Angaben gemäß wurden 1930 im Wiener Unternehmen an die 46 Prozent der Buchschulden durch Bankkredite abgedeckt, die privaten Einlagen der Gesellschafter und der Erbschaftseigentümer standen mit 14 Prozent

zu Buche, sodass die reinen Kreditoren nur vierzig Prozent ausmachten.⁵⁰⁶ Unter der mit großer Wahrscheinlichkeit zutreffenden Annahme, dass die Firmeninhaber schon vor 1930 einen Teil der Schulden über langfristige Bankkredite absicherten, kann für die gesamte Periode außer der hohen Liquidität ein den Möglichkeiten entsprechendes Risikomanagement festgestellt werden, das letztlich in den schwierigen dreißiger Jahren den Bestand sicherte.

Die Entwicklung der Geschäftslage von *Pittel & Brausewetter, Wien* lässt sich ansatzweise aus den überlieferten Angaben zur Ertrags- und Aufwandsstruktur erschließen. Obwohl keine alle Einnahmen und Ausgaben beinhaltende Gewinn- und Verlustrechnung vorliegt – die Bereiche Lohnarbeit und Materialeinsatz wurden generell ausgeklammert – lassen einige Positionen gewisse Aussagen zu. Von besonderer Bedeutung ist das in allen Bilanzen von 1919 bis 1937 enthaltene, den periodischen Reinertrag/Reinverlust angehende „Baukonto“, das jedoch in einer zusätzlichen „Erläuterung“ die „Baukosten“ und die „Faktorensomme“ sowohl der mit Gewinn als auch der mit Verlust abgeschlossenen Bautätigkeit verzeichnet, woraus sich der insgesamt erzielte Umsatz ergibt.

Baukosten und Umsätze explodierten inflationsbedingt in den Nachkriegsjahren, 1923 lagen die Buchwerte nahezu viertausendmal über den Werten von 1919 (Tabelle 1.37). Die Relation zwischen Ausgaben und Einnahmen war schwankend, wich jedoch von den nach 1925 zu messenden Quoten nicht besonders ab. Die Kosten der Bautätigkeit bewegten sich 1919 bis 1924 zwischen 70 (1924) und 92 (1922) Prozent der Faktorensommen. Demnach standen in diesen Jahren die erzielten Gewinne zu den Umsätzen in einem Verhältnis von 0,30 und 0,08 zu eins. Stellt man den bilanzmäßig ausgewiesenen „Ertrag“ dem „Aufwand“ gegenüber, zeigt sich in allen Jahren bis 1924 ein ähnlich günstiges Bild. Die Einnahmen überwogen die Ausgaben um das Zweieinhalb- bis Fünffache (Tabelle 1.33).⁵⁰⁷

Diese sich in den Jahren der Inflation generell als positiv darstellende Ertragslage darf nicht darüber hinweg täuschen, dass die in Relation gesetzten Bilanzwerte Bezug zu zwei unterschiedlichen Unternehmen haben. Bis 1922 geben sie Einblick in die monarchieweit operierende Firma „Pittel & Brausewetter“, 1923 und 1924 jedoch

⁵⁰⁶ P+B, Zentralarchiv Wien, Konzern-Bilanz 1930: ad Kreditoren, S. 19.

⁵⁰⁷ Die Positionen „Ertrag“ und „Aufwand“ sind wie schon betont Rumpffgrößen. Sie beinhalten bei den Einnahmen außer dem Reingewinn aus der Bautätigkeit Wertpapierzinsen und Erträge aus Materialverkäufen. Die Ausgaben stellen die Summierung aller unter „Regie“ laufenden Kosten dar, worunter sich die verrechneten Abschreibungen, Spesen und Honorare, Zinsen, Steuern und – allerdings nicht generell – sonstige geringfügige Wertminderungen bei Immobilien und Materialien befinden. Die in der Darstellung als „Regie“ ausgewiesenen Buchwerte folgen in der Berechnung den jeweils gültigen, oft jährlich wechselnden Begriffsauffassungen. Das „Spesenkonto“ (seit 1928 aufgeschlüsselt) verzeichnete alle mit dem Bürobetrieb verbundenen Aufwendungen, wozu die Gehälter für Beamte, auch die sogenannten „Chefgehälter“, Dienerlöhne, „soziale Lasten“ und „Abfertigungen“, aber auch die Fahrt- und Reisekosten gehörten.

in die Wiener Firma gleichen Namens. Vergleiche werden noch zusätzlich erschwert, da die Trennung der Geschäftsanteile, im Besonderen die Zuordnung und Verrechnung der Baukosten und Erträge Jahre in Anspruch nahm. Dies erklärt die äußerst unterschiedlichen Ergebnisse der Gewinn- und Rentabilitätsrechnung dieser Jahre.

Eine am bilanzierten Reingewinn gemessene Umsatzrentabilität ergibt Werte von 5,96 Prozent (1919) und 20,96 Prozent 1924. Diese ein Fünftel des Umsatzes betragende Gewinnquote ist an Hand der Bilanz allein auf den Anstieg der Debitoren zurückzuführen, die nahezu auf das Dreifache der Kreditoren anwuchsen, während ihr Überhang bis dahin nur wenige Prozente, 1923 allerdings bereits das Eineinhalbfache betrug. Die hohen Buchforderungen stehen in Zusammenhang mit den nominal ähnlich gestiegenen Bauerträgen, die offensichtlich größtenteils noch ausständig waren. Kann infolge der inflationsbedingten Verzerrung des Preis – Leistungsverhältnisses kaum Stichhaltiges über die reale Ertragslage ausgesagt werden, so deuten die Bilanzgewinne doch eine als positiv zu beurteilende Entwicklung an. Inwieweit diese Entwicklung jedoch zurückging auf die oben angesprochene Neuordnung der Geschäftsanteile kann nicht näher ermittelt werden. Besonders deutlich zeigt sich dieser Sachverhalt in der am Gesamtkapitaleinsatz gemessenen Rentabilitätsquote. Diese betrug 1922 für den ungeteilten Konzern 5,40 Prozent, 1923 für das Wiener Unternehmen jedoch 81,83 und 1924 86,64 Prozent (vgl. Tabelle 1.30).

Die mit der Einführung der Schillingwährung 1925 angestoßene wirtschaftliche Entwicklung bietet in mancherlei Hinsicht ein widersprüchliches Bild. Die Neubewertung der Vermögensteile und die Abwertung der Kronenbeträge schufen eine Situation, die vielen Produktionsbetrieben einerseits eine stabile Ausgangslage, andererseits jedoch eine nur unzureichende Kapitalausstattung bescherte.

Die ersten beiden der Schillingeinführung folgenden Rechnungsabschlüsse des Wiener Unternehmens Pittel & Brausewetter lassen zweifelsohne den Rückschluss auf negative Auswirkungen der Währungsanierung zu. Die 1925 nahezu ein Viertel und noch 1926 ein knappes Siebtel des Eigenkapitals erwirtschafteten Verluste (siehe Tabelle 1.30) können jedoch kaum mit Verweis auf mangelnde Finanzmittel erklärt werden. Die Gesamtkapitalbasis betrug 1925 das 2,37fache jenes Betrages, der nach der Abwertung der Krone von zehntausend zu eins zu erwarten gewesen wäre. Die eigentliche Ursache der hohen Verluste geht aus der Ertrags- und Aufwandsanalyse hervor (siehe Tabellen 1.33 und 1.34).

Der 1925 in Rechnung gestellte Aufwand lag doppelt so hoch wie die insgesamt erzielten Erträge. Allein die unter „Honorare und Spesen“ verbuchten Kosten überstiegen jene um 50 Prozent. Die Hauptursache waren die extrem niedrigen Gewinne aus der Bautätigkeit, die nur zu knapp 30 Prozent das Spesenkonto abdecken konnten. Diese als Umkehrung eines gesunden Kosten – Ertragsverhältnisses zu bezeichnende Entwicklung ist jedoch nicht auf ein besonders darniederliegendes Geschäftsaufkommen zurückzuführen. Im Gegenteil, die 1925 und 1926 erzielten

Umsätze wurden in allen Jahren vor dem Weltkrieg nur einmal, nämlich 1929 geringfügig übertroffen (siehe Tabelle 1.37). Der Hauptgrund dürfte vielmehr in der nach erfolgter Währungssanierung möglichen Gesamtbewertung etlicher jahrelang unkalkulierbarer und nicht abgerechneter Bauarbeiten gelegen sein. Außerdem sind die mit der Umstrukturierung und auch Neugründung von Firmen verbundenen und als „Regie“ verrechneten Aufwendungen als nicht gering zu veranschlagen. Relativ hohe Regiekosten waren überdies im gesamten Zeitraum ein Kennzeichen des in sechs Staaten operierenden Wiener Unternehmens, sie lagen nur in drei Jahren unter zehn Prozent der Umsätze und erreichten 1932 mit 26,19 Prozent ihre höchste Anteilsquote. Mit der Bezeichnung „Regie“ wird in den Bilanzen der gesamte verzeichnete Aufwand zusammengefasst. Der mit bis zu drei Vierteln größte Teil daran entfiel auf „Honorare und Spesen“. Nur in zwei Jahren – 1928 und 1937 – lag ihr Anteil unter 60 Prozent (Tabelle 1.33).

In diesem Zusammenhang ist auch auf das „Zinsen Konto“ zu verweisen, das nicht nur die für Fremdkredite, sondern auch die für das Gesellschaftskapital einschließlich sonstiger Eigenmittel vertragsgemäß zu leistenden Zinsendienste ausweist. Insgesamt trugen diese bis zu knapp 30 Prozent (1933) zu den Regiekosten bei, ihr niedrigster Anteil lag bei 14 Prozent (1927).

Die wirtschaftliche Entwicklung der den Verlustjahren 1925 und 1926 folgenden Periode lässt keinen längerfristigen Trend erkennen. Gemessen am Ergebnis der Jahresschlussrechnungen (Tabelle 1.30) nahm das Unternehmen weder einen kontinuierlichen Aufschwung vor der Weltwirtschaftskrise noch konnten deren Auswirkungen in den dreißiger Jahren nachhaltig überwunden werden. Gewinn- und Verlustjahre wechselten einander ab, die konkreten Zahlen selbst schwankten beträchtlich.⁵⁰⁸ Ein ausgewogeneres Bild ergibt sich bei Betrachtung der mit dem Baugeschäft verbundenen Kosten und Erträge. Das in der Aufwands- und Ertragsrechnung aufscheinende, das Nettoergebnis belegende „Baukonto“ kann mittels zusätzlicher Angaben über Baukosten und Bauerträge, die getrennt nach Gewinn- und Verlustgeschäften verzeichnet wurden, weiter hinterfragt werden.

Eine Gegenüberstellung der im Rahmen der Bautätigkeit erzielten Umsätze (Fakturensummen) und der aufgelaufenen Baukosten zeigt ein in der gesamten Periode positives Ergebnis (Tabelle 1.37). Allerdings treten auch unter diesem Gesichtspunkt die Jahre 1925 und 1926 als die mit dem niedrigsten Ertrag hervor, das Einnahmenplus betrug nur 1,63 bzw. 8,41 Prozent. Alle sonstigen Jahre schlossen mit einem Ertragsüberhang von mehr als zehn Prozent ab, 1931 und 1936 überstieg die Quote sogar die Marke zwanzig (23,10 und 20,73). Dies lässt einen weiteren Zusammen-

⁵⁰⁸ Allerdings waren mitunter auch Faktoren mitverantwortlich, die nichts mit der Kernkompetenz des Unternehmens zu tun hatten. So hing der überraschend deutliche Verlust 1928 mit einer exorbitant hohen Steuerleistung zusammen, deren nachträgliche Reduktion 1929 zu einer außerordentlichen Einnahme führte, die den Reingewinn dieses Jahres an hob.

hang erkennen: Die Jahre der Wirtschaftskrise waren auch die mit dem günstigsten Kosten- und Ertragsverhältnis, während gleichzeitig die Umsätze den niedrigsten Stand erreichten. Der wie betont prozentuell höchste Einnahmenüberschuss 1931 wurde bei einem Umsatz erzielt, dessen Umfang nur mehr zwei Fünftel (41,87 Prozent) jenes des Jahres 1925 betrug. Die Gesamtkosten waren in diesem Zeitvergleich auf ein Drittel (34,57 Prozent) zurückgegangen. Summierend kann die zweite Hälfte der zwanziger Jahre gegenüber den von Krisenfolgen betroffenen dreißiger Jahren als umsatzstärker,⁵⁰⁹ aber in Bezug auf die Kostenrelation als ertragsschwächer gekennzeichnet werden.

Noch deutlicher tritt diese Entwicklung bei einem Blick auf Umfang und Ertragslage der nach Gewinn- und Verlustgeschäften getrennten Bautätigkeit zutage (Tabellen 1.38 und 1.39). Die Faktursumme der mit Gewinn abgerechneten Bauarbeiten stieg nach 1925 rasch an und erreichte 1929 mit einem Zuwachs von 123 Prozent den höchsten Wert vor dem Zweiten Weltkrieg. Noch 1930 lagen die Bruttoeinnahmen doppelt so hoch wie 1925, fielen aber 1931 bis 1933 unter dessen Niveau zurück. Der nachfolgende Aufschwung führte bis 1936 zu einer Wiederherstellung bzw. leichten Verbesserung der Verhältnisse von 1925, 1937 konnte eine Steigerung des Umsatzes von nahezu 80 Prozent erreicht werden.

Bei den mit Verlust abgeschlossenen Geschäften zeigt sich nach 1925 eine radikale Abnahme. Schon 1926 auf ein Fünftel zurückgegangen, sanken die Umsätze weiter bis auf knapp unter zehn Prozent (1927). Dieser Trend verstärkte sich abermals in den Jahren der Wirtschaftskrise, 1931 betrug das Volumen des Verlustgeschäftes nur mehr ein Viertelprozent des 1925 errechneten.

Im Verhältnis der Umsätze zu den Baukosten zeigt sich der Unterschied zwischen Gewinn- und Verlustgeschäften wie zu erwarten besonders deutlich. Bei ersteren erzielte man 1927 mit einem Plus von 25 Prozent die höchste Ertragsquote in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre. Dieses Niveau vermochte das Unternehmen auch in den Jahren der Wirtschaftskrise zu halten, 1931 und 1936 lagen die Werte mit 29 und 26 Prozent sogar über jenem von 1927. Auch bei den Verlustgeschäften lag die Ertragsquote der dreißiger Jahre nicht signifikant unter jener der zwanziger. Umsätze und Baukosten nahmen in ihrem Rückgang eine ähnliche Entwicklung. Ihr Ausmaß erreichte in den dreißiger Jahren nicht die 1925 bestandenen zehn Prozent.

Daraus erklärt sich der Gesamtrend: Der positive Saldo aus Einnahmen und Kosten im Baugeschäft war bis 1929 das Ergebnis eines dem Volumen nach stabilen Geschäftsumfanges bei tendenziell sinkenden Baukosten. Ab 1930 gelang es dem Unternehmen, die rückläufigen Umsatzziffern durch noch stärkere Absenkung der

⁵⁰⁹ Diese Aussage darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Umsätze auch in den zwanziger Jahren absolut zurückgingen, allein 1929 konnte das Ergebnis von 1925 geringfügig übertroffen werden.

Kosten in eine Anhebung der Ertragsquote zu verwandeln. Von entscheidender Bedeutung war die Minimierung des Verlustgeschäftes.¹⁰⁰

Die Zahlen belegen aber auch, dass nach 1925 kein anhaltendes Wachstum erzielt und nach 1929 ein steter Rückgang der Bauaufträge nicht verhindert werden konnte. Die Eingänge auf dem „Baukonto“ reichten in fünf der dreizehn Berichtsjahre nicht aus, einen positiven Bilanzabschluss zu gewährleisten. Die am Umsatz und am Kapitaleinsatz gemessene Erfolgsquote zeigt dies deutlich. Erstere bewegte sich im positiven Bereich zwischen 0,02 und 3,19 Prozent (1931 und 1929), die negativen Werte lagen zwischen minus 1,69 und 10,81 Prozent (1928 und 1932). Einen nur geringfügig günstigeren Verlauf nahm die Gesamtkapitalrentabilität, die ihren höchsten Wert mit 6,30 Prozent ebenfalls 1929 verzeichnete. Die größte Einbuße ergab sich jedoch 1925 mit minus 9,71 Prozent, ein noch schlechteres Ergebnis als im Krisenjahr 1932, das mit Verlusten im Ausmaß von 7,81 Prozent des gesamten Kapitaleinsatzes zu Ende ging.

Wie wirkte sich die in der gesamten Zwischenkriegszeit schwankende Ertragslage auf die Performance der Gesellschaft *Pittel & Brausewetter, Wien* aus? Die Jahre des Strukturwandels und der Inflation konnten durchwegs mit einem Bilanzgewinn abgeschlossen werden, der zwischen 5,96 (1919) und 20,96 (1924) Prozent der Umsätze lag. Zwischen 1925 und 1937 weisen die Jahresschlussrechnungen insgesamt Gewinne von 248 Tausend Schillinge aus, denen jedoch Verluste von 391 Tausend gegenüberstehen. Inwieweit war es den Eigentümern der Gesellschaft möglich, die nach dem Krieg hochgesetzten Ziele anzusteuern und zu realisieren?

Die Gründung der Wiener Gesellschaft, die nur Teil eines die alte Firma in mehrere, miteinander konzernmäßig verbundene Unternehmen umwandelnden Prozesses war, ging noch wie dieser insgesamt auf die Initiative der bisherigen Gesellschafter Victor und Benno Brausewetter wie Konrad Kluge zurück. Viktor Brausewetter, einer der Söhne Victors, wurde 1923 in die Gesellschaft aufgenommen. Victor, der Firmengründer, starb 1926, eine 1931 vorgesehene weitere Hereinnahme eines Familienmitgliedes wurde nicht realisiert. Als 1932 die Bauingenieure Emanuel Kohout und Leopold Heinlein in die Firmenleitung eintraten, hatten in dieser erstmals nicht mehr Angehörige der Gründerfamilie mehrheitlich das Sagen. Allerdings stellte sich durch das Ausscheiden Kluges 1936 zahlenmäßig ein Gleichgewicht ein.

Gleichsam parallel zu den in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht widrigen Zeitläuften kam es auch firmenintern zu schwierigen, aber umso wichtigeren strukturverändernden Maßnahmen. Dazu zählen vor allem der Aufbau neuer Konzernstrukturen sowie die Fortführung einer bisher erfolgreichen Unternehmenspo-

¹⁰⁰ Diese Entwicklung findet auch Ausdruck in der Anzahl und im durchschnittlichen Volumen der Gewinn- und Verlustgeschäfte. Nach 1930 ging nicht nur die Zahl, sondern im Schnitt auch der Umfang der Bauarbeiten zurück, ein besonders auf die mit einem Fehlbetrag abgeschlossene Bautätigkeit zutreffender Trend.

litik. Diese selbst musste bei mehrmals wechselnden Eigentumsverhältnissen in die Wege geleitet und sichergestellt werden.

Die materiellen Voraussetzungen für einen tragfähigen Neubeginn wurden, wie im vorigen Abschnitt zu zeigen war, noch von der Gründergeneration als durchaus gegeben und erfolgversprechend eingeschätzt. Es gelang sowohl auf Konzernebene als auch in den nationalen Unternehmungen, eine den übergreifenden Zielen verantwortliche Führungselite heranzubilden, die sich jedoch auch aus einer langjährig bewährten Mitarbeiterschaft rekrutierte. Auf die 1923 in die Selbständigkeit entlassene Unternehmung *Pittel & Brausewetter, Wien* entfiel zwar nur etwa ein Viertel der Vorgängerfirma, bezüglich ihrer Führungskräfte kann sie mit dieser aber gleichgesetzt werden.

Mit ein Grund für die positive Einschätzung der wirtschaftlichen Lage nach 1918 war die noch in den Kriegsjahren ab 1916 erreichte Rückkehr in die Gewinnzone, die 1918 eine Kapitalrentabilität von knapp sieben Prozent ergab. Man erlitt keine wesentlichen kriegsbedingten Verluste, das Vermögen der entsprechend den Pariser Friedensverträgen ins Ausland zu liegen gekommenen Filialen konnte durch Neugründungen aufgefangen und erhalten werden. Obwohl der wirtschaftliche Erfolg der ersten Nachkriegsjahre infolge von inflationären Verzerrungen in fast allen Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie kaum richtig einzuschätzen ist, ist schon der Hinweis auf Bilanzgewinne ein gewisser Anhaltspunkt. Diese betragen aus der Sicht des Wiener Unternehmens 1923 und 1924 81,83 und 86,64 Prozent des gesamten Kapitaleinsatzes, ein doch allfällige Scheingewinne bei weitem übertreffendes Ergebnis.⁵¹¹

Die Neubewertung der Passivkonten 1925 zeigt einen gegenüber den Fremdmitteln relativ niedrigeren Umrechnungskurs des seitens der Gesellschafter gehaltenen Kapitals an. Eine der Ursachen könnte die Herausnahme aller unter Kreditoren oder „Buchschulden“ geführten, aber Eigenkapital tragenden Konten der Gesellschafter (Privatkonten) und deren Zuordnung zu den Kapitalkonten gewesen sein. Das Verhältnis der bilanzmäßig ausgewiesenen Eigen- zu den Fremdmitteln, das 1924 28,63 zu 71,37 betragen hatte, verschob sich dadurch 1925 auf 40,86 zu 59,14, oder in absoluten Schillingwerten auf 509.849,11 zu 738.026,74. Die Verluste der Jahre 1925 und 1926 schlugen mangels Reserven in vollem Umfang auf die Kapitalkonten durch und reduzierten die Eigenmittel bis knapp unter 30 Prozent des gesamten Firmenskapitals. In der auch weiterhin angespannten Ertragslage gingen die Kontobestände der Gesellschafter langfristig zurück, so dass deren Kapitalanteil 1937 nur mehr 7,38 Prozent betrug.

Wiederum ist allerdings einzukalkulieren, dass die „Privatkonten“ der Gesell-

⁵¹¹ Siehe Tabelle 1.30

schafter wie früher schon in den Bilanzen den Kreditoren zugeordnet wurden.⁵¹² Sie beliefen sich zwischen 0,3 und 5,7 Prozent (1931 und 1935) der sogenannten Buchschulden. Damit erlangten sie etwa 1935 das Volumen von knapp 60.000 Schilling, während die Kapitalkonten 108.000 Schilling auswiesen. Die Vergleichsdaten für 1937 lauten gut 67.000 und 100.000 Schilling, so dass sich daraus eine Eigenkapitalquote von 12,3 Prozent ergab.

Die schmaler werdende Eigenkapitalbasis zeigt bereits den geringen und ebenfalls sinkenden Selbstfinanzierungsgrad an. Das Betriebsergebnis erlaubte insgesamt keine größere Investitionstätigkeit. Nur in zwei von zwölf Jahren der Periode 1926 bis 1937, nämlich 1929 und 1937, können Nettoinvestitionen nachgewiesen werden. In vier Jahren (1930 und 1932 bis 1934) erreichten die entsprechenden Aufwendungen nicht einmal das Ausmaß einer reinen Re-Investition (Tabelle 1.26). Wie schon unter anderem Blickwinkel angedeutet, vollzog sich der gesamte Geschäftsverlauf, besonders ausgeprägt in den dreißiger Jahren, unter einer den Fortbestand des Unternehmens zumindest sichernden Strategie des begrenzten bis abnehmenden Kapitaleinsatzes.⁵¹³ Ohne Zweifel minderte dies den gesellschaftlichen Vermögenswert.

Diese Überlegungen führen zurück zu den unterschiedlichen Anteilen der Gesellschafter an den Eigenmitteln und der Aufteilung der Gewinne respektive Verluste.

Nach den Angaben der 1921 erstellten letzten Bilanz der ungeteilten OHG *Pittel & Brausewetter* verfügte der Firmengründer Victor Brausewetter über 82,19 Prozent des Eigenkapitals, sein Sohn Benno über 0,62 sowie Konrad Kluge und der 1917 als Mitgesellschafter ausgetretene Max Lob über 10,48 und 6,65 Prozentanteile.⁵¹⁴ Das in diesem Rechnungsabschluss festgestellte Gesellschaftsvermögen und seine Aufteilung nahm der 1922 abgeschlossene Gründungsvertrag der Wiener Nachfolgefirma zum Ausgangspunkt, der jedoch auch auf Änderungen hinwies, die sich aufgrund des noch ausstehenden Rechnungsabschlusses für das Jahr 1922 ergeben können.⁵¹⁵ Diese erreichten ein beträchtliches Ausmaß und lassen eine grundsätzliche Umschichtung der Eigenmittel erkennen. Victors Anteil von 82 Prozent ging 1922 auf 46 zurück, Bennos Kapital stieg von weniger als einem Prozent auf 44, während Konrad Kluge

⁵¹² Die den Jahresbilanzen ab 1931 angeschlossene Aufteilung der Kreditoren zeigt deren Zusammensetzung.

⁵¹³ Diese Entwicklung bringen auch die erzielten Umsätze deutlich zum Ausdruck. Indiziert man die entsprechenden Erlöse des Jahres 1925 mit hundert, dann zeigt nur das Jahr 1929 mit 102,87 eine Steigerung an. In der Krise sanken die Umsätze bis auf 32,05 (1932), 1937 betrug das Ergebnis gut drei Viertel des Jahres 1925. Die Aufteilung in Gewinn- und Verlustgeschäfte bestätigt nicht nur das insgesamt schrumpfende Geschäftsergebnis, es wird auch die Minimierung der mit Verlust beendeten Bautätigkeit angezeigt. Die Indexwerte zu den Jahren 1932 und 1937 lauten 64,01 und 109,74 betreffend die positiven und 1,01 und 10,22 die negativen Geschäftsabschlüsse. Siehe Tabelle 1.38 und 1.39.

⁵¹⁴ Siehe auch Tabelle 1.32.

⁵¹⁵ P+B, Zentralarchiv Wien, Gesellschaftsvertrag: Wien, 15. November 1922, Punkt 5.

ge bei einem Anteil von rund einem Zehntel verblieb. An dieser Aufteilung änderte sich bis zum Tode Victors wenig, sein 1923 eingetretener Sohn Viktor hielt bis dahin einen Anteil von drei bis sechs Prozent.

Die Passiva der Bilanz 1927 sprachen Benno 67, Kluge an die 22 und Viktor 11 Eigenkapitalanteile zu. Insgesamt verkleinerte sich in den Folgejahren die Basis der Eigenmittel von 221.695 Schilling (1928) auf hunderttausend (1936/1937). Die Tilgung der Verluste, die zu dieser Entwicklung entscheidend beigetragen hatten, ging vor allem auf das Konto von Benno, der 1934 nur mehr knapp 18 Prozent des Gesellschaftskapitals hielt. Die 1932 als Miteigentümer in die Firma eingetretenen Kohout und Heinlein zeichneten je eine Einlage von 36.000 Schilling, wurden aber nicht zur Abdeckung der Verluste angehalten. Durch den Austritt Kluges 1936 ergab sich eine Neuverteilung des Firmenvermögens, das nun Benno Brausewetter, Emanuel Kohout und Leopold Heinlein mit je 30 und Viktor Brausewetter mit zehn Prozent zufiel.

Im Gründungsvertrag der OHG *Pittel & Brausewetter, Wien* 1922 wurde auch die zukünftige Aufteilung der Gewinne und Verluste beschlossen. Sie sprach 1923 je 40 Prozent Vater und Sohn Brausewetter zu, 20 Prozent verblieben somit Konrad Kluge. Bis 1927 sah man die Angleichung der Teilsätze vor, sodass jedem der drei Gesellschafter ein Drittel des nach Abzug der für „Beteiligungen“ auszahlenden Beträge verbleibenden Reinertrages zustehen sollte. Als 1923 mit Viktor ein weiterer Sohn des Firmengründers in die OHG eintrat, musste die Aufteilung des Geschäftsergebnisses neu geregelt werden, was im Dezember dieses Jahres vertraglich festgelegt wurde.⁵¹⁶ Der nun bereits für 1923 für Viktor vorgesehene Anteil von fünf Prozent berechnete sich aus einer zweiprozentigen Kürzung der Anteile Victors und Bennos und eines ein Prozent betragenden Abzugs der Quote Kluges. Bemerkenswerterweise sah der Vertrag bereits Änderungen des Verteilungsschlüssels bis 1932 vor, bis zu welchem Zeitpunkt Victors und Bennos Anteil von 38 auf 28,66 Prozent vermindert, Kluges Anteil jedoch von 19 auf eben diese Quote angehoben werden sollte. Für Viktor jun. bedeutete dies ein Anwachsen der Gewinnbeteiligung von fünf auf 14 Prozent.

Der Tod des Firmengründers Victor 1926 führte sowohl zu einer Neuverteilung des Firmenvermögens als auch der Anteilsquoten an Gewinnen und Verlusten. Es haben sich zwar keine vertraglichen Aufzeichnungen darüber erhalten, die Bilanzen selbst lassen aber eine Berechnung zu.⁵¹⁷ Am Verlust des Jahres 1926, der die Höhe von 13,7 Prozent des Eigenkapitals erreichte, partizipierte Benno Brausewetter mit 64,5 Prozent, Kluge mit 27,5 und Viktor mit acht Prozent. Die Verteilung des 1927 erwirtschafteten Gewinns unter die Genannten erfolgte anhand der Quoten 48,53 (Benno), 31,66 (Kluge) und 19,81 (Viktor). Das 1928 wieder negative Ergeb-

⁵¹⁶ Ebenda, Gesellschaftsvertrag: Wien, 11. Dezember 1923, Punkt 6.

⁵¹⁷ Ebenda, Bilanzen der Jahre 1926 bis 1931, vgl. Tabelle 1.36.

nis wurde zu 72,19 Prozent dem Kapitalkonto Bennos angelastet, Kluge trug 28,48 und Viktor 0,66 Verlustanteile. Im Jahr 1929, das das beste operative Ergebnis brachte, fand wieder eine abgeänderte Verteilung Anwendung: Benno wurden 51,86, Kluge 30,93 und Viktor 17,21 Prozent des Reinertrages zugesprochen. In dem ebenso mit Gewinn, wenn auch in bescheidenerem Ausmaß, abgeschlossenen Geschäftsjahr 1930 kam es erstmals zu jener Drittelung des Gewinnes, die im Gesellschaftsvertrag 1922 bereits für 1927 vorgesehen worden war. Die schwankende Ertragslage hatte offensichtlich Änderungen nahe gelegt, die Verluste stärker den älteren Gesellschaftern Benno, aber auch Kluge, und weniger dem neu eingetretenen Viktor zuzuschreiben.

Nicht zu einer Verteilung kam es 1931, der sich nur auf 310 Schilling bemessende Gewinn wurde auf das nächste Geschäftsjahr vorgetragen. In diesem Jahr wäre Karl Brausewetter, dem ältesten Sohn Bennos, anlässlich seines Eintritts als Gesellschafter eine Gewinnbeteiligung von einem Prozent zugestanden.³¹⁸ Schon im darauffolgenden Jahr 1932 trat abermals mit der Aufnahme von Emanuel Kohout und Leopold Heinlein als Mitgesellschafter eine auch die Ertragsansprüche betreffende Änderung ein, wodurch die in der „Gedächtnisschrift“ getroffene Regelung hinfällig wurde. Aufzeichnungen bezüglich der neu geltenden Eigentümerrechte haben sich nicht erhalten. Aus den Jahresabschlüssen können jedoch ab 1934 Hinweise auf die getroffenen Abmachungen abgeleitet werden.³¹⁹ Die Verluste der Jahre 1932 und 1933 wurden wie bereits hervorgehoben kontomäßig nicht den neuen Gesellschaftern angelastet. Die in den Folgejahren erwirtschafteten Gewinne gingen zu 30 Prozent an Benno, zu je 20 Prozent an Kluge, Kohout und Heinlein und zu zehn Prozent an Viktor. Nach dem Ausscheiden Kluges 1936 fanden die das Firmenvermögen betreffenden Prozentsätze auch für die Gewinnverteilung Anwendung (Benno, Kohout und Heinlein je 30 und Viktor zehn Prozent). 1937 wurde diese Abmachung insofern ausgesetzt, als Benno und Viktor Brausewetter die aufgelaufenen Regiekosten alleine trugen, wodurch sich die Gewinnzuschreibung für Kohout und Heinlein von S 5.970 auf S 13.469 erhöhte, was für Benno und Viktor jedoch Einbußen von S 5.276 und S 1.758 zur Folge hatte.³²⁰

Der uneinheitliche, ja von gegensätzlichen Tendenzen geprägte wirtschaftliche Erneuerungsprozess des Unternehmens in der Zwischenkriegszeit mündete insgesamt, wie aus den bisherigen Überlegungen abzuleiten ist, in einen Rückbau des operativen Geschäftes mit zum Teil negativer Erfolgsbilanz. Die erste in Schillingwährung erstellte Jahresbilanz 1925 wies zwei Fünftel der Passiva den Eigenmitteln zu, deren Anteil bis 1937 auf 7,38 Prozent, bei Berücksichtigung der Privatkonten der Gesellschafter auf etwa 12,3 Prozent sank.³²¹ An der Tilgung der Verluste waren

³¹⁸ Ebenda, Gedächtnisschrift: Wien, 5. März 1931, Punkt 7.

³¹⁹ Ebenda, Bilanzen der Jahre 1932 bis 1937.

³²⁰ Ebenda, Bilanz des Jahres 1937, Gewinn-Verteilung, S. 8f.

³²¹ Vgl. S. 166ff.

die Gesellschafter in unterschiedlichem Maße beteiligt, wobei die in den Verträgen ausgehandelten Quoten, wie gezeigt werden konnte, mehrmals abgeändert wurden. Das bedeutete für Benno Brausewetter zwischen 1925 und 1937 eine Werteinbuße seines Firmenanteiles von 193.805 auf 30.000 Schilling. Konrad Kluge verblieben von 79.925 (1925) bei seinem Ausscheiden 1935 noch 12.000 Schilling, Viktor Brausewetters Vermögen sank von 28.533 auf 10.000 (1937), und die 1932 mit einer Einlage von je 36.000 Schilling eingetretenen Emanuel Kohout und Leopold Heinlein konnten 1937 noch 30.000 Schilling als Eigenmittel beanspruchen.⁵²²

Die Bilanzen des Wiener Unternehmens widerspiegeln nicht die Performance des gesamten Konzerns. Dieser nahm, soweit die verfügbaren Daten ein Urteil zulassen, eine doch wesentlich günstigere Entwicklung. Bei der Aufteilung des Firmenvermögens nach dem Ersten Weltkrieg entfiel etwa ein Viertel auf die neu errichtete Wiener OHG. Die von 1929 bis 1932 überlieferten „Generalbilanzen“ des Gesamtkonzerns *Pittel & Brausewetter* signalisieren eine markante Veränderung in den Besitzanteilen: 1932 verkörperten die Aktiven der Wiener Firma nur mehr 7,5 Prozent des Konzernvermögens.⁵²³ „Prag“ besaß mit 40,5 Prozent den größten Anteil, dicht gefolgt von dem unter „Slovensko“ geführten slowakischen Firmenteil von 39,09 Prozent. Die Betriebe in der Tschechoslowakei repräsentierten somit vier Fünftel des gesamten Konzernvermögens.⁵²⁴ Dementsprechend stellt sich auch die Verteilung des „Reinvermögens nach Betrieben“ dieses vor allem für Wien verlustreichen Jahres dar.⁵²⁵ Wiens Anteil bemaß sich mit 1,54 Prozent, die Prager Firma verkörperte zusammen mit den in der Slowakei arbeitenden Betrieben 86,93 Prozent des die Passiva übersteigenden Konzernvermögens.

Unter den Kapitaleignern der Wiener OHG kam es 1932 zu drastischen Umverteilungen.⁵²⁶ Bennos Eigenmittel von 123.818 Schilling wandelten sich in einen Debetsaldo von 24.010 Schilling. Kluges Anteil von 42.470 Schilling standen in der Schlussbilanz Schulden von 2.278 Schilling gegenüber. Viktor Brausewetter trug 30.614 Schilling zur Schuldentilgung bei, wodurch sich für ihn ein Schuldenstand von 9.614 Schilling ergab. Allein die vertraglich von der Übernahme von Verlustanteilen befreiten neuen Gesellschafter Kohout und Heinlein wiesen zusammen einen Kreditstand von 84.797 Schilling auf, woraus sich für das Wiener Unternehmen ins-

⁵²² Die jährlichen Veränderungen in den Kapitalanteilen können anhand der Tabelle 1.36 nachvollzogen werden.

⁵²³ P+B, Zentralarchiv Wien, Generalbilanz 1932 Konzern Pittel & Brausewetter, A) Aktiven, Bereits 1929 lag der Anteil bei nur 15,14 Prozent (Generalbilanz 1929).

⁵²⁴ Die Prager OHG erfasste organisatorisch und juristisch alle in der CSR situierten Betriebseinheiten, das slowakische Geschäft wurde jedoch vertragsgemäß gesondert abgerechnet.

⁵²⁵ Das Reinvermögen entspricht dem Wertüberhang der Aktiven über die Passiven aller Konzernfirmen bei Einbeziehung der stillen Reserven.

⁵²⁶ Die Angaben in der Generalbilanz entsprechen nicht den in der Gedächtnisschrift 1931 getroffenen Abmachungen, gewisse Widersprüche zeigen sich auch im Bezug auf die Jahresabschlussbilanz der Wiener Firma. Das Schlussergebnis der Vermögenstechnung ist davon aber nicht betroffen.



Betonstraßenbau Wienerberg 1928



Betonstraßenbau Fischamend 1933

gesamt ein Reinvermögen von 48.895 Schilling errechnet, die wie schon angegeben 1,54 Prozent des Konzernvermögens ausmachten.⁵²⁷



Leopold Heinlein

Das Geschäftsjahr 1932 war ohne Zweifel das schlechteste in der gesamten Periode, doch auch die nachfolgenden brachten für Wien kein Ergebnis, das eine nachhaltige Erholung ermöglichte. Es ist zu fragen, ob die Wiener Gesellschafter Benno und Viktor Brausewetter, Kluge, Kohout und Heinlein die prekäre Lage eines jahrelangen wirtschaftlichen Stillstands meistern hätten können, wenn sie nicht im Gesamtkonzern einen entsprechenden Rückhalt gehabt hätten. Ihre Anteile an diesem waren geeignet, die Durststrecke, die sich in den einzelnen nationalen Gesellschaften doch sehr unterschiedlich darstellte, zu überstehen. Benno verfügte 1932 über die Hälfte (49,99 Prozent) des sich auf gerundet 3,2 Millionen Schilling stellenden Konzernvermögens, seinem Bruder Viktor standen 12,59 Prozent, also rund ein Achtel, zu, Konrad Kluges Anteil belief sich auf ein Fünftel (19,70 Prozent), den Rest teilten sich Franz Machaczek, Wilhelm Fehre, Leopold Heinlein und Emanuel Kohout mit Quoten von 9,87, 7,62, 1,41 und 1,38 Prozent.⁵²⁸

Die schlechte Ertragslage erschwerte oder verhinderte außerdem die im Unternehmen nachweislich seit 1898 gepflegte Beteiligung führender Mitarbeiter (Filialleiter, Prokuristen und Techniker) an den Gewinnen.⁵²⁹ Die als „Anteile“ ausbezahlten Beträge erreichten vor dem Ersten Weltkrieg ein beachtliches Ausmaß, 1906 wurden 57,46 Prozent des Ertrages ausgeschüttet.⁵³⁰ Unmittelbar nach dem Krieg und während der Inflationsjahre kamen im neugegründeten Wiener Unternehmen jeweils um die zehn Prozent der Bilanzgewinne zur Verteilung (Tabelle 1.35). Dieses System der Zuerkennung von gewinnabhängigen Tantiemen für verdiente Mitarbeiter wurde bis 1930 aufrecht erhalten, konnte jedoch nur noch in den Jahren 1927, 1929 und 1930 auch umgesetzt werden.

⁵²⁷ In diesem Wert sind auch geschätzte stille Reserven von 30.000 Schilling enthalten, ohne die das buchmäßig ausgewiesene Reinvermögen der Wiener Firma auf unter 20.000 abgesunken wäre.

⁵²⁸ Der zusammen bestehende rechnerische Überhang von 2,55 Prozent über 100 ist auf Kursdifferenzen zurückzuführen. P+B, Zentralarchiv Wien, Generalbilanz 1932, Konzern Pittel & Brausewetter, Vermögensanteile, S. 17.

⁵²⁹ Siehe Kapitel I, B, 2.

⁵³⁰ Bilanz 1906, Ertrags-Ermittlung.

Ein korrektes Bild der Vermögens- und Einkommenslage der Gesellschafter wie ihrer führenden Mitarbeiter muss auch die als Aufwand verbuchten Entgelte für Kredite, Arbeit und Sachmittel berücksichtigen. Wie in früheren Verträgen wurde auch in der 1931 aufgenommenen „Gedächtnisschrift“⁵³¹ festgehalten, dass die „Kapitaleinlagen der Gesellschafter sowie deren Kontokorrentforderungen wider die Firma (...) jährlich im Nachhinein mit 6% zu Lasten des Gewinnes zu verzinsen“ seien. Die entsprechenden Beträge fanden in einem „Zinsen Konto“ der Gewinn- und Verlustrechnung Aufnahme. Dazu kam ein monatliches Entgelt, das sich ebenso traditionsgemäß am „höchsten von der Firma bezahlten Beamten-Monatsbezug“ plus 20 Prozent bemaß. Wie dieses wurden auch die bei Geschäftsreisen anfallenden Kosten wie alle betriebseinschlägigen Sachaufwendungen über ein „Spesenkonto“ verrechnet.

Ein Viertel (24,14 Prozent) der im Spesenkonto 1932⁵³² aufscheinenden Aufwendungen von 163.031,17 Schilling entfiel auf „Chefgehälter“, nahezu ein Drittel (30,20 Prozent) auf „Beamtengehälter und Dienerlöhne“ und 17,41 Prozent auf die im Geschäftsjahr ausbezahlten „Abfertigungen“. Der Posten „Fahrten und Reisen“ trug nur 1,86 Prozent zu den Spesen bei.

Wie die Daten selbst in dem schwierigen Krisenjahr 1932 belegen, kam das Unternehmen allen seinen vertraglichen Verpflichtungen einschließlich der gesetzlich vorgeschriebenen oder freiwillig eingegangenen finanziellen Leistungen („Abfertigungen“) nach. Die dadurch nicht unwesentlich gestiegenen Verluste, sie lagen höher als die über Kapitalzinsen und Gehälter verrechneten Jahreseinnahmen, konnten von den Gesellschaftern insgesamt auch nicht mit ihren bestehenden Anteilen am Firmenvermögen aufgefangen werden. Durch Zuzahlungen strebte man jene vertraglich festgelegte Kapitalverteilung an, die Benno und Viktor Brausewetter zusammen 40 Prozent, Kluge, Kohout und Heinlein je 20 Prozent zuerkannte.

Sucht man die Entwicklung der Firma *Pittel & Brausewetter, Wien* in den zwei Jahrzehnten zwischen den Weltkriegen zu charakterisieren, so werden sowohl Anzeichen einer ungebrochenen Kontinuität wie auch eines tiefgehenden Wandels sichtbar.

1. Die Corporate Identity der neu gegründeten Wiener Firma entsprach in allem dem bewusst gepflegten und nicht nur branchenweit bekannten Erscheinungsbild der Vorgängerfirma in der Donaumonarchie. Die vom Gründer Victor Brausewetter entwickelte Geschäftspolitik fand durch seinen Sohn Benno eine kongeniale Fortsetzung und Weiterentwicklung.
2. Der Wandel von einem „heimischen“ Unternehmen in eine Anzahl von Firmen unterschiedlicher Staatszugehörigkeit erforderte eine rasche Anpassung an neue rechtliche, soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Wien behielt jedoch die Zügel einer einheitlichen Führungspolitik weiter in der Hand.

⁵³¹ P+B, Zentralarchiv Wien, Gedächtnisschrift, Wien, 5. März 1931, Punkt 4 und 8.

⁵³² Bilanz vom 31. Dezember 1932. Wien, Zergliederung des Spesenkontos.

3. Diese bediente sich der bisher entwickelten und erfolgreich eingesetzten Kernkompetenzen in der Produktionstechnik, die von allen Konzerngesellschaften gleichermaßen zur Anwendung kamen. Pittel & Brausewetter nahm im Brücken- und Anlagen-, im Schacht- und Kanalbau, seit Mitte der zwanziger Jahre auch im Straßenbau eine führende Stellung in der Branche ein.
4. Vorrangiges Ziel der Unternehmenspolitik war es somit, die früher in der Donaumonarchie aufgebaute Marktstellung nun durch die Tätigkeit von konzernierten Firmen auch in den Nachfolgestaaten zu behalten. Nicht Expansion und Wachstum standen im Vordergrund finanzpolitischer Entscheidungen, sondern Behauptung und Bewahrung der Position in den aufstrebenden Nationalwirtschaften.
5. Der Wandel von einer Filialunternehmung in einen international tätigen Konzern ist ohne angemessene Führungsentscheidungen undenkbar. Die Vertreter der Familie Brausewetter standen weiterhin an der Spitze der Führungshierarchie, in die jedoch zusätzlich Gesellschafter und Mitglieder des Top Managements Eingang fanden. *Pittel & Brausewetter, Wien* und die anderen Konzernbetriebe bewahrten zusammen das historische Erscheinungsbild.



*Niederlassung Bratislava
Personal mit Benno Brausewetter (vorne 4. von links)*



Teil II:

Pittel & Brausewetter. Ein
Baukonzern im Zweiten Weltkrieg



So sehr der Zweite Weltkrieg als eine in allen Lebensbereichen aus den Fugen geratene Periode zu sein scheint, so tief sind in ihr doch charakteristische Elemente einer übergreifenden Entwicklung zu sehen. Dies mag besonders mit Blick auf die bis dato das Jahrhundert bedrängenden und auch bedrohenden Veränderungen in Politik, Wirtschaft und gesellschaftlichem Leben geradezu augenfällig sein, aber auch die Zeit nach 1945 spiegelt nicht nur die komplexe Kriegsfolgenproblematik, sondern lässt viele der in Traditionen gründenden und nach wie vor wirksamen Einstellungen und Erwartungen erkennen. Die ‚neue‘ Zeit tritt uns zutiefst verschlüsselt entgegen.

Inwieweit zeichnet ein solches Gesamtbild auch die Eigenheiten der historischen Entwicklung eines Einzelunternehmens nach? Trifft dies grundsätzlich zu, dann umso mehr auf einen Konzern, dessen Betriebsstrukturen und Geschäftspolitik international ausgerichtet sind. In dieser Lage befand sich der Baukonzern *Pittel & Brausewetter* am Vorabend des Zweiten Weltkrieges.

Das dem Eisenbetonbau verschriebene Unternehmen *Pittel & Brausewetter* war 1918 bemüht, die noch in der Donaumonarchie aufgebaute Firmenstruktur zu erhalten. Die dazu notwendigen Anpassungen an die neuen politischen Rahmenbedingungen der Nachfolgestaaten mündeten in die Gründung von Firmeneinheiten unterschiedlichen Rechts, die jedoch insgesamt durch eine weitgehende Personalunion eine gemeinsame Unternehmenspolitik verfolgten. Die als Beteiligungskonzern anzusprechende Unternehmensstruktur war die Basis für eine in sieben Staaten operierende Geschäftspolitik.¹ Trotz Selbständigkeit der einzelnen Firmen gab ein gemeinsames Konzernziel die Schwerpunkte der Tätigkeit vor. Dahinter stand eine Führungshierarchie, die sich weiterhin aus Mitgliedern der Familie Brausewetter sowie neu als Gesellschafter aufgenommenen Bauingenieuren zusammensetzte.

Die sich auf Konzernrichtlinien stützende Unternehmenspolitik der einzelnen Firmen, die auch zu materiellen Vorteilen bei Planung und Durchführung von Bauobjekten führte, trug wesentlich dazu bei, dass alle Betriebe die besonders für die Bauwirtschaft schwierigen zwei Jahrzehnte zwischen den Weltkriegen bestandsmäßig überlebten. Nur geringen Einfluss dürfte sie auf die wachsenden regionalen Unterschiede im Aufkommen des Baugeschäftes gehabt haben. Die überlieferten Daten zeigen einige markante Unterschiede auf. So konnte festgestellt werden, dass nach dem Ersten Weltkrieg das auf die Wiener Firma entfallende Vermögen etwa ein Viertel des ursprünglichen Gesamtkonzerns umfasste. Die folgenden Jahre brachten eine deutliche Verlagerung der baulichen Aktivitäten in die zur Tschechoslowakei zählenden Gebiete Böhmen, Mähren, Schlesien und die Slowakei. Am Höhepunkt der Wirtschaftskrise 1932 entfielen auf Wien nur noch 7,5 Prozent des Konzernvermögens, die in der ČSR situierten Unternehmen repräsentierten an die vier Fünftel der Gesamtaktiva.²

¹ Siehe I. A, Abschnitt 6.1.

² Noch deutlicher zeigt sich dieser Trend in der Verteilung des Reinvermögens (Wertüberhang der

Diese Zahlen weisen unmissverständlich auf die besonders für die Wiener OHG schwierige Lage hin. Die Krise mit ihrem Scheitelpunkt 1932 konnte in den Folgejahren nicht annähernd überwunden werden. Gemessen an den Angaben in der ersten Schillingbilanz (1925) war das Gesamtvermögen zwar bis 1930 um gut die Hälfte angewachsen, der anschließend bis 1936 erlittene Substanzverlust ließ jedoch den Wert auf fünf Prozent unter jenem von 1925 absinken. Das Jahr 1937 beendete diese Negativserie, es zeigte sich eine gewisse Geschäftsbelebung, die sich in einem Anstieg der Umlaufmittel und in einer günstigeren Relation zwischen Ertrag und Aufwand bemerkbar machte.³ 1937 war auch das erste Jahr nach 1929, in dem in der Betriebsausstattung (Maschinen, Werkzeuge und Geräte) wieder ein Wertzuwachs zu verzeichnen war.⁴

Stärker noch als die Wiener Firma profitierte Prag vom einsetzenden Wirtschaftsaufschwung, der von steigender Nachfrage seitens verschiedener industrieller Sektoren ausging. Während in Österreich die gesamtindustrielle Wertschöpfung von 1933 bis 1937 um ein Viertel (26,4 Prozent) zunahm, lag der Vergleichswert für die Tschechoslowakei exakt bei 60 Prozent.⁵ Die erstarkenden Wachstumsimpulse kamen allmählich auch dem Baugewerbe zugute, das in beiden Staaten in der Zwischenkriegszeit zu den am stärksten stagnierenden Wirtschaftszweigen zählte. Der Wiener Gesellschaft gelang 1937 vor allem im Kanal-, Brücken- und Straßenbau eine Umsatzsteigerung von 78,5 Prozent bei gleichzeitigem Rückgang der Aufträge von 42 auf 36, ein doch deutliches Zeichen auf das im Schnitt gestiegene Volumen der ausgeführten Arbeiten.⁶ Der Prager Gesellschaft erwachsen vor allem im Tiefbau (Schachtbau), aber auch im Industriebau (Zucker- und Textilindustrie, Chemische Industrie) sowie im Kraftwerksbau (Elektrizitätswerke) trotz starker Konkurrenz neue Chancen.

Die ersten 1933 sichtbaren Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung in Österreich erhielten bis 1937 zusätzliche Antriebe, so dass die nationale Wirtschaftsleistung in diesem Zeitraum real um 11,57 Prozent anwuchs. Das Baugewerbe war daran überdurchschnittlich beteiligt, seine Wachstumsrate lag bei 36 Prozent. Nahezu die Hälfte des Aufschwungs dürfte dem Jahr 1937 anzumerken sein.⁷ Wie bereits

Aktiven über die Passiven). Auf die Wiener OHG entfiel 1932 ein Anteil von 1,54 Prozent, die Prager Firma stellte zusammen mit den slowakischen Betrieben 86,93 Prozent. Vgl. I. B, Abschnitt 3.

³ Siehe Tabellen 1.21, 1.27 und 1.33.

⁴ Zwischen 1929 und 1936 zeigt die Vermögensaufstellung einen Wertrückgang von 164,5 Tausend auf 81,8 Tausend Schilling, Tabelle 1.26.

⁵ Anton Kausel, Nandor Németh, Hans Seidel, Österreichs Volkseinkommen 1913 bis 1963, Wien 1965, S. 12; Alice Teichová, Die Tschechoslowakei 1918 – 1980, in: Wolfram Fischer, Hrsg., Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Bd. 6, Stuttgart 1987, S. 609; siehe auch J. Krejčí, Volkseinkommensvergleich Österreich – ČSR, in: Beiträge zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftswissenschaft, II. Schriftenreihe der Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte, Wien o.J.

⁶ Tabelle 1.42.

⁷ Kausel, Németh, Seidel, Österreichs Volkseinkommen (Anm. 5), S. 6 und 8.

BEFUGN. UND EISENBETONBAU-UNTERNEHMUNG
PITTEL & BRAUSEWETTER, WIEN IV.
 QUERHAUSTRASSE 14

..... ABTEILUNG 6
 HOCHBAU

MACCOSPINNEREI DER FIRMA E. G. PICK IN OBERLEUTENSDORF EISENBETONBAU
 (AUSG. QUANTITÄTSEBENRECHNUNG)

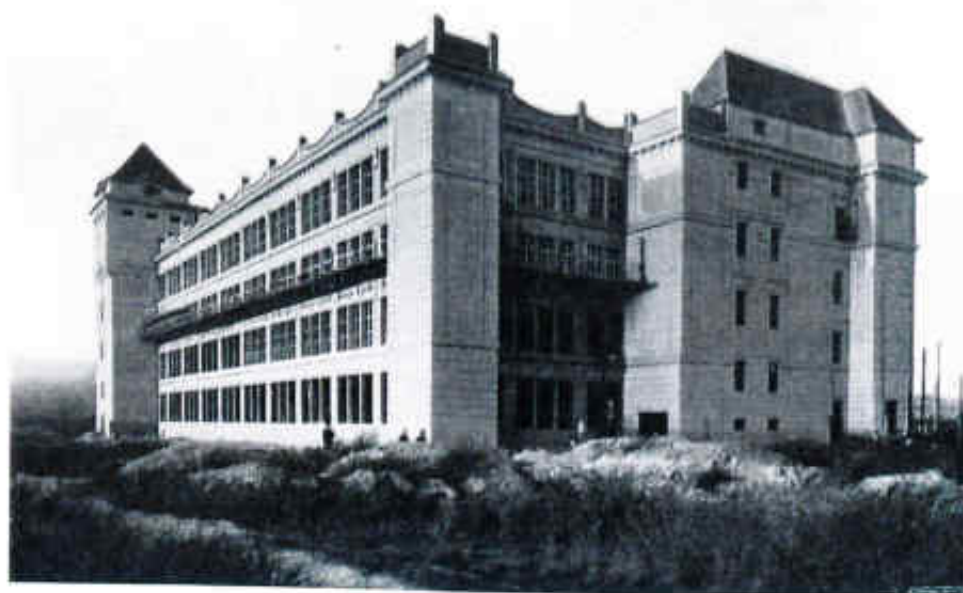


*Industriebau Tschechoslowakei:
 Spinnerei E. G. Pick, Oberleutensdorf, 1906*

angedeutet, kann die positive Entwicklung im Baugewerbe nicht ohne Einschränkung auf die Geschäftslage der Wiener OHG übertragen werden. Ihre Vermögens- und Kapitalbilanz zeigt von 1930 ausgehend bis 1936 stetig abnehmende Beträge, dem Wertverlust des Gesamtvermögens von 37,6 Prozent steht eine Verminderung der Eigenmittel von 44,5 und eine des Fremdkapitals von 35,6 Prozent gegenüber. Eine andere Entwicklung zeigen Umsätze und die im Baugeschäft erzielten Gewinne, die sich gleichsam dem Aufwärtstrend im Baugewerbe anschlossen. Beide Bilanzgrößen belegten 1932 ihre niedrigsten Werte, die bis 1936 aber einen Zuwachs von 29,7 Prozent (Umsatz) und 75,8 Prozent (Gewinn) verzeichneten.⁸

Erst das Jahr 1937 zeigt generell Anzeichen der wirtschaftlichen Erholung. Vermögenswerte, Kapitalausstattung und Ertragsgröße deuten übereinstimmend auf ei-

⁸ Siehe Tabellen 1.20, 1.30 und 1.37.



*Industriebau Tschechoslowakei:
Danubius Textilwerk Bratislava, 1908*

ne deutlich verbesserte Geschäftslage hin.⁹ Einen sprechenden Hinweis auf die auch gestiegene Erwartungshaltung der Unternehmensführung geben die getätigten Investitionen, die erstmals seit 1929 wieder das Ausmaß der Abschreibungen überschritten.¹⁰ Die Sonderstellung des Jahres 1937 in der Krisenüberwindung lässt auf besondere Ursachen schließen und lässt den vorangegangenen Aufwärtstrend als Phase einer Geschäftsbelebung bewerten, die mit den vorhandenen Ressourcen unschwer zu leisten war. Die spezifischen, die Wirtschaft beeinflussenden Anreize beruhten 1937 auf einem Bündel von Fakten und Annahmen, in dem politische Aspekte immer stärker in den Vordergrund traten. Das raschere und sichtbare Erstarken der Wirtschaft im nationalsozialistischen Deutschland beflügelte in Österreich die Vorstellung einer nachhaltigen Überwindung der ökonomischen Krise durch einen Anschluss an den erfolgreichen großen „Bruder“. Für viele aus allen politischen Lagern schien diese Entwicklung allein zielführend oder zumindest das geringere Übel zu sein.¹¹ Die

⁹ Das Gesamtvermögen wuchs um 27,8, die Finanzmittel um 26,8 Prozent und der Jahresgewinn erreichte nach den schweren Verlustjahren 1932 und 1933 und den mageren Gewinnen 1934 bis 1936 den nach 1930 höchsten Stand. Siehe Tabellen wie Anm. 8.

¹⁰ Siehe Tabelle 1.26.

¹¹ Von großer Bedeutung für die Offenheit für eine „deutsche Lösung“ waren auch die in der Wirt-



*Industriebau Tschechoslowakei:
Schachtbau*

durch gute Wirtschaftsdaten wie rückläufige Arbeitslosenzahlen und zunehmende Aufträge auch in der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrie gestiegene Erwartungshaltung ließ die politischen Folgen der Annexion Österreichs 1938 als positiven und letztlich unvermeidbaren Schritt erscheinen.

Diese Einschätzung überwog sicherlich auch die Meinung unter den Gesellschaftern der Wiener OHG *Pittel & Brausewetter*, dies umso mehr, da die Ereignisse nach dem Münchner Abkommen (30. September 1938), das die Zerschlagung der Tschechoslowakei einleitete und den deutschen Einfluss in der Region gegenüber britischen und französischen Ansprüchen stärkte, auch für das von Prag aus wahrgenommene Geschäft des Konzerns eine Wende versprochen. Man sucht Jubelstimmen aber vergebens, was bei einem österreichischen, mit Schwerpunkt im Karpatenraum arbeitenden Unternehmen durchaus verständlich gewesen wäre. Es überwogen Worte der

schaftskrise abermals aufgeflamten Zweifel an der „Lebensfähigkeit“ Österreichs, denen sich nur wenige Experten der heimischen Wirtschaft entgegenstellten. Dazu zählt der in Wirtschaft und Politik tätige Friedrich Hertz, der 1921 die Frage „Ist Österreich wirtschaftlich lebensfähig?“ in einer Untersuchung positiv beantwortete. Siehe auch seine Überlegungen zur „Zahlungsbilanz und Lebensfähigkeit Österreichs“, die er in einer Publikation der Schriften des Vereins für Sozialpolitik 1925 schriftlich niederlegte.



Hauptgebäude der Escompte-Bank, Prag

Besinnung auf traditionelle Firmenziele und Unternehmenswerte, die als Erfolg verheißend eindringlich erinnert werden. Die „Schriftleitung“ der in Prag erschienenen Mitteilungen verweisen 1938 auf die vom Gründer Victor Brausewetter benannten „gleichgerichteten Ziele“ der in verschiedenen Ländern tätigen Arbeitsgemeinschaften, woraus auch „unter den neuen Verhältnissen in erhöhtem Maße die Verpflichtung“ erwachse, „das Verbindende zwischen Arbeitskollegen wahrzunehmen, die sich oft persönlich gar nicht kennen und so den Gemeinschaftsgedanken weiterzupflegen, gleichgiltig, ob die Stätte ihres Wirkens Wien oder Prag, Reichenberg oder Pressburg, Karlsbad oder Sofia sein möge“.¹²

Die Auswirkungen auf die unter geänderten politischen Vorzeichen stehende Wirtschaftslage waren vielgestaltig und sind in einigen Details gut nachvollziehbar.

¹² Mitteilungen, Prag 1938, IV, Vierteljahrsheft, S. 11f.

Die von den Zweigstellen des Prager Unternehmens aufgebaute Arbeitsorganisation musste sich wiederholt den durch die Expansionspolitik Deutschlands ausgelösten territorialstaatlichen Gebietsverschiebungen anpassen. Die Einverleibung des Sudetenlandes in das Deutsche Reich verbesserte die Auftragslage, bereits Mitte Oktober 1938 wurde die zwei Jahre zuvor aufgelassene Filiale in Karlsbad wieder eingerichtet und das bisher als Zweigstelle geführte Reichenberg zur Hauptstelle ausgebaut, der die übrigen protokollierten Filialen in Teplitz-Schönau, Trautenau und Mährisch Schönberg zugeordnet wurden. *Pittel & Brausewetter* unterhielt seit 1919 eine Zweigstelle in Košice, über die das Geschäft mit der Ostslowakei abgewickelt wurde. Als im Zuge des Ersten Wiener Abkommens 1938 Košice und andere südslowakische Gebiete an Ungarn abgetreten wurden, verlegte das Unternehmen den Sitz der Filiale nach Poprad. Die Zweigstelle in Mährisch Ostrau war infolge des verstärkten Engagements im Steinkohlenbezirk um Karwin in die gleichnamige Stadt verlegt worden. Die gleichzeitig mit dem Münchner Abkommen beschlossene Abtretung des Teschener Gebietes einschließlich Karwins seitens der ČSR an Polen zwang die Firma, ihren Filialbetrieb wieder nach Mährisch Ostrau zurück zu verlegen. Ähnlich verursacht war die Stilllegung der 1926 in Užhorod eingerichteten Geschäftsstelle, der Anschluss der Karpatho-Ukraine an Ungarn 1938 machte eine Weiterführung des Filialbetriebes unmöglich.¹³

Trotz dieser permanenten Veränderungen im organisatorischen Aufbau des Prager Unternehmens erreichte die Auftragslage in den Kriegsjahren bisher unbekannte Ausmaße. Die Solidität und das technische Know-how in vielen Sparten der Baubranche machte das Unternehmen für die Interessen der deutschen Rüstungsindustrie interessant. Dies zeigt sich allein in den anwachsenden Zahlen der Belegschaft, die zu Beginn des Jahres 1937 insgesamt 59 Personen umfasste, 1938 und 1939 waren 82, bzw. 83 Techniker und Angestellte beschäftigt. 1940 stieg ihre Zahl auf 134 und bis 1943 weiter auf 320, für 1945 wurden keine Daten mehr veröffentlicht.¹⁴ Seit 1940 wies die Firma drei oder vier Konstrukteure aus, die aufgrund einer „besonderen Zuteilung“ nach Berlin und Frankfurt entsendet wurden.

Die Wiener OHG *Pittel & Brausewetter* konnte ohne größere organisatorische Eingriffe ihre nach dem Ersten Weltkrieg aufgebaute Firmenstruktur beibehalten. Dies traf sowohl auf die Zusammensetzung der Unternehmensleitung wie auf den

¹³ Eine fakten- und problemorientierte Einführung in die Grundlagen und regionalen Entwicklungen in Ostmittel- und Südosteuropa bietet Harald Roth, Hg., *Geschichte Ostmittel- und Südosteuropas*, Studienhandbuch Östliches Europa, Bd. 1, Köln, Weimar, Wien 1999; vgl. auch Theodor Schieder, Hg., *Europa im Zeitalter der Weltmächte*, Handbuch der europäischen Geschichte, Bd. 7, Stuttgart 1979; zum Aufbau und den zitierten Änderungen in der Organisation der Filialen siehe Mitteilungen, Prag 1938, IV, Vierteljahrsheft, S. 75f.

¹⁴ Die entsprechenden, auch nach Filialen aufgeschlüsselten Daten können den Prager Mitteilungen 1936 bis 1944 entnommen werden. Sie wurden jeweils im ersten „Vierteljahrsheft“ jedes Jahrgangs mitgeteilt.

Sitz der Gesellschaft zu. Die 1932 getroffene vertragliche Vereinbarung zwischen Benno und Viktor Brausewetter sowie Emanuel Kohout und Leopold Heinlein blieb bis zum Kriegsende 1945 aufrecht, die Firmenzentrale befand sich weiter in Wien, der nach wie vor in Leoben die einzige Niederlassung in Österreich zugeordnet war.¹⁵

Über Größe und Zusammensetzung der Belegschaft der Wiener OHG geben keine Quellen Auskunft. Anhand des in den Bilanzen verzeichneten Aufwandspostens „Spesen“ und dessen Zusammensetzung kann aber ein gültiger Einblick in die Entwicklung der personellen Ausstattung gewonnen werden. Der Spesenaufwand erreichte 1934 seinen niedrigsten Stand in der Periode zwischen den Kriegen. Die anschließende wirtschaftliche Erholung zeigt sich auch in einer Zunahme des Spesenkontos. Dieses weist für 1936 einen um knapp 50 Prozent höheren Betrag aus, der 1937 auf 44 Prozent zurückging. In beiden Jahren entfielen rund 70 Prozent der Gesamtspesen auf „Chefgehälter“ sowie „Beamtengehälter und Dienerlöhne“. Daraus wird ersichtlich, dass die Gehälter zwischen 1934 und 1937 insgesamt um 55 Prozent anwuchsen.¹⁶

Das Jahr der Annexion brachte eine neue Entwicklung in Gang. 1938 erhöhte sich der Spesenaufwand um 49,43 Prozent, der bis 1943 weiter um beinahe das Vierfache anstieg. 1944 gingen die entsprechenden Kosten um ein Drittel zurück, die in der Halbjahresbilanz des Jahres 1945 – also nach Kriegsende – vorgenommene Berechnung weist einen Betrag aus, der nur geringfügig unter dem Jahreswert von 1938 liegt. An dieser Entwicklung hatten jedoch die als Gehälter für die Gesellschafter und Beamten insgesamt aufgebrauchten Finanzmittel einen zunehmend geringeren Anteil. In der letzten Schillingbilanz 1937 stellte er sich noch auf siebenzig Prozent, bereits 1938 ging diese Quote auf sechzig zurück. 1943 entfielen nur noch rund zwei Fünftel der Spesen, seit 1939 als Verwaltungskosten bezeichnet, auf Gehälter und Löhne. Nahezu die Hälfte des sonstigen Aufwands wurde durch die „Gewerbe- und Lohnsummensteuer“ verursacht.¹⁷

Die bis 1937 angestiegenen Personalkosten können zumindest als Anzeichen eines auch angewachsenen Beschäftigtenstandes gedeutet werden, der 1938 und in den Kriegsjahren relativ abnehmende Lohnkostenanteil ist jedoch nicht als Beleg einer zahlenmäßig verringerten Belegschaft anzusehen. Dem anteilmäßigen Rückgang der Gehalts- und Lohnauszahlungen entspricht nämlich deren absoluter Anstieg von rund 94.000 auf 250.000 Reichsmark, also von 167 Prozent. Man wird nicht fehlgehen, auch für die Wiener Firma einen bis 1943 sich erweiternden Personalstand anzu-

¹⁵ Siehe I. A (Die gesellschaftliche Entwicklung).

¹⁶ P+B, Zentralarchiv Wien, „Ertragsermittlung“ und „Spesenkonto – Zergliederung“, in: Bilanzen der Jahre 1934 – 1937.

¹⁷ P+B, Zentralarchiv Wien, „Gewinn & Verlustrechnung“ und „Verwaltungskosten“, in: Bilanzen der Jahre 1938 – 1945.

nehmen. Insgesamt widerspiegeln die Zahlen die im Krieg exorbitant angewachsenen Verwaltungskosten, auf die noch einmal zurückzukommen sein wird.¹⁸

Wie bereits im Kapitel über die gesellschaftliche Entwicklung bis 1938 hervorgehoben,¹⁹ führten die Ereignisse dieses Jahres nicht unmittelbar zu Änderungen in der Unternehmensleitung von *Pittel & Brausewetter*, Wien wie auch in den anderen Konzerngesellschaften. Die 1932 vertraglich festgelegten Führungsstrukturen, die Benno und Viktor Brausewetter, Emanuel Kohout und Leopold Heinlein in den Spitzenpositionen vorsahen, blieben 1938 und bis zum Ende des Krieges aufrecht.²⁰ Diese Namen bringen die Kernkompetenzen nicht nur der Wiener Firma zum Ausdruck. Während Benno Brausewetter, der die Entwicklung des Eisenbetonbaues theoretisch wie praktisch entscheidend mitgetragen hatte, zusammen mit seinem Bruder Viktor auch die Position der Gründerfamilie stärkte, erweiterten Emanuel Kohout und Leopold Heinlein die bautechnische Palette der Unternehmung. Beide waren bereits als Ingenieure in leitende Positionen des Unternehmens aufgestiegen und hatten diesem neue Arbeitsgebiete erschlossen: Kohout im Hoch- und Tiefbau, Heinlein im Straßenbau (Betonstraßenbau). Und es waren genau diese, die Bauwirtschaft in der Zwischenkriegszeit wieder auf Wachstumskurs bringenden technischen Innovationen, die *Pittel & Brausewetter* als leistungsstarken Baukonzern auswiesen. Die vielfältige Inanspruchnahme des Unternehmens durch das nationalsozialistische Deutschland findet hier seine Erklärung. Neben Industrie- und Schachtbauten waren es vor allem Maßnahmen des Ausbaus einer den Kriegszielen dienenden Infrastruktur, welche vermehrt die Auftragsbücher füllten.

Das wirtschaftliche Ergebnis der unternehmerischen Arbeit in einer jede Kalkulation wie betriebliche Planung erschwerenden oder verunmöglichenden Zeit kann für das Wiener Unternehmen mit Hilfe der überlieferten Jahresschlussberichte einigermaßen gut nachgezeichnet werden.²¹

Das kriegswirtschaftliche Umfeld dieser Periode prägte die Entwicklung des Firmenvermögens. Wie zu erwarten zeigen die Aktiva eine beachtliche Wertsteigerung an, die andererseits aber großen Schwankungen unterlag. Bereits 1938 bilanzierte das Unternehmen Vermögenswerte, die rund einer Verdoppelung gegenüber jenen des Vorjahres gleichkamen.²² Nach weiteren Zuwächsen 1939 und 1940 und einem leichten Rückgang 1941 erhöhte sich das Firmenvermögen weiter und erreichte 1943

¹⁸ Vgl. Tabellen 2.11 und 2.12.

¹⁹ Siehe I. A, Kap. 6.

²⁰ Die in der Bilanz der OHG Wien 1937 genannte „Gedächtnisschrift samt Zusatzabkommen vom 24. 3. 1937“ regelt ausschließlich Änderungen in der Kapitalverteilung und der Verrechnung einzelner Aufwandsposten. Vgl. I. A, Kap. 6.2.2.

²¹ Für die sonstigen Konzernbetriebe verfügen wir nicht über ein derartiges Material, auch die Prager Mitteilungen veröffentlichten keine Daten zur Vermögenslage, Kapitalausstattung oder zur Aufwands- und Ertragsermittlung.

²² Vgl. die Bilanzen 1937 und 1938. 1 Schilling entsprach 0,67 Reichsmark.



Obstdr. Viktor Brausewetter jun.

seine größte Ausdehnung. Der Schlussbericht des Jahres 1944 wies einen auf etwa ein Viertel reduzierten Vermögensstand aus.²³

An dieser Entwicklung hatten die einzelnen Vermögenspositionen unterschiedlichen Anteil. 1938 entfielen 8,62 Prozent aller Aktiva auf das Anlagevermögen, 1937 lag dessen Bilanzwert bei 6,82. Während 1939 Investitionen eine Erhöhung der Anteilsquote auf 11,39 Prozent bewirkten, fiel diese mit fortschreitendem Krieg zurück und erreichte 1943 mit 1,82 Prozent ihren Tiefststand.²⁴

Der an sich niedrige und in der Schlussphase des Krieges auf unter zwei Prozent des Gesamtvermögens gesunkene Anteil der produktiven Sachanlagen kann nicht allein durch Verweis auf Kriegseinwirkungen erklärt werden. Zum einen fällt auf, dass der Immobilienbestand der Firma 1938 weniger als zehn, 1944 jedoch mehr als neunzig Prozent der Anlagenwerte repräsentierte. Zum anderen zeigt sich, dass der Vermögensanteil der Betriebsausstattung (Maschinen, Werkzeuge und Geräte) in diesen Jahren von 97,52 auf 7,27 Prozent zurückfiel.²⁵ Der auch real bedeutende Wertanstieg der „Grundstücke“ geht auf den 1939 erworbenen „Lagerplatz Wien-Inzersdorf“ zurück, dessen Kaufpreis einschließlich vorgenommener Investitionen in die Bilanzen aufgenommen wurde. Demgegenüber steht der 1939 um gut fünfzig Prozent auf 229 Tausend Reichsmark angewachsene Wert der maschinellen Ausstattung, die jedoch 1944 nur mehr mit 10 Tausend verbucht wurde. Noch 1942 und 1943 waren mit 158, bzw. 143 Tausend die seit Kriegsbeginn höchsten Beträge bilan-

²³ Siehe Tabelle 2.1 (Gesamtvermögen 1938 – 1945/9).

²⁴ Vgl. Tabellen 1.20 und 1.21 sowie 2.1 und 2.2

²⁵ Tabelle 2.4.

ziert worden.²⁶ Dieser rasche Wechsel wie der zu Kriegsende nur mehr als Restwert aufscheinende Betrag lassen auf ungewöhnliche Einflüsse in diesen Jahren schließen. Da außerdem die Bilanzsumme selbst 1944 noch mehr als das Doppelte von 1938 betrug, kann die aufgezeigte Entwicklung insgesamt nicht allein als eklatanter Geschäftsrückgang eingestuft werden.

Ein Blick in die Investitionen und die diese stützende Abschreibungspolitik liefert eine zureichende Erklärung. Bereits 1937 hatten die anlaufenden Investitionen erstmals nach acht Jahren wieder Nettowerte erreicht. Ein Jahr später lag jedoch der bilanzierte Wert der Betriebsausstattung um mehr als das Zweieinhalbfache höher, obwohl in diesem Jahr die neu angeschafften Maschinen und Werkzeuge bereits zu 85 Prozent abgeschrieben wurden.²⁷ 1939 erreichten Investitionen und Abschreibungen abermals eine Steigerung, wodurch der Bilanzwert der Betriebsausstattung um gut 50 Prozent anwuchs.²⁸

Wenn auch das Ausmaß der 1939 getätigten Investitionen in den folgenden Kriegsjahren nicht annähernd erreicht wurde, so übertrafen die bis 1942 vorgenommenen maschinellen Ankäufe die der vorangegangenen Friedensjahre bei weitem. Selbst 1943 lag die Quote dreimal so hoch wie 1937. Investitionen wie Abschreibungen bezeugen das Bestreben der Firmenleitung, die kriegsbedingten Gefährdungen und Risiken buchhalterisch so rasch wie möglich zu minimieren. So wurden 1941 die im Berichtsjahr angeschafften Maschinen wie auch Transport- und Büroeinrichtungen in vollem Umfang abgeschrieben und bilanzmäßig auf Null gestellt.²⁹

Wertberichtigungen in dem aufgezeigten Ausmaß stellen einen bedeutenden Posten in der Aufwandsrechnung dar. 1938 und 1939 entfielen etwa zwei Drittel der gesamten Betriebskosten auf Abschreibungen. Noch 1940 und 1941 lag die Quote bei rund einem Viertel, sank 1942 auf 14,5 und 1943 auf knapp 5 Prozent.³⁰ Trotz dieser Belastung verzeichnete das Unternehmen in allen Kriegsjahren einen positiven Geschäftsabschluss.³¹ Selbst noch 1944, als die Abschreibungen auch die „Kriegsverluste“ beim Inventar³², den Verbrauchsstoffen und beim Umlaufvermögen in Rechnung

²⁶ Tabellen 2.4 und 2.18.

²⁷ P+B, Zentralarchiv Wien, Bilanzen der Jahre 1937 und 1938; siehe auch Tabellen 1.26 und 2.18.

²⁸ Die absoluten Zahlen machen das Ausmaß der Investitionstätigkeit, aber auch die Finanzpolitik des Unternehmens sichtbar: Die Bruttoinvestition betrug 1939 1,27 Millionen RM, die Abschreibungen im gleichen Zeitraum 1,19 Millionen. Das produktive Vermögen stand in der Bilanz mit 229 Tausend zu Buche.

²⁹ Die rechtliche Basis für diese außerordentliche Form der Wertberichtigung war durch die sogenannte „Osthilfe-Verordnung“ geschaffen worden.

³⁰ Die in Tabelle 2.11 für Abschreibungen ausgewiesenen Beträge beinhalten auch Wertberichtigungen des Umlaufvermögens (Dubiosen-Abschreibung), deren Anteil sich bis zu 10 Prozent bewegt haben dürfte. Die Hinweise in den Jahresabschlussrechnungen lassen keine klaren Aussagen zu.

³¹ Zur Entwicklung der Umsätze und Gewinne zwischen 1938 und 1945 siehe weiter unten.

³² Unter das „Inventar“ fielen auch die „Grossgeräte“ (Maschinen), deren Bilanzwert von 127.562,07 RM durch ordentliche Abschreibungen (38.898,86 RM) sowie durch „Kriegseinwirkungen“ im

stellten, die insgesamt vier Fünftel des Aufwandes ausmachten,³³ konnte das Wiener Unternehmen mit Gewinn abschließen. Dieses Ergebnis war möglich, da 1944 die im Inland wie im Ausland ausgeführten Bauarbeiten Erlöse einbrachten, die 28,5 Prozent über den Baukosten lagen.

Die letzte in Reichsmark erstellte Bilanz vom 30. September 1945 veranschlagte weitere „Kriegsverluste beim Umlaufvermögen“ im Ausmaß von 134 Tausend, die einem Viertel des gesamten Aufwandes entsprachen. Da aber auf der Einnahmenseite die „halbe Aufbaurücklage“ im Betrag von 536 Tausend in Stellung gebracht wurde, konnte auch diese „Quartalsbilanz“ mit einem Gewinnsaldo von 282 Tausend abgeschlossen werden.³⁴

Die insgesamt bedeutenden Substanzverluste, die das Wiener Unternehmen im Zweiten Weltkrieg erlitt, fanden in den Jahresschlussrechnungen nur indirekt, nämlich in kontinuierlicher Steigerung der Abschreibungsquoten Ausdruck, wodurch gleichsam die kriegsbedingten Schäden antizipiert wurden. Allein 1944 übertrafen die zu verzeichnenden Einbußen im Anlage- wie Umlaufvermögen die üblichen Wertberichtigungen um ein Vielfaches. Es waren vor allem die Sachschäden auf den großen Baustellen (Flughafen-, Industrie- und Straßenprojekte), die in der Endphase des Krieges die Arbeiten weitgehend lahmlegten. Dazu zählten die von der Luftwaffe und von der Organisation Todt beauftragten und geleiteten Arbeiten, deren materielle Verluste 90 Prozent der gesamten Einbußen im Umlaufvermögen des Unternehmens in diesem Jahr ausmachten. Weitere Einblicke in diese Situation können aus der Liste der 1944 im Jahresbericht aufgegliederten Debitoren gewonnen werden. Wieder waren es die genannten Heeresorganisationen, gegen die sich die „Leistungsanforderungen“ der Wiener Firma beinahe zur Gänze richteten. Diesen in der Höhe von 2,26 Millionen RM standen jedoch nur geringe Zahlungsverpflichtungen (Kreditoren) gegenüber, sie stellten weniger als ein Prozent der Debitoren. Es liegt nahe, daraus auch einen Hinweis auf die selbst 1944 gegebene hohe Zahlungsbereitschaft abzuleiten.³⁵

Die in den Kriegsjahren, besonders 1942 und 1943, enorm gesteigerte Bautätigkeit trieb nicht nur den Bilanzwert des Umlaufvermögens in die Höhe, sondern veränderte auch dessen Zusammensetzung.³⁶ In den genannten Jahren verkörperten die Vorräte etwa zwei Drittel der gesamten Umlaufmittel. Sie erfassten im Wesentli-

Ausmaß von 83.901,37 RM auf einen Jahresschlusswert von RM 8.409,88 oder auf ein Fünftel reduziert wurde. P+B, Zentralarchiv, Bilanz 1944, Beilage 1.

³³ Den größten Posten stellten die Verluste im Umlaufvermögen, sie nahmen 94 Prozent der Abschreibungen in Anspruch. P+B, Zentralarchiv Wien, Bilanz 1944, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Beilage 19.

³⁴ Die „Aufbaurücklage“ war in den Jahren 1940 bis 1943, steuerrechtlich korrekt als Aufwand verbucht, gebildet worden. P+B, Zentralarchiv, Quartals-Bilanz per 30. September 1945.

³⁵ P+B, Zentralarchiv Wien, Bilanz 1944 mit 22 Beilagen.

³⁶ P+B, Zentralarchiv Wien, Bilanzen 1942 und 1943; vgl. Tabelle 2.5, 2.6 und 2.7.

chen die „unfertigen Bauten“, also den Bilanzwert der noch nicht beendeten Bauarbeiten. Dazu zählte 1942 der noch nicht abgeschlossene Bau des Flughafens Semlin mit 4.674.080,74 RM. 1943 stellte man den Schätzwert unfertiger Bauten im In- und Ausland mit 451.106,12 bzw. 10.034.230,74 RM in Rechnung. In beiden Rechnungsperioden standen jedoch dem Unternehmen Anzahlungen im gleichen Ausmaß zur Verfügung. Mit dem Wegfall dieser Aktiv- wie Passivposten 1944 schrumpfte die Bilanzsumme auf ein Viertel. Sie lag jedoch immer noch doppelt so hoch wie 1938. Auch die letzte in Reichsmark erstellte Bilanz Ende September 1945 zeigt das gleiche Bild. Diese Entwicklung ging allein auf das Konto des Umlaufvermögens, die Anlagen erreichten 1944 und 1945 nicht den vor dem Krieg bilanzierten Buchwert.

Die angesichts der bereits erwähnten bedeutenden kriegsbedingten Schäden und deren Abschreibungen überraschend hohen Wertansätze im Umlaufvermögen beruhten auf „Bankguthaben“ und Forderungen an Arbeitsgemeinschaften, die zusammen gut vier Fünftel der mit 3,5 Millionen RM bewerteten Umlaufmittel stellten. Diese Forderungen sollten sich jedoch nach dem Krieg überwiegend als uneinlösbar erweisen, sodass aus dem ursprünglich für das Jahr 1945 errechneten Gewinn schlussendlich ein Verlust wurde, worauf im nächsten Kapitel noch einzugehen sein wird.

Die bis zum Äußersten gespannte materielle Versorgungslage im Zuge der großen Bauvorhaben in der zweiten Hälfte des Krieges kann auch aus den unter „Verbrauchsstoffe“ bilanzierten Wertangaben entnommen werden. Sie widerspiegeln die Konzentration aller verfügbaren Materialien in den rüstungsbedingten Standorten. Die in heimischen Bauhöfen verbliebenen Baustoffe entsprachen 1944 nur mehr einem Zeitwert von knapp 20 Tausend RM, selbst die geringen zum gleichen Zeitpunkt verfügbaren Barmittel lagen mit 33 Tausend um einiges höher.³⁷

Die an den erlittenen Kriegsschäden sich zeigende Indienstrahmung der Wiener Baufirma *Pittel & Brausewetter* durch die deutsche Rüstungsindustrie kann an Hand der als „Leistungsforderungen“ verbuchten Debitoren des Unternehmens bis 1938 zurück verfolgt und spezifiziert werden.³⁸ Unmittelbar nach der Machtübernahme forcierte man Investitionen in die Infrastruktur, die deutlich militärische Anliegen widerspiegeln. 28 Prozent der von *Pittel & Brausewetter* 1938 verrechneten Materiallieferungen und Arbeitsleistungen betrafen die Standorte der Luftwaffe in Tulln, Horsching, Wiener Neustadt, Wien und die „Heeresbauleitung“ in Judendorf, 43 Prozent zeigen Gemeinden, Bezirks- und Landeseinrichtungen als Debitoren. Während beide Quoten 1939 nur leicht anstiegen, übertrafen seit 1940 die den Heeresbedürfnissen dienenden Arbeiten alle sonstigen bautechnischen Aktivitäten bei weitem. In diesem Jahr gingen allein zwei Drittel der vom Unternehmen aufgebrachten Leistungen an die Adresse der Luftwaffe in Niederösterreich und der Steiermark und an die be-

³⁷ Vgl. Tabellen 2.6 und 2.7 sowie die entsprechenden, den Bilanzen 1942 bis 1944 angefügten Beilagen.

³⁸ Siehe die betreffenden Jahresschlussrechnungen sowie die Spalte „Debitoren“ in Tabelle 2.5.

treffenden Kommandozentralen. Zwischen 1941 und 1943 wuchs der Anteil der als direkte Kriegsdienstleistung einzustufenden Debitoren weiter bis auf 82 Prozent an, wobei zunehmend die militärischen Einrichtungen in Südosteuropa (Griechenland, Jugoslawien) hervortraten. Die ab 1942 umfangreichsten Arbeiten galten dem Ausbau des Flughafens Semlin und der gesamten Infrastruktur der Metropole Beograd. Der finanzielle Umfang belief sich auf mehr als das Sechsfache aller sonstigen Investitionen und war im Voraus durch Anzahlungen gänzlich abgedeckt worden. 1943 erreichten diese als Verbindlichkeiten bilanzierten „empfangenen Anzahlungen“, die weiteren militärischen Einsatzorten zugeordnet waren, die Höhe von 9,4 Millionen RM, womit sie rund zwei Drittel der Bilanzsumme repräsentierten. Die zu diesem Zeitpunkt bereits abgewickelten und in Rechnung gestellten Bauten entsprachen nur einem Gegenwert von 714 Tausend RM, das waren keine acht Prozent der noch offenen Leistungen.

Es war genau diese Situation, die 1944 zu den bereits beschriebenen „Kriegsverlusten beim Umlaufvermögen“ führte. Die in Österreich, Griechenland oder Jugoslawien errichteten oder noch unfertigen militärischen Einrichtungen wie Flughäfen und deren infrastrukturelle Ausstattung wurden in der Schlussphase des Krieges weitgehend zerstört.

Überblickt man die jährlich angehobenen Abschreibungsquoten und die in der Schlussphase des Krieges in die Kostenrechnung aufgenommenen Materialverluste, so erstaunt die letzte, Ende September 1945 ermittelte Gewinngröße von 282 Tausend RM, was einer Verzinsung des Gesamtkapitals von rund 8,5 Prozent entsprach. Entscheidend waren die ohne Abstriche bilanzierten „Bankguthaben“ im Umlaufvermögen und die Herausnahme der Hälfte der von 1940 bis 1943 gebildeten „Aufbaurücklage“ aus den Passiva und deren Verbuchung als Ertrag („Rücklagen-Ausschüttung“).³⁹ Diese Vorgangsweise war legitim und kann mit Blick auf die zu erwartenden finanziellen Korrekturen als Versuch gewertet werden, die zum Bilanzstichtag gegebenen Ansprüche vollumfänglich darzustellen. Auch diese Frage wird im nächsten Kapitel nochmals aufgegriffen werden.

Die aufgezeigte, selbst 1945 sich abzeichnende, positive Ertragslage der Wiener Gesellschaft kann aber nicht allein bilanzpolitisch erklärt werden, ein Blick in die Gewinn- und Verlustrechnung zeigt andere, nicht unwesentliche Ursachen auf.

Die überlieferte Erfolgsrechnung in den Jahren 1938 bis 1945 bietet keine vollständige Auflistung aller Kosten und Erträge. Die in den Jahresschlussrechnungen aufscheinenden Bruttoerlöse sind nicht als gesamte Umsatzerlöse anzusehen, sie zeigen allein ein Teilergebnis an. Es fehlen bei Aufwand wie Erlös die Material- und Lohnkostenanteile. Konkret bedeutet dies, dass die Gewinn- und Verlustrechnung

³⁹ P+B, Zentralarchiv Wien, Quartals-Bilanz per 30. September 1945.

eine Gegenüberstellung reduzierter „Baukosten“ und „Bauerlöse“ vornimmt, woraus die periodische Gewinn- oder Verlustgröße im Baugeschäft resultiert.⁴⁰

Die bilanzierten Bruttobauerlöse überstiegen in den Kriegsjahren zum Teil beträchtlich die aufgelaufenen Kosten. Sie lagen 1938 13 und 1939 19 Prozent darüber, 1940 verzeichnete man mit acht Prozent den niedrigsten Überhang in der gesamten Periode. Mit den steigenden Investitionen in der zweiten Kriegshälfte erhöhten sich auch die Ertragsquoten, 1942 und 1943 wurden 48 bzw. 77 Prozent gemessen, das entsprach einem Reingewinn von 32 und 44 Prozent. Noch 1944 standen die Erlöse zum Aufwand im Verhältnis von 1,4 zu eins, woraus ein Gewinn von 28,5 Prozent abgeleitet werden kann.⁴¹ Dieses Ergebnis wurde durch ein breites System von kostenantizipierenden „Anzahlungen“ sowie durch eine aufwandseitige Bildung einer „Aufbaurücklage“ ermöglicht, das allerdings infolge schwerer Einbußen und neuer finanzpolitischer Weichenstellungen bei Kriegsende korrekturbedürftig wurde. Diese Tatsache wird bei einem Blick auf die Entwicklung der Vermögenslage und Kapitalstruktur noch einmal aufzugreifen sein.

Eine zusätzliche Erklärung der alle Jahre positiven, jedoch sehr unterschiedlichen Ertragslage liefert ein Vergleich der absoluten Gewinn- und Verlustgrößen. 1938 und 1939 stellten sich die im Baugeschäft erlittenen Verluste auf 3,7 bzw. 9,8 Prozent der Gewinnsumme. Das Jahr 1940 schloss nahezu mit einem Gleichgewicht ab, die summierten Verluste erreichten 47,41 Prozent der Gewinne. Diese Quote konnte 1941 auf 13,79 und 1942 weiter auf 2,95 Prozent verringert werden. In den zwei letzten Kriegsjahren wurden die Abgänge auf etwa ein Prozent der als Gewinn verbuchten Erlöse minimiert.⁴²

Die überlieferten Gewinn- und Verlustrechnungen ermöglichen auch einen Einblick in die als „Verwaltungskosten“ oder auch Spesen bezeichneten Ausgaben.⁴³ Nicht nur ihr Anteil am gesamten Aufwand, sondern auch ihre Zusammensetzung bietet einen Hinweis auf die Ertragskraft des Unternehmens.⁴⁴ Das Spesenkonto belegte zwischen 1938 und 1940 etwa ein Viertel des gesamten verzeichneten Aufwandes. Die in den Folgejahren (1941 bis 1943) sowohl dem Umfang als auch der räumlichen Verteilung nach beträchtliche Ausweitung der baulichen Aktivitäten bewirkte

⁴⁰ Über die Bruttobauerlöse hinaus werden auch andere betriebliche Erträge und die damit verbundenen Kosten bilanziert. Insgesamt liegt jedoch der Gewinn- und Verlustrechnung kein Gesamtverfahren zugrunde.

⁴¹ Tabelle 2.13.

⁴² Tabellen 2.14 und 2.15.

⁴³ Die begrifflich zwar abgrenzbaren, aber *de facto* eine Summierung von Ausgaben darstellenden Verwaltungskosten umfassen in der Regel die Gehälter für die Gesellschafter und die Beamten, soziale Abgaben (gesetzliche und freiwillige) und die Dienerlöhne, weiterhin alle Bürokosten (Miete, Einrichtung, Heizung, Bürobedarf), Steuern und Umlagen, Werbung und Versicherungen, Anwalts- und Gerichtskosten sowie Angebots- und Projektskosten.

⁴⁴ Tabellen 2.11 und 2.12.

einen Anstieg der Verwaltungskosten bis zur Hälfte des bilanzierten Gesamtaufwandes. Während 1944 diese Quote auf zehn Prozent zurückfiel, endeten die in den Bilanzen Juni und September 1945 versuchten Auflistungen wieder mit einem Kostenanteil der Verwaltung von an die 50 Prozent. Der markante Rückgang 1944 ist auf die gewaltige Steigerung des sonstigen Aufwandes zurückzuführen, der sich aus den Abschreibungen der Kriegsschäden ergab. Der hohe Anteil 1945 ist hingegen eine Folge der auf zehn Prozent des Vorjahresvolumens gesunkenen Gesamtausgaben.

Bei Ausschaltung der auf Bewegungen im gesamten Aufwandsetat zurückzuführenden Schwankungen im Prozentanteil der Verwaltungskosten tritt deutlich deren spezifische Abhängigkeit vom Produktionsvolumen hervor: Sie stiegen überproportional im Verhältnis zur Bautätigkeit. Die mit dem Kriegsende verbundene weitgehende Erlahmung des Baugeschäftes ließ jedoch die aktuellen Verwaltungskosten auf relativ hohem Sockel bestehen.



Wien, Praterstern 1953

Die bei steigendem Auftragsbestand relativ zunehmenden Verwaltungskosten gehen vor allem auf erhöhte Gehaltszahlungen (Unternehmer und Beamte), aber auch auf Steuerleistungen und außergewöhnliche Bürokosten zurück. Während die gesamten Aufwendungen für die Verwaltung von 1941 auf 1943 um 22 Prozent anwuchsen, lauten die Vergleichszahlen für die Gehalte 39 und die Gewerbe- und Lohnsummensteuer 45 Prozent. Die Büroausgaben erhöhten sich um 38 Prozent.⁴⁵

⁴⁵ Die Daten sind den Gewinn- und Verlustrechnungen, Beilagen „Verwaltungskosten“, der entsprechenden Jahresbilanzen zu entnehmen.

Die großen Schwankungen in der Kosten- und Ertragsrechnung widerspiegeln zweifelsohne die Indienstnahme der Firma für die Belange der Kriegswirtschaft. Es stellt sich sofort die Frage der Finanzierung der aber verlangten Bautätigkeit, die dem Umfang wie der technischen Erfordernisse nach alles Bisherige übertraf. Wie schlug sich diese Entwicklung im Vermögensaufbau und in der Kapitalstruktur nieder?

Ein am Jahr 1938 ausgerichteter Index zeigt für 1940 eine Verdoppelung, für 1942 eine Vervierfachung und für 1943 das Achtfache des Vermögens an. Selbst die letzte, Ende September 1945 erstellte Bilanz weist ein Vermögen aus, das doppelt so hoch als 1938 lag. Wie schon erläutert hatte an diesen enormen Entwicklungsschüben vor allem das Umlaufvermögen Anteil, während das Anlagevermögen wesentlich geringere Zuwächse erzielte; jenes erreichte 1943 das 8,83fache von 1938, dieses jedoch nur das 1,73fache. Im September 1945 lauteten die Vergleichszahlen 2,10 (UV) und 0,88 (AV).⁴⁶

Das Jahr 1943 stellt sich auch aus dem Blickwinkel der Kapitalaufbringung als Wende dar.⁴⁷ Zu diesem Zeitpunkt hatten die Passiva den Stand von 744 Prozent des 1938 vorhandenen erreicht. Die Eigen- und Fremdmittel waren daran unterschiedlich beteiligt. In der Bilanz 1938 setzte sich das Eigenkapital allein aus den Anteilen der vier Gesellschafter Benno Brausewetter, Emanuel Kohout, Leopold Heinlein und Viktor Brausewetter zusammen,⁴⁸ das waren 3,69 Prozent des Gesamtkapitals. Bis 1943 erhöhte sich dieser Anteil durch Kapitaleinlagen und Rücklagenzuweisungen auf 16,31 Prozent. Der bilanzpolitische Schlussstrich 1945 setzte das Eigenkapital mit 91 Prozent fest.⁴⁹

Diese Umschichtung hatte vor allem formale und bewertungstechnische Ursachen und nur bedingt ertragswirtschaftliche. Wie schon betont, führten die hohen Anzahlungen 1942 und 1943 nicht nur zu einem enormen Wertanstieg des Umlaufvermögens, dem die „unfertigen Bauten“ als Vorräte zugeordnet wurden, sondern auch des Fremdkapitals, da die noch nicht abgerechneten Anzahlungen passivseitig als kurzfristige Verbindlichkeiten bilanziert wurden.

Das „Kapitalkonto“ der Gesellschafter umfasste 1938 den in Reichsmark umgerechneten Schillingbetrag aus dem Jahre 1937. Die in der Bilanz aufscheinenden 66.666,67 RM verteilten sich auf Benno Brausewetter, Emanuel Kohout und Leopold Heinlein zu je 20.000 und Viktor Brausewetter mit 6.666,67 RM. Diese als „Kapitalkonto I“ bezeichnete finanzielle Grundausstattung blieb bis einschließlich 1945 unverändert bestehen. Die darüber hinaus aufgebrachten Einlagen („Kapitalkonto II“) schrumpften in den Jahren 1940 und 1941 auf gerundet zehn Prozent der 1939 bereitgestellten Summe; 1942 bis 1945 nahmen sie von 12 Tausend bis

⁴⁶ Siehe die Tabellen 2.1 und 2.2.

⁴⁷ Tabellen 2.8 und 2.16.

⁴⁸ Vgl. I. A (Die gesellschaftliche Entwicklung).

⁴⁹ Die Kapitalaufstellung 1944 wies 88,22 Prozent dem Eigenkapital zu.

2,4 Millionen RM zu. Als Basis dieser Entwicklung können die in den Jahren nach 1939 erzielten Gewinne namhaft gemacht werden, die eine bis zu 52,74 Prozent (1941) steigende Gesamtkapitalrentabilität anzeigen. Diese lag selbst 1944 bei 21,94 Prozent.⁵⁰ Der außergewöhnlich hohe Reinertrag geht den Bilanzen entsprechend wesentlich auf den Überhang der Erträge über die Aufwendungen im Baugeschäft zurück, der etwa 1943 an die 120 Prozent betrug. In diesem Jahr überschritt die Kapitaleinlage der Gesellschafter jene des Vorjahres um 160 Prozent.

Eine ähnlich große Bedeutung für die Anhebung der Eigenmittel wie die Kapitaleinlagen der Gesellschafter kam der Aufstockung der Rücklagen zu. Bis einschließlich 1942 übertraf ihr Beitrag jenen der Gesellschafter, 1943 ergab sich ein Gleichgewicht. Diese Rücklagen bestanden bis auf wenige Prozentpunkte aus den seit 1940 jährlich gebildeten „Aufbaurücklagen“, die als Aufwand verbucht wurden. Ihr bis 1943 aufsummierter Betrag von 1.071.385,31 RM wurde auch 1944 in die Bilanz eingestellt und 1945 in den im Juni und September erstellten „Zwischenbilanzen“ zur Hälfte aufgelöst und ausgeschüttet. Durch diese auf den bestehenden Anspruch rekurrierende bilanzpolitische Maßnahme konnte ein Gewinn von 281.550,10 RM in Aussicht gestellt werden. Wie schon mehrmals angemerkt erwies sich die in den letzten Kriegsjahren aufgestellte Vermögens- und Kapitalrechnung als nicht haltbar, ihre Korrektur bedeutete für das Unternehmen einen Neustart unter negativen Vorzeichen.

Die Änderungen in den Führungsstrukturen 1932 und 1936 schlugen sich auch in der Zusammensetzung des Gesellschaftskapitals und in der Vorgangsweise der Gewinnaufteilung nieder. Die entsprechenden vertraglichen Regelungen sind nicht überliefert,⁵¹ sie können aber indirekt aus ihrer Handhabung in den Bilanzen ab 1937 erschlossen werden. Grundsätzlich wurden die Bilanzgewinne gemäß den Firmenanteilen der Gesellschafter ausbezahlt. Benno Brausewetter, Emanuel Kohout und Leopold Heinlein standen 30 Prozent, Viktor Brausewetter 10 Prozent zu. Darüber hinaus wurde verfügt, dass gewisse Regiekosten (zwei Drittel der Zinsen, der Telefon- und Portogebühren) allein von den „alten Gesellschaftern“ Benno und Viktor Brausewetter im Verhältnis 3 zu 1 aufzubringen wären.

Die Gewinnverteilung folgte in den Jahren 1938 und 1939 diesem bereits 1937 vereinbarten Modus. Daraus ergab sich auf Grund der niedrigen Bilanzgewinne unter Einrechnung der genannten Regieanteile in beiden Jahren ein Verlust für die Brauseweters. Ab 1940 ist in den Bilanzen nur mehr die Aufteilung der Gewinne an Hand der Kapitalanteile zu verfolgen, Regiekosten fanden offensichtlich keine Sonderregelung mehr.

Die in den Jahresschlussrechnungen ermittelten Reinerträge widerspiegeln die außerordentlichen Bedingungen, unter denen die Auftragsbauten ausgeführt wur-

⁵⁰ Die Angaben zu Kapitalstruktur und zur Gewinnentwicklung siehe Tabelle 2.8.

⁵¹ Siehe Anm. 48.

den. Ab 1940 bewegten sich die Gewinne gemessen am Gesamtkapital in zweistelliger Höhe, 1941 waren es 52,74 Prozent. Noch 1944 ergab sich rechnerisch eine Rentabilitätsquote von 21,94. Die 1945 unternommenen Versuche, Einblick in den Nachkriegszustand der Firma zu gewinnen, förderten einen Gewinn von acht bis zwölf Prozent des Kapitaleinsatzes zutage.⁵²

Die hohen Gewinne ließen wie bereits angemerkt das Kapitalkonto der Gesellschaft bedeutend anwachsen, wie dies auch aus den Anteilen der einzelnen Gesellschafter zum Ausdruck kommt. Benno Brausewetter, Emanuel Kohout und Leopold Heinlein standen in den Jahren 1940 bis 1944 insgesamt 1,4 Millionen RM als Gewinnanteile zu, Viktor Brausewetter konnte über 470 Tausend verfügen.⁵³

Diese Zahlen schlugen sich auch in den jährlich vorgenommenen „Betriebsvermögensvergleichen“ nieder, die nicht nur auf dem Eigenkapital einschließlich des Bilanzgewinnes, der Gehaltsbezüge und Zinseinnahmen basieren, sondern auch die Entnahmen und Einzahlungen seitens der Gesellschafter zum Ausdruck bringen.⁵⁴ Die entsprechenden Daten liegen für die Jahre 1943 bis 1946 vor.⁵⁵ Ein „Aktenvermerk“ über eine Betriebsprüfung aus dem Jahre 1944 enthält Angaben über die 1941 und 1942 getätigten Kapitalentnahmen der Gesellschafter.⁵⁶

Das Betriebsvermögen der Wiener Gesellschaft *Pittel & Brausewetter* stellte sich Ende des Jahres 1943 auf gerundet 2,8 Millionen RM, was gegenüber 1942 einem Zuwachs von 850 Tausend oder von gut 40 Prozent entsprach. Die Hauptursache war ein auf knapp 1,5 Millionen RM gestiegener Bilanzgewinn. Insgesamt schloss die Jahresrechnung 1943 mit einem zusätzlichen Kapitaleinsatz von 1.658.859,09 RM.

Im Jahr 1944 verringerte sich das Betriebsvermögen um etwa sechs Prozent oder 150 Tausend RM. Die relativ geringe Einbuße beruhte auf einem Bilanzgewinn von 700 Tausend RM. Die erste Schillingbilanz Ende 1945, die den Jahresabschluss des Vorjahres als Ausgangsbasis akzeptierte, zeigt folgende Vergleichsdaten: Das Betriebsvermögen verzeichnete bei einem Bilanzgewinn von 123 Tausend Schilling einen weiteren Rückgang, diesmal um sieben Prozent. Bei Einrechnung der seitens der Gesellschafter vorgenommenen Entnahmen und Einzahlungen lag Ende des Jahres ein Gewinn von 277.953,53 Schilling vor.

Die im nächsten Kapitel nochmals einzusehende Bilanzberichtigung für 1945 und 1946 nahm eine Reduzierung des Betriebsvermögens von etwa einem Viertel vor.

⁵² Siehe die Daten zu Kapitalstruktur und Gewinn/Verlust in Tabelle 2.8.

⁵³ Tabelle 2.17.

⁵⁴ Wie die Aufstellung zeigt, handelte es sich bei der Darstellung des „Betriebsvermögens“ nicht um eine Vermögensbewertung der Firma, sondern um eine Auflistung der den Gesellschaftern zustehenden Eigenmittel einschließlich ihrer als Unternehmer bezogenen Einkünfte.

⁵⁵ P+B, Zentralarchiv, Bilanzen 1943 und 1944, 1945 (Schillingbilanz) und 1946 („richtiggestellte“ Bilanz).

⁵⁶ Der „Aktenvermerk“ ist der Bilanz 1944 angeschlossen.

Der vor der Korrektur mit 2.262.904,18 RM bezifferte Wert wurde auf 1.741.366,14 RM herabgesetzt.

Die Einkommens- und Vermögenslage der einzelnen Gesellschafter zeigt im Wesentlichen die in der vertraglich geregelten Aufteilung der Eigenmittel grundgelegten Erwerbsmöglichkeiten. So wurden bis 1945 die Gewinne zu je 30 Prozent auf Benno Brausewetter, Emanuel Kohout, Leopold Heinlein und zu 10 Prozent auf Viktor Brausewetter verteilt. Insgesamt standen in den Jahren 1943 bis 1945 (Schillingbilanz) den Kapitalentnahmen von 2.741 Tausend RM Einzahlungen von 488 Tausend gegenüber. Am Überhang der Entnahmen waren Benno Brausewetter mit 27, Kohout mit 30 und Heinlein mit 31 Prozent beteiligt, 12 Prozent betrug der Anteil von Viktor Brausewetter. In diesen Zahlen bilden sich ziemlich genau die Quoten der Kapitalverteilung der Gesellschafter ab. Die bedeutenden Kapitalentnahmen bei anhaltend guter Gewinnlage sind unter dem Gesichtspunkt der Ertragskraft im Allgemeinen und der Rentabilität im Besonderen als Beleg einer zwar außergewöhnlichen, aber erfolgreich genutzten Geschäftslage zu werten.

Die Basis der enormen Ausweitung des Baugeschäftes waren neben dem unternehmenseigenen Know-how die den finanziellen Bedarf voll abdeckenden Anzahlungen seitens der Wehrmacht, die in der Bauwirtschaft eine Schlüsselindustrie für eine erfolgreiche Kriegsführung erblickte.⁵⁷ So wurde der Prager Firma wie auch anderen für den „Osteinsatz“ eine Vergütung des Aufwandes eingeräumt. Das Unternehmen hatte seit Februar 1942 zwei „Trupps“ für den „mobilen Einsatz“ unter der Organisation Todt als Bauherrn zur Verfügung gestellt.⁵⁸ Die Entschädigung war als Gegenleistung für die Bereitstellung der erforderlichen Techniker, Arbeiter und der notwendigen materiellen Ausstattung (Maschinen und Werkzeuge) ausgehandelt und im „Rahmenbauvertrag Ost“ (März 1942) festgelegt worden.

Die Vorauszahlungen und die Entschädigungen für dem Unternehmen entzogene Kapazitäten verringerten oder eliminierten das Risiko von Großbauten unter vom Kriegsgeschehen diktierten Bedingungen und garantierten einen positiven Jahresabschluss.

Die Hinweise auf wirtschaftliche Erfolge in Kriegszeiten sind noch in zwei wichtigen Punkten zu ergänzen, wenn hierüber auch nur wenige Quellen Auskunft geben. Einmal sind die Schwierigkeiten einer Geschäftsführung unter politischen Auflagen und strikter Weisungsgebundenheit zu bedenken. Das Andere sind die Probleme einer Belegschaft, die beruflich wie privat mit den Bedingungen eines von Kriegsein-

⁵⁷ Die reichsdeutsche „Wirtschaftsgruppe Bauindustrie“ war seit 1940 verstärkt bemüht, die Leistung der Bauwirtschaft den Bedürfnissen der Kriegsführung anzupassen, das Schlagwort „die Bauindustrie im Endkampf“ fand propagandistisch breite Verwendung.

⁵⁸ Der „Hochbautrupp“ bestand aus rund 120 deutschen und etwa 350 „ostländischen“ Arbeitern, der „Tiefbautrupp“ aus 30 deutschen und 110 „ostländischen“ Arbeitern bzw. Kriegsgefangenen. P+B, Mitteilungen, Prag 1943, 1. Vierteljahrsfolge, S. 14f.

wirkungen geprägten Arbeitsdienstes zurecht kommen musste. Auf der Suche nach Kriterien, welche diese Verhältnisse kennzeichnen, fällt sogleich die enge Verknüpfung beider Sachbereiche auf. Unternehmensführung und Arbeiterschaft mussten sich in ihrer wenn auch unterschiedlichen Tätigkeit einer nicht auf betrieblichen Ursachen beruhenden Zwangslage stellen. Das Jahr 1938 verhielt gerade für ein Unternehmen der Bauwirtschaft in Österreich und der ČSR eine positive Wende, da die politischen Ereignisse Aufträge und Arbeit in Aussicht stellten. Der besonders im traditionellen Arbeitsgebiet der Prager Firma immer härter gewordene Konkurrenzkampf schien Vielen nun der Vergangenheit anzugehören. Die Ausschaltung englischer und französischer Finanzinteressen wie einer immer stärker national ausgerichteten Auftragsvergabe durch die öffentliche Hand wurde als Befreiung empfunden.

Wie schon erwähnt, konnte das Unternehmen bereits 1938 daran gehen, eine Reorganisation der Zweigstellen vorzunehmen.⁵⁹ Die neuen, den Bestimmungen des Münchner und Wiener Abkommens entsprechenden politischen Grenzziehungen ermöglichten eine dem regionalen Geschäftsaufkommen entsprechende Einrichtung von Filialen, die in eine neu geschaffene Firmenstruktur eingegliedert wurden. In Österreich blieb die Struktur und Organisation der Wiener Gesellschaft bestehen. Sowohl Prag als auch Wien waren jedoch gezwungen, die während des Krieges in den eroberten und umkämpften Gebieten verordneten Arbeiten unter irregulären Bedingungen durchzuführen. Auf vielen Baustellen übertraf die Zahl der von der Heeresverwaltung als Arbeiter zugeteilten Gefangenen jene aus der Firmenbelegschaft. Auch die organisatorische Verknüpfung unterschiedlicher Arbeitsgemeinschaften bedurfte permanenter Eingriffe. Aus den Filialen selbst wurden zunehmend Arbeiter zum Wehrdienst abberufen. In der zweiten „Vierteljahrsfolge“ der Prager Mitteilungen des Jahres 1943 wird der Personalstand der Firma *Pittel & Brausewetter* (Prag, Reichenberg und Preßburg) mit 278 angegeben; die Liste der zu diesem Zeitpunkt bei der Wehrmacht im Dienst stehenden „Feldgrauen“ umfasste 116 Personen. Ein Jahr später (Frühjahr 1944) wurden 320 Angestellte und Arbeiter als Stammbeflegschaft gezählt, weitere 208 leisteten Kriegsdienst. Somit waren 1943 von der 394 zählenden Gesamtbelegschaft bereits dreißig Prozent zum Wehrdienst eingezogen, 1944 belief sich dieser Anteil auf vierzig Prozent.⁶⁰ Über die Verhältnisse der Wiener Gesellschaft kann nichts Vergleichbares ausgesagt werden, es liegen keine Daten vor.

Die Mitteilungen der Prager Geschäftsführung lassen auch einen Blick in die hinter den Namen verborgenen Schicksale ihrer Mitarbeiter zu. Die Liste der zum Wehrdienst Einberufenen wurde immer länger, auch die der Verwundeten, Gefallenen und Vermissten. Gleichzeitig wuchs die Zahl der Beförderungen in der Wehrmacht und der mit Kriegsauszeichnungen Bedachten.

⁵⁹ Siehe S. 4f.

⁶⁰ Einige Namen scheinen in beiden Statistiken auf, die Verfälschung der Anteilsquoten kann aber als sehr gering eingeschätzt werden.

Auch die Familien der Gesellschafter wurden von Schicksalsschlägen nicht verschont. Robert Machaczek, der einzige Sohn von Franz Machaczek, dem Mitgesellschafter in der Prager Firma seit 1922, scheint zu Jahresbeginn 1941 erstmals in der Liste der „Feldgrauen“ auf.⁶¹ Für den 18. Juni 1942 melden die Prager Mitteilungen „die Vermählung des Herrn Dipl. Ing. Robert Machaczek, dzt. Unteroffizier bei der Wehrmacht, mit Fräulein Erika Puschner“ in Saaz.⁶² Zurückgekehrt an die Ostfront ereilte ihn am 25. Februar 1943 bei einem „infanteristischen Einsatz“ der Tod.⁶³

Den Nachruf in den Prager Mitteilungen verfasste Wilhelm Fehre, der wie Franz Machaczek 1922 zum Mitgesellschafter der Firma in Prag aufgestiegen war. Nur wenige Zeilen darunter findet sich die Eintragung vom Tod eines Neffen von ihm, von Ing. Richard Fehre, Leutnant und Kompanieführer, auch er mit hohen Kriegsauszeichnungen.

Viktor Brausewetter, der Sohn des gleichnamigen Wiener wie auch Prager Gesellschafters, war als Dipl. Ing. „Bauleiter, Konstrukteur und Stellvertreter der Zweigstelle Brünn“ tätig.⁶⁴ Am 12. Februar 1940 hatte er in Wien Frau Dr. Gertrude Köppner geheiratet.⁶⁵ In den Jahren 1942 bis 1944 wurde er in den Prager Mitteilungen als „Pionier“ und „Gefreiter“ der Wehrmacht geführt. Die letzte Eintragung seines Namens in die Liste der „Feldgrauen“ erfolgte im Frühjahr 1944.⁶⁶ Seither galt er als vermisst. Noch zu Weihnachten 1943 hatte er einen Bericht über seinen Kriegseinsatz in der Ukraine an die Firmenzentrale in Prag geschickt.⁶⁷

Benno Brausewetter, seit 1926 Seniorchef und bestimmende Führungsfigur im Konzern der Firmen *Pittel & Brausewetter*, verlor im Krieg zwei seiner Söhne, Martin, den nach Karl zweitältesten und Benno, den jüngsten.

Martin war Ende 1941 Konrad Kluge als Gesellschafter der Prager Firma nachgefolgt, stand aber bereits 1939 der Zweigstelle Reichenberg vor.⁶⁸ Am 4. Februar 1942 wurde ihm laut den Prager Mitteilungen „als viertes Kind ein Sohn geboren, der den Namen Martin Jürgen erhielt.“⁶⁹ In der 4. Folge 1943 wird die Verwundung von „SS-Panzer Grenadier Martin Brausewetter“ angezeigt, der bei Kämpfen in Russland

⁶¹ P+B, Zentralarchiv Wien, Mitteilungen, Prag 1941, 1. Vierteljahrsheft, S. 3.

⁶² Ebenda, Prag 1942, 2. Vierteljahrsheft, S. 60.

⁶³ Der „Feldingenieur und Offiziersanwärter“ war „Träger des Eisernen Kreuzes I. und II. Klasse, des Infanteriesturmabzeichens, Inhaber der Ostmedaille und der Sudetenbefreiungsmedaille mit der Prager Spange“. P+B, Zentralarchiv Wien, Mitteilungen, Prag 1943, 2. Vierteljahrsfolge, S. 63. Drei Wochen vor seinem Ableben war er noch zum „Leutnant“ befördert worden, drei Monate nach seinem Tod wurde ihm eine Tochter geboren. Ebenda, Mitteilungen, Prag 1943, 3. Vierteljahrsfolge, S. 101 und 107.

⁶⁴ P+B, Mitteilungen, Prag 1942, 1. Vierteljahrsheft, S. 24.

⁶⁵ Ebenda, Prag 1940, 1. Vierteljahrsheft, S. 28.

⁶⁶ Ebenda, Prag 1944, 2. Vierteljahrsfolge, S. 51.

⁶⁷ Ebenda, Prag 1944, 1. Vierteljahrsfolge, S. 41f.

⁶⁸ Siehe I. A. S. 45.

⁶⁹ P+B, Mitteilungen, Prag 1942, 2. Vierteljahrsheft, S. 60.

(Bjelgorod, nördlich von Charkow) einen „Durchschuss des linken Fußes“ erlitten hatte.⁷⁰ Auch 1944 scheint sein Name in der Liste der „Feldgrauen“ auf,⁷¹ sein Tod an der russischen Front am 25. Oktober dieses Jahres konnte nicht mehr vermerkt werden.

Benno Brausewetter, geboren am 13. Dezember 1912, war das jüngste der fünf Kinder des gleichnamigen Vaters.⁷² Er erwarb den Titel eines Dipl. Ing. Von seinem Wehrdienst ist wenig bekannt, er wurde 1944 als in Russland vermisst gemeldet,⁷³ dem keine weitere Nachricht mehr folgte. Er hinterließ eine Frau und zwei Kinder.

In das Jahr 1944 fiel der 75. Geburtstag von Baurat Dipl. Ing. Benno Brausewetter. Seine unternehmerische wie wissenschaftliche Leistung, die er in einem halben Jahrhundert erbrachte, fand zahlreiche Ehrungen.⁷⁴ Von den drei Söhnen, die gemäß ihrer Ausbildung den Berufsweg des Vaters hätten einschlagen können, blieb allein Karl Brausewetter übrig. Er verbrachte die Kriegsjahre als Oberbaurat im Dienste der Stadt Berlin und trat nach dem Tod seines Bruders Martin im Oktober 1944 als öffentlicher Gesellschafter in das Prager Unternehmen ein. Das Ende des Krieges bedeutete für ihn wie auch für Benno Brausewetter das Ende der Prager Firma. Für Benno Brausewetter, einem der vier Gesellschafter der Wiener Firma, war das Kriegsende aber auch ein Anfang, allerdings unter völlig geänderten Vorzeichen.

Über Unternehmensführung und Personalpolitik großer Wirtschaftsbetriebe in der Zeit des Nationalsozialismus wurde viel geschrieben. *Pittel & Brausewetter* bot in allen dem Konzern zugeordneten Firmen aufgrund übergeordneter Führungsstrukturen gute Voraussetzungen für eine einheitlichen Richtlinien folgende Geschäftspolitik. Die mit den politischen Ereignissen 1938 einhergehenden ökonomischen Umwälzungen schufen besonders für die Bauindustrie eine gute Auftragslage. Mit dem Blick zurück auf die Jahre der wirtschaftlichen Stagnation begrüßte gerade das Prager Unternehmen den Wandel. Mit seiner neuen Rolle als Rüstungsbetrieb ging auch die enge Einbindung in das nationalsozialistische Gedankengut einher. Die dem Führerprinzip entsprechende Befehlsgewalt nahm das Management ebenso wie Techniker, Angestellte und Arbeiter in die Pflicht. Betriebsappelle und Kameradschaftsabende beschworen den Zusammenhalt und entwarfen das Bild des Helden im Kriegeinsatz wie an der Arbeit. Alle Veranstaltungen dieser Art wurden von Vertretern der Deutschen Arbeitsfront (DAF) begleitet. Manche Berichte der Prager Mitteilungen erwecken den Eindruck einer breiten Übereinstimmung der Firmenleitung mit den

⁷⁰ Ebenda, Prag 1943, 4. Vierteljahrsfolge, S. 132.

⁷¹ Ebenda, Prag 1944, 2. Vierteljahrsfolge, S. 51.

⁷² P+B, Zentralarchiv Wien, Stammbaum der Familie Benno u. Thekla Brausewetter.

⁷³ Ebenda.

⁷⁴ Die seitens der Schriftführung der Prager Mitteilungen vorbereitete Festschrift „konnte nicht im Druck erscheinen“, wurde aber am 6. September als Manuskript überreicht. P+B, Mitteilungen, Prag 1944, 4. Vierteljahrsfolge, S. 63.

vorgegebenen Weisungen und politischen Rahmenbedingungen. Durchwegs ist jedoch zu beobachten, wie im Umgang mit der Gefolgschaft traditionelle Elemente weiterwirkten. Man schätzte nach wie vor Mitbestimmung von ‚unten‘ und nicht allein Verantwortung, sprich Gehorsam nach ‚oben‘. Eine gewisse Ähnlichkeit der Wortwahl bei betrieblichen Veranstaltungen mit der bei politischen Anlässen war meist gegeben. Allerdings bekamen die geforderten Bekundungen einer nationalsozialistischen Gesinnung seitens des Managements immer öfter den Charakter einer die erfolgreiche Arbeit absichernden Geste. Das wie auch immer ideell mitgetragene NS-Gedankengut war Teil eines in schwerer Zeit errungenen Unternehmenserfolgs. Diese Verkettung der Umstände ist zu berücksichtigen, soll die Unternehmenspolitik der Gesellschafter während des Zweiten Weltkriegs ein ausgewogenes Urteil finden.

Zusammenfassend stellt sich die Entwicklung der Wiener Baugesellschaft *Pittel & Brausewetter* in den Jahren des Zweiten Weltkrieges als ein Beispiel dar, wie selbst unter politisch gänzlich geänderten Bedingungen organisatorisch die Basis für einen wirtschaftlich erfolgreichen Arbeitsprozess geschaffen werden kann. Dem wirtschaftlichen Erfolg standen jedoch Verluste in materieller, noch mehr in menschlicher Hinsicht entgegen. Die Liste der Gefallenen, Verwundeten und Gefangenen unter den zum Kriegsdienst einberufenen Arbeitern, Angestellten und Technikern ist lang. Auch die Gründerfamilie Brausewetter und andere Vertreter des Spitzenmanagements waren davon betroffen.

Gewinn und Verlust stehen in Kriegszeiten immer in einem kaum zu begreifenden Spannungsverhältnis. Die Frage nach den jeweiligen Hintergründen erscheint zweitrangig, sollte jedoch immer bewusst gemacht werden. Der ökonomische Erfolg von *Pittel & Brausewetter* gründet einmal auf einer breiten Palette technischen Wissens, dem langjährige Forschung und Erfahrung vorausgingen. Ein Zweites ist die nicht nur in die Zwischenkriegszeit, sondern bis in die Anfänge zurückreichende überregionale und internationale Ausrichtung in Technik und Produktion. Dieses Anliegen konnte seit dem Ersten Weltkrieg durch Konzernbildung und auch durch Arbeitsgemeinschaften gefördert werden. Die von den Nationalsozialisten unmittelbar nach der Machtergreifung in Österreich und der ČSR angeforderten Techniker aus dem Mitarbeiterstand von *Pittel & Brausewetter* kann diesbezüglich als Beweis gelesen werden. Als dritter Punkt ist die kaufmännische, aber noch mehr die technische Versiertheit aller an der Spitze des Unternehmens agierenden Gesellschafter zu nennen. Strategie und Ablauf der Geschäftsführung trugen immer, auch wenn die Quellen nur wenige Einzelheiten erwähnen, die Handschrift der ‚alten‘ und neuen Unternehmer. Sie zeigten sich auch in den schwierigen Zeiten des Krieges in der Lage, die das Unternehmen seit jeher auszeichnende Fähigkeit, technischen Fortschritt in die Praxis einfließen zu lassen, weiter zu entwickeln.

Teil III:

Pittel & Brausewetter 1945 – 1955

Neubeginn und Wiederaufbau



Das Ende des Zweiten Weltkrieges offenbart unter allen Gesichtspunkten des gesellschaftlichen Lebens ein Übermaß an Zerstörung, eine geistige wie materielle Katastrophe, die von Zeitgenossen wie von Historikern gerne mit der Bezeichnung einer Stunde Null zu fassen gesucht wird. Die Warenproduktion jeglicher Sparte zeigte tatsächlich einen Stillstand an, der auch ein Spiegelbild der sozialen Verluste und des menschlichen Leids bot. Bilanz zu ziehen fällt schwer und ist bislang noch nicht gelungen.

Besonders stark getroffen zeigte sich die Grundstoff- und die Investitionsgüterindustrie. Die zu verzeichnenden Substanzverluste lähmten die weiterverarbeitenden Industrien, wie die Bauwirtschaft. Das darniederliegende Auftragswesen und der Mangel an Facharbeitern verschärften zusätzlich die Situation.

In diesem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umfeld muss die Lage des internationalen Konzerns *Pittel & Brausewetter* gesehen werden. Schon einige Zahlen zur Situation der Wiener Firma machen dies deutlich. Fanden im Krieg an die 2.000 Arbeiter und Angestellte eine Beschäftigung, waren es im Juni 1945 nur noch 69.¹ Die Umsätze hatten sich zwischen 8 und 10 Millionen Reichsmark (RM) bewegt, 1945 lag bei Jahresschluss ein Leistungsvolumen von 456 Tausend Schilling vor.² Nach Einschätzung des kommissarischen Leiters der Firma Josef Lubei hätte das Unternehmen zwei- bis dreihundert Arbeiter beschäftigen können, die „Einsatzkapazität“ sei jedoch durch die Kriegsergebnisse „um ca. 80 Prozent gesunken“.

Die von Josef Lubei namentlich angeführten 69 Beschäftigten setzten sich aus 40 Arbeitern und 29 Angestellten zusammen, eine Aufteilungsquote, die bereits auf die schwierige Beschäftigungslage des Unternehmens aufmerksam macht. Die im „Betriebsfragebogen“ gestellte Frage nach den „Aufträgen bzw. Vorhaben“, die „derzeit“ in Betracht kommen, berichtete Lubei wörtlich: „Gemeinde Wien, Müllabfuhrung 10. Bez., Kanalbauten 5. Bez., in Arbeit, Übernahme von Brückeninstandsetzungen im Traisental in Vorbereitung“.³

Diese wenigen Daten zeigen schlaglichtartig die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schwierigkeiten, denen sich das Unternehmen im Mai 1945 ausgesetzt sah. Nicht nur die materiellen Verluste, sondern auch die Ausschaltung der bisherigen Führungsstrukturen schufen tatsächlich eine Situation, die einen Neubeginn erforderte. Die Republik Österreich hatte bereits am 10. Mai 1945 gesetzliche Bestimmungen für die Bestellung von öffentlichen Verwaltern erlassen, die eine Handhabe für die beabsichtigte Entnazifizierung bieten sollten. Wie zu erwarten wurde *Pittel &*

¹ Die Daten sind dem vom kommissarischen Leiter des Unternehmens mit 4. Juli 1945 beantworteten „Betriebsfragebogen“ entnommen. (P+B, Zentralarchiv Wien). Die öffentliche Verwaltung war auf Grund des Gesetzes vom 10. Mai 1945 verfügt worden. Eintragung im Handelsgericht Wien; Handelsregister Abteilung A, Nummer 5065, Tag der Eintragung: 23. August 1945.

² Tabelle 3.12.

³ Siehe Anm. 1 (Frage 17).

Brausewetter, ein seitens der deutschen Wehrmacht als „wehrwirtschaftlich wichtiger“ und mit umfangreichen Bauarbeiten betraut gewesener Betrieb, einem kommissarischen Leiter unterstellt.⁴ Als solcher wurde wie schon angemerkt Josef Lubei, ein langjähriger Mitarbeiter der Firma *Pittel & Brausewetter*, eingesetzt. Aus dem Kreis der bisherigen Gesellschafter wurde Viktor Brausewetter zum stellvertretenden kommissarischen Leiter berufen.⁵ Die Rechte und Pflichten der anderen Gesellschafter (Benno Brausewetter, Leopold Heinlein und Emanuel Kohout) stellte die Behörde auf Grund ihrer Mitgliedschaft bei der NSDAP ruhig. Als ein weiterer langjähriger und zuletzt als Kaufmännischer Direktor im Unternehmen tätiger Mitarbeiter übernahm Karl Adler die Funktion eines Einzelprokuristen in der neuen Verwaltung.⁶

Die kommissarische Leitung setzte sich somit aus Personen zusammen, die dem Führungsstab des Unternehmens entstammten. Schon im Mai 1945, als die schriftliche Bekanntgabe ihrer Rolle als Kommissäre noch ausstand, verfassten sie Rundschreiben für den sich langsam sammelnden Rest der Beschäftigten. Eines erging an „alle Angestellten des Betriebes“, in dem sie auf den unverhältnismäßig großen Anteil der Angestellten an den Beschäftigten Bezug nahmen. Obwohl deren Abbau als ein Gebot der Stunde bezeichnet wurde, nahm man aus „sozialen Rücksichten“ einvernehmlich davon Abstand. Das Schreiben schließt mit der allen gemeinsamen „festen Überzeugung“, dass es gelingen werde, „den Fortbestand der alten Firma zu sichern“.⁷

Nur langsam zeichnete sich das Gesamtvolumen der durch Krieg und Uneinbringlichkeit von Forderungen erlittenen materiellen Verluste ab. Am 1. August 1945 versuchten Viktor Brausewetter und Karl Adler in einer an das Finanzamt gerichteten „Niederschrift“ die wirtschaftliche Situation der Firma darzulegen.⁸ Die Büroräume in der Firmenzentrale (Wien IV, Gußhausstraße 16) waren zur Hälfte durch Bombeneinschläge beschädigt. Der Lagerplatz auf dem Margareten Gürtel 15 verzeichnete einen „Totalverlust an Gebäuden, Maschinen, Motoren, Kraftfahrzeugen, Werkzeugen und Materialien“, während die Filiale Leoben nur „kleinere Verluste“ feststellte. Die Situation auf den verschiedenen Baustellen konnte zu diesem Zeitpunkt noch nicht eruiert werden. Insgesamt schätzte die Firmenleitung den durch Kriegsereignis-

⁴ In einer Aktennotiz vom 28. März 1940 listet das Unternehmen die ihm übertragenen „wehrpolitisch wichtigen Bauten“ auf, die nach Schätzung einen gegenüber früher um das Zehnfache höheren „Inventarbestand“ an Baugeräten und Maschinen erforderten. Gemäß seiner wehrpolitischen Bedeutung galt das Unternehmen als ein „betreuter“ Betrieb, eine Beschlagnahmung von Baugeräten war nur im Einvernehmen mit dem Bezirkswirtschaftsamt (Wirtschaftsgruppe Bauindustrie der Bezirksgruppe Ostmark) statthaft. P+B, Zentralarchiv Wien.

⁵ Die Bestellungsschreiben wurden vom Staatsamt für Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr am 18. Juni 1945 (für Josef Lubei) und am 27. Juni 1945 (für Viktor Brausewetter) ausgestellt (P+B, Zentralarchiv Wien, Abschrift).

⁶ Die entsprechenden handelsgerichtlichen Eintragungen erfolgten für die gesamte öffentliche Verwaltung am 23. August 1945 (Handelsgericht Wien, Handelsregister, Abteilung 1, Nummer 5065).

⁷ Rundschreiben vom 25. Mai 1945, P+B Zentralarchiv Wien.

⁸ Niederschrift vom 1. August 1945, P+B, Zentralarchiv Wien.

se verursachten Schaden auf rund 2 Millionen RM gemessen am Anschaffungswert, außerdem einen Verlust an Bargeld im Ausmaß von 200.000 RM. Der Personalstand der Firma, der 1944 durchschnittlich noch 2.000 Beschäftigte zählte, lag Ende März 1945 bei 100 Arbeitern und Angestellten. Ihre Anzahl bei Kriegsende wurde wie schon in der zitierten Erhebung im Juni 1945 mit 69 angegeben. Auch die auf 20 Prozent gesunkene Leistungsfähigkeit des Betriebes wurde hervorgehoben. Die in den Monaten von Jänner bis April erzielten Umsätze gab man schätzungsweise mit 50.000 RM an, im Mai und noch im Juni konnten Leistungen von etwa 40.000 RM erstellt werden. Ernüchternd, aber auch beeindruckend lautet die Feststellung, dass die 1944 ca. 3.250.000 RM betragenden Kundenforderungen noch in der Bilanz dieses Jahres zu 3 Millionen als uneinbringlich abgeschrieben wurden.

Dieser steckbriefartige Bericht zeigt ungeschminkt die Probleme auf, vor denen die kommissarische Leitung bei ihrer Einsetzung gestellt war. Im Jänner 1946 lag dem federführenden Verwalter Lubei eine nun genaue Auflistung der „Kriegsverluste an Baugeräten“ vor. Dazu zählten 37 Lokomotiven, 585 Kipper und Plateauwagen, über 30 Kilometer Schienen, hunderte von Benzin-, Diesel- und Elektromotoren, mehrere Kilometer verschiedener Rohre, Kran- und Aufzugsanlagen, 25 Baracken, Werkstätten und Ersatzteillager sowie unzählige Transportmittel.⁹

Allen Versuchen einer Geschäftsaufnahme stand somit eine Mangelsituation entgegen, die sowohl die Materialausstattung als auch die Verfügbarkeit von Facharbeitern betraf. In dieser Lage kam dem Wissen um das traditionelle Know-how des Unternehmens, über das die mit der Leitung beauftragten Personen verfügten, große Bedeutung zu. Auch liegt die Vermutung nahe, dass die ihrer Funktion zwar enthobenen Gesellschafter ihre Kenntnisse nach wie vor einbrachten.¹⁰ Vor allem für den weiterhin in Wien ansässigen Benno Brausewetter ergaben sich zunehmend Möglichkeiten, seine Kenntnisse der Wiederaufnahme geschäftlicher Verbindungen zur Verfügung zu stellen. Auch wurde bereits im Dezember 1947 die öffentliche Verwaltung für seinen Firmenanteil aufgehoben. Emanuel Kohout konnte im August 1948 wieder seine Rechte als Gesellschafter ausüben.¹¹ Generell fand die kommissarische Verwaltung mit Mai 1949 ein Ende.¹²

Wie schon aus den überlieferten Berichten zu ersehen ist, war es anfangs äußerst schwierig, die an sich diffuse Auftragslage mit den verfügbaren Materialien und

⁹ Kriegsverluste an Baugeräten, 14. 1. 1946, P+B, Zentralarchiv Wien.

¹⁰ In einem Schreiben vom 19. September 1945 sahen sich die öffentlichen Verwalter gezwungen, die seitens der Herren Emanuel Kohout und Leopold Heinlein im Namen der Firma Pittel & Brausewetter „getroffenen Verfügungen“ als der Gesetzeslage widersprechend zurückzuweisen. P+B, Zentralarchiv Wien.

¹¹ Die Eintragungen in das Handelsregister erfolgten am 5. Jänner 1948 (Benno Brausewetter) und am 24. August 1948 (Emanuel Kohout), Handelsgericht Wien, Handelsregister Abteilung A, Nummer 5065, Abschrift, P+B, Zentralarchiv Wien.

¹² Datum des handelsgerichtlichen Vermerkes: 14. Mai 1949.

Arbeitskräften in Übereinstimmung zu bringen. Während die Firma bei Kriegsende mit einem nahezu totalen Substanzverlust im materiellen Bereich konfrontiert wurde, zeichneten sich in der personalen Ausstattung trotz immenser Verluste auch Anzeichen einer Kontinuität ab. Diese ergab sich aus der allmählichen Rückkehr einstiger Beschäftigter, aber auch infolge des Bestrebens der kommissarischen Leiter, keine Entlassungen vorzunehmen.¹³ Man war vielmehr bemüht, über die einsetzende behördliche Vermittlung von Arbeitskräften die dringend benötigten Facharbeiter zu bekommen. Und auch hier spielten gewachsene und oft weit zurückreichende Kontakte eine nicht unwesentliche Rolle. Als im Sommer 1945 der langjährige Direktor und Leiter der Zweigstelle Brünn, Baumeister Ing. Wenzel Genau, in Wien um Beschäftigung ansuchte, wurde er der Firma *Pittel & Brausewetter* zugeteilt. Vorausgegangen waren Gespräche zwischen Benno Brausewetter und den kommissarischen Leitern Lubei und Viktor Brausewetter, die ungeteilt die wertvolle Arbeitskraft für den anstehenden Wiederaufbau erkannten. Trotz offizieller Zuweisung dauerte es infolge der nur langsam sich bessernden Auftragslage aber noch Monate, bis Genau seinen technischen Fähigkeiten gemäß eingesetzt werden konnte.¹⁴ Die wenn auch geringe Zahl der Rückkehrer aus der Stammbesellschaft erwies sich als wichtige Voraussetzung, früher wahrgenommene Aufgaben erneut anbieten zu können.

Auch bezüglich der Firmenstruktur blieb ein traditioneller Schwerpunkt erhalten. Die Zweigniederlassung Leoben¹⁵ hatte, wie schon angedeutet, nur geringe materielle Verluste erlitten und konnte unmittelbar nach Kriegsende versuchen, geschäftliche Beziehungen aufzubauen. Die Anfänge waren jedoch denkbar schwierig. Infolge der Gebietsansprüche der Besatzungsmächte gelang es erst Ende September 1945, die Zonengrenzen im Schriftverkehr zwischen dem englischen Leoben und der Firmenzentrale im russischen Wien zu überwinden. Mit noch größeren Schwierigkeiten musste man sich im Personenverkehr und beim Verschicken jeglichen Materials herumschlagen. Einige gut belegte Beispiele mögen zur Veranschaulichung erwähnt werden.

Am 22. September 1945 richtete der öffentliche Verwalter Lubei ein Schreiben an den Leiter der Filiale Leoben Heinrich Böhme, in dem eingangs vom wiederholten Versuch, Briefe durch Mittelspersonen zu senden, gesprochen wird, man aber nicht wisse, ob sie ihr Ziel erreicht hätten. Das gegenständliche Schreiben werde einer Frau Scherber mitgegeben, die in wenigen Tagen nach Steinach-Irdning fahren solle, um

¹³ Mitteilung von Otto Kohout (Gesprächsnotiz vom 27. 1. 2006). Otto, Sohn von Emanuel Kohout, trat nach Abschluss seines Studiums an der Technischen Hochschule Wien 1955 in die Firma ein, ab 1. September 1967 zeichnete er als Gesellschafter.

¹⁴ Wenzel Genau wurde am 16. Juli 1946 als „Baumeister und Bauleiter“ angestellt. Schreiben vom 26. September 1946, Ordner Personalien, Mappe Genau, P+B, Zentralarchiv Wien.

¹⁵ Leoben zählte zu den ältesten Filialen des Unternehmens und wurde neben Prag und Brünn im ersten Vertrag der als offene Handelsgesellschaft registrierten Firma 1908 erwähnt.

dort das Schreiben aufzugeben. In einer Woche werde sie außerdem wenn möglich nach Leoben weiterfahren, um dort Berichte über die aktuellen Verhältnisse in der Filiale entgegenzunehmen.

Lubei schließt seinem Brief einen kurzen Bericht über die Lage in Wien an. „In Wien arbeiten derzeit rund 40 Mann – Kranke und Urlauber nicht mitgerechnet – an Kanalarbeiten für die Gemeinde Wien, bei der Müllverföhrung und an Sicherungsarbeiten im bombengeschädigten Hause, in welchem sich unsere Zentrale befindet. Rund 30 Mann sind bei der Instandsetzung von Eisenbahn und Strassenbrücken im Traisental eingesetzt und in den nächsten Tagen beginnen wir mit der Herstellung von 3 kleineren Brücken zwischen Korneuburg und Stockerau. Bei allen diesen Arbeiten haben wir die grössten Schwierigkeiten mit Personal, vorwiegend mit Facharbeitern und ebenso mit dem Material.“¹⁶

Das Schreiben endet mit der Bekanntgabe eines „neuen Projektes“. Die Steyr-Werke hatten angefragt, ob *Pittel & Brausewetter* „Arbeiten beim Wiederaufbau des Hauptwerkes in Steyr“ übernehmen könnte. Es handelte sich um die „Herstellung von ganz oder teilweise zerstörten Werkshallen in großen Ausmaßen“. Da Wien sich nicht im Stande sah, einen derartigen Auftrag auszuführen, wurde die Anfrage nach Leoben weitergeleitet. Bei Übernahme der Arbeiten stellte Wien zwei Techniker „und eventuell einen Polier“ in Aussicht. Man erwartete nach Lubei „mit größtem Interesse“ einen Bericht.

Die Reise nach Steinach-Irdning und Leoben unterblieb, da es nicht möglich war, für Frau Schreiber die entsprechenden Reisepapiere zu erhalten. Als auch der Filialleiter Johann Schwarz, der zu einer dringlichen Besprechung nach Wien gerufen wurde, keine Reisebewilligung erhielt, wurde ihm amtsweise geraten, nochmals „sein Anliegen einem höheren englischen Offizier vorzubringen“, wenn dieser anwesend sein werde. Dem Vorschlag der Zentrale Wien, Bauarbeiten bei den Steyrer Werken zu übernehmen, hielt Schwarz entgegen, dass sein Arbeiterstand derzeit nicht einmal ausreiche, „um auch nur die dringlichsten Arbeiten in Donawitz auszuführen, ein Besuch in Steyr“ erscheine ihm daher zwecklos.¹⁷

Die Firma war bemüht, durch Beteiligung an Arbeitsgemeinschaften bei größeren Projekten mitzuwirken. So verweist Lubei auf die Arbeiten im Traisental, an denen anfangs Oktober 1945 rund sechzig Mann beteiligt waren, die von der Gemeinde und vom Feinstahlwerk Traisen bereitgestellt wurden, während *Pittel & Brausewetter* nur einen Bauleiter, vier Facharbeiter und zwei Lagerplatzarbeiter einsetzte, aber die nötigen Anleitungen gab und sowohl die Oberleitung als auch die Kontrolle ausübte. Eine ähnliche Vorgangsweise wurde auch Leoben angeraten, das zum gleichen Zeit-

¹⁶ Brief, Wien, 22. September 1945, Ordner Leoben, P+B, Zentralarchiv Wien.

¹⁷ Briefe zwischen Wien und Leoben 1945, Ordner Leoben, P+B, Zentralarchiv Wien.

punkt nur über vier Fachkräfte (1 Vorarbeiter, 2 Maurer, 1 Pölzer und 1 Schmied) verfügte.¹⁸

Die geschilderte Ausnahmesituation in den ersten Nachkriegsjahren wird auch durch sogenannte kleine Probleme im Geschäftsverkehr unter Beweis gestellt. Am 24. Juni 1949 erging von der Creditanstalt – Bankverein, Filiale Leoben,¹⁹ folgendes Schreiben mit dem Betreff „Büro-Schlüssel“ an die Bauunternehmung *Pittel & Brausewetter* in Wien:

Wir danken Ihnen vor allem für Ihre freundliche Bereitwilligkeit, uns den Büroschlüssel für den versperrten Raum in Ihrer Kanzlei zu überlassen, senden Ihnen aber den uns zu Handen unseres mitgefertigten Herrn Direktor Puhr übermittelten Schlüssel beiliegend zurück, da es der Eingangsschlüssel zur Gangtüre und nicht jener für die versperrte Bürotüre ist. Wenn Sie den richtigen Schlüssel haben, wären wir Ihnen nach wie vor verbunden, wenn Sie uns denselben überlassen könnten.

Aus Ihrer Mitteilung, daß Sie einen Schlüssel zur Gangtüre angefertigt haben wollen, schließen wir allerdings, dass Sie nur einen Schlüssel besitzen; da der uns übermittelte Schlüssel eben jener zur Gangtüre ist, dürfte Ihnen der Büroschlüssel fehlen.

Der Schlüssel zur Bürotüre ist kein dosischer Schlüssel, sondern muß ein gewöhnlicher Schlüssel sein.

Wir zeichnen mit dem Ausdrucke unserer vorzüglichen Hochachtung

Beilage: 1 Schlüssel

In Vollmacht: Puhr (Unterschrift)

Es ist schlicht unmöglich, die angespannte und verworrene Situation der Nachkriegszeit so zu beschreiben, dass die an Mensch und Betrieb gestellten Anforderungen ermessen werden können.²⁰ Jedes Beispiel gleicht einem Schlaglicht auf eine letztlich im Dunkel bleibende Wirklichkeit. Eine weitere Verdeutlichung der den Wiederaufbau prägenden historischen Bedingungen kann vom Ergebnis der Bemühungen her versucht werden. Es kennzeichnet die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, dass bereits nach einem Jahrzehnt vom Wirtschaftswunder gesprochen werden konnte, das so rasch wie nie zuvor zu Wohlstand geführt habe.

Dabei ist sicherlich nicht von der Vorstellung auszugehen, dass diesem Jahrzehnt eine einheitliche Dynamik, eben die eines rasch um sich greifenden Wachstums, zu unterlegen wäre. Was sich gesamtwirtschaftlich zeigt, deutlicher noch im Verlauf des

¹⁸ Ebenda.

¹⁹ Die Filiale der Creditanstalt war von 1947 bis 1952 als Mieterin in einigen Büroräumen der Zweigniederlassung Leoben der Firma *Pittel & Brausewetter* untergebracht (Ordner Leoben, P+B, Zentralarchiv Wien).

²⁰ Siehe die Vieles klärenden Bemerkungen von Ernst Bruckmüller, *Wiederaufbau in Österreich 1945 – 1955: Rekonstruktion oder Neubeginn?*, Wien 2006.

industriellen Wachstums hervortritt, prägt als äußerst gegensätzlich verlaufende Entwicklung das Schicksal der Einzelwirtschaften. Die ersten Jahre nach dem Krieg bieten viele Hinweise auf einen Neubeginn, nicht aber auf einen sich abzeichnenden Trend.²¹

Die anfänglichen Schwierigkeiten lagen einerseits in der Unkenntnis der realen Verluste an produktivem Vermögen, andererseits an der ebenso unsicheren Einschätzung der effektiv vorhandenen Finanzierungsmittel. Noch 1944 konnte *Pittel & Brausewetter* die durch Kriegseinwirkungen enormen Verluste an Vermögenswerten über noch intakte Ertragsansprüche bewältigen.²² Barmittel und Bankguthaben stützten die Vermögensrechnung, die einen Gewinn von 700.000 RM anzeigte. Die in Schillingen durchgeführte Jahresschlussrechnung 1945 übernahm die bereits 1944 angesetzten, dem Realzustand entsprechenden Wertansätze der Sachanlagen, die auch in der „richtiggestellten“ Bilanz nur kleineren Korrekturen unterzogen werden mussten. Drastische Einschnitte in der Erfolgsrechnung ergaben sich aus unsicher gewordenen Zahlungsanforderungen, vor allem aber durch verlustig gegangene Bankguthaben. Ihr in der Originalbilanz aufscheinender Wert von 2,14 Millionen Schilling lag knapp zur Hälfte auf einem Sperrkonto, das schlussendlich zu 50 Prozent abgeschrieben werden musste, wodurch sich der ursprünglich mit 123 Tausend angesetzte Gewinn in einen Verlust von 398 Tausend verwandelte. Auch die 1946 noch auf 1,43 Millionen geschätzten, aber zu 80 Prozent gesperrten Guthaben machten eine weitere Abschreibung von 25 Prozent notwendig. Wiederum sah sich das Unternehmen einem negativen Ergebnis gegenüber, der Verlust von 137 Tausend Schilling wurde auf das nächste Geschäftsjahr vorgetragen.²³ Trotz steigender Umsätze im Bauwesen konnte auch das Jahr 1947 nicht positiv abgeschlossen werden. Gemäß dem Währungsschutzgesetz²⁴ waren weitere Abschreibungen der gesperrten Bankguthaben vorgeschrieben, die zur Neuaufnahme von Krediten zwangen und die Nettoverschuldung erhöhten.

So bieten die negativen Jahresabschlüsse bis 1947 ein Spiegelbild der kriegsbedingten Zerstörungen und finanziellen Irritationen. Das Gesamtvermögen des Unternehmens, das 1944 3,88 Millionen RM betragen hatte, war 1945 nur mehr zu 63

²¹ Gustav Otruba, *Österreichs Wirtschaft im 20. Jahrhundert*, Wien 1968, S. 32 – 47.

²² Die Abschreibungen der Verluste beim Umlaufvermögen stellten sich mit 3,3 Millionen RM auf mehr als ein Drittel der gesamten Betriebskosten. Die durch Rückstellungen abgedeckten „zweifelhaften Forderungen“ beliefen sich nur auf 168.517 RM. (Bilanz 1944), P+B, Zentralarchiv Wien.

²³ Siehe die „Beilage zur Bilanzrichtigstellung 1945 und 1946“, P+B, Zentralarchiv Wien.

²⁴ Das 1947 beschlossene Währungsschutzgesetz sah als Maßnahme gegen inflationäre Tendenzen die Streichung von Sperrkonten aus dem Krieg vor. Herbert Matis, *Vom Nachkriegsland zum Wirtschaftswunder – Der Schilling im „goldenen Zeitalter“*, in: Bachinger / Bunschek / Matis / Stiefel, *Abschied vom Schilling*, Graz, Wien u. Köln 2001, S. 174ff.

Prozent und einem Bilanzwert von 2,45 Millionen Schilling²⁵ zu veranschlagen, der bis 1947 um ein weiteres Drittel auf 1,53 Millionen zurückging.²⁶

Das Jahr 1948 brachte dann die Wende: Der Vermögensstand von 1945 wurde beinahe wieder erreicht, nämlich zu 96 Prozent. Der anschließend kontinuierliche, wenn auch nicht gleichmäßige Wertzuwachs bewirkte bis 1955 einen Anstieg auf das Zehnfache.²⁷ Dieses Ergebnis berücksichtigt allerdings nicht die 1955 in formeller wie materieller Sicht vorgenommenen Änderungen in der betrieblichen Bilanzierungspraxis. Ab nun wurde der „Aufwand unfertiger Bauten“ als Teil des Umlaufvermögens geführt, dem auf der Passivseite ein Posten „Anzahlungen von Kunden“ zugeordnet erscheint. Daraus ergab sich eine beachtliche Erhöhung des Bilanzvolumens. Materielle Auswirkungen zeitigte die vom Gesetzgeber angeordnete „Schilling-eröffnungsbilanz“²⁸, die das Unternehmen in die Lage versetzte, eine Neubewertung der Sachanlagen vorzunehmen. Der in der Jahresschlussbilanz 1954 für Maschinen, Transportmittel sowie für Betriebs- und Geschäftseinrichtung angesetzte Wert von 5,14 Millionen Schilling konnte den neuen Richtlinien entsprechend auf 10,14 Millionen angehoben werden. Dieser Buchwert erfuhr 1955 durch Investitionen eine weitere Erhöhung auf 11,76 Millionen Schilling und durch Abschreibungen von rund 30 Prozent eine Bewertung zum Jahreschluss von 8,21 Millionen.²⁹

Es ist nur begrenzt möglich, die in formellen und materiellen Belangen liegende Verzerrung der periodisch gesehenen Vermögensentwicklung zu eliminieren. Diese wäre im Jahrzehnt von 1945 bis 1955 vom berechneten Zehnfachen auf das Acht- bis Siebenfache zu reduzieren. Insgesamt erweist sich *Pittel & Brausewetter* wohl als typisches Beispiel eines in den ersten Nachkriegsjahren um seine Existenz ringenden Unternehmens, dem durch rasche Erfolge und neue wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen der Aufstieg geebnet wurde.

Nicht nur das Ausmaß, auch die Struktur des Vermögens lässt im Zeitvergleich Schlüsse in dieser Richtung zu. Das gesamte Anlagevermögen verkörperte 1945 nur 7,49 Prozent der Aktiva und bestand zu 70 Prozent aus Grundstückswerten (Inzersdorf, Leoben und Margaretengürtel). Die auf Maschinen, Transportmittel und Betriebsausstattung entfallenden 30 Prozent hatten, bezogen auf das Gesamtvermögen der Firma, einen Anteil von 2,25 Prozent.³⁰ Selbst dieser Wert ging jedoch zu

²⁵ Mit 30. November 1945 wurde die Reichsmark in Schilling im Verhältnis 1 zu 1 umgerechnet. Karl Bachinger u. Herbert Matis, *Der österreichische Schilling*, Wien 1974, passim.

²⁶ Vgl. Tabelle 3.1.

²⁷ Ebenda. Der 1945 mit 100 indizierte Wert des Gesamtvermögens erreichte 1955 den Stand von 1.099,43.

²⁸ Die an sich strengen Richtlinien des SEBG (190, Bundesgesetz vom 7. Juli 1954) ließen einen Bewertungsspielraum für verschiedene Wirtschaftsgüter (II. Abschnitt, §4).

²⁹ Bilanz zum 31. 12. 1955, siehe Beilage 2, P+B, Zentralarchiv Wien.

³⁰ Tabellen 3.1 und 3.3.

80 Prozent auf Anschaffungen im Jahr 1945 zurück, der aus 1944 überkommene Bestand entsprach 0,25 Prozent aller Aktiva.³¹



Wien, Westbahnhof Vorplatz, 1951

Bis 1949 bewegte sich der Anstieg des Firmenvermögens im Ausmaß einer Rekonstruktion der Verhältnisse, wie sie 1945 gegeben waren. Mit 1950 setzte ein nachhaltiges Wachstum ein, das innerhalb von fünf Jahren einen Wertzuwachs auf das Sieben- bis Achtfache brachte. Mit dieser Entwicklung ging ein ebenso nachhaltiger Wandel in der Struktur des Vermögens vor sich. In den ersten Jahren des Wiederaufbaues gelang eine Anhebung der Anlagenwerte bis zur Hälfte des Gesamtvermögens, entsprechend ging anteilmäßig das Umlaufvermögen zurück. Nach 1950 entsprachen die produktiven Anlagen etwa einem, das Umlaufvermögen zwei Dritteln des Firmenvermögens. Dieser strukturelle Wandel gewinnt an Aussagekraft, berücksichtigt man den gleichzeitig abgelaufenen Wertzuwachs. Dieser war in der ersten Periode (1945 bis 1949) von namhaften Investitionen in maschinelle Anlagen sowie in Betriebsausstattung und Transportmittel geprägt, die insgesamt ihren Wertanteil an den Gesamtanlagen von etwa 30 auf 85 Prozent erhöhten, während die anschließende

³¹ Bilanz 1944, Beilage 1; Bilanz 1945, Beilage 3, P+B, Zentralarchiv Wien.

Wachstumsperiode vor allem die Entwicklung des Umlaufvermögens nachzeichnet. Beides zusammen ist ein getreues Spiegelbild des nach 1950 enorm anwachsenden Geschäftsumfangs.³²

Dieser wurde grundgelegt durch früh nach Kriegsende angehobene Investitionsquoten. 1949 wurden Abschreibungen im Ausmaß von 21 Prozent und Bruttoinvestitionen von insgesamt 60 Prozent der Anlagenwerte vorgenommen. Dies ergab eine Nettoinvestitionsquote und somit Erhöhung der Anlagenwerte von 39 Prozent.³³ In diesen Zahlen findet die nach 1950 stetig erweiterte Geschäftstätigkeit eine hinreichende Erklärung. Deutlich machen dies schon die Debitoren („Forderungen aus Warenlieferungen und Leistungen“), die 1950 mehr als eine Verdoppelung erfuhren und sich weiter bis 1955 nahezu verdreifachten. Auffallend ist, dass die in den genannten Jahren bilanzierten Kreditoren kein Gegengewicht zu den Debitoren bildeten. Sie lagen bei 14,6 und 12,5 Prozent, was die betriebliche Finanzpolitik, wie weiter unten noch auszuführen sein wird, in einem bestimmten Licht zeigt.³⁴

Die Liste der Debitoren lässt auch die Schwerpunkte in der Geschäftstätigkeit des Unternehmens erkennen, wobei immer stärker die öffentliche Hand als Auftraggeber zeichnet. Die Gemeinde Wien, die Niederösterreichische Landesregierung, die Österreichischen Bundesbahnen sowie die Wiener Stadtwerke nahmen die Tätigkeit der Firma *Pittel & Brausewetter* am stärksten in Anspruch. Auf ihre Adressen entfielen 1950 52,62 Prozent der Zahlungsanforderungen, an denen mit 56,29 Prozent die Gemeinde Wien Anteil hatte. 1955 gingen 72,38 Prozent der ausstehenden Zahlungen auf das Konto der genannten Institutionen, von denen nun die Niederösterreichische Landesregierung mit knapp 34 Prozent am stärksten beteiligt war.³⁵ Der Gemeinde Wien waren nur mehr 30 Prozent zuzuordnen.

Die Lagerhaltung der Vorräte, das sind „Materialbestände“, die sich aus Ersatzteilen und Werkzeugen sowie aus verschiedenen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen zusammensetzen, nahm entsprechend den wechselnden Arbeitsschwerpunkten unterschiedliche Ausmaße an. Ihr Anteil am Umlaufvermögen lag 1945 bei 1,46 und 1949 bei 15,90 Prozent. Die anschließenden Jahre der starken Geschäftszunahme bis 1955 schlugen sich nicht in einer ebenso umfangreicheren Vorratshaltung nieder, sondern vielmehr in einer Reduktion der Materialbestände, denen nur ein Wert von 3,75 (1954) bis 10,92 Prozent (1953) des Umlaufvermögens entsprach.³⁶ Dies ist als Beleg dafür anzusehen, dass in Jahren schwieriger und unsicherer Beschaffung der für

³² Tabellen 3.1, 3.2 und 3.3.

³³ Tabelle 3.18.

³⁴ Tabellen 3.4 und 3.8.

³⁵ Zu Buche schlug vor allem der Bau der Autobahnbrücke P 60/61, er stellte 45 Prozent der dem Land anhaftenden Debitoren.

³⁶ Tabelle 3.4. Der hohe Wert in der Schlussbilanz 1955 ist die Folge der in diesem Jahr geänderten Bilanzierungspraxis; wird diese rückgängig gemacht, ergibt sich eine Quote von 9,74 (Anteil der Vorräte am Umlaufvermögen).

die Produktion notwendigen Roh- und Hilfsstoffe, wie dies nach 1945 der Fall war, eine relativ umfangreiche Vorratshaltung verlangt ist, anders als in Zeiten ohne eine solche Mangelsituation, wie etwa nach 1950. Die Auswirkungen von Änderungen in der Vorratsintensität auf das Erfolgsergebnis sollen später noch aufgegriffen werden.

Kapitalaufbringung und Kapitalstruktur weisen auf die betriebliche Finanzpolitik hin. Die ersten drei Jahre nach dem Krieg standen im Zeichen der Bewältigung jener Verluste, die eine rechnerische Folge der gesetzlich vorgeschriebenen Entwertung der auf Sperrkonten liegenden Bankguthaben waren. Dies bedeutete den Rückgang der Kapitalausstattung um 46 Prozent, der zu Lasten des Eigenkapitals ging, das jedoch weiterhin wichtigste Finanzierungsquelle blieb. Selbst in den anschließenden Jahren mit hohen Investitionsausgaben behielten die Eigenmittel ihre Bedeutung bei. Nur 1950 und 1954 fiel ihr Anteil am Gesamtkapital unter die fünfzig Prozentmarke.³⁷ Diese Entwicklung beruhte auf einer positiven Gewinnentwicklung, die eine steigende Selbstfinanzierung zuließ, welche zudem durch gesetzliche Maßnahmen gefördert wurde. Das 1949 erlassene und mit 1952 begrenzte Investitionsbegünstigungsgesetz gestattete die Bildung von als Aufwand zu verrechnenden Investitionsrücklagen.³⁸ Diese günstige Konstellation wirtschaftlicher und rechtlicher Rahmenbedingungen erlaubte *Pittel & Brausewetter* die Durchführung größerer Investitionen bei gleichzeitiger Aufstockung der Kapitalkonten des Unternehmens. Die Dotierung der steuerfreien Investitionsrücklage erlangte in den Jahren 1950 bis 1952 insgesamt das Ausmaß von 1,3 Millionen Schilling. Zusätzlich wurden aus den Bilanzgewinnen rund 700 Tausend für Investitionen zurückgestellt und verwendet. Die Eigenkapitalbildung betrug in diesen Jahren etwa 3 Millionen Schilling.³⁹ Das die gesamte Periode, das erste Jahrzehnt vom Ende des Krieges bis 1955, auszeichnende Ergebnis ist die hohe Gewinnthesaurierung, welche die Kreditaufnahme selbst bei namhaften Investitionen relativ niedrig hielt. Das Fremdkapital erreichte nur 1950 und 1954 einen über den Eigenmitteln liegenden Anteil am Gesamtkapital, der Verschuldungsgrad lag demnach nur in diesen Jahren über eins.⁴⁰

Eine Besonderheit der finanzwirtschaftlichen Lage des Unternehmens mit deutlichen Auswirkungen auf die Zahlungsbereitschaft war der schon kurz erwähnte Überhang der Debitoren über die Kreditoren.⁴¹ Noch bemerkenswerter ist die Tatsache, dass in allen Jahren das Umlaufvermögen dem Bilanzwerte nach höher als das gesamte Fremdkapital anzusetzen war. Diese als Mobilitätsgrad zu wertende Relation

³⁷ Der in der Bilanz 1955 ermittelte Anteil von 36,38 Prozent war eine Folge der bereits erwähnten Änderungen in der Bilanzierungspraxis. Wird der bis dahin gültige Ansatz berücksichtigt, lag die Quote bei 51, die des Fremdkapitals bei 49 Prozent. Tabelle 3.7.

³⁸ 134. Bundesgesetz vom 19. Mai 1949.

³⁹ Bilanzen 1950 – 1952; Tabellen 3.7, 3.15 und 3.17.

⁴⁰ Tabelle 3.7.

⁴¹ Siehe Tabellen 3.4 und 3.8.



Wien, Währinger Gürtel, 1955

zeigt die grundsätzlich gegebene und in manchen Jahren überaus stark abgesicherte Liquidität der Firma. Selbst 1954, das wie erwähnt einen die Eigenmittel übersteigenden Fremdkapitaleinsatz zeigt, überdeckte das Umlaufvermögen den Kapitalwert aller Kredite um 7,5 Prozent.⁴²

Diese auf der Entwicklung und Struktur der Vermögens- und Kapitalteile beruhende Einschätzung der Investitionen wie auch der Finanzierungspraktiken des Unternehmens findet in den Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung weitere Hinweise und Erklärungen. Die in die Aufwands- und Ertragsrechnungen aufgenommenen Daten bilden jedoch nicht immer Bruttogrößen ab. Von 1945 bis 1949 werden auf der Ertragsseite „Bauerlöse“ genannt, die als Baugewinne zu lesen sind, da keine Baukosten als Aufwand aufscheinen. Auch andere Ausgaben, bzw. Einnahmen wurden verrechnet und als Restgrößen entsprechend positioniert. Ab 1950 geben „Bauerlöse“ und „Bauaufwand“ Einblick in Erträge und Kosten der Bautätigkeit.⁴³

Wird die bis 1949 praktizierte Methode der Verrechnung weiter beibehalten, zeigt sich 1945 bis 1947 und 1954 ein Überhang der Betriebskosten, in den anderen

⁴² Ebenda.

⁴³ Die in Tabelle 3.9 aufgenommenen Daten bezüglich „Ertrag“ und „Aufwand“ beinhalten hinsichtlich des Baukontos nur den Nettogewinn.

Jahren ein Mehr an Erträgen, die 1950 bis 1952 fast die doppelte Höhe des Aufwands erreichten.⁴⁴ 1955 stellte sich das Verhältnis auf 1 zu 0,83.

Insgesamt lässt sich im Jahrzehnt von 1945 bis 1955 ein Zuwachs der Erträge um das 7,65 fache erkennen, während jener der Kosten das 4,89 fache betrug. Die vor allem 1950 bis 1952 und 1955 äußerst positive Erfolgsbilanz bestätigt das bereits aus der Vermögens- und Kapitalentwicklung ersichtliche Bild einer in den genannten Jahren überdurchschnittlichen Gewinnentwicklung.

Weitere Anhaltspunkte für die Erfolgsanalyse liefern die Strukturdaten der Aufwendungen und Erträge. Am Gesamtertrag des Unternehmens waren die Nettogewinne aus der Bautätigkeit am stärksten beteiligt. 1945 lag ihr Anteil noch bei knapp zehn Prozent, betrug 1947 über neunzig und bewegte sich anschließend bis 1955 zwischen 36 und 71 Prozent.⁴⁵ Besonders in den Verlustjahren zeigen sich hohe Anteilsquoten der Gewinne aus der Bautätigkeit am Gesamtertrag, dies ist ein Hinweis darauf, dass die sonstigen Erträge gering ausgefallen sind, so dass insgesamt die Einnahmen hinter den Ausgaben zurückblieben. Als „sonstiger Ertrag“ spielten die „Erträge aus Arbeitsgemeinschaften“ und Einnahmen aus der Vermietung von Geräten und Transportfahrzeugen eine große Rolle.⁴⁶

Der Nettowert der Aufwendungen, der keine mit der Ausführung von Bauten verbundene Kosten enthält, gibt jedoch einen guten Einblick in die „Verwaltungskosten“, die Abschreibungen (Wertminderungen bei Gebäuden, Maschinen, Transportmitteln und sonstigen Geräten) sowie die Rückstellungen, die zusammen plus/minus 80 Prozent aller Aufwendungen repräsentieren.

Die auch als Spesen geführten Kosten der Verwaltung bewegten sich zwischen einem Fünftel (1945) und zwei Dritteln (1949) des Gesamtaufwandes, im Schnitt lagen sie bei zwei Fünftel.⁴⁷ Daran waren die „Chefgehälter“ mit einem Mittel von 11,52 Prozent, die „Beamtengehälter“ mit 31,40 und die gesetzlichen und freiwilligen Sozialleistungen mit 9,83 Prozent beteiligt. Die sonstigen als Spesen verbuchten Aufwendungen erreichten im Schnitt knapp deren Hälfte.⁴⁸ Sie setzten sich sehr unterschiedlich, im Besonderen aus Bürokosten (einschließlich Instandhaltung), Steuern, Reise- und Projektkosten sowie den Kosten des betrieblichen Fuhrparks zusammen. In ihrer Zusammensetzung änderten sich die Verwaltungskosten im Jahrzehnt nach dem Krieg nur wenig. Nur in den ersten Jahren unterschieden sich die Verhältnisse stärker als etwa nach 1948. Die an die Gesellschafter ausbezahlten Gehälter stellten anfangs nur rund fünf Prozent der Verwaltungskosten. Die gewinnstarken Jahre um

⁴⁴ Tabelle 3,9.

⁴⁵ Ebenda.

⁴⁶ Die Position der „Erträge aus Arbeitsgemeinschaften“ ist auch als Nettogröße zu werten, allfällige Verluste wurden abgezogen und nicht als Aufwendungen verbucht.

⁴⁷ Siehe Tabelle 3,10.

⁴⁸ Vgl. Tabelle 3,11.

1950 führten auch zur Erhöhung der Chefgehälter um etwa zwanzig Prozent, danach reduzierte sich ihr Spesenanteil bis auf 10,65 Prozent (1955).

Die Entwicklung der Beamtengehälter verhielt sich in der ersten Phase entgegen jener der Führungskräfte. 1945 lag ihr Anteil bei vierzig Prozent, der in den Folgejahren langsam abnahm und um die dreißig Prozentmarke schwankte. Auch die Sozialleistungen erreichten nach dem Krieg ihr höchstes Ausmaß, 1946 betrug ihr Anteil 18 Prozent, 1955 ergab die Aufwandsrechnung eine Quote von 5,40. Diese Zahlen bilden die Besonderheiten der Nachkriegssituation ab mit ihrer anfänglich überhöhten Angestelltenzahl und der schwierigen sozialen Lage vieler Beschäftigter. Bis 1947 übertrafen die freiwilligen sozialen Aufwendungen des Unternehmens die gesetzlich vorgeschrieben zum Teil deutlich.⁸⁹ Auch unter diesem Blickwinkel kann ab 1950 von einer dem Trend entsprechenden Normalisierung der Kosten- und Ertragslage gesprochen werden.

Das „Baukonto“ der Firma gibt ab 1946 ein getreuliches Bild der Erfolgswicklung. Im ersten Jahresabschluss 1945, der noch die unmittelbar nach dem Krieg gegebene Situation wiedergibt, hatte die Bautätigkeit einen Anteil am Gesamtertrag von einem Drittel, der an den Aufwendungen belief sich auf ein Fünftel.⁹⁰ Bereits 1946 übertrafen die Einnahmen und Ausgaben der abgerechneten Bauten die insgesamt aufgelaufenen Erträge und Kosten. Die Erfolge im Baugeschäft zeigen sich besonders deutlich, wenn man die Entwicklung im gesamten Jahrzehnt (1945 bis 1955) überblickt: Einnahmen wie Ausgaben erhöhten sich um mehr als das Fünfzigfache. Im Jahresvergleich wurden die höchsten Umsatzsteigerungen 1949 bis 1952 erzielt. Gleichzeitig trat kurzfristig eine Verschlechterung in der Kosten- Ertragsrelation ein. Der 1949 gegebene Überhang der Bauerlöse von 24 Prozent wurde nach einem Rückgang bis auf 15 Prozent (1950) und neuerlichem Anstieg auf 26 Prozent (1952) in den Folgejahren auf einem Niveau von 18 bis 28 Prozent gehalten.⁹¹

Ein getreuliches Spiegelbild der schwierigen Geschäftsbedingungen nach dem Krieg bietet das Verhältnis der Umsätze der mit Gewinn abgeschlossenen Arbeiten zu den mit Verlusten beendeten.⁹² Knapp dreißig Prozent resultierten 1945 aus Verlustgeschäften, gemessen an den Kosten waren es siebenzig Prozent. Zehn Jahre später lagen die Vergleichsziffern bei zwölf und sechzehn Prozent. Im direkten Vergleich der Gewinn- und Verlustgeschäfte verdeutlichen sich die Unterschiede im Verhältnis der Erträge zu den Kosten. 1945 übertrafen die Umsätze der Gewinnabschlüsse mit 82 Prozent die aufgelaufenen Kosten, bei den Verlustgeschäften lagen sie 25 Prozent

⁸⁹ Noch 1947 wurden 33.530 Schilling an freiwilligen Sozialausgaben geleistet, denen 8.251 an gesetzlichen Abgaben gegenüberstanden. Siehe die Jahresbilanzen 1945 bis 1947.

⁹⁰ Siehe Tabellen 3.9 und 3.12.

⁹¹ Tabelle 3.12

⁹² Tabellen 3.13 und 3.14.

unter den Aufwendungen. Zusammen gesehen ergab die Bautätigkeit einen Ertragsüberschuss von 37 Prozent.³³

Bei Betrachtung der Gesamtperiode zeigen sich kurzfristig beträchtliche Schwankungen in den Ertragskennziffern. Das Jahr 1945 behält seinen Charakter als außergewöhnliches Geschäftsjahr. Die zunehmende Bautätigkeit der folgenden Jahre erhöhte die Umsätze bis 1950 auf das 18fache, die Gewinnquote ging von 37 (1945) auf 15 Prozent zurück. Im nächsten Jahrfünft bis 1955 verdreifachte sich das Umsatzvolumen, der Reinertrag überschritt wieder die zwanzig Prozentmarke; 1955 ergab sich eine Quote von 28 Prozent. Insgesamt bietet diese Entwicklung das auch für Einzelwirtschaften typische Bild eines bei raschem Wachstum wechselnden, oft auch abnehmenden Ertragsüberschusses. Erst nach dem Eintritt in eine zwar langsamere, aber durch erneuerte Strukturen und hohe Investitionen abgesicherte Entwicklung wird das Betriebsergebnis wieder nachhaltig angehoben.

Die schon aus verschiedenen Blickwinkeln angesprochene Ertragslage und Finanzierungspolitik des Unternehmens ist noch unter dem Aspekt der Vermögensbildung und der Rentabilität zu ergänzen. Zusammen mit den bisher eruierten und analysierten Strukturdaten soll abschließend eine Einschätzung der Wirtschaftslage im ersten Jahrzehnt nach dem Krieg versucht werden.

Die Bilanzen aus dieser Periode zeigen kein homogenes, vielmehr ein stark wechselndes Bild der Vermögens- und Kapitalstruktur sowie gegensätzliche Entwicklungstendenzen an. Fünf der insgesamt elf Jahresabschlüsse verzeichnen Verluste. Sie erreichten nach dem Krieg mit 13,98 (1945) und 8,22 (1946) Prozentanteilen am Gesamtkapital das größte Ausmaß, 1947 betrug dieses nur noch 1,98. Zwei weitere Verlustjahre waren 1953 und 1954 mit 0,95 und 5,18 Prozent.³⁴

Das zwischen 1948 und 1952 positive Bilanzergebnis weist eine Gesamtkapitalrentabilität zwischen 7,63 (1950) und 32,14 (1951) Prozent aus.³⁵ Gemessen am Eigenkapital treten die Schwankungen im Periodenerfolg noch markanter zutage. Die Verlustjahre verzeichneten negative Erfolgsgrößen zwischen 1,52 (1953) und 18,54 Prozent (1945). Wie schon unter dem Gesichtspunkt der Zusammensetzung des Kapitals erwähnt, kann jedoch nur in drei Jahren ein Verschuldungsgrad von über 1 festgestellt werden, und von diesen war nur eines ein Verlustjahr, nämlich 1954. Nicht die Bewältigung der kriegsbedingten Schäden oder die durch währungspolitische Maßnahmen hervorgerufenen finanziellen Einbußen führten in den ersten Nachkriegsjahren zur Überschuldung. Erst die mit 1948 ansteigende Investitionstätigkeit brachte vermehrt Fremdmittel zum Einsatz, deren Ausmaß 1950 das Eigenka-

³³ Tabelle 3.12.

³⁴ Tabelle 3.7.

³⁵ Ebenda.

pital zu 43 Prozent übertraf.⁵⁶ Die rasche Ausdehnung des Geschäftsumfanges erforderte eine stärkere Heranziehung von Krediten. Hohe Abschreibungen und steigende Gewinne schufen aber schon im Jahr darauf die Basis einer ausreichenden Innenfinanzierung. Die Anlagendeckung war im gesamten Zeitraum gegeben und schon durch das Eigenkapital nie in Frage gestellt. Eine Einbeziehung der in Rückstellungen gebundenen und dem Risikokapital zuzuordnenden Beträge für Haftungs- und Instandhaltungsarbeiten sicherten den hohen Deckungsgrad auch in den investitionsstarken Jahren ab 1949 weiter ab.⁵⁷



Wien, Asphalt-(Teer) Straßenbau – ab Beginn der 50er Jahre

Deutlicher noch als die Anlagendeckung zeigt die Zahlungsbereitschaft eine dem Geschäftsaufkommen entsprechende Liquidität an. Wie erwähnt übertrafen die Forderungen aus „Lieferungen und Leistungen“ die Verbindlichkeiten aus ebensolchen nicht selten um ein Mehrfaches. Die mit zunehmender Bautätigkeit ebenso anwachsenden „Anzahlungen von Kunden“ bedeuteten eine Erhöhung des kurzfristigen Fremdkapitals, nie jedoch eine Gefährdung der Liquidität. Insgesamt überwog das kurzfristig einzustufende Umlaufvermögen stets das kurzfristig zu bedienende Fremdkapital.

Die trotz widrigster Umstände zu Beginn in eine rasche Ausdehnung der Geschäftstätigkeit mündende Entwicklung findet auch im Anstieg des Betriebsvermö-

⁵⁶ Der hohe Verschuldungsgrad 1955 ist wie schon festgehalten zum Teil auf formelle Änderungen in der Bilanzierung zurückzuführen.

⁵⁷ Siehe die den Bilanzen angefügten Beilagen betreffend die Bildung von Rückstellungen.

gens⁵⁰ deutlichen Ausdruck. Infolge der bereits erwähnten materiellen und finanziellen Verluste der ersten Nachkriegsjahre schmolzen die als Restvermögen zu bezeichnenden Betriebsmittel bis 1948 auf ein Drittel des 1945 errechneten Wertes zusammen.⁵¹ Das anschließende Jahrfünft brachte eine Verzehnfachung des Vermögens; der von 1954 auf 1955 erzielte Anstieg von weiteren sechzig Prozent ist zum Teil das Ergebnis der bei Aufstellung der Schillingeröffnungsbilanz eingeräumten Neubewertung einiger Aktiv- wie Passivkonten.⁵² Diese positive Wertanpassung entsprach nicht nur der Gesetzeslage, sondern auch der über Jahre hinweg hohen Abschreibungen, die auch 1955 42 Prozent des für Sachanlagen ermittelten Bestandwertes betrug.⁵³

Die vier Gesellschafter der Firma waren unterschiedlich am Vermögen des Unternehmens beteiligt. Entsprechend den 1939 erfolgten Eintragungen in das Handelsregister standen Benno Brausewetter, Emanuel Kohout und Leopold Heinlein je dreißig Prozent des Geschäftsergebnisses zu, auf Viktor Brausewetter entfielen zehn Prozent. Eine 1954 vertraglich festgelegte Änderung sprach fünf Prozent des Anteils von Benno Leopold Heinlein zu.⁵⁴ Durch Entnahmen und Einlagen auf das jeweilige Privatkonto⁵⁵ veränderten sich jedoch die realen Anteile der Gesellschafter am Betriebsvermögen. Dieses verteilte sich 1945 zu 31,96 Prozent auf Benno Brausewetter, Viktor Brausewetter hielt 6,43 Prozent, Emanuel Kohout 29,52 und Leopold Heinlein 32,09 Prozent.⁵⁶ Bis 1948 konnte Benno seinen Anteil auf 65,50 Prozent erhöhen, die Quoten für Viktor B., Kohout und Heinlein gingen auf 3,42, 10,22 bzw. 20,86 zurück. Danach trat eine gegenläufige Entwicklung ein, der zur Folge 1955 auf Benno 31,86 Prozent, auf Viktor 7,30, auf Kohout 25,74 und auf Heinlein 35,10 Prozent entfielen.

Für Personengesellschaften spielt das zur Verfügung stehende Privatkapital letztlich die entscheidende Rolle. Der Vermögensaufbau im ersten Jahrzehnt nach dem Krieg findet hier seine Erklärung. Ein zusätzliches Indiz bietet die Einkommensentwicklung der Gesellschafter, die als Spiegelbild des Kapitalaufkommens der Firma

⁵⁰ Als Betriebsvermögen gelten die Kapitalkonten der Gesellschafter; die Jahresangaben enthalten jeweils das im Vorjahr erzielte Geschäftsergebnis (Gewinn oder Verlust).

⁵¹ Tabelle 3.17.

⁵² So konnte in korrekter Anwendung der gesetzlichen Vorschriften für „Geräte und maschinelle Anlagen“ ein doppelt so hoher Wertansatz vorgenommen werden, der zu einem ebensolchen Anstieg des Eigenkapitals führte. Siehe Bilanzen 1954 und 1955 sowie die „Schilling-Eröffnungsbilanz 1955“, P+B, Zentralarchiv Wien.

⁵³ Siehe Tabelle 3.18.

⁵⁴ Der Vertragstext ist nicht überliefert, seine entsprechende Bestimmung (Gewinn- und Verlustverteilung) kann jedoch den jährlich aufgestellten und den Bilanzen angefügten Betriebsvermögensvergleichen entnommen werden.

⁵⁵ Das Privatkonto hatte bis 1948 die Bezeichnung Kapitalkonto II geführt, das Kapitalkonto I wies das vertraglich eingezahlte Gesellschaftskapital aus.

⁵⁶ Tabelle 3.17.

angesehen werden kann. Dies umso mehr, da das Eigenkapital, wie schon gezeigt werden konnte, das bevorzugte Finanzierungsmittel darstellte.

Es überrascht daher nicht, dass die Zunahme des Eigenkapitals jener der Einkommen der Gesellschafter weitgehend entsprach. Zwischen 1945 und 1954 erhöhten sich die Eigenmittel um 185 Prozent, die Einkommen wuchsen um 228 Prozent.⁶⁵ Innerhalb der Periode sind jedoch gegensätzliche oder stark unterschiedliche Entwicklungsphasen auszumachen. Die widrigen Umstände des Neubeginns verkleinerten zwar bis 1947 die Eigenkapitalbasis um 60 Prozent, die Einkommen hingegen verdoppelten sich. In den folgenden zwei Jahren 1948 und 1949 wuchsen beide Vergleichsgrößen an, die Einkommen aber doppelt so stark wie die Eigenmittel. Zwischen 1949 und 1952 stagnierten die Einkommen der Gesellschafter, während das Eigenkapital der Firma auf mehr als das Fünffache anstieg. Die Verlustjahre 1953 und 1954 bedeuteten auch eine Reduzierung des Eigenkapitals um gut 15 Prozent, die Einkommen gingen gegenüber 1952 auf ein Drittel zurück.⁶⁶

Der unterschiedliche Verlauf beider Bezugsgrößen bringt die zwischen den Gesellschaftern und dem Unternehmen mitunter abweichenden, letztlich aber immer wieder aufeinander verwiesenen Zielvorstellungen zum Ausdruck. Während der öffentlichen Verwaltung der Firma bezog nur Viktor Brausewetter als stellvertretender Leiter ein Gehalt, Benno Brausewetter, Emanuel Kohout und Leopold Heinlein konnten nur durch „Entnahmen“ aus dem firmeneigenen Kapitalstock ihren wirtschaftlichen wie sozialen Verpflichtungen nachkommen und das Auslangen finden. Die Entnahmen betragen 1945 bis 1948 1,5 Millionen Schilling, von denen 270 Tausend, das sind nur knapp 18 Prozent, als „Einlagen“ refundiert wurden. Dass diese Transfers trotz Vermögensverlusten und Entwertungen in diesen Jahren ohne Gefährdung der Firmensubstanz oder der Liquidität möglich waren, ist auf die noch 1945 gegebene Kapitalausstattung zurückzuführen, die zu 75 Prozent aus Eigenmitteln bestand. Sie erlaubte die Kürzung der Betriebsfinanzen im geschilderten Ausmaß.

Für 1949 kann von einer Normalisierung der Verhältnisse gesprochen werden, alle vier Gesellschafter bezogen wieder ihre Gehälter, die ab 1950 in folgender Abstufung ausbezahlt wurden: Emanuel Kohout und Leopold Heinlein erhielten je ein Drittel der gesamten Summe, das dritte Drittel teilten sich Benno und Viktor Brausewetter im Verhältnis zwei zu eins.⁶⁷ Insgesamt stiegen die Chefgehälter in den Folgejahren an, von 1949 bis 1954 um 36 Prozent, wodurch sich ihr Anteil am Gesamteinkommen der Gesellschafter von 17 auf 25 Prozent erhöhte. Absolut gesehen verringerte sich in diesen Jahren das Gesamteinkommen um sechs Prozent, während

⁶⁵ Das Jahr 1955 wird aus dem Vergleich ausgenommen, da die ab diesem Jahr geänderten Bilanzierungsregeln die realen Verhältnisse verzerren würden. Siehe die Tabellen 3.7 und 3.22.

⁶⁶ Ebenda.

⁶⁷ Tabelle 3.19.

das Eigenkapital der Firma um 340 Prozent anwuchs.⁶⁸ Schließlich ist zu berücksichtigen, dass die Gesellschafter einen in der Regel steigenden Betrag aus ihren Einkommen als Einlagen in die Privatkonten der Firma rückerstatteten, 1949 waren dies 32, 1954 66 Prozent. In der zum 1. Jänner 1955 aufgestellten Schillingeröffnungsbilanz verteilte sich das firmeneigene Kapital zu 33,35 Prozent auf Benno Brausewetter, Leopold Heinleins Anteil lag bei 34,83 Prozent, während auf Emanuel Kohout 23,16 und auf Viktor Brausewetter 8,66 Prozent entfielen.⁶⁹

Die angekündigte Einschätzung der Wirtschaftslage im ersten Nachkriegsjahrzehnt muss sich trotz des enormen Aufschwungs einer einheitlichen Trendaussage enthalten. Die Periode ist zweigeteilt. Das erste Jahrfünft brachte eine Reduzierung von Vermögen und Kapital bis nahezu zur Hälfte, aber auch deren wertmäßige Wiederherstellung, das folgende ein Wachstum auf mindestens das Siebenfache. Dem uneinheitlichen Trend sind aber auch kontinuierlich einwirkende Faktoren zu unterlegen, die letztlich für die Erneuerung und positive Trendwende verantwortlich zeichneten. Der schwierige und auch verlustreiche Anfang, der durch den Mangel an Facharbeitern wie an Betriebskapital gekennzeichnet war, ermöglichte doch auch ein langsames Anknüpfen an die traditionellen Geschäftsschwerpunkte, die im Zuge des Wiederaufbaus immer stärker gefragt waren.⁷⁰ Doch nicht nur die erprobten Bautechniken, sondern auch die dem Unternehmen eigentümlichen Geschäftspraktiken führten zu relativ frühen Erfolgen. Dazu zählte die Übernahme und Ausführung von Projekten durch Bildung von Arbeitsgemeinschaften. Bereits 1945 konnte mit der Allgemeinen Baugesellschaft A. Porr AG die Arbeitsgemeinschaft „Rottenmann“ gebildet werden, die über drei Jahre tätig war. Auch die Zusammenarbeit mit dem Feinstahlwerk Martin Andorff, Traisen, führte bereits 1945 zur Übernahme von Bauarbeiten.⁷¹ Dabei fand eine Vorgangsweise Anwendung, die für damalige Verhältnisse allein Erfolg versprechend, für *Pittel & Brausewetter* jedoch besonders kennzeichnend war: Man stellte nur wenige Mitarbeiter (Bauleiter, Facharbeiter) zur Verfügung, die jedoch die Gesamtleitung innehatten und für die Kontrolle zuständig waren.⁷² Die der gesamten Bauwirtschaft entsprechende Vorgangsweise, größere Aufträge über Arbeitsgemeinschaften abzuwickeln, blieb auch für *Pittel & Brausewetter* eine vorrangige Option. In den fünfziger Jahren waren stets um die dreißig derartige Abkommen in Geltung.⁷³

⁶⁸ Tabellen 3.7 und 3.22.

⁶⁹ Tabelle 3.17.

⁷⁰ 1949 meldete das Unternehmen dem Finanzamt einen Beschäftigtenstand von 49 Angestellten und 241 Arbeitern, 1950 wurden 54 Angestellte und 380 Arbeiter in das „Betriebsabblatt“ eingetragen. Ordner 6 (Verträge, Handelsregister etc.), P+B, Zentralarchiv Wien.

⁷¹ Siehe die Bilanzen der Jahre 1945 bis 1947.

⁷² Siehe Anm. 18.

⁷³ Die Forderungen und Verbindlichkeiten gegen Arbeitsgemeinschaften fanden unterschiedlich Eingang in die Bilanzen, die Beträge wurden saldiert oder aktiv- und passivseitig getrennt ausgewiesen.

Alles in allem können den gegensätzlichen Tendenzen der Entwicklung nach dem Krieg wichtige Elemente einer übergreifenden Kontinuität zugeordnet werden. Dazu zählte auch die seitens der öffentlichen Hand in zunehmendem Maße nachgefragte Bautätigkeit. Deren Aufträge verhießen eine gesicherte Finanzierung, die den Firmen Planung und Durchführung erleichterten. Als 1947 eine gesetzliche Grundlage für die als dringend notwendig erachtete Förderung der Kohलगewinnung verabschiedet wurde,⁷⁴ gelang es *Pittel & Brausewetter*, Arbeiten im Gemeindegebiet von Langau (Niederösterreich) zur Gewinnung von Braunkohle zu übernehmen. Diese umfassten den Bau einer Kohlensieberei und einer Verladestation sowie von Arbeiterhäusern samt Zufahrtsstraßen. Die wirtschaftliche Bedeutung dieses Auftrags für die Firma lässt sich an den Umsatzzahlen ablesen: Die Erträge der 1949 in Langau durchgeführten Arbeiten erbrachten 14 Prozent des insgesamt erzielten Jahresumsatzes und stellten den größten Einnahmeposten dar. Noch 1951 wurden fünf Prozent der Umsätze aus dem Langauer Geschäft erzielt.⁷⁵

Die Bilanzen erlauben so einen Einblick in die realen Verhältnisse und Bedingungen einer als Wirtschaftswunder apostrophierten Entwicklung. Sowohl die Überwindung der Kriegsfolgen als auch der Aufbau neuer Geschäftspraktiken und -ziele erforderten den Einsatz überlieferter wie sich entwickelnder Strategien und Techniken. Das Nachkriegsjahrzehnt bietet so nicht das Bild eines ausgewogenen Wachstums. Es zeigt sich vielmehr ein diskontinuierlicher, oftmals auch in sich gegensätzlich scheinender Wandel. Gerade das ist jedoch ein typisches Kennzeichen eines in allen Belangen erforderlichen Neubeginns. Die Baufirma *Pittel & Brausewetter* beschleunigte nach Rekonstruktion ihrer finanziellen Grundlagen die Investitionen, die bis 1949 zum Großteil der maschinellen Ausstattung galten. Sie ermöglichten die 1950 bis 1952 beträchtliche Ausweitung der Bautätigkeit. Diese führte auch zu einer Wertsteigerung des Umlaufvermögens, woran die gebildeten Vorratslager weniger als die Debitoren Anteil hatten. Wie schon angedeutet, spiegelt sich hier der betriebliche Umgang mit der anfänglich unsicheren Beschaffung der benötigten Materialien. Die mit den Jahren zunehmend bessere Versorgungslage erlaubte eine relative Verringerung der in den Vorräten gebundenen Vermögenswerte.

Die trendmäßig zweigeteilte Periode des Nachkriegsjahrzehnts kann aus allen Kennziffern abgelesen werden. Der insgesamt enorme und späterhin quotenmäßig nicht wieder erreichte wirtschaftliche Aufschwung zeigt sich als das Ergebnis weniger Jahre nach 1949. Der Eintritt in ein ausgewogenes Wachstum kann jedoch erst mit 1955 angesetzt werden. Bis dahin überwog der Einfluss kurzfristig vorherrschender Geschäftsbedingungen. Eine nicht unwesentliche Beruhigung trat auch durch die korrigierende Wirkung der gesetzlich abverlangten Schillingeröffnungsbilanz ein.

⁷⁴ 181. Bundesgesetz vom 2. Juli 1947. Die Vergabe der Aufträge erfolgte über die staatliche „Bergbauförderungsgesellschaft“.

⁷⁵ Ein geringer Restbetrag wurde noch 1952 unter die „Baustellenerfolge“ aufgenommen. Siehe Gewinn- und Verlustrechnungen in den Jahresbilanzen 1949, 1951 und 1952.

Teil IV:

Pittel & Brausewetter: 1955 – 1979



Die Führungsstrukturen des Unternehmens haben die nationalsozialistische Indienstnahme wie auch die dreijährige öffentliche Verwaltung unbeschadet überstanden. Im Jahr des Staatsvertrages blickten die vier Gesellschafter Benno und Viktor Brausewetter, Emanuel Kohout und Leopold Heinlein, die seit 1936 die Firma *Pittel & Brausewetter* leiteten,¹ auf einen erfolgreichen Neubeginn zurück. Die 1945 sich abzeichnende Bilanz der Kriegsjahre war ernüchternd. Die materiellen und finanziellen Verluste stellten sich insgesamt auf achtzig bis neunzig Prozent. Die menschlichen Kosten entziehen sich einer quotenmäßigen Einschätzung. Umso deutlicher tritt die bis 1955 in die Wege geleitete Aufbauarbeit zutage. Das zumindest auf das Achtfache angestiegene Betriebsvermögen darf als sprechender Beweis angesehen werden.

Es liegt auf der Hand, in der Kontinuität der Betriebsführung das betriebsinternen wohl entscheidende Element für diese Entwicklung zu sehen. Sie garantierte die Bündelung der noch verbliebenen, im Wesentlichen aus technischem Wissen bestehenden Ressourcen. Dazu gesellte sich ein in der Nachkriegszeit nicht weniger wichtiges Faktum, nämlich die organisatorische Bewältigung der alle Lebensbereiche kennzeichnenden Mangelwirtschaft. Alles bisher Geübte stand in Frage, nur das kaufmännische Rechnen blieb als Orientierung. Der Neuanfang beruhte auf Gebrauch und Anpassung des alten Wissens und Könnens.

Wie im vorangegangenen Teil III ausgeführt, konnten die bis 1948 ihrer leitenden Funktion enthobenen Gesellschafter inoffiziell ihren Einfluss auf das Unternehmen weiter aufrecht halten.² Auch die öffentlichen Verwalter Josef Lubei und Viktor Brausewetter, aber auch der mit der Einzelprokura ausgestattete Karl Adler, gehörten seit langem dem Führungsstab der Firma an, Viktor Brausewetter war stellvertretender kommissarischer Leiter und zudem Gesellschafter der Firma.

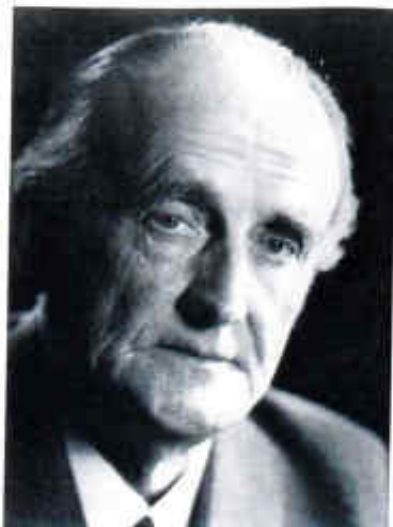
Auch die letzte Phase des Unternehmens als offene Handelsgesellschaft von 1955 bis 1979 zeichnet sich durch Kontinuität in den Führungspositionen, die den Usancen eines Familienunternehmens entspricht, aus. 1957 schied Viktor Brausewetter als Gesellschafter aus, ihm rückte sein Neffe Karl Brausewetter nach. Benno Brausewetter blieb bis zu seinem Tod 1965 Gesellschafter der Firma. In diesem Jahr endete auch die Prokura des Karl Adler, die auf Hans Brünner als Einzelprokuristen überging. Mit 1. September 1967 traten Otto Kohout und Gerhard Heinlein, die Söhne der Gesellschafter Emanuel und Leopold in die Firma ein, deren geschäftsführender Personenkreis sich somit auf fünf Gesellschafter erweiterte. 1968 verstarb Leopold Heinlein; ein Jahr später legte Hans Brünner seine Prokura zurück und wurde als

¹ Konrad Kluge und Karl Brausewetter schieden 1936 aus dem Kreis der Wiener Gesellschafter aus. Ihre Stelle nahmen Emanuel Kohout und Leopold Heinlein ein. Eine Änderung oder Neufassung des Gesellschaftsvertrages ist nicht überliefert. Eine Eintragung in das zuständige Handelsregister vom 29. September 1939 weist Benno und Viktor Brausewetter sowie Emanuel Kohout und Leopold Heinlein als Gesellschafter aus. Beglaubigte Abschrift bei P+B, Zentralarchiv Wien.

² Siehe Teil III: Pittel & Brausewetter 1945 – 1955. Neubeginn und Wiederaufbau.

Gesellschafter aufgenommen. Gleichzeitig trat auch Albrecht Brausewetter, Sohn des Karl, in das Unternehmen ein, dessen Leitungsgremium dadurch auf sechs Personen anwuchs. Dies blieb so bis Ende 1974, zu welchem Zeitpunkt Karl seine Funktion zurücklegte. 1978 schied auch Emanuel Kohout als Gesellschafter aus, wodurch wieder vier Personen, Gerhard Heinlein, Otto Kohout, Hans Brünner und Albrecht Brausewetter, an der Spitze der OHG standen. Am 3. Oktober 1979 erfolgte mit dem Vermerk „die Firma ist erloschen“ die letzte Eintragung im Handelsregister.³

Schon die Namen stehen für ein Programm. Sie verkörpern nicht nur das den Familienmitgliedern gleichsam zugewachsene Wissen um die Grundsätze eines national wie international zu führenden Geschäftsbetriebes,⁴ sie erschlossen auch durch ihre Tätigkeit dem fortschreitenden technischen Wissen neue Anwendungsgebiete. Die Reihe der von Gesellschaftern wie Mitarbeitern veröffentlichten wissenschaftlichen Beiträge bezeugt dies eindrucksvoll.⁵ Die Firmengeschichte ist untrennbar mit den die Bauwirtschaft des ausgehenden 19. Jahrhunderts prägenden Neuerungen wie dem Beton- und Eisenbetonbau und seinen vielfältigen Anwendungsgebieten verbunden. Durch Beobachtung der Entwicklung und konkrete Beteiligung an den weltweit geführten Diskussionen erwarb sich die Firma früh den Ruf eines technisch fortschrittlichen Unternehmens. Eine nicht nur, aber *Pittel & Brausewetter* im Besonderen und von Beginn an auszeichnende Eigenschaft war das Bemühen, die theoretisch sich anbietenden Verfahren durch aufwendige Versuchsprogramme praktikabel zu machen. Keineswegs wurde dabei das Rad neu erfunden. Es gelangen vielmehr echte Neuerungen, die theoretisch wie praktisch abgestützt wurden. So entwickelte Joseph Melan, Professor für Brückenbau an der Deutschen Technischen Hochschule in Prag, in Zusammenarbeit mit einem Ing. Schabner der Firma *Pittel & Brausewetter* um 1903 ein Patent über die Bauweise mit Spannbeton.⁶ Oder man erwarb die Nutzungsrechte „einschlägiger“ Techniken, wie



Benno Brausewetter

- ³ Alle Eintragungen sind dem Handelsregister Abteilung A unter der Nummer 5065 des Handelsgerichts Wien entnommen, beglaubigte Abschrift bei P+B, Zentralarchiv Wien
- ⁴ Victor Brausewetter, der Gründer des Unternehmens, und sein Sohn Benno bestimmten nahezu ein Jahrhundert die Geschicke der Firma.
- ⁵ Viele Arbeiten erschienen in fachspezifischen Publikationen und Reihen.
- ⁶ Siehe Fritz Czerny, Spannbeton, in: Allgemeine Bau-Zeitung, 1960, Nr. 628; [Franz] Machaczek, Joseph Melan †, in: Die Bautechnik 1941, Heft 12/13, Sonderdruck.

jene von Marquard Siegwart (Deckenbau), und verhalf diesen Erfindungen zu großer Bekanntheit.⁷



Otto Kohout



Gerhard Heinlein

Obwohl mit dem Verweis auf die Möglichkeiten des Eisenbetonbaues vor allem die Gründergeneration des Unternehmens angesprochen ist, hatte auch die nachfolgende daran nicht unbedeutenden Anteil. Hier ist sowohl an Karl Brausewetter als auch an Emanuel Kohout zu erinnern, die bereits um 1914 als Konstrukteure und Bauleiter bei *Pittel & Brausewetter* tätig waren und 1931 bzw. 1932 als Gesellschafter auftraten.⁸ Mit Leopold Heinlein, ebenso Gesellschafter seit 1932, erhielt das Tätigkeitsprofil der Firma einen neuen Schwerpunkt, nämlich den Betonstraßenbau. Er war 1920 zu *Pittel & Brausewetter* gekommen und widmete sich bis zu seinem Tod 1968 dem Bau und der Erhaltung von Betonstraßen, wodurch das Unternehmen auf diesem Gebiet internationales Ansehen erlangte.

⁷ Siehe die Kurzbiographien im Anhang.

⁸ Karl Brausewetter übernahm mit 1. Jänner 1931 als Kommanditist der „Pittel-Brausewetter C.G. Dr. Ing. Karl Brausewetter Comp.“ die Leitung der Firma; Emanuel Kohout zeichnete als Gesellschafter der OHG „Pittel & Brausewetter“ in Wien. Karl Brausewetter (Zeugnis, ausgestellt von der Bauunternehmung Pitte & Brausewetter vom 6. September 1947, das seinen beruflichen Werdegang von 1917 bis 1937 nachzeichnet); Emanuel Kohout, Kurzbiographie, in: Österreichische Ingenieur-Zeitschrift 10 (1967), Sonderabdruck.

Die bereits weit zurückreichende Existenz des Unternehmens, die schon an sich als Erfolg eingestuft werden muss, gründete auf der stets beabsichtigten wie geglückten Verbindung von innovatorischem Denken und technischen Neuerungen. So war es möglich, in einer raschen Änderungen ausgesetzten Branche nicht nur den Bestand zu sichern, sondern die Entwicklung in wichtigen Bereichen mitzutragen. Der wirtschaftliche Erfolg der Firma *Pittel & Brausewetter* widerspiegelt in seinem von beträchtlichen Schwankungen geprägten Verlauf die permanenten Anstrengungen der Gesellschafter. Die Dynamik dieser Erfolgsgeschichte tritt dem Betrachter in den Jahresbilanzen des Unternehmens ungeschönt entgegen.

Die vierundzwanzig Berichtsjahre von 1955 bis 1978⁹ belegen ein rund auf das Zehnfache angewachsene Gesamtvermögen, setzen sich aber aus fünfzehn mit Verlust und neun mit Gewinn abgeschlossenen Jahren zusammen. Als Periode mit stagnierendem Vermögensaufbau zeigen sich die Jahre 1965 bis 1972, von denen sechs mit Verlust und nur zwei mit Gewinn abgeschlossen wurden. Auch die fünfziger Jahre brachten insgesamt ein nur geringes Wachstum. Von 1973 bis 1977 konnte jedoch eine Verdoppelung des Firmenvermögens erzielt werden, eine vom gesamtwirtschaftlichen Trend weitgehend abgesetzte Entwicklung.¹⁰

Die mit 1955 abgeschlossene und zukünftige geschäftliche Schwerpunkte vorbereitende Rekonstruktionsphase findet in der Schillingeröffnungsbilanz¹¹ vom 1. Jänner 1955 eine entsprechende Darstellung. Die vom Gesetzgeber eingeräumte Neubewertung einerseits der Vermögensgegenstände bei Beachtung der bezüglich Abnutzung geltenden Vorschriften, andererseits der Schulden gemäß ihres Ausmaßes im Falle der Tilgung am Stichtag der Bilanz, diente der Klarstellung der Vermögens- und Kapitalverhältnisse. Für *Pittel & Brausewetter* ergab sich daraus ein um ein Drittel höherer Ansatz der Aktiva, der allein die Sachanlagen betraf.¹² Die Bilanzierungspraxis der vergangenen Jahre hatte zusehends zur Bildung stiller Reserven geführt. Ihre Auflösung führte einerseits zur erwähnten Anhebung des Betriebsvermögens, andererseits zur Festigung der Eigenkapitalbasis.¹³ Für den Abschluss des Geschäftsjahres 1955 bedeutete dieser rechnerische Zuwachs ein positives Vorzeichen, man konnte einen Gewinn von 657 Tausend Schilling ausweisen, dem eine Eigenkapitalrentabilität von 6,7 Prozent entsprach.¹⁴ Gleichzeitig war man in der Lage, die reichliche Bemessung der Abschreibungen fortzusetzen. Die mit Jahresbeginn 1955 neu bewer-

⁹ Die Bilanz des Jahres 1979 wird nicht in die folgende Analyse einbezogen, da sie nicht die letzte Bilanz der OHG, sondern die erste der am 3. Oktober gegründeten GmbH ist.

¹⁰ Vgl. Tabellen 4.1 und 4.7.

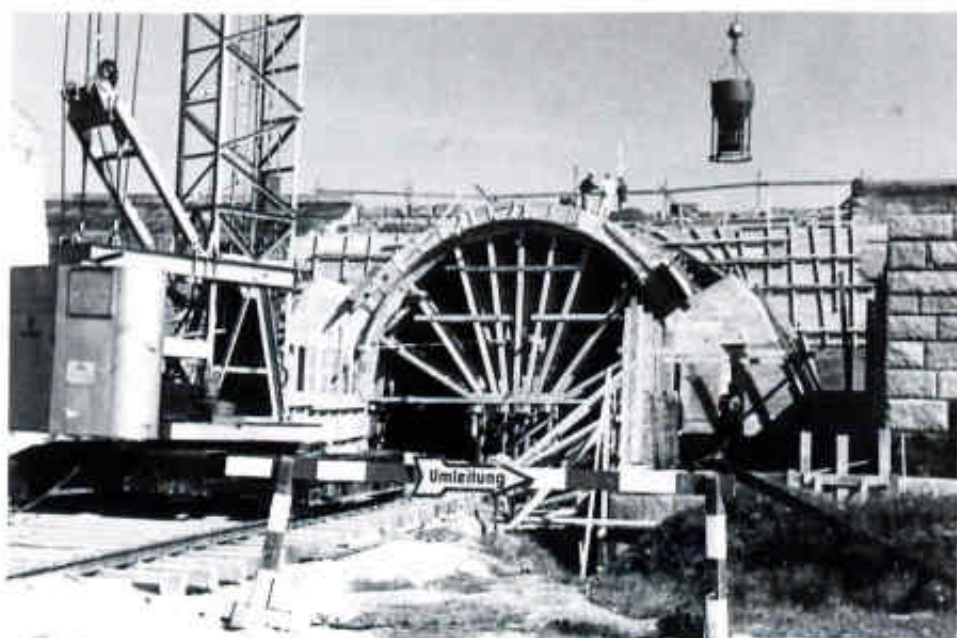
¹¹ Schillingeröffnungsbilanzgesetz vom 7. Juli 1954; siehe Teil III, *Pittel & Brausewetter 1945 – 1955*. Neubeginn und Wiederaufbau.

¹² Das Umlaufvermögen wurde bis auf eine geringfügige Anhebung der Wertpapiere unverändert übernommen. Bilanz 1954 und Eröffnungsbilanz vom 1. 1. 1955.

¹³ Deren Anteil am Gesamtkapital erhöhte sich infolge der Neubewertung von 42 auf 56 Prozent.

¹⁴ Die Gesamtkapitalrentabilität betrug 2,44 Prozent, Tabelle 4.7.

teten Anlagen wurden Ende des Jahres zu mehr als einem Viertel, und die Neuzugänge mittels Sonderabschreibung für Abnutzung zu fünfzig Prozent abgeschrieben. Trotz einer Investitionsquote von 16 Prozent weist die Schlussbilanz 1955 einen um knapp zwanzig Prozent niedrigeren Wertansatz aus. Die Eigenmittel erfuhren einen Rückgang von 13 Prozent.



Niederösterreich, A1-Brücke P69

Die den neuen Richtlinien entsprechende Aufstellung der Jahresschlussbilanz 1955 kann als solider Neubeginn gewertet werden. Wirtschaftlich wie politisch waren mit dem Staatsvertrag verlässliche Rahmenbedingungen geschaffen worden, die auch klare und in ihrer Wirkung einschätzbare Entscheidungen bei der Führung von Wirtschaftsbetrieben zuließen. Die dem Jahr 1955 folgende Entwicklung hat erstmals den Charakter eines realpolitisch bewusst herbeigeführten und nicht durch mangelnde Kenntnis oder Zufälligkeiten beeinflussten Ergebnisses. Den Bilanzen dieser Periode darf daher eine besondere Aussagekraft zuerkannt werden.

Eine die Gesamtheit aller Einflüsse widerspiegelnde Kennziffer stellt das Vermögen in Zusammensetzung wie Entwicklung dar. Dem bereits erwähnten Vermögenswachstum von *Pittel & Brausewetter* in den Jahren 1955 bis 1978 auf das Zehnfache liegt kein linearer Trend, sondern eine mitunter auch gegensätzliche Dynamik zugrunde.¹⁵ Wie schon in dem Hinweis auf die Verteilung der Gewinn- und Verlustjahre angeklungen ist, können dem Gesamtverlauf zwei als stagnierend und zwei

¹⁵ Zur Entwicklung des Gesamtvermögens der Firma von 1955 bis 1978 siehe Tabelle 4.1.



A1-Brücke P69; Belegschaft am 1. Mai 1956

als expandierend zu bezeichnende Abschnitte unterlegt werden. In den Jahren 1956 bis 1959 und 1965 bis 1972 zeigen sich bei geringen Schwankungen nur wenige Anzeichen eines Wachstums, von 1960 bis 1964 und 1973 bis 1978 werden hohe Zuwachsraten ausgewiesen.

Wie die wirtschaftlich schwachen nahmen auch die wachstumsstarken Perioden einen jeweils unterschiedlichen Verlauf. Die fünfziger Jahre verzeichneten einen allmählichen Vermögensabbau, die Jahre 1965 bis 1972 schlossen auch Jahre ansteigenden Vermögens ein. Die Schwankungen zeigen Zunahmen bis zu 19 Prozent (1966), aber auch Rückgänge bis zu 18 Prozent (1967) an. Die Wachstumsperioden gleichen sich trotz unterschiedlicher Dauer im absoluten Anstieg der Vermögenswerte, dieser liegt bei 130 und 120 Prozent, die längere in den siebziger Jahren zeichnet sich jedoch durch größere Kontinuität aus.¹⁶

Das Anlagevermögen der Personengesellschaft Pittel & Brausewetter umschloss in der gesamten Periode keine Finanzanlagen, umfasste daher nur materielle Gegenstände (Sachanlagen). Diese bestanden aus bebauten und unbebauten Grundstücken

¹⁶ Der Vermögensabgang 1978 ist verfahrensbedingt und dient wie die gesamte Bilanz dem rechnerischen Abschluss der OHG, die 1979 in eine GmbH umgewandelt wurde; die Entwicklung des Firmenvermögens erlitt keinen Abbruch.



*A1, Bandos Steinhäusl
Betondecke 1957/1958 hergestellt*

sowie aus unmittelbar der Produktion dienenden maschinellen Anlagen einschließlich der Betriebsausstattung.

Die doch insgesamt unterschiedlich bis gegensätzlich verlaufende Entwicklung des Firmenvermögens lenkt den Blick auf die Investitionsplanung und die Finanzpolitik des Unternehmens.

Einen ersten Anhaltspunkt liefert das Ausmaß des Anlagevermögens, sein Verhältnis zum Gesamtstand der Aktiva.¹⁷ Die Bilanz zum Jahresbeginn 1955 weist einen über fünfzig Prozent liegenden Anteil des Anlagevermögens aus, ein Wert, der bis 1978 nicht wieder erreicht werden sollte. Bereits die Jahresschlussrechnung 1955 verzeichnet einen auf gut dreißig Prozent gesunkenen Anteil, der weiter bis 1960 auf acht Prozent zurückging. Namhafte Investitionen in den Jahren 1961 und 1962 hoben die Anlagen wieder über die Zehnprozent – Marke an.¹⁸ 1963 bis 1966 liegen die Wertansätze wieder unter zehn Prozent. Danach konnte die Anteilsquote bis 1977 über dieser Marke gehalten werden (1969: 10,07 und 1972: 14,16 Prozent).

¹⁷ Tabelle 4.2 und 4.24.

¹⁸ Die Realinvestition dieser Jahre entsprach einer Nettoinvestition von 30 und 23 Prozent, sie hob die Anlagenwerte bei eingerechneten Abschreibungen um 85 Prozent an.



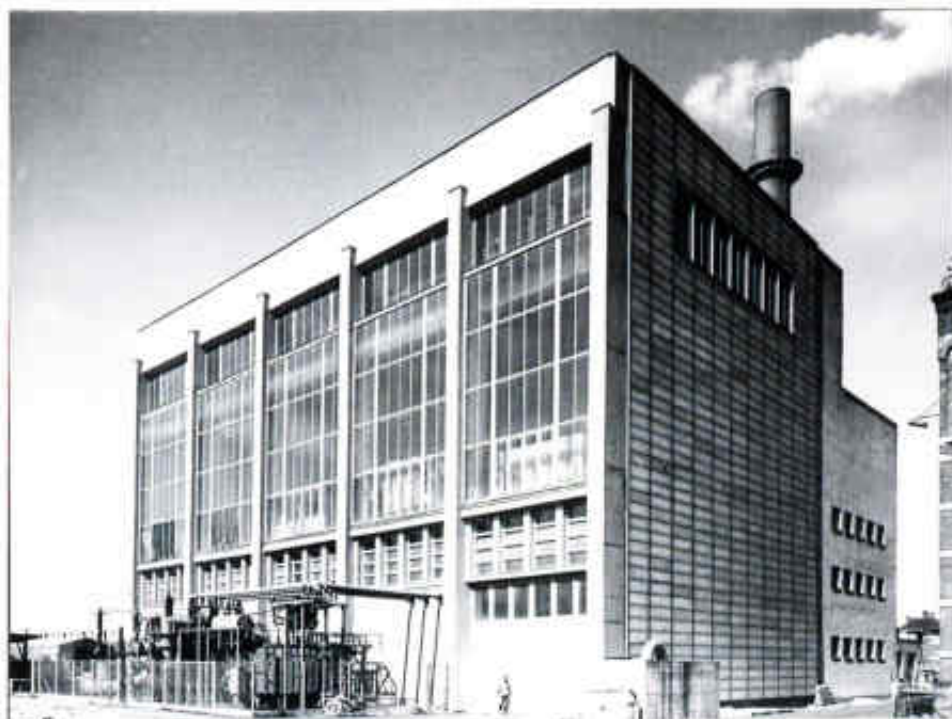
*A1 Steinbitumast
Baustellen-Mischanlage*

Die Schlussbilanz der OHG ermittelte 1978 einen 9,23 Prozent des Gesamtvermögens betragenden Anteil der Anlagen, die erste Bilanz der GmbH legte diesen Wert mit 15,66 fest.

In dieser Entwicklung kommen auch strukturelle Änderungen im Sachanlagevermögen zum Ausdruck. 1955 nahmen Grundstücke 3,62, maschinelle Anlagen 86,88 und die Betriebsausstattung 9,49 Prozent ein. 1978 stellten sich die Anteilsquoten auf 11,70, 67,44 und 20,86 Prozent.¹⁹ Diese Daten sind nicht als Endpunkte eines kontinuierlichen Trends zu betrachten. Die Gesamtperiode ist vielmehr bis Ende der sechziger Jahre durch einen überproportional ansteigenden Wert der Grundstücke geprägt, die 1967 mehr als die Hälfte der Anlagenwerte repräsentierten. Nur ein gutes Drittel entfiel auf die maschinelle Ausstattung. In den siebziger Jahren trat eine bis 1978 anhaltende gegenläufige Bewegung ein. Die Ursache liegt in der nach 1960 erfolgten breiten Anschaffung von Gebäuden, Schottergruben und Lagerplätzen, die nach 1967 vor allem durch den Ausbau des Lagers Inzersdorf die höchste

¹⁹ Siehe Tabelle 4.3.

Wertsteigerung bewirkte.²⁰ Nach 1970 lag der Schwerpunkt der Investitionen wieder auf dem Sektor der maschinellen Ausrüstung, der Transportmittel und der Betriebsausstattung. Der Lagerplatz Inzersdorf wurde 1978 auf null abgeschrieben.²¹ Die Zusammensetzung der Anlagegüter entspricht der mit der Errichtung von Bauten, der Herstellung und dem Handel von Baumaterialien befassten Unternehmung und dem davon abhängigen Materialbedarf.



Dampfkräftwerk Simmering

Wie zu erwarten festigten und/oder erweiterten die investitionsstarken Jahre die Bereitstellung eines auf Wachstum ausgerichteten Produktionsapparates. Deutlich treten die schon erwähnten Jahre 1961 und 1962 hervor, aber auch 1966/1967 und 1970 kam es zu ähnlich hohen Nettoinvestitionen. Die längste, nämlich eine vier Jahre währende Periode steigender Nettowerte ist für 1973 bis 1976 festzustellen. Die durchschnittliche Jahresquote betrug 14 Prozent.

Die Wertveränderungen der Anlagen zeigen die grundsätzliche Richtung der Investitionspolitik des Unternehmens auf. Ihre Ziele wurden einerseits mit der zu er-

²⁰ Der Bestand an bebauten und unbebauten Grundstücken kann aus den Jahresbilanzen dieser Zeit gut abgelesen werden.

²¹ Bilanz zum 31. Dezember 1978, Beilage 1.

wartenden Erfolgsgröße abgestimmt, andererseits versuchte man, die staatlich eingeräumten Vergünstigungen bei Sonderabschreibungen in größtmöglichem Ausmaß bei den Investitionsentscheidungen zu berücksichtigen. Diese Vorgangsweise schlug sich in den jährlich für Abnutzung in Rechnung gestellten Wertminderungen nieder. Sie betragen im gesamten Zeitraum nie unter 25 Prozent und übertrafen 1962 mit 100,48 Prozent den Bilanzwert der Anlagen. Der Mittelwert der Jahre von 1955 bis 1978 liegt bei 56,81 Prozent.²²

Unter den Jahren mit überdurchschnittlichen Investitionsausgaben treten die Jahre 1961 und 1962 besonders deutlich hervor. Der Bilanzwert der Sachanlagen erhöhte sich um vier Millionen Schilling oder um 85 Prozent. Die Gesamtinvestitionen dieser zwei Jahre betragen 23 Millionen, deren Wertzugänge jedoch sogleich im Ausmaß von 19 Millionen abgeschrieben wurden. Die ergriffenen Finanzdispositionen hatten entsprechende Auswirkungen auf die Erfolgsrechnung. 1960 wurde mit einem Jahresverlust von 840 Tausend abgeschlossen, da insgesamt die Umsätze den Bauaufwand nicht abdeckten. Ein anderes Bild zeigt das Jahr 1961. Die Erlöse überstiegen zu sechs Prozent den Aufwand, wodurch Gewinne von 4,4 Millionen Schilling, das entsprach einer Kapitalrentabilität von 7,51 Prozent, erzielt wurden. 1962 schloss wieder mit einem Verlust, die überaus hohen Abschreibungen und eine Bruttoinvestition von 11 Millionen, ein Betrag, der um ein Viertel höher lag als der bilanzierte Wert der Sachanlagen, konnten nicht im vollen Umfang aufgefangen werden. Der Jahresverlust betrug jedoch, gemessen am gesamten Kapitaleinsatz, nur ein halbes Prozent.

Hohe Abschreibungen für körperliche Wirtschaftsgüter wurden nach 1955 immer wieder vom Gesetzgeber zur Förderung von Investitionen und somit für Erneuerung und Modernisierung der Produktionsanlagen ermöglicht. Die Sätze für vorzeitige Wertminderungen sahen Abschreibungen von bis zu sechzig Prozent der Wertzugänge vor. Sie erlaubten es auch, Transportmittel und Teile der Betriebsausstattung wie Baracken einer vorzeitigen Absetzung für Abnutzung zu unterziehen. Die Bestimmungen wechselten je nach Zielen der Konjunkturbelebungsprogramme.²³

Pittel & Brausewetter war im gesamten Zeitraum bemüht, Investitionsentscheidungen gemäß den sich bietenden Finanzierungsmöglichkeiten zu optimieren. Nur in drei Jahren, nämlich 1956, 1975 und 1976 nahm man keine vorzeitigen Abschreibungen in Anspruch.

²² Der Mittelwert der Bruttoinvestitionen liegt bei 60,10 Prozent, auch die Nettoinvestitionen ergeben einen durchschnittlichen positiven Wert von 3,29 Prozent, Tabelle 4.24.

²³ Ordentliche Abschreibungen waren durch die Einkommenssteuergesetze geregelt, vorzeitige Abschreibungen (Sonderabschreibungen) bedurften eigener gesetzlicher Regelungen. Diese umfassten die Förderung von Investitionen und von Exporten wie auch der Finanzierung von Exporten durch die Haftungsübernahme seitens des Bundes. Sie wurden meist jährlich den geänderten Verhältnissen und Bedingungen angepasst. Vgl. die entsprechenden Ausführungen von Walter Heinrich, *Wirtschaftspolitik*, Berlin 1966.

Die 1953 geschaffene rechtliche Grundlage einer vorzeitig anzusetzenden Wertminderung im Anlagevermögen²⁴ blieb aufrecht und entwickelte sich zum Instrument für eine langfristige Investitionsplanung. 1955 machte die Firma Gebrauch von der fünfzigprozentigen Sonderabschreibung, die mit 800 Tausend bereits ein knappes Drittel der ordentlichen Abschreibungen ausmachte.²⁵ Sie konnte für Großgeräte, LKW, Baracken und auch für Kleingeräte mit einem Wert von über 800 Schilling in Rechnung gestellt werden.



*HMA Inzersdorf
Ausbau ab 1961.*

Ab 1957 war es möglich, die vorzeitigen Abschreibungen bei den jährlichen Wertzugängen auf 60 Prozent anzuheben. Bis 1963 bestimmte diese Vorgangsweise die Abschreibungspolitik der Firma. 1961 wurde auch für Gebäude und unbebaute Grundstücke eine vorzeitige, 25 Prozent umfassende Sonderabschreibung eingeräumt. *Pittel & Brausewetter* nutzte diese Regelung beim Ausbau des Lagerplatzes Inzersdorf.²⁶ Auch 1964 sowie 1966 und 1967 galten besondere Regeln für die vor-

²⁴ Die Bestimmungen finden sich im Ausfuhrförderungsgesetz 1953. 119. BG vom 9. Juli 1953, Abschnitt B, §5.

²⁵ Vgl. Tabelle 4.25.

²⁶ Der Lagerplatz Inzersdorf wurde auf einem von den Brüdern Richard und Georg Drasche – Warinberg 1939 käuflich erworbenen Grundstück eingerichtet und ab 1961 in mehreren Stufen systematisch ausgebaut; die jährlichen Abschreibungen konnten 1978 den Restwert auf null setzen. Kaufvertrag Bauhof Inzersdorf, P+B, Zentralarchiv Wien.



Lagerplatz Inzersdorf

zeitige Wertminderung bei Gebäuden.²⁷ Im letzten Jahr des Bestehens der Personengesellschaft *Pittel & Brausewetter* wurde die fünfzigprozentige Sonderabschreibung in Anspruch genommen, die auch für das 1978 erworbene Gebäude und Grundstück in der Franzensgasse angewendet werden konnte.

Die Sachverhalte geben Kunde von einem dichten Netz finanzieller Hilfestellungen, die der Staat wirtschaftlichen Einrichtungen und Produktionsbetrieben anbot. Außer den vorgesehenen und gesetzlich verankerten Sonderabschreibungen hatten die Produktionsbetriebe die Möglichkeit, außertourliche Wertminderungen anhaltender Natur durch außerplanmäßige Abschreibungen aufzufangen. Wie bedeutend diese Vorgangsweise war, soll im Folgenden an Hand der schon öfter erwähnten Investitionsperiode der Jahre 1960 bis 1962 veranschaulicht werden.

Das umfangreiche Investitionsprogramm dieser Jahre wurde einerseits durch eine bedeutende Steigerung der Umsätze, die allerdings nicht im Gleichklang die Erträge anhoben, andererseits durch die erwähnte Ausnützung der auf sechzig Prozent festgelegten Sonderabschreibungen ermöglicht. Diese überstiegen 1960 die ordentlichen Wertminderungen um ein Drittel, 1961 um das Doppelte und 1962 um nahezu

²⁷ Die Kosten des Wiederaufbaus der Firmenzentrale in der Gusshausstraße konnten 1964 unter dem Titel des Eigenbedarfs zu zwanzig Prozent abgeschrieben werden, wovon auch die Büroeinrichtung betroffen war. Die Fakten und Daten sind den Jahresbilanzen der Firma entnommen.



*Franzenstraße Arbeiterquartier
Fassade 1910/1911 originalgetreu restauriert*

das Dreifache.²⁸ Andererseits war es unter bestimmten Bedingungen möglich, den älteren Bestand mit einer über der Normalquote von zehn Prozent liegenden Wertminderung abzuschreiben.

Insgesamt konnte sich eine Abschreibungssumme ergeben, die über dem zu Beginn eines Rechnungsjahres ermittelten Gesamtwert der Anlagen zu liegen kam. Eine derartige Relation stellte sich 1962 ein, nachdem bereits im Jahr zuvor die Abschreibungen die Höhe von 94 Prozent der Sachanlagen erreicht hatten. Im Folgenden soll am Beispiel der mit „Großgeräte“ bezeichneten maschinellen Anlagen, wie sie 1962 unter den Aktiva aufschienen, die Abschreibungspraxis kurz aufgezeigt werden.

Als formelle Richtlinie galt die sechzigprozentige Sonderabschreibung für die Neuzugänge im Jahr und eine zehnprozentige Wertminderung für ältere Anlagen. Die Firma wies im Jahresabschluss 1962 Zugänge (bei den Großgeräten) vor 1955, dann ab 1955 aus jedem Jahr bis 1962 aus. Der Restwert der vor 1955 erworbenen Maschinen wurde 1962 mit 25,89 Prozent abgewertet, die 1955 angeschafften waren bereits 1960 auf null gesetzt worden. Die Zugänge 1956 erfuhren eine Abschreibung von 22,86 Prozent, die Erwerbungen aus dem Jahre 1957 wurden bis 1961, die aus 1958 bis 1962 in vollem Umfang abgeschrieben. Die Anschaffungen der Jahre 1959 bis 1961 erfuhren Wertminderungen von 64,72, 36,29 und 18,83 Prozent

²⁸ Vgl. Tabelle 4.25.

des anfänglichen Bestandwertes. Die Sonderabschreibung der im Berichtsjahr 1962 erworbenen Geräte wurde wie vorgesehen mit sechzig Prozent berechnet, aber die verbleibenden vierzig Prozent abermals einer zehnprozentigen Abwertung unterzogen, so dass dieser Aktivposten (Großgeräte) mit einem Anschaffungswert von 9,7 Millionen Schilling einen Bilanzwert von 3,5 Millionen erhielt.

Die Zahlen belegen eindrucksvoll die Tatsache und deren finanzpolitische Bedeutung der unter Berücksichtigung unvorhergesehener und bleibender Wertminderungen vorgenommenen Korrekturen. Die in allen Bausparten und auch im Handel mit Baustoffen tätige Firma sah sich in vielen Teilen des Anlagevermögens mit Wertverlusten konfrontiert, die über die ordentliche Abschreibungsweise (einschließlich der eingeräumten Sonderabschreibungen) nicht entsprechend bewältigt werden konnten. Hier mussten außerplanmäßige Wertberichtigungen erfolgen, die bis zur Vollabschreibung gehen konnten. Auch dafür war die gesetzliche Grundlage gegeben. Wie aus den oben angeführten Daten hervorgeht, entfielen 1962 25,49 Prozent aller berechneten Wertminderungen auf außerplanmäßige Abschreibungen.²⁹

Die gesamte hier aufgezeigte Problematik spielt bei Festlegung der Investitionsziele eine große Rolle. Ihre zeitliche Streuung und Finanzierbarkeit müssen im Einklang mit der zu erwartenden Ertragsentwicklung stehen. Die Ausnützung steuerlicher Vergünstigungen und eine rigorose, zu Korrekturen führende Bewertung aller Teile des Sachanlagevermögens schmälern unmittelbar die Jahreserträge. Hohe Abschreibungen stützen aber die Investitionstätigkeit, was bei *Pittel & Brausewetter* im gesamten hier behandelten Zeitraum zutraf. Die in Rechnung gestellten Wertminderungen lagen nie unter 25 Prozent und überschritten in 13 von 24 Geschäftsjahren die 50 Prozentmarke. Es überrascht und ist bezeichnend für das Investitionskalkül der Firma, dass auch die Bruttoinvestition in nur 14 Jahren das Ausmaß von mehr als 50 Prozent erreichte. In 12 Jahren wurden die Abschreibungen nicht in vollem Umfang reinvestiert, so dass jeweils Nettodesinvestitionen gegeben waren. Es zeigt sich deutlich, dass die Baufirma *Pittel & Brausewetter* stets bemüht war, Erneuerung und Modernisierung der Anlagen unter verkraftbaren Bedingungen sicherzustellen, was mitunter auch den Verzicht auf bessere Ertragsquoten oder die Hinnahme von Verlusten verlangte. Unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung und der zumindest mittelfristig auf Wachstum ausgerichteten Pläne erweist sich eine Bilanzpolitik als zielführend, die eine Ausschüttung von Scheingewinnen verhindern will. Diese Strategie entspricht sicherlich auch den geschäftspolitischen Praktiken einer Personengesellschaft, deren Eigentümer eher als Aktionäre einer Kapitalgesellschaft geneigt sind, Gewinnzuschreibungen nicht als oberstes Ziel anzusehen. Das Investitionsverhalten der Firma wird noch einmal im Zusammenhang mit Finanzierungsfragen aufzugreifen sein.

²⁹ Bilanz per 31. Dezember 1962, Beilage 2.

Auch die Zusammensetzung und die Entwicklung des Vermögens bildet die Geschäftspolitik des Unternehmens ab. Eine Besonderheit der gegenständlichen Firma war seit jeher, dass sie mit der Erstellung von Bauten der unterschiedlichsten Art befasst war. Trotzdem überrascht der hohe Anteil des Umlaufvermögens am Gesamtvermögen.

Im Jahresbericht 1955 stellte sich das Umlaufvermögen auf knappe 70 Prozent der Gesamtaktiva, für 1978 können 85 Prozent ermittelt werden. Die beiden Vermögensgrößen verzeichneten in diesem Zeitraum eine zahlenmäßige Steigerung auf das Zwölfeinhalb-, bzw. Zehnfache. Diese Zahlen finden eine erste Erklärung in der wesentlich geringeren Wertsteigerung der Anlagen auf das Dreifache, die den Anteil der umlaufenden Mittel am Gesamtvermögen erhöhte.¹⁰

Das Umlaufvermögen selbst verzeichnete in diesem Zeitraum eine für das Tätigkeitsprofil der Firma bezeichnende Änderung seiner strukturellen Zusammensetzung. Die Vorräte nahmen zwischen 1955 und 1978 auf das Achteinhalbfache zu, ihr prozentueller Anteil am Umlaufvermögen ging jedoch von 56 auf 38 zurück. Die Debitoren wuchsen auf das Fünfzehnfache an, wodurch ihre Anteilsquote von 35 auf 42 angehoben wurde. Die stärkste Zunahme von gerundet 9 auf 20 Prozent verzeichneten die restlichen Umlaufmittel. Diese setzten sich aus Forderungen an Arbeitsgemeinschaften, aus Zahlungsmitteln (Barmittel und Wertpapiere), sowie aus als „sonstige Forderungen“ bezeichneten Ansprüchen zusammen.¹¹ Die Anteile dieser Forderungen variierten als Saldo laufender Zahlungseingänge und -verpflichtungen gleichsam naturgemäß. So konnten die kurzfristigen Liquiditätsreserven weniger als 15 Prozent (1956 und 1958) ausmachen oder einen Anteil von 90 Prozent (1975) stellen. Von besonderem Interesse sind die im Rahmen eingegangener Kooperationen aufscheinenden Forderungen. Zusammen mit ihrem passiven Gegenüber, den „Verbindlichkeiten gegen Arbeitsgemeinschaften“ geben sie Einblick in die für die Bauwirtschaft im Allgemeinen, für *Pittel & Brausewetter* im Besonderen typische Vorgangsweise bei Großprojekten. Die Einschätzung der wirtschaftlichen Bedeutung der Kooperationen soll gemeinsam mit der Darstellung der gesamten Bautätigkeit der Firma später erfolgen. An dieser Stelle – und mit Blick auf die vorhin erwähnten strukturellen Veränderungen im Umlaufvermögen – ist jedoch festzuhalten, dass die Zunahme des Geschäftsumfanges nicht die Vorratslager an sich, sondern deren Umschlagshäufigkeit steigerte.

Die Investitionstätigkeit und das substantielle Wachstum der Firma führten zu Änderungen in der Kapitalstruktur. Ende 1955 deckten die Eigenmittel gut ein Drittel des Vermögens ab, 1978 stellte sich diese Quote auf knapp zehn Prozent.¹² In abso-

¹⁰ Vgl. Tabelle 4.2.

¹¹ Siehe Tabellen 4.4, 4.5 und 4.6.

¹² Der in Tabelle 4.7 für 1978 ausgewiesene Wert von 2,24 Prozent ergibt sich rechnerisch aus der letzten Bilanz der Personengesellschaft, die das Eigenkapital als Bestandteil des Vermögens ausweist. Bei

luten Werten stieg in diesen Jahren das Eigenkapital auf das Dreifache, das Fremdkapital auf das Sechzehnfache an. Auch in dieser Relation zeigt sich jedoch kein linearer Trend. Entgegen dem langfristigen Rückgang kam es zwischen 1961 und 1964, aber auch 1968 bis 1972 zu einem Anstieg der Eigenmittel, wenn auch auf abnehmendem Niveau. In der noch zu behandelnden Verschuldungsfrage wird diese Tatsache nochmals aufzugreifen sein.

Auch die Zusammensetzung des Eigenkapitals veränderte sich in diesen Jahren. Während das „Kapitalkonto“ unverändert bei 500.000 Schilling belassen wurde, stieg das „Privatkonto“, über das alle Einlagen und Entnahmen der Gesellschafter abgerechnet wurden, um etwa ein Viertel von 9,3 auf 11,5 Millionen Schilling (1977) an. Der entscheidende Beitrag zur Erhöhung der Eigenmittel ging auf das Konto der Rücklagen, die bis 1957 undotiert blieben, 1977 aber den Stand von nahezu 18 Millionen erreichten. Von besonderer Bedeutung waren die seit 1973 einer Rücklage zugeführten Investitionsfreibeträge.¹³ Sie erreichten bis 1977 den Stand von 74 Prozent der insgesamt bilanzierten Rücklagen.

Die Eigenkapitalbildung ist wesentlich, aber nicht nur an die Gewinne aus dem Geschäftsgang gebunden. Die Periode von 1955 bis 1978 beinhaltet einige Jahresabschlüsse, in denen beide Kapitalgrößen sich gleichsam unabhängig voneinander entwickelten.¹⁴ Die Ursachen sind Korrekturen an den Bewertungen der Aktiv- und Passivpositionen, die das Volumen der betrieblichen Eigenmittel veränderten. Die Firma *Pittel & Brausewetter* war durchgängig um niedrige Wertansätze aller Vermögensteile wie um eine ausreichende Einschätzung der aufgelaufenen Verbindlichkeiten bemüht. Die intern veranlassten sowie die nach Betriebsprüfungen anstehenden Korrekturen zeigen deutlich die vorsichtige Bilanzierung. Sie führte durchwegs zur Bildung stiller Reserven und vermied nicht gerechtfertigte Gewinne. Einige besonders auffallende Beispiele mögen die Bilanzierungspraktik des Unternehmens aufzeigen.

Im Jahr 1960 nahm das Eigenkapital um 3,6 Millionen Schilling oder um 46 Prozent zu, während ein Verlust von 842 Tausend zu verzeichnen war. Diese Erhöhung ging zu 94 Prozent auf das Einlagenkonto der Gesellschafter. Anlass war ein Wechsel in deren Zusammensetzung. Wie eingangs erwähnt war Viktor Brausewetter 1959 als Gesellschafter ausgeschieden und ihm sein Neffe Karl Brausewetter nachgefolgt. Die zum 1. Jänner 1959 angefertigte Vermögensaufstellung ergab ein Gesellschafts-

Berücksichtigung der Bilanzkontinuität kann wie schon 1977 eine Quote von 9,90 angenommen werden.

¹³ Das Einkommensteuergesetz 1972 gestattete einen Investitionsfreibetrag im Ausmaß von 20 Prozent der Anschaffungs- oder Herstellungskosten von Anlagegütern, der zusätzlich zu den eingeräumten Abschreibungen gewinnmindernd verrechnet werden durfte. (Einkommensteuergesetz 1972, §10).

¹⁴ Vgl. Tabelle 4.7 und 4.20.

vermögen von 24,2 Millionen Schilling, das war der 2,8fache Wert des zum vergangenen Jahreschluss 1958 bilanzierten Betrags (8,6 Millionen). Diese Erhebung diente ausschließlich der Information der Firmeneigner und führte vorerst zu keiner Anpassung; die Schlussbilanz 1959 wies ein Gesellschaftsvermögen von 6,9 Millionen aus. Zum Jahresbeginn 1960 wurde dieses aber mit 10,7 Millionen beziffert, was einer Auflösung stiller Reserven im Ausmaß von 3,8 Millionen entsprach. Gemessen an der Differenz, die sich 1959 zwischen dem geschätzten und dem bilanzierten Wertansatz ergeben hatte, kann die nun vollzogene Auflösung als eine zu 24 Prozent realisierte bezeichnet werden. Die Verluste dieses Jahres von 842 Tausend bedeuteten demnach nur eine Reduzierung der Aufwertungssumme in diesem Ausmaß.¹⁵

Die folgenden Jahre mit stark wechselndem Unternehmenserfolg zeigen eine weitgehende Übereinstimmung von Gewinn- und Vermögensentwicklung. Eine 1968 vorgenommene Betriebsprüfung¹⁶ ermöglicht einen umfassenden Einblick in die Bilanzierungspraktik des Unternehmens. Die Firma hatte ein Gesamtvermögen von 112,6 und ein Eigenkapital von 12,4 Millionen bilanziert. Der Prüfbericht hob die Werte auf 117,2, bzw. auf 21,6 Millionen an, was einer Steigerung von 4,1 (Aktiva) und 74,4 (Eigenkapital) Prozent entsprach. Die Erhöhung der Eigenmittel im absoluten Ausmaß von 9,2 Millionen basierte etwa zur Hälfte auf höheren Wertansätzen im Vermögen und niedrigeren bei Rückstellungen und Verbindlichkeiten. Von den Wertanpassungen im Vermögen spielte vor allem die der Position „Bauten in Ausführung“ eine Rolle, die um 3,5 Millionen höher angesetzt wurde. Außer einer geringfügigen Anhebung der aktiven Rechnungsabgrenzung wurden die „Forderungen an Arbeitsgemeinschaften“ von 1,5 auf 2,3 Millionen angehoben. Vice versa reduzierte man die „Verbindlichkeiten gegen Arbeitsgemeinschaften“ von 7,2 auf 4,4 Millionen Schilling. Auch „Sonstige Verbindlichkeiten“¹⁷ wie auch die „Rückstellungen“ wurden niedriger bewertet. Insgesamt führten die Korrekturen zu einem Vermögensanstieg von gerundet 4,5 Millionen und einer Absenkung des Fremdkapitals in etwa diesem Ausmaß. Der ursprünglich errechnete Verlust von 2,4 Millionen wurde seitens der Finanzbehörde in einen Anstieg des Eigenkapitals wie schon betont von 9,2 Millionen Schilling verwandelt.

Auch 1972 wurde eine Betriebsprüfung durchgeführt, die abermals zu einer Erhöhung des Betriebsvermögens führte, die trotz eines Jahresverlusts von 2 Millionen eine Anhebung der Konten der Gesellschafter um 2,4 Millionen bewirkte.¹⁸ Ähnli-

¹⁵ Die „Vermögensaufstellungen“ zum 1. Jänner 1958 und 1959 sind den Jahreschlussbilanzen dieser Jahre angefügt.

¹⁶ Siehe „Bilanz per 31. Dezember 1968 berichtigt lt. Betriebsprüfung“, Beilage zur Bilanz 1968.

¹⁷ Es handelt sich dabei um Rückstellungen bestehender Kreditverpflichtungen gegenüber Personen, die größtenteils dem Unternehmen zuzuordnen sind.

¹⁸ Die Ergebnisse der Betriebsprüfung liegen nicht im Detail vor, die Korrektur geht jedoch aus dem „Betriebsvermögensvergleich“ der Bilanz 1972 hervor.

ches vollzog sich 1976, als eine weitere Betriebsprüfung das Eigenkapital der Firma um 5,2 Millionen nach oben korrigierte, während ein bilanzmäßiger Verlust von 3,4 Millionen vorlag.³⁹

Eine betriebsintern durchgeführte Korrektur ergab sich 1975. Das Geschäftsjahr 1973 war mit einem Verlust von 1.760.129,84 Schilling abgeschlossen worden. Nun erlaubten nachträgliche Erlöse aus Arbeitsgemeinschaften eine Reduzierung des Fehlbetrages auf 518.844,50.⁴⁰

Alle die hier aufgelisteten Wertanpassungen weisen in eine bilanzpolitische Richtung: Das Unternehmen war bemüht, das Vermögen unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risikofaktoren tunlichst niedrig zu halten. Sowohl betriebsintern angeordnete Erhebungen als auch steuerrechtlich vorgenommene Betriebsprüfungen können dafür als Beleg herangezogen werden. Die Firma verfügte in der gesamten Periode, so kann begründet rekapituliert werden, über stille Reserven, die phasenweise als gleich hoch wie die bilanzierten Vermögenswerte anzunehmen sind. Die in kurzen Zeitabständen erfolgten Betriebsprüfungen führten einerseits zu einer Auflösung stiller Reserven, zwangen andererseits die Geschäftsführung zu einer verstärkten offenen Rücklagenbildung, die von 1973 bis 1977 den Betrag von 6,6 auf 18,8 Millionen um nahezu das Dreifache anhub. Dieser Druck auf die Offenlegung der stillen Reserven verhielt steuerrechtliche Vorteile etwa bei Geltendmachung eines Investitionsfreibetrages, stützte aber auch die sich verstärkenden Bemühungen, das Unternehmen auf dem Kapitalmarkt zu positionieren.⁴¹

Der Blick auf das effektive Eigenkapital, das phasenweise beträchtlich über dem Bilanzwert liegend anzusetzen ist, beeinflusst auch die Antwort auf die Verschuldungs- und Liquiditätsfrage. Gemäß dem langfristigen Rückgang der Eigenkapitalquote zwischen 1955 und 1977 von 36 auf 10 stieg die des Fremdkapitals von 64 auf 90 Prozent an. Dementsprechend erhöhte sich der Verschuldungskoeffizient von 1,75 auf 9,09.⁴² Die am Verhältnis der „Bankschulden“ zu den „Barmitteln“ gemessene Nettoverschuldung zeigte bis 1972 einen oft beträchtlichen Überhang des verzinslichen Fremdkapitals, die weiteren Jahre brachten eine Umkehrung der Relation, die Barmittel erreichten 1977 den dreifachen Wert der Bankschulden.⁴³

Rücklagenbildung und Abbau der Nettoverschuldung steigerten gleichermaßen die Kreditwürdigkeit, die wie schon betont die firmenrechtliche Umwandlung er-

³⁹ Bilanz 1976. Auch dazu ist keine vollständige Stellungnahme überliefert.

⁴⁰ Beilage zur Bilanz 1973.

⁴¹ Zur Frage und Problematik der Umwandlung der offenen Personengesellschaft in eine GmbH siehe Teil V.

⁴² Der Verschuldungskoeffizient drückt das Verhältnis von Fremd- zum Eigenkapital aus. Siehe die Tabelle 4.7.

⁴³ Vgl. die Tabellen 4.6 und 4.9.



Firmenausflug



Belegschaft

möglichen sollte. In der Gewährung eines Avalkredits 1976 durch die Oesterreichische Länderbank kann ein Erfolg dieser Bemühungen gesehen werden.

Die Verschuldung bedeutete auch nicht eine Gefährdung der Zahlungsbereit-

schaft, es scheint hier in der gesamten Periode eine güterwirtschaftliche Liquidität vorgelegen zu haben. Einen ersten Hinweis bietet das Verhältnis der Kreditoren zu den Debitoren.⁴⁴ Im gesamten Zeitraum erreichten die bilanzierten Verbindlichkeiten nicht annähernd die Forderungen vergleichbaren Inhalts; nur zwischen 1966 und 1971 lag ihr Anteil über 50 Prozent mit dem Spitzenwert von 82 Prozent im Jahr 1970. Der Überhang der Debitoren erreichte in den fünfziger Jahren sein größtes Ausmaß, in drei Jahren betrug er mehr als das Siebenfache der Kreditoren.⁴⁵ Nach einem Rückgang bis 1970 pendelte sich das Verhältnis auf 2 zu 1 ein, 1977 bestand eine Relation von 3,34 zu 1, der höchste Wert seit 1962. Auch eine Gegenüberstellung von kurzfristigem Umlaufvermögen zu kurzfristigen Verbindlichkeiten belegt die durchgängig vorhandene Fähigkeit des Unternehmens, den Zahlungsverpflichtungen entsprechen zu können. Die als Mobilitätsgrad⁴⁶ bezeichnete Kennziffer lag in allen Jahren über 1; 1955 wurden die Verbindlichkeiten durch ein mehr als doppelt so umfangreiches Vermögen abgedeckt. Selbst 1970, das zu den wirtschaftlich schwierigsten Jahren zählte, überwogen die als Zahlungsmittel einzustufenden Vermögensteile wenn auch nur knapp die Verbindlichkeiten. Vor der Umwandlung der OHG in eine GmbH bestand nicht nur ein finanzielles Gleichgewicht, das *working capital* überstieg die anstehenden Ausgaben um etwa vierzig Prozent.

Das Bild des finanziellen Gleichgewichts, des durch Vermögenswerte abgesicherten Kapitaleinsatzes, kann auch aus den Werten der Anlagendeckung gewonnen werden. Von 1955 bis 1973 deckten allein die Eigenmittel, also ohne Berücksichtigung des in den Rückstellungen liegenden Risikokapitals das gesamte Anlagenvermögen ab. Ab 1974 kann von einer Gleichwertigkeit gesprochen werden. Rechnet man die als langfristig einzustufenden Fremdmittel (Bankschulden) mit ein, so ist 1974 bis 1977 eine finanzielle Überdeckung der Anlagen von dreißig bis fünfzig Prozent festzustellen.⁴⁷

Wenn auch die Gewinnermittlung durch bilanzpolitische Ziele in eine gewünschte Richtung gelenkt wurde,⁴⁸ so zeigt das Verhältnis von Aufwand und Ertrag und deren Zusammensetzung in gewisser Weise den Spielraum auf, den das Unternehmen strategisch ausnützen konnte. Die in der „Verlust- und Gewinnrechnung“ der Jahre 1955 bis 1978 aufscheinende Gliederung der Kosten und Erlöse bringt deren Kontinuität zum Ausdruck, obwohl in den einzelnen Positionen die Zuordnungskriterien

⁴⁴ Tabellen 4.4 und 4.8.

⁴⁵ Tabelle 4.26.

⁴⁶ In die Berechnung sind einbezogen: kurzfristiges Umlaufvermögen (Materialbestände, Debitoren, Barmittel, Forderungen an Arbeitsgemeinschaften); kurzfristige Verbindlichkeiten (Kreditoren, Verbindlichkeiten gegen Arbeitsgemeinschaften, sonstige kurzfristige Zahlungsverpflichtungen, Wertberichtigungen zu bestehenden Forderungen).

⁴⁷ Tabellen 4.1, 4.7 und 4.9; vgl. die Bilanzen 1974 bis 1977.

⁴⁸ Dies hat nichts mit Bilanzfälschung zu tun, die sowohl aus ökonomischer wie aus rechtlicher Sicht die zulässige Ausgangsbasis verlässt.

eine Entwicklung erkennen lassen. Bis 1967 wurden dem „Bauaufwand“ die „Bauerlöse“ gegenübergestellt. In den angefügten Beilagen wird die jeweilige Gesamtsumme nach Bauobjekten aufgegliedert, so dass deren finanzielles Ergebnis ersichtlich wird. Eine Trennung in Gewinn- und Verlustgeschäfte kann abgelesen werden. Ab 1968 steht der Position Bauerlöse ein in fünf Kategorien geteilter Bauaufwand gegenüber: Material- und Personalaufwand, die Subunternehmer- und Transportkosten sowie die Zahlungen für die Miete von Fremdgeräten und für Energiebezüge. Die Möglichkeit, Kosten und Erträge einzelnen Bauten zuzuordnen, ist ab nun nicht mehr gegeben.⁴⁹ Gleichzeitig werden 1968 die im Vorjahr (1967) als Umlaufvermögen bilanzierten „Bauten in Ausführung“ als Aufwand ausgewiesen, dem eine gleichnamige Position als Ertrag und in gleicher Höhe als Teil des Umlaufvermögens im Berichtsjahr (1968) gegenübergestellt wird.⁵⁰

Allgemein ist wie schon in der vorigen Periode zu beachten, dass nicht immer Bruttobeträge zum Einsatz kamen; so wurden „Zinsen“ nur soweit berücksichtigt, als sie sich nach Aufrechnung entweder als Aufwand oder Ertrag niederschlugen.⁵¹

Insgesamt wuchs Aufwand und Ertrag von 1955 bis 1978 einschließlich der Position „Bauten“ um etwa das Siebzehnfache an.⁵² Die Bauerlöse allein nahmen um das 12,45fache, die entsprechenden Kosten um das 17,6fache zu.⁵³ Dieser beachtliche Aufschwung des Geschäftsumfanges ging nicht kontinuierlich vonstatten, in rund einem Drittel der Berichtsjahre nahmen Kosten und Erlöse ab. Ebenso oft kam es zu bedeutenden Ertragszuwächsen, die 1961 eine Verdoppelung erreichten.⁵⁴ Da in diesem Jahr die Gesamtkosten nur um 87 Prozent anstiegen, stellte sich das Verhältnis zu den Einnahmen auf 0,94 zu 1. Dies ist der zweitniedrigste Wert in der gesamten Periode, nur 1963 lag er mit 0,88 noch tiefer. Der stärkste Überhang des Aufwandes ergab sich 1965 mit 4,40 Prozent.

Mit dem Blick auf die Kernkompetenz der Firma, die Erstellung von Bauten, erhebt sich die Frage, inwieweit diese Tätigkeiten am Gesamtergebnis, am Gewinn und Verlust, beteiligt waren. Die folgenden Berechnungen sollen an die Kostenstruktur und an die Gewinnermittlung herantühren und auch eine Einschätzung der Entwicklung der Rentabilität ermöglichen.

Grundsätzlich können die in den Bilanzen genannten „Bauerlöse“ als Umsatzer-

⁴⁹ Dieser Wechsel von der Baustellen- zur Kostenstellengliederung der GuV war bedingt durch steuerliche Vorschriften, die sich aus den 1967 eingeführten Änderungen der Einkommens- und Umsatzsteuer ergaben.

⁵⁰ Gemäß den gesetzlichen Bestimmungen (Umsatzsteuergesetz 1972) mussten Erträge bei „halbfertigen Bauten“ als Vorräte in das Umlaufvermögen gestellt werden (§27.1).

⁵¹ Diese Vorgangsweise entsprach den geltenden Bestimmungen für OHG.

⁵² Tabelle 4.10.

⁵³ Siehe Tabellen 4.11 und 4.12.

⁵⁴ 1957 nahmen die Erträge um 76 Prozent, 1964 um 69 und 1974 um 44 Prozent zu.

löse und der „Bauaufwand“ als Herstellungskosten eingestuft werden.⁵⁵ Diese von den Erstgenannten abgezogen ergeben eine als Bruttogewinn zu bezeichnende Ertragsgröße. Der weiter um die Verwaltungskosten verminderte Bruttogewinn zeigt ein Betriebsergebnis an (EBIT), das gleichsam die gewöhnliche Geschäftstätigkeit abbildet. Eine weiterführende Aufgliederung dieser Gewinngröße (Kapitalgewinn, Reingewinn vor Steuern usw.) ist anhand des vorliegenden Materials nicht möglich.

Die mit 1968 greifenden Änderungen in der GuV machen einige weitere datenmäßige Umschichtungen nötig. Wie bereits hervorgehoben wird ab 1968 die Position „Bauten in Ausführung“ zusätzlich zu den Angaben über Kosten und Erträge der Bautätigkeit in der GuV geführt. Zusammen bilden diese Daten den Umfang aller Kosten und Erträge im Rechnungsjahr ab. Ab 1968 bedürfen also die ausgewiesenen Bauerlöse und die den Bauaufwand betreffenden Positionen der Ergänzung mittels des Ergebnisses aus „Bauten in Ausführung“.⁵⁶

Auch bezüglich des Bruttogewinns muss der Datenstruktur entsprechend eine Einschränkung vorgenommen werden. Ein Bruttogewinn des genannten Inhalts ist genau genommen nur bis 1967 möglich, danach enthält der Bauaufwand auch wesentliche Anteile der „Verwaltungskosten“. Dies erzwingt eine Zweiteilung der Untersuchung in die Jahre bis 1967 und danach. Keine Schwierigkeit bietet das Datenmaterial bei der Berechnung des EBIT: Von den Bauerlösen können der Bauaufwand und die wenn auch unterschiedlich zugeordneten Verwaltungskosten abgezogen werden.

Der am Umsatz orientierte Bruttogewinn relativiert das bilanzierte Jahresergebnis, da er bereits stärker das Resultat der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit anzeigt. In der bis 1967 möglichen Berechnung stellte sich der Bruttogewinn auf 5,92 (1966) bis 22,10 (1955) Prozent der erzielten Erlöse.⁵⁷ Hinter den stark schwankenden Anteilsgrößen stehen z.T. beträchtliche Änderungen in den absoluten Werten, die sich zwar bei Erlösen und Kosten gleichgerichtet, jedoch unterschiedlich im Ausmaß, entwickelten. Eine deutliche Steigerung der Umsätze wie auch des entsprechenden Aufwandes ist für 1957, 1961 und 1964 festzustellen, wobei durchwegs von einer Verdoppelung gesprochen werden kann.⁵⁸ Ein so starkes Wachstum darf sicherlich als Hinweis auf eine erfolgreiche Marktanpassung genommen werden, wobei allerdings auch die Modalitäten der buchhalterischen Verrechnung zu berücksichtigen sind.⁵⁹

Die stärksten Veränderungen traten 1957 ein; der Bauerlös stieg um 115, der

⁵⁵ Der Bauaufwand wird wie schon betont ab 1968 fünfgeteilt geführt: Material- und Personalaufwand, Subunternehmer- und Transportkosten, Miete für Fremdgeräte, Energiebezüge.

⁵⁶ Siehe die ergänzten Daten in Tabellen 4.28 und 4.29.

⁵⁷ Tabelle 4.29.

⁵⁸ 1967 nahmen Ertrag und Aufwand aus der Bautätigkeit um 82, bzw. 81 Prozent zu, Ebda.

⁵⁹ Während Baukosten in der Regel durch Vorliegen fixer Rechnungsbeträge rasch zu Zahlungen führen, werden Erträge erst nach Abschluss aller einschlägigen Zahlungseingänge als solche verbucht.

Bauaufwand um 140 Prozent, wodurch sich deren Verhältnis von 1,22 (1956) auf 1,09 (1957) verschob. Die nach einzelnen Bauten ausgewiesenen Kosten und Erträge geben Aufschluss über Struktur und rechnerischen Abschluss der Arbeiten.⁶⁰ Während 1956 vier Bauobjekte in Millionenhöhe abgerechnet wurden, erreichten 1957 elf dieses Ausmaß. Die Gesamtzahl der Baustellen nahm von 39 auf 47 zu. Damit stieg der durchschnittliche Aufwand von 395 Tausend (1956) auf 786 Tausend (1957) oder um 99 Prozent. Die Vergleichsdaten für die Erträge lauten 482 Tausend (1956) und 859 Tausend (1957), der Anstieg betrug 78 Prozent. Die Ursache für die insgesamt mehr als das Doppelte betragende Ausweitung des Umsatzes wie der Kosten liegt vor allem in der Durchführung von Großprojekten, deren drei größte⁶¹ 1957 mit einem Ertrag von 14,2 Millionen und einem Aufwand von 14,4 Millionen Schilling zu Buche schlugen, während diese Projekte 1956 noch in Planung und Vorbereitung waren, was Einnahmen wie Ausgaben von 111 Tausend verursachte. Damit entfiel auf diese drei Bauten 1957 ein Anteil von mehr als einem Drittel am gesamten Betriebsergebnis, 1956 lag er unter einem Prozent.

Das Jahr 1957 kann trotz der im Berichtszeitraum von 1955 bis 1978 wahrscheinlich höchsten Veränderungsquote im Geschäftsumfang als Normalfall im Baugeschäft der Firma angesehen werden. Es ist ein sich wiederholendes Beispiel für die sich festigende Fähigkeit des Unternehmens, Großprojekte mit oder ohne Geschäftspartner (Arbeitsgemeinschaften) auszuführen. Die Anzahl der übernommenen Aufträge wie deren Größenordnung sind ein guter Hinweis auf die Mobilität und das Leistungspotential der Firma. 1959 konnten 17 Millionenprojekte bei 46 Baustellen mit einem Gesamtumsatz von 51 Millionen Schilling abgerechnet werden. Im folgenden Jahr fanden 10 Projekte mit Millionenhöhe bei 32 Bauten und einem von 51 auf 29 Millionen nahezu halbierten Umsatz einen rechnerischen Niederschlag. 1961 war wiederum ein Jahr mit überdurchschnittlichem Wachstum, was sich auch in der Zahl der Bauprojekte zeigt: 19 mit einem Erlös von je über einer Million; die Gesamtzahl der Baustellen betrug 49. Die stark schwankende Bilanz der Geschäftstätigkeit findet auch im durchschnittlichen Erlös der Bauten Ausdruck: Von 1959 bis 1961 lauten die Jahreswerte 1,1 sowie 0,9 und 1,3 Millionen Schilling.

Die Umsatzsteigerung des Jahres 1964 ist ein weiteres Beispiel einer sich fortsetzenden Entwicklung. Die Zahl der Millionenprojekte stieg gegenüber dem Vorjahr von 19 auf 27 an. Die Zahl der Baustellen nahm von 58 auf 73 zu, und der durchschnittliche Umsatz erhöhte sich von 1,0 auf 1,7 Millionen Schilling. Auch 1967 kam es zu einer umfangsmäßig wie strukturell bedeutenden Veränderung: Die Zahl der Millionenwerte erreichenden Arbeiten erhöhte sich von 22 (1966) auf 31, die

⁶⁰ Die Daten wurden den entsprechenden Beilagen zu den Jahresschlussbilanzen entnommen.

⁶¹ Es handelt sich um „Schrannenberggasse“, „P 69 Autobahnbrücke“ und „Obere Donaustraße“ (Bezeichnungen aus den Beilagen zur GuV).

Gesamtzahl der Bauten stieg von 72 auf 85, und die Erlöse erreichten im Schnitt die Zweimillionenhöhe gegenüber einem Vorjahreswert von 1,3 Millionen.

Der aus „Bauerlös“ und „Bauaufwand“ abgeleitete Bruttogewinn nahm in der Periode 1955 bis 1967 langfristig ab. Bis 1963 lagen die Jahreswerte bei zwei Ausnahmen über der Zehnprozentmarke und einem Durchschnitt von 14,91, in den folgenden vier Jahren bis 1967 konnte nur ein Prozentsatz von 7,28 erwirtschaftet werden.⁶²

Der Bruttogewinn als eine am Umsatzkostenverfahren ausgerichtete Erfolgsgröße hatte 1966 mit 5,92 Prozent des Bauerlöses seinen nach 1955 niedrigsten Stand erreicht. Die Entwicklung danach ist bis 1978 von großen Gegensätzen gekennzeichnet. Während 1969 der Bruttoerlös bei 34,18 lag, musste 1970 und 1971 eine Verlustquote von unter einem, 1972 jedoch von 21,34 Prozent hingenommen werden. Der letzte Jahresabschluss der OHG 1978 wies einen negativen Wert von zehn Prozent aus.⁶³

Hinter dieser sich im Jahrzehnt von 1968 bis 1978 verschlechternden Relation zwischen Umsatz und Kosten im Baugeschäft steht eine Steigerung der Bauerlöse von 119 Prozent, während der Bauaufwand um 144 Prozent anwuchs. An der Kostensteigerung war am stärksten der Personalaufwand mit 165 Prozent beteiligt, der Materialaufwand stieg um 147 Prozent, die restlichen Baukosten erhöhten sich nur um 110 Prozent.⁶⁴

Für die Berechnung des finanziellen Ergebnisses der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBIT)⁶⁵ steht ein für die Gesamtperiode geeignetes Datenmaterial zur Verfügung. Allerdings ist wieder gemäß den strukturellen Änderungen in der GuV 1968 ein Vergleich der Jahre vor mit jenen nach diesem Zeitpunkt nur bedingt möglich. Vor 1968 stellten die Verwaltungskosten eine einheitliche Aufwandsgröße dar, danach wurden sie größtenteils einzelnen Kostenstellen zugeordnet, ein verbleibender Rest jedoch unter der alten Bezeichnung ausgewiesen.

Das durch EBIT ausgedrückte Betriebsergebnis zeichnet im Wesentlichen die Bewegungen im Bruttogewinn nach. Die den Verwaltungskosten eigene Dynamik eines stetigen Anstiegs schlägt sich jedoch in der EBIT-Marge nieder. Im Verhältnis zum gesamten Bauaufwand bieten sie zusätzlichen Einblick in die Entwicklung der Kostenstruktur. Zu Beginn der Periode erreichten die Verwaltungskosten die Höhe von 9,22, 1967 kann ein Anteil von 5,61 Prozent errechnet werden. Die durchschnittliche Quote lag bei 6,69 Prozent. Absolut gesehen stiegen die Spesen auf das Dreieinhalbfache, der Bauaufwand jedoch auf das Achteinhalbfache an.

⁶² Tabelle 4.29.

⁶³ Ebd. Ein Vergleich mit der Periode vor 1967 verbietet sich aufgrund der unterschiedlichen Datenstruktur.

⁶⁴ Tabelle 4.28 und 4.29.

⁶⁵ EBIT = Bruttogewinn – Verwaltungskosten.

1968 entfielen 1,65 und 1978 1,91 Prozent des Bauaufwandes auf die Spesen, Ergebnis einer absoluten Zunahme der Verwaltungskosten von 181 Prozent entgegen von 144 Prozent der Baukosten. Obwohl sich auch in dieser Frage ein direkter Datenvergleich mit der Periode davor verbietet, die Zusammensetzung des Spesenkontos änderte sich, wird eine deutliche Trendänderung sichtbar. Bis 1967 ging der Kostenanteil der Spesen langfristig zurück, nach 1967 waren die Verwaltungskosten wieder, wenn auch auf niedrigem Niveau, stärker als der Bauaufwand insgesamt angestiegen.⁶⁶

Die insgesamt sich verlangsamende Gewinnentwicklung kann auch an den Mittelwerten von Bruttogewinn und EBIT in ihrem Anteil am gesamten Bauerlös abgelesen werden. Von 1955 bis 1967 wurde ein durchschnittlicher Bruttogewinn in der Höhe von 12,56 Prozent erzielt, danach bis 1978 nur noch im Ausmaß von 3,66 Prozent. Die EBIT-Marge betrug in der ersten Phase 4,27, in der zweiten 1,79 Prozent.⁶⁷ Dieses Ergebnis liest sich wie eine Bestätigung der in den Bilanzgewinnen angezeigten Entwicklung, mit ein Hinweis auf die geringe Bedeutung des nicht Betriebszwecken dienenden Kapitals, worauf später noch einzugehen sein wird.

Die von 1955 bis 1967 über Baustellen abgerechneten Bauerlöse und Baukosten gestatten einen Einblick in die Zusammensetzung des Baugeschäftes sowohl der Verteilung als auch dem finanziellen Ergebnis nach.⁶⁸

Die Zahl der 1967 abgeschlossenen Bauten⁶⁹ lag mit 82 etwa doppelt so hoch wie im Jahr 1955 mit 44 Objekten. Bis 1962 kam es zu keinen großen Schwankungen in der Auftragslage. Erst ab 1963 nahmen die Baustellen jährlich zu und verdoppelten sich bis 1967. Bezüglich ihrer regionalen Verteilung blieben Wien und Niederösterreich bevorzugte Standorte, wobei Straßen- und Industriebau das Hauptkontingent stellten. Als Auftraggeber fungierten vor allem die Stadt Wien und das Land Niederösterreich, bzw. die großen verstaatlichten Unternehmen wie die OMV oder die ÖBB.

Wie schon mittels der Kennziffer Bruttogewinn angedeutet, nahm die Umsatzrentabilität mit der Ausweitung des Baugeschäftes ab. Besonders deutlich zeigt sich dies zwischen 1963 und 1967, als die Baustellen von 58 auf 82 anstiegen, die Umsatzgewinnquote jedoch von 21 auf 7 Prozent zurückging.

Ein Blick auf die sogenannten Gewinn- und Verlustgeschäfte führt noch näher an die in der Periode eingetretenen Änderungen in der Erreichbarkeit der Erfolgsziele heran. Die Anzahl der mit Verlust abgerechneten Baustellen betrug von 1955

⁶⁶ Tabelle 4.29.

⁶⁷ Ebd.

⁶⁸ Siehe dazu die Tabellen 4.17 bis 4.19. Die in den Jahresschlussbilanzen aufgelisteten Baustellen fassen manchmal mehrere Baustellen unter einer Bezeichnung zusammen wie „Diverse Wien“ oder „Diverse Brünnern“.

⁶⁹ Tabelle 4.17.

bis 1964 zwischen zwei und sechs, die Verlustquote lag bei sechs Prozent. Die Jahre 1965 bis 1967 verzeichneten acht, bzw. zwölf mit einem Kostenüberhang, die Verlustquote erhöhte sich auf acht Prozent. Hält man dagegen die über Gewinngeschäfte erreichten Erlöse, dann nahm die Erfolgsquote in den verglichenen Zeitabschnitten von 21 auf zehn Prozent ab. Es hat den Anschein, dass für den Rückgang der Gewinnmarge weniger der über einzelne Verlustgeschäfte erwirtschaftete Abgang als die nachlassende Erfolgsquote pro Gewinngeschäft verantwortlich zeichnete.



*Straßenbau Asphalt
Wien, Kaiser Mühlendamm*

Die mit dem Jahr 1968 geänderte Gliederung der GuV verlangte oder ermöglichte auch eine andere Aufbereitung des zugeordneten statistischen Materials, wie es in den „Beilagen“ der Bilanzen aufscheint. Die Bauerlöse bieten nun eine Gliederung nach Baukategorien, wobei z.T. auch deren regionale Verteilung sowie die über einzelne Filialen erzielten Erträge berücksichtigt werden.⁷⁰

Die Schwerpunkte der Bautätigkeit lagen nach 1968 im Straßenbau, der bis 1978 zumindest die Hälfte des Ertrages abwarf. 1970 und 1972 entfielen mehr als siebenzig, 1971, 1973 und 1976 mehr als sechzig Prozent auf diesen Zweig. Die entsprechenden Arbeiten wurden sämtliche in Wien und Niederösterreich ausgeführt, wobei bis 1973 Wien den größeren Anteil hatte, danach zunehmend das Land Niederösterreich. An zweiter Stelle rangierte, wenn auch mit großen Schwankungen, der Industriebau.

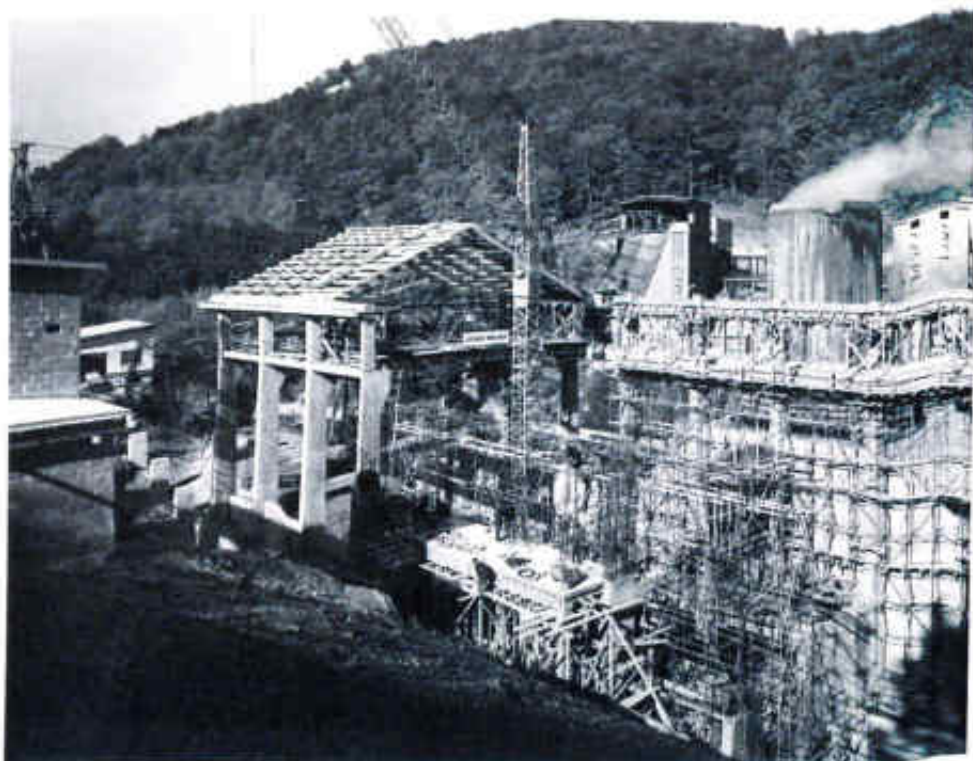
⁷⁰ Siehe Tabelle 4.31.



*Straßenbau Beton
Einsatz von Betonmischfahrzeugen*

1968, 1974/75 und 1978 konnte mehr als ein Viertel der Einnahmen aus diesen Bauten erzielt werden. Der Hochbau nahm die dritte Position ein, sein Anteil betrug 1973 und 1974 um die zehn Prozent. Zuletzt ist der Brückenbau zu nennen, dessen Bauerlöse gering waren; von 1972 bis 1976 fehlen außerdem Arbeiten auf diesem Gebiet gänzlich. Keine Aufteilung auf die einzelnen Baukategorien lassen die über die Filiale Auersthal (bis 1977) und Zistersdorf (1978) abgewickelten Arbeiten zu, deren Erträge allerdings im Schnitt ein Fünftel zum gesamten Bauerlös beitrugen. Alles in allem ist davon auszugehen, dass trotz gewisser Schwankungen im Bauvolumen der einzelnen Kategorien mindestens die Hälfte der Einnahmen aus dem Straßenbau kam, wobei sich dessen Schwerpunkt allmählich von Wien nach Niederösterreich verlagerte.

Im gesamten Zeitraum von 1955 bis 1978 wuchsen Aufwand und Ertrag wie schon festgehalten um etwa das Vierzehnfache an. An diesem Ergebnis war die Bautätigkeit unterschiedlich, im Trend jedoch gleichbleibend beteiligt. Von 1955 bis 1967 stellten die Baukosten im Schnitt 71,70 Prozent der gesamten Aufwendungen, ein Anteil, der im anschließenden Jahrzehnt (bis 1978) 76,94 betrug. Diese Steigerung beruhte wesentlich auf der in diesem Jahrzehnt gegenüber vorher üblichen Kostenstellenrechnung, die nun vor allem einen Großteil der Verwaltungsausgaben dem



Industriebau – Pyhrmooser Zementwerk, Wien-Rodaun

Bauaufwand zuordnete. Auch die Bauerlöse behielten im Verhältnis zum Gesamtertrag ihre Anteilsquote bei. In der erstgenannten Periode betrug dieser Wert durchschnittlich 81,07, in der nachfolgenden können 81,05 Prozent gemessen werden. Bedenkt man die gleichzeitig erzielten Umsatzsteigerungen, entsteht der Eindruck eines über die Zeit gleichbleibenden Verhältnisses zwischen Bautätigkeit und dem gesamten Geschäftsaufkommen.⁷¹ Im Folgenden soll trotzdem den Hinweisen auf weitere betriebliche Aktivitäten nachgegangen werden.

Die den Bilanzen angefügten Beilagen erlauben gewisse, jedoch keine detailgetreuen Schlussfolgerungen auf den gesamten Strukturwandel des Aufwandes wie der Erlöse. Außer der Feststellung des Anteils des Bauaufwandes können Spesen (Verwaltungskosten), Abschreibungen und eine Restgröße des Kostenanteiles eruiert werden. In der Periode 1955 bis 1967 entfielen durchschnittlich, wie oben ausgeführt, 71,70 Prozent des Gesamtaufwandes auf die entstandenen Baukosten. Die restlichen 28,30 Prozent verteilten sich zu 6,69 Prozent auf die Spesen, zu 7,84 Prozent auf die Ab-

⁷¹ Tabellen 4.11, 4.12, 4.33 und 4.34.



*Schule für Kinder mit besonderen Bedürfnissen
1959 errichtet*

schreibungen und zu 13,77 Prozent auf den Restaufwand.⁷² Das Jahrzehnt von 1968 bis 1978 bietet in dieser Frage ein durchaus vergleichbares Bild: Hier setzten sich die im Schnitt über die Baukosten (76,94 Prozent) hinausgehenden 23,06 Prozent des Aufwandes wie folgt zusammen: 1,49 Prozent entfielen auf die Spesen (Verwaltungskosten), 4,63 auf Steuern, 3,94 auf Abschreibungen, 0,43 auf Verluste aus Arbeitsgemeinschaften und 12,57 Prozent auf einen Restaufwand.⁷³

Der in der Periode bis 1967 sichtbar höhere Anteil der Verwaltungskosten umschloss die gesamte Steuerleistung, die ab 1968 separat ausgewiesen wurde. Addiert mit den Spesen ergibt sich jedoch eine Quote von 6,12 Prozent, eine mit der Vorperiode (6,69 Prozent) weitgehende Übereinstimmung. Die im Jahrzehnt nach 1968 halbierte Abschreibungsquote zeigt das Ergebnis eines Wandels auf, der als Übergang von einer Phase extensiv genützter Abschreibungsmöglichkeiten⁷⁴ zu einer als plangemäß einzustufenden Wertberichtigung der Anlagen zu bezeichnen ist.⁷⁵ Einer

⁷² Vgl. Tabelle 4.12.

⁷³ Vgl. Tabelle 4.33.

⁷⁴ Dazu gehört die Inanspruchnahme „vorzeitiger Sonderabschreibungen“ wie auch von außerplanmäßigen Wertberichtigungen. Siehe die Ausführungen zur Investitions- und Finanzierungspolitik.

⁷⁵ Der beträchtliche Umfang der im gesamten Zeitraum vorgenommenen Wertberichtigungen geht auch aus dem Vergleich der durchschnittlichen Abschreibungsquote am Anlagevermögen in den beiden Perioden hervor: 1955 – 1967 (65,81 Prozent) und 1968 – 1978 (44,86 Prozent). Siehe

näheren kurzen Betrachtung bedarf auch der sogenannte Restaufwand, der mit 13,77 Prozent (Periode 1) und 12,57 Prozent (Periode 2) im Schnitt eine in der Dimension, aber nicht in der Zusammensetzung vergleichbare Größe darstellt.

In der Periode 1 (bis 1967) entfiel mit knapp dreißig bis über sechzig Prozent der größte Teil des Restaufwandes auf sogenannte „Bauhofkosten“.⁷⁶ Waren die Anteile bis 1961 schwankend, zeichnet sich ab diesem Jahr (39,60 Prozent) eine kontinuierliche Steigerung bis 1967 mit 62,46 Prozent ab. Auch Zinsen (eine saldierte Größe), Gewerbesteuer, Rückstellungen, Verluste aus Arbeitsgemeinschaften (nicht saldiert) sowie „außerordentliche“ Kosten sind im Restaufwand enthalten.

Ab 1968 setzte sich die restliche Aufwandsgröße entsprechend den neuen Verrechnungsrichtlinien anders zusammen, die saldierte Zinsleistung, die diversen Rückstellungen oder auch die Verluste aus Arbeitsgemeinschaften blieben jedoch ein wesentlicher Anteil.⁷⁷ Insgesamt sind bei den im gesamten Jahrzehnt (bis 1978) rasch wechselnden Anteilsquoten die ebenso starken Schwankungen des gesamten Aufwandes mit zu berücksichtigen, die den prozentuellen Anteil einer Restgröße beeinflussen.

Die der GuV zu entnehmende Ertragslage des Unternehmens beruhte im gesamten Zeitraum von 1955 bis 1978 im Schnitt, wie bereits hervorgehoben wurde, zu vier Fünfteln auf dem Leistungsentgelt der Bautätigkeit.⁷⁸ Die restlichen zwanzig Prozent verteilten sich in den zwei Perioden⁷⁹ äußerst unterschiedlich, was überwiegend auf Änderungen in der Verrechnung zurückzuführen ist. Vergleichbar sind die Erträge aus Arbeitsgemeinschaften, die in Periode 1 und 2 durchschnittlich 4,82 und 2,93 Prozent ergaben. Nicht vergleichbar sind die bis 1967 vermerkten „Erträge aus Gerätemieten für eigene Baustellen“ (9,20 Prozent) mit den ab 1968 unter „Geräteverrechnung“ aufscheinenden Erlösen (0,77 Prozent). Selbst bei Hinzufügung der unter „Sonstige Erlöse“ ausgewiesenen „Erlöse für Vermietung & Beistellung von Geräten“ ergibt sich nur ein Anteil von 1,81 Prozent.⁸⁰ Auch nach Abzug dieser Erlöse aus Bautätigkeit, Arbeitsgemeinschaften und Geräteverleih vom Gesamtertrag unterscheidet sich der Restbetrag beträchtlich: Er liegt bei 4,90 und 15,24 Prozent des Gesamtertrages.⁸¹ Der hohe Anteil in Periode 2 geht vor allem auf die Zunahme jener Erträge zurück, die sich aus dem Handel und Verkauf von Baumaterialien wie aus der Verwertung von Liegenschaften oder durch Beteiligungen an anderen Gesellschaften

⁷⁶ Tabelle 4.24.

⁷⁷ Dazu zählten alle Betriebskosten, im Besonderen die Ausgaben der Lagerverwaltung, des Werkstatt- und Fuhrwerksbetriebes, die jeweils den Personal- wie Materialaufwand mit einschlossen. Siehe Tabelle 4.35.

⁷⁸ Vgl. Tabelle 4.33.

⁷⁹ Siehe Tabellen 4.11 und 4.34.

⁸⁰ Periode 1 (1955–1967) und Periode 2 (1968–1978).

⁸¹ Tabellen 4.34 und 4.36.

⁸² Wie Anm. 77.

ergaben, wozu das Unternehmen rechtlich befugt war. Eine teilweise weiterführende Aufgliederung der aus diesen Geschäften resultierenden Erträge ist anhand der Beilagen zur GuV möglich, hier möge aber der Hinweis darauf genügen.

Eine abschließende Bewertung der Ertragsstärke des Unternehmens stößt auf mitunter widersprüchliche Faktoren. Der rechnerische Abschluss der Geschäftsjahre weist in 15 von 24 Perioden einen Verlust aus.⁸² Die Eigenkapitalbildung war jedoch, wie schon festgestellt werden konnte, davon nur bedingt betroffen. Von 1955 bis 1978 stiegen die Eigenmittel auf das Dreifache an. Dieses Ergebnis überrascht umso mehr, da im gleichen Zeitraum seitens der Gesellschafter dem Unternehmen 80 Millionen entnommen und nur 56 Millionen als Einlagen refundiert wurden.⁸³ Des Rätsels Lösung liegt, wie in einigen Details schon ausgeführt, in einer vorsichtigen Bewertung aller bilanzierten Wirtschaftsgüter. Von entscheidender Bedeutung waren die nach Betriebsprüfungen erforderlichen Korrekturen der Wertansätze einzelner Aktiv- wie Passivpositionen, die zur Offenlegung stiller Reserven führten und das Eigenkapital anhoben. Dahinter stand die auch in internen Vermögenserhebungen festgestellte Minderbewertung vieler Vermögensteile oder extensiv angesetzter Deckungsbeträge für noch nicht abgerechnete Aufwendungen, was im Hinblick auf eine risikobewusst geführte Gewinnpolitik angestrebt wurde.⁸⁴ Insgesamt führten die nach Betriebsprüfungen, aber auch nach intern vorgenommenen Korrekturen zu positiven Wertanpassungen des Betriebsvermögens von rund 21 Millionen Schilling.⁸⁵ Die Verdreifachung des Eigenkapitals beruhte jedoch überwiegend auf der Rücklagenbildung, die erstmals 1958 in Angriff genommen wurde und mit 1,3 Prozent der Eigenmittel zu Buche stand. 1977 beliefen sich die Reserven auf 18,8 Millionen, das entsprach nun einem Anteil von 61 Prozent.⁸⁶ Wie entwickelten sich angesichts dieser Faktoren die Einkommen der Gesellschafter und deren Vermögensanteile an der OHG *Pittel & Brausewetter*?

Das Jahr 1955 brachte in der Firmenstruktur und in der Verteilung der Leitungsfunktionen keinen Einschnitt. Die in der Schillingeröffnungsbilanz zitierten Gesellschafter Benno und Viktor Brausewetter sowie Emanuel Kohout und Leopold Heinelein hatten das Unternehmen bereits im Krieg geführt und nach einer dreijährigen Phase der kommissarischen Verwaltung 1948 die Aufbauarbeit fortgesetzt. Gemäß den Vermerken im Handelsregister schied Viktor 1957 aus, ihm folgte als Gesellschafter sein Neffe Karl Brausewetter; Benno blieb bis zu seinem Tod 1965 im Un-

⁸² Das addierte Ergebnis zeigt einen Periodenverlust von 2,1 Millionen Schilling an, was einem durchschnittlichen Abgang von 88.678,04 entspricht.

⁸³ Siehe Tabelle 4.49.

⁸⁴ Vgl. S. 236ff.

⁸⁵ Die dem Volumen nach bedeutendsten Berichtigungen erfolgten 1969 (9,2 Mill.) und 1972 (5 Mill. Schilling); wie Anm. 83 und Jahresbilanzen 1969 und 1972.

⁸⁶ Siehe Tabelle 4.20.

ternehmen tätig. 1974 kam es zu einem weiteren Generationenwechsel in der Familie Brausewetter, Albrecht übernahm von seinem Vater Karl die Funktion eines Gesellschafters. Auch die Tätigkeit von Emanuel Kohout und Leopold Heinlein fand eine direkte Fortsetzung in deren Söhnen Otto und Gerhard. Schließlich zählten auch sie mit Albrecht Brausewetter und Hans Brünner zu den Gründern der GmbH *Pittel & Brausewetter* im Jahr 1979.



Hans Brünner



Albrecht Brausewetter

Diese das gesamte Baugeschäft, seine technische wie finanzielle Abwicklung prägende Kontinuität fand auch in der Entwicklung des Betriebsvermögens und dessen Aufteilung ihren Niederschlag. Der aus den Konten der Gesellschafter (Kapitalkonto, Privatkonto) sich zusammensetzende Kapitalfonds erreichte 1955 die Höhe von rund zehn Millionen Schilling, über die Benno Brausewetter mit 31,86 und Viktor Brausewetter mit 7,30 Prozent verfügten; die Anteile von Emanuel Kohout und Leopold Heinlein stellten sich auf 25,74, bzw. auf 35,10 Prozent.¹⁷ Die beim Erlöschen der OHG 1978 aufgestellte Schlussbilanz weist ein Betriebsvermögen von 15,2 Millionen Schilling aus, auf das die vier Gesellschafter Gerhard Heinlein, Otto Kohout, Albrecht Brausewetter und Hans Brünner in etwa zu gleichen Teilen Anspruch hatten.¹⁸

¹⁷ Siehe Tabelle 4.23.

¹⁸ Betriebsvermögensvergleich, Bilanz per 31. Dezember 1978, P+B, Zentralarchiv Wien.

Obwohl kein Gesellschaftsvertrag aus dieser Zeit überliefert ist, kann aus den im jährlichen „Betriebsvermögensvergleich“ dargelegten Fakten die Gewinn- und Verlustverteilung abgeleitet werden; auch die Bewegungen in den Privatkonten der Gesellschafter wie deren Jahresgehälter vermitteln einen Einblick in die Einkommenssituation.⁸⁹

Benno Brausewetter war von 1955 bis 1957 am Jahresergebnis mit gut einem Viertel beteiligt, auf Viktor entfielen 1955 zehn Prozent, im Jahr seines Ausscheidens 1957 wurden ihm trotz Bilanzverlust 30.000 Schilling zugesprochen. Leopold Heinlein und Emanuel Kohout verfügten in diesen drei Jahren über Quoten von 35 bis 40, bzw. von 30 bis 34 Prozent. Die mit 1958 eingetretenen gesellschaftlichen Veränderungen führten zu einer annähernden Drittelung zwischen Karl Brausewetter, Emanuel Kohout und Leopold Heinlein, da Benno Brausewetters Anteil mit 1958 auf null gesetzt worden war. Die Eintritte Otto Kohouts neben seinem Vater Emanuel und Gerhard Heinleins nach seinem verstorbenen Vater 1967 veränderten die Anteilsquoten, die bis 1969 abermals eine Dreiteilung des Ertrages vorsahen. Gerhard Heinlein und Karl Brausewetter hielten bei je einem Drittel, Emanuel und Otto Kohout teilten sich den Rest im Verhältnis 1 zu 2. Die letzte Änderung in der Geschäftsführung vollzog sich 1974 durch den Eintritt von Karls Sohn Albrecht Brausewetter und von Hans Brünner. 1973 verzichtete Emanuel Kohout zugunsten seines Sohnes Otto auf sein Beteiligungsrecht und trat 1978 als Gesellschafter aus. Ab 1974 tendierte die Entwicklung zu einer Gleichverteilung unter den vier Gesellschaftern Gerhard Heinlein, Otto Kohout, Albrecht Brausewetter und Hans Brünner. Der 1978 ermittelte Gewinn wurde ihnen exakt zu je 25 Prozent zuerkannt. Inwieweit Fragen der Anciennität oder der beruflichen Qualifikation bei der Bemessung der Anteilsquoten an Gewinn und Verlust eine Rolle spielten, kann mangels überlieferter Gesellschaftsverträge nicht beantwortet werden. Die vorliegenden Daten lassen keine Bevorteilung aus den genannten Gründen erkennen, es zeigt sich vielmehr der Gedanke einer auf Gleichberechtigung gerichteten Quotenvergabe, was besonders beim Wechsel auf Führungsebene auffällt.

Pittel & Brausewetter war zwischen 1955 und 1978 wie schon bisher ein weitgehend an Familientraditionen anknüpfendes Unternehmen; so wäre die Frage nach den geschäftlichen Rücksichten bei der Abwicklung bestehender Erbverträge von Interesse. Hierüber kann jedoch aus den schon bekannten Gründen noch weniger ausgesagt werden.

Da sich, wie gezeigt werden konnte, die Anteilsquoten am Betriebsergebnis ähnlich jener am Betriebsvermögen entwickelten, beide Größen weisen 1978 eine Gleichverteilung unter den Gesellschaftern auf, soll noch ein Blick auf die Einkommenssituation der Gesellschafter geworfen werden.

⁸⁹ Vgl. die Tabellen 4.20 – 4.23.

Von besonderer Bedeutung in diesem Zusammenhang waren die Gehaltsauszahlungen sowie die Zinserträge, über die die Gesellschafter verfügten. Als „außerbilanzmäßige Hinzurechnungen“ werden sie in den Betriebsvermögensvergleichen aufgelistet. Wieder ist festzustellen, dass die Unternehmerlöhne gleich den Anteilen am Ertrag oder am Betriebsvermögen tendenziell auf eine größtmögliche Gleichverteilung ausgerichtet waren, von der bei personellen Änderungen in der gesellschaftlichen Führung kurzfristig abgewichen wurde. Die verwandtschaftlichen Beziehungen in den Familien Brausewetter, Heinlein und Kohout kamen insofern zum Tragen, als bei Aufnahme eines weiteren Vertreters der bereits tätige Anteile am Gehalt abgab. 1955 entfiel auf die drei Familien je ein Drittel der vorgesehenen Gehaltssumme. Benno Brausewetter teilte sich mit seinem Bruder Viktor das Gehalt im Verhältnis 2 zu 1, zusammen ein Drittel, die zwei weiteren standen Emanuel Kohout und Leopold Heinlein zu. Als Viktor ausschied übernahm sein Nachfolger Karl Brausewetter dessen Anteil, der zusätzlich von Benno aufgestockt wurde, wodurch schließlich beide jeweils ein Sechstel bezogen. Diese Drittelung zwischen den Vertretern der drei Familien hatte bis 1966 Bestand. In Folge der 1967 eingetretenen Veränderungen, Gerhard Heinlein folgte seinem verstorbenen Vater Leopold nach, Otto Kohout wurde neben seinem Vater Emanuel als Gesellschafter aufgenommen, wurde kurzfristig diese Gleichverteilung aufgegeben. 1968 und 1969 bezogen Emanuel und Otto Kohout zusammen 46 Prozent der insgesamt ausbezahlten Unternehmerlöhne, auf Karl Brausewetter und Gerhard Heinlein entfielen je 22 Prozent. Als 1974 mit Albrecht Brausewetter und Hans Brünner zwei weitere Geschäftsführer eintraten, deren Zahl somit auf sechs anwuchs, wurden die Anteile von Emanuel Kohout und Karl Brausewetter auf fünf bis sechs Prozent gekürzt, auch Gerhard Heinlein und Otto Kohout gaben Bezugsrechte ab, so dass sich bereits 1975, Emanuel und Karl waren ausgeschieden, eine Viertelteilung des Unternehmerlohnes zwischen Gerhard Heinlein, Otto Kohout, Albrecht Brausewetter und Hans Brünner einstellte. Dies blieb so bis zur Gründung der GmbH 1979.

Einlagen in die und Entnahmen aus den Privatkonten geben einen weiteren Einblick in die wirtschaftliche Situation der einzelnen Gesellschafter. Ohne deren Einkommenslagen einem direkten Vergleich unterziehen zu können, Dauer und zeitliche Zuordnung ihrer Tätigkeit unterscheiden sich in der Regel, soll als übergreifendes Prinzip nach dem Ausmaß der Einkommen insgesamt gefragt werden.

Aus den schon genannten Gründen ist es nicht möglich, eine vergleichende Einkommensentwicklung zwischen den zu unterschiedlichen Zeiten und verschieden lang tätigen Eigentümern von *Pittel & Brausewetter* anzustellen. Bezogen auf das Gesamtunternehmen in dieser Periode können jedoch tendenzielle Schwankungen in der Bedeutung einzelner Einkommensanteile festgestellt werden, die grundsätzlich als Hinweise auf geänderte Einkommensverhältnisse zu werten sind.

Von besonderer Bedeutung war die 1955 gegebene Ausgangssituation. Die Ge-



Arsenalturm – Fernmeldezentrum



*Wien, U1-Bau
Baustabschnitt Favoritenstraße-Resselpark*

sellschafter verfügten über ein Vermögen von 9,8 Millionen Schilling, das war nur um ein knappes Fünftel weniger als 1977 mit 12 Millionen. Außerdem stützte das in den ersten Jahren insgesamt positive Betriebsergebnis die Einkommensentwicklung; von 1955 bis 1966 konnte ein durchschnittlicher Jahresgewinn von 949 Tausend Schilling erzielt werden. Das in diesen zwölf Jahren dem Unternehmen zur Verfügung stehende Gesellschaftskapital warf zudem Zinsen ab, die im Schnitt 13,54 Prozent des Gesamteinkommens ausmachten. Der auf den Unternehmerlohn fallende Anteil

lag bei knapp 12 Prozent. Es darf begründet davon ausgegangen werden, dass die Gesellschafter gut drei Fünftel ihres Einkommens durch Entnahmen aus dem Kapitalkonto abdeckten. Gleichzeitig stellten sie etwa ein Drittel dieses Einkommens dem Unternehmen als Kapitaleinlagen wieder zur Verfügung.

Ein Vergleich mit dem anschließenden Jahrzehnt nach 1967 lässt doch deutliche Veränderungen in der Entstehung, aber auch Verwendung des erzielten Einkommens erkennen. Das Vermögen der Gesellschafter lag 1967 bei 14,7 Millionen Schilling, das war etwa ein Fünftel mehr als 1977 erreicht werden sollte. Das durchschnittliche Betriebsergebnis bedeutete einen durchschnittlichen Jahresverlust von 1,3 Millionen Schilling. Die den Gesellschaftern zufließenden Zinsen trugen knapp zehn Prozent zum Einkommen bei. Mehr als die Hälfte des Einkommens (etwa 53 Prozent) beruhte auf Gehaltszahlungen. Nur die Entnahmen aus den Privatkonten stellten sich gleich der vorangegangenen Periode (1955 bis 1966) auf einen Einkommensanteil von gut drei Fünfteln. Die Einlagen in den Kapitalfonds der Gesellschaft erreichten aber, gemessen als Anteilsquote am verfügbaren Einkommen, die doppelte Höhe, nämlich zwei Drittel.

Zusammenfassend zeigen sich bedeutende Veränderungen in der Zusammensetzung und Verwendung der Unternehmereinkommen, wie sie gerade durch die Bündelung der Daten in zwei Abschnittsperioden sichtbar werden.

Rund sechzig Prozent der Einkommen deckten die Gesellschafter in beiden Perioden durch Entnahmen aus ihren Privatkonten im Unternehmen ab. Unterschiedlich, ja gegensätzlich waren die Auswirkungen des Betriebsergebnisses in beiden Phasen. Wie oben erwähnt, kam den Eigentümern in den Jahren 1955 bis 1966 eine insgesamt positive Erfolgsrechnung zugute, während sie 1967 bis 1977 negativ verlief. Die zu tragenden Verluste minderten die Einkommen um ein Drittel, mindestens um ein Viertel. Der in den Privatkonten liegende Kapitalstock nahm bis 1977 um rund ein Fünftel ab. Die sinkenden Zinserträge trugen nur noch knapp zehn gegenüber 13,5 Prozent in der Vorperiode zum Einkommen bei. Die schwieriger werdende Frage der Kapitalaufbringung zwang die Gesellschafter wie ausgeführt, zwei Drittel des Einkommens wieder dem Unternehmen zuzuführen. Die Situation wird verdeutlicht durch die Tatsache, dass der Unternehmerlohn zunehmend an Bedeutung gewann. Während bis 1966 das den Gesellschaftern zugesprochene Gehalt rund zwölf Prozent ihrer Einkommen ausmachte, muss ihm in den folgenden Jahren bis 1977 die Bedeutung von über fünfzig Prozent zugemessen werden.

Mit dem Hinweis auf die strukturellen Veränderungen in den Unternehmereinkommen wird auch die Frage der Finanzierungskraft der Firma noch einmal aufgegriffen. Das vorliegende Datenmaterial gestattet eine grobe Berechnung des Cash Flow, eine Summierung des Jahresergebnisses (Gewinn/Verlust) und der als Aufwand verbuchten Abschreibungen. Auch in der vereinfachten Form kann von dieser Kennziffer eine gewisse Klarstellung der bilanzpolitischen Praktiken des Unternehmens

erwartet werden, die ja der Steuerung der Ertragsentwicklung dienen. Im Vergleich mit dem tatsächlichen Ausmaß der vorgenommenen Investitionen zeigt sich die Bedeutung der internen Kapitalbildung für die Erstellung des Finanzierungsrahmens.

Die in der gesamten Periode äußerst wechselvolle Ertragslage des Unternehmens legt es nahe, Gesamtvolumina der Gewinne/Verluste, der Abschreibungen, des Cash Flow und der Investitionen in Vergleich zu ziehen. Diese schließen die Jahre von 1956 bis 1977 ein.⁹⁰ In diesem Zeitraum ergab sich ein Saldo aus Gewinnen und Verlusten von –3,5 Millionen Schilling. Gleichzeitig wurden Abschreibungen von rund 153,7 Millionen vorgenommen, woraus sich ein Cash Flow von 150,2 Millionen Schilling ableitet. Die Gesamtinvestitionen betrugen 176,6 Millionen Schilling; davon sind jedoch nur 22,9 Millionen als Nettoinvestitionen einzustufen, also nur 13 Prozent. Bezogen auf einzelne Rechnungsjahre bedeutet dies, dass von 22 nur in 11 die Abschreibungen in vollem Umfang wieder reinvestiert wurden.⁹¹

Die bereits verschiedentlich festgestellte Verschlechterung der Wirtschaftslage gegen Ende der Periode kann auch unter dem Gesichtspunkt der Innenfinanzierung nachgewiesen werden. Wieder bietet sich eine Zweiteilung der Periode und die Berechnung von Jahresdurchschnittswerten an, um deren unterschiedliche Länge zu neutralisieren. Zwischen 1956 und 1967 wurden durchschnittlich im Jahr 6 Millionen Schilling investiert, danach zwischen 1968 bis 1977 10,5 Millionen; das entspricht einer Steigerung von 75 Prozent. Das gleiche Rechenexempel ergibt bei den Abschreibungen eine Anhebung von 5,4 auf 8,9 Millionen Schilling oder um 65 Prozent. Der Cash Flow als Indikator der Finanzkraft des Unternehmens nahm von 6,3 auf 7,5 Millionen Schilling oder um 20 Prozent zu. An diesen Zahlen zeigt sich einerseits deutlich die im Jahrzehnt nach 1968 gestiegene Investitionstätigkeit, die noch zu einem hohen Anteil (87 Prozent) aus Abschreibungen finanzierbar war. Der nur um 20 Prozent höhere Cash Flow weist auf die niedrige Innenfinanzierung dieser Phase hin.⁹² Das gestiegene Investitionsvolumen musste durch Fremdkapital sichergestellt werden. Die Relation zwischen Fremdkapital und Eigenkapital verschob sich von 4,23 (1956 bis 1967 im Schnitt) zu 6,36 im anschließenden Jahrzehnt. Ein Vergleich des Anteils des Cash Flow am Gesamtkapital zeigt aus anderem Blickwinkel dasselbe Bild: die Quote sank von 9,01 auf 4,22.

Es war die zunehmend schwieriger werdende Wirtschaftslage, die das Unternehmen schließlich veranlasste, eine andere Rechtsform zu wählen, die Personengesellschaft in eine Kapitalgesellschaft umzuwandeln. Der Schritt von der OHG zur

⁹⁰ Siehe Tabelle 4.38. 1955 und 1978 sind hier aus formalen und das Ergebnis verfälschenden Gründen ausgenommen.

⁹¹ Nettodesinvestitionen lagen nie vor.

⁹² Die sinkenden Jahreswerte der Eigenkapital- und Umsatzrentabilität oder des Cash Flow zum Kapitaleinsatz weisen in die gleiche Richtung.

PITTEL & BRAUSEWETTER: 1955 – 1979

GmbH bedurfte einer Neupositionierung der Firma auf allen die Geschäftsführung in ihrer neuen Funktion tangierenden Märkten.



*Geschäftsführer ab 1975
Hans Brünner, Albrecht Brausewetter, Otto Kohout, Gerhard Heinlein*

Teil V:

P+B: Kapitalgesellschaft und
internationaler Konzern



A. Pittel+Brausewetter als Kapitalgesellschaft: 1979 – 2020

1 Gründung der GmbH 1979

Der Wechsel der Unternehmensform von der OHG zur GmbH war nicht das Ergebnis überraschender Veränderungen in der Performance des Unternehmens, sondern ein wohl überlegter Schritt der Firmenleitung. Diese trug einer der gesamten Wirtschaft, besonders jedoch den Unternehmen der Bauwirtschaft zusetzenden Entwicklung Rechnung, die sich aus zunehmend schwankenden Kosten- und Ertragsrelationen und steigenden Planungsrisiken ergab. Die getroffenen Beschlüsse zeigen die Geschäftsführung vereint, die sich weiterhin aus den seit 1970 als Gesellschafter zeichnenden Personen Ing. Albrecht Brausewetter, Dipl. Ing. Hans Brünner, Dipl. Ing. Gerhard Heinlein und Dipl. Ing. Otto Kohout, die nun als Geschäftsführer fungierten, zusammensetzte.¹ Es waren die Erfahrungen vor allem der letzten zehn Jahre, die einen Rechtsformwechsel nahelegten. Dabei wurde das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft im Sinne einer Gesamtrechtsnachfolge in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung eingebracht. Die Öffnung eines Zugangs zum Kapitalmarkt verhiess mehr Spielraum in Finanzierungsfragen und entsprach auch einer von der Politik im Sinne einer Strukturverbesserung geförderten Wirtschaftsreform.²

Der Wandel in der Rechtsform des Unternehmens eröffnete auch die Möglichkeit einer Neubewertung der eingebrachten Wirtschaftsgüter, worauf bei Betrachtung der ökonomischen Entwicklung näher einzugehen sein wird. Der Aufgabenkreis der Firma umfasste drei Produktionsschwerpunkte wie die Ausübung des Baumeistergewerbes, den Betrieb von Asphalt- und Betonwerken, Steinbrüchen und Schottergruben sowie die Ausübung sämtlicher Baunebengewerbe. Dazu kamen der Handel mit Waren aller Art und die Erstellung verschiedener Dienstleistungen (Güterbeförderung, Informationstechnik), die Verwertung von Liegenschaften, und schließlich das Recht, Beteiligungen an anderen Gesellschaften und Firmen einzugehen.³ Der

¹ Alleininhaberin der neuen Firma „Pittel & Brausewetter Gesellschaft m. b. H.“ war bis 1983 die „Dkfm. Hilda Kohout Gesellschaft m. b. H.“ Ihre Rechte gingen Ende 1983 auf die „Pittel & Brausewetter Beteiligungsgesellschaft m. b. H.“ über, in der personellen Zusammensetzung der Geschäftsführung trat keine Änderung ein.

² Das 1969 beschlossene und wiederholt erneuerte und ergänzte „Strukturverbesserungsgesetz“ basierte auf steuerlichen Maßnahmen, die der Umwandlung oder Neugründung von Kapitalgesellschaften dienlich sein sollten. 69. BG vom 23. Jänner 1969.

³ Die in neun Punkten gesammelte Auflistung der unternehmerischen Tätigkeit war das Ergebnis des



Verleihung des Staatswappens 1981

Von: Hans Brünner, Albrecht Bausewetter, Minister Josef Stairbacher, Otto Kohout, Gerhard Heinlein

Ausrichtung nach kann dieses Tätigkeitsprofil als Weiterführung des bisher ausgeführten Arbeitsprogramms bezeichnet werden, allerdings mit stärkerer Betonung von Dienstleistungsangeboten.

Die mit der Einrichtung der GmbH neugesetzten Schwerpunkte führten noch im ersten Geschäftsjahr zur Gründung von „Zweigniederlassungen“ in Zistersdorf-Maustrenk und in Tulln.⁴ Ihre Bedeutung zeigt sich darin, dass den Geschäftsführungen mit Walter Holzschuster und Gottfried Geringer eigenständige Prokuristen zugeordnet wurden. Die anlaufenden Investitionen erreichten insgesamt nicht die gleichzeitig vorgenommenen Abschreibungen.⁵ Bereits im ersten Jahr der neuen Gesellschaft findet die früher bestimmende Bilanzpolitik der Firma, Ausbau und Modernisierung weitestgehend über reinvestierte Abschreibungen zu finanzieren, ihre Fortsetzung.

Eine im Dezember 1983 beschlossene Änderung im Gesellschaftsvertrag stärkte die Kontrollfunktion des Aufsichtsrates, der eine Reihe bestimmter „Geschäfte“ von

am 20. September 1979 geschlossenen Gesellschaftsvertrages, der am 3. Oktober d. J. auch handelsgerichtlich vermerkt wurde. HG Wien, Firmenbuch, Abteilung B, Nr. 24.416.

⁴ Die Eintragungen im Handelsregister führen die Daten 21. März und 28. Mai 1980, siehe daselbst Ann. 2, Nummer 2-5.

⁵ Den Zugängen im gesamten Sachanlagevermögen von gerundet 12,7 Millionen Schilling standen Abschreibungen von 15,3 Millionen gegenüber. Bilanz 1980, Beilage 1.



*Verleihung des Staatswappens 1981
Otto Kobout und Handelsminister Josef Starobacher am Bauhof in Wien Inzersdorf*



Geschäftsführung und Aufsichtsrat nach Errichtung der GmbH 1979

seiner Zustimmung abhängig machte. Sie begrenzte Eingriffe in das Firmenvermögen wie den Erwerb und die Veräußerung von Beteiligungen oder Liegenschaften; auch Aufnahme und Gewährung von Krediten fanden eine Höchstbemessung. Eine besondere Regelung betraf die Investitionen (Punkt 4.c), die dann der Billigung durch den Aufsichtsrat bedurften, wenn ihre Kosten in einem Geschäftsjahr die Höhe der Abschreibungen im vorangegangenen überschreiten sollten. Diese Bestimmung



Silo für die Zuckerfabrik in Leopoldsdorf, 1988

liegt auf der schon bisher verfolgten und bereits aufgezeigten Linie einer mit dem Geschäftsverlauf abgestimmten Finanzpolitik.⁶

Die bereits zu Beginn der achtziger Jahre trotz schwieriger Branchensituation erfolgreiche Geschäftsführung bewog die Firmenleitung 1987, den „Betriebsgegenstand“ in einigen Punkten zu erweitern. Sie umfassten gewerbliche Arbeiten auf dem Gebiet der Gas-, Wasserleitungs- und Elektroinstallation sowie die Errichtung von Blitzschutzanlagen.⁷ Ein Jahr später wurden auch im Gesellschaftsvertrag die Arbeitsziele neu formuliert, im Besonderen wurde das Pflasterergewerbe und die Erzeugung von Asphalt und Frischbeton ausgeübt.⁸

⁶ Protokoll der außerordentlichen Generalversammlung vom 12. Dezember 1983, Protokoll-Buch, Nr. 8.

⁷ Der in das Handelsregister eingetragene Beschluss der Generalversammlung vom 9. Juni 1987 fehlt im Firmenarchiv.

⁸ Protokoll der ordentlichen Generalversammlung vom 9. September 1988, Punkt 6 (Punkt 3 des Gesellschaftsvertrages), Protokoll-Buch, Nr. 20.



Bau der A3-Südostautobahn (Teilabschnitt Hornstein – Müllendorf)

Die insgesamt beabsichtigte Ausweitung und Spezifizierung der Tätigkeit verlangte nach einer breiteren Kapitalbasis. Die Gesellschaft beschloss die Erhöhung des Stammkapitals von 14 auf 25 Millionen Schilling, die durch eine Teilumwandlung der im Jahresabschluss 1987 ausgewiesenen „freien Rücklage“ im Ausmaß von gerundet 11 Millionen und durch Bareinzahlung eines Restbetrages von 860 Schilling erfolgte. Zusätzlich wurde festgehalten, dass die Geschäftsanteile bei einer Mindesthöhe von tausend Schilling „teilbar und übertragbar“ sein sollen.⁹

Die Umsetzung des Programms erforderte von der Geschäftsführung sowohl in produktionstechnischer Hinsicht als auch in der Verwaltung die Beschreitung neuer Wege. Neben dem Ausbau der eigenen Produktionskapazität musste die Zusammenarbeit mit Subunternehmen und Arbeitsgemeinschaften geprüft und die hierfür erforderlichen Leistungen im Management bereitgestellt werden. Im Kapitel über die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens wird sich zeigen, inwieweit die Kapitalgesellschaft *Pittel & Brausewetter* diesen Aufgaben nachkommen konnte.

2 Neubeginn 1993

Im September 1989 wurde in einer außerordentlichen Generalversammlung die Verschmelzung der *Pittel & Brausewetter Beteiligungsgesellschaft m. b. H.*, die seit 1983

⁹ Ebenda, Punkt 5 (Punkte 6 und 7 des Gesellschaftsvertrages).



Pittel & Brausewetter an zahlreichen Bauleistungen wichtiger U-Bahn Verbindungen beteiligt

das Besitzrecht hielt, mit der *Pittel & Brausewetter Gesellschaft m. b. H.* als aufzunehmende Gesellschaft beschlossen, wobei Begünstigungen des Strukturverbesserungsgesetzes zum Tragen kamen. Im Zuge der Verschmelzung der Gesellschaften wurde auch der Betriebsgegenstand der Firma um einen Punkt erweitert, der nun das „Sammeln und Beseitigen von Sonderabfall“ vorsah.¹⁰ Albrecht Brausewetter, Hans Brünner, Gerhard Heinlein und Otto Kohout verblieben in ihren Rechten als „Firmengesellschafter“, die das Stammkapital vertraten. Eine am selben Tag stattgefundene ordentliche Generalversammlung genehmigte den Jahresabschluss 1988 und erteilte den Geschäftsführern wie dem Aufsichtsrat die Entlastung.¹¹

Bis 1993 blieben die seit dem Gründungsvertrag geltenden Bestimmungen über die Geschäftsführung in Kraft,¹² deren personelle Zusammensetzung demnach an die 15 Jahre unverändert Bestand hatte. Nun trat durch das Ausscheiden von Albrecht Brausewetter und die Aufnahme des „Bautechnikers“ Ing. Wolfgang Makovec als Firmengesellschafter eine Änderung ein. Dieser Vorgang wurde durch eine außerordentliche Generalversammlung (11. Juni 1993) vorbereitet, die das „Abtretungsent-

¹⁰ Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 1989, S. 5; siehe auch Anm. 1.

¹¹ Protokoll der außerordentlichen Generalversammlung vom 5. September 1989; Protokoll über die ordentliche Generalversammlung vom 5. September 1989, Protokoll-Buch, Nr. 21.

¹² Gesellschaftsvertrag 1979; P+B, Zentralarchiv Wien.

gelt“ für den scheidenden Albrecht Brausewetter formal und rechnerisch festlegte. Der Eintritt von Wolfgang Makovec als „Geschäftsführer mit dem Recht die Gesellschaft allein zu vertreten und zu zeichnen“ fand noch im Juni 1993 durch einen „Gesellschafterbeschluss“ Zustimmung.¹³



*Ing. Wolfgang Makovec
Seit 2007 Geschäftsführer für den gesamten technischen Bereich*

Dieser Vorgang änderte auch die bis dato gegebene Verteilung des Stammkapitals. Der Anteil Albrecht Brausewitters ging nur zu 28 Prozent auf Makovec, der Rest auf weitere in die Firma eintretende Personen über. Aus dem Protokoll der am 27. Mai 1994 abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung ist zu entnehmen, dass sich der Kreis der Gesellschafter von vier auf elf erweiterte, wodurch völlig neue Verhältnisse eintraten, die in einer Neufassung des Gesellschaftsvertrages Niederschlag fanden.¹⁴

Diese Entwicklung bedeutete jedoch nicht eine Abkehr von der traditionell geübten Firmenpolitik durch die neuen Kapitaleigner. Alle sind den bisher vertretenen Familien Kohout, Heinlein und Brünner zuzuordnen.¹⁵ Mit Albrecht ist aber der letz-

¹³ Protokoll der außerordentlichen Generalversammlung vom 11. Juni 1993, die Punkt 7 des geltenden Gesellschaftsvertrags änderte; Gesellschafterbeschluss vom 14. Juni 1993, Protokoll-Buch, Nr. 28.

¹⁴ Protokoll der außerordentlichen Generalversammlung vom 27. Mai 1994, Protokoll-Buch, Nr. 30.

¹⁵ Der entsprechende Gesellschafterbeschluss vom 12. August 1994 nennt Otto Kohout, der in Vollmacht für Jutta und Petra Kohout zeichnete, desgleichen Gerhard Heinlein für Wolfgang, Manfred und Klaus Heinlein, sowie Hans Brünner für Karin und Vera Brünner, Protokoll-Buch, Nr. 31.

te Brausewetter aus der Geschäftsführung ausgeschieden, in die mit Wolfgang Makovec ein das „Baumeistergewerbe“ ausübender Techniker aufgenommen wurde, der die dem „Gegenstand des Unternehmens“ entsprechende Qualifikation mitbrachte.

Wie aus der Namensliste der Anteilseigner zu ersehen ist, war man übereinstimmend bestrebt, den Mitgliedern der von den bisherigen Gesellschaftern vertretenen Familien das Mitspracherecht zu gleichen Teilen einzuräumen. Dieses Prinzip drückt sich auch in der noch 1994 erstellten Geschäftsordnung¹⁶ aus. So wird in Punkt 1, 4. Absatz festgehalten, dass die Geschäftsführer Mitglieder aus ihren Familien in den Dienst der Gesellschaft aufnehmen können, wobei zu beachten sei, dass jede Familie in gleicher Stärke im Unternehmen vertreten ist. Die betreffenden Personen sollten eine „entsprechende Vorbildung“ mitbringen, worunter der Abschluss eines Studiums an einer „technischen, wirtschaftlichen oder juristischen Fakultät einer Hochschule oder die Baumeisterprüfung“ verstanden wird.

Dieses angestrebte „Gleichgewicht“ hatte seine materielle Grundlage in dem pro Familie 7,75 Millionen Schilling betragenden Kapitalanteil. Auf Makovec entfielen 1,75 Millionen oder sieben Prozent der Gesamtsumme von 25 Millionen Schilling. In diese Richtung zielte auch die in die Geschäftsordnung aufgenommene Bestimmung der turnusmäßigen Abfolge im Vorsitz der Geschäftsführung, der jeder Familie wie auch Herrn Makovec für drei Monate im Jahr zugesprochen wurde.

Die Geschäftsordnung als ganze war bemüht, die „geschlossene Autorität“ und die „einheitliche Geschäftsführung“ der Gesellschaft sicherzustellen, dabei aber die „Rechte und Interessen jedes einzelnen Geschäftsführers nach Möglichkeit“ zu wahren. Dabei wird zwischen Fragen der „laufenden Geschäftsführung“ und der Behandlung „außerordentlicher Fälle“ des Betriebes unterschieden. Erstere werden als Angelegenheit des jeweils vorsitzenden Geschäftsführers behandelt, während in „wesentlichen“ Fragen ein abgestuftes Zusammenwirken des leitenden Managements und der Kontrollorgane vorgesehen wird. Dazu zählte die Regelung der Dienstverhältnisse wie die der Entlohnungsfragen der leitenden Angestellten, im Besonderen aber Eingriffe in die Firmenstruktur, das Investitionsprogramm und dessen Finanzierung sowie die Bildung von Konsortien und Arbeitsgemeinschaften.¹⁷ Man legte fest, dass alle das Firmenvermögen substantiell betreffenden Maßnahmen vom Mehrheitsbeschluss der Geschäftsführer wie auch von der im Gesellschaftsvertrag vorgesehenen Genehmigung seitens der Generalversammlung bzw. des Aufsichtsrats abhängig seien.

Auch die Vertretungsbefugnis der Geschäftsführer erfuhr eine Änderung. Bis 1992 stand jedem von ihnen das Recht zu, die Gesellschaft alleine zu vertreten, wie es bereits der Gründungsvertrag 1979 vorsah. Mit 1993 galt die Bestimmung, dass die

¹⁶ Geschäftsordnung für Geschäftsführer der Pittel+Brausewetter Gesellschaft m.b.H. [1994]. Protokoll-Buch, Nr. 33.

¹⁷ Ebenda, S. 3f.

Vertretung jeweils von zwei Geschäftsführern gemeinsam, ab 1994 von einem und einem Gesamtprokuristen wahrzunehmen sei.¹⁸

Wie betont verfolgte die Geschäftsordnung das Ziel, den Geschäftsführern größtmöglichen Handlungsspielraum zuzumessen, aber auch die Firma als einheitliches und in wesentlichen Belangen widerspruchsfreies Vollzugsorgan zu erhalten. Damit sollte einerseits erreicht werden, den Aktionsradius der Firma entsprechend den gewerberechtlich eingeräumten Befugnissen auszuweiten, andererseits aber die bislang erfolgreiche Politik des internen Interessenausgleichs fortzusetzen.

Die Ausdehnung der betrieblichen Aktivitäten, wie sie finanziell durch die 1988 erfolgte Verbreiterung der Kapitalbasis vorbereitet und durch die sukzessive Ausweitung der technischen Kernkompetenzen angestrebt wurde, spiegelt sich auch in den schrittweise vollzogenen organisatorischen Änderungen wider. Diese blieben zwar im Wesentlichen am hierarchisch gegliederten Leitungsprinzip ausgerichtet, doch verlangten einzelne Arbeitsgebiete (Sparten) verstärkt eigenbestimmte Entscheidungen. Die Zunahme des Geschäftsbetriebes lässt sich allein daraus ablesen, dass 1994 an Stelle der zwei bis dahin tätigen Einzelprokuristen sechs Gesamtprokuristen aufgenommen wurden.¹⁹ Die in Generalversammlungen und in Umlaufbeschlüssen abgehandelten Themen belegen die neue Situation und beleuchten die firmenpolitischen Entscheidungen, die den Grundstein für eine erfolgreiche Unternehmenspolitik der Zukunft legten.

Als Albrecht Brausewitters 1993 die Rechte eines Gesellschafters an Wolfgang Makovec abgab, lag ein Jahrfünft schwieriger Reformen und Strukturanpassungen zurück. Die Bilanzsumme hatte sich von 506 auf 593 Millionen Schilling um 17 Prozent erhöht, der Gesamtumsatz konnte in diesen Jahren von 616 auf 894 Millionen gesteigert werden, was einer Zunahme von 45 Prozent entsprach.²⁰ Diese doch eindeutigen Hinweise auf eine erfolgreiche Neuausrichtung der Unternehmensziele soll später noch auf deren Ursachen hin untersucht werden, hier möge ein Blick auf die Entwicklung der Finanzanlagen genügen.

Ende 1988 verfügte die Gesellschaft über Firmenbeteiligungen im Buchwerte von 4,6 Millionen Schilling. 1993 konnten Anteile von 13,7 Millionen bilanziert werden, was einer Verdreifachung des Wertes gleichkommt. Die Beteiligungen 1988 umfassten Anteile an Asphaltmischanlagen in Niederösterreich. Fünf Jahre später repräsentierten die zu hundert Prozent verbundenen Unternehmen, die 1991 gegründete Pittel + Brausewetter spol. s.r.o. Preßburg und die Leopold Krenn GmbH, eine

¹⁸ Diese Bestimmungen bewirkten Änderungen im Gesellschaftsvertrag, die jeweils auf Beschlüsse in den Generalversammlungen zurückgingen.

¹⁹ Zu diesen zählten die seit 1980 als Einzelprokuristen der Zweigniederlassungen Zistersdorf-Maustrenk und Tulln tätigen Walter Holzschuster und Gottfried Geringer.

²⁰ Lagebericht, Geschäftsberichte der Pittel & Brausewetter Gesellschaft m. b. H. 1988 und 1993.

Finanzanlage von 4,87 Millionen Schilling, sieben weitere Firmenbeteiligungen hatten einen Bilanzwert von 8,86 Millionen.²¹

Am 14. Juni 1995 führte ein Umlaufbeschluss zur Übertragung aller Rechte und Verbindlichkeiten des Teilbetriebes „Beförderungsleistungen“ der P+B GmbH in die „ContraCon Gesellschaft für die Sanierung von Böden und Gewässern Ges. m. b. H.“ Eine Erhöhung des Stammkapitals der ContraCon konnte unterbleiben, da P+B in diesem Jahr die bestehende Beteiligung an dieser Firma von rund 40 auf 100 Prozent erhöht hatte.²² Im April 1997 erteilte die Gesellschaft die „Handlungsvollmacht“ dem Bereichsleiter der Gruppe „NÖ-Südost“ und dem Leiter der Abteilung „Bauhof/Geräteverwaltung“; zum selben Termin wurde dem Leiter der Gruppe „Tiefbau Zak“ die Gesamtprokura zuerkannt und damit die Berechtigung, gemeinsam mit einem Geschäftsführer zu zeichnen.²³

Die herausgegriffenen Beispiele stehen für die konsequente Geschäftspolitik der 1979 gegründeten Gesellschaft, die ihr Wachstumsziel durch Ausweitung der produktiven Sparten bei strukturellen Bereinigungen und Angleichungen in Finanzierung und Organisation mit Erfolg anstrebte.

Die Mitte der neunziger Jahre bestehende konjunkturelle Flaute, die Bauleistung des Unternehmens sank 1995 um 5,2 Prozent, konnte durch „eine Reihe gezielter organisatorischer Maßnahmen“ überwunden und „eine erhöhte Leistungsfähigkeit und Krisenfestigkeit“ geschaffen werden.²⁴ Dazu zählten Investitionen in Erneuerung und Rationalisierung der produktionstechnischen Ausstattung und für den Erwerb von Finanzanlagen. Während die Baubranche insgesamt 1996 weiterhin stagnierte, bilanzierte P+B als Einzelfirma wie als Gruppe eine um 12,8 bzw. 13,6 Prozent höhere Jahresbauleistung. Diese Umsatzsteigerungen wurden erzielt bei reduziertem Beschäftigtenstand von Angestellten (3,1 Prozent) und Arbeitern (3,8 Prozent), wozu auch neue Arbeitszeitmodelle das ihre beigetragen haben.²⁵ Letztendlich kann auch die 1997 beschlossene Neueinteilung des Geschäftsjahres vom 1. April bis 31. März des Folgejahres als gezielte Maßnahme zur besseren Periodisierung des Geschäftsverlaufes angesehen werden.²⁶

Die in schwieriger Zeit getroffenen Entscheidungen zeigen eine Gesellschaft, die auch in ihrer neuen Struktur Übereinstimmung in allen Fragen der Unternehmenspolitik zu erreichen im Stande war. Ab 1996 arbeitete man an der Aufstellung eines

²¹ P+B, GmbH, Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 1988, S. 18; des Jahres 1993, S. 19.

²² Umlaufbeschluss, 14. Juni 1995, Protokoll-Buch, Nr. 34; vgl. die Berichte über die Jahresabschlüsse der Jahre 1994 und 1995, III. Finanzanlagen.

²³ Beschlüsse vom 25. April 1997, Protokoll-Buch, Nr. 37.

²⁴ Lagebericht der Geschäftsführung, in: Geschäftsbericht 1996 der Pittel+Brausewetter GmbH und der Pittel+Brausewetter Gruppe.

²⁵ Ebenda.

²⁶ Protokoll der außerordentlichen Generalversammlung vom 19. 6. 1997, Protokoll-Buch, Nr. 38.

Konzernabschlusses, der den Kreis der konsolidierten Gesellschaften und deren betriebliches Ergebnis zeigt.

Unabhängig, gleichsam ohne inneren Zusammenhang mit dem angestrebten Maßnahmenkatalog, vollzog sich 1998 eine Neuordnung der Geschäftsführung. Im Mai dieses Jahres verstarb Gerhard Heinlein, einer der Gründer der 1979 eingerichteten Gesellschaft. Als im Oktober Otto Kohout und Hans Brünner als Geschäftsführer zurücktraten und in den Aufsichtsrat der Gesellschaft gewählt wurden, schieden auch die letzten der seit 1979 tätigen Geschäftsführer aus. In derselben ordentlichen Generalversammlung wählten die vollzählig erschienenen Gesellschafter Wolfgang Fürhäuser und Walter Pertl zu neuen Geschäftsführern, die bereits seit 1994 als Gesamtprokuristen in der Firma tätig waren.²⁷



*Mag. Wolfgang Fürhäuser
Seit 1998 Geschäftsführer für den kaufmännischen Bereich*

Obwohl dieser Wandel in den Führungsgremien nach Jahrzehnten unveränderter Zusammensetzung tiefgreifend war, blieben die konstitutiven Führungsprinzipien erhalten. In der Geschäftsführung selbst ergaben sich neue Zuordnungen: Die technischen Belange fielen an Wolfgang Makovec, die finanziellen an Wolfgang Fürhäuser. Walter Pertl war im Besonderen für den Geschäftszweig Tiefbau zuständig.

Wie Makovec 1993 übernahm Fürhäuser als neuer Gesellschafter eine Stammeinlage, die ihm entsprechend dem Gesellschaftsvertrag das Stimmrecht sicherte.²⁸ Das

²⁷ Protokoll der ordentlichen Generalversammlung vom 28. 10. 1998, Protokoll-Buch, Nr. 43.

²⁸ Ebenda, Verzeichnis der Stammeinlagen und der Stimmenanzahl der Gesellschafter. Dem Stammkapital von 25 Millionen Schilling wurden 246 Stimmen zugeordnet

gesamte Stammkapital der Firma verteilte sich 1998 zu je 25 Prozent auf Gerhard Heinlein und Otto Kohout, Hans Brünner hielt 18 Prozent, die Einlagen von Makovec und Fürhauser entsprachen jeweils einem Anteil von sieben Prozent, vier Gesellschafter besaßen je drei und drei Gesellschafter je zwei Prozent. Die Einlage Gerhard Heinleins ging auf seinen Sohn Wolfgang über, dessen bis dato gehaltener Anteil zu gleichen Teilen seinen Brüdern Klaus und Manfred Heinlein gutgeschrieben wurde. Gemäß dieser Zusammensetzung ergaben sich nach dem Währungswechsel 2001 die entsprechenden Eurowerte von zusammen rund 1,8 Millionen. Die gleichzeitig vorgenommene Erhöhung des Stammkapitals auf 2,5 Millionen Euro konnte durch Auflösung nicht gebundener Kapitalrücklagen bewerkstelligt werden. Ihre Aufteilung auf die Gesellschafter folgte wiederum dem Schlüssel der von den einzelnen gehaltenen Kapitaleinlagen.²⁹

In rascher Abfolge wurden in den konjunkturschwachen Jahren um die Jahrhundertwende strukturelle Anpassungen im Aufbau des Unternehmens beschlossen. Die Vielzahl der Produktionsschwerpunkte sowie das reichhaltige Angebot an Dienstleistungen verlangten eine leistungssichernde, finanziell abgestützte Organisation und eine vielseitig einsetzbare technische Ausrüstung. Das leistungswirtschaftliche Ergebnis soll im anschließenden Abschnitt näher dargestellt werden, hier sei auf die konzernpolitischen Rahmenbedingungen hingewiesen, welche die Entwicklung steuerten.

3 2003: Wandel der Strukturen und Unternehmensziele im Konzern P+B

Rückwirkend zum 31. März 2002 wurde der Firmennamen *Pittel+Brausewetter GmbH* in *Pittel+Brausewetter Holding GmbH* geändert. Am 21. Oktober 2002 gaben die Gesellschafter des Unternehmens die Gründung einer Gesellschaft bekannt, die den Namen *Pittel+Brausewetter Bau GmbH* erhielt, der noch 2002 in *Pittel+Brausewetter GmbH* abgeändert wurde. Am 5. November wurde die Neuordnung des Konzerns im Rahmen einer außerordentlichen Generalversammlung einstimmig beschlossen und am 12. Dezember in einer weiteren Sitzung auf den Weg gebracht.³⁰

Mittels „Spaltungs- und Übernahmeverträgen“ fand die Neuaufteilung des Geschäfts entsprechend betriebsökonomischer Überlegungen ihren Abschluss. Ein Vertrag regelte die Übertragung des Baubetriebs von der *Pittel+Brausewetter Holding GmbH* (früher P+B GmbH) auf die neu gegründete *Pittel+Brausewetter GmbH*. Ein zweiter sah die Übernahme von Beteiligungen der Holding, die nicht unmittelbar für den eigenständigen Erhalt des Baubetriebs notwendig waren, durch die

²⁹ Protokoll der ordentlichen Generalversammlung vom 25. 9. 2001, Beilagen C und D, Protokoll-Buch 46; siehe auch Bericht über die Prüfung des Konzernabschlusses zum 31. März 2002 der P+B GmbH, S. 25.

³⁰ Protokolle der außerordentlichen Generalversammlungen vom 5. November 2002 (Protokoll-Buch, Nr. 48) und vom 9. Dezember 2002 (Protokoll-Buch, Nr. 49/50).

Pittel+Brausewetter Beteiligungsgesellschaft mbH vor, die aus der „PETRAKOBAU“ Baugesellschaft mbH 2002 hervorgegangen war.³¹

In der Generalversammlung vom 5. November wurde auch der 1994 vereinbarte Syndikatsvertrag dahingehend geändert, dass für Ausschüttungen wie auch für die Tantiemen der Geschäftsführer nunmehr der Jahresüberschuss des Konzerns als Bemessungsgrundlage dienen sollte. Zusätzlich kam man überein, in den neu eingerichteten Gesellschaften einen Aufsichtsrat zu installieren.³² Geschäftsführung und Aufsichtsrat der im Konzern zusammengeschlossenen Gesellschaften zeigen dieselbe personelle Zusammensetzung. Die Geschäftsordnung für die Geschäftsführer wie deren Dienstverträge blieben unverändert bestehen.

Mit diesen 2002 beschlossenen Anpassungs- und Erweiterungsmaßnahmen leitete der Pittel+Brausewetter Konzern jene Entwicklung ein, die bis heute Stabilität und Wachstum der Firma sichert. Die in allen Leitungsgremien festzustellende Kontinuität erfuhr nur 2007 eine Zäsur, als die Gesellschafter Walter Pertl als Geschäftsführer „mit sofortiger Wirkung“ abberiefen.³³ Wolfgang Makovec und Wolfgang Fürhauer blieben in ihrer Funktion als Geschäftsführer. Insgesamt zeichnet sich das Unternehmen durch eine weitgehend funktional geprägte Organisation aus, die jedoch durch ein System von koordinierenden Einrichtungen gestützt wird. Dabei kommt ein hierarchisch abgesichertes Entscheidungsprinzip zum Tragen. Diesen Fragen soll mit Blick auf die langfristige Vermögens- und Finanzlage wie die Entwicklung der Erträge nochmals nachgegangen werden.

Der breit gefächerte Betriebsgegenstand, der schon bei der Gründung der Kapitalgesellschaft 1979 und durch weitere Spezifizierungen in den achtziger Jahren das Tätigkeitsprofil von P+B prägte,³⁴ kann als Grundlage einer auch in schwierigen Jahren erfolgreichen Unternehmenspolitik genannt werden. Die im Geschäftsbericht des Konzerns 2014/2015 unter „Konjunkturrisiko“ gemachte Bemerkung, dass die Pittel+Brausewetter Gruppe „in nahezu allen Bausparten tätig“ ist und „daher einen Rückgang der Baunachfrage in einzelnen Sparten innerhalb des angebotenen Leistungsspektrums ausgleichen“ kann,³⁵ ist bereits seit 2006 wortwörtlich nachzulesen, und wurde vorher sinngemäß durch einzelne Beispiele im Geschäftsverlauf wiederholt belegt.

Die Triebfeder dieser Konzernpolitik war ein Investitionsprogramm, das dem Umfang nach, im Besonderen aber den diversen Arbeitsschwerpunkten angemessen,

³¹ Die PETRAKOBAU, gegründet 1974, war ein zu hundert Prozent mit P+B verbundenes Unternehmen; vgl. Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. März 2003 der Pittel+Brausewetter Beteiligungsgesellschaft mbH, S. 3f.

³² Vereinbarung über die Änderungen des Syndikatsvertrages vom 27. 5. 1994; Beilage 2 des Protokolls vom 5. November 2002, siehe Anm. 30.

³³ Umlaufbeschluss vom Dezember 2006, Protokoll-Buch, Nr. 58.

³⁴ Siehe Teil V.A. Kap. 3.

³⁵ Pittel+Brausewetter Konzern, Geschäftsbericht 2014/2015, S. 51



Bratislava

Seit Gründung der Firma wichtiger Standort; Neugründung als Tochterfirma 1991; ab 2005 Erwerbung von Gesellschaftanteilen der Technické služby stavby Bratislava; Bau von Straßen und industriellen Anlagen; 70 Mitarbeiter

die notwendige materielle Ausstattung sicherstellte. Mit einigen Hinweisen sei dieser Prozess kurz skizziert.

Bereits 2005 führte ein Beschluss der Generalversammlung zur Übernahme der Wankö Bau GmbH (Sitz in Rohrendorf bei Krems) sowie der ZWETTLER Tiefbau GmbH (Sitz in St. Pölten) durch die P+B GmbH.³⁶ Diese Fusionen ergaben einen Umgründungsmehrwert von rund 185 Tausend Euro.³⁷ Die Bilanz des Jahres 2005/2006 weist die Gründung einer Bauunternehmung in Deutschland, die P+B GmbH in Starnberg aus, ein zu hundert Prozent anteiliges Unternehmen der Wiener Muttergesellschaft.³⁸

Im Geschäftsjahr 2006/2007 wurde der Standort Bratislava mit gezielten Investitionen gefördert. So war der Ankauf einer Asphaltmischanlage zum Preis von rund 1,6 Millionen Euro und ihre Vermietung an die Asfalt Bratislava vorgesehen; für den Erwerb von Grundstücken billigte man einen Betrag von bis zu zwei Millionen, der

³⁶ Verschmelzungsverträge vom 30. März 2005, P+B mbH, Firmenbuch, Hauptbuch, 004 - 007.

³⁷ P+B GmbH, Geschäftsbericht 2004/2005, S. 12 und 17.

³⁸ Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. März 2006 der P+B GmbH, S. 18.



Bauhof Wien Inzersdorf, Ausdehnung 10 Hektar (Asphalt und Betonanlage, Werkstätten und Lagerhallen, Basissoffrecyclingbetrieb, seit 2019 Baugerätehandel und -verleih)

im Jahr darauf auf drei Millionen angehoben wurde. Die Kosten für das vorgesehene Bürogebäude und eine Werkstättenhalle veranschlagte man mit drei Millionen.³⁹

Besonderes Gewicht legte man auf die Ausgestaltung des in Wien-Inzersdorf eingerichteten zentralen Bürogebäudes wie des geplanten Zentralbauhofes. Für den Ankauf von Grundstücken erteilten die Gesellschafter 2007 und 2008 ihre Zustimmung bis zu einem Gesamtvolumen von acht Millionen Euro.⁴⁰ Bereits 2010 wurden weitere zwei Millionen Euro für den Ankauf eines zusätzlichen Grundstückes und die Errichtung eines neuen Filialgebäudes zur Verfügung gestellt.⁴¹

Die Einrichtung einer Filiale in Eisenstadt (Burgenland) entsprach einerseits dem im weiteren Wiener Raum rasch zunehmenden Baugeschäft, lag andererseits aber auch im inländischen Kerngebiet der Bautätigkeit des Unternehmens. In Niederösterreich bündelten die Filialen in Zistersdorf/Maustrenk, Tulln und St. Pölten das

³⁹ Umlaufbeschlüsse vom 26. September 2006 (Protokoll-Buch, Nr. 57) und vom 25. September 2007 (Protokoll-Buch, Nr. 59).

⁴⁰ Umlaufbeschlüsse vom 25. September 2007 (Protokoll-Buch, Nr. 59) und vom 30. September 2008 (Protokoll-Buch, Nr. 61).

⁴¹ Umlaufbeschluss vom Oktober 2010, Protokoll-Buch, Nr. 72.



*Die Geschäftsführung von Pittel+Brausewetter,
Ing. Wolfgang Makovec und Mag. Wolfgang Fürbauer.*

anfallende Geschäft.⁴² Im Interessengebiet lag auch das nahe Ausland wie die Republiken Tschechien und Slowakei. Zum Aufbau eines Geschäftsbetriebes ohne Standortnachteile erwarb oder gründete man einschlägig arbeitende Firmen.

Der fortschreitende Ausbau der Produktionsstätten und die Beschaffung modernster technischer Anlagen machte zudem eine steigende Reinvestitionsquote notwendig. So einigte man sich 2015 per Umlaufbeschluss auf eine Erneuerung der Asphaltmischanlage am Standort Tulln im Rahmen einer Gesamtsumme von bis zu 3,2 Millionen Euro.⁴³

Dieser 2002 eingeleitete und konsequent weiter entwickelte Konzernaufbau ist an Hand der Vermögenswerte und des Leistungsausweises der verbundenen und assoziierten Firmen deutlich nachzuzeichnen. Die Vergleichswerte der Geschäftsjahre 2002/2003 und 2012/2013 belegen den Zusammenhang von strukturellen und erfolgswirtschaftlichen Faktoren. Die *Pittel+Brausewetter Holding GmbH* fungiert als Muttergesellschaft der Unternehmen *Pittel+Brausewetter Gesellschaft mbH* und *Pittel+Brausewetter Beteiligungsgesellschaft mbH*.

Die P+B GmbH zählte am Ende des ersten Geschäftsjahres (31. März 2003) 13 Firmen zum Kreis der inkorporierten Unternehmen mit einem Buchwert von gerundet 1,09 Millionen Euro. Auch 2013 findet sich anders zusammengesetzt ein Kreis von 13 verbundenen Unternehmen vor, der einen Buchwert von 0,97 Millionen be-

⁴² Siehe Pittel+Brausewetter, Geschäftsbericht 2009/2010, Standorte.

⁴³ Umlaufbeschluss 2015, Protokoll-Buch.



Aufsichtsrat in der aktuellen Zusammensetzung.

*Vnvr. Dr. Walter Kuppensteiner, Dipl. Ing. Wolfgang Heindl, Mag. Karin Fürhauer-Brügger,
Dr. Leonhard Romig, Ing. Josef Feldeitner (Betriebsrat der Angestellten), Adolf David (Betriebsrat der
Arbeiter)*

saß. In diesem Jahr ergab sich zudem eine Beteiligung an der „Bau- und Elektrotechnik GmbH“ zu 50 Prozent, der durch Umbuchungen realisierte Bilanzwert betrug 8.750 Euro.

Die P+B Beteiligungsgesellschaft besaß im Gründungsjahr 2003 nur ein verbundenes Unternehmen, dessen Wert bei 1,2 Millionen Euro lag, 2013 waren es drei mit einem Buchwert von 3,33 Millionen. Die Zahl der Beteiligungen hatte sich in diesem Jahrzehnt von sieben auf neun erhöht. Die Anteile bewegten sich zwischen 16,67 und 33,33 Prozent. Die entsprechenden Bilanzwerte stiegen von 0,53 auf 1,74 Millionen.⁸⁸

Der betriebliche Aufbau des Konzerns spiegelt sich in der Entwicklung des Anlagevermögens wider. In der Schlussbilanz des Geschäftsjahres 2002/2003 verzeichnet

⁸⁸ Die Angaben zu den Geschäftsjahren 2002/2003 und 2012/2013 können aus den entsprechenden Jahresberichten der P+B Holding, der P+B GmbH und der P+B Beteiligungs GmbH entnommen werden.

die P+B Holding einen Buchwert der gesamten Anlagen⁴⁵ von 17,2 Millionen Euro. Zehn Jahre später lag dieser Wert bei 43 Millionen, was einem Zuwachs von 150 Prozent entspricht. Diese Ausstattung mit Sach- und Finanzanlagen ermöglichte im Jahrzehnt von 2003 bis 2013 eine Steigerung der am Umsatzerlös gemessenen Betriebsleistung von 86,9 auf 208,9 Millionen Euro oder um 140 Prozent. Beide Vergleichsjahre zeigen außerdem die große Bedeutung der Abschreibungen für die Investitionspolitik des Konzerns. Die jeweils ausgewiesenen Bilanzwerte des Anlagevermögens entsprachen nur zu etwa vierzig Prozent ihrem kostenmäßigen Wert; die kumulierten Wertminderungen lagen bei sechzig Prozent.⁴⁶

Die Hinweise auf strukturelle Eigenheiten und Erfolgsgrößen der Konzernentwicklung lassen deren Abhängigkeit von geltenden Zielvorstellungen der Unternehmensführung erkennen. Bevor im nachfolgenden Abschnitt versucht wird, das ökonomische Ergebnis in seinen verschiedenen Teilaspekten zu zeigen und die Wirksamkeit nichtökonomischer Parameter zu hinterfragen, sei hier auf die Entstehung der Zielkonzeption und die ihr zugrunde liegenden Vorstellungen seitens der Unternehmensführung verwiesen. Die hohe Beständigkeit in der personellen Zusammensetzung der Leitungsgremien, die P+B seit jeher auszeichnete, lässt in Fragen der vorrangigen Ziele sowohl eine traditionsbewusste als auch eine den modernen Anforderungen aufgeschlossene Haltung erwarten. Trotz Verschiebungen in der Schwerpunktsetzung spielten in der Gesellschaft seit jeher neben den ökonomischen auch soziale und ökologische Überlegungen eine Rolle.⁴⁷

Seit dem Geschäftsjahr 2006/2007 formuliert das Unternehmen im „Konzernlagebericht“ die in seine Identität eingeschriebene Haltung zu „gesellschaftlicher Verantwortung, Nachhaltigkeit und Umweltschutz“ und kann sich dabei auf ein seit jeher angestrebtes Ziel berufen.⁴⁸ Dieses wird in der „Steigerung der Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit“ gesehen, die jedoch an die Einhaltung der „Rahmenbedingungen“ geknüpft ist, welche sich aus der „Respektierung“ gesellschaftlicher und menschlicher Werte, aus der Verantwortung für die Mitarbeitenden und dem Umweltbewusstsein ergeben. Im Besonderen wird noch auf einen „die Ressourcen schonenden Umgang im Einklang mit der Natur“ verwiesen. Dieser Anspruch wird jährlich durch Hinweise auf konkrete Maßnahmen und geplante Innovationen ergänzt. Sie kennzeichnen letztlich die Richtung der „Forschungs- und Entwicklungstätig-

⁴⁵ Die Anlagenposition besteht aus Immateriellen Vermögensgegenständen, aus den Sach- und den Finanzanlagen.

⁴⁶ Anlagenspiegel der Jahre 2003 und 2013; Berichte über die Prüfung des Konzernabschlusses zum 31. März 2003 und 2013.

⁴⁷ Zur Mehrzahl der ökonomischen, im geringeren Maße auch der sozialen Ziele liegen keine schriftlich verankerten Leitfäden vor, sie können aber im langfristig geführten Bilanzvergleich weitgehend entschlüsselt werden.

⁴⁸ Konzernlagebericht der Geschäftsführer, in: Geschäftsbericht des Konzerns Pittel+Brausewetter 2006/2007.

keit“, die – wie noch zu zeigen sein wird – entscheidend zur Erfolgsgeschichte des Konzerns beiträgt.



1994 Zwerntürmige Klinkersiloanlage mit Fassungsvermögen von je 25.000 t für die Perlmutter Zementwerke in Mannersdorf am Leithagebirge errichtet

Die Umsetzung solcher Vorhaben ist an eine Reihe einander ergänzender und kontrollierender Tätigkeiten geknüpft. Dazu geben die Leitlinien eines „Qualitäts- und Sicherheitsmanagements“ die Handhabe.⁹⁸ Die Basisarbeit wird von Stabstellen verrichtet. So führt das „Baustellencontrolling“ die Berichte einer monatlichen Auswertung zu, die direkt an die Geschäftsleitung weitergegeben werden.⁹⁹

Der seit 1993 und wiederum nach 2003 forcierte Ausbau des Konzerns und seiner Tätigkeitsbereiche machte auch eine Verfeinerung des Instrumentariums notwendig, das der Risikoabsicherung dienen sollte. Aber auch in diesem Zusammenhang konnte die Firmenleitung an sehr früh gemachte Erfahrungen anschließen. Schon in ihren Anfängen war sie aufgrund des Standortes und der sich über die Grenzen Österreich-Ungarns erstreckenden Tätigkeit gezwungen, die regional unterschiedliche Nachfrage mittels eines differenzierten Angebots zu befriedigen. Die Entstehung neuer Staaten nach dem Zerfall der habsburgischen Monarchie führte zu verstärkten

⁹⁸ Diese Systeme werden mittelfristig einem Erneuerungsaudit unterzogen und zeitlich begrenzt verlängert.

⁹⁹ Siehe Anm. 49.

Anstrengungen, die ehemals beworbenen Märkte zu halten. Nicht zuletzt waren es bautechnische Veränderungen und neue Materialien, welche ein Unternehmen, das wie P+B an der Entwicklung namhaft beteiligt war, zu einer Neuausrichtung des Angebotes veranlassten. So scheint es nicht verwunderlich, dass wie schon erwähnt die Firmenleitung bis heute unter dem Schlagwort „Konjunkturrisiko“ darauf hinweist, dass P+B „in nahezu allen Bausparten tätig“ ist und „daher einen Rückgang der Baunachfrage in einzelnen Sparten innerhalb des angebotenen Leistungsspektrums ausgleichen“ könne. Obwohl die öffentliche Hand als wesentlicher Auftraggeber fungiert, „wird durch die Vielfalt an verschiedenen Projektpartnern vermieden, eine Abhängigkeit von einzelnen Auftraggebern entstehen zu lassen“.⁵¹ Zu weiteren Aspekten des Risikos eines Bauunternehmens wird im Rahmen der ökonomischen Entwicklung Stellung bezogen werden; auch hierin lassen sich langfristige Geschäftspraktiken feststellen. Ihre Beibehaltung oder Neuorientierung in einzelnen Bereichen wird jedoch grundsätzlich durch Erfolgsprüfungen gestützt.



2003 Errichtung einer Pferderennbahn im Magna Racino

Die aufgezeigte innere Logik der Geschäftsziele kommt in den seit der Gründung 1979 entwickelten Produktionsschwerpunkten zum Ausdruck. Ihnen liegen die Aufgaben des Baumeistergewerbes einschließlich aller Baunebengewerbe und ein sukzessiv ergänztes Angebot von Dienstleistungen zugrunde. Die 1988 vorgenommene

⁵¹ Geschäftsbericht 2014/2015, Pittel + Bramswetter, Konzern, Punkt 3.1.

„Erweiterung des Betriebsgegenstandes“ führte zu jener Konzeption, die fortan die Tätigkeit der um eine adäquate Konzernstruktur bemühten Firma bestimmen sollte.³² Sie fand in Kurzform Aufnahme in die den Geschäftsberichten bis heute beigefügte Beschreibung des Gegenstandes des Unternehmens. Dieser ist „die Planung und Ausführung von Bauten aller Art, der Betrieb von Asphaltmischwerken, Lieferbetonwerken, Steinbrüchen, Sand- und Kiesgruben sowie der Betrieb sämtlicher Bauneben- und Bauhilfsgewerbe. Weiters ist die Gesellschaft zum Erwerb, zur Veräußerung und zur sonstigen Verwertung und Verwaltung von Liegenschaften sowie zur Beteiligung an anderen Unternehmen berechtigt.“ Die 2003 vorgenommene Neuordnung der Konzernstruktur hatte zum Ziel, die Vielfalt der aus diesem Programm erwachsenden Aufgaben technisch wie ökonomisch auf eine tragfähige Grundlage zu stellen.

Wie schon angedeutet stellt P+B seine Bemühungen um soziale und ökologische Verantwortung auf ein wissenschaftlich abgestütztes Programm von Forschung und Entwicklung. Im Konzernbericht 2014/2015 erwähnte man den Schwerpunkt eines gemeinsam mit der Technischen Universität in Wien durchgeführten Projekts, das sich mit der „Alterung von Bitumen“ und den Auswirkungen auf das „Gebrauchverhalten für Recyclingasphalt“ beschäftigte.³³ In der Geschäftsperiode 2012/2013 lag das Interesse auch auf der Weiterentwicklung von „Straßenbetonen sowie Recyclingbaustoffen“ und deren Einsatzmöglichkeiten.³⁴ Dieser Aufgabe hatte sich das Unternehmen nach den Berichten der Geschäftsführer bereits seit einem Jahrzehnt gewidmet. In den Jahren 1998 bis 2000 arbeitete man an der „Weiterentwicklung der Optimierung von Fließbeton für Betonfahrbahndecken“, um die „Abbindedauer“ zu verringern.³⁵

Die wissenschaftlichen Bemühungen im Sinne des Ausbaues wie der Verbesserung des Leistungsspektrums der Firma können unschwer bis zu den Anfängen im 19. Jahrhundert zurückverfolgt werden.³⁶ Es zeichnet die Vertreter der Gründergeneration wie ihre Nachfolger aus, den raschen Wandel in Technik und Materialentwicklung jeweils nicht nur nachvollzogen, sondern oftmals in wichtigen Belangen mitgestaltet und führend beeinflusst zu haben.³⁷

Ein Schwerpunkt der Unternehmensführung, der gleichsam die sozialen Verant-

³² Siehe S. 271ff.

³³ Geschäftsbericht Pittel+Brausewetter, Konzern 2014/2015, S. 53. Das Projekt wurde im Geschäftsjahr 2012/2013 gestartet und führte die Bezeichnung „FFG-Bridge Projekt OEKOPHALT“.

³⁴ Bericht über die Prüfung des Konzernabschlusses zum 31. März 2013 der Pittel+Brausewetter Holding GmbH, Beilage VI/9.

³⁵ Berichte über die Prüfung des Konzernabschlusses 1999 und 2000, jeweils Anlage 4, Konzernlagebericht.

³⁶ Siehe Teil I – IV.

³⁷ Siehe die Ausführungen über die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung von Pittel & Brausewetter (Teil I, A und B).



Finanzzentrum der Niederösterreichischen Versicherung in St. Pölten nach Plänen von Architekt DI Herbert Bohrn.

wortlichkeiten der Firma bündelt, sind die Bemühungen der Versorgung sowie der Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter. Im ersten Geschäftsbericht des 2003 neu geformten Konzerns wird die Schulung der „Angestellten in den Bereichen Bau- und Vergaberecht, Normenwesen, Arbeitssicherheit, Baumaterialien und Bautechnik sowie EDV-Anwendungsprogramme“ und die der Arbeiter in „Verarbeitung von Baumaterialien, Einbautechnik sowie in der Ausbildung zum Lehrabschluss Tiefbau“ angeführt.⁵⁸ Diese als fachliche Grundausbildung vorgesehenen Programme werden bis heute den Mitarbeitern unverändert angeboten, nur 2011/2012 wurde mit „Baukalkulation“ ein zusätzlicher Schwerpunkt aufgenommen.⁵⁹ Auch vor dem Jahr 2003 fanden manche der aufgezählten Ausbildungsziele bereits Beachtung. Seit Mitte der

⁵⁸ Konzernlagebericht der Geschäftsführer, in: Bericht über die Prüfung des Konzernabschlusses zum 31. März 2003 der Pittel + Brausewetter Holding GmbH.

⁵⁹ Bericht über die Prüfung des Konzernabschlusses zum 31. März 2012 der Pittel+Brausewetter Holding GmbH, Beilage VI/6.



Verkehrsbereinigung und Platzgestaltung Schwarzenbergplatz Wien

neunziger Jahre wurde die „Ausbildung im neuen Lehrberuf Tiefbauer“ erwähnt, die z. B. 1998/1999 von „neun Mitarbeitern erfolgreich abgeschlossen werden konnte“.⁴⁰¹

Schulung und Betriebszugehörigkeit hingen seit jeher eng zusammen. Dies hat nicht zuletzt mit der das Bauwesen auszeichnenden Vielseitigkeit des Arbeitsvollzugs zu tun. Je rascher die technische Entwicklung, desto gezielter mussten auch manuelle Fertigkeiten vermittelt und abverlangt werden. Dies zwang die Unternehmensführung im 19. Jahrhundert, Konstrukteure und Architekten in der eigenen Firma auszubilden, woran sich die Weiterbildung der noch aus dem traditionellen Handwerk kommenden Gewerbetreibenden anschloss. Letztendlich versetzte dieses Engagement die Firma auch in die Lage, ihr theoretisches und praktisches Wissen an Fachinstitute weiterzugeben. Lehraufträge an Universitäten, Mitarbeit an einschlägigen Projekten und öffentliche Auszeichnungen belegen diese Entwicklung. Aus der folgenden Darstellung des Geschäftsverlaufs der 1979 gegründeten Gesellschaft an Hand von Kennzahlen ist abzulesen, wie entscheidend für ein Unternehmen der Baubranche die Gestaltung der sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen mittels Einsatz leistungsstarker technischer Verfahren bei Berücksichtigung umweltbezogener Wertgrößen ist. Die Nachhaltigkeit des Erfolgs kann daran gemessen werden.

⁴⁰¹ Geschäftsbericht der Pittel+Brausewetter Gesellschaft m. b. H. 1998/99.

B. Pittel+Brausewetter. Der Konzern als Wirtschaftskörper 1979 – 2020

Das unternehmerische Konzept der bereits auf ein Jahrhundert ihres Bestehens zurückblickenden Firma *Pittel+Brausewetter* fand 1979 in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft weitgehend seine Fortsetzung. Wie schon aufgezeigt trat keine Veränderung in der personellen Zusammensetzung der Geschäftsführung ein, auch der Gegenstand des Unternehmens behielt seine breite Ausrichtung. So waren es vor allem finanzielle Überlegungen, die den Schritt nahelegten. Außer dem effizienteren Zugang zum Kapitalmarkt ergab sich die Möglichkeit, das Vermögen anlässlich seiner Einbringung in die neue Gesellschaft aufzuwerten. Auch die wirtschaftspolitisch geförderte Strukturverbesserung der Unternehmen eröffnete ähnliche Optionen.⁶¹ Stille Reserven konnten unter bestimmten Umständen gewinnmindernd verbucht werden.

Die erste zum Jahresabschluss 1979 aufgestellte Bilanz des neuen Unternehmens zeigt ein strukturell wie dem Umfang nach markant verändertes Bild. Das Anlagevermögen, das am 31. Dezember 1978 mit 24.967.620,- Schilling bilanziert worden war, fand am 1. Jänner 1979 mit 62.567.620,- Schilling Eingang in die neue Vermögensrechnung, die Werterhöhung betrug somit rund 150 Prozent.⁶² Die zusätzlich 1979 getätigten Investitionen steigerten den Buchwert auf 69 Millionen, der nach einer insgesamt 37 prozentigen Abschreibung mit 47 Millionen bilanziert wurde. Die Bilanzsumme stieg von 1978 auf 1979 von gerundet 271 auf 349 Millionen Schilling.⁶³ Bereits ein Jahr später zeichnet sich die der Rechtsumwandlung folgende Neufassung der Geschäftspolitik bei zunehmender Konsolidierung der finanziellen Grundlagen ab. Die Investitionen dieses Jahres von 12,7 Millionen hätten den Wert der Sachanlagen auf knapp 60 Millionen erhöht, der jedoch zu 25,7 Prozent abgewertet und mit 44,4 Millionen verbucht wurde. Die Bruttoinvestition von 12,7 Millionen im Jahr 1980 wandelte sich so in eine die Sachanlagen insgesamt betreffende Nettodesinvestition von 2,7 Millionen Schilling.⁶⁴

⁶¹ Das 1969 beschlossene und in kurzen Abständen erneuerte Strukturverbesserungsgesetz beruhte auf steuerlichen Anreizen, die zu einer Verbesserung der Vermögenszusammensetzung führen sollten.

⁶² Den größten Anteil daran hatten die maschinellen Anlagen mit einer Werterhöhung von etwa 175 Prozent.

⁶³ P+B, Bilanzen der Jahre 1978 und 1979.

⁶⁴ Tabelle 5.2.



Revitalisierung historischer Bauwerke: Instandsetzung der 1910 errichteten Strudelhofstiege im 9. Bezirk in Wien.

Strukturverbesserung und Wertanpassung im Vermögen fanden auf der Kapitaleseite ihre Entsprechung. Die Entwicklung der „Freien Rücklagen“ ist ein getreues Spiegelbild der materiellen Vorgänge im Zuge der Neugründung der Firma. Besondere Bedeutung daran erlangte die unter dem Titel „Umgründung“ ausgewiesene Rücklage von sieben Millionen.⁶⁵ Die Eigenmittel insgesamt stiegen von 22 auf 28,5 Millionen Schilling an. Auch die gesetzlich eingeräumte Möglichkeit, Investitionsfreibeträge eigenen Rücklagen zuzuführen, stand im Zeichen der gewünschten Strukturverbesserung und wurde vom Unternehmen im gebilligten Höchstausmaß vorgenommen. Das erste Jahr des Bestehens als Kapitalgesellschaft konnte P+B mit einer Aufsummierung der Rücklagen von 16 Millionen Schilling abschließen, was gegenüber der Vorjahresbilanz einer Verdoppelung gleichkam.⁶⁶ Nach gesetzlich konformer Teilauflösung der freien Rücklage war es 1981 möglich, eine Dividende von sechs Millionen Schilling auszuschütten.

⁶⁵ Als die Firma 1981 weiter versuchte, „stille Reserven“ zu bilden, blieb ihr dies versagt, da bei der Umwandlung der OHG in die GmbH die entsprechenden Anlagen bereits aufgewertet worden waren. Siehe Aktenvermerk über die Prüfung des Rechnungsabschlusses zum 31. Dezember 1981, S. 2f.

⁶⁶ Tabelle 5.3.



Golfplatzbau eine Kernkompetenz von Pittel+Brauswetter. Anlage des Diamond Country Clubs Atzenbrugg

Das mit der Neugründung als Kapitalgesellschaft angewachsene Vermögen veränderte auch dessen Zusammensetzung. Entfielen in der letzten Jahresschlussrechnung der OHG (1978) 9,2 Prozent des Firmenvermögens auf die Anlagen, waren es in der ersten der GmbH (1979) 15,7 Prozent. Der Buchwert der Anlagen setzte sich 1978 zu 11,7 Prozent aus Grundstücken und Gebäuden, 67,4 Prozent aus maschinellen Anlagen und zu 20,9 Prozent aus Gegenständen der Betriebsausstattung zusammen. 1979 lauten die Vergleichszahlen gerundet 7, 74 und 19. Ähnliche Differenzen lässt die Kapitalzusammensetzung dieser Vergleichsjahre erkennen. Die Eigenkapitalquote lag 1978⁶⁷ bei 2,2 und 1979 bei 6,3 Prozent. Die am Eigenkapital gemessene Anlagendeckung betrug 1978 24,3 Prozent, bei Einrechnung der langfristigen Bankschulden lag sie bei 40,7 Prozent. Die GmbH schloss ihr erstes Geschäftsjahr (1979) mit den Werten 68,3, bzw. 75,9 Prozent ab. Aus den Bilanzdaten ist abzuleiten, dass die Nettoverschuldung⁶⁸ sowohl im letzten Jahr der OHG als auch im ersten der GmbH eine negative Größe darstellte, da ausreichend liquide Mittel vorlagen.⁶⁹ Be-

⁶⁷ In der Abschlussbilanz der OHG 1978 wurde das „Eigenkapital“ auf der Vermögensseite verbucht, die noch vorhandenen Rücklagen repräsentierten die Eigenmittel.

⁶⁸ Nettoverschuldung (Net Debt): Verzinsliches Fremdkapital minus Barmittel.

⁶⁹ Die Werte betragen 1978 -1,1 und 1979 -5,3 Millionen Schilling.

zogen auf das Eigenkapital (Gearing ratio) ergab dies eine Verschuldungsquote von -18,53 (1978) und -23,95 (1979).⁷⁰

Das erste Geschäftsjahr der GmbH wurde mit einem Verlust abgeschlossen, der im Ausmaß von 6,6 Millionen Schilling auf 1980 übertragen wurde, wodurch sich der in diesem Jahr erzielte Jahresgewinn von 5,1 Millionen in einen Fehlbetrag von 1,5 Millionen verwandelte. 1981 vermochte P+B den Jahresertrag infolge eines um knapp zehn Prozent gesteigerten Rohüberschusses aus der Bautätigkeit und einer Auflösung freier Rücklagen auf 7,5 Millionen Schilling anzuheben, der nach Abzug des Verlustvortrages ein Reinergebnis von gut sechs Millionen anzeigte und wie oben schon erwähnt als Dividende verteilt werden konnte.⁷¹

Die widrigen ökonomischen Rahmenbedingungen der Jahre 1980 und 1981 trieben die Baubranche in eine rezessive Phase. Konträr dazu verlief die Entwicklung der neugegründeten Kapitalgesellschaft P+B: Ein günstiger Auftragsbestand führte zu einer Steigerung des Gesamtumsatzes 1981 von 8,4 Prozent, wobei sowohl Arbeiten im Hoch- und Industriebau als auch im Straßen- und Tiefbau anfielen.⁷² Zusammen mit den Wertanpassungen in Teilen des Vermögens und des Kapitals schuf das Unternehmen bereits in den ersten Bestandsjahren eine positive Ausgangslage für die weitere Entwicklung.

Die folgenden Ausführungen sollen einen gerafften Überblick über die wirtschaftlichen Vorgänge geben, welche die Performance der Kapitalgesellschaft P+B in den vier Jahrzehnten von 1980 bis 2020 prägten. Die Kennziffern zur Darstellung der Vermögens- und Finanzlage wie der Ertragsentwicklung geben aber auch Hinweise auf die ökonomische Zielkonzeption des Unternehmens. Darüber hinaus kann auf die Wirksamkeit nichtökonomischer Einflüsse geschlossen werden, die in der Regel Erfolg wie Misserfolg der Geschäftsführung beeinflussen.

Den organisatorischen wie rechtlichen Rahmen bildet die 1979 errichtete Firma P+B GmbH, die bis 2002 Bestand hatte, bzw. der ab 1996 rechnerisch erfassbare Konzern gleichen Namens. Mit 2002 erfuhr die Firma eine tiefgreifende Neuordnung, die in ihrer Gesamtheit (Konzern) Gegenstand der Analyse sein soll. Hinweise auf Einzelunternehmen des Konzerns werden im Falle wichtiger, für die Gesamtentwicklung entscheidender Details, gegeben.

Zur Veranschaulichung der konjunkturellen Dynamik der ins Auge gefassten Periode werden die heute gängigen und in Prüfungsberichten aufscheinenden Kennzahlensysteme herangezogen. Insgesamt wird versucht, die Vermögens- und Finanzlage sowie abschließend die Ertragslage und die Entwicklung der Gesamtleistung der Firma zu behandeln.

⁷⁰ Siehe die Bilanzen der Jahre 1978 und 1979.

⁷¹ Siehe die Tabellen 5.9 und 5.11.

⁷² Geschäftsbericht der Pittel+Brausewetter Gesellschaft m. b. H. für das Geschäftsjahr 1981, S. 1 und 1a.



Wohnbauten eine der Kernkompetenzen von Pitzel+Braunewetter: Wohnhausanlage mit 123 Wohnungen⁷¹ in Wien Liesing

Die Analyse der im Folgenden als „P+B alt“ bezeichneten Gesellschaft (1979 – 2002) wählt 1981 als Ausgangspunkt und 2001 als Abschlussjahr, mit 1991 bietet sich ein Blick auf die Halbdistanz an. Um diese Zehnjahresvergleiche zu ermöglichen, musste die Datenlage homogenisiert werden. Die ab 1997 nach neuer Methode erstellten Daten wurden gemäß dem früheren System korrigiert.⁷¹

Die Entwicklung des in den Berichten anfänglich als „P+B – Gruppe“ bezeichneten Konzerns gewann Mitte der neunziger Jahre an Eigendynamik; die Daten aus 1996 stimmen noch weitgehend mit jenen der GmbH überein, so differieren die beidseitigen Vermögensvolumina nur um knapp zwei Prozent.

In den zwanzig Jahren von 1981 bis 2001 wuchs das Gesamtvermögen der GmbH P+B alt von 352,1 auf 665,2 Millionen Schilling oder um knapp 90 Prozent an; nach zehn Jahren (1991) lag eine Zunahme von 47, im zweiten Jahrzehnt eine von 28 Prozent vor.

Der nahezu einer Verdoppelung entsprechende Gesamtanstieg der Aktiva ging vor allem auf das Konto des Anlagevermögens, dessen Volumen sich mehr als vervierfachte, während das Umlaufvermögen nur um die Hälfte anwuchs. Im Vergleich der zwei Jahresperioden 1981 bis 1991 (Periode 1) und 1991 bis 2001 (Periode 2)

⁷¹ Diese Umrechnung kann aufgrund der in den Bilanz- und Geschäftsberichten aufgeschlüsselten Daten durchgeführt werden. Die Originaldaten sind in Tabelle 5.1 abgedruckt.



Moderne Aufschließung eines historischen Gebäudes: Sanierung des Winterpalais von Prinz Eugen in der Wiener Himmelstorgasse mittels eines neu errichteten zentralen Stiegenhauses als Zweckbau für das Finanzministerium.

lauten die positiven Veränderungsquoten des Anlagevermögens 90 und 121, jene des Umlaufvermögens 40 und 7 Prozent. Am Wertanstieg der Anlagen waren die Finanzanlagen (Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Wertpapiere) mit 466 Prozent am stärksten beteiligt.

Der Vermögenszuwachs in den ersten zwanzig Jahren der P+B GmbH zeigt insgesamt eine abnehmende Intensität, die auf den langsameren Anstieg der umlaufenden Mittel zurückgeht. Repräsentierten diese 1981 noch 85 Prozent des Gesamtvermögens der Firma, lag dieser Anteil 2001 bei 56 Prozent. Das Anlagevermögen erhöhte demgemäß seinen Anteil von 15 auf 44 Prozent. Dazu trugen wie betont vor allem die Finanzanlagen bei, die ihren Anteil am Buchwert der Anlagen von 17 auf 23 Prozent erhöhten, während jener der Sachanlagen vice versa von 83 auf 77 Prozent zurückging.

Innerhalb der Sachanlagen kam es im Zeitverlauf zu größeren Umschichtungen.⁷⁴ Auf Grund- und Gebäudewerte entfielen 1981 knapp 13 Prozent, auf technische Anlagen und Maschinen 62 und auf die Betriebs- und Geschäftsausstattung 21 Prozent. 1991 lauten die Vergleichszahlen 47, 25 und 28, zehn Jahre später (2001) 45, 44 und 11 Prozent. Deutlich zeichnen sich darin die wechselnden Investitionsschwerpunk-

⁷⁴ Struktur der Sachanlagen, Tabelle 5.4.

te ab. In Periode 1 überwog der Ankauf von Grundstücken wie die Errichtung und der Ausbau von Wohngebäuden und Produktionsstätten, wodurch auch vermehrt Investitionen in die Betriebsausstattung gingen. In Periode 2 überwog die Erneuerung und Vergrößerung der technischen Ausrüstung, während für die Modernisierung des Geschäftsbetriebes kein über den Werterhalt hinausgehender Aufwand vorgesehen war. Die am Buchwert abzulesende umfangreiche Investition für technische und maschinelle Anlagen wird bei Berücksichtigung der gleichzeitig angehobenen Abschreibungen noch deutlicher sichtbar, worauf im folgenden Abschnitt näher eingegangen werden soll.

Die das Vermögen absichernde Kapitalausstattung⁷⁵ setzte sich 1981 aus 34,1 Millionen Schilling Eigenmittel und 318 Millionen Fremdmittel zusammen, was gerundet einer Eigenkapitalquote von zehn Prozent entspricht. Diese erhöhte sich bis 1991 auf 16,6 Prozent und lag 2001 bei gut 22 Prozent. Dazu gehörte das in der gesamten Periode im gleichen Ausmaß eingesetzte Stammkapital von 25 Millionen Schilling sowie die Rücklagen, deren Volumen von 14,1 Millionen im Jahr 1981 auf 86,5 Millionen Schilling 2001 anstieg, wodurch sich ihr Anteil an den Eigenmitteln von 41 auf 58 Prozent erhöhte. Bezüglich der den Eigenmitteln zuzurechnenden Jahresergebnisse sei hier nur vermerkt, dass zwischen 1981 und 2001 kein negatives Bilanzergebnis vorlag, und nur zweimal (1985 und 1997) ein Jahresverlust zu verzeichnen war.

Das Eigenkapital, das 2001 gerundet den viereinhalbfachen Wert des Jahres 1981 umfasste, bildete eine Grundkonstante aller Finanzierungsvorhaben. Sie garantierte eine hohe Anlagendeckung,⁷⁶ die im gesamten Zeitraum nie weniger als 66 Prozent betrug. In fünf Jahren (1983 und 1987 bis 1990) überstieg das Eigenkapital den Buchwert des gesamten Anlagevermögens. Das Jahresmittel lag bei neunzig Prozent. Werden in die Deckungsrechnung die langfristigen Verbindlichkeiten mit einbezogen, übertrafen sie zusammen mit den Eigenmitteln in 14 von 21 Berichtsjahren den Wert des Anlagevolumens; der mittlere Wert zeigt 118 Prozent. Trotz der prinzipiellen Fragwürdigkeit der aus Bilanzdaten abgeleiteten Deckungskennzahlen wie auch des langfristigen Rückgangs der Deckungswerte⁷⁷ lässt das absolute Ausmaß auf eine den Geschäftsbetrieb insgesamt sichernde Finanzierungsrelation schließen.

Im Fremdkapital⁷⁸ spiegeln sich die Möglichkeiten einer kurz- und langfristigen Kreditfinanzierung wider. Die für Abfertigungen und Pensionen gebildeten Rückstellungen erreichten 2001 den fünffachen Wert von 1981. Da die Zahl der Beschäftigten nur von 620 auf 673 anstieg, das sind weniger als zehn Prozent, zeigt sich einerseits eine Zunahme des Lohnniveaus, andererseits darf auf eine angehobene Fi-

⁷⁵ Kapitalstruktur, Tabelle 5.3.

⁷⁶ Anlagendeckung, Tabelle 5.5.

⁷⁷ Anlagendeckung: 1981 - 1991: Mittelwert 101 Prozent, 1991 - 2001: Mittelwert 79 Prozent.

⁷⁸ Fremdkapital, Tabelle 5.6.



Sanierung der historischen Fassade des Finanzministeriums in der Wiener Himmelstufgasse

nanzierungsfunktion dieser langfristigen Mittel geschlossen werden. Die bei Kreditinstituten bestehenden langfristigen Verbindlichkeiten⁷⁹ spielten Mitte der achtziger Jahre und abermals von 1993 bis 1999 eine Rolle. Zusammen mit den langfristigen Rückstellungen repräsentierten sie das verzinsliche Fremdkapital, das in Periode 1 einen Mittelwert von 12,78 Prozent Anteilen an den gesamten Fremdmitteln einnahm, der in Periode 2 auf 18,23 Prozent anstieg. Diese Entwicklung widerspiegelt allein die Zunahme der Abfertigungs- und Pensionsrückstellungen, während die sonstigen langfristigen Verbindlichkeiten wie schon angemerkt zurückgingen und 2001 erstmals mit Null bilanziert wurden.

Ähnliche Vorbehalte wie den Deckungsberechnungen gelten Überlegungen zur Zahlungsbereitschaft. Eine Variante der bekannten Liquiditätsberechnungen bietet die Kennziffer Nettoumlaufvermögen (working capital),⁸⁰ die den Überhang der kurzfristigen Zahlungsmittel über die kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen als absoluten Wert oder als Prozentsatz (working capital ratio) anzeigt. Während des gesamten Zeitraums überwogen die kurzfristig realisierbaren Vermögenswerte die kurzfristig anstehenden Zahlungsverpflichtungen. Der Durchschnittswert von 44 Millionen

⁷⁹ Als solche wurden Kredite mit einer Laufzeit eines Jahres oder darüber eingestuft.

⁸⁰ Nettoumlaufvermögen, Tabelle 5.7.



Die Auffahrtstampen der A4 (Knoten Schwwechat) wurden in vier Monaten bei unbeeinträchtigtem Straßenverkehr im Auftrag der ASFINAG verbreitert

in Periode 1 (1981 bis 1991) stieg in Periode 2 (1991 bis 2001) auf 53 Millionen oder um zwanzig Prozent an. In beiden Perioden lag der Prozentsatz des Überhangs der Zahlungsmittel bei 15 Prozent. Allein im letzten Jahr vor der Umwandlung und Neustrukturierung des Konzerns sank 2001 die Deckung unter eins (97,84 Prozent).

Auch über die Feststellung eines Verschuldungsgrades können Hinweise auf die Finanzlage wie die Zahlungsbereitschaft gewonnen werden.⁸¹ Die der Firma zur Verfügung stehenden liquiden Mittel übertrafen in zwei von drei Geschäftsjahren zum Teil beträchtlich das verzinsliche Fremdkapital, woraus ein negativer Verschuldungsgrad resultierte. Im Zeitvergleich der beiden Zehnjahresperioden zeigen sich jedoch wichtige Unterschiede. Bis 1991 ist die Gearing ratio⁸² ein negativer Wert, 1992 bis 1997 lag ein positives Ergebnis vor, das einmal (1995) nahezu die Höhe des gesamten Eigenkapitals (98 Prozent) erreichte. Ab 1998 konnte bis zur Neugründung der Gesellschaft 2002 wieder ein negativer Verschuldungsgrad erreicht werden. Diese Zahlen widerspiegeln auch die konjunkturelle Entwicklung in diesen Jahren, worauf in der anschließenden Betrachtung der Ertragslage wie der Leistungsentwicklung des Konzerns wieder einzugehen sein wird.

⁸¹ Nettoverschuldung, Tabelle 5.8.

⁸² Gearing ratio gibt die Verschuldung (verzinsliches Fremdkapital abzüglich der liquiden Mittel) in Prozent des Eigenkapitals an.



Pistenanierung Flughafen Wien 2016: Start- und Landebahn sowie die Rollwege an vier Wochenenden und in fünfundzwanzig Nächten bei Sicherstellung des Flugverkehrs ab 7 Uhr früh erneuert.

Zur Darstellung der Ertragslage sollen im Folgenden vor allem Ertrags- und Kostenrelationen verwendet werden, die durch Hinweise auf Rentabilitäts- und Mitarbeiterverhältnisse ergänzt werden. Wiederum wird zudem angestrebt, die zwei Jahrzehnte von 1981 bis 2001 durch Homogenisierung der Daten vergleichbar zu machen, wodurch auch die Erstellung von Zehnjahreswerten ermöglicht wird.⁸³

Die Betriebsleistung entspricht dem Umsatzerlös bei eingerechneten Bestandsveränderungen und allfälligen, aktivierten Eigenleistungen. Werden davon sämtliche Aufwandsausgaben (einschließlich der Abschreibungen) abgezogen und sonstige betriebliche Erträge, bzw. Aufwendungen eingerechnet, zeichnet sich das Betriebsergebnis ab. Bei Hinzuziehung des erzielten Finanzerfolgs liegt das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) vor. Nach Abzug der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag und bei Berücksichtigung der eingetretenen Bestandsveränderungen in den Rücklagen kann der Jahresgewinn oder -verlust ausgewiesen werden. Zusammen mit dem übernommenen Gewinn- oder Verlustvortrag steht der Bilanzgewinn des Jahres fest.

Die Betriebsleistung der Firma P+B GmbH⁸⁴ zeigt im Zeitraum von 1881 bis

⁸³ Die Kennzahlen Betriebsleistung und Betriebsergebnis werden entsprechend der ab 1997 vorgenommenen Berechnung auch für die Jahre davor ermittelt.

⁸⁴ Betriebsleistung, Tabelle 5.9.

2001 ein sich beschleunigendes Wachstum von insgesamt 123 Prozent. Im Jahrzehnt bis 1991 wurden 42 Prozent, im zweiten bis 2001 157 Prozent erzielt. Die niedrigere Leistungssteigerung in Periode 1 geht auf die Jahre 1982 bis 1985 zurück, in denen leichte Rückgänge zu verzeichnen waren. Eine erste Erklärung gibt die Relation zum Gesamtaufwand. Dieser verhält sich in Periode 1 mit 44 Prozent Steigerung etwa gleich der Betriebsleistung. Anders die Situation im zweiten Jahrzehnt. Während der Ertrag wie erwähnt um 157 Prozent angehoben wurde, nahm der Aufwand nur um 122 Prozent zu.

Die Struktur des Aufwandes⁸⁵ führt näher an die Ursache der Entwicklung heran. Zu Beginn (1981) verteilten sich die Kosten des Aufwandes zu einem Drittel (32,73 Prozent) auf das Material, zur Hälfte (50,48 Prozent) auf Personalausgaben, der Rest zu 3,86 Prozent auf Abschreibungen und zu 12,94 Prozent auf „sonstige betriebliche Aufwendungen“. Zwanzig Jahre später (2001) stellten Material- und Personalkosten je knapp die Hälfte des Gesamtaufwandes, der Rest entfiel auf Abschreibungen und Sonstiges. Noch deutlicher wird dieser strukturelle Wandel im Vergleich der absoluten Kostenanteile. Während der Materialeinsatz 2001 um 237 Prozent höher als 1981 anzusetzen ist, liegt bei den Personalkosten nur eine Verdoppelung (105 Prozent) vor. Im Jahre 2001 übertrafen erstmals die Materialkosten die des Personalaufwandes. Dieser Strukturwandel im Gesamtaufwand kann als wichtiger Faktor der steigenden Betriebsleistung der Firma interpretiert werden. Die Abschreibungen behielten im gesamten Zeitraum ihre Anteilsgröße; diese lag im Jahresschnitt bei gut drei Prozent.

Das Betriebsergebnis in der oben genannten Zusammensetzung⁸⁶ verdeutlicht den Erfolg des Produktionsprozesses, es stellt den Erlösen die Herstellungskosten gegenüber und zieht den Saldo. Wie sich schon aus den vorangegangenen strukturellen Hinweisen ableiten ließ, steigerte die Firma in diesen zwei Jahrzehnten ihre Erfolgsquote. Konnten die ersten Jahre positiv abschließen, ergaben sich jedoch zwischen 1984 und 1992 negative Resultate. Ab 1993 verzeichnete P+B GmbH wieder nur positive Betriebsergebnisse.⁸⁷ In diesem Jahr kamen die in den vorausgegangenen Jahren eingeleiteten Reformen und Betriebsausweitungen erfolgswirtschaftlich zum Tragen.⁸⁸

Das Finanzergebnis der zwei Jahrzehnte erhöhte mit Ausnahme eines Jahres (1994) das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.⁸⁹ Im Jahresmittel wurden

⁸⁵ Aufwandsstruktur, Tabelle 5.10.

⁸⁶ Siehe Anm. 84 und 85.

⁸⁷ Im Zehnjahresvergleich kommt dies markant zum Ausdruck. Von 1981 bis 1991 wurde durchschnittlich ein Minusbetrag von 8,7 Millionen Schilling erzielt, anschließend (1991 bis 2001) ein Überhang von 5,6 Millionen. Tabelle 5.9.

⁸⁸ Vgl. Teil V.A.

⁸⁹ 1994 führte eine außerordentliche Abschreibung sowie ein Verlust bei verbundenen Unternehmen

1981 bis 1991 gut sechs Millionen erwirtschaftet, im folgenden Dezennium konnten 3,6 Millionen verzeichnet werden. In diesem Rückgang spiegeln sich die 11,6 Millionen Abgänge 1994 wider, aber auch die niedrigen Erfolge 1993 sowie 1995 und 1996 senkten den Durchschnittswert. Insgesamt geben die Erträge und Aufwendungen aus Finanzanlagen ein weiter zu differenzierendes Bild, worauf hier nur grundsätzlich hingewiesen werden kann.⁹⁰

Betriebs- und Finanzerfolg weisen zusammen das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit aus. In sieben von zwanzig Jahren war das Resultat negativ. Alle Verluste wurden im ersten Jahrzehnt erzielt, wodurch das Jahresmittel dieser Periode ein Minus von 3,7 Millionen zeigt. 1991 bis 2001 erwirtschaftete die Firma ein positives Gesamtergebnis mit einem Jahresmittel von über neun Millionen.



Schaltwarte für die Austrian Power Grid AG 2009 errichtet

Neben Produktion und Verkauf nehmen auch bilanzpolitische Ziele Einfluss auf das im Jahresvollzug und in den Bilanzen aufscheinende finanzielle Ergebnis. Besonders die Bildung und Auflösung von Rücklagen unterschiedlichen Rechtsinhalts ist ein Instrument, das auch bei P+B eingesetzt wurde. Der Rücklagensaldo⁹¹ zeigt in

zu Aufwendungen von 11,2 Millionen, wodurch der gesamte Finanzverlust dieses Jahres auf 11,6 Millionen gesteigert wurde. 1994 war jedoch das einzige Jahr mit einem negativen Finanzerfolg.

⁹⁰ Die entsprechenden Daten können aus den jährlichen Prüfungsberichten der P+B GmbH entnommen werden.

⁹¹ Rücklagensaldo, Tabelle 5.11.



Auf den Flächen des alten Südhauptbahofes entstand ein neuer Stadtteil in Wien Favoriten; Errichtung einer Wohnanlage (400 Wohnungen) im Sauerwundviertel

den hier zu besprechenden zwanzig Jahren einen charakteristischen Trend. Im ersten Jahrzehnt blieb der Rücklagenbestand trotz kurzfristig bedeutender Schwankungen stabil. Im zweiten wurden die Rücklagen insgesamt um 64 Millionen oder 6,4 Millionen im Jahresschnitt aufgestockt. Insgesamt hielt sich die Bildung von Rücklagen in den achtziger Jahren an die gesetzlichen Auflagen als Leitprinzip. In den neunziger Jahren fungierte die Rücklagenzuführung offensichtlich als Stärkung der Eigenkapitalfinanzierung bei jahrelangem Verzicht auf Ausschüttungen von Dividenden.¹²

Die bisherigen Versuche, Erträge und Kosten unter dem Leistungsprinzip einer Kapitalgesellschaft aufzuzeigen, münden in das finale Ergebnis, die Darstellung des Jahres- und des Bilanzenerfolgs.

Die ersten zwanzig Jahre der neugegründeten Firma P+B GmbH ergaben ein kumuliertes Ergebnis von 74,4 Millionen, was einem mittleren Ertrag von 3,72 Millionen entspricht. Die zwei Dezennien zeigen jedoch markante Unterschiede. Den addierten Jahreserfolgen der Jahre 1981 bis 1991 von 51,3 Millionen stehen 1991 bis 2001 nur 25,7 Millionen gegenüber. Bezüglich der Durchschnittswerte lautet dies: 4,7 gegen 2,6 Millionen.

Die Bilanzgewinne dieser Periode übertreffen die Jahreserfolge um mehr als das

¹² Zwischen 1988 und 1996 wurden die Bilanzgewinne ohne Abstriche auf das nächste Geschäftsjahr vorgetragen.

Doppelte. Die Ursache liegt in der vor allem in den neunziger Jahren praktizierten Weitergabe von Gewinnanteilen an das nächste Geschäftsjahr. Die Gewinnvorträge von 1991 bis 2001 erreichten die Summe von gerundet 95 Millionen, sie stellten damit achtzig Prozent des Bilanzergebnisses in diesen Jahren. In diesen Zahlen verbirgt sich die als notwendig erachtete Dividendenpolitik der Gesellschaft. Wie schon 1989 verzichtete man bis 1996 auf Ausschüttungen. Nur in zehn von insgesamt zwanzig Geschäftsjahren wurden Dividenden verteilt.⁹³ Im Jahrzehnt vor 1991 konnten vier Millionen im Jahresdurchschnitt ausgeschüttet werden, im anschließenden Jahrzehnt liegt diese Quote bei gut einer Million.

Dieses auf den ersten Blick doch überraschende Ergebnis verlangt eine zusätzliche Erklärung. Eine solche bietet wiederum der Rücklagensaldo.⁹⁴ Ein negativer Wert zeigt an, dass die den Gewinn steigernden Auflösungen die ihn mindernden übertreffen. Während nun im ersten Dezennium der Rücklagenbestand nahezu unverändert blieb, wurden im zweiten im Jahresschnitt wie gezeigt rund 6,4 Millionen den Rücklagen zugewiesen. Die achtziger Jahre lassen den Versuch erkennen, in den Finanzierungsentscheidungen sowohl Investitionszielen als auch Gewinnerwartungen nachzukommen. Ab 1989 standen Ausbau und Strukturwandel der Firma im Vordergrund, sie erlaubten erst seit 1998 wieder eine Ausschüttung von Gewinnen.

Der Rücklagensaldo ist im Cash Flow⁹⁵ enthalten; diese Kennziffer zeigt einen wesentlichen Teil der gesamten Mittelaufbringung der Gesellschaft an. Bei beträchtlichen Schwankungen trug der Cash Flow im Schnitt dreißig Prozent des Finanzbedarfs.⁹⁶ Über die Verminderung des Umlaufvermögens konnten knapp dreißig Prozent der Geldmittel aufgebracht werden.⁹⁷ Die restlichen vierzig Prozent wurden durch eine Erhöhung des Fremdkapitals bereitgestellt.⁹⁸

Indirekt bietet auch die Mittelverwendung Hinweise auf Ertrag und dessen Rolle als Finanzquelle. In den Jahren von 1981 bis 1996 wurden knapp ein Viertel (23,33 Prozent) für Investitionen ins Anlagevermögen, zwei Fünftel (40,32 Prozent) für Zuwächse im Umlaufvermögen und ein Drittel (32,79 Prozent) zur Verminderung des Fremdkapitals eingesetzt.⁹⁹ Trotz sehr unterschiedlichen Jahreswerten weist deren Verlauf doch auf einen Trend hin. Vergleicht man die Durchschnittsanteile der drei

⁹³ Sie umfassten 1981 bis 1991 45 Millionen und von 1991 bis 2001 11,5 Millionen.

⁹⁴ In dieser Kennziffer werden Zuweisungen an die und Entnahmen aus den Rücklagen gegenübergestellt.

⁹⁵ Cash Flow „aus dem Ergebnis“ umfasst den Jahresgewinn, Abschreibungen, Anlagenabgänge, die Rücklagenbewegung sowie die Erhöhung langfristiger Rückstellungen; diese Kennziffer wurde bei P+B seit Gründung der GmbH erhoben. Vgl. Tabelle 5.12.

⁹⁶ Der höchste Anteil wurde 1983 mit gerundet sechzig Prozent, der niedrigste 1985 mit neun erzielt.

⁹⁷ Die Extremwerte wurden 1985 mit 65 Prozent und 1988 mit acht Prozent erreicht.

⁹⁸ Auch hier wurden Anteile von 63 Prozent (1988) und 1991 von nur neun Prozent erzielt.

⁹⁹ Siehe Tabelle 5.13. Nicht berücksichtigt wird hier die Ausschüttung von Dividenden. Diese Anteilsquote liegt bei unter drei Prozent und betrifft die Jahre 1983/1984, 1987–1989 und 1995.



Umgestaltung der Mariahilfer Straße (Wien) zu einer Begegnungszone; Spezialausführung von Pflasterungen

Aufwandskategorien in den Jahren 1981 bis 1991 mit 1991 bis 1996, so zeigt sich eine Erhöhung des Investitionsanteils von knapp zwanzig auf gut dreißig Prozent, während die Wertsteigerung des Umlaufvermögens von 43 auf 36 Prozentanteilen zurückging. Der zur Verringerung der Fremdmittel vorgesehene Anteil nahm geringfügig von 33 auf 30 Prozent ab. Die bisher gemachte Beobachtung von Wertsteigerungen im produktiven Vermögen bei gleichzeitigem Zurückbleiben der dem Umlaufvermögen zuzurechnenden Ausstattung findet als Kennzeichen der ersten zwei Jahrzehnte der P+B GmbH Bestätigung. Auch die kontinuierlich rückläufige Rolle des Fremdkapitals entspricht dem bisher gezeichneten Bild.

Abschließend stellt sich die Frage, inwieweit Kapitaleinsatz im und Erlöse aus dem Produktionsprozess die Rentabilität im Betriebsergebnis widerspiegeln. Auch der Blick auf die Zahl der Mitarbeiter lässt Überlegungen zur betrieblichen Entwicklung der Produktivität zu.

Unter Beibehaltung des Vergleichs der zwei Zehnjahresperioden von 1981 bis 2001 zeichnet sich eine sprunghafte Entwicklung der Eigenkapitalrentabilität ab.¹⁰⁰ In Periode 1 liegt ein Jahresschnitt von -5,1 Prozent vor, im anschließenden Jahrzehnt ein positiver Wert von 7,53. Bei Berücksichtigung des Gesamtkapitaleinsatzes

¹⁰⁰ Eigenkapitalrentabilität (ROE): EGT in Prozent des eingesetzten Eigenkapitals; Gesamtkapitalrentabilität (ROI): EBIT (EGT + Zinsen) in Prozent des Gesamtkapitals). Tabellen 5.14 und 5.15.

verkleinert sich die Periodendifferenz: -0,38 Prozent stehen 1,72 Prozent gegenüber. Diese Daten reflektieren sowohl die steigende Bedeutung der Eigenmittel als auch die anfänglich hohe Notwendigkeit, ausreichend Fremdkapital heranzuziehen.¹⁰¹

Auch das Verhältnis Cash Flow – Umsatz widerspiegelt die der Firma eigene Finanzierungskraft.¹⁰² In den zwanzig Jahren (1981 bis 2001) wurde eine durchschnittliche Quote von 5,51 Prozent erreicht, gemessen an den Zehnjahresperioden zeichnet sich eine Verlangsamung der Umsatzrentabilität von 5,98 (im Schnitt der Jahre 1981 bis 1991) auf 5,02 Prozent im anschließenden Dezennium ab.¹⁰³ Die flankierenden Jahreswerte 1991 und 2001 deuten dies an. 1991 wurde ein Cash Flow von 21 Prozent über dem des Jahres 1981 erzielt, der Umsatzerlös lag 35 Prozent über dem Ausgangsjahr. Bis 2001 nahmen beide Werte eine ähnliche Entwicklung, nämlich eine Zunahme von gerundet 38 Prozent.¹⁰⁴

Bei Berücksichtigung kurzfristiger Verschiebungen müssen vor allem die Jahre 1981 bis 1983, aber auch 1993 und 1999 hervorgehoben werden, da sie die Durchschnittswerte der Zehnjahresperioden überproportional prägten.¹⁰⁵ Sie sind jedoch trotzdem ein brauchbarer Hinweis auf die Entwicklungsdynamik.

Der pro Mitarbeiter erzielte Anteil an der Betriebsleistung ergänzt die Hinweise auf die Ertragslage. Als eine Art Wertproduktivität¹⁰⁶ kommt dieser Kennziffer besondere Bedeutung zu. Auch unter diesem Gesichtspunkt übertrifft die zweite Zehnjahresperiode im Ergebnis die erste. Betriebsleistung und Beschäftigtenzahl nahmen 1981 bis 1991 um 42 bzw. 8 Prozent zu; 1991 bis 2001 lauten die Vergleichswerte 57 und 0,7 Prozent. Im Jahrzehnt bis 1991 erhöhte sich die Umsatzleistung pro Beschäftigten um 26 Prozent, im anschließenden Jahrzehnt um 37 Prozent. In Bezug auf die Betriebsleistung lauten die Vergleichszahlen 32 und 56 Prozent. Es kann von einer anhaltenden Dynamisierung des Geschäfts bei steigender Leistung und Wertschöpfung pro Mitarbeiter gesprochen werden.

Insgesamt ist das leistungswirtschaftliche Ergebnis als Stütze der geplanten strukturellen Änderungen im Konzern zu werten, wie auch aus den nun folgenden Hinweisen auf die Situation der P+B – Gruppe zu entnehmen ist.

¹⁰¹ Absolut gesehen entsprach das Eigenkapital 2001 dem 4,3fachen Umfang des Standes von 1981, das Fremdkapital nur dem 1,6fachen.

¹⁰² Der hier verwendete Cash Flow entspricht der Bezeichnung „Cash Flow aus dem Ergebnis“. Er misst den erwirtschafteten Überschuss. Siehe Anm. 35 sowie Tabelle 5.12.

¹⁰³ Ebd., Cash Flow – Umsatz (1981 – 2001).

¹⁰⁴ Ebd.

¹⁰⁵ Die Jahre 1981 bis 1983 steigerten bei rückgängigen Umsatzerlösen den Cash Flow aus dem Ergebnis, der höchste Wert im gesamten Zeitraum wurde 1993 erzielt, 1999 der drittschlechteste. Zu den Ursachen zählen hohe Gewinne (1981 bis 1983, aber auch 1993) sowie Korrekturen bei langfristigen Rückstellungen, die 1999 den Cash Flow reduzierten.

¹⁰⁶ Wertproduktivität und Gesamtkapitalrentabilität, Tabelle 5.15. Der am Verhältnis des Ertrags zum Mitarbeiter ausgerichtete Begriff „Wertproduktivität“ steht dem der Mengenproduktivität, dem mengenmäßigen Ertrag pro Mitarbeiter gegenüber.

Wie eingangs angekündigt soll ergänzend und abschließend die Entwicklung des Unternehmens P+B als Konzern aufgezeigt werden, der unter P+B – Gruppe seit 1996 eine gesonderte statistische Behandlung erfährt. Dieses Jahr dokumentiert den Anfang einer die GmbH in Struktur und Ergebnis erweiternden Organisation. Im Sinne der Einheit der Kapitalgesellschaft soll versucht werden, die der GmbH zugrunde gelegten Maßstäbe auch als Prüfungskriterien des Konzerns zu verwenden, bzw. die Unterschiede beider Betriebseinheiten aufzuzeigen.

Dem verbleibenden Untersuchungszeitraum von 1996 bis 2001 bietet sich folgende Gliederung an: Im ersten Jahrfünft (1996 bis 2001) steht der Vergleich mit dem Geschäftsgang der GmbH im Mittelpunkt, mit dem Jahr 2002 erfordert die Neugründung und Umstrukturierung des Konzerns eine neue Vorgangsweise. Wiederum soll aber ein Jahresvergleich die wirtschaftliche Entwicklung entsprechend ihrer Dynamik periodisieren.

Die mit 1996 einsetzende statistische Erhebung des als P+B – Gruppe bezeichneten Konzerns zeigt die anfangs noch weitgehend gegebene Ähnlichkeit in Struktur und Ergebnis mit der als GmbH geführten Firma P+B. So differierte das Anlagevermögen¹⁰⁷ nur um knapp zwei Prozent. Bis 2001 wuchsen die Aktiva im Rahmen der GmbH um 5,4 Prozent, im Konzern jedoch um 9,3 Prozent. Daran waren die Anlagen mit einem Plus von 63 Prozent beteiligt, während die umlaufenden Mittel um gerundet zwölf Prozent abnahmen. Die Zusammensetzung der Anlagenwerte gibt einen weiteren Hinweis auf die strukturellen Änderungen in der Gruppe. Das Immaterielle Vermögen wurde 2001 gegenüber 1996 mit dem halben Buchwert angesetzt, die Sachanlagen jedoch mit einem um Dreiviertel, die Finanzanlagen gerundet um dreißig Prozent höheren Betrag bilanziert. Diese Daten widerspiegeln deutlich die neuen Konzernziele. Die Zahl der Beteiligungsunternehmen stieg von elf auf fünfzehn, von denen nunmehr sechs gegenüber drei (1996) dem Konzern angehörten, dessen Anteil am Nominalkapital hundert Prozent betrug. Regional vollzog sich diese Geschäftsausdehnung auf Standorte in der Umgebung Wiens und im nordöstlichen Niederösterreich.¹⁰⁸

Die im Jahrzehnt vor 2001 umfangreichen Investitionen seitens der GmbH dienten vor allem der Erneuerung und Modernisierung der Maschinen und technischen Anlagen, deren Anteil an den Sachanlagen von 25 auf 44 Prozent anstieg. Allein zwischen 1996 und 2001 erhöhte sich der Buchwert der Sachanlagen um 64, jener der maschinellen Ausstattung um 91 Prozent.¹⁰⁹ Für den Konzern lauten die Vergleichsdaten 73 und 124 Prozent. Damit verschoben sich auch die Anteilsquoten

¹⁰⁷ P+B Holding – Konzern: Vermögensstruktur (Tabellen 5.1 und 5.16).

¹⁰⁸ Vgl. die Prüfungsberichte der Jahre 1996 und 2001.

¹⁰⁹ P+B GmbH: Abschreibungen und Investitionen, Tabelle 5.2.

an den Sachanlagen. Im Konzern erhöhte die technische Ausstattung ihren Anteil von 35 auf 46 Prozent.¹¹⁰

In der Bereitstellung des für Investitionen wie den gesamten Geschäftsbetrieb notwendigen Kapitals folgte die Gesellschaft auf Konzernebene denselben Finanzierungsregeln wie bei der GmbH.¹¹¹ 2001 verfügte diese ein um 29,1 Prozent angewachsenes Eigenkapital bei gleichhohem Fremdkapitaleinsatz. Im Konzern waren die Eigenmittel um 40,8 Prozent angestiegen, während das Kreditkapital um einen halben Prozentpunkt zurückgegangen war. Dementsprechend stiegen die Eigenkapitalquoten von 1996 bis 2001 von 18,16 auf 22,25 (GmbH) und von 23,82 auf 30,68 im Konzern.

Die Anlagendeckung¹¹² ist ein Spiegelbild der finanzpolitischen Entscheidungen der Firma, die kontinuierlich auf eine Stärkung des Eigenkapitalanteiles bedacht war. Bereits im Gründungsjahr der GmbH (1979) deckten die Eigenmittel zu 53 Prozent das gesamte Anlagevermögen ab, 1996 waren es bereits 83 Prozent. In diesem Jahr betrug die Quote für den Konzern 85 Prozent. Bei Einbeziehung der langfristigen Verbindlichkeiten liegen die Werte noch näher am Buchwert der Anlagen, 1996 zeichnet sich erstmalig und ab 2006 beständig eine Überdeckung ab.

Auch unter dem Gesichtspunkt der Zahlungsbereitschaft nahm die Gruppe zwischen 1996 und 2001 eine der GmbH ähnliche Entwicklung. Die Kennziffer Working Capital¹¹³ wies 1996 eine Quote von 35 Prozent (Gruppe), bzw. von 21 Prozent (GmbH) aus. Die folgenden Jahre dezimierten den Überhang des Nettoumlaufvermögens, das 2001 gegen Null tendierte. Die Nettoverschuldung¹¹⁴ bietet das gleiche Bild der Übereinstimmung beider Firmeneinheiten. 1996 lag ein positiver Wert vor, der die Größe von drei Vierteln des Eigenkapitals¹¹⁵ erreichte. Schon im darauffolgenden Jahr übertraf dieses den langfristigen Schuldenstand, 2001 im Ausmaß von vierzig Prozent.

Die Ertragslage der GmbH nahm im Jahrfünft von 1996 bis 2001 eine dem Konzern ähnliche Entwicklung. Die nun folgenden Vergleiche belegen das nur langsame Herauswachsen des Konzerns, der erst durch die 2002 erfolgte Neugründung als eine Struktur und Wachstum bestimmende Einheit hervortrat.

Umsatzerlöse und die Betriebsleistung stiegen von 1996 bis 2001 im Rahmen

¹¹⁰ Dementsprechend verringerten sich die Anteile von Grundstücken und Gebäuden von 45 auf 39, die der betrieblichen Ausstattung von 19 auf 15 Prozent. Siehe Tabelle 5.17 (P+B Holding – Konzern: Abschreibungen und Investitionen).

¹¹¹ Kapitalstruktur (Tabellen 5.3, 5.18 und 5.19).

¹¹² Anlagendeckung (Tabellen 5.5 und 5.20).

¹¹³ Working Capital (Nettoumlaufvermögen) zeigt den Überhang des kurzfristigen Umlaufvermögens über das kurzfristige Fremdkapital an. Siehe die Tabellen 5.7 und 5.21.

¹¹⁴ Nettoverschuldung: Verzinsliches Fremdkapital minus liquide Mittel (einschließlich kurzfristiger Anteile des Umlaufvermögens). Siehe die Tabellen 5.8 und 5.22.

¹¹⁵ Ebd., Gearing Ratio (Nettoverschuldung, gemessen am Eigenkapital).

der GmbH um 1,9 und 12,7 Prozent, der Konzern wies Zuwächse von 6,2 und 18,1 Prozent aus. Im Betriebsergebnis, der Differenz zwischen den Erlösen und Herstellkosten, verzeichnete die GmbH eine Steigerung von 244, der Konzern eine von 115 Prozent.¹¹⁶

In der Aufwandsstruktur¹¹⁷ zeigen sich in dieser Phase bereits konzerntypische Aufgabenbereiche. Dem Umfang nach nahm in der GmbH der Gesamtaufwand um 11,9 Prozent zu, woran die Material- und Personalkosten mit Zuwächsen von 21,3 und 7,1 Prozent beteiligt waren. Die Konzernbilanzen verzeichnen ein Aufwandsplus von 17,7 Prozent, Material und Personal steigerten ihren Aufwand um 26,1 und 11,3 Prozent. Für Abschreibungen wurden 2001 um über vierzig Prozent höhere Wertminderungen als 1996 verrechnet, wie sie auch seitens der GmbH veranschlagt wurden.

Die strukturellen Ähnlichkeiten in der Ertragslage zwischen GmbH und Konzern zeigen sich auch im Verhältnis von Betriebsergebnis und Finanzerfolg. Von 1996 bis 2001 trug das Finanzergebnis mehr zum Unternehmenserfolg bei als die betriebliche Leistungserstellung. In den Bilanzen der GmbH waren dies 34,5 gegenüber 32 Millionen Schilling, im Gesamtkonzern 42,3 gegen 40,5 Millionen. Auch diese Entwicklung deutet auf neue strategische Überlegungen hin, die in der Firmenpolitik künftig verstärkt zu sehen sein werden.

Das sich aus Betriebs- und Finanzerfolg zusammensetzende EGT¹¹⁸ weist 1996 bis 2001 bei der GmbH und auch beim Konzern nur positive Resultate aus. In dieser Periode wurde im Rahmen der GmbH ein durchschnittliches Jahresergebnis von 13,3 Millionen Schilling erzielt, im Konzern waren es 16,6 Millionen. In diesem Jahrfünft errechnet sich im Schnitt ein Jahresüberschuss von 11,4 Millionen (GmbH) und von 14,7 Millionen (Konzern) Schilling. Da gleichzeitig ein negativer Rücklagensaldo festzustellen ist, verringert sich das Jahresergebnis des gesamten Unternehmens auf 4,3 Millionen. Zusammen mit den bilanzpolitisch gezielt hoch angesetzten Gewinnvorträgen konnte in diesen Jahren jedoch ein Bilanzgewinn von durchschnittlich 15,7 Millionen Schilling ausgewiesen werden. Dies gestattete es, nach acht Jahren wieder Dividenden auszuschütten.¹¹⁹

Die am ordentlichen Geschäftserfolg (EGT) ausgerichtete Eigenkapitalrentabilität (ROE) verzeichnete von 1996 bis 2001 eine durchschnittliche Erfolgsquote von 10,24 Prozent, beim Konzern eine von 12,08 Prozent. Bezogen auf das Gesamtkapital belegt die Kennziffer EBIT (EGT + Fremdkapitalzinsen) ein Ergebnis von 2,22

¹¹⁶ Siehe die Tabellen 5.9 und 5.23.

¹¹⁷ Siehe die Tabellen 5.10 und 5.24.

¹¹⁸ EGT (Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit): Tabellen 5.9 und 5.23.

¹¹⁹ Diese betragen 1998 2,5 und von 1999 bis 2001 jährlich 3 Millionen Schilling. Siehe Tabellen 5.11 und 5.27.

(GmbH) und 3,71 (Konzern) Prozent.¹²⁰ Das finanzpolitische Konzept einer kontinuierlichen Erhöhung des Eigenkapitals wird durch diese Zahlen als erfolgreich dargestellt.

Eine weitere an die Ursachen steigender Umsatzerlöse heranführende Statistik ergibt sich aus der Relation von Ertrag und Beschäftigtenzahl.¹²¹ Die Jahresberichte der GmbH belegen von 1996 bis 2001 eine Erhöhung der Betriebsleistung von insgesamt 12,7 Prozent. Dem steht eine Verkleinerung der Beschäftigtenzahl von knapp einem Prozent gegenüber. Daraus folgt eine Zunahme der pro Beschäftigten erzielten Betriebsleistung von 13,6 Prozent. Wie zu erwarten bieten die auf den Konzern bezüglichen Daten ein ähnliches Bild. Die Betriebsleistung stieg um 18,1 Prozent, während die Zahl der Beschäftigten um 3,6 Prozent zunahm. Der Anteil eines Beschäftigten an der Leistungserstellung erhöhte sich demnach um 14 Prozent. Die steigende Wertproduktivität aus Arbeitseinsatz und Ertrag kann als Hinweis auf die erfolgreiche Realisierung sich bietender Produktionsziele bei angemessenem Arbeitseinsatz genommen werden.

Die 2002 in außerordentlichen Generalversammlungen beschlossene Neuordnung des Unternehmens änderte den strukturellen Aufbau von Grund auf, beließ jedoch weitestgehend die personelle Zusammensetzung von Führung und Kontrolle.¹²² Unterstützung fand die nach wie vor breite Aufstellung des Konzerns in nahezu allen wichtigen Bausparten. Die folgende Zusammenstellung von Struktur- und Entwicklungsdaten sowie deren Interpretation soll Einblick in die Vermögens- und Kapitallage sowie die erreichten Leistungsziele von P+B ermöglichen.

Mit dem Wandel der Strukturen wurden auch die Unternehmensziele neu umschrieben und entsprechend verteilt. Fand der Baubetrieb mit seinen zentralen Aufgaben in der erneuerten P+B GmbH seine organisatorische Grundlage, wurden die wichtigen, aber den Eigenbetrieb nur ergänzenden Arbeiten einer Beteiligungsgesellschaft zugewiesen. Im Konzern wurden dadurch Funktionalität und Wirtschaftlichkeit gleichermaßen angehoben. Bilanzen und Geschäftsberichte lassen eine Einschätzung der erzielten Ergebnisse zu. Die folgenden Ausführungen gehen gemäß den bis 2001 angestellten Überlegungen vor, wodurch das bereits seit 1996 entworfene Bild der wirtschaftlichen Entwicklung des Konzerns weiter nachgezeichnet werden kann.¹²³

Die auf €-Währung umgestellte Betriebsrechnung weist für 2001 einen Betrag von 38,7 Millionen für die Aktiven des Konzerns aus. Mit 104,6 Millionen im Jahr 2015 wird ein Wachstum auf das 2,7fache angezeigt. Dieses verlief ziemlich regelmäßig, allein zwischen 2005 und 2010 trat eine Beschleunigung ein; die jährlichen

¹²⁰ Siehe Tabellen 5.14 und 5.25.

¹²¹ Wertproduktivität und Gesamtkapitalrentabilität: Tabellen 5.15 und 5.26.

¹²² Siehe Teil V. A., S. 280ff.

¹²³ Ein Vergleich einzelner Gesellschaften ist infolge der strukturellen Veränderungen nicht möglich.

Zuwächse lagen bei zehn Prozent und darüber. Die 2013 und 2014 eingetretene Abnahme konnte 2015 wettgemacht werden.¹²⁴ Der nachhaltige und beträchtliche Anstieg des Firmenvermögens beließ weitgehend dessen Zusammensetzung. Entfielen 2001 41,71 Prozent auf die Anlagenwerte, waren es 2015 41,25. Entsprechend veränderten sich die Anteilsquoten für das Umlaufvermögen von 59,79 auf 58,75. Innerhalb der als Anlagen einzustufenden Vermögensteile kam es zu geringfügigen Verschiebungen. Die Sachanlagen erhöhten ihren Anteil von 83,06 auf 87,59 Prozent, während die Werte für Immaterielle Vermögensgegenstände von 0,54 auf 0,27, die der Finanzanlagen von 14,15 auf 12,13 zurückgingen. Das rasche Wachstum bei gleichbleibender Zusammensetzung des operativen Vermögens kann als ersten Hinweis auf einen durchgängigen Unternehmensplan gelesen werden.

Das zwischen 2001 und 2015 mit rund 170 Prozent angegebene Wachstum des Konzernvermögens lässt auf eine rege Investitionstätigkeit¹²⁵ schließen. Sie erreichte den Bruttowert von 90 Millionen. Dem steht eine Nettoquote von 24 Millionen gegenüber; 66 Millionen Euro entfielen demnach in diesem Zeitraum auf Abschreibungen. Für die Statistik des Vermögens in den Bilanzen bedeutete dies, dass de facto von vier investierten Euro drei für Wertberichtigungen abgezogen wurden. Spricht das Ausmaß der Investitionen für ein rasches Voranschreiten von Erneuerung und Modernisierung der technischen Anlagen, lässt die hohe Abschreibquote auf das Entstehen stiller Reserven schließen.¹²⁶

Hinsichtlich der dem Kapitalbedarf entsprechenden Finanzierungsregeln war das Unternehmen weiterhin auf eine Stärkung der Eigenmittel bedacht.¹²⁷ In den mit umfangreichen Investitionen die geplante Strukturreform vorbereitenden Jahren (1996 – 2001) wurde die Eigenkapitalbasis um dreißig Prozent erweitert, ihr Anteil am Gesamtkapital wuchs von 24 auf 31 Prozent.¹²⁸ Von 2001 bis 2015 trat eine weitere Aufstockung der Eigenmittel auf gut das Vierfache ein, wodurch sie nun die Hälfte des benötigten Betriebskapitals stellten.

Diese kontinuierlich verfolgte Finanzierungsstrategie findet in den Kennziffern zur Vermögenssicherung wie zur Zahlungsbereitschaft ihren Niederschlag.¹²⁹ Das Eigenkapital deckte bereits 2001 drei Viertel des dem Anlagevermögen zugemessenen Wertes ab, mit 2006 trat erstmals eine Überdeckung ein, die bis 2015 auf 17 Prozent anstieg. Ebenso scheint die Zahlungsbereitschaft des Unternehmens nie in Frage gestanden zu haben. In allen Jahren übertraf das Nettoumlaufvermögen (*working capi-*

¹²⁴ Siehe Tabelle 5.16.

¹²⁵ Siehe Tabelle 5.17.

¹²⁶ Daraus könnte eine höhere Ertragskraft des produktiven Vermögens resultieren, als sie aus den bilanzierten Werten hervorgeht.

¹²⁷ Tabelle 5.18.

¹²⁸ Zu Abschreibungen und Investitionen der Jahre 1996 bis 2001 siehe S. 12f. und Tabelle 5.2.

¹²⁹ Siehe die Tabellen 5.20. (Anlagendeckung), 5.21 (Nettoumlaufvermögen) und 5.22 (Nettoverschuldung).



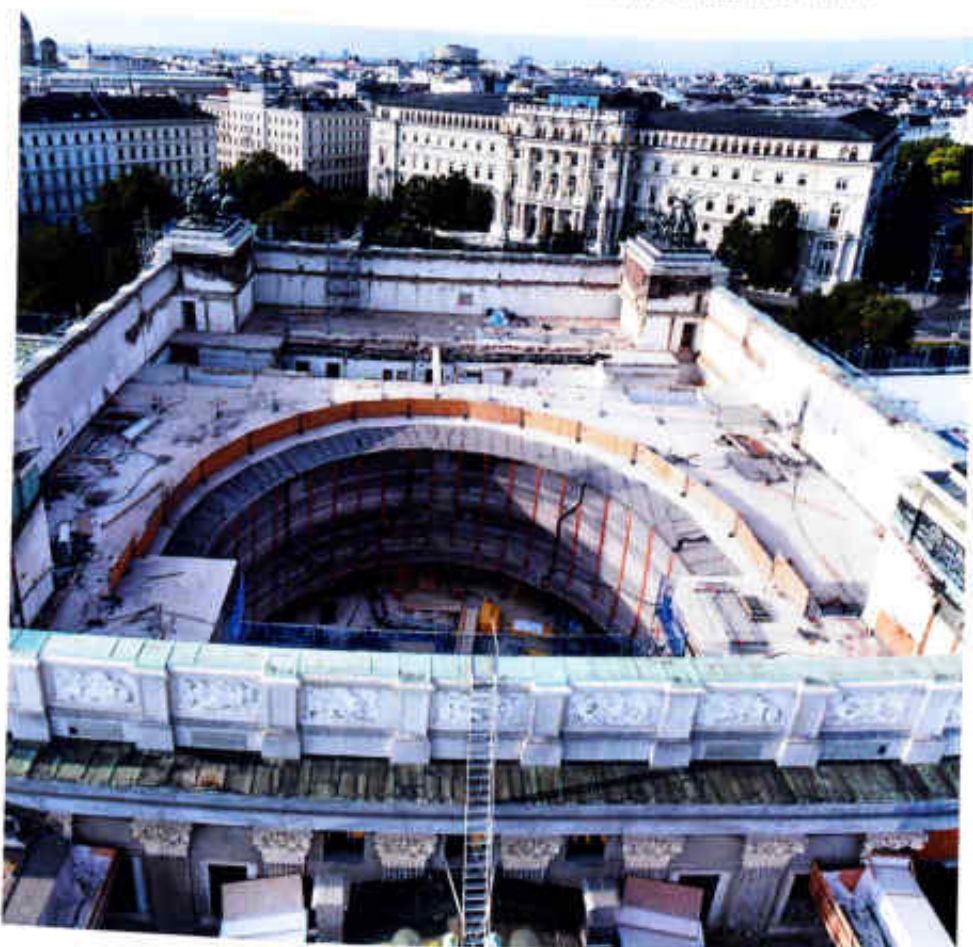
Hauptbahnhof Wien

tal) die kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen, der Überhang (Liquiditätskoeffizient) betrug von 2001 bis 2015 im Schnitt an die zwanzig Prozent. Deutlich schlägt sich diese Entwicklung auch im Verschuldungsgrad (gearing ratio) nieder, der durchwegs negativ ausgewiesen ist und von 2001 bis 2015 einen Durchschnittswert von 53 Prozent einnahm. Die umfangreichen liquiden Mittel (Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten) übertrafen dem Volumen nach das verzinsliche Fremdkapital, das sich nur aus Rücklagen des Sozialkapitals zusammensetzte, um ein Mehrfaches. Die Berichte über den Konzernabschluss halten seit Jahren fest, dass die Unternehmen der P+B Gruppe „ausschließlich eigenkapitalfinanziert“ sind.

Auf Basis der im November 2002 abgeschlossenen Spaltungs- und Übernahmeverträge wurde am 31. März 2003 der erste Konzernabschluss erstellt, dessen konsolidierte Bilanz eine Gesamtumsatz- und Gesamtkostenaufstellung ermöglichte.¹³⁰ Das Unternehmen hatte bereits vor seiner Neuordnung Ertragszuwächse erzielt, im Jahrfünft vor 2001 stieg die Betriebsleistung¹³¹ um knapp zwanzig Prozent. Die Entwicklung beschleunigte sich, bis 2007 konnte nahezu eine Verdoppelung erzielt werden. Die Folgejahre brachten unterschiedliche Ergebnisse, deren kurzfristige Schwankungen oft auf branchentypischen Eigenheiten des Geschäftsverlaufs beruhten. So führ-

¹³⁰ Tabelle 5.23.

¹³¹ Die Betriebsleistung umfasst die Umsatzeingänge bei Berücksichtigung von Bestandsveränderungen als auch die aktivierten Eigenleistungen.



Sanierung des Parlaments in Wien; Blick in den offenen Plenarsaal

ten 2013 Abrechnungen mehrjähriger Baustellen zu einem Anstieg der Umsatzerlöse um 27 Prozent, die 2014 mit einer Abnahme von knapp dreißig Prozent gleichsam wieder wettgemacht wurden. 2015 bewirkte die Zunahme von noch nicht abrechenbaren Leistungen eine weitere Ertragseinbuße.

Diese Daten schlugen sich ebenso in der Betriebsleistung nieder. Sie sind jedoch auch Ausdruck eines verstärkten Wettbewerbs in verschiedenen Bausparten, die P+B zu Korrekturen in den Aquisitionsbemühungen veranlassten.¹¹² In Summe ergaben diese unterschiedlichen Einflüsse und Ursachen, dass sich zwischen 2007 und 2015 eine langfristige Stabilität der Ertragsverhältnisse einstellte, wobei 2015 das 2007 er-

¹¹² Vgl. etwa den Konzernlagebericht 2014, in: Bericht über die Prüfung des Konzernabschlusses zum 31. März 2014.

reichte Ergebnis nahezu wiederholte.¹³³ Der 2001 mit 100 angenommene Index der Umsätze lag 2007 und 2015 bei 194, jener für die Betriebsleistung bei 191 (2007) und 193 (2015). Die seit 2008 ausgewiesenen anteiligen Umsätze aus Arbeitsgemeinschaften zeigen deren wachsende Bedeutung für die Ertragsentwicklung auf; 2015 trugen sie 25 Prozent zur Gesamtleistung des Konzerns bei.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) umfasst neben dem Betriebsergebnis auch das finanzgeschäftliche Resultat und lässt somit eine umfassendere Beurteilung der Ertragslage zu. Die Finanzanlagen stellten 2001 14,15 Prozent des Anlagevermögens, ihr Anteil stieg bis 2005 auf 17,83, ging danach langfristig zurück und lag 2015 bei 12,13 Prozentpunkten.¹³⁴ Ihr Anteil am EGT betrug 2001 rund die Hälfte, ebenso 2004, der in den Folgejahren rückläufigen Anlagenquote entsprach ein sinkender Anteil am EGT, der 2015 bei gut zehn Prozent lag. Trotz abnehmender Bedeutung stabilisierte das Finanzergebnis die Ertragskraft des Konzerns.

Die langfristig bedeutende Steigerung des Ertrags, er erhöhte sich von 2001 bis 2015 um 254 Prozent, war kurzfristig nicht unerheblichen Schwankungen ausgesetzt. Dabei fielen in der Regel Änderungen in den erzielten Umsätzen mit den bereits erwähnten verrechnungstechnischen Eingriffen zusammen wie in den Jahren 2007, 2011 oder 2013.¹³⁵ Während 2007 und 2010 die noch nicht abrechenbaren Bestandsveränderungen die Betriebsleistung um 25 und 6 Prozent anhoben, verringerten sie 2013 nach abschließender Verrechnung diese trotz steigender Umsätze um drei Prozent.

Die erfolgswirtschaftliche Bewertung erzielter Umsätze ist von der Kostenstruktur abhängig.¹³⁶ Der Gesamtaufwand erhöhte sich von 2001 bis 2015 um 88, die Umsatzerlöse um 94 Prozent. Die Zusammensetzung des Aufwands zeigt jedoch eine für die Baubranche nicht untypische Entwicklung. Die Materialkosten hatten 2001 einen Anteil von 46 Prozent, 2012 wurde die sechzig Prozentmarke überschritten. Gleichsam spiegelbildlich ging der Personalaufwand von 48 Prozent (2001) auf 34 (2012) zurück. Die für Abschreibungen eingerechneten Kosten behielten in dieser Periode mit rund vier Prozent ihre Anteilsgröße.

Der relativ sinkende Personalaufwand steht einer wachsenden Beschäftigtenzahl gegenüber, die zwischen 2001 und 2013 um gut ein Drittel zunahm. Trotzdem konnte die pro Beschäftigten erzielte Betriebsleistung (Wertproduktivität) um gut achtzig Prozent gesteigert werden.¹³⁷ Die rückläufigen Zahlen für die Betriebsleistung 2014 (minus 19,6 Prozent) und geringfügig auch 2015 (minus 3,4 Prozent) gehen wie

¹³³ Vgl. Tabelle 5.29.

¹³⁴ Siehe Tabellen 5.16 und 5.23.

¹³⁵ Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für 2006/2007, 2009/2010 und 2012/2013 in den betreffenden Berichten über die Prüfung des Konzernabschlusses.

¹³⁶ Vgl. Tabelle 5.24.

¹³⁷ Siehe Tabelle 5.26.

erwähnt zum Großteil auf Bestandsveränderungen (Abrechnung langfristiger Baustellen) zurück. In gewissem Ausmaß trug dazu auch die „Rücknahme von Akquisitionsbemühungen“ bei, die letztlich zu einer Reduzierung der Arbeiterzahl führte.¹³⁸

Die Zusammenschau von Ertrags- und Aufwandsdaten der Jahre 2001 bis 2015 lässt ein langfristiges, wenn auch nicht störungsfreies Wachstum des Konzerns *Pittel + Brausewetter Holding GmbH* erwarten. Welche Aussage kann abschließend über die Entwicklung der Rentabilität des Unternehmens ausgesagt werden? Als Maßstab sei auf die Eigenkapital- und die Gesamtkapitalrentabilität verwiesen.¹³⁹

Der am Eigenkapitaleinsatz gemessene Ertrag aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) nahm zwischen 2001 und 2015 das Mittel von 14,84 Prozent ein. Der höchste Wert wurde 2007 mit 29,49, der niedrigste 2013 mit 5,70 Prozent erzielt. Beide voneinander stark abweichenden Quoten sind das Resultat deutlicher Veränderungen in den erzielten Umsätzen, aber auch die schon mehrmals erwähnten buchhalterischen Modalitäten spielten eine Rolle. 2007 konnten die Bauerlöse um knapp 17 Prozent gesteigert werden, die Betriebsleistung stieg gegenüber dem Vorjahr jedoch um 26 Prozent an. Die Leistungsdifferenz ging auf das Konto von Bestandsveränderungen in den geleisteten Anzahlungen. Im Geschäftsjahr 2013 sorgte der umgekehrte Vorgang für eine auffallend niedrige Rentabilität. Die gegenüber dem Vorjahr um 27 Prozent gestiegenen Umsätze standen infolge der Abrechnung langjähriger Bauvorhaben einer um 2,5 Prozent gesunkenen Betriebsleistung gegenüber. Der Jahresüberschuss verkleinerte sich von vier auf zwei Millionen.¹⁴⁰

Diese Zusammenhänge prägten auch die Gesamtkapitalrentabilität (ROI)¹⁴¹ der Periode von 2001 bis 2015. Ihr mittlerer Wert lag bei 5,90 Prozent, wiederum zeigen die Jahre 2007 und 2013 die stärksten Abweichungen an: 2007 können 11,31 und 2013 3,60 Prozent gemessen werden.

Es liegt nahe, diese Angaben vor dem Hintergrund der Entwicklung des Firmenkapitals und seiner Zusammensetzung zu sehen. 2015 standen dem Konzern an Finanzmitteln insgesamt das 2,7fache des Jahres 2001 zur Verfügung, das Eigenkapital war um das 4,2fache angewachsen; es repräsentierte nach rund dreißig Prozent (2001) nun die Hälfte des Gesamtkapitals.

Die Rentabilität ist eine wichtige Voraussetzung für die Realisierung von Wachstumschancen wie auch ein Maßstab für die finanzielle Ausgewogenheit eines Unternehmens. Alle Struktur- und Erfolgsdaten des Konzerns weisen wie gezeigt trotz

¹³⁸ Geschäftsverlauf 2014 und 2015, in: Berichte über die Prüfung des Konzernabschlusses der betreffenden Jahre.

¹³⁹ Eigenkapitalrentabilität (ROE): EGT in Prozent des Eigenkapitals; Gesamtkapitalrentabilität (ROI): EBIT (EGT + Aufwandszinsen) in Prozent des Gesamtkapitals.

¹⁴⁰ Siehe Tabelle 5.23.

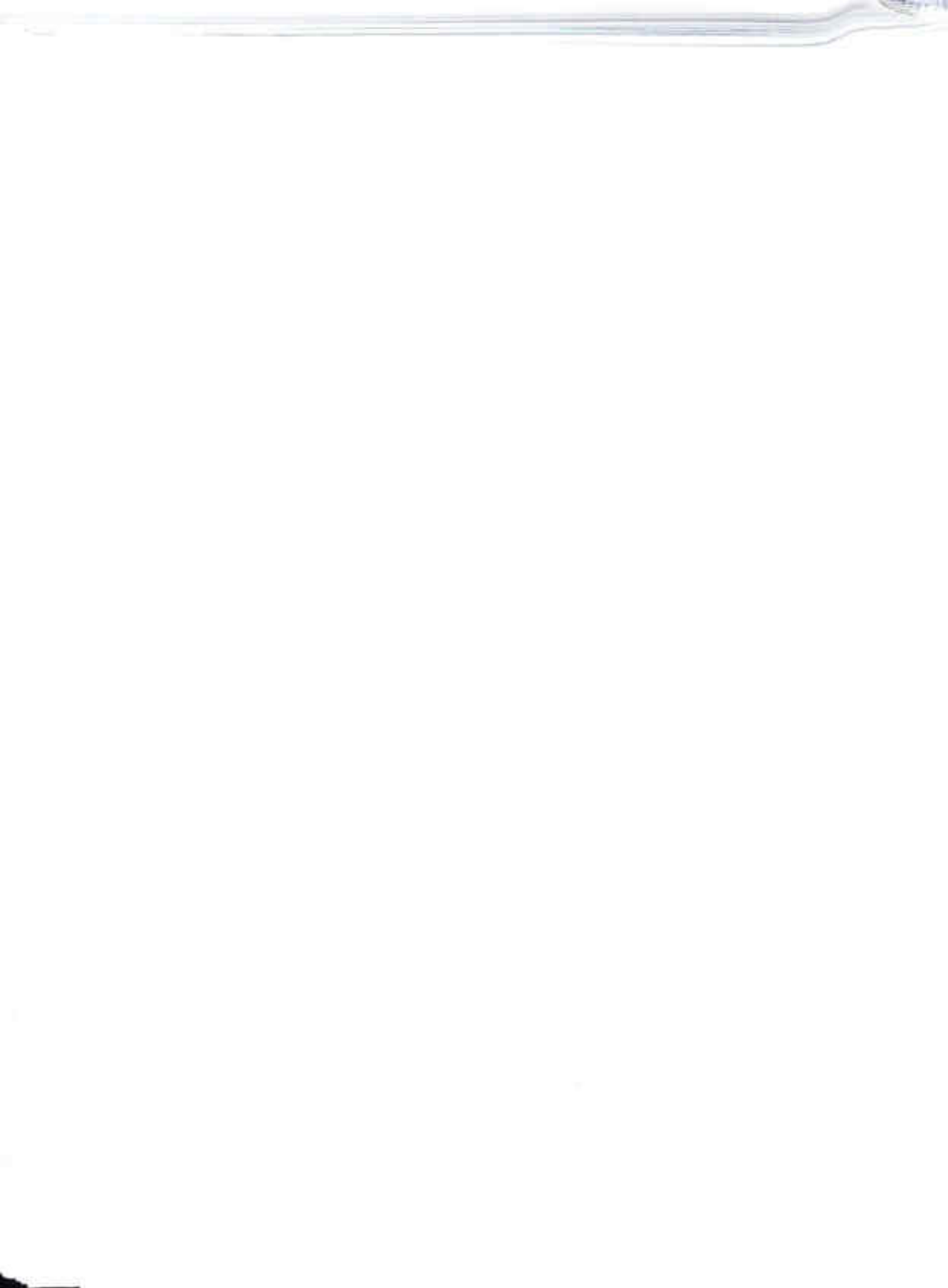
¹⁴¹ Gesamtkapitalrentabilität (ROI): EGT + Aufwandszinsen in % vom Gesamtkapital; siehe Tabelle 5.26.

konjunktureller Schwankungen auf ein anhaltendes und stabiles Wachstum hin, die seit 1996 wieder aufgenommenen und bis dato nicht ausgesetzten Dividendenzahlungen bescheinigen dem Unternehmen eine hohe Kreditwürdigkeit.

Nicht zuletzt kommt dieses Profil eines erfolgsorientierten und mit Mitteln ausreichend versorgten Konzerns im internen Branchenvergleich zum Ausdruck. Die Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft BDO Austria erarbeitet Kennzahlenvergleiche bei Einbeziehung großer Firmen der Baubranche. Der 2002 neu konstruierte Konzern der Pittel + Brausewetter Gruppe nahm in Fragen der Ertragslage von Beginn an unter den vergleichbaren Firmen eine führende Stellung ein.¹⁴² Die aus den Bilanzen abgeleiteten strukturellen Bedingungen eines abgesicherten Firmenvermögens wie einer ungefährdeten Zahlungsbereitschaft stellen eine erfolgreiche Geschäftspolitik unter Beweis. Eine nicht unwesentliche Voraussetzung für die besondere Krisenfestigkeit des Unternehmens lag in seiner breiten Angebotspalette. Die Abhängigkeit von einzelnen Auftraggebern wurde durch die Fähigkeit, Leistungsangebote zu verifizieren, verringert. Diese Feststellung nimmt in den Konzernlageberichten bis heute eine das Geschäftsrisiko abschwächende Rolle ein.¹⁴³

¹⁴² Kennzahlenvergleich 2002/2003, BDO Austria GmbH.

¹⁴³ Siehe Konzernlageberichte, in: Jahresberichte der Pittel + Brausewetter Holding GmbH



P+B

Ein Blick zurück

Die Anfänge der Bauunternehmung P+B fielen in eine turbulente Zeit des industriellen Aufbruchs. Die in der historischen Literatur übereinstimmend als „Erste Gründerzeit“ eingestuften Jahre um 1870 waren das Ergebnis von Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft, in der Produktionstechnik wie in der gesamten infrastrukturellen Ausstattung. In der Habsburgermonarchie waren es vor allem die Auswirkungen des 1867 durchgeführten Ausgleichs zwischen Österreich und Ungarn, der im Inneren den nationalen Ansprüchen der Volksgruppen eine annehmbare Lösung brachte, wodurch manche der anstehenden sozio-ökonomischen Probleme weitgehend entschärft wurden. Auch die in Europa zwar in mehrfacher Hinsicht verhärteten zwischenstaatlichen Verhältnisse garantierten andererseits berechenbare Beziehungen wirtschaftlicher und kultureller Art. Es überrascht nicht, dass sich die Entstehung des als Gewerbebetrieb zu bezeichnenden Unternehmens „Pittel und Brausewetter“ als Ergebnis einer erfolgreichen Bewältigung zeitgegebener Bedingungen wie Chancen darstellt.

Die im angesprochenen Zeitraum oftmals und in vehementen Schüben sich ereignenden Brüche in den politischen und sozialen Rahmenbedingungen erforderten zudem eine ebenso rasche Erwiderng seitens der Führung des Unternehmens. Die in theoretischer Hinsicht wie im praktischen Vollzug liegenden produktionstechnischen Probleme, das zeitgerechte Erkennen sich wandelnder Ansprüche in allen Lebensbereichen und deren leistbare Befriedigung verlangten eine permanente Beobachtung und effiziente Gestaltung. Im Besonderen mussten auch die Abhängigkeiten der betrieblichen Maßnahmen von den rechtlichen Vorgaben und der Liquidität des Unternehmens berücksichtigt werden.

Eine gesamte, alle Einflussfaktoren berücksichtigende Bewertung des betrieblichen Erfolgs ist auf Quellen angewiesen, denen eine Schlüsselfunktion zukommt. Die als offene Handelsgesellschaft von Adolph Baron Pittel und Victor Brausewetter gegründete Firma nahm in den nachfolgenden Jahrzehnten unterschiedliche rechtliche Formen an. Es folgte nach dem Tod Baron Pittels die von Victor geführte Einzelfirma, die mit der Aufnahme weiterer Gesellschafter bis nach dem Ersten Weltkrieg wieder als OHG zeichnete. Die Zerschlagung der Donaumonarchie verlangte von einem in vielen Kronländern tätigen Unternehmen einen radikalen Neustart, der den neuen, von den Nachfolgestaaten der Monarchie getroffenen Bestimmungen angepasst werden musste, sollte das inzwischen erreichte Tätigkeitsprofil als Baufirma weiter

aufrecht bleiben. Das bis Kriegsende über Niederlassungen einer in Wien situierten Zentrale betriebene Baugeschäft kam nach 1918 infolge der Pariser Friedensverträge in sieben verschiedenen Staaten zu liegen; Staaten, die sich bei der Suche nach nationaler Eigenständigkeit mit Gesetzen gegen den nun ausländischen Einfluss zu wehren trachteten. In positiver Einschätzung der betrieblichen Stärke und der unternehmerischen Lebensfähigkeit gelang es P+B, die früheren regionalen Geschäftsstellen in eine den neuen rechtlichen Vorbedingungen entsprechende Organisationsform zu bringen. Aus Niederlassungen konnten offene Handelsgesellschaften, in einigen Fällen auch Kapitalgesellschaften gebildet werden, die als formal selbständige Firmen den jeweiligen nationalstaatlichen Bestimmungen entsprachen und nun als Zentren das Baugeschäft in den betreffenden Ländern leiteten.

Damit war auch die Aufgabe vorgegeben, die unterschiedlichen Firmen in eine Konzernstruktur einzugliedern, die diesen wie dem gesamten Unternehmen eine den Erfolg garantierende oder zumindest unterstützende Grundlage bot. Wien und Prag entwickelten sich als die Headquarters, von denen die das Gesamtunternehmen steuernden Führungsentscheidungen ausgingen. Der Erfolg dieser Bemühungen wurde durch die großen Schwankungen der konjunkturellen Lage dieser Jahrzehnte oftmals konterkariert.

Die vom nationalsozialistischen Deutschland mit dem Münchner Abkommen und der Annexion Österreichs 1938 erzwungene politische Wende verlangte auch von der Unternehmenspolitik neue Weichenstellungen. Der wehrwirtschaftlich als wichtig eingestufte Betrieb wurde zur Durchführung umfangreicher, das bisherige Bauvolumen vielfach übersteigende Arbeiten angehalten. Die im Krieg getätigten Investitionen wurden 1945 im Ausmaß der eingetretenen materiellen Verluste sichtbar. Das Ende des Krieges steht auch für das Ende des in Mittel- und Südosteuropa tätigen Baukonzerns P+B. Auflösung oder Neubeginn wurden gemäß den eingetretenen politischen Veränderungen vollzogen. In Österreich konnte das Unternehmen P+B, vorerst unter kommissarischer Leitung, wieder als offene Handelsgesellschaft geführt werden. Diese Rechtsform erwies sich bis in die siebziger Jahre als tragfähig. Änderungen in den wirtschaftlichen, aber auch rechtlichen Rahmenbedingungen legten 1979 einen Wechsel nahe. Man übertrug das Firmenvermögen im Sinne einer Gesamtrechtsnachfolge in die Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die den betriebswirtschaftlichen Spielraum vor allem durch den Zugang zum Kapitalmarkt erweiterte. Und wieder war es die Zentrale in Wien, die das Unternehmen zu einem international tätigen Konzern mit geeigneter Organisationsstruktur im Inneren machte.

Das Ausmaß der in 150 Jahren geplanten und letztlich vollzogenen, die Erhaltung der Firma sichernden Neuerungen, führt zur Frage, ob der im gesamten Zeitraum beibehaltene Gründernamen Pittel und Brausewetter – 1982 wurde nur das die Namen verbindende „&“, durch ein „+“, ersetzt, stets das Wesen des Unternehmens

traf, gleichsam immer seine Identität kennzeichnete. Liegt hier etwa auch Heimito von Doderers Meinung begründet, dass Pittel und Brausewetter in altösterreichischer Zeit mit Wien zu einem synonymen Begriff verschmolzen wäre? Oder war der Name stets eine für Werbezwecke taugliche und so dem Erfolg dienende Bezeichnung? Allein darin könnte man eine Bestätigung der Brauchbarkeit der ursprünglichen Namensgebung erkennen. In der wiederholt versuchten Selbsteinschätzung der Firma, wie sie etwa in den Beratungen zum Firmenwert zum Ausdruck kam, treten jedoch auch Aspekte von grundsätzlicher Bedeutung in den Vordergrund. Im Folgenden soll anhand von fünf Problemfeldern diesen Faktoren, die in der hundertfünfzigjährigen Geschichte des Unternehmens eine längerfristige, oftmals wiederholt wichtige Rolle spielten, nachgegangen werden.

Die gesellschaftliche, durch Herkunft und sozialen Status vorgeprägte Position des Unternehmers öffnet einen bestimmten, jedoch auch veränderbaren Handlungsspielraum. In den sozialen Umbrüchen des 20. Jahrhunderts verloren zwar die traditionellen Trennlinien ihre Funktion, der soziale Rang behielt aber weiter seine steckbriefliche Bedeutung. Die Führungsstrukturen bei Pittel und Brausewetter zeigen eindrucksvoll Kontinuität und Wandel ihrer leitenden Prinzipien.

Besondere Aufmerksamkeit verdient auch die Rolle der abverlangten beruflichen Qualifikation. Handwerkliches Können und eine theoriegestützte Praxis waren gleichermaßen, wenn auch je nach Tätigkeit von unterschiedlicher Bedeutung, gefordert.

Dieser Gesichtspunkt berührt drittens einen weiteren, den wirtschaftlichen Erfolg steuernden Bereich, nämlich die aktive Teilnahme oder nur passive Teilhabe an der technischen Entwicklung. Die Unternehmen der Baubranche waren immer, in frühindustrieller Zeit in besonderem Maße, von den Fortschritten der Bautechnik abhängig.

Nach Herkunft, Ausbildung und technischer Qualifikation ist die Erarbeitung verfahrenstechnischer Kompetenzen als wichtige Leitlinie einer den Erfolg sichernden Betriebspolitik zu nennen. Kernkompetenzen sichern die Stellung in der Branche ab und sind in der Regel offen für weitere Entwicklungsansätze. Sie können das Ergebnis eigenständiger Forschungsarbeit sein oder durch den Erwerb patentrechtlicher Verfahren ermöglicht werden. Auch die Beteiligung an Verwertungsgesellschaften nach Ablauf patentrechtlicher Schutzfristen kann eine Basis für neue Produktionsschwerpunkte abgeben.

Als eigenes, das Unternehmen in seinen Grundanforderungen absicherndes Problemfeld ist die Finanzpolitik zu nennen. Ihre Analyse erschließt die Möglichkeiten, aber ebenso die bewusst ergriffenen Strategien bei geldwirtschaftlichen Maßnahmen. Buchhaltung und Bilanz sind hier untrügliche Zeugen. Sie dokumentieren das materielle Ausmaß, lassen jedoch auch die leitenden Grundsätze finanzieller Abläufe erkennen.

Die aufgezeigten Veränderungen, Brüche wie Kontinuitäten, lassen die Frage

zu, ob der Name Pittel und Brausewetter tatsächlich der gemeinsame Nenner einer hundertfünfzigjährigen Geschichte ist. Angesichts der Zeichen dieser Zeit würde die Feststellung einer alle Umwälzungen übergreifenden, sozusagen gleichgerichteten Entwicklung, die Beibehaltung des Firmennamens als Zeichen bleibender Identität begründen.

Die in gemeinsamen beruflichen Interessen wurzelnde Bekanntschaft von Adolph Baron Pittel und Victor Brausewetter, die nach langjähriger Zusammenarbeit zur Gründung der Firma „Pittel und Brausewetter“ führte, vereinte zwei Personen mit vielen übereinstimmenden Charakterzügen. Zusammengesehen waren sie Vertreter einer Adelsschicht, die trotz sinkender gesellschaftlicher Bedeutung an einem traditionellen Lebensbild mit klar umrissenen Verhaltensweisen festhielten. Neben der Sorge um die eigene Familie zählte die Bereitschaft zur Übernahme öffentlicher Aufgaben, sei es im zivilen oder militärischen Dienst, zu den sozialetischen Verpflichtungen adeliger Lebensführung.

Adolph Baron Pittel hatte 1864 am Deutsch-Dänischen Krieg als Hauptmann teilgenommen, die in seinem Namen aufscheinende Bezeichnung Baron weist auf den Freiherrenstand hin, der seinem Vater Christian 1819 für hervorragende Verdienste im Kampf gegen napoleonische Truppen in Niederösterreich verliehen worden war, und ihm nun erbrechtlich zustand. Aus gesundheitlichen Gründen sah sich Baron Pittel noch in den sechziger Jahren gezwungen, seine militärische Laufbahn als k. k. Geniehauptmann zu liquidieren. Er erwarb Besitzungen im Triestingtal (Niederösterreich) und errichtete 1870 mit zwei Gesellschaftern eine offene Handelsgesellschaft mit dem Namen „Baron Pittel & Comp.“ Er widmete sich der Erzeugung neuer Zementsorten und Zementwaren, die rasch weite Verbreitung fanden. Das hierfür notwendige Wissen erreichte er durch Studien und Weiterentwicklung bereits vorhandener Verfahrenstechniken. In Kanalisierungsarbeiten, im Festungs- und Behälterbau fanden die neuen Techniken eine immer stärker nachgefragte Anwendung. Die im bürgerlichen Sinne unternehmerische Tätigkeit Pittels weist jedoch insgesamt einen in gutsherrschaftlicher, also adeliger Tradition stehenden Bezug auf. Es war die bewusste, alle Lebensbereiche berücksichtigende Gestaltung der einen ländlichen Siedlungsraum prägenden sozialen Verhältnisse. Neben betrieblichen Belangen stand eine soziale Fürsorge im Mittelpunkt, der auch die Bereitstellung kultureller Einrichtungen diente.

Victor Brausewetter entstammte einer alteingesessenen ostpreußischen Adelsfamilie. Nach dem frühen Tod seines Vaters wurde der erst Dreizehnjährige in die Obhut seines gleichnamigen Onkels gegeben, der seit 1843 als technischer Leiter der Tonwarenfabrik in Leobersdorf (Niederösterreich) tätig war. Mit zwanzig Jahren besuchte er die Technische Hochschule in Hannover, worauf ihm eine Beschäftigung in der österreichischen Staatseisenbahngesellschaft angeboten wurde. Nach Planungs- und Konstruktionsarbeiten übernahm er als Bauinspektor die Gesamt-

leitung der Waagtalbahn. Ihre Fertigstellung eröffnete ihm 1878 die Möglichkeit, sich als selbständiger Privatingenieur in Pressburg niederzulassen und ein technisches Büro zu eröffnen. Im gleichen Jahr hatte Baron Pittel nach Ausscheiden der Gesellschafter die alleinige Leitung seiner OHG übernommen. Beide Unternehmer standen nun ähnlichen Herausforderungen gegenüber. Die Eigenschaften und Anwendungsgebiete von Zement als Baustoff waren weithin noch unbekannt und verlangten nach wissenschaftlicher Klärung. Adolf Pittel und Victor Brausewetter entwickelten ein gemeinsames Geschäftsinteresse, das sie nach jahrelangen Studien und Testversuchen zusammenführte. Ohne ein gesichertes Wissen über alle Ursachen ihrer persönlichen Bekanntschaft zu haben, müssen die gleichgerichteten technischen und wirtschaftlichen Ziele als vorrangig eingestuft werden.

Die vielfältig überlieferten Zeugnisse ihrer Freundschaft weisen überdies auf die ihnen gegebene Übereinstimmung in sozialen Fragen hin. Die Festlegung der 1887 im Gesellschaftsvertrag verankerten Geschäftsprinzipien belegt dies in vielen Punkten. Neben Dienst- und Gehaltsbestimmungen finden die vorgesehenen freiwilligen Sozialleistungen, die auf frühere Zusagen von Adolf Pittel an seine Arbeiter beruhen, besondere Erwähnung. Außerdem beschlossen Pittel und Brausewetter die Einführung eines jährlich mit fünf Prozent des Reingewinns zu dotierenden Unterstützungsfonds für Beamte und Diener. Auch den wirtschaftlichen Anforderungen einer erfolgreichen Betriebsführung wurde umfassend entsprochen. Die geltenden Grundsätze zeigen nicht nur die gegebene historische Situation auf, sie entsprechen insgesamt heute noch gültigen Richtlinien.

Der mit 1. Jänner 1888 gültige Gesellschaftsvertrag wie die zeitgleiche Gründung der offenen Handelsgesellschaft „Pittel & Brausewetter“ sind als Fortsetzung und Weiterführung der bereits bestehenden Zusammenarbeit der Kontrahenten zu werten. Als Bauingenieure verkörperten sie gleichsam die Aufhebung ständischer Trennungslinien, wie sie in Lebensführung und beruflicher Betätigung zwischen Adel und Bürgertum Bestand hatten. Gesinnung und Arbeit gingen eine neue Verbindung ein. Dies zeigt sich auch in der weiteren Entwicklung des Unternehmens, gleich welche Form es rechtlich einnehmen sollte. Victor Brausewetter begründete nach dem Ausscheiden und Tod Baron Pittels eine Familientradition, die sich in allen Fragen der Unternehmenspolitik den anfänglichen Prinzipien verpflichtet fühlte. Auch die durch Krieg und Politik nach 1918 erzwungene Neuaufstellung aller Firmen im Rahmen eines Konzerns zeigt das erfolgreiche Anknüpfen an traditionelle Leitlinien. Die neu eintretenden Gesellschafter wie Emanuel Kohout und Leopold Heinlein 1936, aber auch Hans Brünner 1970 sowie Wolfgang Makovec 1993 und Wolfgang Fürhauser 1998 übernahmen die bewährten Führungsprinzipien. Mit ihnen setzte sich auch die Begründung von Familientraditionen fort. Ihre Nachkommen gehören heute den die Konzernpolitik bestimmenden Gremien an. Mit Albrecht Brausewetter legte 1993 der letzte Nachfolger des Gründers Victor im Unternehmen seine Funktion zurück.

Geschäftspolitik und Unternehmensführung liegen nach dem Ausscheiden des Mitbegründers Adolph Baron Pittel 1890 bis heute allein in den Händen von Personen aus sechs Familien. Die familienpolitischen Grundsätze prägten von Beginn an Struktur und Inhalt der Geschäftsführung. Die 1994 erstellte Geschäftsordnung räumte den Familien der Gesellschafter ein Mitspracherecht zu gleichen Teilen ein. Die aus ihnen in die Gesellschaft eintretenden Personen hatten eine den Aufgaben der Firma entsprechende Vorbildung mitzubringen. Darunter wurde der Abschluss eines Studiums an einer technischen, wirtschaftlichen oder juristischen Fakultät sowie die Ablegung der Baumeisterprüfung verstanden.

In der Geschichte der Unternehmensführung zeichnet sich eine in eineinhalb Jahrhunderten entwickelte und vollzogene Personalpolitik ab, die noch heute die von Adolph Pittel und Victor Brausewetter grundgelegten Prinzipien erkennen lässt.

In besonderem Maße ist der Erfolg in der Baubranche an Stand und Entwicklung brauchbarer technischer Verfahren gebunden. Diese verlangen von allen Mitarbeitern eine stete Verbesserung von beruflicher Qualifikation und handwerklichem Können. Mit zunehmender Industrialisierung steigerte sich das Tempo der erforderlichen Ausbildung. Eine weitgehend in der Landwirtschaft oder in verschiedenen Formen traditioneller Dienstleistungen beschäftigte Bevölkerung besaß nur zu einem geringen Teil eine entsprechende Vorbildung. Adolph Pittel und Victor Brausewetter waren von Anfang an gezwungen, die notwendigen Fertigkeiten im Betrieb den Angestellten, Arbeitern und Dienern selbst zu vermitteln. Das steigende technische Wissen und die durch neue Herstellungsverfahren geforderte praktische Anwendung veranlasste sie, die Schulung der für besondere Aufgaben benötigten Mitarbeiter im eigenen Unternehmen zu leisten. Die den Berichten zu entnehmenden Hinweise auf den hohen Anteil der im Betrieb ausgebildeten Facharbeiter und Ingenieure belegen diese Entwicklung eindrucksvoll. In seiner Dankesrede anlässlich der ihm zum 80. Geburtstag (1925) veranstalteten Feier wies Victor Brausewetter auf seinen Erfolg hin, eine Reihe junger Mitarbeiter ausgebildet und so für den Bestand des Unternehmens vorgesorgt zu haben. Noch deutlicher sein zum selben Anlass gefallenes und überliefertes Wort, dass er stolz darauf sei, fast alle Mitarbeiter im eigenen Hause herangezogen zu haben.

Die Voraussetzung für eine erfolgreiche Anwendung dieses Konzepts von Wissensvermittlung sowie praktischer Erprobung und Verwertung hatte ihre Wurzeln in der beruflichen Biographie der Gründer. Technische Hochschulbildung, konsequentes Studium internationaler Entwicklungen und eine frühzeitige Auseinandersetzung mit der Brauchbarkeit des theoretischen Wissens bei der Bewältigung gestellter Aufgaben begründeten gleichsam von selbst die Ziele des Ausbildungskonzepts.

Dieser historisch bedingte Zugang zu neuen Formen der Vermittlung beruflich notwendiger Kenntnisse prägte auch die Heranbildung der für künftige Führungspositionen vorgesehenen Personen. Die Nachkommen der Gründerfamilie Brausewetter

ter, aber auch der später eintretenden Gesellschafter, zeigen diesen Werdegang auf. Er wurde Teil eines sich bewährenden familienpolitischen Konzepts. Benno Brausewetter, ältester Sohn des Gründers Victor, unterstützte bereits mit 17 Jahren seinen Vater und wurde im Alter von 18 Jahren als „Erbenvertreter“ vorgesehen. Nach seinem Studium an der Technischen Hochschule in Wien trat er dreißigjährig als Prokurist in das väterliche Unternehmen ein; 1901 übertrug ihm sein Vater die Leitung der Filiale Bielitz, 1902 wurde ihm die Baumeisterkonzession erteilt und 1908 trat er als Firmenchef neben seinem Vater in das nun wieder als OHG geführte Unternehmen ein. Die frühe und oftmals viele Jahre vor dem Einstieg als Gesellschafter ausgeübte Mitarbeit im Unternehmen kann als typisch für die nachfolgende Generation bezeichnet werden. Auch die neu eintretenden Gesellschafter haben meist eine langjährige Bindung an die Firma aufzuweisen. 1932 wurden zwei Bauingenieure, Emanuel Kohout und Leopold Heinlein, als Gesellschafter des Wiener Unternehmens aufgenommen, die seit 1913 bzw. 1919 bei Pittel & Brausewetter beschäftigt und zu Direktoren aufgestiegen waren.

Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter behielten im Spektrum unternehmenspolitischer Maßnahmen ihre von Anfang an gegebene Bedeutung. Im 2003 neugeformten Konzern wurde die Schulung der Angestellten und Arbeiter in ihren Arbeitsgebieten als grundlegende Aufgabe bezeichnet. Die für diese Ausbildung vorgesehenen Programme werden bis heute angeboten und sukzessive nach Bedarf ergänzt. Schon vor 2003 wurden bestimmte Ausbildungsziele konkret gefördert, wie etwa Mitte der neunziger Jahre durch den neuen Lehrberuf Tiefbauer.

Die nach aktuellen Anforderungen entwickelten und als Schwerpunkte im Unternehmen eingerichteten Ausbildungswege schufen zunehmend wertvolle Kontakte zu der an technischen Universitäten und gewerblichen Schulen dargebotenen Lehre. Diese waren in steigendem Maße an den Forschungserträgen des Unternehmens interessiert. Seit 1976 war Otto Kohout als Lehrbeauftragter am Institut für Straßenbau und Verkehrsplanung der Technischen Universität Innsbruck tätig. Durch Teilnahme an internationalen Konferenzen sowie mittels Veröffentlichung einschlägiger Manuskripte und durch Vorträge nahm das Unternehmen Teil an der Klärung theoretischer wie praktischer Fragen.

Diese die praktische Seite betonende Bedeutung des technischen Fortschritts und seiner lehrmäßigen Vermittlung war wie einleitend hervorgehoben eng mit der gezielten Entwicklung des theoretischen Wissens dieser Branche verknüpft. Der Zusammenhang zeigt sich besonders deutlich in der Frühphase der Produktionstechnik des Baugewerbes, das immer wieder ohne wissenschaftliche Absicherung nach Lösungen für anstehende Probleme suchen musste. In dieser Situation befanden sich die Gründer des Unternehmens P+B, die um verbesserte Methoden bei der Herstellung von Zement und dessen Verwendung im Beton- und Eisenbetonbau bemüht waren. Deutlich auch hier das Zusammenspiel firmeneigener und branchentypischer

Versuche, wie sie von Victor und Benno Brausewetter gleichermaßen vorangetrieben wurden. Im Jahre 1889 hielt Victor vor der Vollversammlung des „Oesterreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereins“ einen Vortrag über seine Erfahrungen mit der Betonbauweise. Er wies auf die bestehenden Unklarheiten in den baustatischen Berechnungen hin und regte Versuche auf dem Gebiet des Gewölbebaus an. Der Verein griff die Anregung auf und gründete einen „Gewölbeausschuß“, dessen Arbeit mit öffentlichen und privaten Mitteln finanziert wurde. In diesem Prozess der Erarbeitung und Erprobung neuer Techniken im Bauwesen nahm P+B eine vergleichsweise führende Stellung ein. Man verfolgte aufmerksam die Nachrichten über die Verwendung von Eiseneinlagen in Beton und legte selbst den Grundstein für neue Verfahren. Das 1892 an den Baustatiker Josef Melan verliehene Patent über eine spezielle Art der Verbundbauweise wurde in einer Filiale von Pittel & Brausewetter entwickelt. Victor Brausewetter erwarb auch die Nutzungsrechte weiterer Erfindungen (Matrai und Siegwart) auf dem Gebiet der Gewölbe- und Deckenkonstruktion. In seinen „Erinnerungen“ betonte Victor Brausewetter 1925 die noch „heute“ gegebene Richtigkeit und Verwendbarkeit dieser Systeme. Die heute in internationalen Dokumentationen nachzulesende Aufzählung der weltweit nach dem „System Melan“ erbauten Eisenbetonbogenbrücken für große Spannweiten ist eine eindrucksvolle Bestätigung seines Urteils.

Die aktive Teilnahme an der Suche nach verbesserten und neue Arbeitsgebiete erschließenden Techniken legte den Grundstein für die Entwicklung von Kernkompetenzen, die dem Unternehmen Wachstum und Erfolg sicherten. Es war ein schrittweises Herangehen an neue Formen der Betonbauweise, die zur Durchführung von Stadtkanalisationen, zur Ausführung von Wehrbauten und Wasserreservoirs, zur Anlage großer Maschinenfundamente und zu neuen Lösungen im Decken- und Gewölbebau führten. Die Liste der in allen Kronländern der Monarchie, aber auch im Ausland wie in Italien, Rumänien und Serbien ausgeführten Arbeiten belegt die als Kernkompetenzen zu bezeichnenden Produktionsschwerpunkte des Unternehmens. Als Alleinunternehmer wandte sich Victor Brausewetter der Ausführung von Betonbauten mit pneumatischer Fundierung zu, der die Neugründung von Firmen diente. Auch nach dem Ersten Weltkrieg und der erzwungenen Neuaufstellung der Unternehmensstruktur hielt Pittel & Brausewetter in all den konzernmäßig verbundenen Betrieben an den traditionellen Schwerpunkten fest.

Sowohl die Nachkommen des Firmengründers Victor Brausewetter als auch die aus dem Mitarbeiterstand herangebildeten und als Gesellschafter aufgenommenen Fachkräfte erweiterten die Angebotsliste des Baukonzerns. Dies traf 1932 auf Emanuel Kohout und Leopold Heinlein zu, die eine ähnliche Firmenkariere auszeichnete. Beide absolvierten an der Technischen Hochschule Wien das Fachstudium Bauingenieurwesen und waren wie schon erwähnt nach jahrelanger Tätigkeit als Oberingenieure zu Direktoren bei P+B aufgestiegen. Mit Emanuel Kohout trat ein besonders

als Konstrukteur für Eisenbetonbauten ausgewiesener Fachmann des Tiefbaus in die Firma ein. Leopold Heinlein wandte sich der Frage des Baues und der Instandhaltung von Betonstraßen zu, womit er dem Unternehmen eine weitere Kernkompetenz und internationale Führerschaft erarbeitete. Ihre Söhne Otto Kohout und Gerhard Heinlein wählten wie ihre Väter die Studienrichtung Bauingenieurwesen an der Technischen Hochschule und wurden 1967 als Gesellschafter aufgenommen. Als Zivilingenieure mit Baumeisterprüfung deckten sie einerseits ein breites Arbeitsfeld ab, das sie andererseits als Ausgangspunkt für die Entwicklung spezieller bautechnischer Lösungen erkannten. Dieser Werdegang darf als typisch für eine Baufirma angesehen werden und ist bis in die jüngste Zeit festzustellen. 1951 wurde Hans Brünner nach Abschluss seines Studiums an der Hochschule für Bodenkultur in Wien als Mitarbeiter eingestellt und 1961 mit der Gesamtleitung des Straßen- und Tiefbaues des Unternehmens betraut. Als Gesellschafter war Hans Brünner seit 1970 tätig.

Die angestrebten Leistungsziele lassen von Anfang an eine systematische und einer inneren Logik entsprechende Entwicklung erkennen. Das durch Versuche und eigenständige Forschungen zunehmende technische Wissen ließ ein stetig verbessertes und erweitertes Arbeitsprogramm zu. Dieses kann zwar insgesamt als die Ausübung des Baumeistergewerbes einschließlich aller Baunebengewerbe bezeichnet werden. Die ökonomischen Ziele fanden aber immer durch Überlegungen aus sozialer Verantwortung ihre Bewertung. So übertrafen 1945 bis 1947 die gewährten freiwilligen Sozialleistungen die gesetzlich abverlangten mehrfach. Die im Konzernlagebericht seit 2006/2007 verankerte Grundanforderung der Steigerung der Wirtschaftlichkeit und der Wettbewerbsfähigkeit wird an die Einhaltung von Rahmenbedingungen geknüpft, die sich aus dem Respekt vor gesellschaftlichen und menschlichen Werten und aus der Verantwortung für die Mitarbeitenden und dem Umweltschutz ergeben. Diesen Bemühungen um eine soziale und ökologische Ausrichtung aller Arbeitsziele dienten spezielle wissenschaftliche Versuche und Projekte. Gemeinsam mit der Technischen Universität Wien wurde das Gebrauchsverhalten von Recyclingbaustoffen und deren Einsatzmöglichkeiten erforscht. Besonderes Interesse zeigte die Firma an der Herstellung von Fließbeton für Betonfahrbahndecken, um die „Abbindedauer“ zu verringern. Die Zusammenarbeit mit der Österreichischen Betondecken Arge führte zur Entwicklung von normgerechten „Ortbetonleitwänden“. Mit dem Wandel in Technik und Materialentwicklung konnten die wirtschaftlichen wie auch sozialen und ökologischen Anforderungen in entsprechender Weise eingelöst werden. Die Angebotsliste des Konzerns kann als selbstredender Beweis gelesen werden. Die darin zum Ausdruck kommende aktive Teilnahme am technischen Fortschritt zeichnet das Unternehmen bis heute aus.

Die sich gegenseitig ergänzenden, das Leistungsprofil des Konzerns P+B abbildenden Antriebsfaktoren, werden bei Betrachtung der geldwirtschaftlichen Vorgänge als Einheit wahrgenommen und in ihrer Bedeutung erkannt.

Es überrascht nicht, dass die Bemühungen um wirtschaftlichen Aufschwung von Beginn an jene Parameter erkennen lassen, die auch heute noch Erfolg versprechen. Das vorliegende betriebsstatistische Material bietet ausreichend Hinweise auf Verlauf und Ergebnis der sich spiegelnden finanzwirtschaftlichen Vorgänge. Eingedenk der Tatsache, dass die vergangenen 150 Jahre eine Zeit zahlreicher konjunktureller Schwankungen und mehrerer politisch bedingter Abbrüche und neuer Ordnungsversuche waren, zeigt die Geschichte von P+B eine besondere Dynamik. Vermögensbildung und Investitionstätigkeit, Kapitalausstattung und Liquidität, Kostensenkung und Ertragssteigerung sowie die Gewinn und Rentabilität betreffenden Maßnahmen können oft als Folgen oder historisch erzwungen bezeichnet werden. Und doch lassen die unternehmenspolitischen Entscheidungen von P+B immer auch die firmeneigene Handschrift erkennen.

Die nachfolgenden Hinweise werden eine steckbriefliche Form aufweisen, die Brüche und Kontinuitäten anzeigt. Die Anfänge der Firma entsprachen der im ausgehenden 19. Jahrhundert nicht untypischen Entwicklung in der Baubranche. Das Ausmaß dieser muss aber als einzigartig eingestuft werden. Standen dem Unternehmen bei der Gründung zehntausend Gulden Betriebskapital zur Verfügung, verfügte es trotz stark schwankender Erträge nach zehn Jahren (1898) über ein Vermögen in Millionenhöhe. Der Aufwärtstrend hielt bis 1916 an, während in der Schlussphase des Ersten Weltkriegs ein Vermögensschwund von 42 Prozent zu verzeichnen war. Das dem Konzern bei Kriegsende verbleibende Vermögen fand im Rahmen der Neustrukturierung des Konzerns eine den politischen Grenzziehungen entsprechende Aufteilung. Auf das Wiener Unternehmen von P+B entfiel etwa ein Viertel der Gesamtaktiva, das bis 1932, dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise, nur mehr 7,5 Prozent betrug; die Betriebe in der Tschechoslowakei hatten dagegen ihren Anteil auf rund 80 Prozent erhöht.

Vorausgegangen war in Österreich eine bis 1923 ansteigende Inflation, in der Baukosten wie Umsätze ein horrendes Ausmaß erreichten. Die 1925 durch Abwertung der umlaufenden Papierkronen vollzogene Währungsumstellung auf Schillinge schuf eine stabile Ausgangslage, stellte das Unternehmen aber auch vor schwierige Aufgaben. Nicht alle Voraussetzungen für ein anhaltendes Wachstum konnten geschaffen werden. Bis 1929 wurde bei stabilem Geschäftsumfang ein positiver Saldo aus Einnahmen und Kosten im Baugeschäft erzielt. Ab 1930 gelang es zwar, die rückläufigen Umsätze durch eine noch stärkere Absenkung der Kosten in eine Anhebung der Ertragsquote zu verwandeln. Die Eingänge auf dem Baukonto reichten jedoch zwischen 1925 und 1936 in fünf Berichtsjahren nicht aus, einen positiven Bilanzabschluss zu gewährleisten. 1936 lag gegenüber dem 1925 ermittelten Vermögen ein Wertverlust von fünf Prozent vor.

Die Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges auf einen international tätigen Konzern der Baubranche sind vielfältig. Die umfassende Inanspruchnahme durch das na-

tionalsozialistische Deutschland, das P+B als wehrwirtschaftlich wichtigen Betrieb einschätzte, führte zu außerordentlichen Bedingungen, unter denen die Auftragsbauten ausgeführt wurden. Alle Hinweise auf die kriegswirtschaftlichen Zielen dienenden Abläufe in Produktion und Verwaltung bieten ein widersprüchliches Bild. Das Vermögen des Konzerns übertraf in allen Kriegsjahren den Stand von 1938, noch 1945 betrug er das Doppelte. Das Maß und die Art der Kapitalaufbringung lassen ungewöhnliche Sprünge erkennen. 1938 stellte das Eigenkapital weniger als vier Prozent des Gesamtkapitals; 1943 lag dieser Anteil bei sechzehn Prozent. Der 1945 vollzogene bilanzpolitische Schlussstrich wies Eigenmittel von gut neunzig Prozent aus. Ein überraschendes Bild bietet auch ein Blick auf die Gewinnentwicklung. Die Rentabilität des Kapitals stellte sich noch 1945 auf zehn Prozent. Die in der Schlussphase des Krieges in Österreich, Griechenland und Jugoslawien erlittenen Verluste legen es dagegen nahe, von weitgehender Zerstörung zu sprechen. Das den Konzernbilanzen zu entnehmende Material lässt eine Klärung der vermeintlichen Widersprüche und ein Urteil über die kriegsbedingten Maßnahmen des Unternehmens zu.

Der nach dem Krieg für P+B sich bietende Zustand der Betriebe zeigt umfassend das Ausmaß der materiellen Zerstörung wie der menschlichen Verluste. Hatten im Krieg an die 2.000 Arbeiter und Angestellte eine Beschäftigung gefunden, zählte die Firma im Juni 1945 nur noch 69. Die jährlichen Umsätze lagen im Krieg zwischen 8 und 10 Millionen Reichsmark, 1945 konnte ein Leistungsabschluss von 456 Tausend Schilling erzielt werden.

Die Wiederaufnahme des Baugeschäfts glich für Mensch und Betrieb weithin einem Neubeginn. Nach anfänglichen Bemühungen um eine existenzielle Absicherung gelang bis zur Einführung der Schillingeröffnungsbilanz 1955 ein Vermögenswachstum auf das Sieben- bis Achtfache. Die notwendige Kapitalaufbringung wurde durch die betriebliche Finanzpolitik sichergestellt, die sich steigender Gewinne und der Dotierung rechtlich begünstigter Investitionen bediente. Trotz dieser oft als Wirtschaftswunder bezeichneten Entwicklung im Nachkriegsjahrzehnt zeigt sich nicht das Bild eines ausgewogenen Wachstums. Dieses wurde erst 1955, nicht zuletzt durch die korrigierende Wirkung der Schillingeröffnungsbilanz, erreicht.

Versucht man die Entwicklung der Baufirma P+B von 1955 bis zur Gegenwart in Zusammenhang zu sehen, zeichnen sich branchenmäßig bedingte, für das Unternehmen aber auch typische Leitlinien ab. Trotz aller konjunkturellen Schwankungen blieb dieser Periode ein jäher Abbruch und erzwungener Neustart erspart. Das Neue lässt sich deutlich als Zusammenspiel traditioneller und moderner Einflussfaktoren erkennen, das mit Blick auf die vorangegangenen Bruchlinien kaum oder nur verfälscht zu sehen war. Anders ausgedrückt: Die auch nach 1955 bis heute schwankenden Werte in der Vermögensbildung und Erfolgsentwicklung sind konjunkturell bedingt und tragen die Handschrift der Unternehmensführung. Den staatlichen Konjunkturbelebungsprogrammen kommt dabei die Rolle einer Hilfestellung und nicht

der Schaffung neuer Strukturen zu. Die 1955 erfolgte Neubewertung des Vermögens und des Kapitals sowie auch die 1979 durch den Wechsel von der Rechtsform der OHG in die GmbH durchgeführte Neuberechnung der Aktiva und Passiva entsprachen nur den am Stichtag sich abzeichnenden wertmäßigen Veränderungen und waren nicht die Folgen eines politischen Eingriffs.

Die Jahresschlussrechnungen von 1955 bis 1978 belegen ein rund auf das Zehnfache angewachsenes Gesamtvermögen, von 1981 bis 2001 kann ein Anstieg von neunzig Prozent ermittelt werden. Der ab 1996 rechnerisch erfasste Gesamtkonzern zeigt in den ersten Jahren umfangmäßig wie strukturell weitgehend das Bild der GmbH. Die 2002 vorgenommene Neugliederung schuf die Grundlage für einen Vermögenszuwachs, der bis 2015 an die 170 Prozent betrug.

Die in einigen Jahren die branchenmäßig belegten Daten übersteigenden Zuwächse des operativen Vermögens lassen auf eine beachtliche Investitionstätigkeit schließen. Sie belief sich zwischen 2001 und 2015 auf € 90 Millionen und setzte sich aus einer Nettoquote von 24 Millionen sowie aus Abschreibungen von 66 Millionen zusammen. Damit rücken die finanziellen Überlegungen und Maßnahmen in den Mittelpunkt. Von Anfang an hatte P+B in der Eigenkapitalbildung eine wesentliche, wenn nicht entscheidende Vorgangsweise gesehen. Die im Konzern geplante Strukturreform ergab 1996 bis 2001 eine Anhebung des Eigenkapitals um dreißig Prozent, wodurch sein Anteil am Gesamtkapital von 24 auf 31 Prozent anwuchs. Von 2001 bis 2015 trat eine weitere Aufstockung der Eigenmittel auf gut das Vierfache ein, so dass sie erstmals die Hälfte des benötigten Betriebskapitals stellten.

Die Kennziffern zur Vermögensbildung und Kapitalaufbringung lassen eindeutige Schlüsse zu. Das Eigenkapital übertrifft seit 2006 den bilanzierten Wert des Anlagevermögens, die Überdeckung liegt seither bei zwanzig Prozent. Auch die Zahlungsbereitschaft ist nie in Frage gestellt. Auch hier ist ein Überhang von zwanzig Prozent gegeben. Einen deutlichen Hinweis gibt der Verschuldungsgrad, der durchwegs negative Werte zeigt. Die umfangreichen liquiden Mittel übertreffen dem Volumen nach das verzinsliche Fremdkapital. Die Berichte über den Konzernabschluss halten seit Jahren fest, dass das Unternehmen P+B ausschließlich eigenkapitalfinanziert ist.

Eine Antwort auf die eingangs gestellte Frage nach den Wesensmerkmalen des Unternehmens P+B in Geschichte und Gegenwart ist unschwer zu geben: Der Gründername trifft nach wie vor zu.

Ein Blick voraus

von Geschäftsführer Mag. Wolfgang Fürhauser

150 Jahre Firmengeschichte liegen hinter uns. Geprägt von herausragenden Persönlichkeiten, die die Firma zu jenem Unternehmen geformt haben, das wir heute kennen. Adolf Pittel, Victor und Benno Brausewetter und ihre Nachfolger waren Persönlichkeiten, die es verstanden haben, diese Firma auch durch schwierigen Zeiten zu führen, Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen und das Unternehmen weiterzuentwickeln.

Und beides gab es in diesen letzten 150 Jahren. Schwierige Zeiten wie den 1. Weltkrieg mit dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie und damit verbunden die Neuorganisation der vielen Niederlassungen, die Weltwirtschaftskrise der 1920er Jahre, den 2. Weltkrieg mit dem unermesslichen menschlichen Leid, dem Verlust aller ausländischen Tochtergesellschaften und nahezu des gesamten Maschinenparks, den Neubeginn mit 69 Dienstnehmern 1945, die Ölkrise der 1970er Jahre, die Immobilienkrise der 2010er Jahre bis hin zu den Herausforderungen, die uns die aktuelle Krise rund um das Corona Virus abverlangt. Aber auch Entwicklungen, die die Welt des Bauens massiv veränderten, wie zu Beginn der neue Baustoff Eisenbeton, von dessen Vorteilen viele Auftraggeber erst überzeugt werden mussten, der fortschreitende Einsatz von Maschinen und Produktionsmitteln, die zunehmende Ökologisierung, die auch das Bauen z.B. durch den Einsatz von Recyclingbaustoffen verändert hat, bis hin zur fortschreitenden Digitalisierung der Bauwirtschaft, wie wir sie aktuell erleben.

Aber es gibt auch Konstanten in diesen 150 Jahren.

Von Beginn an sah man im Unternehmen Pittel+Brausewetter den Menschen im Mittelpunkt. Ende des 19. Jahrhunderts, als man von einer gesetzlichen Sozialgesetzgebung noch weit entfernt war, richtete Baron Adolf von Pittel eine freiwillige Sozial- und Altersversorgung für die in seinem Unternehmen beschäftigten Arbeitnehmer ein. Und als Anfang 1888 der Gesellschaftsvertrag mit Victor Brausewetter geschlossen wurde, wurde die Versorgung der Arbeiter wiederum vereinbart und gesichert. Und dieser Geist der Gründerväter lebt im Unternehmen bis zum heutigen Tag weiter. Wir sind stolz darauf, dass viele unserer Dienstnehmer teilweise viele Jahrzehnte im Unternehmen tätig sind und oft mehrere Generationen ein und derselben Familie dem Unternehmen loyal verbunden sind. Dieser Zusammenhalt innerhalb des Unternehmens ist sicherlich auch jener der Gründe, warum Pittel+Brausewetter 2020 das 150-jährige Bestehen feiern darf.

Ein weiterer ist, dass es über Generationen gelungen ist, Mitarbeiter für Aufgaben innerhalb des Unternehmens zu begeistern und ihnen die Möglichkeit gegeben hat, ihre Fähigkeiten in allen Ebenen des Unternehmens zur Entfaltung zu bringen.

Schon der Gründer Victor Brausewetter schrieb seine Vorstellung von der Führung eines Unternehmens in seinen Urlaubsgedanken an seinen Sohn Benno nieder. Viele dieser Grundsätze gelten noch heute, wenn sich die Rahmenbedingungen auch wesentlich verändert haben. Mit der Änderung der Unternehmensform 1979 von einer OHG in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, der Zertifizierung nach ISO 9001 im Jahre 1997 und der Umgestaltung des Konzerns unter eine Holding im Jahr 2002 wurden die Rahmenbedingungen für die Organisation einer modernen Baugruppe geschaffen. Diese Organisation wurde in der Folge zu einem integrierten Managementsystem weiterentwickelt, zu dem heute neben der Zertifizierung nach ISO 9001 auch die Zertifizierungen nach 14001 (Umweltmanagement), ISO 45001 (Arbeitsschutzmanagementsystem), ISO 19600 (Compliance Managementsystem) und ISO 37001 (Antikorruption) gehören.

Damit wurde auch der Rahmen für die Weiterentwicklung der betrieblichen Organisation für die kommenden Jahre geschaffen.

Bereits in den 1990er Jahren hat Pittel+Brausewetter die zunehmende Bedeutung der Sparte Umwelttechnik erkannt. Die Tochtergesellschaft ContraCon Baustoffrecycling GmbH betreibt zwei Standorte in Wien-Inzersdorf und in Seyring (NÖ) und ist eines der leistungsfähigsten Baustoffrecyclingunternehmen des Landes. Damit werden natürliche Ressourcen geschont und tausende Kilometer an Transportwegen eingespart, die einen großen positiven Beitrag für die Klimabilanz des Unternehmens bedeuten. Zusätzlich arbeiten wir im Jubiläumsjahr an Investitionen in den Umweltschutz, wie z.B. einem Photovoltaikprojekt, das die Büros am Standort Wien-Inzersdorf, aber auch die Versorgung von Elektro- und Hybrid-Fahrzeugen in hohem Maße sicherstellen wird. Wenn auch die Umsetzung eines klimaneutralen Unternehmens derzeit eine unerreichbare Vision darstellt, so sollen durch diese Maßnahmen Schritte in diese Richtung gesetzt werden.

Die zukünftige Entwicklung wird maßgeblich von der fortschreitenden Digitalisierung der Bauwirtschaft beeinflusst werden. Schon heute werden Bauakte digital geführt, der Einbau und die Verdichtung von Asphalt mittels digitaler Hilfsmittel gesteuert und unterstützt. Rechnungen und Lieferscheine werden ausschließlich digital abgearbeitet und Planungsabläufe zunehmend unter Einbeziehung digitaler Hilfsmittel gestaltet, bis hin zum Einsatz von Building Information Modeling (BIM).

Gerade der im Jubiläumsjahr vollzogene Lock-Down aufgrund der Covid-19 Krise hat uns gezeigt, wie wichtig diese digitalisierten Abläufe für ein modernes Unternehmen sind, denn erst dadurch werden Lösungen wie Home-Office sinnvoll möglich gemacht.

Pittel+Brausewetter ist heute ein ertragsstarkes und eigenkapitalfinanziertes Un-

ternehmen, das in nahezu allen Bausparten mit Schwerpunkt in Ostösterreich und seiner Niederlassung in Bratislava erfolgreich tätig ist. Mit unseren ausgezeichnet ausgebildeten und loyalen Mitarbeitern, die das Rückgrat unserer Gesellschaften bilden, führen wir auch schwierigste Bauvorhaben zur Zufriedenheit unserer Kunden aus. Viele Innovationen in den letzten 150 Jahren sind von Pittel+Brausewetter ausgegangen. Auch weiterhin wird es unser Ziel sein, Bauvorhaben auf dem letzten Stand der Technik entstehen zu lassen, sei es im Hoch- oder Tiefbau, im Neubau oder der Revitalisierung, im Brücken-, Ingenieur- oder Sportplatzbau oder in der Gestaltung von Außenanlagen mittels Pflasterungen.

Neben diesen geschilderten Faktoren, geben uns auch die Erfahrungen der Vergangenheit die Zuversicht, die Zukunft erfolgreich zu meistern und die Pittel+Brausewetter Gruppe auch in den nächsten Jahrzehnten als eigenständiges Familienunternehmen erfolgreich am Markt zu positionieren.



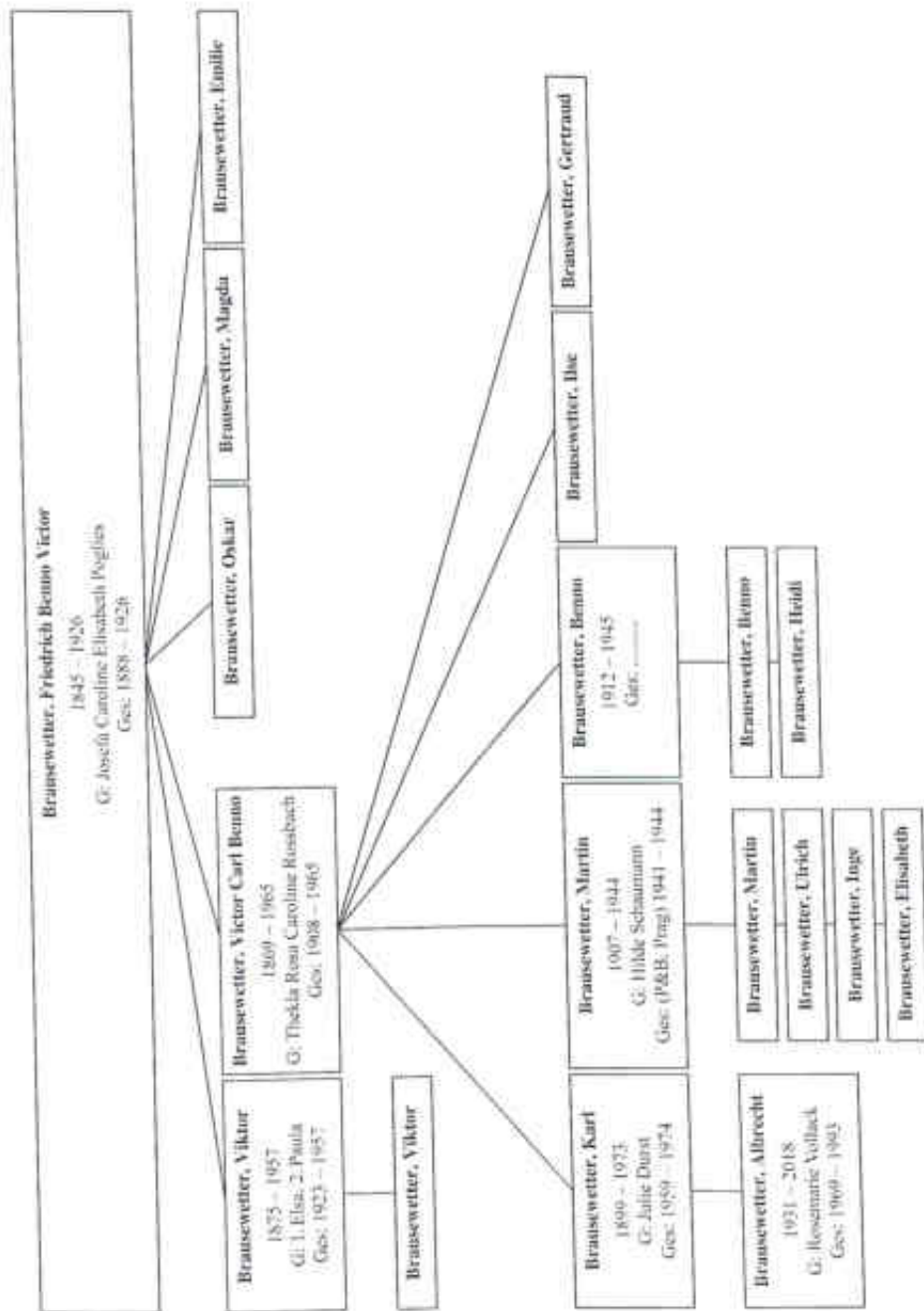
Tabellen

Alle im Buch zitierten Tabellen sind im Online-Archiv der Firma P+B unter dem Link https://www.pittel.at/de/archiv/150Jahre/A_Mosser/ einzusehen.

Anhang



Stammbaum der Familie Brausewetter



G: Gattin, Ges: Gesellschafter



Kurzbiographien wichtiger Persönlichkeiten der Firma

Brausewetter Albrecht

Lebensdaten

25. September 1931 – 20. Dezember 2018

Geb. in Sofia

Vater: Karl Brausewetter

Mutter: Julie Brausewetter, geb. Durst

Gattin: Rosemarie Vollack

Ausbildung und Tätigkeit

Volksschule in Berlin (1936 – 1941) Besuch einer Oberschule in Oberschlesien und Böhmen (1941 – 1945)

1945/1946: Arbeitslager in Tschechien und Ausweisung in die Ostzone (DDR)

Schiffsbaulehrling in Aken/Elbe (Oktober 1946)

Juni 1948: Flucht nach Duisburg (BRD) zu Eltern

Berglehrling und Knappenprüfung (1951) und Hauerprüfung (1953)

Besuch der Bergschule in Duisburg (1953 – 1957)

Grubensteiger in der Rheinpreußen AG und der Bergwerksgesellschaft Walsum AG (1957 – 1970)

Gesellschafter der Firma P+B: (1969 – 1993)

Brausewetter Benno

Lebensdaten

13. Dezember 1912 – 1. Jänner 1945

Vater: Victor Carl Benno Brausewetter

Mutter: Thekla Brausewetter, geb. Rossbach

Titel und Ehrungen

Dipl. Ing.

Brausewetter, Friedrich Benno Victor

Lebensdaten

12. September 1845 – 12. März 1926

Geb. in Gumbinnen (Ostpreußen)

Vater: Friedrich Wilhelm Benno Brausewetter (Königlich Preußischer Regierungsrat)

Mutter: Otilie Alexandrine Brausewetter, geb. Moldenhauer

Gattin: Josefa Caroline Elisabeth Pogliès

Ausbildung und Tätigkeit

Untergymnasium (Potsdam)

Deutsche Oberrealschule (Preßburg)

Studium an der Technischen Hochschule Hannover (1865 – 1868)

Tätigkeit in der österreichischen Staatseisenbahngesellschaft (Brücken- und Bahnbau) (1869 – 1878)

Errichtung eines selbständigen Büros in Preßburg (1878)

Gründung der Firma „Pittel und Brausewetter“ (1888)

Alleineigentümer des Unternehmens nach Ausscheiden Adolf Frh v. Pittels (1897)

Schwerpunkte der Tätigkeit: Kanalisierungen, Beton- und Eisenbetonbau, Brückenbau

Umwandlung der Niederlassungen nach dem Ersten Weltkrieg zu formal selbständigen

Firmen in Ungarn, ČSR, Polen, Italien, Jugoslawien und Bulgarien.

Titel und Ehrungen

Präsident des Österreichischen Betonvereines bis 1926, danach Ehrenvorsitz,

Mitbegründer und erster Vorsitzender des Eisenbetonausschusses des Österreichischen Ingenieur- und Architektenvereines (1907 – 1926)

1925 Ernennung zum Ehrenbürger der Technischen Hochschule Wien (Dr. h.c.)

Brausewetter Karl

Lebensdaten

2. April 1899 – 13. Juli 1973

Geb. in Wien

Vater: Benno Brausewetter

Mutter: Thekla Brausewetter, geb. Rossbach

Gattin: Julie Durst

Ausbildung und Tätigkeit

Gymnasium an der Theresianischen Akademie (Wiener Neustadt)

Studium an der Technischen Hochschule München (Abschluss: Dipl. Ing. des Bauwesens)

Studium an der Deutschen Technischen Hochschule in Prag (Abschluss mit Doktorat 1930)

Konstrukteur und Bauleiter bei „Pittel & Brausewetter, Beton-, Brücken und Tiefbau

Aktiengesellschaft“ in Budapest (1914)

Praktikum (Stollenbau des Strubklammwerkes) bei P+B Wien (1921)

Ferialtechniker (Konstruktionsbüro, Bauleitung und Baukontrolle bei P+B Prag (1924 – 1930)

Mitarbeit (Planung und Kontrolle von Bauten in Sofia und Varna) bei „P+B C. G. Petroff & Co“ in Sofia: 1929/1930

Kommanditist von „P+B C. G. Dr. Ing. Karl Brausewetter & Comp. Sofia“ (1931 – 1936)

Magistratsoberbaurat in Berlin (1937 – 1944)

Gesellschafter (nach Tod von Martin Brausewetter) bei P+B Prag (1944)

1945 – 1948: Amerikanische Gefangenschaft

Oberbauleiter (Architekten-Atelier Persch in Duisburg) (1959)

Gesellschafter bei P+B Wien (1959 – 1974)

Titel und Ehrungen

Dipl. Ing. (Studium an der Technischen Hochschule München)

Dr. techn. (Studium an der Deutschen Technischen Hochschule Prag)

Oberbaurat a. D.

Brausewetter Martin

Lebensdaten

6. Jänner 1907 – 25. Oktober 1944

Vater: Benno Brausewetter

Mutter: Thekla Brausewetter, geb. Rossbach

Gattin: Hilde Schaumann

Ausbildung und Tätigkeit

Gesellschafter der Firma P+B Prag (1941 – 1944)

Brausewetter Victor Carl Benno

Lebensdaten

6. September 1869 – 22. Mai 1965

Geb. in Wien

Vater: Victor Brausewetter

Mutter: Josefa Brausewetter, geb. Pogliès

Gattin: Thekla Rossbach

Ausbildung und Tätigkeit

Besuch des Gymnasiums Preßburg

Studium an der Technischen Hochschule Wien (2. Staatsprüfung 1894)

Frühe Mitarbeit bei P+B (ab 1886)

Baumeisterkonzession 1902, behördlich autorisierter Bauingenieur 1905

Gesellschafter der Firma P+B: (1908 – 1965)

Titel und Ehrungen

Baurat h.c. (1921)

Ernennung zum ehrenamtlichen Korrespondenten des Bundes-Denkmalamtes (1925)

Präsident des österreichischen Betonvereines (1926 – 1938)

Vorstandsstellvertreter des österreichischen Betonausschusses des Österr. Ingenieur- und Architekten-Vereines (1926)

Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich (1932)

Ehrenbürger der Technischen Hochschule Wien (1932)

Ehrenpräsident des Österreichischen Betonvereines (seit 1945)

Brausewetter Viktor

Lebensdaten

16. März 1875 – 4. November 1957

Geb. in Nagyszombat (Ungarn)

Vater: Friedrich Benno Victor Brausewetter

Mutter: Josefa Caroline Elisabeth Brausewetter, geb. Pogliès

Gattin: 1. Elsa

2. Paula

Ausbildung und Tätigkeit

Absolvierung der Theresianischen Militärakademie (Wiener Neustadt)

Leutnant des Infanterieregiments Nr. 82 (1895)

Oberleutnant (1899)

Zugeteilt dem Husarenregiment Nr. 1 (1900), Rittmeister (1909), Major (1916)

Als Oberstleutnant in den Ruhestand versetzt (1920)

Gesellschafter bei P+B: (1923 – 1957)

Brünner Hans

Lebensdaten

4. Juni 1928 – 11. Juli 2013

Geb. in Ebenfurth (Niederösterreich)

Vater: Johann Brünner

Mutter: Rosa Brünner

Gattin: Gertrud Wally

Ausbildung und Tätigkeit

Studium der „Kulturtechnik“ (Hochschule für Bodenkultur Wien), Abschluss 1951 (Dipl.-Ing.)

Eintritt in die Firma P+B (1951)

Als Oberingenieur mit der Leitung des gesamten Straßen- und Tiefbaues der Firma P+B betraut (1961)

Zivilingenieur für das Bauwesen (1967)

Gesellschafter der Firma P+B (1970 – 2013)

Vorsitzender des Aufsichtsrats von P+B (1998 – 2012)

Titel und Ehrungen

Oberingenieur (Verleihung des Titels durch Emanuel Kohout und Dr. Leopold Heinlein)

Großes Ehrenzeichen des Landes Burgenland (1988)

Goldenes Ehrenzeichen für Verdienste um das Bundesland Niederösterreich (1993)

Berufstitel Baurat h.c. (1993)

Silbernes Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien (2001)

Fehre Wilhelm Heinrich

Lebensdaten

17. Jänner 1883 – Ende Oktober 1945

Geb. in Karolinenthal (Vorstadt Prags)

Vater: Carl Gustav Fehre

Mutter: Barbara Fehre

Gattin: Franzl Baurz

Ausbildung und Tätigkeit

Evangelische Volksschule Prag

Grabengymnasium Prag

Realschule Karolinenthal (ab der III. Klasse)

Deutsche Technische Hochschule Prag (Bauingenieur), II. Staatsprüfung (1907)

Konstrukteur bei Diss & Co. (Betonbauunternehmung)

Eintritt in die Firma P+B (1908)

Übernahme der Leitung der Niederlassung Prag (1914)

Gesellschafter der Firma P+B Prag (1922 – 1945)

Fürhauser Wolfgang

Lebensdaten

Geboren 18. Dezember 1960

Gattin: Karin Fürhauser-Brünner

Gesellschafter der Firma P+B (seit 1998)

Geschäftsführer (seit 1998)

Ausbildung und Tätigkeit

Wirtschaftsuniversität Wien (Betriebswirtschaft)

Steuerberaterprüfung

Titel und Ehrungen

Mag., Steuerberater

Heinlein Gerhard

Lebensdaten

19. Februar 1929 – 18. Mai 1998

Geb. in Wien

Vater: Leopold Heinlein

Mutter: Gertraud Heinlein

Gattin: Liselotte

Ausbildung und Tätigkeit

Technische Hochschule Wien (Bauingenieurwesen, Fachrichtung Konstruktiver Ingenieurbau), Abschluss: Dipl. Ing.

Mehrjährige Auslandstätigkeit (Statiker) bei der Baugesellschaft Ways & Freitag.

Leiter des Konstruktionsbüros von P+B

Baumeisterprüfung (1962)

Zivilingenieurprüfung (1964)

Gesellschafter der Firma P+B (1967 – 1998)

Heinlein Leopold

Lebensdaten

2. November 1891 – 8. Oktober 1967

Geb. in Wien

Ausbildung und Tätigkeit

Technische Hochschule Wien, Bauingenieurwesen (1910 – 1914, 1918/1919)

Dr. techn. (1935): Dissertation „Praktische Fragen der Betonstraßenerhaltung“

Eintritt in die Firma P+B (Mai 1920)

Oberingenieur (1927)

Direktor (1929)

Zivilingenieur für das Bauwesen (1925)

Neugründung der Österreichischen Forschungsgesellschaft für das Straßenwesen (im Österreichischen Ingenieur- und Architektenverein): Heinlein zum (ehrenamtlichen) Leiter der Arbeitsgruppe „Betonstraßenbau“ gewählt (1950)

Vorstandsmitglied im Österreichischen Betonverein

Gesellschafter der Firma P+B (1932 – 1967)

Titel und Ehrungen

Doktorat (1935)

Titel „Baurat h. c.“ (1956)

Kluge Konrad

Lebensdaten

9. Dezember 1878 – 21. September 1945

Geb. in Oberaltstadt bei Trautenau

Vater: Johann Kluge

KURZBIOGRAPHIEN WICHTIGER PERSÖNLICHKEITEN DER FIRMA

Mutter: Rosalia Kluge, geb. John

Gattin: Wally Schneider

Ausbildung und Tätigkeit

Realschule in Trautenu (Abschluss 1897)

Einjährigfreiwilligenjahr (ab Oktober 1897)

Reserveoberleutnant (1898)

Studium an der Deutschen Technischen Hochschule Prag (Bauingenieurwesen); Studium bei Prof. Josef Melan (1903)

Beginn der Tätigkeit bei P+B (1903)

Eintritt in das Wiener Konstruktionsbüro von P+B (1904)

Dissertation und Doktorat an der Deutschen Technischen Hochschule Prag (1917)

Zivilingenieur in Wien (1918 – vor Kriegsende)

Baumeisterprüfung in Prag (1921)

Gesellschafter der Firma P+B (1912 – 1936)

Titel und Ehrungen

Doktorat (1917)

Kohout Emanuel

Lebensdaten

25. Dezember 1886 – 19. Jänner 1975

Geb. in Wien

Gattin: Grete

Ausbildung und Tätigkeit

Technische Hochschule Wien, Bauingenieurwesen, Abschluss: Dipl. Ing. (1905 – 1910)

Konstrukteur (Eisenbetonbau) bei N. Rella & Neffe (1910 – 1914)

Konstrukteur bei P+B

Zivilingenieurprüfung und Baumeisterprüfung (1919)

Oberingenieur, Direktor bei P+B (nach 1925)

Geschäftsführer bei P+B (1929)

Gesellschafter der Firma P+B (1932 – 1978)

Titel und Ehrungen

Dipl. Ing. (1910)

Im Ersten Weltkrieg „Goldenes Verdienstkreuz mit der Krone am Bande der Tapferkeitsmedaille“

Titel eines „Technischen Rates“ vom Bundeskanzler verliehen (1957)

Kohout Otto

Lebensdaten

7. Juli 1924 – 26. März 2018

Geb. in Faistenau (Salzburg)

Vater: Emanuel Kohout

Mutter: Grete Kohout

Gattin: Heidrun

Ausbildung und Tätigkeit

Realschule in Wien

Wehrdienst und Kriegsgefangenschaft (1942 – 1945)

Technische Hochschule Wien, Bauingenieurwesen (1948 – 1955)
Eintritt in die Firma P+B (1955)
Baumeisterprüfung (1962)
Zivilingenieur für Bauwesen (1964)
Bauingenieur bei P+B (1957 – 1967)
Lehrbeauftragter am Institut für Straßenbau und Verkehrsplanung (Fakultät für Bauingenieurwesen und Architektur), Universität Innsbruck (seit 1976)
Leiter der Arbeitsgruppe „Betonstraßen“ der Forschungsgesellschaft für das Straßenwesen (seit 1992)
Vizepräsident des Österreichischen Betonvereines (1980 – 1994)
Stellvertretender Vorsitzender der Forschungsgesellschaft für das Verkehrs- und Straßenwesen – FVS (1985 – 1993)
Vorsitzender der Fachvertretung Wien der Bauindustrie (1985 – 1995)
Vorsitzender der Sektion Betonstraßen des Österreichischen Betonvereines (1994)
Gesellschafter der Firma P+B (1967 – 2012)
Mitglied des Aufsichtsrates (1999 – 2011)
Titel und Ehrungen
Silbernes Verdienstzeichen der Republik Österreich (1961)
Baurat h.c. (1983)
Ehrennadel der Forschungsgesellschaft für das Verkehrs- und Straßenwesen (1983)

Lob Max

Ausbildung und Tätigkeit
Tätigkeit in der Firma P+B (seit 1897)
Behördlich Autorisierter Bauingenieur
Gesellschafter der Firma P+B (1912 – 1917)

Machaczek Franz

Lebensdaten
12. März 1884 – 22. Oktober 1964
Ausbildung und Tätigkeit
Studium an der Deutschen Technischen Hochschule Prag
Eintritt in die Firma P+B (Zweigstelle Prag) als „Konstrukteur“ (1911)
Einzelprokura (1920)
Gesellschafter der Firma P+B (1922 – 1945)

Makovec Wolfgang

Lebensdaten
Geboren 27. Juli 1957
in Wien
Gattin: Andrea
Ausbildung und Tätigkeit
Höhere technische Lehranstalt (Betriebstechnik)
Bilanzbuchhalterprüfung
Bautechnikum (Hochbau)
Baumeisterprüfung
Eintritt in das Unternehmen 1977

Geschäftsführer seit 1993
Gesellschafter der Firma P+B (1993 – 2012)
Titel und Ehrungen
Ing., Baumeister

Pertl Walter

Lebensdaten
Geboren 5. Juli 1958
Ausbildung und Tätigkeit
Technische Universität Wien
Tätigkeit bei P+B (1986 – 2007)
Geschäftsführer bei P+B (1999 – 2007)
Titel und Ehrungen
Dipl. Ing.

Pittel Adolf, Freiherr von

Lebensdaten
17. März 1838 – 6. Jänner 1900
Geb. in Josefstadt (Böhmen)
Vater: Christian Pittel (Erhebung in den Freiherrenstand 1819)
Mutter: Wilhelmine Pittel, geb. Von Camuzzi
Gattin: Leopoldine de Colins-Tarsiennes
Ausbildung und Tätigkeit
Besuch der Ingenieurakademie Wien, militärische Laufbahn (Pionier)
Ausscheiden aus dem Militärdienst (1864)
Gründung der offenen Gesellschaft „Adolf Baron Pittel & Comp.“ (Gesellschafter: Adolf Braun und Nicanova Rella): 1870
Pittel Alleineigentümer der OHG nach Ausscheiden der Gesellschafter (1878)
Gründung der Firma „Pittel und Brausewetter“ mit Victor Brausewetter (1888)
Bau der „Herz-Jesu-Kirche“ in Weissenbach/Triesting (1893)
Vereinigung von Zementfabriken (Triestingtal) zur „Aktiengesellschaft der Kaltenleutgebener Kalk- und Zementfabrik“ 1895)
Nach Pittels Tod das Unternehmen von seiner Gattin Leopoldine de Collins-Tarsiennes weitergeführt (1900)
Liquidation der Firma, Löschung im Handelsregister (1926)
Titel und Ehrungen
Vizepräsident und Verwaltungsrat des Bundes österreichischer Industrieller (seit 1895)
„Orden der Eisernen Krone III. Klasse“ (1898)

Verzeichnis der Filialen des Unternehmens

Belgrad (Beograd)

OHG Lui Tunner und Alexander Wagner

Gründung (1919)

Löschung (1932)

Gesellschafter

Lui Tunner, Alexander Wagner

Neugründung als AG (1932)

Gesellschafter

BENNO und Viktor Brausewetter, Konrad Kluge, Lui Tunner

Bielitz (Bielsko-Biala)

Adresse: Bleichstraße 64; vor 1920: Bleichstraße 60

Gründungsdatum:

Arbeitsbeginn (1898)

Niederlassung (1910 – HR Teschen)

Löschung (1924 – HR polnisch Teschen)

Filialleiter:

BENNO Brausewetter (1901/1902),

Ing. KARASEK (1903 – 1918),

Ing. Walter Barthelt (1918 – 1920),

Ing. VINZENZ CZERMAK (bis Löschung 1924)

Neugründung als OHG (1924)

HR polnisch Teschen

Gesellschafter:

Ing. Slavomir VINZENZ CZERMAK, Viktor Brausewetter jun. (1924)

Brünn (Brno)

Adresse: Rosengasse 3, vor 1920: Ratwiggasse 14

Gründungsdatum

Filiale (1889); Eintragung in HR Brünn (1889)

Filialleiter:

Ing. Hans Flieger (1909 – bis 1930)

Ing. Viktor Schürer (1930, ab 1937 stellvertretender FL, 1939 FL)

Ing. Ernst Hansel (1937)

Baumeister Wenzel Genau (ab 1.4.1939)

Czernowitz (Tscherniwzi)

Gründungsdatum:

(1899); Eintragung als Einzelfirma im HG Wien

Löschung (1903)

VERZEICHNIS DER FILIALEN DES UNTERNEHMENS

Innsbruck

Adresse: Anichstraße 24 (vor 1920)

Gründungsdatum:

(vor 1920)

Karlsbad (Karlovy Vary)

Adresse: Eduard Knollstraße; vor 1920: Eduard Knollstr. Villa Bayer

Gründungsdatum:

1911 (Eintragung durch Kreisgericht Eger)

Aufassung (1936)

Neuerrichtung (1938)

Filialleiter:

Ing. Emil Henninger (1908 – 1926)

Ing. Richard Fuchs (1926)

FL unbesetzt (1937)

Ing. Fritz Hafenbrädl (seit 1940)

Kaschau (Košice)

Adresse: Pester-Straße 80; Pešrianská ul. 80 (1924)

Gründungsdatum:

In Betrieb seit 1919

Filialleiter:

Ludwig Reinken (1925)

Konstantinopel

Adresse: Galata. Rue Wolwoda, Minerva han Nr. 25

Gründungsdatum:

Vor 1920

Laibach (Ljubljana)

GmbH ‚Obnova‘ Baugesellschaft

Gründungsdatum:

GmbH (1921)

Gesellschafter:

Lui Tünner, Victor und Benno Brausewetter,

Konrad Kluge (1928)

Leoben

Adresse: Sauraugasse 2; Roseggergasse 8 (1924)

Gründungsdatum:

1905 (Eintragung in Register für Einzelfirmen)

Filialleiter:

Heinrich Böhme (1945)

Johann Schwarz (1945)

Linz

Adresse: Graben 9 (vor 1920)

Gründungsdatum:

1913 (Eintragung in HR Linz)

Filialleiter:

Victor Brausewetter, Benno Brausewetter, Konrad Kluge, Max Lob

Mährisch – Ostrau (Moravsky – Ostrava)

Adresse: Elisabethstraße 4; Straße der tschechischen Legionen 5

Gründungsdatum:

1925

Schließung: 1934

Weiterführung der Schachtbauabteilung (Büro nach Karwin verlegt)

Rückführung der Filiale nach Mährisch-Ostrau: 1938

Filialleiter:

Dipl. Ing. Rudolf Trapp

Wenzel Peták (1925)

Mährisch Schönberg (Šumperk)

Adresse: Teßtalerstraße 24, später 32 und 34; Josefstädterstraße 11, (bis 1924)

Filialleiter:

Ernst Hansel (1925)

Prag (Praha)

Adresse: Lützowova 33 (Mariengasse 33); Mariengasse 45 (vor 1920)

Gründungsdatum:

1892

Filialleiter:

Max Lob und Konrad Kluge (Eintragung in HG Prag: 1913)

Pressburg (Bratislava)

Adresse: Blumentalgasse 13

Gründungsdatum

1878 (Einzelfirma „Privatingenieur“ Victor Brausewetter)

Gründung Filiale (1920)

Filialleiter:

Gottfried Hélène (1925)

Reichenberg (Liberec)

Adresse: Herrengasse 15; Friedländerstraße 6 (1924)

Gründungsdatum:

1922

1938 (Neuerichtung als Hauptniederlassung, inkl. der Filialen Teplitz-Schönau, Trautenau, Mährisch-Schönberg)

Filialleiter:

Rolf Lamberg (1925, bis 1938)

Martin Brausewetter (1939)

VERZEICHNIS DER FILIALEN DES UNTERNEHMENS

Salzburg

Adresse: Kranzmarkt 6 (vor 1920)

Gründungsdatum:

1913 (Eintragung in HR Salzburg)

Löschung:

1920 (Eintragung in HR Salzburg)

Sillein (Žilina)

Adresse: Frambor

Gründungsdatum:

1923 (Filiale erwähnt)

Filialleiter:

Vinzenz Czermak

Sofia: Tochtergesellschaft

Adresse:

Gründungsdatum:

1924 (handelsgerichtliche Eintragung):

Pittel-Brausewetter, Kom. Ges. Petroff, Anastassof & Comp. (Petroff: Komplementär, Fehre: Kommanditist)

1926 (Gesellschaftsvertrag) Firma erhielt den Namen: „Bauunternehmung

Pittel-Brausewetter, Kommanditgesellschaft Petroff & Co.“

1930 Neugründung: „Bauunternehmung Pittel-Brausewetter Komm.G Dr. Ing. K.

Brausewetter & Co.“ (Karl Brausewetter; Komplementär),

Bestand bis 1938 nachgewiesen

Teplitz – Schönau (Teplice – Šanov)

Adresse: Meißnerstraße 19; Bahnhofstrasse 27 (1924)

Gründungsdatum:

1919

Nennung (Liste 1925)

Filialleiter:

Max Schrems (1922 – 1924)

Fritz Müller (1924 – 1927, nach 1930 – 1940?)

Teschen (Polen), Cieszyn

Adresse: Annengasse 3; Schiesshausstr. 3 (vor 1920)

Gründungsdatum:

1910 (Eintragung durch Kreisgericht Teschen)

Nennung als Zweigniederlassung im

Gesellschaftsvertrag 1912

Löschung:

1923

Weiterführung (Niederlassung) in Tschechisch Teschen

Teschen (ČSR), Český Těšín

Adresse: Annengasse 3

Gründungsdatum:

1921

1923 (Weiterführung als Niederlassung)

Filialleiter:

Vinzenz Czermak

Trautenau (Trutnov)

Adresse: Gebirgsstraße 12; Steinbruchgasse (vor 1920)

Gründungsdatum:

1922

Filialleiter:

Wenzel Kunze (1922, 1925, 1930)

Otto Foschi (1937, 1940)

Triest

Adresse: Via Delle Poste 7 (vor 1920)

Gründungsdatum:

Vor 1914

Filialleiter:

Emilio Cuizza (1920)

Albin Polzer (1920)

Löschung:

1920

Neugründung:

OHG (1920)

Gesellschafter

Emilio Cuizza, Albin Polzer, Konrad Kluge

Trnava (Tyrnau)

Adresse: Halenárská ulica 14, Postfach 7 (1924)

Gründungsdatum:

1925 (Bestand)

Filialleiter:

Arthur Schwarz (1925)

Tulln

Adresse: Porschestraße 15

Užhorod (Uschhorod)

Gründungsdatum

Seit 1926 in Betrieb

Löschung:

1938



Register



Personennamen

- Adler, Karl, 208, 229
Anastassoff, Janko, 49, 104
- Baron Pittel, Adolf, 1, 3, 7–10, 12–29, 32, 35, 37–41, 43–50, 52–62, 65, 67, 69–79, 81, 82, 84, 86, 87, 90, 93–101, 104–108, 112–119, 121–126, 128–135, 137–140, 142, 144–146, 148–160, 162, 164, 165, 168–171, 173, 175–177, 179, 181, 185, 187, 189, 193, 199, 201–205, 207–214, 216, 217, 225–227, 229–234, 238–240, 242–244, 259–262, 269, 273, 274, 277, 280, 281, 284, 288–290, 316, 317, 319–326, 331, 342, 348, 352
- Biela, Heinrich, 108, 111, 112
Böhme, Heinrich, 210, 350
Brammertz, Alfons, 9, 13, 21, 122, 124, 125
Brausewetter, Albrecht, 8, 230, 260–262, 266, 269, 270, 274, 275, 277, 323
Brausewetter, Benno, 17, 22, 24, 27–29, 31, 32, 34–39, 44, 46, 47, 49, 51, 53, 54, 56–58, 61–66, 68–72, 75–78, 80, 81, 83, 85, 87, 91–93, 96, 99, 101, 103, 104, 107, 109, 111–113, 116, 117, 120, 133, 141, 142, 145, 150–156, 158, 168, 171–173, 177, 189, 197–200, 202, 203, 208–210, 223–225, 229, 230, 260–262, 325, 326, 331, 341–343, 349–351
Brausewetter, Benno jun., 117, 138, 139, 150, 153, 156, 159, 170–172, 176, 203, 230, 332
Brausewetter, Karl, 12, 52, 57–60, 65, 67, 69, 73, 85, 89, 104, 108, 109, 111–116, 124, 156, 172, 203, 229, 231, 244, 259, 261, 262, 341, 342, 352
Brausewetter, Martin, 61, 62, 66, 69, 88, 202, 203, 342, 351
Brausewetter, Oskar, 82, 85, 88, 89, 91
Brausewetter, Victor, 1, 8, 9, 12–15, 17–30, 33, 35, 37–40, 43, 46, 49, 53, 58, 59, 62, 65, 70–77, 81, 104, 116, 117, 122–132, 134–139, 141, 142, 144, 145, 150–153, 155, 159, 170, 176, 186, 230, 319, 322–324, 326, 331, 332, 343, 348, 351
Brausewetter, Viktor, 8, 12, 48–51, 57, 61, 63–66, 69, 71, 80, 81, 83–85, 91, 92, 104, 111, 117, 120, 124, 156, 171–173, 176, 188, 190, 197–200, 208, 223–225, 229, 244, 259, 260, 343, 349
Brenner, Carl, 37, 38
Brünner, Hans, 2, 229, 230, 260–262, 266, 269, 270, 274, 275, 279, 280, 323, 327, 344
Brünner, Karin, 275, 285, 344
Brünner, Vera, 275
Bürger, Klaus, 8
Cambon, Mario, 76
Collins-Tarsienne, Louise de, 125, 348
Comel, Eugen, 24
Cuizza, Emilio, 47, 49, 67, 98–104, 149, 151, 157, 353

PERSONENNAMEN

- Czermak, Vinzenz, 48, 117, 119–121, 349,
352, 353
- Doblhoff, Ignaz Freiherr von, 12
- Fachndrich, Wilhelm, 76
- Faesch, Rudolf, 25, 26, 37, 38
- Fehre, Richard, 202
- Fehre, Wilhelm, 45, 46, 49, 54–56, 59, 61,
62, 104, 106, 108–111, 113, 153,
175, 202
- Felix von Perko, 76
- Fischer, Johann, 16, 182
- Fürhauser, Wolfgang, 279–281, 284, 285,
323, 344
- Gaertner, Eduard, 25, 26
- Gaertner, Ernst, 70
- Genau, Wenzel, 131, 133, 210, 349
- Geringer, Gottfried, 270, 277
- Graselli, Prokop, 96
- Heinlein, Gerhard, 229–231, 260–262,
266, 269, 270, 274, 275, 279,
280, 327, 345
- Heinlein, Klaus, 275, 280
- Heinlein, Leopold, 2, 67–69, 73, 90, 156,
168, 171–173, 175, 188, 189,
197–200, 208, 209, 223–225,
229, 231, 259–262, 323,
325–327, 344, 345
- Heinlein, Manfred, 275, 280
- Heinlein, Wolfgang, 280, 285
- Hennebique, François, 18, 25
- Hickel, Franz, 15–17, 21, 132, 134
- Holzschuster, Walter, 270, 277
- Karasek, Alfred, 117, 349
- Kenig, Piotr, 117, 118
- Keutter, Heinrich, 90, 111, 112
- Kleibel, Anton, 31, 32, 36, 140
- Kluge, Konrad, 18, 28, 32–40, 45–47,
49–55, 57, 58, 61–72, 76–85,
87–93, 95–104, 106, 108, 109,
111, 113, 116, 119, 120, 139,
145, 150, 151, 153, 154, 156,
158, 168, 170–173, 175, 176,
202, 229, 345, 346, 349–351,
353
- Kohout, Emanuel, 2, 67–69, 73, 90, 156,
168, 171–173, 175, 188, 189,
197–200, 208–210, 223–225,
229–231, 259–262, 323, 325,
326, 344, 346
- Kohout, Jutta, 275
- Kohout, Otto, 210, 229–231, 260–262,
266, 269–271, 274, 275, 279,
280, 325, 327
- Kohout, Petra, 275
- Köppner, Gertrude, 202
- Kotschy, Arthur, 25, 26, 37
- Krawarik, Hans, 2, 26, 65, 133
- Lamberg, Rolf, 8, 12–14, 18, 19, 21, 123,
124, 128, 131, 134, 351
- Lob, Max, 28, 32–37, 76, 77, 139, 140,
145, 150, 151, 170, 347, 351
- Lubei, Josef, 207–211, 229
- Machaczek, Franz, 19, 45, 46, 49, 54–56,
61, 62, 104, 112, 116, 118, 121,
153, 175, 202
- Machaczek, Robert, 202
- Makovec, Wolfgang, 274–277, 279–281,
284, 323, 347
- Matrai, 19, 20, 118, 130, 132, 326
- Melan, Josef, 18–20, 118, 130, 131, 230,
326, 346
- Monier, Joseph, 18, 118, 130
- Moser, Eugen, 91
- Oesterreicher, Josef, 22, 138
- Pertl, Walter, 279, 281, 348
- Petroff, Krum, 49, 59, 104–113, 115, 342,
352
- Pittel, Leopoldine, 23–25, 145, 150, 151,
348
- Polzer, Albin, 47, 49, 67, 98–104, 353
- Rella, Attilio, 21, 22, 24, 28, 31, 76, 132,
134, 138–140, 150, 151, 346,
348

PERSONENNAMEN

- Ritter von Negrelli, Oscar, 24
- Schabner, 230
- Schwarz, Johann, 211, 350, 353
- Siegwart, Marquard, 20, 27, 75, 130, 139,
231, 326
- Steiner, Friedrich, 19, 134
- Swoboda, Eduard, 25, 26, 37, 38
- Tunner, Lui, 50–52, 67, 81–98, 157, 349,
350
- Venier, Valerian, 24
- Wagner, Alexander, 50, 51, 67, 81, 82, 85,
91, 92, 94, 95, 97, 157, 349
- Wayss, Gustav Adolf, 18, 345
- Wien-Claudi, Franz, 43

Ortsnamen

- Auersthal, 255
Aussig (Ústí nad Labem), 133
- Belgrad (Beograd), 15, 81, 82, 85, 92, 349
Berlin, 18, 69, 187, 203, 238, 341, 342
Bielitz (Bielsko-Biala), 36, 40, 48, 116–121,
139, 149, 157, 325, 349
Bilin (Bílina), 138
Bjelgorod (Belgorod), 203
Braila (Brăila), 15
Brünn (Brno), 18, 21, 23, 28, 32, 36, 43,
44, 118, 130–134, 137, 138, 149,
202, 210, 349
Brix (Most), 133
Budapest, 26, 35, 40, 47, 50, 51, 73–75, 77,
81, 82, 85, 91, 98, 99, 139, 153,
342
- Charkow (Charkiw), 203
Czernowitz (Tscherniwzi), 23, 36, 133, 138,
139, 349
- Donawitz, 211
Drohobysch (Drohobycz), 149
- Eger (Cheb), 36, 133, 350
Eisenstadt, 283
- Frankfurt/Main, 18, 187
- Galatz (Galaji), 15
Grado, 98
Graz, 8, 128, 213
- Hannover, 12, 13, 122, 152, 322, 341
Hermannstadt (Sibiu), 18, 23
Hörsching, 193
- Iglau (Jihlava), 138
- Inzersdorf, 190, 214, 236, 237, 239, 240,
271, 283, 332
- Judendorf, 193
- Karlsbad (Karlovy Vary), 34, 36, 43, 44,
116, 133, 138, 139, 149, 186,
187, 350
Karwin (Karvina), 187, 351
Kaschau (Košice), 350
Korneuburg, 211
Krakau (Kraków), 13, 14, 124, 128
- Laibach (Ljubljana), 94, 96, 131, 350
Landeck, 18, 23
Langau, 226
Laun (Louny), 133
Lend-Gastein, 18, 23
Leoben, 28, 36, 139, 149, 157, 188, 208,
210–212, 214
Leobersdorf, 12, 322
Lettowitz (Letovice), 137
Linz, 36, 125, 139, 157, 351
Lodz (Łódź), 138
- Mährisch Schönberg (Šumperk), 36, 137,
187, 351
Myckowce, 117
- Nestersitz (Neštědce), 137
- Oberleutensdorf (Horní Lítvínov), 25, 183
- Paris, 18, 19
Ploesti (Ploiești), 15
Poprad, 187
Postelberg (Postoloprty), 133
Pottenstein/Triesting, 9, 12, 14, 122, 124
Prag (Praha), 8, 18, 19, 21, 23, 27, 28, 31,
32, 36, 43–47, 49, 52–62, 65, 69,

ORTSNAMEN

- 106, 108, 109, 111, 113–119,
123, 124, 131–134, 137–139,
149, 153–155, 157, 159, 173,
182, 185–187, 200–203, 210,
230, 320, 342–344, 346, 347,
351
- Pressburg (Prešporok), 8, 9, 12, 14, 15, 116,
125, 186, 323, 351
- Przemysl, 13, 14, 125
- Pula (Pulj), 98
- Reichenau, 138
- Reichenberg (Liberec), 62, 116, 124, 186,
187, 201, 202, 351
- Rohrendorf bei Krems, 282
- Saaz (Žatec), 202
- Saint-Germain, 41
- Salzburg, 18, 36, 128, 139, 157, 346, 352
- Semlin (Zemun), 193, 194
- Sillein (Žilina), 121, 352
- Sofia, 49, 50, 59, 60, 65, 68, 69, 104–116,
186, 341, 342, 352
- St. Pölten, 41, 282, 284, 290
- Starnberg, 282
- Steinach-Irdning, 210
- Steyr, 19, 44, 211
- Stockerau, 211
- Tafshof, 122, 125
- Teplitz-Schönau (Teplice-Šanov), 187, 351
- Teschen (Cieszyn), 36, 40, 48, 116, 117,
119, 120, 133, 137, 139, 149,
157, 349, 352, 353
- Trautenau (Trutnov), 187, 345, 346, 351,
353
- Trentschin (Trenčín), 123
- Trianon, 41
- Triest, 40, 46, 47, 49, 67, 98, 99, 102–104,
149, 151, 153, 157
- Tulln, 193, 270, 277, 284
- Užhorod, 187, 353
- Varna, 114, 115, 342
- Weißbach a. d. Triesting, 9, 12, 14, 15,
20, 21, 24, 122, 125
- Wien, 2, 3, 8, 12–15, 18, 19, 21–29, 31,
32, 35–38, 40, 43–50, 52–54, 57,
59–65, 67–73, 75–87, 89–102,
104–117, 120, 121, 124–126,
128, 129, 132–135, 138–142,
146, 149, 153–160, 162, 164,
168–173, 175–177, 181, 182,
186–194, 196, 201–203,
207–216, 218, 222, 223, 225,
229–231, 239, 253–256, 260,
263, 270, 271, 274, 283, 289,
291, 293, 296, 301, 304, 306,
308, 314, 320, 321, 325–327,
332, 342–349
- Wiener Neustadt, 193, 342, 343
- Zistersdorf, 255, 270, 277, 284
- Zistersdorf-Maustrenk, 270, 277, 284